From the Library of

Henry Tresawna Gerrans

Fellow of Worcester College, Oxford

1882-1921

Given to University of Toronto Library.

By his Wife

AG
S332d

Deutschland und die große Politik anno 1909.

Von

Dr. Th. Schiemann
Professor an der Universität Berlin.

175416
14/11/22

Berlin
Druck und Verlag von Georg Reimer
1910.

MANSFIELD
WORCESTER COLLEGE
OXFORD

1. Januar 1909. Russisch-englisch-österreichische Verhandlung über das Programm einer eventuellen Balkankonferenz.
2. Januar. Suspendierung des B. M. von Messina. Tod des Popen „Johann v. Kronstadt".
2. Januar. Deutschland nimmt wohlwollende Stellung zur Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle.
3. Januar. Absetzung und Verbannung Juanschikais.
5. Januar. Das serbische Kabinett demissioniert.

---

6. Januar 1909.

Wir stellen mit Vergnügen fest, daß der „Temps" seit einiger Zeit in seinen, die auswärtige Politik betreffenden Leitartikeln einen neuen Ton angeschlagen hat. Während bisher fast jede dieser leitenden Ausführungen einen gegen Deutschland herausfordernden Charakter trug, klingen die Betrachtungen der letzten Wochen so aus, als ob sie eine Verständigung auf dem Boden gemeinsamer Interessen suchten. Offenbar hat die Haltung der englischen Politik, deren Richtung wohl an keiner Stelle mehr verkannt wird, in Paris zu denken gegeben. Man kann auch in Frankreich nicht die Vorstellung abweisen, daß die Möglichkeit, um nicht zu sagen, die Wahrscheinlichkeit eines Kontinentalkrieges als Folge der englischen Balkanpolitik tatsächlich immer näher heranrückt und denkt an die Konsequenzen, die sich daraus ergeben müssen. Daß Frankreich ebensowenig wie wir einen Krieg wünscht, halten wir für sicher. Sollte er aber trotz allem zum Ausdruck kommen, so wird es sich ihm nicht entziehen können; daran können nur politische Kinder zweifeln, und ebenso sicher scheint heute noch, in welchem Lager Frankreich dann stehen wird.

Es ist daher lehrreich, die jüngsten Ausführungen des „Temps" in ihrem Wortlaute zu kennen. Nach einer allgemeinen Klage über das Fehlen einer großzügigen Leitung der europäischen Politik, und daß man überhaupt nicht mehr von Politik, sondern nur noch von Intriguen reden könne, fährt der „Temps" fort:

„Die diplomatischen Cadres Europas haben sich formell im Laufe des Jahres 1908 nicht verändert. Aber es hat sich eine große Wandlung in ihnen vollzogen. Die älteste Kombination, der Dreibund, besteht noch immer, aber er hat für Deutschland, das ihn ins Leben rief, an Bedeutung verloren. Die Nachfolger Bismarcks haben die Revolution, die sich vor unseren Augen vollzieht, weder vorauszusehen, noch zu verhindern verstanden. Früher konnte Berlin Österreich und Italien gegen Europa in Waffen rufen, sie gehorchten und hatten nicht andere Ansichten als die Deutschlands. Heute ist Österreich ganz absorbiert durch die orientalische Frage, die einen Umfang angenommen hat, der dem deutschen Interesse schädlich ist. Das Problem auf der Balkanhalbinsel hat den Italienern eine Ursache mehr gegeben, mit Österreich unzufrieden zu sein. Beides muß früher oder später dahin führen, daß Deutschland seine Methoden ändert. Es wird sich nicht auf seine Allianzen beschränken können, sondern auf eine Gleichgewichtsstellung hinarbeiten müssen, statt seine Übermacht zu oktroyieren. Ist aber geschehen, was möglich war, um ihm diese neue, alten Überlieferungen widersprechende Orientierung zu erleichtern? Sofern Frankreich und Rußland in Frage kommen, wird man „ja" sagen dürfen, obgleich man in Paris wie in Petersburg unentschlossen im Entwurf des Planes und langsam bei der Ausführung war. Was aber *England*, die Regierung wie die Presse, betrifft, so ist darauf mit „nein" zu antworten. Seit Beginn der orientalischen Krisis sind die englischen Zeitungen *systematisch und unnötigerweise aggressiv* gewesen. Die Äußerungen hochstehender Persönlichkeiten waren nicht beruhigender. Im Hinblick auf die plötzlich entfesselte Wut gegen Österreich fragt man sich, ob die englische Politik ihre Absichten darauf beschränken will, den türkischen Markt den Deutschen zu entreißen, oder ob sie nach diesem Preßgefecht nicht *von anderen Kämpfen träumt*, bei denen ihr eigenes Risiko sehr gering wäre. Ein *auf die Balkanverwicklungen aufgebauter europäischer Krieg* würde jetzt den Interessen keiner Kontinentalmacht dienen. Denn keine dieser Mächte hat bisher einen solchen Krieg gewünscht oder sich auf ihn vorbereitet. Als entschiedene Freunde der englisch-französischen Verständigung wünschten wir, daß gewisse Unvorsichtigkeiten, die in London erfolgten, sich im neuen Jahre nicht wiederholen; das würde nur die Gegner der Entente kräftigen. Was aber die beiden deutschen Mächte betrifft, deren volle

Solidarität behauptet wird, so wünschten wir, daß sie die möglichen Gefahren, die aus ihrer Politik erstehen können, ermessen. Gewiß ist Österreich durch die Ereignisse, speziell durch die türkische Revolution, gedrängt oder vielmehr gezwungen worden, aber es hat doch ein Interesse, den Frieden Europas nicht in Frage zu stellen, und es hat mit Vertragsverbindlichkeiten zu rechnen. Deutschland aber sollte sich nicht durch die Vergangenheit hypnotisieren lassen, sich von Vorstellungen freimachen, denen die Tatsachen nicht mehr entsprechen, und durch die Tat beweisen, daß es bereit ist, eine Politik zu betreiben, die wohlmeinend und wohlgelaunt ist, was in den letzten vier Jahren nicht möglich schien. Marokko bietet die Gelegenheit, es mit uns zu versuchen. Das Jahr 1909 wird zeigen, wie Deutschland sich dazu vorbereitet. Weil aber bei diesem materiellen und moralischen Wirrwarr die Gefahr für jedermann vielleicht näher liegt, als man glaubt, da aus der Tagespolitik, die in Europa in Blüte ist, eine nicht gewollte und nicht vorhergesehene Krisis jeden Augenblick erstehen kann, so schließen wir mit einem von der Vorsicht eingegebenen Wunsche und raten Frankreich, stark zu sein und stark zu werden."

Ein Hinweis auf die Verdienste, die Clemenceau sich in dieser Hinsicht noch zu erwerben hat, schließt diese Betrachtung. Sie deckt sich in wesentlichen Punkten mit den Gedanken, die wir vor acht Tagen hier entwickelten. Ohne auf die zum Widerspruch reizenden Ausführungen einzugehen, die die Charakteristik der deutschen Politik betreffen, heben wir hervor, daß auch der „Temps" davon überzeugt ist, daß keine der Kontinentalmächte einen Krieg wünscht, und daß auch er die Ansicht teilt, daß die englische Politik trotzdem Europa in einen Krieg hineintreiben könnte. Man wird diesen klassischen Zeugen einmal aufrufen dürfen.

Als dritter Punkt aber sei der Wunsch Frankreichs nach einer Verständigung in der marokkanischen Frage noch besonders hervorgehoben. Auch wir teilen diesen Wunsch und glauben an seine Verwirklichung, sobald sich eine Kombination finden läßt, die es Mulay Hafid möglich macht, seine Regierung auf dem Fundamente eines geordneten Finanzwesens aufzubauen.

Überlegt man den Zusammenhang der politischen Lage, wie der „Temps" sie darstellt, so läßt sich wohl sagen, daß es ein Gefühl gegenseitigen Mißtrauens ist, das auf Europa

lastet, und daß jeder Teil dem andern die Schuld daran zuweist. Der Anfang von allem war das Mißtrauen Englands gegen die werdende deutsche Flotte und die daran geknüpfte unerhörte Verdächtigungskampagne, die von der englischen Presse seit 1897 gegen uns geführt wurde. Dann folgten politische Reisen und der „große Plan" Delcassés mit all seinen Nachwirkungen, der eine verstärkte Fortführung jenes englischen Preßkrieges nach sich zog, dem von französischer und russischer Seite sekundiert wurde. Die Bemühungen, durch gegenseitigen Austausch von Besuchen wirtschaftlicher, politischer und publizistischer Kreise das Gefühl des Interessenzusammenhanges beider Teile zu stärken und die künstlichen Gegensätze zu beseitigen, hatten leider nur einen Augenblickserfolg. Als es scheinen konnte, daß eine Verständigung von Volk zu Volk sich anbahne, nahm besonders die „National Review" ihre Kampagne mit erneuter Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit wieder auf, und jene wohltätigen Eindrücke waren verwischt, als hätten sie nie bestanden. Die englische Presse, die sich über unsere Ausführungen vom 30. Dezember ganz außerordentlich aufgeregt hat, wie uns auch Privatbriefe von Engländern beweisen, hat ein erstaunlich kurzes Gedächtnis, wenn es sich um ihre eigenen Äußerungen und um die ihrer Staatsmänner handelt. Damit aber sind sie nicht aus der Welt geschafft; wir haben sie gebucht, und es wäre ein drastisches Bild, wenn man sie zusammenstellen wollte bis hinab zur jüngsten Erklärung von Mr. Stead, dem Friedensapostel, daß England fortan gegen jedes deutsche Kriegsschiff, das von Stapel läuft, seinerseits drei Kriegsschiffe setzen solle! Aber schon im Oktober 1902, kurz bevor Kaiser Wilhelm in England eintraf, wurde uns die Erklärung entgegengeworfen, es sei undenkbar, daß ein englischer Staatsmann seine Pflichten so weit vergessen könnte, die Frage einer Annäherung an Deutschland ins Auge zu fassen (it is unthinkable that there can be any risk of patriotic British statesmen so far forgetting their duties, as to contemplate rapprochement with Germany.) Das aber ist das Leitmotiv geblieben bis heute. Mit welchen Mitteln aber die englische Politik in der Türkei gearbeitet hat, und zwar neben dem Balkankomitee auch durch Personen in Amt und Würden, ist durch die berühmte bulgarische Denkschrift aller Welt zur Genüge bewiesen, und daß ihre heutige Arbeit auf diesem Boden dahin geht, vor allem den deutschen Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu verdrängen, haben uns die englischen Zeitungen selbst triumphierend verkündet.

Trotz alledem läßt sich mit größter Bestimmtheit sagen, daß deutscherseits weder ein notwendiger Interessengegensatz gegen England besteht, noch eine nationale Feindseligkeit. Man würde es bei uns als eine durchaus natürliche Verbindung ansehen, wenn die beiden großen germanischen Nationen sich die Hände reichen wollten, und damit eine politische Kombination geschaffen würde, wie sie so mächtig und so kulturstark noch zu keiner Zeit bestanden hat. Heute aber sehen wir dazu noch keine Möglichkeit, und die Wandlung kann erst eintreten, wenn England sich von seiner idée fixe freimacht und in dem Erstehen einer mächtigen deutschen Flotte nicht ein Unrecht und eine Gefahr, sondern eine notwendige Tatsache und eventuell eine sehr nützliche Stütze erkennt.

Dadurch, daß England und Rußland sich bereit gefunden haben, den von Österreich beantragten Weg der Vorverhandlungen vor Zusammentritt einer Konferenz einzuschlagen, kann die Konferenz selbst noch nicht als unbedingt gesichert angesehen werden. Es wird eben alles auf den Verlauf dieser Vorverhandlungen ankommen. In dieser Hinsicht ist eine Broschüre von besonderem Interesse, die kürzlich in Bukarest erschienen ist: La crise orientale. Compensations, par Junius. Der Verfasser wirft die Frage auf, ob die Räumung des Sandschak und eine Geldentschädigung von seiten Bulgariens als ausreichende Kompensation für die vollzogenen Annexionen betrachtet werden können, und beantwortet sie mit „nein". Was er nun seinerseits an Kompensationen in Vorschlag bringt, ist jedenfalls wohldurchdacht und scheint uns nicht unbillig zu sein. Junius meint, daß es eine Kategorie von Zugeständnissen gebe, die der Türkei sofort gemacht werden könnten, andere, die zunächst noch vertagt werden müßten. Zu den ersteren rechnet er die Aufhebung der den Fremden zugestandenen Abgabenfreiheit, und zweitens die Herstellung der völligen Freiheit der Türkei in bezug auf Festsetzung ihres Zolltarifs und ihrer Handelsverträge. Erst dadurch könne sie ihre ökonomische Selbständigkeit zurückgewinnen. Dagegen ist er nicht der Meinung, daß es vorsichtig wäre, schon jetzt die Konsulargerichtsbarkeit aufzuheben. Den Serben möchte Junius eine Eisenbahnverbindung mit Montenegro und Antivari gönnen. Es würde genügen, wenn die Türkei und Montenegro verpflichtet würden, einer internationalen Verbindungsbahn der serbischen Eisenbahnen durch den Sandschak nach Antivari keine Hindernisse in

den Weg zu legen und keine Transitzölle von den so beförderten Waren zu erheben. Das Interesse Rumäniens verlange zumeist eine möglichst rasche Beseitigung des heute ganz Europa bedrückenden Gefühls der Unsicherheit. Mit seinen Grenzen sei Rumänien zufrieden, dagegen wünsche es Aufhebung des Artikels 11 des Berliner Traktats, der das Fahren von Kriegsschiffen auf der Donau und die Errichtung von Festungen an den Ufern vom Eisernen Tore bis zu den Donaumündungen untersagt, während doch die österreichischen Monitors zwischen Pest und Semlin fahren, ohne daß dadurch die Schiffahrt geschädigt werde. Endlich rechne Rumänien darauf, daß man auf dem Kongresse nicht, wie die mächtige Feindin Rumäniens, die Alliance Israélite es wünsche, die Frage der Naturalisation der rumänischen Juden aufs neue zur Sprache bringen werde. Das Ganze mündet dann in den Gedanken eines rumänisch-serbisch-bulgarischen Bündnisses aus, das durch einen Zollverein vorzubereiten und durch Ausgleichung der die Industrie und die Staatsmonopole betreffenden Gesetzgebung zu kräftigen sei. Habe man diesen Weg erst betreten, und sei eine Solidarität ökonomischer Interessen erreicht, so werde das faktische Bündnis die notwendige Konsequenz sein. Das alles wird recht ausführlich und plausibel dargelegt und den Bulgaren und Serben dadurch mundgerecht gemacht, daß ihnen eine solche Verbindung als Schutz gegen den Druck der Großmächte, speziell Rußlands, dargestellt wird.

Wieweit hier das offizielle Rumänien spricht, vermögen wir nicht zu erkennen. Dem Gedanken dieses Dreibundes aber stehen wir skeptisch gegenüber. Es gibt eben Pläne, an die man erst glauben kann, wenn man sie verwirklicht sieht. Weit näherliegend scheint uns eine Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien. Serbien mit seinem Größenwahn würde den politischen Verzicht, der eine solche Kombination zu Dreien verlangt, schwerlich auf sich nehmen. Zunächst ist es noch in dem Wahn befangen, daß es territoriale Kompensationen ertrotzen könne; auch beginnen serbische Banden in Bosnien zu erscheinen. Das ist ein sehr gefährliches Spiel, und die russischen Zeitungsagenten, die es ermutigen, leisten ihren serbischen „Brüdern" den denkbar schlechtesten Dienst. Auch läßt sich nur billigen, daß der Korrespondent der „Nowoje Wremja", über dessen Treiben wir neulich berichteten, von der österreichischen Regierung ohne viele Umstände über die Grenze geleitet worden ist.

In Rußland arbeitet die Duma jetzt gut. Die überaus wichtige Erhöhung der Offiziersgehälter ist glücklich durchgesetzt worden, jetzt soll auch — in vorsichtiger Form — der Schulzwang gesetzlich eingeführt werden. Die feste Hand von Stolypin und die Umsicht der Oktobristen, deren Führer Gutschkow sich immer mehr als Staatsmann erweist, haben das Beste dazu getan. Dagegen dauern die Räubereien, Unterschleife und anarchistischen Anschläge und Attentate immer noch fort. Die Zahl der hingerichteten Verbrecher ist erschreckend hoch; in einzelnen Gebieten, namentlich im Kaukasus, sind die Zustände ganz unerträglich. Auch meldet fast jede Zeitung von neu entdeckten revolutionären Organisationen und Geheimdruckereien. Die Senatorenrevisionen haben die empörendsten Mißstände festgestellt, kurz, man gewinnt den Eindruck, daß noch unendlich viel zu tun ist, ehe von normalen Zuständen in Rußland die Rede sein kann. Schon das weist darauf hin, daß Rußland nicht auf politische Abenteuer ausgehen kann. Dagegen ist es sehr wohl möglich, daß ein gleichzeitiges Einschreiten der Russen und Engländer in Persien stattfindet. Aber über dieses mittelasiatische Unternehmen ist von beiden Staaten stets besonders Buch geführt worden.

Sehr bedeutsam erscheint uns die unerwartete Beseitigung Juanschikais aus der großen Stellung, die er im politischen Leben Chinas einnahm. Offenbar soll der Einfluß wieder ganz den Mandschu zufallen, und das in letzter Zeit mehr in den Vordergrund getretene reformfreundliche chinesische Element zurückgedrängt werden. Man kann sogar die Frage aufwerfen, ob wir nicht vor dem Beginn einer neuen fremdenfeindlichen Ära stehen.

In Indien dauert die Gärung fort. Die Ausweisung von Hindus aus Vancouver hat neuen Stoff zur Agitation gegeben. Man weist darauf hin, daß England seinen indischen Untertanen in den eigenen Kolonien, Kanada, Natal, Transvaal keinen Schutz gewähre, und legt als bösen Willen aus, was eine notwendige Konsequenz der wachsenden Selbständigkeit dieser Kolonien und ihrer Abneigung gegen alles „Farbige" ist.

Großes Aufsehen hat die unverhüllte Sprache erregt, mit der Mr. George G. Gibbons, der Präsident der kanadischen Sektion der internationalen Wasserstraßenkommission, sich in Kingston über die Unbequemlichkeiten aussprach, die durch die Abhängigkeit Kanadas von England bedingt werden. Die Amerikaner und die anderen Nationen,

sagte er, werden Kanada respektieren, wenn es lernt, sich selbst zu respektieren. „So wie die Dinge liegen, müssen wir, wenn wir irgendeine das Ausland betreffende Sache erledigen müssen, uns erst an den Botschafter in Washington wenden, der, was ja nicht wunderbar ist, von den kanadischen Angelegenheiten weniger versteht, als er wissen sollte. Das hat zur Folge, daß der Botschafter die Sache dem Colonial Office in London übergibt, das noch weniger von Kanada weiß, und daß dann endlich die Frage nach Ottawa zurückkommt, wohin sie zuerst hätte gelangen müssen." Er bewundere die Loyalität Kanadas und hoffe, daß die Beziehungen zum Mutterlande immer freundliche bleiben würden. Aber wenn Kanada eine Nation werden wolle, die sich selbst achte und die Achtung der verwandten Angelsachsen und der übrigen Völker gewinnen wolle, müsse es lernen, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu besorgen, und das Recht haben, es zu tun (we would have to learn to do, and be free to do our own business).

Das furchtbare Unglück, das Sizilien und Süditalien betroffen hat, ruft überall das tiefste Mitgefühl und brüderliche Hülfeleistungen hervor. Kaiser Wilhelm, der dort fast jeden Fußbreit Landes aus eigener Anschauung kennt und Land und Leute lieb gewonnen hat, mußte von der Schreckensnachricht besonders schwer getroffen werden. Wie immer ist er mit rascher Tatkraft helfend beigesprungen. Was von deutscher Seite im ersten Augenblick geschehen konnte, das Unglück zu lindern, ist geschehen. Nachdem jetzt unser Hülfskomitee sich konstituiert hat, läßt sich auf eine systematische, groß angelegte Unterstützung der Bedürftigen rechnen. Den Italienern aber wird vor allem das persönliche Eingreifen ihres Königs und der Königin Elena unvergessen bleiben.

6. Januar 1909. Offizielle Anerkennung Mulai Hafids als Sultan von Marokko.
6. Januar. Der Schah erklärt die endgültige Auflösung des persischen Parlaments.
8. Januar. Sattar-Khan befiehlt Beschlagnahme des Gutes des Schahs in Asterbardjar.
9. Januar. Türkisches Protestmeeting gegen den Anschluß Kretas an Griechenland.
9. Januar. Rücktritt Sturdzas, Bratianu wird Ministerpräsident in Rumänien.
10. Januar. Rückkehr Swen Hedins aus Tibet.
12. Januar. Endgültige Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei über Bosnien und die Herzegowina.

13. Januar 1909.

Wie unberechenbar die Entwicklung der orientalischen Frage ist, haben die Ereignisse der letzten Woche uns deutlich gezeigt. Wir haben Tage höchster Krisis durchgemacht, da ein Bruch zwischen Österreich und der Türkei fast unvermeidlich schien und die schlimmsten Folgen davon erwartet werden mußten. Der Weltfriede schien ernstlich gefährdet. Dann plötzlich wurde das Bild freundlich. Österreich und Deutschland hatten sich entschlossen, einer Erhöhung der türkischen Zollgebühren zuzustimmen. Die stockenden Verhandlungen wurden wieder lebendig. Der Freiherr v. Aehrenthal fand sich bereit, als Entschädigung für die türkischen Krongüter in Bosnien der Pforte 2½ Millionen türkische Pfund zu bieten, und da der Großvezier, Kiamil Pascha, sich damit zufrieden gab, schien am Montag aller Grund zu weiterer Besorgnis gehoben zu sein. Aber schon der Abend desselben Tages schien eine Enttäuschung zu bringen: Der türkische Ministerrat habe das österreichische Angebot als zu gering abgelehnt, und erst jetzt wissen wir, daß jener Ministerrat noch gar nicht befragt worden ist, und daß die Aussichten für die Annahme die allerbesten sind. So läßt sich zuversichtlich auf einen günstigen Ausgang hoffen.

Wie ernst die Lage war, wird recht anschaulich, wenn man die Londoner Telegramme der „Nowoje Wremja" vom 4., 5. und 6. Januar zusammenstellt. Ihr Verfasser ist natürlich Herr Wesselitzki, der mit unseren entschiedensten Feinden in England bekanntlich in enger Fühlung steht. Er telegraphiert am 4.:

„Der bekannte „Kalchas"-Mitarbeiter des „Observer" gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß England für den Fall eines Krieges mit

all seinen Streitkräften und Hilfsmitteln an der Seite seiner Freunde kämpfen werde. Er macht dem Pariser „Temps" den Vorwurf, daß dieses Blatt bereits zum zweiten Male Österreich ermutige, und glaubt, daß eine Konferenz nur nützlich sein könne, wenn sie die Autonomie Bosniens garantiere; zugleich sagt er, daß eine Balkanföderation begründet werden müsse. Die öffentliche Meinung verurteilt mit Heftigkeit die Sondervereinbarungen zweier Mächte (d. h. der Türkei und Österreichs), während allgemeine Verhandlungen stattfinden, und vergleicht eine solche gefährliche Verständigung mit dem Reichstädter Abkommen. Man hofft hier, daß es möglich sein wird, die Autonomie für Bosnien zu erlangen, und polemisiert gegen Österreich, das systematisch dagegen arbeitet. Jetzt soll Österreich sogar behaupten, daß diese Autonomie vor allem eine Gefahr für die Türkei (!) bedeute und allen Mächten, mit Ausnahme Rußlands, unbequem wäre."

Am 5. Januar schickt er das folgende Telegramm:

„Die glänzende und mutige Rede von Milovanowitsch hat hier einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Die Engländer finden, daß sie nicht nur den Bestrebungen der Serben, sondern der Slaven überhaupt den richtigen Ausdruck gebe und dazu den allgemeinen Interessen der Balkanvölker und Europas dienlich sei. Auch geben sie zu, daß Rußland allen Balkanvölkern, in voller Selbstlosigkeit und ohne egoistische Ziele auf der Balkanhalbinsel zu verfolgen, die Selbständigkeit errungen habe. Das ist heute die Meinung der Engländer selbst, und sie hören es gern bestätigen. Auch stimmt die öffentliche Meinung der Forderung Milovanowitschs bei, daß der Ausbreitung Österreichs nach Südost Schranken zu setzen seien. Die Politiker rechnen es aber dem serbischen Minister hoch an, daß er an erster Stelle nicht Kompensationen für Serbien, sondern die Autonomie Bosniens gefordert habe. ... Die englischen Zeitungen raten Österreich, nicht zu vergessen, daß es im Kriegsfalle Truppen nach Böhmen, Chorbatien und an die italienische Grenze werde werfen müssen, und daß nur sehr wenige Truppen übrig bleiben, um über Serbien und Montenegro herzufallen, Bosnien und die Herzegowina niederzuhalten und die türkische Grenze zu schützen, an der Verwickelungen sehr wohl möglich seien."

Endlich lautet das Telegramm vom 6. Januar, dem russischen Weihnachtstage, nach welchem die Zeitungen bis Montag ihr Erscheinen einstellten:

„Gespräche mit den nach den Festtagen zurückgekehrten Politikern bestätigen den pessimistischen Eindruck, den der letzte serbisch-österreichische Konflikt noch erhöht hat. Die englische Presse, speziell die „Times", feiert Milovanowitsch wegen der Verdienste, die er sich um den Frieden Europas dadurch erworben habe, daß seine Forderungen für Serbien so maßvoll waren. Die „Times" rät den Österreichern, sich zu beeilen, entweder die versprochene autonome Verfassung für Bosnien zu verleihen oder doch den Mächten diese Versprechungen schriftlich zu bestätigen. Die Zeitung empfiehlt der Aufmerksamkeit der österreichischen Regierung die Berichte ihres bosnischen Korrespondenten, der ihr meldet, daß die gesamte rechtgläubige und muselmännische Bevölkerung zum Aufstande bereit sei. Bosnische Muselmänner seien nach Albanien und Altserbien gezogen und hätten sich mit den Albanern verständigt, die sobald es not tue, in Bosnien einfallen würden. Die Jungtürken haben Albaner und Serben versöhnt, sie arbeiten jetzt einander in die Hände. Die Stimmung in der österreichischen Armee gibt eine beredte Bestätigung dieser englischen Ratschläge. Die slavischen Regimenter weigern sich, an die serbische Grenze zu ziehen, und rufen: „Es lebe Serbien, nieder mit Österreich." Den stärksten Widerstand leisten Tschechen und Slowaken."

Die letzteren Behauptungen sind natürlich aus der Luft gegriffen, wie es zu den Gewohnheiten des sehr ehrenwerten Korrespondenten der „Nowoje Wremja" gehört, wenn seine Leidenschaft mitspielt. Gegen Österreich aber hegt er einen alten Haß, da er Ende der achtziger Jahre ausgewiesen wurde, ganz wie die österreichische Regierung sich genötigt gesehen hat, jetzt einen andern Korrespondenten der „Nowoje Wremja" auszuweisen, weil er sich nicht scheute, in Bosnien eine wühlerische Agitation zu betreiben. Was aber die Sorgen der „Times" wegen der Unzulänglichkeit der österreichisch-ungarischen Armee gegenüber Serbien und seinen Freunden betrifft, so sprechen die Zahlen wohl mit genügender Deutlichkeit, so daß andere Argumente nicht nötig sind. Die mobile Armee der habsburgischen Monarchie zählt 1½ Millionen Köpfe, wogegen Serbien angeblich, aber nicht wahrscheinlich, 200 000 aufbringen kann, die durch Montenegro um etwa 30—40 000 verstärkt werden könnten. Bei diesem Stärkeverhältnis ist die Langmut Österreichs dem hochfahrenden Tone und dem herausfordernden Wesen Serbiens gegenüber in höchstem Grade anzuerkennen. Die Rede, die Milovanowitsch am 2. Januar hielt, ist auf seine halbe Entschuldigung hin nicht

zum Gegenstand weiterer Maßnahmen gemacht worden; man erklärte in Wien den Zwischenfall für geschlossen. In Serbien selbst aber empfand man den für Österreich beleidigenden Inhalt der Rede so sehr, daß zwei Minister, die die Verantwortung nicht mit tragen wollten, demissionierten und schließlich auch Milovanowitsch selbst sein Portefeuille dem Könige zur Verfügung stellte. König Peter aber hat ihn bewogen, im Amte zu bleiben. Wie wenig ernst es dem serbischen Ministerpräsidenten mit seiner Quasi-Entschuldigung war, zeigt ein bei uns wenig beachtetes Schreiben, das er am 6. Januar an die Redaktion des „Standard" richtete, und das seine unannehmbaren Forderungen aufrechterhielt. Es liegt nahe, daraus den Schluß zu ziehen, daß auch, wenn — wie wir hoffen — die völlige Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei zu einem Definitivum wird, von serbischer Seite her neue, den Frieden gefährdende Provokationen zu erwarten sein könnten. Nun wird neuerdings zwar davon gesprochen, daß ein Druck von allen Mächten auf Serbien ausgeübt werden solle, um es zur Ruhe zu bringen und ihm klarzumachen, daß es nur auf die eigenen Kräfte angewiesen sein werde, wenn es zum Bruch mit Österreich käme. Aber politische Tatsache ist eine derartige Vereinbarung der Mächte jedenfalls noch nicht. Ebensowenig ist die vom „Temps" in Vorschlag gebrachte deutsch-französisch-englische Vermittlung zwischen der Türkei und Österreich verwirklicht worden, und die von anderer Seite vorgeschlagene französisch-russisch-englische Vermittlung läßt sich vollends als ganz aussichtslos bezeichnen. Irren wir nicht, so liegt eine wesentliche Schwierigkeit in dem Mitregimente des immer noch geheimen Komitees „Einheit und Fortschritt". Solche Geheimkomitees können wohl einen Augenblickserfolg erzielen, und wir wollen nicht bestreiten, daß der Staatsstreich in der Türkei insofern eine Notwendigkeit war, als der Auflösungsprozeß des Staates auf anderem Wege kaum aufzuhalten gewesen wäre. Als ein dauerndes Institut aber ist eine geheime Regierung neben der offiziellen eine Anomalie, und in einem Verfassungsstaate, den die Türkei von heute doch darstellen will, ein staatsrechtlicher Nonsens. Nun hat das Komitee „Einheit und Fortschritt" durch rücksichtslose Beeinflussung der Wahlen sich in der Kammer zwar eine unbedingt gefügige Majorität von 150 Stimmen gesichert und zugleich Großvezier und Ministerium sowie die nächste Umgebung des Sultans in Abhängigkeit zu erhalten gewußt. Aber wir halten es für

ausgeschlossen, daß sich diese Stellung auf die Dauer behaupten läßt. Sie muß früher oder später zusammenbrechen. Ebenso zweifelhaft aber erscheint uns die Arbeitsfähigkeit des türkischen Parlaments, dem Weihrauch zu spenden die offizielle Heuchelei aller Politiker Europas verlangt. In Wirklichkeit spricht alles dagegen: der Bildungsstand der Abgeordneten, ihre nationale Zusammensetzung, die tiefgehenden religiösen Differenzen, der Gegensatz der von den verschiedenen Gruppen verfolgten politischen Ziele. Ein sehr lehrreicher Brief von Georges Gaulis in den „Débats" vom 5. Juli gibt ein Bild von der beginnenden Parteibildung, oder, wie man wohl richtiger sagen müßte, von der beginnenden Zersetzung der zunächst durch einen gemeinsamen politischen Rausch zusammengeschlossenen disparaten Elemente. Zwar hat das Komitee „Einheit und Fortschritt" in jeder Kaza (Kanton) einen Klub, der seine Parole aus Konstantinopel erhält, wo es nicht weniger als 20 solcher Einheitsklubs gibt. Nebenher gibt es aber auch türkische liberale Klubs und die zahlreichen nationalen Klubs der Skipetaren, die, was doch charakteristisch ist, sich erst kürzlich auf einem Kongreß zu Monastir entschlossen haben, ein Alphabet, und zwar das lateinische, anzunehmen, dazu kommen der arabische Klub, dessen Ehrenpräsident der Großscherif von Mekka ist, der Klub der Tscherkessen, die ebenfalls erst jetzt zur Schriftsprache übergehen, der der Kurden, die ein ganz ungebildetes Element darstellen, und endlich die Klubs der Armenier, Bulgaren und Griechen, die wohl den höchsten Bildungsstand vertreten. Als Verhandlungssprache im Parlamente ist das Türkische anerkannt worden, aber es ist keineswegs sicher, daß alle Abgeordnete Türkisch verstehen. Die Sprache des Korans und des Gebets für alle Bekenner des Islam ist die arabische, und das Selbstbewußtsein der Araber ist sehr hoch gespannt. Nimmt man die konfessionellen Eifersüchteleien hinzu, die zwischen den verschiedenen christlichen und speziell zwischen den orientalisch-christlichen Kirchen bestehen und die eben jetzt in dem Streite zwischen den Patriarchen von Konstantinopel und von Jerusalem zum Ausdruck gekommen sind, so könnte man wohl zu demselben Schluß gelangen, wie ein Konstantinopeler Korrespondent der „Evening Post" (New York), der in der Trennung von Kirche und Staat das einzige Mittel sieht, dieses Chaos zu ordnen. Dieser Lösung widerstreitet aber die Tatsache, daß ein islamischer Staat ohne die religiöse Grundlage, die auf dem Koran und dem Scheri'a beruht, überhaupt nicht denkbar ist. Wo ist da der Aus-

weg zu finden? Die Kraft der türkischen Revolution liegt in der Negation: man ist einmütig in dem Verlangen, Schäden zu beseitigen, die allerdings unerträglich geworden waren, und einmütig in der Frontstellung gegen diejenigen Mächte, in denen man Feinde einer regenerierten Türkei zu erkennen glaubt. Sind diese Übel geschwunden und hat erst ein Vergleich mit Österreich und mit Bulgarien die scheinbaren und wirklichen Gefahren des Augenblicks beseitigt, so muß das Aufbauen beginnen, die Eintracht im Innern behauptet und mit neuen politischen Problemen gerechnet werden, die aller Wahrscheinlichkeit nach von einer Seite auftauchen werden, die man heute als eine Stütze der Einheit und des Fortschritts zu betrachten sich gewöhnt hat. Das alles aber sind furchtbar schwere Aufgaben, und es ist nicht ehrlich gehandelt, wenn man sich stellt, als ob man sie nicht sehe.

Die wichtigste Tatsache im innern Leben Frankreichs ist der Sieg der radikalen Sozialisten bei den Senatswahlen, und das bedeutet vornehmlich einen Sieg Clemenceaus. Erfreulich ist dies jedenfalls nicht, es bedeutet für Frankreich wiederum eine starke Wendung nach links und führt uns dem Zeitpunkte näher, da die Herrschaft schließlich ganz in die Hände der Sozialisten übergehen muß. Nach außen hin läßt sich davon eine weitere Stärkung der englisch-französisch-russischen Kombination erwarten, wobei, was nicht zweifelhaft sein kann, die Führung nach wie vor bei England bleibt. Die Rußland gewährte neue Anleihe steht damit in Zusammenhang. Ob wirklich auch die marokkanische Frage jetzt, statt von Norden und Westen, von Osten her so aufgenommen werden soll, daß sie zu einer territorialen Vergrößerung zu führen bestimmt ist, mag vorläufig dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß man es Herrn Pichon mehr als einmal zum Vorwurf gemacht hat, daß er das Problem von der falschen Seite angefaßt habe, und daß speziell General Liantey, der vor kurzem eine Inspektionsreise durch das nördliche und westliche Marokko unternahm, das Vorgehen von der Meeresküste aus für fehlerhaft hielt. Auch ist, trotz der durch die Akte von Algeciras garantierten Integrität Marokkos durch die besondere Stellung, die Frankreich wegen seiner Stellung in Algier eingeräumt worden ist, allezeit die Möglichkeit geboten, durch geschickte Ausnutzung des droit de suite auf marokkanischem Boden Fuß zu fassen. Aber wir wollen, wie gesagt, nicht urteilen, bevor die Tatsachen reden, und anerkennen,

daß Frankreich mit der Räumung des Gebietes der Schauja Ernst zu machen entschlossen scheint. Auch hat die offizielle Anerkennung Mulay Hafids eine neue Lage geschaffen, und es wird jetzt alles darauf ankommen, daß ihm die Möglichkeit geboten wird, durch ein geordnetes Finanzwesen Marokko in lebensfähige politische Zustände zu führen.

Der „Directeur" des „Eclair", Ernest Judet, ist neulich in London gewesen und schreibt von dort aus seinem Blatte einen flammenden Artikel gegen die Allianz mit England, von dem wir der Kuriosität halber den Schluß hersetzen wollen. Sein Thema ist der infolge des englischen Bündnisses für Frankreich drohende deutsche Krieg. Er schreibt:

„In den Tagen von Tanger und Algeciras waren wir in Gefahr, durch einen Überfall auf Nancy aufgeschreckt zu werden, ohne daß wir, infolge der Torheiten von André und Pelletan, in irgendwelcher Weise vorbereitet waren; wir hatten nicht einmal Geschosse für unsere Feldgeschütze! Da Lord Lansdownes Anschlag mißglückte, fiel Delcassé. Unter Clemenceau wird der alte Plan wieder aufgenommen, aber man geht langsamer vor; man schont die diplomatischen Formen. Hört man aber die Wissenden, so wird Asien sich mit Europa verbinden, um das Germanentum zu zermalmen. Die Japaner sollen über die verbesserte transsibirische Bahn mit den Russen über Polen vordringen (!), während Serben, Montenegriner und Türken Österreich festhalten. Dazu eskomptiert man den Verrat Italiens, und das Ganze gibt ein hübsches Bild. Aber es fehlt ein Moment, und das ist wichtig. In dem modernen Kriege gleichen Zeit und Raum die mächtigen Bataillone aus, und wenn wir den proportionellen Wert der verschiedenen Elemente der neuen „Freimaurerallianz" auf ihre eigentliche Geltung reduzieren, kommen wir immer zu demselben Schluß: daß nämlich Frankreich, zuerst von den hauptsächlichsten Streitkräften des zahlreicheren Feindes angegriffen, allein, sechs Wochen lang, die Last eines wütenden Angriffes zu ertragen haben wird. Ich weiß nicht, was die Engländer unserem Botschafter, Herrn Cambon, darauf antworten, aber ich kann es mir wohl denken. Sie haben ihren Entschluß ohne Zweifel gefaßt. Und deshalb sind sie um so eifriger bemüht, den Angriff, vor dem sie zittern, auf uns abzulenken. Sie haben niemals das Elend ihrer peinlichen Lage besser erkannt, die dringende Notwendigkeit kontinentaler Verbindungen und die Wichtigkeit einer Politik, in der sie Meister sind: Eifersüchteleien zu

steigern, Empfindlichkeiten anzustacheln, Mißverständnisse lebendig zu erhalten, mit einem Wort, den Frieden zu einer Chimäre zu machen und den allgemeinen Krieg zu entzünden."

Die einleitenden Sätze sind noch schärfer. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man Judets Betrachtungen in England mit Stillschweigen übergehen, ganz wie man ähnliche Äußerungen, wenn ein deutsches Blatt sie andeutungsweise gebracht hätte, durch alle Welt getragen hätte, um zu zeigen, wie arg England von uns verleumdet werde. Für uns haben die Ausführungen Judets nur die Bedeutung, daß sie zeigen, daß neben der offiziellen Strömung in Frankreich eine andere hergeht, die ihr Ziel in einer selbständigen, den eigenen Interessen ihres Vaterlandes entsprechenden Politik sucht. Da nun keinerlei reale Interessen zwischen uns und Frankreich trennend liegen, können wir der Gesinnung, aus der heraus der „Eclair" schreibt, nur sympathisch gegenüberstehen, ohne daß wir uns deshalb mit ihm identifizieren.

Für England bedeutet der blutige Zwist, der zwischen Mohammedanern und Hindus zum Ausbruch gekommen ist, eine wesentliche Erleichterung der indischen Sorgen. Die Gefahr, daß Hindus und Muselmänner sich in gemeinsamer Feindseligkeit gegen England die Hand reichen könnten, darf jetzt wohl als beseitigt betrachtet werden.

Dagegen scheint es, daß sich in China Erschütterungen vorbereiten, die allen an der Erhaltung geordneter Verhältnisse interessierten Mächten gefährlich werden können. Der Sturz Juanschikais droht immer mehr den alten Gegensatz zwischen Chinesen und Mandschus zu verschärfen, und es ist nicht abzusehen, welche Wirkungen ein etwa daraus entstehender Bürgerkrieg auf das Verhältnis Chinas zu den europäischen Nationen haben kann. Daß die Vertreter Rußlands und Japans sich geweigert haben, mit den Vertretern der übrigen Mächte dem Waiwupu Vorstellungen zu machen, ist daher sehr zu bedauern. Auch überrascht das Zusammengehen jener zwei. Es zeigt eine Kombination, die noch in den ersten Monaten des vorigen Jahres nicht denkbar schien. Nachrichten, die uns aus Petersburg zugehen, bestätigen, daß die Stellung Iswolskis fester als je ist. Er ist des vollen Vertrauens Kaiser Nikolaus II. sicher, und an seinen Rücktritt vom Amte nicht zu denken, zumal auch der Ministerpräsident Stolypin zu ihm steht. Dagegen gilt die Stellung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch für erschüttert.

14. Januar 1909. Tod des Admirals Rosheſtwenski.
16. Januar. Abſchluß eines Schiedsgerichtsvertrages zwiſchen den Ver. Staaten und Öſterreich-Ungarn.
18. Januar. Unterzeichnung des Verſtändigungsprotokolls zwiſchen Öſterreich-Ungarn und der Türkei.
19. Januar. Einnahme von Täbris durch die Truppen des Schah.
20. Januar. Proteſt Japans gegen Beſchränkungen in Kalifornien.

---

20. Januar 1909.

Am 14. Januar hat man in Rußland den Neujahrstag begangen. Die an ihn geknüpften Betrachtungen ſind meiſt peſſimiſtiſch gehalten und voll verhaltenen Zornes. Die öffentliche Meinung, ſoweit ſie in der Preſſe zu vollem Ausdrucke kommt, kann es nicht verwinden, daß Rußland in dem jüngſten Stadium der Balkankriſis eine wenig einflußreiche Rolle geſpielt hat. Die Entſcheidungen ſind nicht gefallen, wie man drüben wohl gewünſcht hätte. Wir halten es für nützlich, einige beſonders charakteriſtiſche Äußerungen hier wiederzugeben. So ſchreibt die „Nowoje Wremja", die doch trotz allem als das eigentliche Organ derjenigen Kreiſe betrachtet werden muß, die den ſtärkſten Einfluß auf die öffentliche Meinung ausüben, und denen ſich die Regierung nie ganz zu entziehen vermocht hat:

„Die Hekatomben im fernen Oſten ſind für die Menſchheit offenbar keine genügende Lehre geweſen. Die Theoretiker des Friedens, die ſog. Pazifiſten, reden immer davon, daß es einen Krieg nicht mehr geben kann; aber das vom Kopf bis zu den Zehen bewaffnete Europa ſtraft durch jede ſeiner Taten dieſe Idealiſten, denen alles Fundament fehlt, Lügen. Nein, der Krieg iſt dem Kriege noch nicht erklärt worden. Eine Garantie gegen neues Blutvergießen von unberechenbarer Tragweite haben wir nicht. Wir können Gebete zum Himmel ſenden, daß ein unerhörtes Unglück Europa erſpart bleibe; aber wenn wir die Tatſachen prüfen, müſſen wir zugeben, daß zu Ende des Jahres 1908 die europäiſche Diplomatie einem Kriege weit näher ſtand als zu Anfang des Jahres. Bekanntlich wird die geſamte europäiſche Politik gegenwärtig durch zwei Kontraſte beſtimmt: durch den Gegenſatz zwiſchen

England und Deutschland und zwischen Germanen und Slaven. Da die Feinde der Feinde Freunde zu werden pflegen, ist es natürlich, daß die Aktion Englands gegen Berlin sich als solidarisch mit der Gegenwirkung der Slaven erwies, und daß kraft der unwiderstehlichen Macht der Tatsachen Rußland genötigt war, sich einem alten Gegner, Großbritannien, zu nähern. Aber damit sind die fundamentalen Wandlungen im allgemeinen Bilde der europäischen Politik noch nicht erschöpft. Das über die österreichische Politik auf der Balkanhalbinsel entrüstete Italien sprach sich in allerkategorischster Weise gegen die Annexion Bosniens aus, durch die es vom Balkan abgeschnitten wurde. Die Folge ist, daß der Dreibund heute nur auf dem Papier steht. Kommt es zu einem Kriege zwischen Österreich und Serbien, so wird nicht nur die Sympathie, sondern auch, wenngleich nicht offiziell, die bewaffnete Macht Italiens natürlich auf seiten der Slaven stehen. Das bedeutet wiederum einen klaren Gewinn für Rußland, als für das Haupt der slavischen Idee. Denn die Vereinigung Italiens mit der russisch-englischen Kombination erscheint als ein schwerer Schlag, der Berlin erteilt wird. Wenn man noch hinzufügt, daß die verjüngte konstitutionelle Türkei sich von der erniedrigenden Vormundschaft des deutschen Botschafters freigemacht hat, so kann man wohl sagen, daß um Österreich-Deutschland sich ein eherner Ring zu schließen beginnt, dessen Wirkung auf die Geschicke Europas große Ereignisse zur Folge haben kann. Österreich-Deutschland sind heute isoliert, und wenn wir unsere Übersicht mit pessimistischen Sätzen begonnen haben, so geschieht es, weil wir irgendeinen coup de tête der Berliner Politiker fürchten, die gewohnt sind, in Europa zu kommandieren, und für die es eine Frage von Leben und Sterben ist, den Zusammenschluß jenes ehernen Ringes zu verhindern, der sich jetzt erst bildet. Ohne selbst einen Krieg zu beginnen, können sie leicht Österreich in Kriegsabenteuer hineindrängen."

Es schließt sich daran eine langstielige Betrachtung der bosnischen Frage, deren Wiedergabe für uns nicht von Interesse ist, da sie genau dem Bilde entspricht, das wir oft genug unseren Lesern aus der „Nowoje Wremja" vorgeführt haben. Aber wir unterstreichen das unverschämte Bekenntnis zu dem Plane der politischen Einkreisung Deutschlands und

erinnern die Politiker der „Nowoje Wremja" daran, daß ihr Bemühen, es im voraus als eine Gewalttat Deutschlands zu bezeichnen, wenn es einen derartigen „ehernen Ring" sprengen sollte, nur lächerlich wirken kann. Im übrigen wollen wir nicht prophezeien, wie und wo ein solcher Ring am sichersten durchbrochen werden kann und wer dann die Kosten zu tragen hätte.

Als zweite Stimme mag die des Petersburger Korrespondenten des „Journal des Débats" herabgesetzt werden. In einem Briefe vom 5. Januar d. J. rechtfertigt er zunächst die Politik des bekannten Iswolskischen Programms und bestreitet den Österreichern das Recht, sich auf eigene Hand mit der Türkei zu verständigen. Wie 1856, 1871 und 1878 gehöre die Entscheidung dem europäischen Areopag. Nach diesen mehr prinzipiellen Erwägungen fährt er fort:

Wir wollen das Problem vom reinen Interessenstandpunkte aus beurteilen. Offenbar stört und verschiebt die Tatsache, daß Österreich zwei Provinzen erworben hat, das europäische Gleichgewicht (?). Alle Völker des Kontinents werden durch diese wenngleich geringe Störung dieses Gleichgewichts mehr oder minder geschädigt. Wie kann man es wieder herstellen? Offenbar durch Kompensationen. Aber durch welche? Gewährt man dem einen einen Vorteil, so schädigt man den andern. Was also soll geschehen? Der status quo war also notwendig. Seit er verletzt ist, wissen wir nicht, wohin die durch jene Gewalttat hervorgerufene Erbitterung führen kann. Ich habe gesagt, daß man hier ziemlich pessimistisch ist. Nicht etwa, weil Rußland direkt von einem Kriege bedroht wäre. Aber man ist der Überzeugung, daß unsere Schützlinge — (mit Verlaub, es müßte heute heißen: die Schützlinge Englands!) — die Slaven der Halbinsel, sich in großer Gefahr befinden. Österreich, das plötzlich erobernd und aggressiv geworden ist, sucht sichtlich nach einem Vorwande, um weiter um sich zu greifen. Auch hätte die Invasion schon stattgefunden, wenn wir nicht im strengsten Winter steckten. Ist aber der Schnee erst geschmolzen und sind die Straßen für Artillerie fahrbar, was wird dann geschehen? Es ist so leicht, einen Zwischenfall an der Grenze erstehen zu lassen. Und wer vermag die Folgen des Einmarsches der Österreicher in Serbien vorherzusehen? Die ganze Welt der Slaven von Nord nach Süd und von Ost nach West würde erzittern. Wir müßten sehr irren, wenn nicht der nächste Sommer zu argen Erschütterungen führt."

An diese Ausführungen knüpft sich eine erschütternde Darstellung der Nachwirkungen der Revolution von 1905 in Rußland, wobei wir beiläufig erfahren, daß der neuernannte Generalgouverneur von Kiew, Trepow, für den Kriegsfall die gegen Österreich bestimmten Truppen kommandieren werde, ganz wie der Generalgouverneur von Warschau, der die polnische Armee kommandiere, sich eventuell gegen Deutschland wenden werde. In den „circonstances délicates" der jetzigen Lage sei das wichtig!

Man fragt wohl, was dieses leichtfertige Spiel mit Kriegsmöglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten bezweckt. Eben jetzt hat die Zeitschrift „Prawo" nach den amtlichen Angaben des Regierungsanzeigers festgestellt, daß vom Juli 1907 bis zum Juli 1908 in Rußland nicht weniger als 1375 terroristische Gewalttaten stattgefunden haben. Getötet oder verstümmelt wurden dabei im ersten Halbjahre 553 Personen, im zweiten 420. Im gleichen Zeitabschnitt sind rund 2600 Todesurteile gefällt und rund 1000 vollstreckt worden, wobei zu berücksichtigen ist, daß es sich dabei zum nicht geringen Teile um die Sühne für Missetaten handelt, die zwei bis drei Jahre zurückliegen und erst jetzt bewiesen werden konnten. Wir haben aber keineswegs den Eindruck, daß im letzten Halbjahre die Zahl der Hinrichtungen abgenommen habe, und wenn der Kaiser am Neujahrstage 70 zum Tode verurteilte Verbrecher begnadigt hat, so spricht auch diese Zahl deutlich genug. Dazu kommt die große Zahl terroristischer Organisationen, darunter mehrfach in studentischen Kreisen, was wohl beweist, daß dieser Hydra die Köpfe wieder wachsen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß die Regierung bemüht ist, das Übel an der Wurzel zu fassen und die Mißstände zu beseitigen, die den Vorwand zu den terroristischen Gewaltakten gaben. Mit den bestechlichen Beamten, insbesondere unter den Polizeibeamten, wird rücksichtslos aufgeräumt, und mit dem Vertuschungssystem früherer Jahre scheint endgültig gebrochen worden zu sein. Das haben die letzten Senatorenrevisionen bewiesen. So dringt das System Stolypin allmählich durch; aber es ist doch noch unendlich viel zu tun, und alles wird schließlich darauf ankommen, ob es auch dem Unterrichtsminister Schwartz gelingt, in Schule und Universität einen gesunden Geist hineinzutragen. Aber auch dann bleibt noch die psychisch vergiftete Generation des letzten Lustrums übrig, und man fragt vergeblich, wie sie zu einer neuen, mit dem staatlichen Leben vereinbaren

Weltanschauung geführt werden soll. Nun nehme man die Probleme der Agrarverfassung, der Sanierung des Finanzwesens, das durch die stetig wachsende Milliardenschuld gedrückt wird, das Heer, die Marine und alle die wirtschaftlichen Fragen, deren Lösung in ungezählten Gesetzentwürfen der Duma vorgelegt worden ist, und man wird zu dem Schlusse kommen, daß dieser Staat eine wahnsinnige Politik treiben müßte, wenn er auf Kriegsabenteuer oder auf das gefährliche Abenteuer einer Einkreisungspolitik sich einlassen wollte, wie die russische Presse sie träumt. Wir sind fest davon überzeugt, daß Zar, Ministerpräsident und Duma von solchen Plänen weit entfernt sind. Aber es ist ein Zeichen innerer Schwäche, daß die Propaganda dafür geduldet wird.

Der dritte und letzte England-Brief von Judet ist am 11. d. M. erschienen. Wie die beiden vorausgegangenen, ist er übermäßig pessimistisch und entschlossen antienglisch. Seine Schlußbetrachtung lautet:

„Ein Volk rettet sich stets nur aus eigener Kraft. Ergebene und naive Allianzen vermögen ebensowenig den Lauf der Weltgesetze zu hemmen, als etwa die Höhe der Flutwellen herabzusetzen. Das weiß jeder denkende Engländer. In London, wo sie unter sich sind, atmet man es mit der Luft ein, es beherrscht alle Gedanken. Diejenigen, die die Gefahr (das heißt, die famose Invasion, die Judet als Realist darstellt!) zurückweisen wollen, finden weder beim Liberalismus noch beim Sozialismus Hilfe; diese Parteien blicken nicht ins Ausland, sondern nach innen, und sehen, wie durch die blutende Wunde des Pauperismus die Kraft der Nation hinschwindet. Die regierenden Imperialisten klagen, daß sie so wenig gehört werden. Der Plan der Elite geht deshalb dahin, das Ministerium zu verjagen und zuverlässigere Piloten an das Staatsruder zu stellen. Aber die Monate gehen hin, und je länger Eduard VII. zögert, um so weniger wird er Herr der Stunde sein. Denn Politik ist nicht eine Sache der Gutmütigkeit oder dummer Höflichkeit. Man mag Freund oder Feind Englands sein, wissen muß man es ohne weiteres Zögern und ohne falsche Scham: England ist bis zum Wahnsinn beunruhigt durch die Ereignisse, die es verurteilen („elle est troublée jusqu'à l'affolement par les événements qui la condamnent"). Gutmütig an ihrer Seite gehen, das heißt, sich in unvorsichtiger Ritterlichkeit in das Lager des Besiegten begeben."

Es ist nicht hübsch von Herrn Judet, daß er durch seine Ausführungen die ohnehin große Erregung der englischen Presse steigert.

Ein Wunder kann man ja nicht darin erkennen, wenn schließlich die öffentliche Meinung des Landes dieser Führung gläubig folgt. Um so erstaunlicher ist es aber, daß die nagende Sorge des Hirngespinstes der deutschen Invasion zu immer neuen Herausforderungen treibt. Denn was ist es anders als eine Herausforderung, wenn der „Morning Advertiser" den bevorstehenden Besuch König Eduards in Berlin gleichsam als eine uns erwiesene Gnade darstellt. „Wir bezweifeln, so schreibt der „Advertiser", „daß irgendein anderer Monarch solcher Großmut fähig wäre." Wir haben für solche Unverschämtheit keine Antwort, glauben aber, daß sie niemandem peinlicher sein wird als dem Könige Eduard VII. Was aber die nicht abzuleugnende Beunruhigung der Engländer betrifft, so geht sie ganz direkt auf die Schutzmaßregeln zurück, die sie gegen die eingebildete deutsche Gefahr getroffen haben. Daraus, daß die öffentliche Meinung gebieterisch forderte, daß die gesamte englische Flotte in dem Kanal und in der Nordsee konzentriert bleiben solle, ergab sich die Unmöglichkeit, die große Stellung zu behaupten, die England in den indischen, afrikanischen, amerikanischen Gewässern und in dem Großen Ozean einnahm. Man fühlt sich dort teils entlastet, teils gefährdet, und es war nur natürlich, daß die großartige Flottenexpedition der Amerikaner gleichsam im Vorüberfahren das sinkende englische Ansehen zu eigenem Vorteil auffischte. Das ist der Schlüssel zu der politischen Mißstimmung Englands, und ändern kann sich das nicht, solange alle Kräfte des Reiches zur Bekämpfung einer Halluzination in Anspruch genommen werden.

Der Sturz Juanschikais hat Anlaß zu einer Anfrage des englischen und des amerikanischen Gesandten beim Prinzen Tsching gegeben. Sie wollten wissen, ob die Entlassung des einst allmächtigen Staatsmannes eine Änderung der chinesischen Politik bedeute. Die Antwort war, wie nicht anders möglich, ein „Nein", und damit hat man sich, wie gleichfalls nicht anders möglich war, zufrieden gegeben. Uns scheint, daß die Mächte, die es für richtig hielten, sich jeder Einmischung in innere Angelegenheiten Chinas zu enthalten, klüger gehandelt haben. Der „Temps" bleibt, trotz der von Tokio ausgegangenen Dementis, dabei, daß Japan seine Hand beim Sturze Juanschikais im Spiel gehabt habe. Man habe in ihm den Reformator Chinas und den militärischen Reorganisator des 400-Millionen-Reiches gefürchtet. Die

Hegemonie Japans aber sei mit dem Zukunftsbilde eines übermächtigen chinesischen Staates nicht vereinbar. Deshalb lege Japan heute auch keinerlei Wert mehr auf die Modernisierung Chinas. Weder Finanz- und Verwaltungsreform noch die Umbildung von Schule, Heer und Marine seien erwünscht, seit keine Aussicht sich biete, daß Japan einst die Führung der hier entstehenden Kräfte übernehmen werde. Bei dem Realismus, der die Politik der Gegenwart beherrsche, könne das gewiß nicht getadelt werden. Das ist ganz richtig argumentiert, aber noch kein Beweis dafür, daß Juanschikai auf einen Wink von Tokio hin gestürzt worden ist. Vielmehr spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß in der Tat die Rivalität von Mandschu und Chinesen den Anstoß gab. Und damit bleibt auch die Sorge bestehen, daß diese Gegensätze in Unruhen ausmünden, die allen Mächten unerwünscht wären, die einen friedlichen und freundschaftlichen Verkehr mit China suchen.

In Persien dauert der unentschiedene Kampf zwischen den Konstitutionellen und den Anhängern des Schah fort. Einer der besten Kenner Vorderasiens, Mr. H. F. Bloß Lynch, M. P. und Vorsitzender des „persischen Komitees", der zugleich in engen Beziehungen zu den jetzt viel genannten Bachtiaren steht, schildert die Lage folgendermaßen: Die große nördliche Provinz Aderbeidjan sei in den Händen der Konstitutionellen, die alle Kräfte anspannen, um das Land in Ordnung zu halten und so jeden Vorwand zu einer Intervention zu vermeiden. Dieselbe Politik verfolgten die Bachtiaren in der Provinz Ispahan und in den Ebenen von Arabistan. In der dazwischen liegenden mittleren Zone behauptet sich der Schah mit Hilfe der geringfügigen Truppe der sogenannten persischen Kosaken. Er und der Hof haben Teheran verlassen und bewohnen den Bagh-i-Schah, der ein befestigtes Lager darstellt. Die Bachtiaren und das persische Volk seien nicht dem Schah, sondern seinen Günstlingen feind. Lasse man die Perser in Ruhe, so zweifele er nicht daran, daß sie eine gute Lösung der gegenwärtigen Wirren finden würden. Dazu scheint aber nur geringe Aussicht zu sein. Zunächst weisen alle Anzeichen darauf hin, daß sich eine russisch-englische Finanzkontrolle vorbereitet, und auf diese dürfte dann zunächst ein Eindringen der Russen in Aderbeidjan folgen, danach die Okkupation der südlichen Einflußsphäre durch die Engländer. Auch haben wir den Eindruck, daß auf beiden Seiten eine gewisse Rivalität sich geltend macht. Aber es ist

auch nicht unmöglich, daß gerade diese Rivalität dazu beiträgt, die Okkupation auf längere Zeiträume hinauszuschieben.

Auf die Balkanfrage gehen wir heute nicht näher ein. Der Verständigung zwischen Österreich und der Türkei muß eine bulgarisch-türkische folgen. Das unruhige Element bleibt Serbien, das zwischen Resignation und extremen Entschlüssen hin- und herschwankt, und wo schließlich ein halber Zufall zu einer Katastrophe führen kann. Die einlaufenden Gerüchte von einer bevorstehenden Abdankung des Königs zugunsten des „wilden" Kronprinzen haben bisher keine Bestätigung gefunden. Ganz grundlos sind die parallel laufenden Nachrichten von einem bevorstehenden Thronwechsel in Montenegro. Unter allen Umständen wird man darauf rechnen können, daß der Friede bis zum Frühjahr bewahrt bleibt. Und damit wäre schon viel erreicht.

Das Vorgehen des Präsidenten Roosevelt gegen die Korruptionswirtschaft, die in gewissen politischen Kreisen der Vereinigten Staaten eine nur zu große Rolle spielt, hat nicht nur zu einem Kampfe mit dem Senat und zur Einsetzung einer Untersuchungskommission geführt, sondern auch zur Folge gehabt, daß man versucht hat, die Rechtlichkeit des Präsidenten zu verdächtigen. Speziell die Arbeiten am Panamakanal, über die ja schon lange Klagen laut geworden waren, mußten den Stoff zur Verdächtigung hergeben. Aber Roosevelt hat keinen Augenblick gezögert, den Handschuh aufzunehmen. Gegen den Besitzer der „New York World", der sich zum Sprachrohr jener Anschuldigungen gemacht, Joseph Pulitzer, ist eine Klage wegen Verleumdung anhängig gemacht worden, und wir wollen hoffen, daß ihn die verdiente Strafe trifft. Aber Herr Pulitzer ist aus kleinen Anfängen heute ein großer und mächtiger Mann geworden. „Who's Who" gibt die folgenden biographischen Daten über ihn:

Pulitzer, Josef, Besitzer des „New York World" seit 1883, Begründer und Eigentümer der „St. Louis Post Dispatch". Geboren in Ungarn 1847, erzogen durch einen Hauslehrer (!). Kam in die Vereinigten Staaten 1864. Diente während des Bürgerkrieges in der Kavallerie; zog später nach St. Louis, wurde Reporter der „Westlichen Post", danach ihr Geschäftsredakteur und teilweiser Besitzer; Mitglied der Missouri Constitutionellen Convention 1879. Zum Abgeordneten im Kongreß von New York-Stadt erwählt für 1885 bis 1887. Legte sein Mandat nach wenigen Monaten nieder. Ist Demokrat. Vertrat die Goldwährung.

Schenkte im Jahre 1903 der Columbia-Universität New York 1 Million Dollar, um eine Journalistenschule zu gründen. Hat 52 Pulitzer Studienpreise in verschiedenen hervorragenden amerikanischen Universitäten für Graduierte der New Yorker Hochschule gestiftet, die auf Grund eines Konkurrenzexamens verteilt werden. Adresse: „The World", Haus Pulitzer, New York.

Wir versagen uns jeden Kommentar zum Roman dieses Lebens. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Verhandlungen jenes Verleumdungsprozesses ihn in aller Ausführlichkeit liefern.

Daß die Marokkodebatte in einen Sieg des französischen Ministeriums ausmünden würde, haben wir vorausgesetzt. Aber das Mißtrauen gegen Liauteys Pläne kam zu starkem Ausdruck, und ebenso beginnt sich jetzt in England der Gegensatz zu einer Wiederholung des französischen Abenteuers von Osten her geltend zu machen. Man möchte endlich Ruhe haben, um das Geschäft in Marokko wieder aufzunehmen. Die wichtigste Tatsache für das innere Leben Frankreichs ist, daß Clemenceau sich entschlossen hat, mit dem bisherigen Wahlsystem zu brechen. Er will, wie festzustehen scheint, das Listenskrutinium einführen, dasselbe System, durch welches einst Boulanger sich zum Diktator aufzuschwingen hoffte.

Wir können uns nicht versagen, aus einer kürzlich erschienenen meisterhaften „Skizze einer Finanzgeschichte von Frankreich, Österreich, England und Preußen" (1500 bis 1900) [1]) von Schmoller einige seiner Schlußsätze über das heutige Frankreich herzusetzen. Er macht die Republik für die enorme Verschuldung und Steuerlast Frankreichs verantwortlich.

„Es fehlt Frankreich", sagt er, „eine politische Aristokratie, wie sie England besitzt, Venedig besaß, und wie sie gerade auch eine demokratische Republik braucht, um das Staatsschiff in festen, sicheren, gleichmäßigen Bahnen zu halten. Das Volk ist noch in keiner Weise reif für die Demokratie und die Republik. Es fehlt die Stetigkeit der Leitung; die Minister fallen wie die Kartenhäuser oft in einem Jahre zwei- bis viermal um. Die Popularitätssucht der Regierenden ist viel zu groß; Minister und Parlament sind von den Tagesstimmungen, vor allem der Pariser Boulevards, abhängig. Die Finanzminister sind Bankiers, große

[1]) Leipzig bei Duncker und Humblot 1909. 64 Seiten. 8°.

Fabrikanten, Geschäftspolitiker mehr als Staatsmänner. Dabei sind im Steuerwesen, in der Aufstellung des Budgets wie in vielen andern Gebieten in den letzten 18 Jahren gewiß zahlreiche kleine Fortschritte gemacht worden. Aber zu Großem fehlt immer die Kraft; das Parteigezänke, der persönliche Ehrgeiz, der ruhelose Kampf um die Ministerstühle ließen es nicht zu großen Reformen kommen. Die reichen Leute zu besteuern, dazu fand man keine Majoritäten. Als Freycinet die Staatsbahnen ausdehnen, durch große staatliche Kanalbauten und ähnliches der Volkswirtschaft einen großen Aufschwung geben wollte, da versagten die Kammern, das Beamtentum, die haute finance, die öffentliche Meinung. Der große Plan endete mit jahrelangen Defizits von je einer halben Milliarde, ja mit Verträgen, die den großen Eisenbahngesellschaften für absehbare Zeit jährliche Zuschüsse von 100 und mehr Millionen brachten. Man mußte froh sein, als die Zersplitterung des Etats in zahlreiche Sonderbudgets, das riesenhafte Anwachsen der schwebenden Schuld und die andern finanziellen Mißstände aus der Zeit 1870—1890 endlich in den neunziger Jahren wieder gutgemacht wurden. Nochmal eine Katastrophe wie 1870, und nochmal 40 Jahre solch demokratischer Finanzwirtschaft wie die letzten könnte Frankreich schwer aushalten. Hoffen wir, daß Frankreich sich nicht nochmal, diesmal durch seine Anglomanie, zu einem deutschen Kriege verführen läßt. Hoffen wir, daß die weitsichtigeren und edleren Elemente der demokratischen Republik die gesellschaftlichen und Verwaltungsinstitutionen so weiterbilden, vor allem eine gerechte und große Finanzreform — trotz dem Einfluß der Geldaristokratie — so durchsetzen werden, daß im 20. Jahrhundert das schöne, reiche, alte Kulturland ohne soziale Revolution und ohne Kriegsabenteuer sich seiner hohen Mission unter den europäischen Völkern ganz hingeben kann."

Soeben geht mir der telegraphische Bericht des „W. T. B." über die Rede des Deputierten Jaurès in der französischen Kammer zu. Es findet sich darin der folgende Satz: Im Casablancastreit habe Frankreich die Meinung der Völker für sich gehabt. Ein Stirnerunzeln flöße Frankreich keine Furcht ein, und daher habe sich, als Professor Schiemann von der Ungeheuerlichkeit gesprochen habe, *Frankreich als Geisel* anzusehen, die ganze Nation erhoben, um Freiheit des Handels für sich zu fordern, bereit, den letzten Seufzer ihres letzten Mannes zu opfern. Nun habe ich, als im Juni 1905 und später französische Blätter be-

haupteten, ich hätte gesagt, Frankreich werde in einem englisch-deutschen Kriege „l'otage de l'Allemagne" sein, in der „Kreuz-Zeitung" und in französischen Blättern erklärt, daß ich diesen Ausdruck nie gebraucht habe. Aber die Legende ist geblieben, und da Herr Jaurès sie wiederholt hat, will ich sie noch einmal an dieser Stelle zurechtsetzen.

Die Wochenschau der „Kreuz-Zeitung", über welche die öffentliche Meinung Frankreichs sich so sehr aufregte, und aus der die Legende sich aufgebaut hat, erschien am 7. Juni 1905. Sie knüpfte an einen Leitartikel Ernest Judets im „Eclair" an, der das System Delcassés heftig angriff und u. a. sagte: „Wollen wir mit Europa gehen, so verlangt Deutschland von uns, daß wir uns von England trennen, England aber fordert uns auf, mit Deutschland zu brechen, und zwar für Rechnung und Vorteil Englands und .... begnügt sich, uns platonisch zu erklären, daß es uns in dieser Sackgasse unterstützen werde; wir werden aber dort denselben Gegner finden wie in Straßburg und Metz. Niemals hat Frankreich eine grausamere, beängstigendere Entscheidung treffen müssen. Die Diplomatie, die uns diesen Weg des Verderbens geführt hat, ist nicht nur ungeschickt, sondern verbrecherisch" .... Dazu bemerkte ich: „Ohne uns Herrn Judets immerhin beachtenswerte Argumentation anzueignen, wollen wir doch anerkennend hervorheben, daß er den Ernst der Lage verstanden hat. Die Verhältnisse liegen allerdings so, daß Frankreich seit seinem Akkord mit England ein Werkzeug der britischen Politik gewesen ist, und daß, wenn Frankreich sich weiterhin zum Werkzeug gegen uns benutzen lassen sollte, uns nichts übrig bleibt, als alle sich daraus ergebenden Konsequenzen mit Nachdruck und voller Anstrengung unserer Kräfte zu ziehen, solange es noch an der Zeit ist. Darüber ist in Deutschland nur eine Stimme. Aber wir meinen, daß Frankreich aus der „Sackgasse", in der es sich befindet, in allen Ehren hinauskommen kann, sobald es auf den Boden der Verträge zurücktritt." (Deutschland und die große Politik 1905 S. 163 u. 164.) Ich darf wohl von der Loyalität des Herrn Jaurès erwarten, daß er sich nunmehr von meinem angeblichen Schlagwort „la France otage" lossagen wird. Es ist nicht made in Germany, sondern französisches Rhetorenfabrikat.

Zum Schluß aber sei darauf hingewiesen, daß heute kein Tag hingeht, an dem nicht französische Blätter vor den Gefahren der englischen Kombination warnen. Man kann es sogar im „Temps" lesen!

22. Januar 1909. Protest des Handelsamts der Verein. Staaten gegen die englischen Patentgesetze.
22. Januar. Protest der montenegrinischen Kammer gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina.
23. Januar. General Alexejew vom russischen Marinegericht wegen Bestechlichkeit verurteilt.
24. Januar. Tschechische Brutalitäten gegen deutsche Studenten in Prag.
24. Januar. Rüstungen in Bulgarien.

---

27. Januar 1908.

Im „Journal des Débats" vom 23. Januar schreibt der Petersburger Korrespondent dieses Blattes:

„Man täusche sich nicht: der Friede im Orient ist noch nicht gesichert. Man weiß hier (Petersburg), daß in Wien und Pest die durch mächtige Einflüsse verstärkte Kriegspartei auf einen Krieg gegen die Serben, ja sogar gegen Italien drängt. Gewisse österreichische Zeitungen, die uns hier zugehen, gehen so weit, daß sie sich über das Erdbeben in Sizilien freuen, weil es die Finanzen Italiens unterhöhlt und es für einige Zeit wehrlos gemacht habe. So tief ist die politische Moral gesunken! Unter diesen Voraussetzungen ist es nicht unvernünftig, zu glauben, daß die Wiener Monarchie (!) daran denkt, im Frühjahr Serbien zu überfallen. Was wird geschehen, wenn dies Unglück eintrifft? Werden wir dulden, daß Serbien, dessen Demütigung wir zuließen, dazu erobert werde? Nimmermehr! Eine russische Regierung, die dem Germanentum solche Zugeständnisse machen sollte, wäre entehrt. Denn der Slavismus beginnt sich seiner Kraft bewußt zu werden. Er ist ein kräftiges Kind; lange von dem älteren deutschen Bruder mißhandelt, beginnt es sein Haupt zu erheben. Wie es in Bulgarien den Türken widerstand, widersteht es den Österreichern in Serbien, Montenegro, in Bosnien, in Böhmen, sogar in Posen den Preußen. Die Unvorsichtigkeit, mit der man das Slaventum herausfordert, kann die Krisis nur beschleunigen, die das 20. Jahrhundert beherrschen wird. Und deshalb müssen wir Russen uns bereit halten, denn wir sind die

große Schlachttruppe der slavischen Armee. Die andern slavischen Völkerschaften sind nur unsere Vorhut. Seit dem 10. Jahrhundert sind wir genug zurückgewichen. Es scheint, daß der Augenblick gekommen ist, unsere Stellung zu verteidigen. Ganz Rußland hat ein dunkles Gefühl davon; sogar das ungebildete Volk unseres flachen Landes. Die nihilistische Revolution hat es nur oberflächlich berührt. Nur ein wirklich nationaler Krieg würde die Masse des Volkes bis in seine Tiefen zur Erhebung bringen. Und unsere Lage ist die: Wir haben zu wählen zwischen zwei Leidenschaften, zwischen zwei Gefahren: der wilden, zerstörenden Revolution und dem Verzweiflungskampf um die Zukunft unserer Rasse. Von diesen beiden Übeln ist das zweite das geringere!"

Wir stellen, als Barometer der Stimmung gewisser englischer Kreise, die letzten Londoner Telegramme Herrn Wesselitzkis an die „Nowoje Wremja" dieser erstaunlichen Petersburger Stimme zur Seite.

„London, 19. Januar. Die Nachrichten über die österreichisch-türkische Verständigung sind widerspruchsvoll und werden in politischen Kreisen verschieden ausgelegt. Der Eindruck wird immer stärker, daß die Pforte nur an kleine Vorteile denkt und Rücksichten höherer Politik außer acht läßt. Allgemein ist das Erstaunen, daß sie sich die Unterstützung Österreichs auf der nächsten Konferenz ausbedungen hat. Die Engländer fragen, gegen wen denn die Türkei die Unterstützung Österreichs brauche, und denken, daß die verlogene Agitation der österreichisch-ungarischen Presse die Pforte gegen die ihr aufrichtig geneigten und befreundeten Nationen mißtrauisch gemacht hat. Eine Konferenz, auf welcher die Türkei unter dem Schutze Österreichs und Deutschlands erscheint, würde natürlich die Annexion legalisieren und Österreich freie Hand zur Germanisierung Bosniens und der Herzegowina geben. Dann wird die Balkanföderation ein Traum, und die „neue" Türkei bereitet sich dann vor, die Politik der alten Türkei fortzusetzen. Das Verhalten des neuen englischen Botschafters wird stark kritisiert, weil er eine derartige Wendung zugelassen habe. Die Freunde des Botschafters entgegnen, daß er allein, ohne Unterstützung, den Einfluß Marschalls, dem andere Botschafter zur Seite standen, nicht überwinden konnte. Übrigens ist ein Teil der englischen Gesellschaft so verblüfft durch

die Erfolge der deutschen Politik, daß man bereits von einer Annäherung an Deutschland zu reden beginnt. Die „Westminster Gazette" sagt, der Erfolg Deutschlands sei dem Frieden und der Menschheit nützlich."

Diesen Ausführungen sekundiert am 20. Januar der Wiener Korrespondent der „Nowoje Wremja" folgendermaßen:

„Man beginnt hier zu erkennen, daß die Verständigung mit der Türkei die Kriegsgefahr keineswegs beseitigt hat, sondern vielmehr einen Zusammenstoß zwischen Österreich-Ungarn und Serbien-Montenegro beschleunigen dürfte. Die österreichische Regierung weiß das offenbar sehr wohl und beschleunigt ihre Rüstungen, weil ihr nicht entgeht, daß keinerlei Drohungen Serbien von einem Angriff (wörtlich: von kriegerischem Vorgehen) zurückhalten werden. Die letzten Nachrichten aus Konstantinopel sagen, daß die Verständigung mit der Türkei nur Rechtskraft gewinne, wenn eine Verständigung mit Serbien und Montenegro erfolgt sei. Serbien und Montenegro sind der Türkei gegenüber mißtrauisch und verlangen jetzt nicht mehr die Autonomie von Bosnien und Herzegowina unter Souveränität des Sultans, sondern nur territoriale Zugeständnisse: Verbindung Serbiens mit Montenegro und dem Meere."

Am 21. Januar telegraphiert wiederum Herr Wesselitzki aus London:

„Die bestunterrichteten Kreise glauben, daß die Wiener Nachrichten von einer vollen Verständigung mit der Türkei nicht richtig seien. Das Abkommen ist noch nicht unterzeichnet, und offenbar treten unüberwindliche Schwierigkeiten der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Türkei und Österreich entgegen. Auch die Wiederherstellung des deutschen Einflusses stößt auf Schwierigkeiten; man hält die Herstellung dieses Einflusses in der Türkei für ganz unwahrscheinlich. Der herrschende Einfluß gehört England und den ihm ergebenen Muselmännern. Seid Ali, ein berühmter Gottesgelehrter, hat aus dem Text des Koran die Geistlichkeit davon überzeugt, daß der Koran nicht gegen eine parlamentarische Regierung sei, und die Geistlichkeit bewogen, sich den Jung-Türken anzuschließen. Seine Autorität tritt für einen engen Anschluß der Türkei an England ein. Dazu sagen kompetente englische Politiker, die erfahren haben, daß die Türkei ein Bündnis mit Bulgarien wünsche, daß England zwar eine

türkisch-österreichische Verständigung befördere, aber darauf bestehe, daß die Konferenz über die Lage Bosniens und der Herzegowina entscheiden solle."

London, 22. Januar: „Die Zweifel an einem günstigen Ausgang der österreichisch-türkischen Verhandlungen hören nicht auf und werden sogar von Wien aus bestätigt. Die Pforte setzt ihre Politik nicht nur nicht in Übereinstimmung mit derjenigen Österreichs und Deutschlands, sondern hat sogar den Serben erklärt, daß sie entschlossen sei, auf der bevorstehenden Konferenz für die Interessen Serbiens und Montenegros einzutreten. Die türkisch-bulgarischen Verhandlungen sind in ein günstigeres Stadium getreten. Durch Angebot eines Bündnisses hat Bulgarien das volle Vertrauen der Pforte zurückgewonnen. Die Verschlimmerung der auswärtigen Lage Österreichs wird noch verwickelter durch die Verschärfung der inneren österreichisch-slavischen Krisis. Die Slaven in Österreich haben keine Landtage und werden, obgleich sie in der Majorität sind, im Reichsrate von den deutschen Ministern despotisch regiert. Bricht ein Aufstand in Bosnien aus, so kommt es wohl an verschiedenen Stellen Österreich-Ungarns zu einer Erhebung."

Man darf mit Spannung erwarten, was die nächste Serie dieser tendenziösen und aufreizenden Berichterstattung bringen wird. Sie mündet für den, der zu lesen versteht, in den Wunsch aus, je eher je lieber den ihr sonst vielleicht entgehenden Weltkrieg anzufachen. Wahrscheinlich werden die aus Bulgarien gemeldeten militärischen Vorbereitungen diese Hoffnung noch bestärken, und wenn Herr Wesselitzki uns nächstens melden sollte, daß im „Standard" ein englischer „Marineoffizier hohen Ranges, dessen Namen aus naheliegenden Gründen nicht genannt werden dürfe", eine Anleihe von 100 Millionen Pfund fordert, um den two power standard gegenüber Amerika und Deutschland zu behaupten, so wird seine Zuversicht weiter wachsen, zumal der „Standard" redaktionell lebhaft für diese Anleihe eintritt. Endlich könnte er noch auf die Rede hinweisen, die Herr Tomanowitsch, Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Montenegro, vor der Skuptschina gehalten hat. Der Vertreter dieser montenegrinischen Großmacht sagte nämlich:

„Bosnien und Herzegowina sind für die serbische Nation, was die Provinz Moskau für die Russen ist. Wir glauben nicht, daß die Mächte

die letzten türkisch-österreichischen Verhandlungen billigen werden. ... Durch die Annexion ist der Untergang der politischen Existenz und der Unabhängigkeit der serbischen Staaten nur eine Frage der Zeit geworden. Wir können keine andere Lösung zulassen, als entweder die Vereinigung Bosniens und der Herzegowina mit den serbischen Staaten, oder aber ihre völlige Autonomie. Täuschen uns die Hoffnungen, die wir auf die Konferenz setzen, so bleibt uns, solidarisch mit allen Serben, die Hoffnung auf uns selbst."

Fragt man nun, wie all diesen teils böswilligen, teils naiven Kundgebungen und Halluzinationen gegenüber es mit der politischen Wirklichkeit steht, so ist zunächst hervorzuheben, daß die leitenden Minister aller zunächst in Betracht kommenden großen Mächte sich nicht nur friedfertig ausgesprochen haben, soweit der Staat in Frage steht, den sie vertreten, sondern auch ihrem festen Glauben an die Erhaltung des Weltfriedens Ausdruck gegeben haben. Daß im Augenblick die politische Spannung geringer ist als noch vor 14 Tagen, kann mit voller Bestimmtheit behauptet werden. Wenn dabei eine politische Torheit der Serben und Montenegriner nicht als ausgeschlossen gelten kann, und es sehr wohl denkbar ist, daß ein angegriffenes Österreich ihnen dafür eine tüchtige Lektion erteilt, so wird dadurch der allgemeine Friede nicht gestört werden. An Annektierungen wird für den Kriegsfall in Wien nicht gedacht; man würde sich wohl mit Erstattung der Kriegskosten begnügen. Auch ein bulgarisch-türkischer Krieg würde unter keinen Umständen zu Territorialveränderungen führen. Die jetzigen bulgarischen Demonstrationen sind, wie auch in der „Vossischen Zeitung" sehr richtig gesagt worden ist, ein Bluff, dessen letztes Ziel wohl dahin geht, auf die Ausgleichsverhandlungen mit der Türkei zu drücken. Aber es ist ein gefährlicher Bluff, der auf Unterstützung der großen Mächte, Rußlands, Englands und Österreichs, die dabei allein in Frage kommen, nicht zu rechnen hat.

Das Entscheidende war die Verständigung zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn, die als perfekt gelten kann, auch wenn es darüber noch zu lebhaften Debatten in der türkischen Kammer kommen sollte. Der Versuch, die neue Lage in der Türkei dahin auszunutzen, daß Deutschland politisch aus dem nahen Orient verdrängt und wirtschaftlich dauernd geschädigt werde, kann nunmehr als gescheitert

betrachtet werden. Wir haben in all den Jahren, seit Deutschland in engere Beziehungen zu der Türkei trat, nur dahin gewirkt, die Türkei moralisch und wirtschaftlich zu heben und ihre Widerstandskraft zu stärken. Die Reorganisierung der türkischen Armee, die Erschließung Kleinasiens und die weiteren wirtschaftlichen Pläne, die sich an die Bagdadbahn knüpfen, die sehr wesentliche Unterstützung, die unsere Ingenieure bei Errichtung der Hedschasbahn leisteten, die Tatsache endlich, daß wir die einzige Macht sind, die kein moslemisches Land in Händen hat oder zu erwerben sucht: das alles läßt sich nicht übersehen und mußte trotz des Taumels, den die Tage des Staatsstreiches brachten, schließlich anerkannt werden. So sind wir in gewissem Sinne die natürlichen Verbündeten der Türkei gewesen, und es liegt keinerlei Grund vor, weshalb wir es nicht bleiben sollten. Mit sehr ruhigem Gewissen sehen wir der Interpellation entgegen, die in dem türkischen Parlamente wegen der Bagdadbahn eingebracht worden ist; die Beantwortung der Frage, weshalb sie nicht nach Kuweit als Ausgangshafen dirigiert worden ist, wird zeigen, daß nicht wir die Schuld daran tragen. Daß eine Anzahl türkischer Offiziere nach Deutschland geschickt wird, um sich dort militärisch auszubilden, und die Treue, mit der die türkische Armee die dankbare Erinnerung an Goltz Pascha festhält, sind weitere Belege für die Herstellung guter Beziehungen, ganz wie die Warnungsrufe, die Herr Wesselitzki wegen des Einflusses unseres Botschafters erhebt. Herr v. Marschall hat eben eine gute Sache zu vertreten, die früher oder später sich durchsetzen müßte.

Die Haltung, die Deutschland während des Höhepunkts der türkisch-österreichischen Krisis eingenommen, findet auch in der Rede Anerkennung, die Sir Edward Grey kürzlich vor seinen Wählern gehalten hat. Wir hätten gewünscht, daß er in Beurteilung des Preßkrieges zwischen österreichischen und englischen Blättern ein gleich ruhiges Urteil gewahrt hätte. Der Angriff ging von London, nicht von Wien aus, wie jedermann weiß, der diese Kampagne verfolgt hat.

König Eduard kann selbstverständlich auf eine gute und glänzende Aufnahme rechnen. Wir wissen, was wir den Gästen unseres Kaisers schuldig sind, und sind noch voller Dankbarkeit für die gastfreie Aufnahme, die Kaiser Wilhelm auf englischem Boden gefunden hat. Daß durch den Besuch König Eduards die wenig erfreulichen Beziehungen, die in den letzten Jahren, infolge einer gewissenlosen Agitation

der Presse und einer politischen Halluzination, zwischen uns und England bestanden, sich nunmehr plötzlich zu herzlichem Einvernehmen wenden werden, glauben wir freilich nicht. Dazu bedarf es einer Wandlung, wie sie nur die Zeit bringen kann, oder wie gebieterische Interessenfragen sie herbeiführen. Dieser Gegensatz war seit Beginn des neuen Jahrhunderts der Alp, der auf ganz Europa drückte. Ganz Europa wird sich daher entlastet fühlen, wenn er schwindet.

Aus den französischen Zeitungen klingt uns seit geraumer Zeit die Erwartung entgegen, daß es in der marokkanischen Frage zu einer Verständigung kommen könnte, mit der Frankreich und Deutschland sich zufrieden geben können. Auch wir werden ein solches Ergebnis freudig begrüßen. Nur möchten wir zu diesem Bunde als Dritten noch Marokko hinzufügen. Marokko muß die Möglichkeit erhalten, als selbständiger Staat weiter zu leben, ohne durch die Schuldenlast, die ihm die pénétration pacifique gebracht hat, erdrückt zu werden. Das ist der schwierige Punkt des Problems, von dessen Lösung alles abhängt. Ist diese Lösung gefunden, so sehen wir nicht, was uns verhindern sollte, in voller Einmütigkeit mit Frankreich an der Erschließung Marokkos weiter zu arbeiten.

Der Gedenktag Gambettas, der jüngst gefeiert wurde, hat längst vergangene Tage wieder in Erinnerung gebracht. Herr Thomson und Herr Picquart, das ist der Marine- und der Kriegsminister, haben dabei mit beredten Worten der Dienste gedacht, die der tapfere Mann Frankreich geleistet hat. Er hat die Lehre wieder ins Volksbewußtsein getragen, daß man am Vaterlande nie verzweifeln darf, und die Franzosen haben gewiß recht, stolz auf ihn zu sein. Uns sind erst kürzlich die furchtbaren Zeiten wieder lebendig vor die Seele getreten, die Frankreich damals durchlebt hat. Der hiesige Professor der französischen Sprache und Literatur, dessen Name kürzlich durch alle französischen Blätter infolge eines Vortrages ging, den er in Paris über seine Erfahrungen in Berlin gehalten hat, und der sich sehr sympathisch über Deutschland äußerte — Herr E. Haguenin, hat mit zwei Freunden ein Buch herausgegeben, das unsern Lesern auf das wärmste empfohlen sei: Edmond Rousse, de l'Académie Française: Lettres à un ami. Band I 1845—1870. Band II Okt. 1870—1880. Paris 1909. Rousse war Advokat in Paris und stand in regelmäßiger Korrespondenz mit einem Freunde, Vasseron, Advokat in Sedan. Wir erhalten hier einen Ein-

blick in das geistige, politische und religiöse Denken eines hochgebildeten, edlen Mannes aus den besten Kreisen des französischen Bürgertums. Zugleich ein Stück Zeitgeschichte, das für die Jahre 1848 bis zum Staatsstreiche Napoleons III. von dramatischem Interesse ist, uns aber noch weit mehr fesselt, wo Rousse seine Erlebnisse während der Belagerung von Paris und während der bösen Tage der Kommune erzählt. Er war in Paris eingeschlossen und wollte auch nach der Kapitulation die Stadt nicht verlassen, weil er als bâtonnier der Pariser Advokaten es für seine Pflicht hielt, auszuharren. Da eine Korrespondenz unmöglich war, führte er ein Tagebuch, das man nicht lesen kann, ohne tief ergriffen zu werden. Die Last der Sorgen und Gefahren, die der einzelne um des Vaterlandes willen auf sich nehmen mußte, der Grimm gegen den Landesfeind, der es unmöglich machte, gerecht und unparteiisch zu urteilen, das Glauben und Hoffen trotz aller Enttäuschungen — was uns ja ebenso in den Briefen von Taine entgegentritt —, der Zorn und das Gefühl der Schmach über das Treiben der Kommune, das alles tritt uns so lebendig entgegen, so menschlich, daß wir fast mit ihm empfinden, jedenfalls aber ihn verstehen können. Freilich, Preußen hat noch weit furchtbarere Zeiten von 1806 bis 1813, sieben lange Jahre hindurch tragen müssen. So geht die Geschichte ihren Gang. Rousse hat Gambetta weder geliebt noch bewundert, er stand ihm zu nahe, und die Schwächen des Mannes traten neben dem großen Zuge seiner Natur zu deutlich und aufdringlich hervor. Wie ergreifend aber ist die folgende Aufzeichnung vom 10. Dezember 1870:

„Es ist mir, als ob wir seit drei Monaten in eine Zelle gesperrt sind, aus der wir niemals herauskommen werden. Ich erinnere mich nur dunkel der Vergangenheit; die Zukunft ist mir völlig verschlossen. Die Gegenwart drückt wie ein Traum, den ich mitunter festhalten kann, so daß er sich zu einer klaren und festen Vorstellung der Gegenwart verdichtet. Alle Nachrichten und Geschehnisse des Lebens ziehen wie Chimären an mir vorüber, wie abstrakte Gebilde meines Geistes. Ich bin und bin nicht. Und diese Tatsachen sind vorhanden, obgleich sie unmöglich sind. Mir tritt immer wieder ein Wort Shakespeares in den Sinn, und ich wiederhole es sehr oft mechanisch, allein für mich mit lauter Stimme: Die Zeit ist aus den Fugen. Ich weiß nicht, ob ich den Sinn Shakespeares treffe, aber so fühle ich und so entspricht es meinen Gedanken."

Diese Erinnerungen an Belagerung und Kommune nehmen 344 Seiten ein.

Wir schließen mit einer Korrespondenz der „Daily Mail“ aus Berlin, die wir dem „Journal des Débats“ entnehmen:

„Vor fünf Jahren begann in Berlin ein auffallender Luxus um sich zu greifen. Seitdem nahm er in den wohlhabenden Kreisen stetig an Umfang zu. Aber noch niemals hat der Luxus sich kecker gezeigt als in der jetzigen Saison. Man nennt Frauen, die für eine Abendrobe 2500 bis 10 000 Francs zahlen. Die großen Damenschneider müssen ihre Pariser und Londoner Kollegen zu Hilfe rufen, um ihren Bestellungen zu genügen. Pelzwerk zu 25 000 oder 75 000 Francs findet leicht Abnehmer, Hüte werden in diesem Winter zu 500, 750 oder gar 1000 Francs verkauft, Damenschuhe bis zu 250 Francs. Die großen Juweliere haben kostbare Steine für Millionen auf Lager, während früher einige hunderttausend Francs genügten. Man erzählt, daß ein Geschäft Unter den Linden seit Beginn der Saison für 2 Millionen Perlen verkauft hat. Ein reicher Kaufmann hat für seine Frau ein Kollier für 625 000 Francs bestellt. Die Summen, die für Tafelluxus ausgegeben werden, entsprechen diesen Zahlen. Drei große Hotels sind kürzlich in Berlin eröffnet worden und werden nicht leer. Und dabei machen alte und neue Cafés zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens glänzende Geschäfte. Leute, die früher für 6,25 Francs dinierten, zahlen jetzt für ein Diner von 6 bis 10 Gängen mit feinen Weinen 30 bis 50 Francs, dazu raucht man nicht selten nach der Mahlzeit eine Zigarre zu 10 Francs. Der Luxus, der mit Blumen und Automobilen getrieben wird, ist unglaublich verbreitet. Man erzählt, daß in den Klubs ganze Vermögen gewonnen oder verspielt werden. Endlich gehören kostspielige Landhäuser zum unentbehrlichen Luxus der Reichen. Für den Februar wird ein fabelhafter Exodus der Berliner an die Riviera und in die Winterhotels der Schweiz erwartet. Am ernstesten aber ist die Tatsache, daß diese tolle Verschwendung allmählich auch die mittleren Klassen ergreift und dort ein Unheil anrichtet, das nicht mehr gut zu machen ist.“

Das sind Vorwürfe, die gegen die Gesellschaft von Paris in den letzten Tagen des ancien régime und des dritten Kaiserreichs erhoben wurden. Den Fremden liegt die Schlußfolgerung nahe, daß wir ähnlichen Katastrophen entgegengehen.

Und dabei sollten wir die Mittel zur Reichsfinanzreform nicht auftreiben können!

28. Januar 1909. Zusammenstoß tschechischer und deutscher Gegensätze in Eger.
28. Januar. Aufhören der amerikanischen Verwaltung in Kuba. Präsident Gomez übernimmt die Regierung.
31. Januar. Verhaftung des ehemaligen Polizeiministers Lopuchin in Petersburg.
3. Februar 1909. Niederlage der Anhänger des Schah bei Choi.

3. Februar 1909.

Es läßt sich nicht verkennen, daß in Frankreich eine Strömung an Boden gewinnt, die dem von den gegenwärtigen Machthabern vertretenen Systeme entschieden feindselig gegenübersteht. Man ist nicht nur die Personen überdrüssig geworden, vor allem Herrn Clemenceau, der seinen Ministersitz allzulange behauptet und es dazu verstanden hat, seiner Stellung als Ministerpräsident den Charakter einer Diktatur zu geben, sondern man sehnt sich auch ein wenig nach Freiheit. Die Stimmen, die sich dagegen erheben, daß nur die Anhänger der herrschenden radikal-sozialistischen Gruppe, die sich gefügig in dem Rahmen der Parteidoktrin bewegen, als Vollfranzosen gelten, werden von Tag zu Tag lauter.

„Die bis zum Paroxysmus gesteigerten Rivalitäten bei den Wahlen, das stete Spionieren eines Citoyen gegen den andern, das immer häufigere Anrufen der Staatsgewalt, die dann nur zu schnell bereit ist, strafend einzugreifen, das alles hat zur Folge, daß die Republik, in der wir leben, völlig unbewohnbar geworden ist. Ein Teil unserer Landsleute verbringt das Leben damit, den andern Teil auszukundschaften, zu denunzieren und zu bedrohen."

So schreibt der „Temps" vom 31. Januar, und diesem Urteil stimmen in anderer Formulierung Blätter wie die „Débats", der „Eclair", die „Humanité" bei, während, wie unsern Lesern bekannt ist, die großen vornehmen Revüen, wie z. B. die vortreffliche „Revue politique et parlementaire" schon lange ihre Warnungs- und Klagerufe erschallen lassen. Als am 27. Januar Waddington, der Präsident der „gauche Républicaine", seinen Sitz im französischen Senat ein-

nahm, gab er diesen Empfindungen lebhaften Ausdruck. Die Ergänzungswahlen zum Senat hatten eben stattgefunden und die ohnehin schwache Opposition gegen die Politik des Ministeriums fast ganz beseitigt, um korrekten Clemenceisten Platz zu machen. Die Führer der Liberalen: Prevet, Gourju, Legrand waren nicht wiedergewählt worden. Man behandelt die Männer, welche die Republik ins Leben gerufen haben . . so klagte Waddington — als seien sie die schlimmsten Feinde der Republik. Die alten Prinzipien der Freiheit und Duldsamkeit hätten einem cäsarischen Geiste das Feld räumen müssen, der keine andere Überzeugung dulde, als die der augenblicklichen Majorität. Man müsse unbedingt zustimmen, ohne Vorbehalt, um der Proskription zu entgehen, und werde als Feind verfolgt, wenn man nicht verstehe, Sklave zu sein. Unter dem Kaiserreiche, in den Tagen Persignys und Rouhers sei die Korrumpierung bei den Wahlen nicht schlimmer gewesen. „Gegen unsere Partei wird der Krieg bis aufs Messer geführt." Damit schloß Herr Waddington, und der „Temps" bemerkt dazu: „Es war notwendig, das zu sagen. Wir wollen hoffen, daß es gehört wird, und daß man vor dem Abgrund Halt macht, dem die Republik zugetrieben wird."

Zwei Tage danach hat die französische Kammer sich mit eben dieser Frage beschäftigen müssen. Der Anlaß dazu war der folgende: Am 8. November vorigen Jahres hatte in Laon ein Kongreß der „jeunesse catholique de France" stattgefunden. Die Versammlung trug einen entschieden religiösen Charakter: Gottesdienst und Hochamt, dazu eine Ansprache des Bischofs Péchenard, der über die traurige Lage der katholischen Kirche in Frankreich sprach und die Verfolgungen, denen die Kirche ausgesetzt sei, mit den Prüfungen in Parallele stellte, welche die ersten christlichen Gemeinden zu erdulden hatten. Man kann sich darüber nicht wundern, daß solche Töne angeschlagen wurden, denn in der Tat duldet das offizielle Frankreich nicht, daß seine Beamten und alles, was zur Armee gehört, in diesem katholischen Lande sich kirchlich betätigt. Als nun fünf Offiziere der Garnison von Laon an den Feierlichkeiten teilnahmen, wurden sie denunziert, und der Kriegsminister Picquart ließ drei von ihnen versetzen, den beiden andern einen schlichten Abschied erteilen. Über diese allerdings erstaunlichen Maßregelungen interpellierte der Abgeordnete de Ramel das Ministerium. Er wollte, so sagte er, nicht als Katholik reden, sondern die Freiheit der französischen Bürger ver-

teidigen. Jene Offiziere hätten nichts getan, was strafwürdig sei. Finde man die Ansprache des Bischofs unpassend oder gefährlich, so hätte man ihn zur Rechenschaft ziehen müssen, nicht diejenigen, die ihn anhören. Und weshalb sollte einem Offizier der Zutritt zu einer katholischen Versammlung verboten sein, während man doch, wenn es sich um die Freimaurerei handle, den Offizieren direkt rate, einer Loge beizutreten! Dort aber würden ihnen Verbindlichkeiten auferlegt, die ihre Freiheit sehr wesentlich beschränkten. Es schlossen sich andere Reden an, die der gleichen Gesinnung Ausdruck gaben, und die Herren Clemenceau und Picquart gerieten dabei arg ins Gedränge, besonders als ihr ehemaliger Gesinnungsgenosse und jetzt ihr erbitterter Feind, Herr de Pressensé, in die Debatte eingriff. Er trat für die gemaßregelten Offiziere vom Standpunkte der Sozialisten ein und richtete seinen Angriff vornehmlich gegen den Ministerpräsidenten. Auch er warf Herrn Clemenceau cäsaristische Tendenzen vor und verlangte ausdrücklich, daß das Recht gewahrt werde, in Freiheit zu denken und seine Überzeugungen auch öffentlich zu bekennen. Die Debatte nahm dann bald einen scharf persönlichen Charakter an, und als Clemenceau dem Redner vorwarf, daß er sich früher zu andern Grundsätzen bekannt habe, warf ihm Pressensé die folgende Apostrophe entgegen: „Sie haben kein Recht, das zu sagen, da Sie ja Ihre ganze Vergangenheit vielfach verleugnet haben. Sie haben keine Seite geschrieben, die Sie nicht bald danach desavouierten, Sie haben, in Gemeinschaft mit den schlimmsten Feinden der Republik, erst Gambetta, dann Ferry gestürzt, Sie haben gleich nach Langson (verlustreicher Kampf der Franzosen in Tonking 1885) gegen koloniale Expeditionen protestiert und uns danach in jenes elende marokkanische Abenteuer gestürzt, von dem Sie selbst nicht wissen, wie Sie sich davon freimachen können. Und da wagen Sie, mir einen Gesinnungswechsel vorzuwerfen!"

Wenn das Ministerium sich schließlich mit 327 gegen 168 Stimmen ein Vertrauensvotum aussprechen ließ, konnte seine moralische Niederlage doch keinem Zweifel unterliegen. Alle großen französischen Blätter setzen in ihren Leitartikeln und in Zuschriften den Kampf fort. Was man dem Ministerium vorwirft, ist die Fälschung der Ideen, die dem Parlamentarismus zugrundeliegen. Man habe ihn den persönlichen Interessen der Politiker dienstbar gemacht. Ihr Ehrgeiz sei, zu regieren, und so habe sich eine tyrannische Oligarchie zum Herrn der franzö

sischen Demokratie gemacht. Man lebe in unkonstitutionellen und unmoralischen Zuständen, und die parlamentarische Kaste sei zu einer Bedrohung der Freiheit und der Ruhe des Landes geworden. Man müsse blind und taub sein, um dem sich zu verschließen, daß diese Kaste dem Lande tief antipathisch sei. In den Departements und Arondissements übten die Deputierten eine usurpierte Macht eifersüchtig aus, sie greifen in die Justiz ein und vergeben allerlei Vorteile, sie behaupten ihre Herrschaft, indem sie die schlechten Instinkte anreizen und die Appetite erregen. So etwa heißt es in einem Briefe an den „Temps" vom 1. Februar. Wir setzen noch einen Abschnitt dieser Betrachtung her, der wohl verdient, auch außerhalb Frankreichs beachtet zu werden:

„Kein ernst denkender Mann — so schreibt der Verfasser des Briefes — wird annehmen, daß eine demokratische Republik ohne parlamentarisches System leben kann. Haben doch selbst die monarchischen Staaten ihren Völkern konstitutionelle Garantien und freiheitliche Grundrechte gewährt, deren Wirksamkeit von der Ministerverantwortlichkeit unter Kontrolle des Parlaments in Abhängigkeit steht. Es ist also unerläßlich, daß eine Nation, die ihre Rechte und ihr Erbe verteidigen will, ihre Vertreter wählt. Aber sie arbeitet gegen sich selbst, sie gefährdet ihre Freiheit, ihr Glück, ihre Zukunft, kurz, sie dankt ab, wenn sie es duldet, daß die von ihr gewählten Vertreter eine Macht usurpieren, die ihnen nicht übertragen wurde, und regieren, als ob sie die souveränen Herren wären. Das aber ist der Fall in Frankreich. Unser Parlament hat sich ein so großes Übergewicht angemaßt, daß es allmächtig geworden ist. Es wurde gewählt, um Gesetze fertigzustellen, statt dessen regiert es. Es beseitigt Minister, zwingt ihren Agenten den eigenen Willen auf, greift in alle Angelegenheiten ein, gleichviel, ob es sich um Justiz, Armee, Industrie oder Banken handelt, kurz, es überschreitet so sehr seine Aufgaben, mißachtet die Interessen des Staates und die Rechte der Bürger in solchem Maße, daß sich ein Zustand ergibt, als ob ein Sieger ein erobertes Land ausbeutet. Das ist kein Parlamentarismus, wie er dem republikanischen Ideale entspricht; es ist eine schmähliche Parodie."

Wir kommentieren nicht, die Schlüsse wie die Parallelen werden sich dem Leser von selbst aufdrängen. Eines aber scheint sicher zu sein; Frankreich ist der Herrschaft der Radikalsozialisten und ihres Gebieters

herzlich müde. Aber es ist doch sehr fraglich, ob es stark genug ist, ihn abzuschütteln. Wir wollen aber nicht verkennen, daß Frankreich es verstanden hat, trotz dieser inneren Krisis in den Wirren, welche die orientalische Politik des letzten Halbjahres gebracht hat, eine maßvolle und dem allgemeinen Interesse förderliche Haltung einzunehmen, und daß in dieser Hinsicht die öffentliche Meinung des Landes hinter der Regierung steht.

Leider läßt sich dasselbe nicht von der Haltung sagen, welche die öffentliche Meinung Rußlands der offiziellen Politik des Zarenreiches gegenüber einnimmt. Zwar wurde uns noch jüngst von sehr gut unterrichteter russischer Seite aus Petersburg geschrieben, daß die ungeheuere Majorität der Russen friedlich gesinnt sei. Nur einige Aufschneider in den Zeitungen und vor allem die „Maulaffen" von der „Nowoje Wremja" trieben es anders. Selbst wenn es in Europa einen Konflikt manu militari geben sollte, werde Rußland sich mit der Rolle eines aufmerksamen Zuschauers begnügen usw. Auch zweifeln wir nicht daran, daß diese Prognose richtig ist. Aber ebenso richtig ist, daß diese „Aufschneider" und „Maulaffen" das Denkbarste tun, um die entgegengesetzte Vorstellung zu erwecken. Wir denken dabei zunächst an den wahrhaft empörenden Leitartikel, den die „Nowoje Wremja" zum 27. Januar drucken ließ, und der dann von der halbamtlichen „Rossija" recht nachdrücklich abgeschüttelt wurde. Aber schon am folgenden Tage veröffentlicht die „Noweje Wremja" eine langstielige Ausführung von Herrn Menschikoff, die nach einigen einleitenden Betrachtungen, die allerlei Schmeichelhaftes über Deutschland und die Deutschen enthielten, in die dringende Warnung ausmündete, Petersburg rechtzeitig in Verteidigungszustand gegen eine deutsche Invasion zu setzen! Dann folgte im „Journal des Débats" einer jener Petersburger Briefe, die wir schon oft herangezogen haben, so durchtränkt von einer Deutschfeindlichkeit, daß selbst Herr Wesselitzki sich seiner nicht zu schämen gebraucht hätte. Der Verfasser erzählt, wie sein Kutscher ihn gefragt habe, wann es denn endlich gegen die Österreicher und Deutschen losgehen werde, welche die slavischen Brüder verfolgen. Solch eine Frage sei noch vor drei Jahren undenkbar gewesen. Jetzt aber sei man in jeder Vorstadtkneipe beschäftigt, die Karte Europas anzumachen und zu berechnen, wie stark die Gegner und die Alliierten sein werden. Es sei eben eine merkwürdige Wandlung, die

sich in der Volksseele vollzogen habe. Auch handle es sich nicht nur um die große Masse derer, die nicht lesen und schreiben könnten; Kaufleute und Studierte, dazu alles, was sich Adel nenne, denke ebenso, wenn auch ihr politisches Programm weniger brutal formuliert werde. Herr v. Iswolski habe allen aus dem Herzen gesprochen, als er erklärte, daß er an eine Revanche gegen Japan nicht denke, aber man finde, daß er sein zweites Versprechen, die alte Stellung Rußlands in Europa zurückzugewinnen, nicht gehalten habe. Das sei jedoch ungerecht, da nicht der Minister, sondern der Kaiser entscheide, und überdies bei Hofe noch eine starke deutsche Partei sei. Auch wisse man, daß ein Bruch mit Österreich auch den Bruch mit Deutschland nach sich ziehen würde. Die Duma habe daher, „den Tod im Herzen", die vorsichtige Politik Iswolskis gebilligt. Aber die jetzige Generation sei feurig, fieberisch, begierig nach Taten. Sie habe die Niederlagen in der Mandschurei zwar vorhergesehen, aber sie sei außer sich und verlange nach einer glänzenden Revanche, sie wolle nicht unter dem Drucke eines Desasters bleiben. Und eben deshalb sei ihr Patriotismus so unruhig, so empfindlich und immer rege; aber schließlich sei er doch der anarchistischen Tollheit vorzuziehen. Auch der Zorn der Presse sei aus dieser patriotischen Erregung zu erklären. Man werde daher in Paris verstehen, daß die Haltung Frankreichs in der Balkanfrage tief enttäuscht habe, so daß einige Politiker sogar den abenteuerlichen Gedanken eines Anschlusses an Deutschland gefaßt hätten! Man könnte den Deutschen Wien, Ober- und Niederösterreich geben und dagegen Böhmen, Mähren, Kroatien und ganz Serbien nehmen. Diese Utopie sei zwar nicht ernst zu nehmen, aber es sei nützlich, wenn man in Frankreich wisse, wie groß in Rußland die Entrüstung über die Politik der Westmächte sei.

So also ist die Stimmung in den Kreisen der Regierten. Es ist nicht wahrscheinlich, daß sie sich bald ändert. Vielmehr wird man annehmen, daß mit je weniger Erschütterungen die Orientfrage in ruhige Bahnen gebracht wird, um so größer die Erregung in den Kreisen der unverantwortlichen Politiker und Politikaster werden wird. Daß Rußland trotzdem in den Bahnen einer besonnenen Politik bleibt, wird das Verdienst des Kaisers und seiner nächsten Berater sein.

Nun finden wir in dem Briefe, dessen wesentlichen Inhalt wir eben wiedergegeben haben, die beiläufige Bemerkung: „Die völlige Pazifikation des Landes ist noch lange nicht erreicht, falls sie überhaupt

im Laufe dieses Jahrhunderts noch erreicht werden sollte." Aber — so versichert der Verfasser, — „es wird doch ruhiger". Das letztere wird sich nur mit der Einschränkung zugeben lassen, daß die revolutionären Bewegungen der großen Massen aufgehört haben. Raub, politischer Mord, politischer und nicht politischer Diebstahl en gros und en détail, Unterschlagungen, Geheimdruckereien, Verschwörungen, terroristische Anschläge usw. bilden eine regelmäßige Rubrik jeder russischen Zeitung, und das jüngst entdeckte Doppelspiel des Terroristen Azew, der zugleich Polizeispion und tätiger Anarchist war, hat gezeigt, daß die revolutionäre Gesinnung in Kreise hinaufreicht, von denen man annehmen sollte, daß sie zu den zuverlässigsten Stützen der Monarchie gehören müssen. Außer den drei Fürsten Lopuchin, Urussoff, Dolgoruki sind zahlreiche andere Verhaftungen in hohen Beamtenkreisen vorgenommen worden, weil man Zusammenhänge mit den Terroristen vermutet. Es bleibt noch die Hoffnung, daß die Untersuchung den Beweis bringt, daß polizeilicher Übereifer, nicht verbrecherische Absichten jenen Zusammenhängen zugrunde liegen. Aber auch dann wäre der Schade groß. Eine in der Duma erwartete Interpellation dürfte wohl demnächst Licht auf diese unheimliche Affäre werfen.

Auch in England haben zwei russische Anarchisten (es sind wahrscheinlich Letten) eine Expropriierung versucht, die in wüstes und blindes Morden ausmündete. Es ist auch wieder die Rede davon gewesen, das Asylrecht für Anarchisten zu beschränken, und da zum ersten Male Engländer die Leidenden gewesen sind, ist es nicht undenkbar, daß es dazu kommt. Da die Vereinigten Staaten und die Schweiz das gute Beispiel gegeben haben, wäre dann vielleicht Aussicht, dieser blutigen Sekte Herr zu werden. Aber es ist nie möglich, vorher zu sagen, welche Sprünge die öffentliche Meinung Englands macht. Wer hätte vorausgesetzt, daß wenige Tage, bevor der Besuch König Eduards in Berlin erfolgen soll, das englische Publikum bis in die Kreise der Minister hinauf sich in einem Theater drängen werde, das den spekulativen Einfall gehabt hat, die Schrecken der deutschen Invasion in England darzustellen, und daß eine große Zeitung wie der „Daily Expreß" empfehlen kann, dieses Stück in allen Städten Englands unentgeltlich aufzuführen. Heißt das nicht geradezu, den politischen Wahnsinn mobilisieren? Wir machen bei diesem Anlaß auf eine Artikelserie aufmerksam, die im „Eclair" unter dem Titel „L'Angle-

terre inconnue" seit dem 27. Januar erscheint und durchaus verdient, beachtet zu werden.

In den orientalischen Angelegenheiten halten wir trotz allem an unserm Optimismus fest. Bulgarien und die Türkei werden sich verständigen. Es handelt sich um ein Mehr oder Weniger von Entschädigungen, das unter keinen Umständen einen Krieg wert ist, in welchem beide Teile auch in dem für sie günstigsten Fall nichts gewinnen können, jedenfalls aber große Opfer bringen müssen. Weniger bestimmt möchten wir über den Ausgang der österreichisch-serbischen Differenzen urteilen. Es steckt ein großer Ehrgeiz, der des Herrn Paschitsch, im Hintergrunde. Aber selbst, wenn es zum Kriege kommen sollte, ist davon keine weitere Verwicklung zu erwarten. Provozieren die Serben den Krieg, so werden sie die Folgen allein zu tragen haben; es ist ganz ausgeschlossen — trotz aller Balkan- und Slavenkomitees —, daß ihnen auswärtige Hilfe ihre Träume verwirklicht. Aber es ist die höchste Zeit, daß eine Entscheidung fällt.

Ganz unverständlich ist es für unser Empfinden, daß man es in Österreich und Ungarn möglich findet, die Zeit dieser politischen Krisis zu benutzen, um Rassen- und Sprachenkämpfe in den Vordergrund zu rücken, die die Kraft des Staates unter Umständen mindern, die ein einträchtiges Zusammenstehen aller Völker der habsburgischen Monarchie zur Ehrenpflicht machen sollten. Eine Parallele bietet dazu nur das Verhalten der russischen Revolutionäre während des japanischen Krieges. Auch sie haben es nicht empfunden, daß sie schließlich sich selber und ihre nächsten Angehörigen mit geschädigt haben. Denn trotz allem haftet das Individuum am Staat; an seiner Ehre, an seinem Glück und seinem Unglück fällt ihm ein Teil zu.

Mit großer Genugtuung haben wir in der italienischen Zeitschrift „Ora" einen Aufsatz von G. Pipitone-Federico gelesen, der, an das Rettungswerk anknüpfend, das unsere Matrosen in Messina und Reggio vollbracht haben, unter dem Titel „Deutschland hoch" in überaus sympathischer Weise und in recht auffallendem Gegensatze zu gewissen offiziösen Preßstimmen in Rom dasjenige hervorhebt, was Deutschland und Italien verbindet. Das alles ist so schön und so poetisch gesagt, daß wir uns nicht versagen können, den wesentlichsten Abschnitt in wörtlicher Übersetzung wiederzugeben:

„Hier, auf dem grünen unglücklichen Sizilien, gerade in einer Stunde der Trauer und des Schmerzes, in dieser sogar besonders, ist es begreiflich, daß die Herzen Deutschlands und die unseres Volkes mit denen der Nachkommen des Arminius und Barbarossa gemeinsam erbeben..... In Sizilien ließ sich der schwäbische Adler mit Friedrich II. von Hohenstaufen nieder, der von sizilianischer Mutter geboren ist. Von Sizilien aus spannte er die Flügel zum denkwürdigsten und großartigsten Fluge des Mittelalters. Von der Königsburg Palermo aus, wo die neue Literatur erstand und die Troubadoure Verse erklingen ließen, wo der Fürst, schön wie der Traum einer Sultanin und gedankenvoll und gelehrt wie ein Philosoph von Cordoba, die Waffen der Wissenschaft und der Politik zum Kriege gegen die römische Kurie, für die Schaffung des Laien- und Nationalstaates stählte, den er zuerst erdacht hatte; zwischen den Zinnen des königlichen Palastes, zwischen den Minaretts arabischer Moscheen, zwischen Lachen, Tänzen und Küssen arabischer Tänzerinnen ersann er die schwierigsten naturwissenschaftlichen und psychologischen Probleme, gläubig und skeptisch, ein gekrönter, unruhiger Geist und Diplomat, ein Dichter und Heerführer, ein Rechtsgelehrter und Literat; von der Königsburg in Palermo aus durchzuckte in der Blüte des Mittelalters der belebende Funke der Renaissance die Welt. Hier verlebte er die abenteuerliche Jugend des terzo mente di Soave, er, der mit seinem blonden Haupte lächelnd die päpstlichen Blitze erwartete und die Wut der Gemeinden anhörte, heiter im Bewußtsein des erhabenen Traumes vom italienischen Staate, der ihm in seinem großen Geiste vorschwebte. Und hier schläft er in seiner Porphyrgruft im Grabdenkmal der Kathedrale di Gualtiero of Mill, seinen Riesenschatten wie ein geistiger Vorbote auf das wiedererstandene Volk Italiens werfend. Hier erlangte Manfred seine Krone; von hier aus ging er, um das politische Programm des erhabenen Vaters fortzusetzen, den Bannflüchen der Päpste und dem Tode bei Benevent entgegen — nach seinem Tode verherrlicht durch den genialen Dante, der in stolzer Verachtung sich über die gemißbrauchten päpstlichen Flüche hinwegsetzte und, von stolzem Nimbus die göttliche Stirn umstrahlt, mit warmem, Teilnahme erregendem Widerhall Jahrhunderte hindurch den herrlichen Vers erklingen läßt, in dem er das traurige Los des jugendlichen Nachkommen der Kaiserin Constanza beweint. Hier erhob sich, eingedenk des traurigen Geschickes des Fürsten, der blond

und schön und von lieblichem Anblick auf der Brücke bei Benevent steht, und eingedenk des Mordes des unglücklichen Konradin, des letzten Sprossen des Schwabenhauses, der Volksunwille gegen den nichtswürdigen Valois, so daß „von den sicilischen Türmen Erzengeln gleich die Vesperglocken ertönten". Hier endlich erhob sich Italien zur Nation, womit das Sehnen Friedrichs II., des bewunderungswürdigsten Menschen des Mittelalters, erfüllt wurde. Wilhelm II., der Kaiser und König, liebt es, sich oft hierhin zu begeben, angezogen durch eine geheimnisvolle Vorliebe, die ihn uns trotz seiner Eigenheiten lieb und teuer macht, als ob ihn die wunderbaren Erinnerungen an seine Vorfahren, die in Geschichte und Legende noch fortleben, hierher riefen. Veranlaßt ihn, den gemeinsamen guten Genius Deutschlands und Italiens, nicht vielleicht eine geheime Stimme dazu, sich betrachtend und verehrend vor der Urne aufzuhalten, wo endlich jener Fürst Ruhe gefunden hat, der durch Größe des Geistes, durch Weite des Blickes und Freiheit der Anschauungen der einzige seines Stammes war, und der in 57 Jahren seines Lebens und in 40jährigem Kampfe nie die Ruhe gekannt hat? Ich weiß es nicht, aber ich weiß, daß in diesem Lande, wo Schillers Braut von Messina spielt, wo Wolfgang v. Goethe so begeistert liebte, daß auf der Insel, wo der Reiz des zerstörten Zancle nicht ersterben kann, weil der herrliche Golf nicht stirbt und weil die Geschichte nicht erlischt, ich weiß, daß hier die Söhne des tapferen, gewerbefrohen und gelehrten Deutschland uns Brüder sind. Mit Deutschland, das uns liebt und nicht erst seit kurzer Zeit mit einer zärtlichen und durch den gemeinsamen Hang zu Träumerei vielleicht um so lebhafteren Liebe, fühlen wir uns verwandt. Wir fühlen uns mit seiner Poesie verwandt, die durch Mignons Mund den Blütenduft der sizilianischen Goldorange und die hellere Farbe der Zitrone besingt, die sich unter dem Strahle der vom blauen Himmel leuchtenden Sonne färbt, wir fühlen uns zu Dank verpflichtet seinen Bankiers und Kaufleuten gegenüber, die in den Haupthandelsstädten Siziliens einen so großen Teil ihrer vielseitigen Tätigkeit entwickeln. Aber mehr als zu jeder anderen Stunde unserer wechselnden Geschichte fühlen wir uns den Söhnen Deutschlands verwandt in diesem Augenblicke unendlichen Herzeleids, in dem, ebenso groß, wie der Flügel der Zerstörung vom Himmel herniederschlägt, ebenso gemeinsam in gleichem Rhythmus auf der Erde die Herzen in einem wunderbaren und nie dagewesenen Schwunge des

Mitleids und der Brüderlichkeit schlagen, so daß es scheint, als wären die Zeiten gekommen, wo die hergebrachten Schranken fallen und die Menschheit sich im Liebesrausch umarmt. Aber in dieser gemeinsamen Begeisterung, durch die die Russen, Franzosen, Deutschen, Engländer, Spanier, Amerikaner ein Recht auf unsere ewige Dankbarkeit erworben haben, hat die edle, herrliche und aus eigenem freien Antrieb hervorgegangene Tat Wilhelms II. von Deutschland und die ausgesuchte Höflichkeit seiner Landsleute, die Gelegenheit hatten, sie zu zeigen, für Palermo und Sizilien einen ganz besonderen Wert gerade so wie die tätige Hilfe, das Trosteswort und der Kuß eines Bruders dem Bruder gegenüber. Und diesen Bruderkuß geben die Sizilianer vom Cap Peloro bis zum Cap Lilibeo den Söhnen Deutschlands wieder, die herbeigeeilt sind, um die Teilnahme ihres Volkes mit dem unseren zu bezeugen.

Als ich neulich beim Schein der Fackeln zum ersten Male die deutschen Matrosen sah, die, kaum angekommen, mit jener Ruhe, mit jener Manneszucht, mit jener vollendeten Organisation arbeiteten, die den Charakter überlegener Völker ausmacht, und ihre Wunderwerke in jeder Gestalt der menschlichen Tätigkeit begreiflich macht, war ich tief bewegt, und ich hätte in meinem Geiste den Geist von ganz Palermo, ja von ganz Sizilien aufnehmen mögen, angesichts der Hekatomben, die uns in einen Abgrund des Schmerzes versenkt haben, auszurufen: Hoch Deutschland, hoch lebe das gute, tapfere, hochherzige Deutschland, das Deutschland, das denkt, arbeitet und liebt!"

Wie schön und wie warm und wahr empfunden. In unseren Zeiten der Völkerverhetzung sind solche Stimmen selten. Um so höher wissen wir sie zu schätzen.

4. Februar 1909. Deutsch-venezolanischer Handels- und Schiffahrtsvertrag.
5. Februar. Schließung des österreichischen Reichsrats wegen Obstruktion der Tschechen.
7. Februar. Tod Adolf Stöckers.
8. Februar. Auflösung der italienischen Kammer.
9. Februar. Eintreffen König Eduards VII. von England in Berlin.
9. Februar. Abschluß des deutsch-französischen Marokko-Abkommens.

---

10. Februar 1906.

König Eduard VII., dem hohen Gast unseres Kaisers, sagen wir auch an dieser Stelle unsern Willkommensgruß. Wir hoffen, daß ihm die Berliner Tage einen angenehmen, nachwirkenden Eindruck hinterlassen werden. Bei dem ungewöhnlichen Einfluß, den König Eduard auf die öffentliche Meinung Großbritanniens und seiner führenden Köpfe ausübt, könnte das von den wohltätigsten Wirkungen für die Beziehungen zweier Nationen werden, die, wenn sie ihre Interessen recht verstehen, allen Grund hätten, sich die Hände zu reichen. Was heute zwischen uns und England steht, ist die krankhafte Erregung einer systematisch erhitzten Volksstimmung. Der lächerliche Wahn, daß England in seiner insularen Sicherheit von unserer Flotte, die nicht die Hälfte der englischen Kriegsmarine erreicht hat, bedroht werde, die Furcht, daß wir uns zum Zweck einer Invasion mit einer andern kriegsstarken Seemacht verbinden könnten — obgleich das allein in Frage kommende Amerika prinzipiell Allianzen nicht schließt; die infolge dieser Sorge vor einem Phantom betriebenen gewaltigen Rüstungen, deren Grenze nicht abzusehen ist und deren finanzielle Last dem englischen Steuerzahler allgemach zu schwer geworden ist: das hat in seiner Summe eine antideutsche Stimmung in England erzeugt, die wir nicht übersehen können und mit der alle Mächte der Welt als mit einer Realität rechnen. Wir haben das mehr als einmal hervorgehoben, müssen es aber gerade jetzt wiederholen, um einer Legende entgegenzutreten, die Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt" unter dem Titel „Die deutsch-englische Allianz", neue Beiträge zur Zeitgeschichte, zu akkreditieren bemüht ist.

Nun ist an seinen Ausführungen nichts neu als die Schlüsse, die er an bekannte Symptome politischer Zeitströmungen knüpft. Diese Schlüsse aber sind falsch, weil er eben nur die für die Öffentlichkeit bestimmten Symptome von Tatsachen sieht, die ihm unbekannt geblieben waren. Es handelt sich, um es kurz zu sagen, darum, daß England im November 1899 und im Januar 1901 uns eine Allianz angeboten habe, wir aber sie aus unzureichenden Gründen abgelehnt hätten. Daraus seien dann alle späteren Schwierigkeiten und Mißerfolge der deutschen Politik bis auf den heutigen Tag zu erklären.

Das Material für diese Behauptungen findet Herr Wolff in der seinerzeit vielbesprochenen Rede, die Chamberlain am 29. November 1899 in Leicester hielt. Chamberlain feierte in hochtönenden Worten die neue englisch-deutsch-amerikanische Allianz, oder, wie er seine allzu raschen Worte gleich darauf korrigierte, die entente der drei Mächte. Es knüpfte sich daran ein scharfer Ausfall Chamberlains gegen Frankreich wegen einer Karikatur, die im „Rire" erschienen war, und es ist wohl begreiflich, daß diese Rede außerordentliches Aufsehen erregte. Man schien in Europa zunächst geneigt, Ankündigung und Drohung ernst zu nehmen. Bald aber wurde überall der Widerspruch laut. In England fand man die Rede taktlos, die Franzosen sprachen sich mehr spöttisch als besorgt aus, die Vereinigten Staaten ließen keinen Zweifel darüber, daß sie von einer Allianz nichts wüßten, und bei uns begnügte man sich, in der „Nordd. Allg. Ztg." den Wortlaut der Rede abzudrucken, ohne eine Bemerkung daran zu knüpfen, während in der „Kölnischen Zeitung" darauf hingewiesen wurde, daß Chamberlain offenbar zu sanguinisch geredet habe. Richtig war, daß deutscherseits während des Aufenthalts Kaiser Wilhelms und des Grafen Bülow in Windsor eine Ausgleichung der deutschen und englischen Interessen zur Sprache gekommen war, die aber keineswegs, wie Chamberlain in seiner Rede zu verstehen gab, in ein Abkommen ausmündete, das England bei etwaigen Komplikationen mit Rußland und Frankreich als Rückendeckung dienen sollte. Die Beziehungen Englands zu beiden Staaten waren damals gespannt, und wenn sich diese Spannung Frankreich gegenüber bald minderte, so nahm sie im Zusammenhang mit dem chinesischen Kriege Rußland gegenüber zu. Das erklärt es, wenn im Jahre 1901 nach dem Tode der Königin Viktoria von Chamberlain die Verhandlungen mit Deutschland wieder aufgenommen wurden.

Gegen eine Allianz, die er vorschlug, forderte er eine entschiedene Wendung gegen Rußland. An dieser Forderung, und nicht an der Frage der chinesischen Seezölle — wie Herr Wolff wissen will — sind damals die Verhandlungen gescheitert. Für das, was er von dem Detail der Anerbietungen Chamberlains erzählt, glauben wir bis auf weiteres ihm die Verantwortung überlassen zu müssen. Es fehlt jeder Beweis dafür; für die spätere Entwicklung aber kann Chamberlain das Verdienst nicht gebühren, da er im April 1904 nicht mehr am Staatsruder stand. Die französisch-englische Entente steht im Zusammenhang mit dem russisch-japanischen Kriege, und es ist eine direkt den Tatsachen widersprechende Behauptung, daß diese Wendung in Deutschland nicht vorausgesehen worden sei. Sie war schon 1903 beim Besuche Loubets und Delcassés in London mit Händen zu greifen, und es ist oft genug darauf hingewiesen worden.

Das ungeheure Aufsehen, das die Verhaftung des ehemaligen Chefs der russischen Geheimpolizei Lopuchin gemacht hat, ist wohl verständlich. Zwei der von ihm benutzten Agenten, der Jude Azew und der Kleinrusse Bakai, sind, wie feststeht, Mitglieder der sozialrevolutionären Partei gewesen. Aber es wird, bevor handgreifliche Beweise erbracht sind, durchaus unglaubhaft erscheinen, daß Azew — wie von seiten der Sozialrevolutionäre behauptet wird — die lange Reihe der Morde als agent provocateur der Geheimpolizei geleitet haben sollte, die von Sjipjägins Ermordung zu der Plehwes, des Großfürsten Sergej Alexandrowitsch und zu den Attentaten auf den Ministerpräsidenten Stolypin, sowie zu den Anschlägen gegen mehre Großfürsten und gegen den Zaren selbst führten. Es ist nicht anzunehmen, weil es kein vernünftiges Motiv gibt, das ein solches Verhalten der Polizei erklären könnte. Sie wäre ja dann verbrecherischer als die Mörder, die die Tat vollbrachten. So bleibt nur der Schluß, daß diese Sicherheitsorgane durch alle die Jahre getäuscht worden sind, und daß Azew, um die großen Schläge, die er vorhatte, unbehindert auszuführen, die Polizei irreführte, indem er rücksichtslos minder wichtige Anschläge aufdeckte und sich nicht scheute, zu diesem Zwecke auch, wo es ihm nötig schien, Parteigenossen zu verraten. Die Beweisstücke, die Burzew in Händen hat, werden aller Wahrscheinlichkeit nach solche „minder wichtige" Sachen betreffen. Zeigt doch die offenbar aus guten Quellen geschöpfte Biographie Bakais, die Herr Menschikow in der

„Nowoje Wremja" gibt, daß solch ein Doppelspiel nichts Ungewöhnliches war; auch wird es zum Überfluß bestätigt durch die allgemein zugänglichen Materialien, die in der Zeitschrift „Byloje" veröffentlicht worden sind. Mitgespielt hat außerdem Geldgier. Azew soll recht stattliche Summen zurückgelegt haben und läßt seine Kinder in einer komfortablen Pension in Lausanne erziehen, Bakai aber hatte, während er für die Warschauer Polizei arbeitete, zugleich mit zwei Juden Pinkert und Silberberg angeknüpft, die wohlhabende junge Juden mit verbotener Literatur versorgten, was dann Bakai benutzte, um von den Eltern der so Kompromittierten Geld zu erpressen. Dieser Bakai aber ist es, der Herrn Burzew das gegen Azew sprechende Material besorgt hat! Lopuchin scheint in seinen Beziehungen zu diesem unsaubern Element höchst unvorsichtig gewesen zu sein und hat zudem keinen Anstand genommen, durch Burzews Vermittlung Mitarbeiter der Zeitschrift „Byloje" zu werden. Falls er wirklich dazu beigetragen haben sollte, daß die Gruppe der russischen Sozialrevolutionäre von Azews Doppelspiel erfuhr, kann man das nur als ein Glück betrachten, da sonst der gefährliche Mann wohl noch heute sein Handwerk fortsetzen würde. Sollte aber, wie jetzt behauptet wird, Lopuchin wirklich Mitglied einer revolutionären Organisation gewesen sein, so wird sein Verhalten erst recht unbegreiflich. Wie hätte er dann das verräterische Treiben Azews so lange Jahre dulden können? Kurz, noch ist diese schmähliche Angelegenheit durchaus nicht geklärt. Eins aber ist sicher: durch den Mund von Burzew hat sich die sozialrevolutionäre Partei dazu bekannt, daß all jene Morde auf Beschluß der Parteiorganisation stattgefunden haben! Sollte damit nicht Rußland das volle Recht erhalten, die Auslieferung dieser Mordgesellschaft von der französischen Regierung zu verlangen? Wir können uns keine Erwägung denken, die einen ablehnenden Bescheid rechtfertigen würde, wie ihn seinerzeit Frankreich dem Kaiser Alexander III. erteilte, als er die Auslieferung des Terroristen Hartmann forderte.

Jener Burzew, der übrigens kein mordender, sondern ein schriftstellernder Terrorist ist, wurde kürzlich in Nizza von einem Korrespondenten des „Temps" befragt und erklärte mit großer Bestimmtheit, daß zwei Untergebene Lopuchins, Ratschjowsky und Gerassimow, beides hohe Beamte der sogenannten Ochrana (Sicherheitspolizei) mit Azew an der Vorbereitung der Attentate gearbeitet hätten. Auch das wird

erst zu beweisen sein, und da Burzew mitteilt, daß er alle seine Beweisstücke bereits nach Petersburg an seine Freunde unter den Dumamitgliedern geschickt habe, werden wir bald Näheres darüber hören. Die erste Sitzung, in der diese erstaunliche Affäre berührt wurde, war überaus stürmisch und endete damit, daß alle Mitglieder der Linken, die Kadetten mit eingeschlossen, den Saal verließen. Die Debatte über die Interpellation in der Lopuchin-Azew-Angelegenheit aber steht erst bevor, und man kann dem Ausgang wohl mit Spannung entgegensehen.

Überhaupt drängt jetzt in Rußland eine Sensation die andere. Auf die Enthüllungen der Senatorenrevisionen ist die Verurteilung des Generals Alexejew (Brutus) wegen Bestechung, donach die des Barons Frederiks wegen Unterschleifs gefolgt. Im Kaukasus häufen sich die Raubanfälle und Morde, so daß man sich genötigt gesehen hat, zwei Regimenter aus Kowno dauernd dorthin zu versetzen. In den Städten des Innern stockt der Handel und die Zeitungen sind voller Nachrichten über Gewaltsamkeiten und revolutionäre Ausschreitungen. Im Gouvernement Kiew wütet der Typhus und, wie eine Korrespondenz des „Golos Moskwy" zeigt, auch der Hunger. „Bei uns (so schreibt ein Geistlicher) ist große Not. Die Mißernte hat uns ohne Korn gelassen, die frühe Kälte und der Schnee ohne Heizung. Gewöhnlich sammeln die Armen Blätter, aber der unerwartet tiefe Schnee hat auch diese primitive Feuerung begraben. Die Vorräte an Stroh sind schon verbrannt, Holz gibt es nicht. Man verbrennt den Dünger, aber er gibt viel Rauch und keine Wärme. So sind die Hütten kalt, und nun ist noch der Typhus gekommen. Fast in jeder Hütte liegen Kranke; viele sind gestorben, manche Häuser ausgestorben. Ärztliche Hilfe gibt es natürlich nicht, wie es nie eine gegeben hat." Im vorigen Jahr erkrankten in Kiew am Typhus 9150 Personen und davon 3188 in den Gefängnissen! Was aus den Provinzen in die Residenzen an Korrespondenzen einläuft, macht den Eindruck trostloser Resignation. Es ist eben, trotz der Duma, alles beim alten geblieben, und der Mut zu werktätiger Selbsthilfe scheint fast überall zu fehlen. Auch sind wir, trotz aller Leidenschaft, mit der die politischen Fragen in den Zeitungen behandelt werden, zweifelhaft, ob nicht die allgemeine Apathie sich auf sie erstreckt. In der Duma jedenfalls ist das Interesse dafür nur gering.

Der Antrag des Herrn v. Iswolski, die bulgarische Entschädigung an die Türkei auf einen Teil der türkischen

Kriegsschuld an Rußland zu verrechnen, ist in Petersburg und Moskau sehr gut aufgenommen worden, aber der türkische Gegenantrag bei dieser Gelegenheit, die ganze Kriegsschuld zu tilgen, hat verblüfft, und es ist noch nicht abzusehen, welches der Ausgang sein wird. Unter allen Umständen wird diese Transaktion so gestaltet werden müssen, daß die Interessenten an der Orientbahn und an der dette publique (Frankreich, Österreich und Deutschland) dabei nicht geschädigt werden. Alles übrige ist eine Angelegenheit, die nur die Türkei, Rußland und Bulgarien angeht. Auch scheint gute Aussicht, daß die Türkei für die von ihr vorgeschlagene Finanzoperation in England die Mittel finden wird. Sonst sieht es in der Türkei wenig erfreulich aus. Russische Korrespondenzen berichten aus Konstantinopel, daß Zivil und Militär seit 2 Monaten keinen Sold erhalten hätten, daß die Sicherheit für Person und Eigentum unter dem konstitutionellen Regiment keineswegs größer sei, als unter dem alten Regiment und daß im Parlament sich eine Opposition gegen die bisher allein bestimmenden Jungtürken organisiere. Diese Opposition soll 150 Köpfe zählen und meist aus Arabern, Albanern und Griechen bestehen. Auch taucht das Bandenwesen in Mazedonien wieder auf. Ein Bericht der „Daily Mail" will von einer Verschwörung wissen, die den Umsturz der Verfassung zum Ziel nahm. Es habe sich darum gehandelt, den Großwesir und den Präsidenten der Kammer gefangen zu nehmen und den Sulton zu nötigen, das Parlament aufzulösen. Fügte er sich nicht, so wollte man ihn absetzen und seinen Sohn proklamieren. In den weiter abliegenden Provinzen sollten gleichzeitig Aufstände ausbrechen. Der Anschlag sei aber rechtzeitig entdeckt worden, und zahlreiche Verhaftungen hätten die neue Ordnung gesichert. Kompromittiert seien gegen 20 000 Personen. Die „Daily Mail" sagt hierzu: „It is reported that two European Powers agreed to aid the conspirators!" Wir brauchen nicht zu sagen, wer gemeint ist. Solche Verdächtigungen gehören zu den kleinen Teufeleien, an die wir gewöhnt sind. Trotz allem läßt sich hoffen, daß die Verständigung zwischen Bulgarien und der Türkei zu gutem Abschluß kommt, und damit wäre an dem meist gefährdeten Punkte der Friede gesichert. In Serbien scheint der Winter diese Sorge zu übernehmen. Man hat seit 40 Jahren einen so ungeheuren Schneefall nicht erlebt. Fast aller Verkehr ist unterbrochen, an einzelnen Orten, wie in Ujics, liegt der Schnee 18 Fuß hoch.

Auf die schimpflichen Szenen, welche die Obstruktion der Tschechen in Österreich nach sich gezogen hat, gehen wir heute nicht ein. Die Schließung des Reichsrats war unter diesen Umständen zu einer unabweislichen Notwendigkeit geworden und es wird sich nur darum handeln, Mittel und Wege zu finden, um trotz der Roheit und Unbildung, mit der die Tschechen jede konstitutionelle Lösung der Sprachenfrage unmöglich machen, den Interessen der Monarchie Rechnung zu tragen.

Ebenso verweilen wir nicht eingehend bei den Schwierigkeiten, welche die italienische Universitätsfrage in Österreich zur Folge gehabt hat. Unserer Meinung nach ist mit Begründung der italienischen juristischen Fakultät in Wien geschehen, was billig erwartet werden konnte. Aber es mag bei diesem Anlaß auf zwei Punkte hingewiesen werden, die gewiß ernste Beachtung verdienen. Einmal ist es nicht zutreffend, daß Frhr. v. Aehrenthal Herrn Tittoni die Gründung einer italienischen Universität in Triest versprochen hat. Das ist niemals geschehen, vielmehr scheint — um uns gelinde auszudrücken — ein schwer begreifliches Mißverständnis vorzuliegen, das von der irredentistischen Presse in bekannter Weise ausgebeutet worden ist. Zweitens aber — und das ist der wesentliche Punkt — kann die österreichische Regierung sich doch unmöglich auf den Boden stellen, daß sie ein derartiges Eingreifen in die inneren Angelegenheiten der Monarchie einer dritten Macht gestattet, selbst wenn es die eines befreundeten und alliierten Staates ist. Wird im Prinzip aus Gründen nationaler Verwandtschaft ein Dareinreden, wie es von seiten der italienischen Presse geschieht, geduldet und berücksichtigt, so führt das in seinen Konsequenzen zu Zuständen, welche die Selbständigkeit eines Staatswesens untergraben. Man braucht nur zu fragen, was Frankreich dazu sagen würde, wenn Italien für Tunis eine italienische Universität fordern würde, um die Haltlosigkeit solcher Ansprüche zu erfassen.

Ein wirklich historisch bedeutsames Ereignis ist dagegen die heute (Dienstag) perfekt gewordene Verständigung in der marokkanischen Frage. Sie ruht auf den prinzipiellen Sätzen, die der Konferenz von Algeciras von unserer Seite zugrunde gelegt wurden: Souveränität des Sultans, territoriale Integrität Marokkos und Anerkennung des Prinzips der offenen Tür. Was aus den Stipulationen von Algeciras hervorging, war die Anerkennung dieser Sätze und der besonderen,

einen politischen Charakter tragenden Aufgaben, die Frankreich und Spanien zugewiesen wurden und die wir hier nicht besonders aufzuzählen brauchen. An alle dem also hat sich gar nichts geändert. Was sich aber, und wie wir aufrichtig hoffen, für immer geändert hat, ist der Geist des Mißtrauens, mit dem Deutschland und Frankreich in diesen marokkanischen Angelegenheiten einander beobachtend gegenüberstanden. Das hatte, wie nicht anders möglich, politische Schachzüge und Gegenzüge zur Folge, welche vorhandene Mißverständnisse steigerten und neue weckten und so eine Stimmung hervorriefen, an deren Folgen beide Teile zu leiden hatten. Es hat nun über all diese Dinge eine ehrliche und rückhaltlose Aussprache stattgefunden, deren Ergebnisse dahin führten, daß das Interesse Frankreichs und Deutschlands und das wohlverstandene Interesse Marokkos sich sehr wohl mit einander vereinigen ließen, sobald prinzipiell jene lähmende und verbitternde Rivalität aufgegeben wurde. Die nunmehr erfolgte offizielle Anerkennung Mulay Hafids als des rechtmäßigen Herrschers von Marokko, wie sie jetzt durch die französische Gesandtschaft geschehen ist, die unter Führung von Herrn Regnault eintraf, hat wesentlich dazu beigetragen, diesen Ausgang herbeizuführen. Deutschland und Frankreich werden fortan wirtschaftlich Hand in Hand gehen und zugleich gemeinsam dahin wirken, das Ansehen Mulay Hafids aufrechtzuerhalten.

Wie die „Kreuz-Zeitung" schon in der Dienstagabend-Nummer ausgeführt hat, kann von einer wirtschaftlichen Monopolisierung Marokkos, und von einer Tunisierung weiter die Rede nicht sein. Die volle Bedeutung des Abkommens aber wird sich erst an den Folgen erkennen lassen, und an der Kraft der Initiative und der Unternehmungslust, welche das deutsche Kapital und die deutsche Industrie auf dem Felde zeigen werden, das ihnen jetzt in Marokko offen steht, ohne daß sie mit Schikanen zu rechnen hätten, wie sie ihnen bisher entgegentraten. Also, die ungeschriebenen Punkte des Abkommens, zumal diejenigen, welche den Sultan davor sichern, durch eine erdrückende pekuniäre Abhängigkeit gelähmt zu werden, müssen beweisen, daß in der Tat mehr erreicht worden ist als eine Scheinaktion.

Der französische Text des Vertrages lautet:

„Le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement Impérial Allemand, animés d'un égal désir de faciliter l'exécution de l'acte d'Algéciras, sont convenus de préciser la portée qu'ils

attachent à ses clauses en vue d'éviter toute cause de malentendus entre eux, dans l'avenir.

En conséquence

le Gouvernement de la République Française,

entièrement attaché au maintien de l'intégrité et de l'indépendance de l'Empire Chérifien, résolu à y sauvegarder l'égalité économique et par suite à ne pas y entraver les intérêts commerciaux et industriels allemands

et le Gouvernement Impérial Allemand,

ne poursuivant que des intérêts économiques au Maroc, reconnaissant d'autre part que les intérêts politiques particuliers de la France y sont étroitement liés à la consolidation de l'ordre et de la paix intérieure, et décidé à ne pas entraver ces intérêts

declarent, qu'ils

ne poursuivront et n'encourageront aucune mesure de nature à créer en leur faveur ou en faveur d'une puissance quelconque un privilège économique, et qu'ils chercheront à associer leurs nationaux dans les affaires dont ceux-ci pourront obtenir l'entreprise."

Folgen die Unterschriften.

In Südafrika sind die Vorverhandlungen über die Union der einzelnen Staaten zum Abschluß gelangt. Die „closer union Convention" hat bestimmt, daß Südafrika drei Hauptstädte haben wird. Die Legislatur wird in Kapstadt tagen, die Verwaltungsbehörden werden ihren Sitz in Prätoria haben, die Justiz in Bloemfontein. Der fertiggestellte Verfassungsentwurf geht im März den einzelnen Staaten zu, dann soll noch eine Beratung der vorgeschlagenen Amendements erfolgen, und wenn nicht unüberwindliche Hindernisse eintreten, wird die endgültige Verfassung auf Grund von Petitionen der einzelnen südafrikanischen Parlamente, durch eine Parlomentsakte des Mutterlandes proklamiert werden. So hofft man, im Jahre 1910 die Föderation der südafrikanischen Staaten durchgeführt zu haben. Das neue Gemeinwesen wird dann zeigen müssen, wie es die oft divergierenden Interessen der Einzelstaaten dem allgemeinen Interesse unterzuordnen versteht.

Nachdem Präsident Roosevelt mit vieler Mühe erreicht hatte, daß der Staat Kalifornien sich entschloß, die gegen die Einwanderung von Japanern erlassenen Verordnungen rückgängig zu machen, sind

neue Schwierigkeiten eingetreten, die in Japan außerordentlich verstimmt haben. Den japanischen Kindern ist der Besuch der Schulen untersagt worden, in denen weiße Kinder unterrichtet werden, und es scheint keine Aussicht, daß auch diese Verordnung zurückgenommen wird. Dazu kommt ein steigendes Mißtrauen gegen Japan, so daß ernstliche Vorbereitungen zur Abwehr einer gefürchteten japanischen Invasion getroffen werden. Aber wir meinen, diese Furcht ist ebenso wenig begründet, wie die der Engländer vor einer deutschen Invasion.

In China ist die Lage immer noch kritisch, und in den Südprovinzen herrscht eine revolutionäre Bewegung, die, wenn sie nicht zum Stehen gebracht wird, gefährlich werden könnte. Auch in Indien will es, trotz der Zugeständnisse, welche England gemacht hat, nicht ruhig werden. Neuerdings sind von Chandernagore revolutionäre Agenten ausgegangen, was den Anlaß zu wenig freundlichen Bemerkungen an die französische Presse gegeben hat.

In Persien liegen die Verhältnisse immer noch unklar, es läßt sich nicht einmal sagen, welche von beiden Parteien, die konstitutionelle oder die der absolutistischen Anhänger des Schah im Augenblick die stärkere ist. England und Rußland suchen jetzt zwischen beiden zu vermitteln. Vielleicht bringt die Ankunft des neuernannten russischen Gesandten den Ausschlag für ein Kompromiß, mit dem beide Teile sich zufrieden geben können. Vorläufig haben wir den Eindruck, daß man in Rußland mit allen Sympathien auf seiten des Schah steht.

11. Februar 1909. Regelung der japanisch-amerikanischen Differenzen über Schul- und Einwanderungsfragen.
12. Februar. Abreise des englischen Königspaares aus Berlin.
12. Februar. Entdeckung einer gegen Sultan Abdul Hamid gerichteten Verschwörung.
13. Februar. Anarchistisches Attentat gegen den Präsidenten des Rigaer Kriegsgerichts, Koschelen.
13. Februar. Rücktritt Kiamil Paschas.
14. Februar. Ernennung Hilmi Paschas zum Großvezier, Bildung eines jung-türkischen Ministeriums.
16. Februar. Eröffnung des englischen Parlaments durch den König.
17. Februar. Tod des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch von Rußland.

---

17. Februar 1909.

Der Aufenthalt König Eduards VII. und der Königin in Berlin hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Wir haben es nicht anders erwartet und bedauern nur, daß die ungünstige Witterung dem König eine, zum Glück ganz leichte Erkältung gebracht hat, die beim Eintreffen des Königs in England bereits gehoben war. Unsere Presse und das Publikum haben die Gäste des Kaisers mit gebührender Achtung empfangen. Nur die Sozialdemokraten haben es mit ihren Vorstellungen von Anstand vereinbar gefunden, den Tag, da König Eduard in Berlin einzog, zu aufregenden Versammlungen zu benutzen und eine Schar von rohen Gesellen auf die Straßen zu werfen, die den Festschmuck und womöglich die Festordnung zu stören bemüht waren. Ersteres ist teilweise, letzteres gar nicht gelungen, und die Ruhestörer werden ihrer Strafe nicht entgehen. Daß die Schürer und Führer es verstanden, sich nicht zu kompromittieren, ist selbstverständlich. Diese Herren sind sehr vorsichtig, soweit ihre Person in Betracht kommt, und höchst unternehmend, wo nur das Fell ihrer Jünger in Frage steht. Aber das pflegt ja bei allen revolutionären Vorgängen die Regel zu sein. Politische Bedeutung ist solchen Kundgebungen unter keinen Umständen beizumessen.

Auf die Frage, wie weit überhaupt der Besuch König Eduards als ein Ereignis von politischer Tragweite zu bezeichnen ist, wird sich

schwerlich vor 4 bis 5 Wochen eine Antwort geben lassen. Wir wollen abwarten, ob bis dahin eine Beruhigung der öffentlichen Meinung Englands in bezug auf die „deutsche Gefahr" erfolgt sein wird, denn solange dieses Phantom wie ein Alpdruck auf den Engländern lastet, ist alles möglich. Es wird daher die Haltung von „Times", „Standard", „National Review" und Konsorten zu verfolgen sein, um festzustellen, ob die Kampagne der Aufreizung gegen das Deutsche Reich fortgesetzt wird, oder ob sie endlich ein Ende gefunden hat. Im übrigen ist sicher, daß freundschaftliche politische Gespräche, aber keine politischen Abmachungen stattgefunden haben. Die Tatsache, daß am 9. Februar der Abschluß unserer Verständigung mit Frankreich in der marokkonischen Frage bekannt gegeben wurde, gerade als König Eduard seinen Einzug in Berlin hielt, kann als Beweis dafür gelten, daß beide Ereignisse in keiner direkten oder indirekten Beziehung zueinander stehen und daß wir einer Vermittlung nicht bedurften, um diese wichtige Angelegenheit zum Abschluß zu führen. Die Stimmen, die aus Frankreich herüberklingen, sind ausnahmslos der Verständigung günstig. Wir haben den Eindruck, daß man sich entlastet fühlt, und in einem Blatte haben wir die Äußerung gefunden, es sei nunmehr erwiesen, daß Frankreich nicht „le soldat de l'Angleterre" sein wolle. Da es eine nicht sehr weit hinter uns liegende Zeit gab, da allen Ernstes die Meinung bestand, daß dies das Verhältnis beider Mächte zueinander sei, kann ein Bekenntnis zu eigenem politischen Willen nur beifällig aufgenommen werden.

Ebenso begrüßen wir mit Genugtuung die Begründung des „internationalen Syndikats zur Verteidigung ökonomischer Interessen in Marokko." Es stellt sich zunächst die Aufgabe, Auskünfte über Handel, Industrie und Ackerbau in Marokko zu sammeln, die ökonomischen Fragen, die mit den Landessitten, dem Tarif usw. in Zusammenhang stehen, zu studieren und den Interessenten Mitteilungen zugehen zu lassen. Außerdem will das Syndikat Niederlagen und Unternehmungen ins Leben rufen, die dem Handel, der Industrie und dem Ackerbau dienen, und periodisch über die geleistete Arbeit Rechenschaft ablegen. Durch die Statuten ist der internationale Charakter des Unternehmens gesichert. Präsident und Vizepräsident werden verschiedenen Nationalitäten angehören, und im Komitee darf keine Nationalität durch mehr als ein Drittel der Mit-

glieder vertreten sein. Das Syndikat steht unter der Jurisdiktion des Doyen des diplomatischen Korps in Tanger (jetzt ein Portugiese), rechnet aber darauf, daß einegemischte Jurisdiktion organisiert werde. Das Bureau des Syndikats besteht zurzeit aus zwei Franzosen, zwei Deutschen und je einem Engländer, Spanier, Italiener und Holländer; Präsident ist ein Franzose. Das alles ist sehr erfreulich, und wir haben nur noch den Wunsch, daß Mittel und Wege gefunden werden, die Kriegsschuld Marokkos an Frankreich und die sonstigen aus den Ereignissen der letzten Jahre auf Marokko lastenden pekuniären Verpflichtungen in einer Weise zu tilgen, daß Mulay Hafid sein Volk nicht zu bedrücken braucht und daß ihm zugleich Bareinnahmen gesichert werden, die den bisher üblichen Modus der Abgabenrazzias unnötig machen und eben dadurch das Land gesunden Verwaltungsformen zuführen.

Mit welcher Vorsicht europäische Verfassungs- und Lebensformen in islamischen Staaten angefaßt werden müssen, zeigen die Krisen, die sich in der europäischen Türkei in den letzten acht Tagen vollzogen haben und deren Ausgang noch nicht recht zu erkennen ist. Wir wiesen schon jüngst auf die Schwierigkeit hin, die verschiedenen politischen Klubs des türkischen Parlaments zu einheitlicher Aktion zu vereinigen. Dem von Saloniki aus dirigierten jungtürkischen Komitee stehen andere Gruppen gegenüber, die teils andere nationale, teils andere, religiös konservativer gerichtete Ziele verfolgen. Deutlich trat das arabische Element als etwas Besonderes hervor. Mit all diesen Bestrebungen und Strömungen hatte der Großwesir, der alte Kiamil Pascha zu rechnen. Als er nun mit der überraschenden Nachricht hervortrat, daß eine Verschwörung entdeckt sei, die Abdul Hamid absetzen und Jussuf, den Sohn des unglücklichen Murad II., an seine Stelle setzen wolle, auch den Marine- und den Kriegsminister verabschiedete und durch neue Männer ersetzte, von denen namentlich die Ernennung des energischen Nasim Pascha Aufsehen erregte, da glaubte die jungtürkische Majorität die Anzeichen eines beabsichtigten reaktionären Staatsstreiches zu erkennen. Kiamil Pascha wurde durch eine Art Sommation aufgefordert, sich vor dem Parlamente zu rechtfertigen. Als nun der Großwesir sich weigerte, sofort vor dem Parlamente zu erscheinen, ist ihm in stürmischer Sitzung fast einstimmig ein Mißtrauensvotum erteilt worden, und danach hat er dem Sultan seine Demission eingereicht.

Sie ist ihm, offenbar nicht sehr freudig, gewährt und Hilmi Pascha zum Großwesir und Minister des Innern ernannt worden. Der soll nun ein homogen jungtürkisches Ministerium bilden. Das ist so ziemlich alles, was wir zuverlässig wissen. Zu betonen ist noch, daß das Votum gegen Kiamil unter dem Druck des durchaus jungtürkisch gesinnten Offizierkorps erfolgte, das ad hoc im Parlamentsgebäude erschienen war.

Es ist zunächst sehr schwer, sich ein Urteil über die Bedeutung dieser Ereignisse zu bilden. Daß die Jungtürken Patrioten sind, denen vor allem die Wiedergeburt der Türkei zu einem starken und geachteten Staatswesen am Herzen liegt, ist nicht anzuzweifeln. Auch haben sie bewiesen, daß sie klug und energisch zu handeln wissen. Aber konstitutionell handeln sie bestimmt nicht. Die Ernennung des Großwesirs wie der Minister gehört nach der Verfassung nicht dem Parlament, sondern dem Sultan, und Kiamil war durchaus in seinem Recht, wenn er diejenigen Minister, die ihm nicht zu genügen schienen, nach Rücksprache mit dem Sultan entließ. Das mochte dem Parlament unbequem erscheinen, aber es entsprach der Verfassung, die man allseitig beschworen hatte. Vielleicht aber führt die Wandlung, die sich jetzt vollzogen hat, doch zum Besten. Der konstitutionelle Schein ist dadurch gewahrt, daß (wenn auch unter dem Drucke der Jungtürken) der Sultan den neuen Großwesir ernannt hat. Hilmi Pascha ist ein ausgezeichneter Staatsmann, wie er durch seine Haltung in Jemen und namentlich in Mazedonien bewiesen hat, wo ihm die allgemeine Achtung zeigte, daß Einheimische und Vertreter der Mächte ihm gleiches Vertrauen schenkten. Vielleicht ist es ein Meisterzug von ihm, daß er ein homogen-jungtürkisches Ministerium bildet, denn damit wäre die Möglichkeit gegeben, die Führer der Bewegung in die leitenden Stellungen zu bringen und das geheime dirigierende Komitee in Saloniki zur Selbstauflösung zu bewegen. Wird aber das Komitee zur Regierung, so schwinden die Bedenken, die wir an eine geheime Nebenregierung von vornherein knüpften, und die Türkei geht geordneten Zuständen entgegen. Das aber wünschen wir im allgemeinen Interesse und in dem der Türkei.

Man ist jetzt berechtigt, zu hoffen, daß der Personenwechsel im Großwesirat und in den Ministerien nicht zu einem Aufschub, sondern zu einer Beschleunigung in den Schlußverhandlungen mit

Österreich-Ungarn und mit Bulgarien führt. In England ist man offenbar mit der Beseitigung von Kiamil sehr wenig zufrieden; man sah in ihm einen entschlossenen Verteidiger der besonderen englischen Interessen. Auch hat das Komitee die Möglichkeit vorhergesehen, daß England verstimmt sein könnte, und durch eine Demonstration vor der englischen Botschaft diesen Eindruck verwischen wollen.

Ob Serbien zu vernünftiger Resignation kommen wird, ist immer noch fraglich. Entmutigt hat das einmütig eine serbische Aktion ablehnende Verhalten aller großen Mächte entschieden. Aber in Belgrad scheint man eine antidynastische Revolution zu fürchten, während ein Krieg, in dem Dynastie und Nation gleich leiden und in dem der Kronprinz sich offenbar auszuzeichnen hofft, den Bestand der Dynastie vielleicht retten könnte. Das gibt aber ein gefährliches Spiel, das zudem aus sehr egoistischen Motiven die wahren Interessen Serbiens gefährdet. Ein hochgerichteter Patriotismus und ein echter Königssinn werden solche Erwägungen nicht anstellen.

Es ist interessant, daß jetzt gleichzeitig in England und Frankreich daran gegangen wird, das System einer Altersversicherung für die Arbeiter einzuführen. Frankreich ist dabei den Engländern um einen großen Schritt voraus. Der Gesetzentwurf ist bereits von der Kommission des Senats angenommen und der Text veröffentlicht worden. In England hat soeben eine Spezialkommission des parlamentarischen Komitees des Trade Union-Kongreß den Text unseres Arbeiterversicherungsgesetzes vorgelegt. Der Eindruck des deutschen Gesetzes ist der allergünstigste. Die Engländer heben sehr richtig hervor, daß es ein großer Vorzug sei, daß der deutsche Arbeiter seine Alters- oder Unfallversicherungs-Anteile nicht als ein Almosen empfängt, sondern als ein unter Beihilfe des Staates wohlerworbenes Recht beanspruchen kann. Der „Standard" spricht von dem „bewunderungswürdigen" deutschen Versicherungssystem und namentlich von der Rolle, die dabei dem Staat zufällt. Auch in Frankreich ist Deutschland das Vorbild gewesen. Gewiß gibt das einen schönen und trostreichen Beleg dafür, daß großgedachte humane Bestrebungen einer Nation schließlich zu einem Fortschritt der Menschheit auf dem Wege edler Gesittung führen.

Während in Frankreich die Möglichkeit eines unprovozierten deut-

schen Angriffes wohl vollkommen aus der Reihe der politischen Ereignisse gestrichen ist, mit denen man rechnet, und in England, wie wir hoffen, eine ähnliche Wendung bald eintreten wird, arbeitet Herr Menschikow jetzt eifrig daran, die Invasionsangst in Petersburg zu suggerieren. Soeben ist sein zweiter Artikel: „Petersburg in Gefahr" erschienen. Er leitet seine Betrachtung mit folgender grotesken Bemerkung ein:

„Drei große Städte auf Erden fangen mit dem unheilverkündenden Buchstaben an, der einem Galgen gleicht, (P wird im Russischen II, wie ein griechisches π geschrieben) Paris, Petersburg, Peking. In den letzten 38 Jahren sind zwei von ihnen, Paris und Peking, in die Hände des Feindes gefallen. Gott schütze uns davor, daß jetzt nicht die Reihe an Petersburg kommt!".

Das ist ja echt kabbalistischer Geist, der jede Diskussion ausschließt.

Aus der Flut der Betrachtungen, welche die Lopuchin-Azew-Affäre in der russischen Presse hervorgerufen hat, ist uns am treffendsten eine Ausführung von Herrn Jstomin im „Golos Moskwy" erschienen. Sie gibt die Äußerungen eines alten Staatsmannes, der einst einen „außerordentlich hohen Posten" inne hatte und jetzt seine Muße in einem der ruhigen Sessel des Reichsrats gefunden hat. Ein Greis mit kalten, klugen Augen, der viel, sehr viel weiß, der alle Triebfedern des Staatsmechanismus kannte und heute über Menschen und Dinge mit der eisigen Ruhe eines Mannes spricht, der alles gesehen hat und sich über nichts wundert.

„Die Affäre Azew (sagte er) setzt das Publikum in Erstaunen, mir erscheint sie lächerlich einfach. Kann denn irgendeine Regierung, einerlei von welcher Staatsform, ohne Spione auskommen? Spione gibt es stets bei den aktiven Armeen, die funktionierende Regierung aber ist gerade einer aktiven Armee gleichzustellen. Um Behauptung der Macht wird ununterbrochen Krieg geführt: im Innern zwischen den Führern, nach außen mit einem gewaltigen Lande, das mit der eisernen Faust der Disziplin und der äußerlichen Ordnung zusammengehalten werden muß, wie es der leitende Feldherr in einem eroberten Lande tut. Um die Stärke des Feindes zu kennen, braucht man Spione. Man bezahlt sie und verachtet sie. Lassen sie sich ertappen, so werden sie gehängt. Das wissen sie, und wir wissen, mit wem wir es zu tun

haben und was wir riskieren. Von beiden Teilen wird rücksichtslos und mit Bewußtsein gehandelt. Das ist nun einmal einer jener schmutzigen Verträge, die bei den verwickelten Aufgaben einer Regierung nicht zu umgehen sind. Man spricht nicht davon, aber man tut es. Wir drohen ihnen mit dem Galgen für den Fall des Verrats, zugleich aber geben wir uns in ihre Hand. Stehe ich doch in der Gewalt meines Koches — er könnte mich vergiften; wie soll man daher sich nicht abhängig von einem Menschen fühlen, dem man die Sicherheit seines Lebens gegen organisierte oder reale Attentate in die Hand gelegt hat!"

Der alte Herr preßte mürrisch seine trockenen Lippen zusammen und blickte in seinem geräumigen Kabinett um sich, als suchten seine Augen etwas; endlich schien er es gefunden zu haben und ging mit langsamen, von Podagra gehemmten Schritten auf ein hübsches, geschnitztes Bureau zu, öffnete eines der Fächer und holte einen Stoß blauer Blätter hervor. „Sehen Sie, ich schreibe meine Memoiren, und dieser Frage habe ich einige spezielle Kapitel gewidmet. Nach meinem Tode werden meine Erben sie herausgeben und dann wird man viel Interessantes erfahren." Er zog einige Blätter aus dem blauen Paket und legte sie vor sich auf den Tisch. „Hier," so fuhr er in demselben gleichmütigen Tone fort, und dabei bedeckte er die Blätter mit seiner breiten Hand, „hier wird zum Beispiel beschrieben, wie drei Attentate gegen mich verhindert wurden. Aber ich will Ihnen lieber erzählen, was sich erzählen läßt. Ihr Journalisten seid in solchen Dingen nicht diskret genug." Und so begann er zu erzählen: „Vor allem müssen wir natürlich über die Macht der Revolution und über ihre Absichten unterrichtet sein. Und deshalb ist unsere erste Sorge, aus ihrem Lager eine „Zunge" zu gewinnen. Solch eine „Zunge" führte man mir zu, als das erste Attentat gegen mich im Komitee der Sozialrevolutionäre vorbereitet wurde. Diese „Zunge" erwies sich als ein kleiner Revolutionär; man hatte ihn zufällig wegen einer anderen Angelegenheit festgenommen und lange in Einzelhaft gesteckt. Das hielt er nicht aus und erklärte, daß er bereit sei, ein wichtiges Geheimnis zu enthüllen, wenn man ihm seine Freiheit garantiere. Man versprach es ihm und er entdeckte den gegen mich geplanten Anschlag, an dem er als einer der Statisten teilnehmen sollte. Nun traten wir mit d e m Manne in Verhandlung, der für meine Sicherheit zu sorgen beauftragt war, um zu

überlegen, wie man dieses Attentat verhindern solle. Dieser Mann, der sehr klug war, die Welt kannte und ebenfalls Revolutionär gewesen war, sagte mir:

Ew. Hohe Exzellenz, hier muß man ein Abkommen treffen.

Wie?

Man muß sich mit den Führern verständigen und sich gegenseitig Sicherheit verbürgen.

Wie meinen Sie das?

So, Ew. Hohe Exzellenz. Wir verlangen von ihnen, daß sie Ew. Hohe Exzellenz nicht antasten, und garantieren ihnen dafür die Sicherheit ihrer Führer. Jetzt liegen ja die Karten in unsern Händen, wir können, dank den Enthüllungen des Spions, die Organisation aufdecken. Aber geholfen ist uns damit nicht. Vernichten wir diese Organisation, so werden andere Rache nehmen. Da ist es doch besser, ein Abkommen zu schließen.

Seine Hohe Exzellenz schwieg und fügte plötzlich mit einem listigen Lächeln hinzu: „Ich muß Ihnen bemerken, daß der Sicherheitsagent mir sehr ergeben war. Ich hatte ihn aus der Schlinge befreit, als er... Und jetzt schenkte ich ihm Glauben. In der Tat dachte ich, man muß ein Abkommen schließen, das ist tatsächlich sicherer.... und so setzte ich das Gespräch mit ihnen fort. Sagen Sie mir also, wie Sie das Abkommen mit ihm treffen wollen?

Ja, wir werden ihnen einen von unseren Leuten preisgeben müssen. Sie mögen irgendeinen der kleinen Agenten umbringen, damit sie sich vor ihren Leuten rechtfertigen können, und wir nehmen auch einen von den Unbedeutenden. Geben Sie sich aber damit nicht zufrieden, so werden wir ihnen unsern Spion ausliefern müssen!

Aber das ist ja eine Niedertracht!

Wie Ew. Hohe Exzellenz befehlen.....

Nun, so tun Sie, was Sie für notwendig halten!.....

Jstomin knüpft daran die folgende Bemerkung: „Ich habe diese kleine Skizze der Stellung unserer bureaukratischen Sphären zur Azewfrage fast mit photographischer Genauigkeit wiedergegeben."

Wir glauben ihm das aufs Wort und erblicken in dieser Skizze einen der allerwertvollsten Beiträge zur Geschichte der russischen Revolution. In der Tat, wenn dieser schamlose Zynismus die Gesinnung wiedergibt, die in den leitenden Kreisen beim Kampfe mit der Revo-

lution die vorherrschende war, so ist es kein Wunder, daß die Revolution noch fortlebt, daß wir ihre Führer in London, Paris oder irgendwo in der Schweiz in voller Sicherheit wiederfinden, und daß all die Hinrichtungen und sonstigen Maßregeln gegen die „kleinen Leute" der Revolution ohne alle Wirkung bleiben. Die „großen" haben ein Abkommen getroffen und freuen sich ihrer Sicherheit, und dasselbe tun gewisse infolge ihrer Stellung gefährdete hohe Exzellenzen in Rußland.

Es ist ein großes Glück, daß bei diesen Verhältnissen ein Mann wie Stolypin die Zügel in Händen hat. Wie er bisher ohne Menschenfurcht stets seine Pflicht zu tun verstanden hat, so wird er auch unter den gegenwärtigen Umständen ohne Scheu die Wahrheit aufdecken. Denn rücksichtslos aufgedeckt muß die Wahrheit ohne Zweifel werden. Sie wird das Prestige der Führer der Revolution ebenso brechen wie das jener „hohen Exzellenzen", die den Staat preisgaben, um sich selber zu retten.

In Hodgeville (Kentucky) ist der hundertjährige Geburtstag Abraham Lincolns gefeiert worden, der allerdings neben Washington die Stelle des nationalen Heros einnimmt, den die Amerikaner aller Parteien als solchen verehren. Daß er Roosevelts politisches Ideal ist, war wohl bekannt und das klingt auch aus den Worten heraus, die er in Hodgeville gesprochen hat. Auch der englische Botschafter Bryce hat zu Ehren Lincolns geredet, wie denn Lincoln zu den Männern gehört, auf deren Besitz jede Nation stolz wäre.

Noch drei Wochen und Präsident Roosevelt wird ein Privatmann sein. Er hat, wie er für seine Ideale einstand, bis zuletzt gekämpft gegen das, was ihm im politischen Leben der Vereinigten Staaten als ein Symptom schlechter Instinkte erschien, und wenn er nicht immer gesiegt hat, so war eben die Kraft der organisierten Gegner stärker als er. Aber gebeugt hat er sich niemals vor diesen Gegnern. Zugleich ist er trotz seines leidenschaftlichen Temperaments ein Förderer des Friedens gewesen. Er hat es eben jetzt wieder bewiesen durch die Energie, mit der er den japanisch-kalifornischen Zwistigkeiten Schranken setzte. Ob es freilich möglich sein wird, an der Westküste Nordamerikas den bitteren Rassenhaß zu zwingen, der Weiße und Gelbe scheidet, ist mehr als zweifelhaft. Eine sichere Freundschaft mit dem westlichen Amerika kann Japan nur gewinnen, wenn es sich entschließt, die Einwanderung

in jene Gebiete gesetzlich zu untersagen. Daß beide Rassen sich so aneinander gewöhnen, daß sie sich gegenseitig als etwas Gleichartiges und Gleichberechtigtes gelten lassen, scheint in der Tat ausgeschlossen. Den Revers der Medaille aber haben die Europäer in Japan kennen gelernt, sobald sie die halbinternationalen Haupthafenstädte verlassen, und es kann als absolut ausgeschlossen gelten, daß Japan eine amerikanische Arbeitereinwanderung dulden würde. Freilich würde auch nirgends, außer vielleicht im südlichen Sachalin, die Neigung bestehen, eine Probe auf das Exempel zu machen. Sollte es aber geschehen, so würden es nicht einwandernde Amerikaner, sondern russische Sträflinge aus dem Norden sein.

Eine überraschende Nachricht finden wir im „Standard" vom 15. Februar. Wir geben sie ohne jeden Kommentar wieder. „Ein Schiedsspruch über die Walfischbai": Der britische und der deutsche Botschafter in Madrid haben auf Grund von Instruktionen ihrer resp. Regierungen sich an die spanische Regierung gewandt, um die Genehmigung des Königs von Spanien dazu zu erhalten, daß er einen Schiedsrichter ernenne, der über die Festsetzung der südlichen Grenze des britischen Territoriums von Walfischbai entscheiden soll, in Ausführung des Artikels 3 des englisch-deutschen Abkommens vom 1. Juli 1890. Dies ist, wie Reuters Agentur erfährt, nur eine Ausführung des alten Abkommens. Die Klausel des fraglichen Vertrages lautet: „Die Festsetzung der südlichen Grenze des britischen Territoriums von Walfischbai wird einem Schiedsgericht vorbehalten, falls nicht die Frage durch gegenseitige Vereinbarungen beider Mächte zwei Jahre nach Abschluß dieses Abkommens erledigt wird."

Nicht ohne Spannung sehen wir der unmittelbar bevorstehenden Eröffnung des britischen Parlaments entgegen. Man erwartet von der Thronrede wichtige Erklärungen über die auswärtige, sowie über die innere Politik des Kabinetts. Mr. Asquith hatte erklärt, daß Fragen von großer und dringender Bedeutung vorliegen, und man kolportiert eine Äußerung des Chief Whip, daß bis zur Auflösung des Parlaments nicht viele Monate hingehen würden. Aber beide Ankündigungen wurden von der Opposition skeptisch aufgenommen. Man glaubt in diesen Kreisen weder an einen wirklich ernstlichen Angriff auf das Haus der Lords, noch daran, daß eine Welsh Disestablishment Bill, d. h. die Aufhebung der privilegierten Staatskirche in Wales und

Cornwales, vorgelegt wird. Dagegen seien weiter staatssozialistische Vorlagen nicht unwahrscheinlich. Von Kolonialfragen ist die indische sehr brennend geworden, von auswärtigen die orientalische auf der Tagesordnung. Bei der großen Erregung, welche der Rücktritt Kiamil Paschas hervorgerufen hat, halten wir es nicht für unmöglich, daß wir eine neue Wandlung in den Prinzipien des Balkankomitees zu erwarten haben.

20. Februar. Schluß der Londoner internationalen Konferenz über das Seekriegsrecht.
20. Februar. Demission des serbischen Ministeriums.
21. Februar. König Ferdinand von Bulgarien in Petersburg.
21. Februar. Suspendierung Castros als Präsident von Venezuela und Einleitung eines Kriminalprozesses gegen ihn.
22. Februar. Rückkehr der amerikanischen Kriegsflotte von ihrer Reise um die Welt.
24. Februar. Unterzeichnung eines deutsch-amerikanischen Patentvertrages.

---

24. Februar 1909.

Die orientalischen Schwierigkeiten, deren Entwicklung immer neue Überraschungen bringt, sind nach dem unglücklichen Versuche des Herrn v. Iswolski, die bulgarisch-türkische Finanzfrage in seine Hand zu nehmen, durch den Besuch des Fürsten Ferdinand in Petersburg vielleicht in ein günstigeres Stadium geführt worden. Nicht etwa, weil wir meinten, daß die königlichen Ehren, mit denen der Fürst empfangen worden ist, nun sofort die Anerkennung des neuen Titels zur Folge haben werden. Daran ist so wenig zu denken, daß England und Frankreich für notwendig gefunden haben, es ausdrücklich zu erklären, und Rußland ebenso ausdrücklich festgestellt hat, daß ihm die Absicht einer förmlichen Anerkennung durchaus fern gelegen habe. Aber man darf annehmen, daß die Verhandlungen der Türkei mit Bulgarien nunmehr einem schnellen Abschluß entgegengehen werden; ist er aber erreicht, so liegt ja der Anerkennung des Titels wie der Unabhängigkeit nichts mehr im Wege, und ein Protest dürfte dann von keiner Seite zu erwarten sein. Ob aber dieser Titel „Zar" oder „König" sein wird, scheint noch keineswegs festzustehen. Herr v. Iswolski will die Frage von der Königlichen Akademie der Wissenschaften auf ihre historischen Grundlagen untersuchen lassen. Uns scheint die Frage nicht strittig. Daß die Beherrscher von Bulgarien sich Zaren genannt haben, ist sicher, und ebenso sicher, daß sie diesen Titel führten lange bevor die Großfürsten von Moskau ihn annahmen. Der russische Zarentitel ist mehr als 600 Jahre jünger als der bulgarische.

Erst Iwan der Schreckliche hat ihn 1547 angenommen. Das geschah aber 150 Jahre, nachdem ein selbständiges Bulgarien zu existieren aufgehört hatte. Und wie ganz anders hat die Welt und hat die Bedeutung des Titels sich seitdem gestaltet. Es scheint uns daher müßige Arbeit, nach historischen Rechtstiteln zu suchen. Tatsache ist, daß das bulgarische Volk durch Wiederaufnahme des alten Titels an eine große Vergangenheit anknüpfen will, und daß damit dem russischen Kaisertitel an seiner Würde und historischen Bedeutung nichts genommen wird. Der übrigen Welt aber ist es wohl durchaus gleichgültig, ob Fürst Ferdinand sich dereinst Zar oder König nennen wird. Wenn er den ersteren Titel vorzieht, mag die Vorstellung mitspielen, daß er dem älteren Königstitel Serbiens einen andern entgegenstellen kann, mit dem sich weitergreifende Ansprüche verbinden lassen. Doch wie dem auch sei, wir hoffen mit Bestimmtheit auf eine baldige Regelung der bulgarischen Frage, sowohl nach ihrer türkischen, wie nach ihrer europäischen Seite.

Weniger sicher können wir von Serbien reden, denn mit der Unvernunft läßt sich nicht rechnen, und wie die Dinge im Augenblick liegen, scheint Serbien allerdings im Begriff zu sein, Torheiten zu begehen, die bald nicht mehr gut zu machen sein dürften. Darüber ist in Europa nur ein Urteil. Ermunterung finden die Serben nur bei den Neo-Slaven, deren Utopien nicht abreißen wollen. Sie finden ihren Mittelpunkt jetzt bei den Tschechen, die offenbar eine verwandte Ader im Treiben der Serben erkennen, aber, wie sich annehmen läßt, durch die Aufdeckung des hochverräterischen Treibens ihrer Führer zu einer mehr nüchternen Beurteilung der Wirklichkeit zurückgelenkt werden dürften, wenn die österreichische Regierung sich nicht durch falsche Sentimentalität zu Gnadenakten bestimmen läßt, wo rücksichtsloses Walten des Gesetzes allein zu einem erträglichen Ausgang führen kann. Über den Ausgang der serbischen Krisis sind übrigens die politischen Strategen der „Nowoje Wremja" auf das genaueste orientiert. Der „Pester" Korrespondent des Blattes sagt es uns: Zwischen dem 2. und 7., jedenfalls nicht später als am 18. März russischen Stils werde Österreich mit seinen militärischen Operationen gegen Serbien, vielleicht auch gegen Montenegro beginnen, aber wahrscheinlich werde man es verstehen, den Fürsten Nikolai hinzuhalten und zu beschwichtigen. Das isolierte Serbien aber hoffe man schnell niederzuwerfen. Die österreichischen Truppen würden gleichzeitig an zwei Punkten ein-

brechen: bei Mitrowitza westlich von Belgrad über die Sau und östlich von Semendria, da wo die Morowa in die Donau mündet. So gehen sie einerseits auf Schabaz, anderseits gegen Poscharewz vor. Belgrad wird umgangen und von Südosten durch das Tal der Morowa tief in Serbien eingedrungen werden. Die Hauptstadt wäre dann sowohl vom westlichen wie vom östlichen Serbien abgeschnitten. — Wir verfolgen die weiteren Zukunftsoperationen nicht im Detail. Das wesentliche ist, daß Belgrad den Österreichern, ohne daß sie auch nur einen Schuß abgeben, in die Hände fällt, und zwar schon wenige Tage nach Beginn des Feldzuges. Die serbische Regierung werde sich nach Nisch zurückziehen und vergeblich auf Hilfe aus dem betörten Montenegro warten. Den Einfall bosnischer Banden aber würden die Österreicher zu verhindern wissen.

„Dieser Plan ist nicht übel. Caveant consules an der Sängerbrücke! Wenn man im voraus den Plan des neuen österreichischen Vordringens kennt, kann es doch nicht schwer sein, ihn durch rechtzeitiges Anrufen der Mächte zu verhindern, die bereit sind, in Gemeinschaft mit uns den Frieden aufrecht zu erhalten."

Der Verfasser unterzeichnet Monomach, das ist mit dem Namen des berühmtesten der russischen Fürsten der vortatarischen Periode. Das gehört so zu den Eigentümlichkeiten der heutigen russischen Journalisten. Sie unterzeichnen Brutus, Argus, old Gentleman usw., und man ist oft erstaunt, wenn man erfährt, wer und was hinter diesen klingenden Pseudonymen steckt. Übrigens kehrt auch in den meist von Herrn Pilenko geschriebenen Leitartikeln der „Nowoje Wremja" sowohl der Hinweis auf ein unmittelbar bevorstehendes Einschreiten Österreichs, wie auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Druckes der Mächte auf Österreich wieder.

„Es ist Pflicht der europäischen Diplomatie, keinen Augenblick zu verlieren und der österreichischen Regierung kategorisch zu erklären, daß eine weitere Provokation zu einem allgemeinen Brande nicht nur theoretischen Tadel, sondern positive Maßregeln von seiten ganz Europas zur Folge haben werde."

Rußland solle die Initiative ergreifen; die werktätige Hilfe Englands, vielleicht auch Deutschlands werde nicht fehlen. Das zeugt doch von einer erstaunlichen politischen Verblendung! Offenbar irrt die „Nowoje Wremja" in der Adresse, an die sie ihre Mahnungen richtet.

Der Friedensstörer ist Serbien, nicht Österreich und unter keinen Umständen ist daran zu denken, daß Deutschland für den lächerlichen Größenwahn der Serben eintreten sollte, der, wenn er noch weiter gefördert wird, allerdings zu bösen Verwickelungen führen könnte. Es gibt keinen Rechtstitel, der die serbischen Kompensationsansprüche rechtfertigt. Ebenso gut könnte Rumänien als Kompensation für die neue Stellung Bulgariens, die Rückgabe Bessarabiens verlangen, was dann Rußland gewiß nicht ohne Schärfe zurückweisen würde.

Gleichzeitig wird von der „Now. Wr." für die Utopie einer Allianz der Balkanstaaten gegen Österreich agitiert und als Gegenstück aus der „Österreichischen Rundschau" das Schreckbild der „Vereinigten Donau-Staaten" vorgeführt: Österreich-Ungarn, Bulgarien, Serbien und Rumänien durch einen Bundesrat und eine Militärkonvention verbunden, welche die vereinigten Armeen unter österreichischen Oberbefehl stellt. Nun ist der eine Gedanke so unausführbar wie der andere, aber beide sind wohl dazu angetan, die ohnehin erregten Gemüter dieser slavischen Welt noch weiter zu erhitzen. Wir haben ihre Unionspläne immer nur auf der Rednerbühne und auf dem Papier verwirklicht gefunden. Historisch haben sie nie anders Gestalt gewonnen als durch harten Zwang. Es gibt davon keine Ausnahme. Auch die in der Duma gesuchte Verständigung zwischen Russen und Polen ist in nichts zergangen. Herr Dmowski, der Führer des Kolo, hat von seiner Stellung zurücktreten und auf sein Mandat verzichten müssen, weil er, in seinem Suchen nach einem Ausgleiche, den Russen zu weit entgegengekommen war! Ein neuer Streitpunkt zwischen Russen und Polen ist durch die sogenannten Mariaviten herbeigeführt worden. Diese Sekte erinnert an den Alt-Katholizismus, wenn auch mit besonderer nationaler Färbung. Sie wird von der russischen Regierung gegen Verfolgungen von seiten der polnisch-katholischen Geistlichkeit geschützt. Der Bruch der Mariaviten mit Rom datiert von 1906. Jetzt haben sie, nach einem kürzlich herausgegebenen Jahrbuch, über 50 Kirchen und Kapellen und ebensoviel Wohltätigkeitsanstalten und Schulen. Sie begehen den Gottesdienst in der Landessprache, sind Vegetarianer, und ihre Geistlichen nehmen für gottesdienstliche Handlungen keinen Lohn entgegen. Neuerdings dringen sie auch in den Gouvernements Kowno und Wilna vor. Ob sie sich behaupten können, muß die Zeit lehren. Jedenfalls sind es harmlose Leute.

Sehr interessante Eindrücke aus der Türkei hat Herr Gutschkow, der Führer der Oktobristen, heimgebracht. Das Parlament hat ihm gut gefallen. So einfach der Raum sei, in dem es untergebracht ist, fast wie eine Dorfschule, wirke das Ganze feierlich und entschieden orientalisch. Man rede kurz, höchstens 10 Minuten, streng sachlich. Meist handle es sich um Gesuche und Anfragen, die dem Parlament zugehen; bisher habe die Regierung nur einen Gesetzantrag eingebracht, jetzt aber stehe die Prüfung des Budgets und die Revision der Verfassung bevor. Die Wahlen seien überall, mit Ausnahme von Arabien, unter dem Druck der Jungtürken erfolgt, so daß es zunächst nur die eine jungtürkische Partei gegeben habe, die sich unter der Fahne des „Comité de l'union et du progrès" zusammenfand. Dann aber habe es nationale Scheidungen gegeben und allmählich sei die Partei der Arcbaren mit dem Programm „Union libre" entstanden. Ihr traten die islamischen Albaner unter Ismael Kemel Bey zu, dann die durchweg mohammedanischen Araber mit einem Christen als Führer, danach die Armenier unter Sechrach Bey, viertens die Griechen und Slaven. Das Programm dieser letztgenannten sei Dezentralisation der Verwaltung und Proportionalvertretung in jeder Beziehung, d. h. nicht nur im Parlament, sondern auch in dem vom Sultan zu besetzenden Senat. Die Arcbaren verlangen proportionale Vertretung auch in Verwaltung und Armee. Die Jungtürken des comité union et progrès verweigern diese Proportionalvertretung, versprechen aber, tüchtige Männer überall zu fördern. Die Gesamtzahl der Abgeordneten ist 230, von denen etwa 150 Jungtürken, 80 Arcbaren sind. Für die Armee sei außerordentlich viel geschehen, Nasim Pascha habe sich vortrefflich bewährt; auch um Ordnung der Finanzen hätten die Jungtürken sich Verdienste erworben. Die Stimmung Rußland gegenüber sei freundlich, man wünsche sich ihm zu nähern, weil das ökonomische Vordringen der Deutschen Sorge mache. Es biete sich daher für Rußland ein günstiger Markt. In Smyrna hat Gutschkow eine armenische Schauspielertruppe vorgefunden, die auf einer Tournee begriffen war und Othello sowie einige Ibsensche (!) Dramen aufführte, ohne von seiten der Bevölkerung oder der Obrigkeit auf Schwierigkeit zu stoßen. Es sei, als ob der alte nationale Haß geschwunden sei. Trotzdem sei die nationale Frage die schwierigste; aber die Türken hätten die Empfindung, daß sie sich schließlich mit allen Nationalitäten verständigen würden, außer mit den Griechen. Was

Kiamils Sturz betreffe, so sei er von den Jungtürken im Gegensatz zu den Archaren durchgeführt worden; übrigens sei Kiamil von Herkunft Jude, Hilmi Pascha ein Mann von Energie und viel Talent. An eine Reaktion sei nicht zu denken.

Wir meinen, daß Herr Gutschkow gut gesehen hat, und gegen die von ihm empfohlene russische Handelskonkurrenz haben wir nichts einzuwenden; sie ist stets dagewesen und zwar durch lange Zeiträume unter sehr günstigen Voraussetzungen, ganz wie andere Mächte ihrem Vorteil nachgegangen sind; das ist ihr gutes Recht. Wogegen wir aber mit Entschiedenheit Protest erheben, das ist das Verdächtigen der Ziele Deutschlands. Sie sind, was nicht alle von sich sagen können, niemals gegen die staatliche Existenz der Türkei gerichtet gewesen.

Einen wirklich peinlichen Eindruck hat der Sturz Kiamil Paschas in England gemacht, und in der Tat hat England einen ergebenern Freund als ihn in der Türkei nicht gehabt. Auch war, wie wir schon vor 8 Tagen sagten, die englische Presse zunächst in übler Laune. Aber sie hat sich inzwischen gefaßt, und in Konstantinopel ist nichts versäumt worden, um ihre Gunst zurückzugewinnen. Man kann in Summa sagen, daß die Türkei in Europa eine gute Presse hat, und wenn sie maßhält, wird es dabei bleiben.

Die Nachwirkungen des Besuchs König Eduards dauern noch in erfreulicher Weise an; die deutschfeindlichen Blätter umschreiben ihr Mißvergnügen und bringen es nicht zu direktem Ausdruck. Doch ist es nicht wahrscheinlich, daß sie lange bei dieser Taktik bleiben werden. Die bevorstehenden Verhandlungen über die Marine und über Haldanes Imperial Army müssen die alten Argumente und die alte Kampfesweise wieder lebendig machen. Es ist aber charakteristisch, daß das Ausland diesen Dingen mehr Aufmerksamkeit zuwendet, als bei uns geschieht, teils in einem Deutschland wohlwollenden Sinne, teils entschieden übelwollend, wie einige Beispiele zeigen mögen.

Die englische Flotte, die unter Kommando des Admirals May in der Nordsee konzentriert wird, beginnt gewisse Kreise in Frankreich zu beunruhigen.

„Der Atlantische Ozean und die amerikanischen Gewässer — schreibt der „Eclair" vom 16. Februar — sind bereits aufgegeben, das gleiche gilt vom Mittelmeer, wo man Frankreich mit der Aufgabe betraut,

Interessen zu hüten, die England bemüht ist, mit den unsrigen zu verbinden. Man hat eben alles in das geschlossene Feld der Nordsee übergeführt, 250 Kriegsschiffe, die 370 Geschütze schweren Kalibers spielen lassen, die ungeheure Menge der Feuerschlünde geringerer Wirkung nicht eingerechnet, werden fortan in fester Stellung den deutschen Küsten gegenüberstehen. Diese Kriegsmacht wird eine erste Division von sechs Dreadnoughts und eine zweite von acht Edwards VII. umfassen, wobei wir die Kreuzer, Torpedojäger und die Unterseeboote nicht zählen. Die Mannschaften werden in vollem Bestande auf einem Teil der neuen Geschwader erhalten; die übrigen werden nur bis zu $^3/_5$ gemindert. Mit anderen Worten: die Flotte in der Nordsee wird permanent auf Kriegsfuß bleiben. Damit sind diejenigen, die auf einen ewigen Frieden zwischen England und Deutschland rechnen, jetzt wohl zur Genüge unterrichtet."

Der „Golos Moskwy" vom 19. Februar, der ebenfalls einen alarmistischen Artikel aus London über die englische Nordseeflotte bringt, leitet seine Betrachtungen mit der interessanten Meldung ein, daß im Augenblick mehr als 5000 deutsche Spione in England verfolgt würden. Einige von ihnen „arbeiten" in festen Stellungen an den Meeresküsten, andere bereisen das ganze Land in der Maske von Kommissionären. In den letzten zwei Jahren sei über jeden Schritt der schottischen Uferbefestigungen ausführlich nach Berlin berichtet worden, in den Zentralpunkten Schottlands aber dienten 1500 Deutsche beiderlei Geschlechts ihrem Stabe. Offenbar lege die englische Admiralität der vielseitigen Tätigkeit Kaiser Wilhelms größere Bedeutung bei als seiner Verwandtschaft mit König Eduard. Hieran schließt sich die bis ins einzelne gehende Aufzählung der Fahrzeuge des Nordseegeschwaders, ihrer Stärke und ihrer Bemannung. Das alles geschehe, um eine Gleichgewichtsstellung Deutschland gegenüber zu gewinnen. Demselben Zwecke werde eine Reorganisation des Luftschifferdepartements dienen, dem ein Jahresbudget von 2 Mill. Rbl. gesichert sei. Die liberale Presse hoffe, daß dieses Vorgehen der Admiralität keine ernsten gegen Deutschland gerichteten Absichten verberge und wünsche sogar eine Annäherung beider Seemächte herbeizuführen, um so ein Gegengewicht gegen die Idee eines Dreibundes mit Frankreich und Rußland zu schaffen.

Diesen französischen und russischen Stimmen mögen zwei englische gegenübergestellt werden. Am 16. Februar fand in London

in den Whitehall-Sälen ein Festessen der Schiffahrtskammer (Chamber of Shipping of the United Kingdom) statt, auf dem nach den „loyal toasts" Mr. Leverton Harris, unionistisches Parlamentsmitglied, eine Rede hielt, in welcher er erklärte, daß ihm als Reeder der Zwei-Mächte-Standard niemals ganz befriedigend und genügend erschienen sei. Man denke nur an den Kampf mit den Flotten anderer Mächte und vernachlässige, was seiner Überzeugung nach gleich wichtig sei, für den Schutz des englischen Handels über See zu sorgen. Er malte darauf die schrecklichen Folgen aus, die jede Verteurung des Imports von Rohmaterialien in England haben müsse. Wenn im Augenblick 50 Kreuzer von der Flotte abgetrennt werden könnten, so werde in Kriegszeiten nur ein Bruchteil davon verwendbar sein, was ja die Admiralität selbst zugegeben habe. Er müsse daher im Namen der englischen Reeder von jeder Regierung, sei sie nun konservativ oder liberal, eine wesentliche Stärkung der Kreuzerflotte verlangen. — Von den folgenden Rednern trat Mr. Runciman zwar gleichfalls dafür ein, daß England durch seine geographische Lage und durch seine Geschichte darauf angewiesen sei, eine Flotte zu besitzen, die jeder möglichen Kombination von Mächten gewachsen sei, aber er fügte hinzu, daß es ihm als eine finanzielle und soziale Tollheit erscheine, eine Flotte zu bauen und zu unterhalten, die größer sei als unerläßlich ist. Der Kaufmannsstand wisse besser als alle Politiker vom Fach, was ihm not tue. Im Mittelalter habe man geglaubt, daß es im Interesse eines Landes liege, arme und schwache Nachbarn zu haben. „Wir modernen Menschen haben die Entdeckung gemacht, daß es der Wohlfahrt eines Landes dient, wenn auch seine Zeitgenossen gedeihen. Erfolge des einen Teils sind ein Antrieb für den andern, und alle zusammen fördern die allgemeine Wohlfahrt."

Diese letzten Zeilen schlagen einen Ton an, den wir lange nicht gehört haben und der uns an einen berühmt gewordenen Ausspruch Roosevelts erinnert, der bei der Enthüllung der Statue Friedrichs des Großen (12. Jan. 1904) in Washington fast mit denselben Worten sagte: „Das Gedeihen eines Volkes hat normalerweise nicht die Bedeutung einer Drohung, sondern einer Hoffnung für die übrigen." Wir wünschen nichts lebhafter, als daß diese Gedanken auch auf dem großen Meeting

zum Ausdruck kommen, das von dem „See- und Land-Verteidigungs-komitee der Londoner Handelskammer" und der vielgenannten Navy League in der City vorbereitet wird. Aber die Aussicht dazu ist nur gering. Zu Rednern sind Lord Midleton, der nach einer glänzenden staatsmännischen Laufbahn im letzten konservativen Ministerium 1903—1905 Staatssekretär für Indien war, Lord Desborough und Admiral Fitzgerald, dessen Ansichten ja bekannt sind, ausersehen. Dieses Meeting wird jedoch nicht stattfinden, wenn das Parlament durch seine Willigungen den leitenden Komitees genug tut, womit die Tendenz gezeichnet ist. Dagegen hat die „Nation" sich mit aller Entschiedenheit gegen das dem Unterhause vorgelegte Programm des Zwei-Mächte-Standard plus 10 v. H. ausgesprochen.

„Die überwältigende Majorität der liberalen Presse (sagt die „Nation") verwirft eine derartige Politik . . . wir glauben, daß die Anhänger des Ministeriums sich entschieden weigern werden, andere als maßvolle, vernünftige und vor allem auf Frieden gerichtete Willigungen zu machen."

So wollen auch wir im Interesse Englands hoffen. Uns liegt nichts ferner, als in diese inneren englischen Angelegenheiten dreinzureden, ganz wie wir uns von niemandem unsere Hausordnung vorschreiben lassen. Aber wir verfolgen diese Anhäufung von Schutzmitteln gegen eine nicht vorhandene Gefahr mit dem Interesse, daß ein Psychiater Halluzinationserscheinungen entgegenbringt.

Neuerdings macht der „New York Herald" darauf aufmerksam, daß in China der Ausbruch einer Revolution zu erwarten sei. Er hat das Haupt der revolutionären Propaganda, Dr Sunjatsen in Singapore befragt, wo Sun unter englischem Schutz eine sichere Zuflucht gefunden hat. Die Unterhaltung ging englisch „not English English, but good American English, and excellent". Sun erklärte, die Revolution sei unvermeidlich und es könne zu schweren Kämpfen kommen, aber es werde nicht schwer sein, die Mandschudynastie zu stürzen. Prinz Tsching werde sich nicht behaupten können. Der Haß gegen die privilegierte Stellung, welche die Mandschu sich angemaßt hätten, gehe durch das gesamte Volk, das in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht habe und nicht so aphatisch sei, als man wohl glaube. In den geheimen Gesellschaften ruhe eine ungeheure Macht, alle im Auslande erzogenen Studenten gehörten zu ihnen, sie zählten nach Zehn-

tausenden und übten bei dem großen Ansehen, das in China die Bildung genieße, einen ungeheuren Einfluß aus. Auch auf eine große Zahl hoher Beamter könne gerechnet werden. Endlich halte ein sehr großer Teil der Offiziere und Mannschaften der neuen Armee zur Revolutionspartei (??). Das endliche Ziel aber sei die Begründung einer Republik, die sich keineswegs als eine Utopie bezeichnen lasse, da das chinesische Volk weit gebildeter sei als die große Masse der Russen, Türken, Araber oder Perser. Der vorjährige Aufstand im südlichen China sei verfrüht gekommen, es habe daher an Führern gefehlt und die Vorbereitungen seien nicht vollendet gewesen. Aber die Lehre sei nicht verloren und man werde in Zukunft zur rechten Zeit zu handeln wissen.

Ein anderer Korrespondent des „New York Herald" berichtet im Gegensatz zu den in Europa umlaufenden Nachrichten, daß die japanisch-amerikanischen Gegensätze in Kalifornien keineswegs beigelegt seien. Man werde japanische Kinder unter keinen Umständen in den städtischen, aus Staatsmitteln erhaltenen Schulen zulassen, zumal die Japaner noch den Anspruch erhöben, auf den Lehrplan einen Einfluß auszuüben. In Britisch-Columbia und in Vancouver sei der Gegensatz noch weit schärfer, und England stehe ganz machtlos der antijapanischen Gesetzgebung dieser Kolonien gegenüber. Auch sonst bereitet der Widerwille der Weststaaten des commonwealth von Kanada gegen nicht weiße Elemente den Engländern Verlegenheit. Um dieser Abneigung Rechnung zu tragen, wollte Ende des vorigen Jahres die britische Regierung die in Columbia lebenden Hindus nach Britisch Honduras überführen. Aber die von Tejah Singh geführten Hindus weigerten sich sowohl auf die Wünsche der kanadischen, wie auf die Vorschläge der Honduras-Regierung einzugehen. Jetzt ist der Gouverneur von Honduras in Ottawa eingetroffen, um persönlich mit den Hindus in Vancouver zu verhandeln. Im Hindutempel in Vancouver wäre es kürzlich fast zu Tätlichkeiten gekommen, weil ein kanadischer Beamter sich geweigert hatte, beim Betreten des Tempels die Stiefel auszuziehen. Die englische Presse sucht zu warnen. Man fürchtet, daß jeder auf die Hindus in Britisch-Kolumbien ausgeübte Zwang seinen Widerhall in dem gärenden Ostindien finden könne und erinnert an das Jahr 1857, da geringfügige Anlässe den schrecklichen Aufstand des Nena Sahib ins Leben riefen. Man solle sich daher hüten, aus friedlichen britischen Untertanen wilde Agitatoren und Ver-

schwörer zu machen. Es sei gewiß das beste, die Leute ruhig in Vancouver zu lassen, wenn sie nicht nach Honduras gehen wollten.

Das ist ohne Zweifel richtig gedacht: ob es Gehör findet, ist dagegen fraglich. Aber das eine läßt sich nicht verkennen: Eine große Bewegung geht durch die orientalische Welt. Nicht Japan allein ist erwacht, auch China und die gewaltige Masse, die hinter ihm steht, erhebt das Haupt. Es ist im Grunde eines: von Tokio nach Peking und Kanton, Lahore und Kalkutta bis nach Teheran und Konstantinopel und Kairo — überall das Bestreben, auf eigenen Füßen zu stehen, ein gehobenes Selbstbewußtsein und ein bitterer Haß gegen diejenigen, die sie niederhalten und ihre Herren bleiben wollen.

26. Februar 1909. Kaiser Wilhelm empfängt in Anlaß des Marokkoabkommens den französischen Botschafter Cambon.
27. Februar. Veröffentlichung des österreichisch-türkischen Verständigungsprotokolls.
28. Februar. Staßuli wird von Mulai Hafid zum Gouverneur über 12 Stämme ernannt.
1. März 1909. Jahrhundertfeier des preußischen Kriegsministeriums.
2. März. Abschluß eines bulgarisch-türkischen Finanzabkommens unter russischer Vermittelung.

---

3. März 1909.

Am 26. Februar ist die österreichisch-türkische Konvention von dem neuen türkischen Ministerpräsidenten Hilmi Pascha und von dem österreichisch-ungarischen Botschafter Marquis Pallavicini zu Konstantinopel unterzeichnet worden. Wir können beiden Teilen unsere aufrichtigen Glückwünsche dazu aussprechen. Nachdem die Türkei die habsburgische Monarchie als den rechtmäßigen Besitzer von Bosnien und Herzegowina anerkannt und in allen Formen Rechtens auf bisher in der Theorie aufrechterhaltene Ansprüche verzichtet hat, ist es absolut ausgeschlossen, daß der heutige status quo wieder in Frage gestellt werden kann. Österreich-Ungarn hat, um dieses Resultat zu erreichen, sehr beträchtliche Opfer gebracht, die durch die Schädigung, die sein Handel infolge der Boykottbewegung erlitt, nicht unerheblich gesteigert wurden; aber wir meinen, der nunmehr gesicherte Besitz der beiden Provinzen ist des Opfers wert, während die durch den Vertrag der Türkei zugefallenen Vorteile: die Evakuierung des Sandschak Novibazar, die versprochene Anerkennung einer Erhöhung der türkischen Zölle von 11 auf 15 v. H. ad valorem, die allmähliche Aufhebung der österreichischen Post auf türkischem Gebiet, die 57 Millionen Entschädigung für die türkischen Domänen usw. eine wesentliche Machtstärkung der Türkei und eine Hebung ihrer politischen Geltung bedeuten. Auch läßt sich darauf rechnen, daß, wenn der im Prinzip beschlossene Handelsvertrag perfekt wird, eine wirtschaftliche Annäherung erfolgen muß, die beiden Mächten zu gute kommt. Es besteht zurzeit kein einziger Streitpunkt mehr zwischen ihnen, wohl aber eine Interessengemeinschaft, die nament-

lich in der Notwendigkeit gipfelt, daß der Sandschak Novibazar der Türkei unverkürzt erhalten bleibt. Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß das Gerücht von Geheimartikeln des Vertrages wissen will, durch welche Österreich-Ungarn der Türkei den Besitz des Sandschak garantiert haben soll. Einen greifbaren Anhalt für dieses Gerücht haben wir bisher nicht gefunden, aber es scheint uns nicht unmöglich, daß es tatsächlich zutrifft, denn in der Tat würde der gegenwärtigen Lage ein türkisch-österreichisches Defensivbündnis durchaus entsprechen.

Nicht ganz so weit sind die türkisch-bulgarischen Verhandlungen. Sie wären aller Wahrscheinlichkeit nach bereits zum Abschluß gelangt, wenn nicht der überraschende russische Antrag dazwischen gefallen wäre, durch den eine Verrechnung auf die Annuitäten der türkischen Kriegsschuld an Rußland angeboten wurde. Als Antwort auf diesen rechnerisch und politisch ungeschickten Vorschlag folgte der türkische Gegenvorschlag, der auf eine völlige Tilgung der russischen Kriegsschuld hinauslief und wiederum in Rußland Bedenken hervorrief, so daß die direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Bulgarien wieder aufgenommen wurden. Sie werden über kurz oder lang zu einer Verständigung führen, und wir haben gutes Vertrauen, daß Hilmi Pascha auch nach dieser Seite hin den richtigen Ausgang finden wird.

Überhaupt sehen wir seit einiger Zeit die Zukunft der parlamentarisch verjüngten Türkei mit größerem Vertrauen an als bisher. Der Sturz des alten Kiamil Pascha, in dem man zunächst das Anzeichen einer kommenden antienglischen Haltung erkennen wollte — was die Gesamtlage erschwert hätte — ist, wie heute feststeht, aus Gründen der inneren Politik erfolgt, und bisher hat in der inneren wie in der auswärtigen Politik das Parlament wie das Ministerium Takt und Mäßigung gezeigt. Wir rechnen dazu auch die Ernennung Rifaat Paschas zum Minister des Auswärtigen. Er war bisher bekanntlich Botschafter in London. Namentlich trat das bei der Debatte über die Bagdadbahn hervor. Die Rede des Handelsministers Noradunghian, beiläufig bemerkt der erste Kenner des türkischen Vertragsrechts, läßt sich kurzweg als eine Musterleistung politischer Klugheit bezeichnen. Gewiß wollen wir nicht verkennen, daß die Schwierigkeiten, die noch überwunden werden müssen, sehr groß sind; aber der Weg, den Hilmi Pascha einschlägt, um ihrer Herr zu werden, ist gewiß der richtige. Wir denken dabei an den jüngsten

Erlaß des Kriegsministers, der die Armee der politischen Agitation entzieht, ein Schritt, der unerläßlich war, der aber bei der großen Rolle, welche die Armee vom 24. Juli 1908 bis heute in der politischen Bewegung gespielt hat, nicht leicht zu tun war. Die ununterbrochene Arbeit der Reorganisation der türkischen Armee wird erst jetzt mit Erfolg wieder aufgenommen werden können. Solange die Offiziere und Soldaten Mitglieder politischer Klubs waren und dem Kommando eines Geheimen Komitees gehorchten, konnte daran natürlich nicht gedacht werden.

Doch wir kehren zu den bulgarischen Verhältnissen zurück. Sie haben ein besonderes Ansehen durch die schon vor acht Tagen erwähnte Reise des Fürsten Ferdinand und durch den besonderen Charakter gewonnen, den der Empfang trug, der ihm zuteil wurde. Das erste war, daß man den Eindruck hatte, vor einer jener Überraschungen zu stehen, die sich neuerdings in der auswärtigen Politik Rußlands wiederholen. Man fragte sich, ob Rußland die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens und des Zaren- bzw. Königstitels des Fürsten Ferdinand antizipieren und damit die zwischen der Türkei und Bulgarien noch schwebenden Verhandlungen so beeinflussen wolle, daß die Türkei in eine moralische Zwangslage geriet. Aber offenbar ist das nicht der Fall gewesen. Der Fürst Ferdinand hat den überall, und namentlich bei uns, tiefbetrauerten Tod des Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch zum Anlaß genommen, sich selbst nach Petersburg einzuladen, und nach einer ersten Ablehnung durch eine nochmalige an die Witwe des Großfürsten gerichtete Bitte die Genehmigung erhalten, an den Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen, nachdem er vorher versprochen hatte, kein Wort Politik zu reden. So wenigstens erzählt der über die Hofverhältnisse meist vortrefflich orientierte Fürst Meschtscherski. Dem Fürsten Ferdinand sind nun allerdings bei seinem Einzuge und bei der Abfahrt aus Petersburg königliche Ehren erwiesen worden, auch hat er in der Kirche (in den russischen Kirchen gibt es keine festen Plätze) neben dem Zaren gestanden; aber man hat vermieden, ihn in eine Umgebung zu bringen, die eine Entscheidung über Rang und Etikettenfragen erfordert hätte. Der Anerkennung des Königstitels und der Unabhängigkeit Bulgariens hat man nicht präjudizieren wollen, die Initiative ist der Türkei geblieben. Unser Eindruck ist vielmehr, daß man diese Reise in Petersburg als eine Verlegenheit empfunden hat und froh

ist, aus der unbequemen Situation einen leidlichen Ausgang gefunden zu haben, der den künftigen König von Bulgarien zu Dank verpflichtet.

Eine wirkliche Sorge aber macht dem Petersburger Kabinett die serbische Frage. Sie wird von der gesamten russischen Presse in höchster Leidenschaft traktiert, ziemlich genau in denselben Tönen, die uns noch von 1876 her in Erinnerung sind, und ebenso wie damals agitieren die Slavenkomitees, organisieren sich Gruppen von Freiwilligen, um die „gerechten Forderungen" Serbiens wenn nötig mit den Waffen in der Hand zu verteidigen; Geldsammlungen — die freilich nur geringen Ertrag bringen — werden veranstaltet, Vorlesungen gehalten, kurz es wird nichts versäumt, um die „öffentliche Meinung" zu erregen. Auch ganz direkte Drohungen gegen Österreich wurden laut, und zwar nicht nur in der „Nowoje Wremja", die jeder Sensation nachläuft, sondern sogar in einem oktobristischen Blatte, wie es der „Golos Moskwy" ist. Es sei der Fehler Herrn v. Ahrenthals, daß er offenbar glaube, das Rußland von 1906 vor sich zu haben; was seiner Politik gegenüberstehe, sei aber das militärisch reorganisierte Rußland von 1909. Dazu kommen die aufreizenden Stimmungsbilder aus Bosnien und der Herzegowina, die angeblich zum Aufstande bereit seien, und übertriebene Darstellungen von der Kriegsbereitschaft und Kriegsentschlossenheit der Serben. Gleichzeitig gefiel man sich in Schilderungen, welche die österreichische Armee als völlig demoralisiert darstellten, da alle slavischen Soldaten entschlossen seien, gegen ihre serbischen Brüder nicht zu fechten. Es ist nun kein Wunder, daß die Stimmen dahin wirkten, in Serbien noch eine exaltiertere Kriegsbegeisterung hervorzurufen. Auch hatte der Besuch des serbischen Kronprinzen in Petersburg keineswegs ernüchternd gewirkt. Man glaubte, der russischen Unterstützung ganz sicher zu sein und erzählte sich, daß kein anderer als Herr v. Iswolski die serbische Regierung aufgefordert habe, territoriale Kompensationen von Österreich zu fordern, was natürlich nicht zutreffen kann. Aus dieser Stimmung und aus dieser Zuversicht ist die so großes Aufsehen erregende Rede hervorgegangen, die Milovanowitsch am 3. Januar in der Skuptschina hielt. Sie konnte kurzweg als die bevorstehende Ankündigung eines Krieges interpretiert werden. Wir erinnern uns, unter welchen Umständen das letzte serbische Kabinett fiel. Ein Koalitionsministerium, das alle Parteien umschloß, mit Novakowitsch als Minister-

präsident, wurde gebildet, in dem Milovanowitsch als Minister des Äußern beibehalten wurde.

Inzwischen aber war das Folgende geschehen: England, Frankreich und Rußland hatten, als die Lage kritisch geworden war, sich an Deutschland gewandt, um es für eine Aktion zu gewinnen, die gleichzeitig in Wien wie in Belgrad für eine friedliche Lösung der bestehenden Schwierigkeiten eintreten sollte. Deutschland wies darauf hin, daß die Adresse für eine Friedensaktion der Mächte nicht in Wien, sondern in Belgrad zu suchen sei, und schlug seinerseits vor, durch eine Kollektivaktion aller Mächte in Belgrad darüber Klarheit zu schaffen, daß Serbien auf keinerlei Unterstützung von seiten irgendwelcher Macht zu rechnen habe, wenn es einen Krieg mit Österreich suche, und daß es seinen ungerechtfertigten Anspruch auf territoriale Kompensationen aufgeben müsse. Die Aufgabe, Rußland für diesen Gedanken zu gewinnen, übernahm als nächstberufene Macht Frankreich, das überhaupt, wie rückhaltlos anerkannt werden muß, alles, was an ihm liegt, tut, um den Frieden zu erhalten.

So lagen die Dinge, als am Freitag, den 26., der Ministerpräsident Nowakowitsch sich und sein Kabinett der Skuptschina vorstellte. Aus dem ersten, die auswärtige Politik des Kabinetts betreffenden Teil der Rede sind die folgenden Sätze hervorzuheben: „Eine völlige Einmütigkeit in der inneren Politik ist unerläßlich, damit die serbische Regierung über alle Kräfte verfügen kann, die zur Verteidigung einer von außen her kommenden Gefahr notwendig sind. Die nationalen Rechte, die bis zu unsern Tagen die Grundlage der Existenz und der Entwicklung Serbiens gewesen sind, diese Rechte, die uns übrigens auch durch alle internationalen Verträge, die uns betreffen, zuerkannt wurden, scheinen heute durch einen einzigen Staat bestritten zu werden. Das serbische Parlament hat bereits das politische Programm Serbiens kundgetan und es ist von unserem ganzen Lande gebilligt worden. Die Bestrebungen, die dieses Programm enthält, und das Recht, das sein Fundament ist, sind Europa vorgelegt worden, das in kurzem beauftragt sein wird, die Legitimität dieser Ansprüche sowohl in betreff Serbiens wie auch Montenegros zu prüfen. Wir stellen uns euch vor als die neue, durch Ukas vom 11. Februar konstituierte Regierung Serbiens. Dieses Kabinett ist der beste Beweis dafür, wie sehr das serbische Volk von der Wahrheit durchdrungen ist, daß die nationale Frage in der Tat die Lebens-

frage ist, daß sie folglich ohne das serbische Volk nicht gelöst werden kann; es beweist dies auch durch eine fortan unbestrittene Tatsache, daß nämlich das serbische Volk auch seinen letzten Sohn opfern wird, ehe in ihm die Solidarität des ursprünglichen und fundamentalen Nationalgefühls seiner Seele erlischt. Indem so die Frage unserer auswärtigen Politik vor allem dem serbischen Parlament vorgelegt wird, hat die königliche Regierung die Aufgabe übernommen, zwischen dem serbischen Volk und den Großmächten zu intervenieren, um es den letzteren verständlich zu machen, in welche Lage Serbien durch die jüngsten Wandlungen des Balkanproblems versetzt wurde."

Wir bitten, einige in diesen Sätzen liegende Unklarheiten zu entschuldigen, sie gehen nicht auf unsre Übersetzung zurück.

Merkwürdigerweise ist diese Rede von Novakowitsch sowohl in England wie in Frankreich gut aufgenommen worden, obgleich sie ja ausdrücklich bestätigt, daß die alten „Aspirationen" Serbiens, d. h. das von Milovanowitsch am 3. Januar aufgestellte kriegerische Programm beibehalten und bis zum letzten Hauch des letzten Mannes verteidigt werden soll. Da nun dieses Programm auf eine Ausdehnung des serbischen Territoriums hinausläuft, ist es kein Defensiv-, sondern ein Offensivprogramm, und man versteht daher, daß die Entrüstung und Aufregung in Serbien groß war, als am 27. Februar bekannt wurde, daß Rußland sich „im Prinzip" bereit gefunden habe, sich dem Antrage der Mächte anzuschließen und Serbien Vorstellungen zu machen, nachdem die vier Mächte (Deutschland, England, Frankreich, Italien) sich über die Form dieser Einigung verständigt hatten. Die serbischen Blätter gaben ihrer Entrüstung einen überaus drastischen und für Rußland wenig schmeichelhaften Ausdruck.

Inzwischen aber hatte das Kabinett Novakowitsch der russischen Regierung die Versicherung zugehen lassen, daß alle aggressiven Tendenzen ihm fern lägen, daß es sich aller provozierenden Handlungen enthalten wolle und seine durch die Balkankrisis berührten Bedürfnisse und Interessen den Großmächten anheimstelle. Herr v. Iswolski hat nun vorgezogen, diese wichtige Tatsache nicht den übrigen Mächten mitzuteilen, sondern an Stelle der geplanten und im Prinzip von ihm bereits angenommenen Gesamtaktion eine Sonderaktion Rußlands treten zu lassen. Diese bereits telegraphisch bekannt gegebene Mahnung Rußlands an Serbien lobt die friedfertigen Gesinnungen

Novakowitschs, erklärt, daß territoriale Ansprüche Serbiens bei den Mächten weder Sympathie noch Unterstützung finden würden, vielmehr Serbien in einen Krieg mit Österreich-Ungarn führen könnten. Da nun die serbische Regierung sage, daß sie den Wünschen der Großmächte Rechnung tragen wolle, rate ihr Rußland, kategorisch zu erklären, daß sie auf Territorialforderungen nicht bestehe und in allen auf der Tagesordnung stehenden Fragen sich vollständig auf die Entscheidung der Mächte verlasse.

Nun ist gewiß sehr dankenswert, daß Rußland diese im Interesse des Friedens erteilten Ratschläge den Serben so nachdrücklich vorgetragen hat. Ob aber die Wirkung keine tiefere gewesen wäre, wenn eine ähnliche Erklärung von allen Mächten ausgegangen wäre, ist mindestens fraglich. Uns ist nicht unwahrscheinlich, daß eine Gesamterklärung auf den Weg einer direkten Verständigung Serbiens mit Österreich-Ungarn hingewiesen hätte, der uns nach einem völligen Verzicht Serbiens auf seine ganz unvernünftigen Vergrößerungspläne die beste Aussicht zu einem befriedigenden Ausgang zu bieten scheint. Entscheidungen politischer Fragen durch die Gesamtheit der Großmächte bedeuten einen weitläufigen und zeitraubenden Prozeß, der in kritischen Lagen nur sehr ausnahmsweise zu erwünschtem Ausgang führt. Nach allem, was vorausgegangen ist, schätzen wir aber die politische Vernunft der Serben nicht hoch ein. Was Herr Novakowitsch „nationale Rechte", „nationale Frage" nennt, geht über die staatlichen Grenzen Serbiens hinaus und ist in bekannter Weise auf mazedonischem Boden erprobt worden. Es liegen Ansprüche darin, die in die Territorien anderer Staaten hinübergreifen und deren Anerkennung zu höchst gefährlichen, mit keinem Staatsrecht vereinbarten Doktrinen führen müßten. Es gibt für serbische „Kompensationen" überhaupt keine Grundlagen, und wenn Serbien seine Ansprüche durchsetzen will, gibt es nur einen Weg: den des Krieges, der in diesem Falle ebenso ein türkischer wie ein österreichischer werden müßte. Daß aber nach der soeben abgegebenen Erklärung Rußlands auf russische Hilfe zu rechnen sei, werden die Serben jetzt wohl selbst nicht glauben. Das militärische Eingreifen Rußlands würde nach den bestehenden Allianzverhältnissen einen Kontinentalkrieg bedeuten und vielleicht mehr als das. Wir halten es für absolut sicher, daß Kaiser Nikolaus II. nichts ferner liegt, als ihn heraufzubeschwören. Eine eigentümlich naive Lösung der serbischen Kompen-

sationsansprüche bringt der Pariser Korrespondent des „Standard" in Vorschlag. Wenn Serbien, schreibt er, seine Ansprüche auf territoriale Entschädigung fallen läßt, wird es als Ersatz sehr beträchtliche ökonomische Vorteile brauchen, und es ist sehr möglich, daß sich daraus als Resultat die Überlassung der Saloniki-Eisenbahn an Serbien ergibt. Es werde sich dann leicht eine englisch-französische Kapitalistengruppe finden, welche diese Linie von Serbien kauft und so die freie Verbindung mit dem Meer sichert. Man könne das eine wahrhaft elegante Lösung nennen, weil dadurch ohne Schädigung Österreichs den Serben ihre ökonomische Freiheit gesichert werde. Auch komme damit ein alter Plan zur Ausführung, der dahin ging, Saloniki als Freihafen dem serbischen Handel zu übergeben und durch Internationalisierung der Eisenbahnlinie nach Saloniki, dem „teutonischen Drang nach Osten" Schranken zu setzen. Das letztere ist offenbar der entscheidende Gesichtspunkt des findigen Pariser Korrespondenten, der zum Schluß noch bemerkt, daß er guten Grund zur Annahme habe, daß ähnliche Gedanken die Serben beschäftigten. Man werde sich daher nicht wundern, wenn sie offiziell mit diesem Vorschlag hervortreten sollten.

Die große Azewdebatte in der Duma ist durch eine ganz vortreffliche Rede des Ministerpräsidenten Stolypin zu einem Ausgang geführt worden, der der russischen Regierung das Vertrauen der weit überwiegenden Majorität eingetragen hat. Die von dem Litauer Bullat vorgelegten, aus dem Pariser Zentrum der russischen Revolutionäre beigebrachten Belege für die provokatorische Tätigkeit Azews erwiesen sich als nicht beweiskräftig. Als feststehendes Ergebnis kann angenommen werden, daß die russische Regierung niemals, wie die Revolutionäre behaupten, Attentate hat vorbereiten lassen, um bei dieser Gelegenheit einen guten Fang zu machen; das sind böswillig verbreitete Verleumdungen. Daß die russische Geheimpolizei ein Musterinstitut sei, läßt sich aber gewiß nicht behaupten, und wir würden uns freuen, wenn man Herrn Istonin veranlassen wollte, sich darüber zu erklären, ob die „hohe Exzellenz", von der er uns neulich berichtet hat, eine Ausgeburt seiner Phantasie, oder in der Tat — wie er versichert — die photographisch treue Wiedergabe der Wirklichkeit ist. Uns scheint, daß die Sache einer Untersuchung wohl wert ist.

Die persischen Angelegenheiten nehmen ein stetig schlimmeres Ansehen an. Es scheint, daß ein Einschreiten der Russen

in Aderbeidschan kaum zu umgehen sein wird, und ebenso baut sich in Charbin ein russisch-chinesischer Konflikt auf, indem, wie es scheint, Rußland und Japan Hand in Hand gehen, während die übrigen Mächte, vor allem England und die Vereinigten Staaten für China eintreten. Für ein Einschreiten Rußlands in Nordpersien tritt neuerdings der „Golos Moskwy" ein. Er weist zugleich darauf hin, daß auch der „Standard" ein solches Vorgehen ausdrücklich billigt, und macht dazu die lehrreiche Bemerkung, daß der Petersburger Korrespondent dieses englischen Oppositionsblattes „porte-parole für die offiziösen Kundgebungen des (russischen) Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten" sei.

Auch aus dem europäischen Rußland liegt eine Reihe von beunruhigenden Nachrichten vor. Die Auflösung des finnländischen Landtages ist von der russischen Presse zwar mit großem Beifall aufgenommen worden, hat aber zu den ungerechtesten Angriffen auf das Großherzogtum geführt. Die alte Behauptung, daß die Finnländer sich mit separatistischen Bestrebungen trügen, ist so lächerlich, daß man nur die Frage aufzuwerfen braucht, wohin denn das von Rußland gelöste Finnland sich wenden sollte, um sie ad absurdum zu führen. Die Krankheit Finnlands ist andrer Natur. Sie lag in der auch dort importierten anarchistischen Propaganda, die jetzt fast ganz überwunden ist. Im übrigen kämpft Finnland um Aufrechterhaltung seiner Verfassung mit großer Zähigkeit, aber mit gesetzlichen Mitteln. Wir glauben nicht, daß die Neuwahlen einen wesentlich anders zusammengesetzten Reichstag bringen werden.

Sehr hart urteilt der bekannte Publizist Menschikow aus Anlaß des jüngsten Warschauer Militärprozesses, der in die Verurteilung von 5 Offizieren und mehreren Gemeinen zu Zwangsarbeit ausmündete, über die schlechte Vorbildung der russischen Offiziere in den Kadettenhäusern und über den unmilitärischen Geist und die wissenschaftliche Rückständigkeit des russischen Offizierkorps. Er erinnert daran, daß drei der allergefährlichsten Anarchisten Lawrow, Bakunin, Krapotkin militärische Erziehung genossen hatten. Aber das ist recht oberflächlich geurteilt. Bakunin ist durch sein Studium Hegels und der Junghegelianer zum Anarchismus geführt worden und Krapotkin war mehr Geolog und Geograph als Soldat, jedenfalls ein hochgebildeter Mann. Richtiger mag die Behauptung sein, daß seit 40 bis 50 Jahren die Geheimbünde in der Armee nicht aufhörten,

daß der Kriegsdienst nicht die Anziehungskraft habe wie bei anderen Nationen. Man schäme sich des Waffenrocks wie der Priester seines geistlichen Gewandes. Einen wirklich kriegerischen Geist finde man nur noch bei den Nachkommen der Waräger, der Tataren, der Kriwitschen von Nowgorod und der Poljänen von Kiew. Sollte das wahr sein, so wäre das ein böses Zeugnis für den kriegerischen Geist der russischen Slaven. Aber Herrn Menschikow gehen die Worte leicht durch, und historisch läßt sich seine These nicht halten.

Sehr erfreulich ist die Rede, die Sonnino kürzlich über die Notwendigkeit des Feststehens zum Dreibunde gehalten hat. Es müsse durchaus jeder Zweifel beseitigt werden, daß Italien gute Beziehungen zu Österreich wünsche. Ganz ähnlich hat sich jetzt der frühere Minister des Auswärtigen Guicciardini ausgesprochen. Der „Eclair", der die erste dieser Reden wiedergibt, bemerkt dazu: Italien sei in bezug auf Frankreich „dégrisée". Wenn die Ideen von Herrn Barrère triumphiert hätten, so wäre Frankreich heute durch ein italienisch-serbisches Abenteuer kompromittiert und hätte alle Vorteile seiner entscheidenden Stellung eingebüßt: „Une telle folie n'a de nom dans aucune langue".

In England ist die irische Frage an der Tagesordnung, daneben wie immer die der Flottenvergrößerung und des Verhältnisses zu Deutschland. Auch die „fliegende Gefahr" wird eifrig diskutiert und empfohlen, den Zeppelins durch Wrightsche Aeroplane entgegenzutreten. Andererseits scheint man des steten Redens über die drohende Invasion doch überdrüssig zu werden, zumal da sich unangenehme Folgen des Geredes fühlbar machen. Der „Standard" vom 24. Februar brachte einen höchst interessanten Brief über den Exodus des Kapitals aus England, der direkt behauptete, daß jenes Auswandern des Kapitals auf den steten Kriegslärm zurückzuführen sei. Auch halten wir für sicher, daß die gesamte englische Kaufmannschaft nichts sehnlicher wünscht als eine baldige Verständigung mit Deutschland. Aber an ihrem Two power Standard wollen auch sie festhalten, und deshalb ist jedes neue Schiff, das bei uns vom Stapel geht, ihnen ein Dorn im Auge. Ebenso freilich jedes amerikanische und schließlich überhaupt jedes fremde Kriegsfahrzeug. Das mag sehr aufregend wirken, aber es ist nicht anzunehmen, daß aus Rücksicht darauf in Deutschland oder sonstwo in aller Welt die einmal festgesetzten Flottenpläne aufgegeben werden.

3. März 1909. Beginn des Hochverratsprozesses in Agram.
3. März. Serbien erklärt nach Rußland, daß es die Entscheidung der bosnischen Frage als eine Aufgabe der Großmächte betrachte.
3. März. Türkisch-montenegrinischer Handelsvertrag.
6. März. Die Türkei untersagt die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Serbien.
7. März. Eine päpstliche Bulle negiert das Vetorecht weltlicher Mächte bei der Papstwahl.
8. März. Verständigung Rußlands, Englands, Frankreichs und Italiens, gemeinsame Vorstellungen beim Freiherrn v. Ährenthal zu erheben.

---

10. März 1909.

Man gewinnt allmählich den Eindruck, als ob Europa unter der Suggestion des ungeheuren Lärms steht, der von Belgrad ausgeht. Denn in der Tat: wie liegen die Dinge, wenn man sie nüchtern betrachtet? Die Verletzung der Bestimmungen des Berliner Traktats, die durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina geschehen ist, wurde für einen europäischen Areopag gegenstandslos, seit Österreich-Ungarn und die Türkei sich verständigt hatten. Eben dasselbe wird von der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens gelten, sobald zwischen Sofia und Konstantinopel die zwischen beiden schwebenden Entschädigungsverhandlungen ihren Abschluß gefunden haben. Das aber steht unmittelbar bevor, und um das fait accompli anzuerkennen, bedarf es keines europäischen Kongresses, ja nicht einmal einer Konferenz; eine identische Anerkennungsnote der Signatarmächte der Berliner Kongreßakte würde genügen. Hält man den Luxus einer Konferenz für notwendig, so mag man sich auch damit zufrieden geben, vorausgesetzt, daß nicht andere Fragen als die der formellen Anerkennung des neuen status quo zur Entscheidung gelangen. Serbien aber ist weder direkt noch indirekt in seinem Territorialbestande oder in seiner politischen Stellung geschädigt worden. Was die Artikel 36—42 des Friedensvertrags vom 13. Juli 1878 festgesetzt haben, ist aufrechterhalten worden. Serbien erhielt damals, was Bulgarien erst heute zuteil werden wird, die Anerkennung seiner vollen Unabhängigkeit und eine beträchtliche Gebietsvergrößerung (Nisch und Pirot). Es gibt keinen völkerrechtlich denkbaren Rechtsgrund

für serbische Kompensationsansprüche. Wenn die Serben es für ihr gutes Recht halten, gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina zu protestieren, so ist das absolut gleichgültig, solange es bei diesem Protest bleibt; und ebenso gleichgültig ist es, ob die Verfassung, die Österreich-Ungarn den beiden Provinzen geben wird, ihnen gefällt oder mißfällt. Endlich können sie auch den Anspruch auf Vergrößerung ihres Territoriums erheben, wenn sie Vergnügen daran finden. Solange sie nicht Anstalten treffen, aus eigener Kraft oder mit Hilfe von Bundesgenossen diese Ansprüche gewaltsam zu verwirklichen, mag das Lärmen zwar Verdruß erregen, aber es muß wirkungslos verhallen.

Nun hat aber Serbien nicht nur mit einem ungeheuren Aufwande an Lärm in der Kammer, in der Presse, in offiziellen Noten, die angekündigt, zurückgenommen und danach in wenig modifizierter Form wieder orbi et urbi verkündigt wurden, seinen Anspruch auf Kompensationen behauptet und aufrechterhalten, auch erklärt, daß es entschlossen sei, ihn mit allen Mitteln durchzusetzen, sondern zugleich gerüstet, mobilisiert, den Panslavismus als Verbündeten aufgerufen, durch Agenten in Bosnien und in der Herzegowina gewühlt, mit den russischen und tschechischen Slavenkomitees angeknüpft, Wanderprediger ausgerüstet und nach London, Paris, Berlin, vor allem nach Petersburg und Moskau geschickt, kurz ein hysterisches Treiben in Szene gesetzt, das vom König und vom Kronprinzen bis hinab in die Hütten der Bauern reichte und offenbar der gesamten Nation das ruhige Urteil und alle Besinnung geraubt hat. Das alles wäre aber aller Wahrscheinlichkeit nach in sich zusammengebrochen und verpufft, wenn nicht nebenher eine russische Aktion gegangen wäre, deren Schachzüge dahin zielten, der serbischen Frage einen internationalen Charakter zu geben und Österreich-Ungarn speziell wegen der aus der Luft gegriffenen serbischen Ansprüche vor das Forum eines europäischen Kongresses zu zitieren. Da nun nebenher leidenschaftliche Angriffe und offene Kriegsdrohungen der russischen Presse gingen und russische Freiwillige nach Serbien strömten, ist es nicht zu verwundern, wenn, trotz der friedfertigen Erklärungen der offiziellen Vertreter der russischen Politik, die Vorstellung allmählich Boden gewann, daß die Welt vor einer Wiederholung der Ereignisse stehe, die 1876 sich vor unsern Augen abgespielt haben und deren Detail an Intrigen uns erst neuerdings durch die Veröffentlichungen bekannt geworden ist, die von den Agenten

ersten, zweiten und dritten Ranges publici juris gemacht worden sind. Die Möglichkeit, daß diese frivol aufgeworfene serbische Frage in einen europäischen Konflikt ausmünden könnte, ließ sich nicht mehr kurzerhand als lächerlich abweisen. Daß, wenn Serbien in Rußland einen aktiven Helfer zur Erzwingung seiner Forderungen finden sollte, Deutschland mit dem vollen Gewichte seiner Macht zu Österreich-Ungarn stehen werde, stand für jedermann fest, da der österreichisch-deutsche Defensivvertrag von 1879 offiziell seit dem 3. Februar 1888 bekannt war; das ist außerdem in nicht mißverständlicher Weise erklärt worden. Man begann die Frage der Allianzen zu erwägen. Ist Frankreich gebunden, den Russen zu Hilfe zu kommen, wenn russische Truppen zur Durchführung der serbischen Ansprüche in österreichisches Gebiet einrücken und Deutschland dann, um seiner Bündnispflicht gerecht zu werden, mit einem Angriff auf russisches Gebiet antwortet? Aller Wahrscheinlichkeit nach ja, so daß, nachdem soeben erst Deutschland und Frankreich durch beiderseitiges Entgegenkommen vorhandene Mißverständnisse und Gegensätze beseitigt haben, um zu einem ehrlichen und friedlichen Nebeneinander zu gelangen, ein deutsch-französischer Krieg diesem deutsch-österreichisch-russischen parallel gehen würde und so jener kontinentale Brand entzündet worden wäre, den die Kriegspolitiker der „National Review", der „Times", des „Standard" nebst ihren minderen Genossen als Voraussetzung zur Verwirklichung ihrer Hoffnungen und Ansichten wünschen. Dem Zusammenstoße der Großen aber würden die Kleinen sich nicht entziehen können, eine neutrale Haltung ihrerseits ließe sich wohl nur in den ersten Anfängen eines allgemeinen Krieges behaupten, und endlich spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß auch die Schwären am Leibe des britischen Reiches aufbrechen und zunächst ein furchtbarer Aufstand in Indien die asiatische Antwort auf den Konflikt in Europa sein würde. Und das alles um der serbischen Schreier und ihrer, aller rechtskräftigen Fundamente entbehrenden Ansprüche willen.

Man braucht den Gedanken nur auszusprechen, um den Frevel dieses Treibens in das rechte Licht zu stellen. Und eben deshalb glauben wir nicht, daß der serbisch-österreichische Konflikt einen anderen Ausgang nehmen kann, als den eines Scheiterns der serbischen Aspirationen, ohne daß ein Eingreifen Rußlands zu ihren Gunsten stattfindet, und ohne daß die Entscheidung eines Kongresses

von einer der Großmächte angerufen wird. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Österreich-Ungarn und Deutschland den Antrag annehmen sollten, die serbische Frage auf diesem Wege auszutragen.

Auch kann nicht verschwiegen werden, daß die Erbitterung, mit der Herr v. Iswolski alle politischen Schritte des Frhrn. v. Ahrenthal bekämpft, die letzte Ursache der Verschärfung ist, welche die allgemeine Lage anzunehmen droht. Herr v. Iswolski hat in seinen politischen Aktionen keine glückliche Hand; Reval, Buchlau, London, Paris und Berlin bezeichnen verschiedene Stadien einer gescheiterten politischen Aktion. In einer Zeit, da größte Zurückhaltung die gebotene Politik für Rußland war, hat er ihr einen unruhigen, alarmierenden Charakter gegeben, der im Widerspruch zu den wahren Bedürfnissen Rußlands steht. Es ist kein Geheimnis, daß er in Buchlau die Annexion Bosniens und der Herzegowina gebilligt und an keinerlei Kompensationen für Serbien gedacht hat. Was er wollte, war die Lösung der Meerengenfrage in russischem Sinn. Die Verwirklichung dieses Planes scheiterte in London, und damit verlor die russische Politik ihr eigentliches Ziel. Was seither geschah, ist ein Irrlichterieren, bei dem von einem festen Kurs nicht weiter die Rede sein kann.

Wir halten es nicht für notwendig, die einzelnen Stadien der Verhandlungen in ihrem widerspruchsvollen Laufe zu rekapitulieren. Eine Zusammenstellung der Telegramme aus Belgrad, Petersburg, London und Wien gibt ein überaus drastisches Bild der großen und kleinen Intrigen, die hier spielen. In letzter Zeit glauben wir zu erkennen, daß die Art und Weise, wie die halb offizielle Presse Frankreichs das Problem anfaßt, eine bevorstehende Schwenkung anzeigt, die dem serbisch-russischen Fahrwasser zuführt, „shooting Niagara", um ein Carlylesches Bild zu brauchen. Wie ernst das zu nehmen ist, mag eine Ausführung des bekannten russischen Völkerrechtslehrers an der Universität Moskau Grafen Leonid Alexejewitsch Kamarowski zeigen, die in der Freitagsnummer des „Golos Moskwy" zu finden ist.

„Für Serbien, sagt Kamarowski, handelt es sich nicht um ökonomische Vorteile, nicht um territoriale Kompensationen, sondern um weit tiefere und wesentlichere Fragen: um die fernere eigene Existenz, für deren Erhaltung die Serben im Laufe des vorigen Jahrhunderts gekämpft haben unter steter Beihilfe Rußlands und um das gleiche

Recht unabhängiger Existenz für das gesamte serbische Volkstum, das jetzt in seinen Wurzeln von der österreichisch-ungarischen Regierung untergraben wird. Hieraus ergibt sich, welches die weiteren Schritte unserer Regierung sein müssen: dem Krieg zwischen Österreich und Serbien vorbeugen bis zur Konferenz, mit deren Berufung nicht gezögert werden darf. Auf der Konferenz ist darauf zu bestehen, daß Bosnien und die Herzegowina eine weitgehende Autonomie unter Garantie Europas erhalten; Serbien ist der Sandschak Novibazar zu überweisen unter Voraussetzungen, die es den Serben möglich machen, ihre Grenzen unmittelbar an Montenegro zu schließen und einen Ausgang zum Adriatischen Meer zu erlangen, ohne den es für alle Zukunft zu kläglichem Vegetieren verdammt wäre. Sollte aber Österreich über Serbien herfallen, so gäbe es kein anderes Mittel der Repression, als eine Demonstration der vereinigten Kriegsflotten im Adriatischen Meere und eventuell eine friedliche Blockade der gesamten österreichischen Küste, falls die Mächte nicht einen offenen und wirklichen Krieg vorziehen sollten. Nun wird man sagen: Deutschland wird in unsere Grenzen einrücken. Möglich ist alles! Daraus folgt aber nicht, daß die Rechte der Serben nicht existieren und daß in der Frage ihrer Wahrung im Namen des Völkerrechts, der Menschenliebe und ihrer eigenen Interessen die Mächte nicht unter Führung Rußlands einschreiten sollten."

Die hier ausgeführten Völkerrechtsdoktrinen dürften schwerlich bei der russischen Regierung Anklang finden, die sich wohl dessen bewußt ist, daß die von Herrn Kamarowski aufgestellten Forderungen einen schweren Eingriff in die inneren Verhältnisse der habsburgischen Monarchie bedeuten, deren 3½ Millionen Köpfe zählende serbische Staatsangehörige eine „unabhängige Existenz" doch nur erhalten könnten, wenn vorher Österreich-Ungarn selbst staatlich zusammengebrochen wäre, während andererseits der Sandschak Novibazar bekanntlich türkischer Besitz ist. Es ist unbegreiflich, wie ein Mann, der das Völkerrecht doziert, mit solchen Vorschlägen auftreten kann. Ebenso unbegreiflich ist es, wie die „Nowoje Wremja" in einem ohne allen Zweifel inspirierten Leitartikel mit der Überschrift: „Deutschland trägt die Verantwortung" aus einem Artikel der „Kreuz-Zeitung" Nr. 106 vom 4. März den Schluß ziehen kann: „Deutschland wird unter keinen Umständen das „sinnlose Abenteuer" des Barons Ahrenthal unterstützen." Was die „Nowoje

Wremja" ein „sinnloses Abenteuer" nennt, ist bis zum Augenblick die mit außerordentlicher Geduld und Nachsicht geführte Abwehr der serbischen Provokationen, die zu europäischen Verwicklungen nicht führen werden, wenn Rußland aufhört, die ungereimten serbischen Ansprüche und den serbischen Größenwahn zu unterstützen. Denn wenn es zu einem Kriege kommen sollte — was, wie wir nach wie vor hoffen und glauben, nicht geschehen wird — so fällt ohne allen Zweifel nächst Serbien die Verantwortung Rußland zu. Eine Ausnahme, die wir rühmend hervorheben wollen, zeigt in der russischen Presse die Haltung der konservativen Moskauer Zeitung „Rußkaja Semlja" (russisches Land) die mit den vollzogenen Tatsachen rechnet und trotz ihrer Sympathien für die Serben den Konflikt für erledigt hält, seit die Verständigung in der bosnisch-herzegowinischen Frage zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei erfolgt ist. Aber wie einsam steht dieses ruhige Urteil in der Reihe russischer Preßäußerungen!

Was die Haltung der übrigen Großmächte betrifft, so ist uns aufgefallen, daß die offiziöse französische Presse sich dem russischen Standpunkt wieder zu nähern beginnt, was jedenfalls nicht von günstiger Wirkung in Belgrad ist; die imperialistische englische Presse aber scheint sich ganz mit Serbien identifizieren zu wollen. Auch das wirkt nicht für den Frieden. Gleichzeitig ist ein Gegensatz zwischen den offiziellen Erklärungen der englischen Regierung und ihren Vertretern nicht mehr zu übersehen. Von Italien läßt sich, trotz des Durchgehens eines bekannten Teils der Presse, das Beste erwarten, da die Neuwahlen zum Parlamente Giolitti eine sichere Majorität bringen, und an seinem Festhalten am Dreibunde nicht gezweifelt werden kann. Ziehen wir aus alle dem einen Schluß, so halten wir es nicht für unmöglich, daß Österreich-Ungarn zu Repressivmaßregeln gegen den offensiven Charakter, den der serbische Größenwahn angenommen hat, genötigt wird, und für höchst unwahrscheinlich, daß daraus mehr wird als ein papierener Kontinentalkrieg.

Würdevoll und ohne jeden Zwischenfall hat sich am 4. März der Übergang der Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika von Mr. Roosevelt auf Mr. Taft vollzogen. Beide Männer sind Freunde und Gesinnungsgenossen, und bekanntlich hat kein Mensch mehr getan, um die Wahl Tafts durchzusetzen, als sein

illustrer Vorgänger, dessen Name für alle Zeiten mit der Geschichte der gewaltig aufstrebenden amerikanischen Großmacht verbunden bleiben wird. Die kraftvolle Initiative Roosevelts hat den Jahren seines Regiments den Stempel seiner Persönlichkeit gegeben. Er hat, mehr als in so hoher Stellung meist möglich erscheint, mit offenen Karten gespielt, jede seiner Aktionen vorher angekündigt und ist — was doch sehr viel sagen will — niemals Werkzeug gewesen, so daß kein unlauteres Beginnen mit seinem Namen gedeckt werden konnte. Wir Deutsche werden es ihm nicht vergessen, daß er sich einer mit vieler Kunst und großen Machtmitteln mißleiteten öffentlichen Meinung, die alles, was in Deutschland geschah, verdächtigte und absichtlich mißzuverstehen schien, entschlossen entgegenwarf und einen Umschwung in den deutsch-amerikanischen Beziehungen herbeiführte, der schließlich beide Nationen in herzlichem Einverständnis zusammenführte. Die engen persönlichen Beziehungen, die Kaiser Wilhelm mit dem Präsidenten verbanden, haben sehr wesentlich dazu beigetragen, diese Strömung der Geister zu fördern, so daß heute die Beziehungen sich rückhaltlos als vortrefflich charakterisieren lassen. Wir haben allen Grund zur Annahme, daß Mr. Taft die Tradition, die er überkommen hat, aufrechterhalten wird. Wenn auch Nüancen, wie sie die grundverschiedenen Temperaments- und Charakteranlagen beider Männer naturgemäß bedingen, in der Ausführung gleicher Ziele zu erkennen sein werden: in den Zielen der amerikanischen Politik ist eine irgendwie erhebliche Wandlung nicht zu erwarten. Man sagt, daß Mr. Taft keine Feinde habe und daß er mit geschickter und glücklicher Hand auch in den schwierigsten Lagen ausgleichend zu wirken verstehe. In den Philippinen, in Kuba, neuerdings während der großen Erregung, die die Frage des Panamakanals hervorrief, hat er diese Fähigkeit bewiesen. Sein jüngster Erfolg war, daß ihm die Stimmen der Demokraten des Südens zuflogen. Er wird weniger drastisch in Wort und Tat, aber gewiß nicht weniger „durchsätzig" sein und jedenfalls ebenso entschlossen „amerikanisch". Kurz, wir erwarten das Beste von ihm für Amerika und ein volles Verständnis dafür, daß das amerikanische Interesse ebenso wie das deutsche die Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen verlangt.

In England stehen nach wie vor die Fragen der Rüstung zu Wasser und zu Lande im Vordergrunde. Nach beiden Richtungen hin kann die Regierung der drängenden imperialistischen Strö-

mung nicht genug tun. Dagegen beginnt in den großen Kolonien die Besorgnis aufzutauchen, daß sie, wenn die Teilnahme an diesen Bestrebungen ihnen aufgenötigt werden sollte, tiefer in europäische Händel verwickelt werden könnten, als ihren Interessen entspricht. Wir denken dabei zunächst an Kanada, obgleich auch in Australien und in Südafrika ähnliche Regungen sich erkennen lassen. In Kanada ist man ohnehin höchst empfindlich, sobald die englische Regierung über den Kopf Kanadas hinweg Verpflichtungen eingeht oder Abkommen schließt, welche die Interessen des Dominion of Canada treffen. So hat das Abkommen Englands mit den Vereinigten Staaten über die Verwendung der Wasserkräfte der großen kanadischen Seen und des Niagarafalls zunächst ernstlich verstimmt. Neuerdings aber gibt man ihm in Kanada die Deutung, daß dieses Abkommen in seinem Effekt einen Fortschritt auf der Bahn bedeute, die Kanada zu näheren Beziehungen mit seinem nächsten Nachbar führe (a great step in advance in the matter of relationship). Dagegen wird der Haldanesche Plan der Reichsarmee (Imperial Army), von dem wir schon jüngst berichteten, wie es scheint von der kanadischen Regierung gefördert, aber von der kanadischen Presse, so weit sie nicht unter imperialistischen Einflüssen steht, mit Leidenschaft bekämpft. Ein so besonnener Politiker wie Professor Goldwin Smith (Bystander) schreibt in der zu Toronto erscheinenden „Weekly Sun", Mr. Haldane gehe einer prächtigen, aber täuschenden Vision nach. Seinen Ausführungen aber folgt ein redaktioneller Leitartikel, der sich weit schärfer ausspricht. Wir setzen ihn bei dem großen Interesse, das diese Frage überall erregt, in Übersetzung der wesentlichsten Sätze her:

„Wir erfahren aus London, daß die Regierung des Dominiums ein Schema gebilligt hat, das einen Generalstab für das gesamte Reich ins Auge faßt. Man will Offiziere der kanadischen Miliz und Offiziere anderer Kolonialtruppen in direkte Beziehung mit dem Hauptquartier der britischen Armee bringen, denn der Plan geht dahin, ein höchstes leitendes Haupt an die Spitze der bewaffneten Macht des ganzen Reiches zu stellen. Das soll aber nur ein erster Schritt sein. Hinter dieser Ankündigung steckt die Absicht, eine wirkliche imperialistische Armee zu begründen, die aus britischen, kanadischen, australischen und anderen Divisionen bestehen und verpflichtet werden soll, in jedem Teile der Welt zu dienen. Wenn, was vorgeschlagen ist, in vollem Umfange durch-

geführt wird, dann gibt es ein kanadisches Kontingent, das auf Befehle, die aus London kommen, stets verwendbar ist zum Dienst in Indien, Ägypten, auf dem Kontinent von Europa oder wo immer die Partei, die zurzeit in England die Macht in Händen hat, glaubt, daß es die Bedürfnisse des Reichs erforderlich machen. Leider ist nur zu viel Anlaß zur Befürchtung, daß Kanada zu einem derartigen Abkommen verpflichtet wird, bevor die Bevölkerung sich darüber klar wird, was eigentlich im Werke ist. In unserer Stadt (Toronto) ist ein tätiges und wohlorganisiertes Element, das vollständig mit denjenigen Londoner Elementen sympathisiert, die nach dieser Richtung hinarbeiten, und dieses lokale Element hat einen Einfluß, der ganz außer Verhältnis mit seiner Zahl steht, indem es die öffentliche Meinung durch die Presse kontrolliert, und so den Kurs der Ministerialpolitik leitet. Die Einflüsse, die dahin wirken, Kanada in die Politik der alten Welt und in die Kriege der alten Welt zu verstricken, sind wohl organisiert, die Massen unsres Volkes, die nichts anderes wünschen, als das Korn, das sie in Kanada ernten, in Frieden zu verzehren, sind nicht organisiert. Wenn die „stimmlose" Menge nicht bald einen Sprecher findet, stehen wir vor der großen Gefahr, daß die organisierte Menge den Sieg davonträgt, und unsagbares Übel als Folge getragen werden muß."

Das klingt recht sorgenvoll und wenig imperialistisch. Aber wir verstehen es sehr wohl, wenn die britische Regierung alles daran setzt, um die Haldaneschen Gedanken zu verwirklichen. Sie ist in den allerdringendsten Sorgen um Indien, wo die antienglische Bewegung einen stetig drohender werdenden Charakter annimmt. Schon ist man genötigt, den Vizekönig zu bewachen, wie in den bösesten Tagen der anarchistischen Bewegung der Kaiser von Rußland bewacht wurde, ja jeder in Indien lebende Engländer beginnt für sein Leben zu fürchten. Man kann kein englisches Blatt in die Hand nehmen, ohne auf spaltenlange Ausführungen über die Lage in Indien zu stoßen. Die „Times" vom 1. März widmet dieser Frage eine ganze sechsspaltige Seite ihres ungeheuren Formats, und dazu kommt noch ein Leitartikel. Wir entnehmen diesen Ausführungen das folgende, interessante Detail:

Was den Engländern auffällt, ist die Fülle der Abstufungen, in denen die antienglische Bewegung sich zeigt. Beredte und hochgebildete indische Patrioten, die durch Wort und Schrift wirken, stehen an einem Ende der Leiter, am andern die Terroristen, die mit Revolver

und Pikrinsäure arbeiten. Das Evangelium der Gewalt, das jedes Mittel gutheißt, um die britische Herrschaft zu schädigen, sei ursprünglich mahrattisch, aber jetzt werde es von den Bengalen in die Praxis eingeführt. In Puna entstanden, sei es nach Baroda übertragen worden, dann nach Kalkutta, wo es in den Jahren 1901 bis 1904 in aller Stille propagiert und von einem „engeren Zirkel" geleitet wurde. Die Teilung von Bengalen gab dann Anlaß zu neuer Agitation, wobei sich ein Gegensatz zwischen den „Politikern" und den Anarchisten ausbildete. Die ersteren traten für die Swadeshi und Boykottbewegung ein, die letzteren für gewaltsame Ausrottung der Briten. Sie nutzten die Bildung der „National-Freiwilligen" aus, um aus ihnen Schulen des Anarchismus zu machen. Dazu kam dann eine anarchistische Presse, die Sendung junger Männer nach Japan und nach Europa, um sie Kenntnisse gewinnen zu lassen, die dem Anarchismus von Nutzen sein konnten. Die Existenz dieser Organisation sei erst Dezember 1907 nach dem Attentate auf Sir Andrew Fraser erkannt worden. Es folgten weitere Morde, und erst im Frühjahr 1908 gelang es der englischen Polizei, in einer Vorstadt Kalkuttas ein Lager von Waffen und Bomben zu finden und 50 Anarchisten handfest zu machen, unter ihnen Arabindo Ghose, der in England glänzende Studien gemacht hatte, aber als er nach Indien zurückkehrte, nicht in den Zivildienst aufgenommen wurde, weil er die Prüfung im Reiten nicht hinlänglich bestanden hatte, die übrigen sind kleine Leute aus dem Volk, meist in jungen Jahren.

Der Korrespondent der „Times", dem wir diese Bemerkungen danken, stellt nun die überraschende Theorie auf, daß der indische Anarchismus zum Teil eine Folge schlechter Ernährung sei. Die Bewegung sei hysterisch, die Morde gingen auf momentane Wutanfälle zurück, nicht auf wirklichen Mut. Aber zu verachten sei sie trotzdem nicht, sie sei ihrem Charakter nach eine geistige Bewegung, eine der vielen Formen des indischen Patriotismus, mit denen die großen Massen insgeheim oder offen sympathisieren. Reformen könnten demgegenüber nicht helfen, und die Leitung der Bewegung werde je länger je mehr aus Puna und Kalkutta nach London und Paris übergehen, wo die Führer unter dem Schutz der Landesfreiheiten stehen.

„Die Engländer — sagt unser Gewährsmann — haben oft ihren Stolz darein gesetzt, daß ihr freies Land selbst den Anarchisten ein Asyl bietet, die aus anderen Ländern kommen. Was soll aber mit der wachsen-

den Brut der dunkelhäutigen Anarchisten geschehen, die unsre eigenen Untertanen sind? Die Zunahme des Anarchismus in Indien könnte die britische Regierung nötigen, ihre Stellung zu anarchistischen Flüchtlingen zu revidieren."

Wenn das die Folge der Morde in Indien sein sollte, so wird man ihre Opfer beklagen, aber die Wirkung segnen, denn ungezählte Anschläge, von den Tagen Orsinis bis zu den letzten Attentaten, die in Rußland zu blutiger Ausführung kamen, sind unter dem Schutz dieses weiten englischen Asylrechts vorbereitet und durchgeführt worden.

Was aber Indien betrifft, so scheinen uns die Engländer zu irren, wenn sie in dem indischen Anarchismus die Hauptgefahr sehen, die ihre Stellung in Bengalen bedroht. Der Gegensatz liegt tiefer und geht auf die Gesinnung zurück, die Napoleon „Ideologie" nannte.

10. März 1909. England läßt sich von Siam die 3 Staaten Kelantan, Trenggann und Kedah abtreten.
11. März. Veröffentlichung der päpstlichen Bulle über die Papstwahl.
14. März. Unbefriedigende Antwort Serbiens auf österreichische Vorstellungen.
15. März. Ausschreitungen der streikenden Pariser Post- und Telegraphen-Beamten.
16. März. Kronrat in Wien. Vorkehrungen zum Krieg gegen Serbien.
17. März. Einberufung österreichischer Reservisten.

---

17. März 1909.

Der „Temps" vom letzten Donnerstag hat ein höchst gefährliches Schlagwort ausgespielt. Unter der Spitzmarke „Un bluff inacceptable" führt er den Gedanken aus, daß die serbisch-österreichische Frage im letzten Grunde nichts anderes sei, als ein diplomatischer Feldzug, den die Kabinette von Wien und Berlin gegen Herrn von Iswolski führen, um ihn politisch zu demütigen:

„Frankreich und England haben in den letzten Tagen viel guten Willen gezeigt, weil sie glaubten, daß jedermann ehrlich auf eine Verständigung hinarbeiten wolle. Ist das nicht der Fall, und geht man in Berlin und Wien darauf aus, einen Eitelkeitserfolg gegen den Minister zu gewinnen, der die alliance franco-russe aufrechterhalten und die englisch-russische Freundschaft besiegelt hat, dann ändern sich die Voraussetzungen und mit ihnen auch die Haltung, die man einnehmen wird. Wir wollen glauben, wir sind sogar überzeugt, daß die deutsche wie die österreichische Regierung nicht für den Ton verantwortlich sind, in dem die Zeitungen ihre Politik kommentieren. Aber es ist Zeit, daß sie sich von einer bedenklichen (fâcheuse) Solidarität lossagen, die sie kompromittieren könnte. Handelt es sich darum, eine aufrichtige Verständigung herbeizuführen, so sind England und Frankreich bereit, niemanden beiseite zu lassen (à connaître tout le monde) und mit jedermann in ein freundschaftliches Gespräch zu treten (à causer avec tout le monde). Will man dagegen — nicht einen Krieg, bei dem Österreich zu viel verlieren würde und Deutschland auch, sondern — einen

diplomatischen Konflikt, dann werden Frankreich und England nichts andres kennen als die Pflichten, die sie Rußland gegenüber haben. Auch weiß Österreich, daß in der Wagschale der politischen Kräfte der Tripelentente im südlichen und östlichen Europa neue Gewichte zufallen werden. Es ist also überflüssig zu bluffen. Rußland wird sich eben so wenig demütigen lassen wie Frankreich im letzten November.

Am Freitag folgte dann ein zweiter Leitartikel, der damit anhob, daß Serbien durch Annahme der Ratschläge Iswolskis seine Pflichten Europa gegenüber erfüllt habe. An eine Analyse der bekannten serbischen Antwortnote knüpft sich dann die Bemerkung:

„Im übrigen verläßt sich Serbien auf die Mächte, die den Berliner Traktat unterzeichnet haben, als auf das „kompetente Tribunal" und verlangt von Österreich keinerlei territoriale, politische oder ökonomische Kompensationen. Fügt man diesem Dokument die russische Note hinzu, mit der es ein Ganzes bildet, so ergibt sich, daß beides zusammengenommen Österreich-Ungarn die Satisfaktion gibt, die es zu fordern berechtigt war." Da auch Österreich (wie Serbien in jener Note) erklärt habe, daß es in guten Beziehungen zu dem serbischen Nachbar leben wolle, könne jetzt die Konferenz zusammentreten.

Als am Sonnabend das Wiener Kabinett sich noch nicht für befriedigt erklärt hat, kommt der „Temps" auf seine Theorie vom Bluff zurück und verlangt, daß nun endlich mit offenen Karten gespielt werden solle.

Hier halten wir zunächst inne. Es ist ja nicht immer ersichtlich, wie weit aus dem „Temps" das französische Auswärtige Amt spricht und wo das durchgehende Ingenium des Herrn Tardieu das Wort ergreift. Im vorliegenden Falle sind wir geneigt anzunehmen, daß er es ist, mit dem wir zu tun haben. Denn da die offiziösen Erklärungen der „Nordd. Allg. Ztg." sich in allen wesentlichen Punkten mit den Anschauungen decken, die von dem überwiegenden Teile unserer Presse, speziell von der „Kölnischen Zeitung" vertreten wurden, der „Temps" aber vornehmlich gegen die „Kölnische Zeitung" polemisiert, so läßt sich der Schluß nicht abweisen, daß der Vorwurf des „Bluffens" der deutschen Politik gemacht wird. Ebenso unpassend ist in diesem Zusammenhange der Hinweis auf die Casablanca-Affäre, über welche das letzte Wort noch aussteht, bis das Schiedsgericht ge-

sprochen haben wird, und auf die wir deshalb näher einzugehen nicht für politisch anständig halten. Noch ungeheuerlicher aber erscheint es uns, daß der „Temps" sich den ungehörigen Ausdruck der serbischen Note vom „kompetenten Tribunal" zu eigen macht, den Vorwurf des Bluffens aufrechterhält und ein Spiel mit offenen Karten verlangt, wobei diese Forderung auf Österreich-Ungarn und Deutschland, nicht auf Serbien und seine Helfer zielt.

Wie in Wirklichkeit das Spiel Serbiens ist, und welche Ziele es in seinen doppelsinnigen und ausweichenden Noten verfolgt, darüber kann kein Zweifel sein, wenn man die Verhandlungen der serbischen Kammer verfolgt, die Dr Wladan Georgewitsch in seinem sehr instruktiven Buche „Die serbische Frage" veröffentlicht hat. Wir stellen eine Blütenlese der Äußerungen hier nebeneinander, wie sie von der serbischen Regierung und auch von den Führern sämtlicher Parteien in öffentlicher Sitzung der Skupschtina Europa und speziell Österreich ins Gesicht geworfen werden. Der Minister des Äußern Milovanowitsch sagte:

„Man muß Österreich-Ungarn heute um jeden Preis von dem Wege nach dem Ägäischen Meere abdrängen, und das kann nur erreicht werden, wenn Österreich-Ungarn aufhört, ein Balkanstaat zu sein . . . Bis zur Save und bis zur Donau, obwohl jenseits dieser Flüsse viele Millionen Serben wohnen, kann Österreich unser Freund sein; auf dem rechten Ufer der Save, in Bosnien und der Herzegowina, ist Österreich für uns eine ständige Gefahr . . . und drängt es dem ganzen Serbentum in einer näheren oder ferneren Zukunft einen Kampf auf Leben und Tod auf."

Der Führer der Fortschrittspartei, Akademiker Novakowitsch sagte:

„Meiner Ansicht nach muß die Aufgabe der Konferenz sein, eine vollständige Revision des zerrissenen Berliner Vertrages von Anfang bis zu Ende durchzuführen. (Stürmischer Beifall.) . . . Die Forderung einer Autonomie für Bosnien und die Herzegowina . . . bildet das Wesen desjenigen, was wir zusammen mit der Forderung aller Bedingungen für die politische, ökonomische und kulturelle Entwicklung der serbischen Nation Europa unterbreiten müssen."

Der altliberale Bojinowitsch sagte im Namen der Nationalpartei:

„Wir werden ruhig das Urteil Europas abwarten. Wenn aber dieses Urteil für uns keine Gerechtigkeit ent

halten sollte, dann werde ich als Sohn und Enkel jener Leute, die für die Freiheit Bosniens auf dem Schlachtfelde gefallen sind, mit meinen zwei Söhnen die Gewehre ergreifen und wir werden über die Drina gehen, und nicht allein ich mit meinen Kindern werden das tun, sondern durch alle unsre Felder und Schluchten, auf all unsern Bergen, in all unsern Tälern, in jedem serbischen Dorfe wird der Ruf donnern: Auf, den Brüdern zu Hilfe! Wir werden alle in den Kampf für das Serbentum und das Slaventum ziehen." (Stürmischer Applaus.)

Die Rede des Führers der jungradikalen Partei, Stojanowitsch, gipfelte in dem Satze:

„Wir verlangen, daß die bosnisch-herzegowinische Frage entweder so gelöst wird, wie es die Interessen der serbischen Nation verlangen, oder sie soll ungelöst bleiben."

Die Schlußresolution aber erklärte, daß die serbische Nation „mit Sicherheit auch auf eine tatsächliche Hilfe, besonders vom brüderlichen Rußland", rechne.

Noch weiter ging der Erzbischof von Serbien in einer Predigt, die er am Weihnachtstage in der Kathedrale von Belgrad hielt:

„Wenn die Stunde schlagen sollte, daß wir unsern Brüdern zu Hilfe eilen, wenn wir das eigene Land und unsere Existenz verteidigen müssen, dann soll niemand um sein Leben und um sein Vermögen Sorge tragen. Unsere Großeltern und unsere Väter sind auf dem Schlachtfelde gefallen, damit wir heute in einem freien Staate leben können. Dieser freie Staat hat heute die Pflicht, auch die anderen Serben zu befreien und zu vereinigen, damit sie, alle vereinigt, besser an ihrem Fortschritt und an ihrer Kultur arbeiten können."

Nun sind das alles Äußerungen, die in den ersten Monaten nach der Proklamierung der Annektion der beiden okkupierten Provinzen laut wurden, und wenn sie im wesentlichen durch die Resolution der Skuptschina im Januar aufrechterhalten wurden, hat, wie von den Mächten der Tripelentente immer aufs neue betont wird, inzwischen auf den Rat Rußlands hin Serbien sich beschieden, den Spruch einer Konferenz der Vertragsmächte abzuwarten. Daraufhin glaubt der „Temps" in seiner Nummer vom 15. ausführen zu können, daß nur noch ein Mißverständnis zwischen Serbien und Österreich-Ungarn bestehe, da die Entscheidung der Mächte den Serben durch die russische Note

bereits bekannt gegeben sei und Serbien sich gefügt habe. Wahrscheinlich wird diese Argumentation in der soeben (Montag abend) bekannt gewordenen serbischen Antwort an das Wiener Kabinett eine weitere Stütze suchen.

Das alles ist aber mehr Schein als Wirklichkeit. Wir haben nicht das geringste Anzeichen dafür, daß sich in der Stimmung des serbischen Volkes eine Wandlung vollzogen hat. In der bosnisch-herzegowinischen Frage erklärt die serbische Regierung auch jetzt noch, die Entscheidung den Mächten zu überlassen, d. h. sie rechnet darauf, daß die serbischen Angelegenheiten Gegenstand einer Konferenzverhandlung werden, während doch Österreich-Ungarn und Deutschland mit nicht mißverständlicher Deutlichkeit erklärt haben, daß sie nur dann an einer Konferenz teilnehmen können, wenn das Programm vorher vereinbart wurde und die vollendeten Tatsachen, zu denen auch die gegenwärtige Stellung Serbiens gehört, nicht weiter diskutiert werden. In Serbien aber hofft man infolge der russischen Note vom 3. März, que toutes les puissances pourront employer tous leurs efforts en faveur des intérêts serbes", und legt sich das in dem Sinne aus, den wir aus den Reden der Führer der Nation soeben kennen gelernt haben. Nebenher aber gehen die Kriegsvorbereitungen fort, die Österreich zu Gegenmaßregeln nötigen, und parallel damit die Ermutigungen, welche die „Nowoje Wremja" nach wie vor den Serben zugehen läßt. „Wir sind (schreibt sie am 10. März) die Schrecken des Krieges zu sehr gewohnt, um sie zu fürchten."

Noch charakteristischer ist die Betrachtung des geheimnisvollen Petersburger Korrespondenten des „Journal des Débats", von dem Herr Waliszewski jüngst meinte, er gehöre den höchsten Petersburger Kreisen an. Dieser Korrespondent beginnt mit der Mutmaßung, daß ein Schiedsspruch eine vorläufige Lösung des Konflikts bringen werde.

„Der große Kampf, der Kampf auf Tod und Leben, wird provisorisch vertagt werden. Die Geister, die vor einer Woche noch sehr erregt waren, beginnen sich zu beruhigen. Während drei bis vier Tagen gab es in den Wandelgängen der Duma einen wahren Tumult. Man sprach nur von dem Verrat Europas, der Isolierung Rußlands. Der Grimm aber war darum nur um so größer gegen die Verfolger des Slaventums, das heißt gegen die beiden Regierungen

von Österreich und Deutschland. Überall hörte man, sie wollen uns demütigen! Das soll ihnen nicht gelingen. Und man kann zu Ehren unserer Parteien von der Linken hinzufügen, daß sie ebenso exasperiert waren wie die Rechte. Die gemeinsame Gefahr vereinigt alle Parteien zu demselben einmütigen Protest. Ja! wie weit liegen die Zeiten hinter uns, da man mit völliger Gleichgültigkeit, oft sogar mit offener Schadenfreude von unsern Niederlagen in der Mandschurei sprach. Das erklärt sich daraus, daß Japan für uns nur ein zufälliger Gegner war, kein Erbfeind. Hier aber liegen die Dinge anders, und jeder, der unsere Geschichte kennt, weiß wohl, daß sie seit 1000 Jahren ein Martyrologium war, eine stete Usurpation der Germanen auf Kosten der Slaven. Die Meinung aller aber ist, daß diese Verfolgung ein Ende nehmen muß."

Hier liegt der eigentliche Schlüssel der Lage. Serbien wird zur Ruhe gemahnt und auf die Zukunft vertröstet, direkte Verhandlungen mit Österreich-Ungarn, deren Voraussetzung die rückhaltlose Anerkennung des status quo in Bosnien und in der Herzegowina sein müßte, werden umgangen. Man rechnet auf eine Konferenz und provoziert inzwischen weiter in der sicheren Hoffnung, daß, wenn es zu einem Bruche kommen sollte, Rußland trotz allem genötigt sein werde, für Serbien einzutreten. Was an weiteren Folgen sich daraus für den Weltfrieden ergeben kann, ist den Patrioten in Belgrad recht gleichgültig. Nur dürfte diese Rechnung trotz allem falsch sein.

Was an kriegerischen Stimmen aus Rußland herüberklingt, beschränkt sich auf Petersburger Zeitungsredaktionen und keineswegs auf alle. In Moskau ist man weit ruhiger, in den Kaufmannskreisen sehr entschieden gegen jedes kriegerische Abenteuer. Auch glauben wir nicht zu irren, wenn wir die gleiche irenische Stimmung in der russischen Armee voraussetzen. Die inneren Verhältnisse Rußlands drängen auf Erhaltung des Friedens. Das Ausrücken der Armee ins Feld ist einer Ermutigung der revolutionären Elemente gleichzuachten, und die Entdeckungen revolutionärer Organisationen und Waffen oder Bombenlager, von denen wieder fast jede Zeitungsnummer berichtet, zeigen, daß der Hydra die Köpfe bereits wieder gewachsen sind. Es wäre ein unbegreifliches Abenteuer pour les beaux yeux Serbiens, sich all den Gefährdungen auszusetzen, die ein Krieg bringen kann. Dazu kommt, daß bisher gerade Rußland gegen jede Vergrößerung und

gegen jede innere Kräftigung Serbiens gearbeitet hat. Wladan Georgewitsch hat uns das am Verlaufe der serbischen Geschichte recht anschaulich erzählt, und wir möchten den Serbophilen seine Auslassungen zu eingehendem Studium empfehlen. Nicht gegen den Germanismus, sondern gegen den Russismus haben die Serben gekämpft; die heutige Wendung ist ein Novum in ihrer Geschichte, und wir sind fest überzeugt, daß bei einer ehrlichen Verständigung mit Österreich-Ungarn ihre Zukunft ebenso viel zu gewinnen hat, als sie verlieren kann, wenn Serbien den Sprung ins russische Lager wagt.

Allmählich wird man sich auch in der Türkei darüber klar, daß die serbische Aktion die Ergebnisse der österreichisch-türkischen Vereinbarung über Bosnien und die Herzegowina gefährden kann. Denn nur auf Kosten der Türkei ließe sich jene Förderung der serbischen Interessen verwirklichen, welche die russische Note vom 3. März in Aussicht stellt. Auch beginnt man in Konstantinopel an Verteidigungsmaßregeln zu denken, und ferner sind die angeblich für Minenzwecke von Serbien bestellten Dynamitsendungen in Saloniki sistiert worden. Man will zuverlässig feststellen, zu welchem Zwecken sie dienen sollen. Im Grunde ist es schwer verständlich, weshalb die Türkei solche Umstände macht, da der Artikel 6 des türkisch-österreichischen Handelsvertrags vom Jahre 1906 ausdrücklich sagt: „Einfuhr und Durchfuhr von Pulver, Dynamit und anderen ähnlichen Explosivstoffen, sowie chemischen Produkten jeder Art, die zur Erzeugung von Explosivstoffen dienen, ferner Kanonen, Kriegswaffen, sowie Kriegsmunition in die betreffenden Staaten sind formell verboten." Man sollte denken, daß das deutlich ist.

Am 13. März hat der Chefredakteur und Besitzer der „Nowoje Wremja", Alexej Sergewitsch Suworin, sein 50jähriges Schriftstellerjubiläum gefeiert. Von solchen Jubiläen gilt noch mehr als von den Toten das „nil nisi bene". Auch sind die Huldigungen, die dem alten Herrn zuteil geworden sind, laut und glänzend genug gewesen. Der Zar hat ihm sein Porträt mit eigenhändiger Unterschrift geschenkt, die gesamte literarische und politische Welt Rußlands ihn mehr gefeiert als jeden andern Lebenden mit Ausnahme vielleicht des Grafen Tolstoi. Was wir, um ein Lob vorauszusenden, ihm hoch anrechnen, ist, daß er an dem Taumel der Revolution keinen Augenblick teilgenommen hat. Er stand ihr als ein vielerfahrener Mann, der sein Volk kannte, ironisch gegenüber. Er ist auch der erste moderne Journalist Rußlands gewesen

und ein Verleger in großem Stil, dabei selbst ein Schriftsteller von Talent, wenn auch seine Erzählungen und Dramen ihn schwerlich lange überleben werden. Vielleicht ist seinen „kleinen Briefen" eine längere Lebensdauer zuzuschreiben. Sie werden gesammelt eine wertvolle Bereicherung der Zeitgeschichte darstellen. Jetzt muß man sie mühsam aus den riesigen Bänden der „Nowoje Wremja" zusammensuchen, die beiläufig bemerkt das schlechteste Papier benutzt, das in aller Welt für Zeitungsdruck gebraucht wird. Weiteres Lob aber wissen wir nicht zu spenden. Die „Nowoje Wremja" ist während der ganzen Dauer ihrer Existenz eines der schädlichsten Blätter gewesen, die Rußland hervorgebracht hat. Sie hat jeden Chauvinismus gefördert, und das ist das einzige Feld, auf dem sie sich treu geblieben ist. Im übrigen schloß sie sich den Strömungen des Augenblicks an. Sie war religiös und national unduldsam, von rücksichtsloser Parteilichkeit, so daß es fast unmöglich war, von ihr die Zurechtstellung falsch berichteter Tatsachen zu erlangen. Aber sie duldete keine Unfähigkeiten am Redaktionstisch, hatte ein Heer von Korrespondenten, stand mit allen Stellen in Verbindung, die ihr Auskünfte schaffen konnten, und war schließlich jeder Sensation zugänglich. Zur Vergiftung der deutsch-russischen Beziehungen hat sie mehr beigetragen als jede andere russische Zeitung. Wir haben keinen Grund, Herrn Ssuworin Kränze zu flechten.

Mit Sorge hat man bei uns die Nachricht von der schweren Erkrankung Stolypins aufgenommen. Wir verehren in ihm einen ganzen Mann, der mit Einsetzung seiner vollen Persönlichkeit und mehr als einmal mit Einsetzung seines Lebens für seinen Kaiser und für die Herstellung gesetzlicher Ordnung in Rußland eingetreten ist; ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, dazu von ungewöhnlicher Arbeitskraft, scharfem Verstand, festem Willen und großer Rednergabe. Kurz, ein Mann, wie Rußland ihn brauchte in schwerer Zeit und wie er jedem Staat zur Ehre gereichen würde. Wir haben Gelegenheit gehabt, uns auch davon zu überzeugen, welch hohen Wert er auf gute Beziehungen zu Deutschland legte, und wie fern es ihm lag, Rußland in neue Kriegsnöte zu führen. Seine Sorge war, die Nation zu normalem, dem eigenen Interesse nachgehendem, politischem und wirtschaftlichem Leben zu erziehen und vor allem die durch die Revolution und ihre schmutzigen Nebenerscheinungen verwilderte Jugend wieder zu Arbeit, Pflichtgefühl und Pietät zurückzuführen. Wir wünschen und hoffen, daß

dieser vortreffliche Mann Rußland erhalten bleibe. Ihn vollwertig zu ersetzen, ist kaum möglich.

Die Unruhen in Samoa dauern noch fort. Sie haben ihr Zentrum in Sawai, wo ein Häuptling revoltiert hat. Aber es liegt keine Gefahr vor, daß die Bewegung um sich greift. Die Entsendung von „Leipzig", „Jaguar" und „Arcona" mit insgesamt 700 Marinemannschaften wird wohl genügen, die Ordnung herzustellen, hoffentlich ohne oder doch mit geringem Blutvergießen.

Bekanntlich hat auch ein Teil des amerikanischen Geschwaders die Samoagruppe besucht, als das Hauptgeschwader auf dem Wege nach Auckland und Sydney war. Erst jetzt, da uns eine Reihe australischer Zeitungen vorgelegen hat, ist uns recht gegenständlich geworden, wie gewaltig der Eindruck gewesen ist, den das Erscheinen der stattlichen amerikanischen Seemacht in den Gewässern der Südsee hervorgerufen hat. In Neuseeland, wo man, seit Admiral Fischer sein neues Programm durchgesetzt hat, die britische Kriegsflagge nicht mehr kannte, scheint man das Gefühl gehabt zu haben, nunmehr einen Schutz gegen die hier wie in Australien meist gefürchtete japanische Seemacht gefunden zu haben. Man rückte den Vettern aus Amerika näher, als man den englischen Brüdern stand, und hörte es fast mit Genugtuung an, wenn die amerikanischen Offiziere, die sich überhaupt keinen Zwang auferlegten, mit stolzer Zuversicht darauf hinwiesen, daß ihre Kriegsmarine bestimmt sei, die erste und stärkste der Welt zu werden. Das paßt nun freilich wenig zu dem „Two Power Standard", der von London aus als politisches Dogma behauptet wird, aber es läßt sich nicht verkennen, daß der Energie der Amerikaner in der Tat zugetraut wird, daß sie ihre Absichten auch verwirklichen. Im ganzen ist der Eindruck, den diese australische Lektüre macht, daß die Monroe Doctrin der Mahanschen Formulierung der Verwirklichung näher ist als glaubhaft erschien. In die Lücke, die das Schwinden der britischen Flotte aus dem Stillen Ozean zurückließ, ist unzweifelhaft Amerika getreten, und die große Unpopularität des englisch-japanischen Bündnisses in Australien und Neuseeland hat dahin geführt, daß man dort diese Wandlung der Lage keineswegs unfreundlichen Auges ansieht. Übrigens sollen die amerikanischen Schiffe vortrefflich instand gewesen sein, Kolosse wie man sie noch nicht kannte, und in dem Schmuck ihres blendend weißen Anstrichs auch von außerordentlicher Schönheit. Das Verhalten der Mannschaften

wird gelobt, aber erschreckt hat die demokratischen Australier die rücksichtslose Härte der amerikanischen Disziplin.

Auf Indien hat das amerikanische Geschwader keinerlei Eindruck gemacht. So viel wir sehen, hat keine der indischen Zeitungen mehr als beiläufig von ihm Notiz genommen, wie denn die Inder nur nach zwei Richtungen blicken: nach England und nach Japan, und nach dem letztern weit weniger, als es noch vor Jahresfrist der Fall war. Das Interesse richtet sich jetzt vor allem auf die geplanten Reformen, über die uns die englischen Blätter auf dem Laufenden erhalten. Indische Zeitungen kommen nur später hierher. Erst jetzt ist uns der jeden Sonntag in Puna erscheinende „Mahratta" vom 31. Januar zugegangen, dem wir die folgende, jedenfalls aller Beachtung werte Mitteilung entnehmen:

„Eine einflußreiche und ansehnliche Deputation, an deren Spitze Mr. Emir Ali stand, machte Lord Morley ihre Aufwartung. Sie verlangte Vertretung durch besondere Wählerkörperschaften in allen Stadien: von den ländlichen Behörden bis in den Rat des Vizekönigs und selbständige Vertretung in allen Ratssitzungen. Sie motiviert diese Forderung durch Erwägungen, die der Reichspolitik und den lokalen Verhältnissen entnommen sind. Man erwartet, daß Lord Morleys Wahlkollegium infolge dieser Forderungen Veränderungen erfahren wird. Die Forderungen der „Liga der Moslems" werden durch imperialistische Erwägungen unterstützt. Welcher Art sind nun diese? Im Jahre 1907, als die Leiter der „Moslem League" von Lord Minto in Simla empfangen wurden, waren diese imperialistischen Erwägungen noch nicht so offenkundig. Aber seit der Proklamierung des konstitutionellen Regiments in der Türkei sind die Forderungen der „Moslem League" in dieses Licht gerückt. Die Mohammedaner können jetzt auf ihre Loyalität als auf eine wertvolle Stütze der britischen Herrschaft in Indien hinweisen und können Teilnahme an der Verwaltung fordern im Verhältnis zu dem Anteil, der ihnen an der Verteidigung Indiens zufallen würde. So hat die türkische Revolution die Stellung der „Moslem League" wesentlich gekräftigt. Denn der Panislamismus geht jetzt um, und die Regierung muß die indischen Mohammedaner von dem furchtbar erregenden (maddening!) Einfluß einer Bewegung wie der Panislamismus fernhalten. Unter den Glückwunschschr iben, die dem türkischen Parlament zugingen, war eines vom Handelsagenten von Afghanistan, das auf eine Föderation der islamischen Nationen hinwies. Dieser

Hinweis wurde aber mit rauschendem Beifall von den Abgeordneten begrüßt. Kommende Ereignisse werfen ihre Schatten voraus, und es fehlt nicht an Anzeichen ähnlichen Charakters. Auf dem Diner, das der Sultan den Deputierten gab, soll Ahmed Riza Bey dem Sultan einen merkwürdigen Gedanken nahegelegt haben. Der Sultan solle nämlich, in seiner Eigenschaft als Kalif, alle großen mohammedanischen „Imams" aus China, Afrika usw. nach Konstantinopel laden. Sultan Abdul Hamid, der Padischah, wird wiederum der Begründer der panislamitischen Schule, und wenn die Leiter der Jungtürken den Kalifen noch etwas mehr anspornen und es ihnen gelingt, seinen Träumen aus früheren Jahren einen neuen Stimulus zu geben, dann wird der Panislamismus in nicht allzu ferner Zeit wieder aufleben. Das scheinen die imperialistischen Erwägungen gewesen zu sein, welche die Konzessionen an die Forderungen der „Moslem League" erleichtert haben.

In der Tat hat Lord Morley die Forderungen der Liga sehr freundlich angehört und ihr gesagt, daß eine entsprechende Bill zur Vorlage an das Parlament bereits fertiggestellt sei und jedenfalls vor Auflösung des Unterhauses als Indian Bill von der liberalen Regierung durchgesetzt werden würde. Er erklärte ausdrücklich, daß er grundsätzlich für eine entsprechende Vertretung der Moslems sei, aber er sprach sich nicht für die Organisation besonderer Wahlkörperschaften aus. Dagegen lehnte er mit aller Bestimmtheit ab, in dem Exekutivstabe des Vizekönigs zwei Sitze für die Natives (je einen für Mohammedaner und Hindu) zu reservieren.

Zuletzt warnte er davor, den jetzigen Plan zu Fall zu bringen, denn es werde niemals eine Kombination von Staatssekretär und Vizekönig wiederkehren, die so einmütig den Wünschen aller Völker Indiens gerecht werden wolle.

Das ist eine interessante Vorgeschichte zu den jüngsten Parlamentsdebatten, in denen Lord Curzon mit so großer Schärfe den Plänen des Vizekönigs entgegentrat. Es kann aber mit Sicherheit angenommen werden, daß die Reform in Angriff genommen wird. Mit welchem Erfolg, das ist eine der großen Schicksalsfragen. Da wir schließen, gehen uns die bis Dienstag mittag eingelaufenen Telegramme zu. Sie scheinen Österreich-Ungarn in die Notlage zu bringen, einen serbisch-montenegrinischen Krieg auf sich zu nehmen, aber es ist wohl sichere Aussicht vorhanden, daß solch ein Krieg lokalisiert bleibt.

18. März 1909. Generalstreik der französischen Postbeamten.
20. März. Dom Miguel von Braganza verzichtet auf seine Ansprüche an den portugiesischen Thron.
22. März. Weitere Zuspitzung des österreichisch-serbischen Konflikts.
24. März. Beschluß der Pariser Post- und Telegraphenarbeiter, die Arbeit wiederaufzunehmen.

---

24. März 1909.

In einer Zuschrift an die „Nowoje Wremja" von Pdy. werden über die ökonomische Lage Rußlands folgende Betrachtungen angestellt:

„Mir scheint, daß das zentrale Thema des jetzigen Augenblicks die Frag der Goldvaluta ist. Eine 12jährige Erfahrung steht uns zu Gebote, und ich meine, das Material, das sich angesammelt hat, reicht aus, um die Frage zu beantworten: Was haben wir durch Einführung der Goldvaluta gewonnen und was verloren?

Es fällt in die Augen und braucht nicht erst uns selber und der Welt gesagt zu werden, daß wir „gesunde Geldverhältnisse" haben. Das ist richtig, unbestreitbar. Um einen sehr hohen Preis haben wir uns den ... Baron ... Graf ... Fürst ... gekauft. Vielleicht gar Marquis oder Herzog! Es ist unbestreitbar, daß im Augenblick uns alles zur Verfügung steht: Frack, Zylinder und weiße Handschuhe; unser sündiger Leib ist bekleidet und wir können in solchem Kostüm auf den Ball gehen: ob aber uns nach Bällen zumute ist, das bleibt eine offene Frage.

Der Terminus „gesundes Geld" gehört dem Abendlande, dem abendländischen Zuschnitte des Lebens, der abendländischen Psychologie. Im Abendlande hält man es überhaupt für gesund, wenn die Menschen arbeiten, viel arbeiten, studieren, Werte schaffen, Handwerk und Handel pflegen, Geld ansammeln und reich werden .... Für solche gesunde Leute ist die Goldvaluta gesundes Geld. Nicht die Menschen, nicht das Land sucht Gold, sondern das Gold sucht sie. Daß dem so ist, zeigt Italien. Es ist noch nicht so lange her, da war dieses Land so bettelhaft herabgekommen wie wir. Es hatte nichts als schmutziges, nicht einzu-

lösendes Papiergeld. Aber die Italiener haben gelernt, gearbeitet, ihre Landwirtschaft enorm gehoben, Fabriken gebaut und die Möglichkeit gewonnen, weniger von dem, was sie brauchten, im Auslande zu kaufen und von den eigenen Produkten mehr auszuführen. Die Italiener haben nicht Krieg geführt, sie haben ihr Nationalvermögen nicht verschleudert, sie schleuderten nicht in ausländischen Kurorten, sondern erhoben vielmehr von ausländischen Touristen einen ansehnlichen Tribut. Und siehe, das Gold kam zu ihnen, ohne alle Anstrengungen, außer denen, die oben erwähnt wurden.

Prüfen wir nun, wie es bei uns aussieht. Zu arbeiten lieben wir nicht, statt zu studieren — streiken wir, wir schaffen nichts, verstehen nicht zu sparen, vertrinken und verschleudern unser Vermögen, drei Milliarden haben wir im Kriege totgeschlagen und ebensoviel während der Revolution.

Aber dafür haben wir „gesundes Geld". Allein um welchen Preis haben wir es behauptet? Um den Preis neuer unsinniger Opfer, neuer Schulden? Früher zogen wir ja nur das Kapital an, d. h. wir bauten nutzlose Eisenbahnen, die nur Verluste einbrachten; wir führten eine Treibhausindustrie ein, die uns ruiniert hat, alles um die Goldvaluta zu behaupten, um das lächerliche Recht zu haben, uns unseres „gesundes Geldes" zu rühmen, das heißt, um den Frack auf bloßem Körper zu tragen!

Wir haben jetzt nur eine Zuflucht — Anleihen, Anleihen, Anleihen. Nur durch endlose Anleihen können wir den unvermeidlichen Abfluß des Geldes aufhalten, denn auszuführen gibt es nichts mehr. Das Getreide reicht nicht einmal für uns selbst; wofür wird man uns also Gold geben?

Man kann es nur noch zu Wucherzinsen erhalten . . . Weiterhin aber wird man reale Garantien verlangen, man wird uns an die Kehle springen, wie der Türkei . . .

Mir scheint, meine Landsleute sollten darüber nachdenken. Sie sollten sich fragen: wohin treiben wir? In welche Schlinge verwickeln wir uns? Und wenn wir für uns selbst kein Mitleid haben, so sollten wir uns doch unserer Kinder erbarmen!"

Dieser patriotische Schmerzens- und Warnungsruf mag etwas zu düster klingen. Rußland führt trotz allem noch ungeheure Mengen Getreide aus, und Frankreich wird noch lange Jahre hindurch seine Er-

sparnisse nach Rußland werfen, ohne dafür andere Garantien zu verlangen, als die Ehrenverpflichtung der russischen Regierung und der Volksvertretung. Aber im wesentlichen hat dieser Aufruf seine Berechtigung. So, wie bisher, geht es in Rußland nicht weiter. All die furchtbaren Enthüllungen, welche die letzten Senatorenrevisionen gebracht haben, die Bestechlichkeit hoher und niederer Beamten, Unterschlagungen im Intendanturwesen, bei der Marine, in allen Zweigen staatlicher und städtischer Verwaltung sind im letzten Grunde nur Folgeerscheinungen derselben sorglosen Genußsucht und derselben Unlust zu angestrengter Arbeit, die durch alle Stände geht und durch die strahlenden Ausnahmen, die ebenfalls in allen Ständen zu finden sind, nicht ausgeglichen werden können. Trotz des großen goldenen Barschatzes wird das Land nicht reicher, sondern ärmer, und wenn wir uns vorstellen, daß zu alledem die Kalamität eines Krieges kommen sollte, der mehr ist als eine Strafexpedition nach Persien, so ist es sehr wohl denkbar, daß die Geldhilfe aus dem Auslande nicht mehr reichen wird, um die Goldvaluta und den Staatskredit aufrechtzuhalten.

Wir sagen das im Hinblick auf die orientalische Krisis, oder, enger gefaßt, auf den serbisch-österreichischen Konflikt. In diesem Konflikt hat nichts mehr dazu beigetragen, die durch nichts zu rechtfertigenden Provokationen Serbiens zu ermutigen, als die Haltung der russischen Politik, die, als es noch Zeit war, es ablehnte, durch einen gemeinsamen Druck aller Mächte auf Serbien eine freundschaftliche Aussprache zwischen Serbien und Österreich-Ungarn herbeizuführen, das ohne jeden Zweifel bereit war, den wirtschaftlichen Interessen Serbiens Rechnung zu tragen. Herr v. Iswolski zog es vor, nicht durch das europäische Konzert, sondern durch seine Agenten auf Serbien zu wirken, und erweckte dadurch Hoffnungen, die trotz aller späteren Schritte der Mächte noch heute lebendig sind. Man hoffte und hofft in Belgrad, daß die erregten Wellen des panslavistischen Enthusiasmus die russische Regierung ebenso mit sich fortreißen werden wie im Jahre 1877. Aber diese Rechnung dürfte falsch sein. Rußland will keinen Krieg und könnte ihn heute auch nicht führen, ohne sich Gefahren auszusetzen, die im Innern des Reiches nach allen Richtungen drohen und die Reichsfinanzen einer völligen Zerrüttung preisgeben müßten. Auch ist bei Beurteilung der gegenwärtigen Lage immer in Betracht zu ziehen, daß seit 1897 Ruß-

land und Österreich-Ungarn in allen Fragen orientalischer Politik Hand in Hand gegangen sind; daß bei den damals getroffenen Vereinbarungen Serbien in die österreichische Einflußsphäre fiel und daß die bei der Zusammenkunft in Buchlau zwischen den Herren v. Ährenthal und v. Iswolski geführten Verhandlungen, soweit bekannt geworden ist, keinerlei Vorzüge für Serbien ausbedungen haben. Wäre das der Fall gewesen, so hätte die Welt längst davon erfahren. Jetzt ist die Lage eine weit schwierigere. Die kriegerische Haltung Serbiens hat Österreich-Ungarn zu sehr kostspieligen Vorbereitungen und zu einer Kriegsbereitschaft genötigt, die eine Großmacht nicht rückgängig machen kann, wenn ihr nicht freiwillig die Genugtuung und die Entschädigungen geboten werden, die sie zu erzwingen berechtigt wäre und zu erzwingen in der Lage ist. Es ist deshalb sehr zu bedauern, daß ein Teil der russischen Presse fortfährt, Serbien zu ermutigen und Österreich-Ungarn in unverantwortlicher Weise zu provozieren. So schreibt Herr Wessely ki am 19. März u. a. aus London:

„Die österreichischen Offiziösen werfen Iswolski gallig vor, daß er die Aussichten auf Erhaltung des Friedens in Frage stelle. Das soll nämlich dadurch geschehen, daß Rußland die Österreicher daran erinnert, daß die Berufung einer Konferenz unerläßlich sei. Der Grimm Österreichs ist der Grimm eines Mannes, der des Diebstahls überführt ist und das ist das größte Lob, das dem russischen Minister erteilt werden könnte.

Einen zweiten Ausfall, der aber seine Spitze gegen uns richtet, bringt dieselbe Nummer der „Nowoje Wremja" in Anlaß der Rede des Kriegsministers v. Einem im Reichstag am 18. März.

„Er (Schrader) sieht die augenblickliche Lage sehr günstig an: „„Von rechts kann kein Krieg kommen, von links auch nicht, aus der Affäre im Südosten, die augenblicklich die Aufmerksamkeit auf sich lenkt, wird auch nichts werden."" Ich möchte zunächst glauben, wenn man links keinen Krieg führen will und rechts keinen Krieg, so liegt das wohl mit daran, daß das Deutsche Reich sich entschlossen auf die Seite seines Verbündeten gestellt hat, und daß die starke deutsche Armee hinter diesem politischen Willen bereit steht. Ich glaube, daß wir in diesem Moment gerade der Stärke unsers Heeres den Frieden verdanken."[1])

[1]) Zitiert nach dem Bericht der „Kreuz-Zeitung".

Wir wollen hierbei zu allem Überfluß daran erinnern, daß diese Worte des Kriegsministers sich gegen den Schraderschen Gedanken einer Abrüstung richteten. Die „Nowoje Wremja", die diese Worte wiedergibt, läßt zunächst den Anlaß der Bemerkung Herrn v. Einems fort, danach das einschränkende „wohl mit" und macht schließlich aus „Moment" Monat. Daran schließt sich nun folgende Philippika:

„Jetzt erklärt der preußische Minister alle friedliebenden Schritte Rußlands nur damit, daß Deutschland, gestützt auf seine mächtige Armee, entschlossen auf seiten Österreichs trat. Der Minister hat es für angemessen gehalten, Rußland kriegerische Absichten zuzuschreiben, die es nicht gehabt hat und nicht hat, und erklärt die russische Friedensliebe auf die einfachste, wenn nicht direkt herausfordernde Weise, nämlich durch Furcht vor der deutschen Armee. Wir können zu dieser Erklärung des preußischen Ministers nur mit tiefstem Kummer Stellung nehmen. Er hat von der Tribüne des Reichstages die offenkundige falsche Beschuldigung Rußland ins Gesicht geworfen, daß es kriegerische Absichten hege. Er hat uns die Beleidigung ins Gesicht geworfen, daß wir uns vor der deutschen Armee fürchten. Wir kennen kein zweites Beispiel so unerhörten Betragens. Der europäische Frieden hängt an einem Haar: Rußland, England und Frankreich tun das Möglichste, um die Situation zu retten und verbrecherisches Blutvergießen zu verhindern. In diesem Moment greift der einflußreichste Beamte des Deutschen Reichs zu Ausdrücken, die offenbar dahin zielen, einen paneuropäischen Krieg zu entzünden."

Man kann wohl nicht unsinniger argumentieren, als es hier die „Nowoje Wremja" tut, und es würde nicht lohnen, auf den weiteren Inhalt des Artikels einzugehen, wenn nicht gleichzeitig Herr v. Einem beschuldigt würde, daß er Österreich in einen Krieg zu treiben suche, in dem es nur zu verlieren habe.

„Stellt man (so fährt jener Artikel fort) die durchsichtigen Drohungen des preußischen Kriegsministers an England und Frankreich der Aufreizung Österreichs zum Kriege gegen Serbien zur Seite, so läßt sich der Untergrund der Krisis, die Europa durchlebt, leicht erkennen. Für Österreich als Staat ist der Krieg mit Serbien nicht nur unnötig, sondern schädlich . . . Aber ein anderer Ehrgeiz von stärkerem Kaliber braucht ihn. Deutschland will Europa beweisen, daß Krieg und Frieden, Leben und Tod von Berlin abhängen. Deutschland hebt den Finger, und die

österreichischen Puppen tanzen. — Vernehmt es, ihr Völker, und beugt euch!

Deutschland hat ein ganz bestimmtes Ziel: die Hegemonie über Europa. Rußland verfolgt solche Ziele nicht, es erstrebt nur den Frieden und opfert ihm alle vorübergehenden Interessen.

Aber jede Langmut hat ihre Grenzen. Wir fürchten, daß der preußische Minister sie auf eine schwere Probe stellt. Wenn der russische Kriegsminister von der Tribüne der Duma aus erklären wollte, daß die Haltung einer benachbarten befreundeten Macht sich aus ihrer Furcht vor der russischen Armee erkläre, dann würde er nicht lange in seiner Stellung bleiben. Denn in Rußland würde man ein solches Verhalten für eine politische Unanständigkeit erachten.

Die österreichische Regierung mobilisiert die Armee. Dank der Provokation Deutschlands bereitet sie sich auf das Risiko einer Expedition nach Serbien vor. Die Nachteile werden auf den Nacken der österreichischen Völker, die Vorteile nach Berlin fallen. Wird man endlich diese Lage in den höchsten Stellen der habsburgischen Monarchie verstehen? Wir fürchten, es wird erst post factum geschehen."

Damit schließt dieser törichte Artikel, zu dessen Charakteristik wir noch beiläufig bemerken wollen, daß es niemandem in England und Frankreich beigekommen ist, in die Worte des Herrn v. Einem das hineinzulegen, was der „Now. Wr." hineinzudeuten beliebt. Leider haben wir jedoch allen Grund zur Annahme, daß diese Ausführungen der „Nowoje Wremja" offiziellen Kreisen nicht ganz fernstehen. Wir werden darin bestärkt durch das folgende Telegramm des „Temps":

Petersburg, 21. März. Ein außerordentlicher Ministerrat ist vorgestern abend abgehalten worden. Er hatte ausschließlich die Krisis auf dem Balkan zum Gegenstande. Der Ministerrat hat anerkannt, daß die Lage ernst sei und einmütig beschlossen, alle Maßregeln zu ergreifen, um einen Krieg zu verhindern. Herr Iswolski betonte die Notwendigkeit einer freundschaftlichen Verständigung, da im Fall eines österreichisch-serbischen Konflikts die Mächte trotz ihrer friedlichen Gesinnung nicht würden neutral bleiben können. Die übrigen Minister machten ausdrücklich auf die Tatsache aufmerksam, daß ein Krieg Rußland endgültig ruinieren und desorganisieren würde. Der Finanzminister insbesondere hat erklärt, daß das Reich erst beginne, seine Finanzen wiederherzustellen und sich zu

erholen von den ungeheuren Verlusten, die es im japanischen Kriege und durch die Revolution erlitten habe: ein neuer Krieg werde alle Anstrengungen, die es gemacht, und die Opfer, die es in den letzten Jahren gebracht habe, paralysieren. Seinerseits machte der Kriegsminister darauf aufmerksam, daß die Armee soeben erst auf den Weg der Vervollkommnung getreten sei und der Krieg diesen schädigen würde. Endlich sagte der Handelsminister, daß der Krieg eine nicht mehr gutzumachende ökonomische Krisis zur Folge haben würde. Auch hat der Ministerrat die Politik Iswolskis gebilligt und ihn aufgefordert, neue Schritte in Belgrad zu tun, um Serbien zu bewegen, die Krisis nicht zu vergiften (à ne pas envenimer la crise).

Wir freuen uns, in diesem Beschluß die Tatsache anerkannt zu sehen, daß nicht Österreich-Ungarn, sondern Serbien daran schuld ist, daß die mit Wissen Rußlands vollzogene Annexion von Bosnien und der Herzegowina zu einer serbischen Krisis führen konnte. Hoffentlich sieht man aber auch in Petersburg ein, daß es undenkbar ist, daß Österreich-Ungarn sich von Serbien vor einen europäischen Areopag zitieren läßt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß das geschehen sollte.

Sollen wir unsere Ansicht über die gegenwärtige Lage zusammenfassen, so sehen wir die Gefahr in der Haltung Serbiens, das nach wie vor tergiversiert. Wir zweifeln nicht daran, daß die Mächte der Tripelentente unter der Führung Englands eifrig bemüht sind, Serbien zur Raison zu bringen, und machen unsren Einfluß in derselben Richtung geltend. Trotzdem halten wir einen serbisch-österreichischen Krieg fast für unvermeidbar. Ein europäischer Konflikt aber gilt uns für absolut ausgeschlossen. Daran ist nicht zu denken.

Auch die so viel Lärm machenden Verhandlungen im englischen Unterhause scheinen uns mehr Anzeichen einer inneren Krisis in England zu sein, als dem Ziel zu gelten, das der „Observer" zynisch empfiehlt, nämlich der Vernichtung der deutschen Flotte. Die Zahlen, mit denen in der Debatte operiert wurde, waren notorisch falsch, und es hat kein einziger Seeman von Fach in die Verhandlungen eingegriffen. Wäre es geschehen, so hätten wir wahrscheinlich eine Zurechtstellung all der Übertreibungen zu hören bekommen, in denen die Debatte sich bewegte. Daß einige unserer Werften, wie übrigens der englischen Regierung offiziell mitgeteilt worden ist, sich reichlich mit Baumaterial

versorgt haben, erklärt sich aus dem Bestreben, sich gegen Preisschwankungen zu versichern, die große Verluste bringen können; mit dem Tempo unsres Schiffsbaues hat das nichts zu schaffen. Dieses steht fest, und so viel uns bekannt ist, denkt niemand daran, es zu beschleunigen. Aber in England steht diese ganze Flottenfrage unter dem Stern des Parteikampfes. Die Unionisten hoffen, das liberale Kabinett zu stürzen, und in der Abwehr geht das Kabinett Asquith in seinen Zugeständnissen an die erregte öffentliche Meinung weiter als ihm offenbar selbst lieb ist. Denn es sind ungeheure Lasten, die England tragen muß, wenn es die Gespensterfurcht vor der eingebildeten deutschen Gefahr beseitigen will. Die Friedens- und Freundschaftsschalmeien, die wir während und in den ersten Tagen nach dem Besuche König Eduards hörten, sind alle verstummt. Die Aufregung, die das Spektakelstück „The English home" hervorrief, dauert fort, und zahllose Meetings sind bemüht, den Eindruck zu verstärken, den die Parlamentsdebatten machen. Wir bedauern, daß die Verteidigung des Kabinetts Asquith diesen Angriffen gegenüber so überaus schwach ist. Im Grunde stehen die Liberalen in dieser Frage bereits selbst in der Gefolgschaft der Unionisten. Die Debatte über das von dem Führer der Opposition, Balfour, beantragte Tadelsvotum, die jetzt bevorsteht, wird hoffentlich, im Zusammenhange mit dem vom Frhrn. v. Schön in der Budgetkommission des Reichstags gegebenen Erläuterungen, Mr. Asquith Gelegenheit geben, die erregten Gemüter in die Bahnen besonnener Beurteilung der Tatsachen zurückzuführen. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, daß die verhältnismäßig günstigen Beschlüsse der Seekonferenz in den unionistischen Blättern, so z. B. im „Standard", eine ungnädige Aufnahme finden.

„Wenn am 30. Juni die Akten der Konferenz von den Delegierten der Großmächte ratifiziert sein werden — so wird dem „Standard" aus Moskau geschrieben —, dann wird die Stimme Großbritanniens bei der Entscheidung von Fragen des Brauchs zur See in Kriegszeiten nicht mehr Gewicht haben, als die der Niederlande. England wird in Zukunft keine Aktionsfreiheit mehr haben, ihm werden die Hände gebunden sein."

Da die Publikation des Textes der vereinbarten Beschlüsse unmittelbar bevorsteht, gehen wir auf den Inhalt nicht näher ein. Soviel wir erkennen, streben diese Beschlüsse eine Humanisierung des Seekrieges an, und da sie für alle gleiche Geltung haben sollen, sehen wir nicht ein, wie eine Macht sich übervorteilt fühlen kann.

Nicht ohne Bedenken verfolgen wir die Entwicklung der politischen Desorganisation in Frankreich. Es ist ein Auflösungsprozeß, der sich vollzieht, nicht Frankreichs — von dessen politischer und sittlicher Lebenskraft die Geschichte der Gegenwart und die großartige Geistesarbeit der Nation immer neue Beweise geben —, wohl aber der Auflösungsprozeß des herrschenden radikalsozialistischen Systems, das die innere Politik des Staates beherrscht. Die sozialistische Saat beginnt zu reifen, und zu keiner Zeit sind die Früchte giftiger und dem Leben des Staates gefährlicher gewesen, als seit jenem 22. Oktober 1906, der die Macht in die Hände Clemenceaus spielte. Unter ihm ist die Sekte der Antimilitaristen groß geworden, die confédération générale du travail zu einer Großmacht herangewachsen, sind die Massenstreiks zu einer fast banalen Erscheinung herabgesunken, und unter ihm hat der Aufstand der Winzer und der inscrits maritimes im Juni 1907 gezeigt, daß ganze Provinzen und ganze Regimenter rebellieren können und daß der gesamte Handel großer Seestädte lahmgelegt werden kann. Die Amnestie vom 2. April 1908 hat freilich das alles vergeben und vergessen. Jetzt ist der Ausstand der Telegraphen-, Telephon- und Postbeamten hinzugekommen, nachdem schon vorher die Elektriker sich den Spaß erlaubt hatten, auf 24 Stunden Paris in Dunkelheit zu begraben.

„Die Regierung — so schreibt das „Journal des Débats" — scheint sich Rechenschaft davon zu geben, daß der Kampf, der zwischen ihr und den Postbeamten begonnen hat, die erste ernste Episode der sozialen Revolution ist. Seit 10 Jahren wird sie von den Ministern und den Majoritäten mit unerhörter Leichtfertigkeit begünstigt. Jetzt ist sie endlich zum Ausbruch gekommen. Herr Clemenceau kündigt an, daß er ihr energisch die Stirn bieten werde, und wenn er nicht von seinem Posten desertieren will, bleibt ihm nichts anderes übrig. Es fragt sich aber, wer in der Lage, in der unser Vaterland sich jetzt befindet, die Macht in Händen hat, ob es der Staat ist, den die der Kammer verantwortliche Regierung vertritt, oder ob sie auf jene Staaten im Staat übergegangen ist, die unter dem Namen Assoziationen oder Syndikate darauf hinarbeiten die Gesellschaftsordnung umzustoßen. Herr Clemenceau antwortet, daß die Stunde der Revolution noch nicht geschlagen habe und daß die Regierung nicht kapitulieren werde. Wir werden es sehen."

Nun hat seither am 20. die Kammer dem Ministerium das übliche Vertrauensvotum erteilt und erklärt, sie werde Ausstände von Beamten nicht dulden; die von den Ausständigen geforderte Entlassung des Unterstaatssekretärs Simyan ist mit Entschiedenheit abgelehnt worden. Auch war die Regierung bereit, wie im Frühjahr 1908, den Mantel der Gnade über all diese Disziplinlosigkeit und über die damit verbundenen Ausschreitungen zu decken, wenn nur die Beamten von Post und Telegraphie ihre Pflichten wieder aufnehmen wollten. Durch ihre Delegierten haben sie sich auch wirklich dazu bereit erklärt, aber die souveräne Versammlung der Streikenden hat dieses Kompromiß verworfen. Sie will ihren Sieg voll ausnutzen und nicht arbeiten, wenn nicht die Regierung in allen Stücken kapituliert und auch, wie sie befehlen, den Unterstaatssekretär Simyan seines Amts enthebt. Es liegt aber die Gefahr vor, daß der Streik andre Syndikate der Arbeiter ergreift und schließlich in einen Generalstreik ausartet, wenn nicht die staatlichen Autoritäten mit rücksichtsloser Hand eingreifen. So scheint ein Kampf bevorzustehen, in welchem der Sieg dem Stärkeren zufallen wird. Wir hoffen, daß es Ministerium und Kammer sein werden, aber wer wollte verkennen, daß es ihre Schuld ist, wenn diese anarchischen Zustände in Frankreich um sich greifen und Staat und Gesellschaft an den Rand des Abgrundes führen konnten.

Soeben trifft die Nachricht ein, daß der russische Ministerpräsident soweit hergestellt ist, daß er eine Erholungsreise antreten darf. Er wird die weltberühmten Bäder des Kaukasus aufsuchen. Wir wünschen ihm zum Heile Rußlands eine baldige volle Genesung, denn, wie wir schon kürzlich ausführten, dieser Mann ist heute unentbehrlich. Seine Stellvertretung dürfte wahrscheinlich dem Finanzminister Kokowzew zufallen.

Wir notieren zum Schluß, daß das „Syrische Zentralkomitee" in Paris einen vom 17. März datierten Protest veröffentlicht, der sich dagegen richtet, daß das jungtürkische Komitee „Union et Progrès" trotz der Verfassung nach wie vor anonym bleibt und in Wahrheit eine tyrannische Gewalt ausübe, der Sultan, Minister, Kammer und Armee unterworfen seien. Das wird durch Anführung von Tatsachen belegt, die wir nicht auf ihre Richtigkeit kontrollieren können. Daß aber das Komitee aus seiner Anonymität heraustreten muß, haben wir mehrfach betont und halten wir auch heute noch für unerläßlich.

25. März 1909. Verzicht des Kronprinzen Georg von Serbien auf die Nachfolge im Königreich
25. März. Rußland beschließt, die Annexion Bosniens und der Herzegowina rückhaltlos anzuerkennen.
27. März. König Peter von Serbien nimmt den Verzicht des Kronprinzen an.
27. März. Erfolge der revolutionären Bewegung in Persien.
28. März. Demonstrationen gegen das Kabinett Maura in Spanien.
29. März. Reden des Fürsten Bülow über die auswärtige Lage.
29. März. Reden Sir Edward Greys im Unterhause über die Beziehungen Englands zu Deutschland.
31. März. Verhaftung von Revolutionären in Petersburg.

---

31. März 1909.

Die Kampagne ist mit einem Sieg auf der ganzen Linie zu Ende geführt. Was noch aussteht, ist das diplomatische Rückzugsgefecht Serbiens, von dem sich aber sagen läßt, daß es tatsächlich gleichgültig ist, wie es ausfällt. Nachdem Rußland aus eigener Initiative, und nicht, wie der „Temps" behauptet, unter dem Druck eines Briefes Kaiser Wilhelms an den Zaren, die Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkannt hat, sind auch England und Frankreich diesem Beispiel gefolgt. Der Friede Europas wird, wie wir vom Beginn der Krisis an annahmen, nicht gestört werden und der Einmarsch der österreichisch-ungarischen Truppen in die serbischen Grenzen, der noch Ende der vorigen Woche im höchsten Grade wahrscheinlich war, wird nicht erfolgen. Der Artikel 25 des Berliner Traktats wird aufgehoben, und ebenso fallen, als Gegenleistung Österreich-Ungarns an Rußland, die Beschränkungen, die der Souveränität Montenegros durch den Artikel 29 der Kongreßakte auferlegt wurden. Nach Zeitungsnachrichten, deren Authentizität wir nicht kontrollieren können, ist der letzte entscheidende Schritt durch Sir Eward Grey geschehen, der es offenbar den englischen Interessen nicht entsprechend hielt, russischer zu sein als Herr v. Iswolski. Der englische Botschafter in Wien, Cartwright, wurde beauftragt, dem Frhrn. von Ährenthal die von den Mächten der Tripelentente vereinbarte Erklärung abzugeben, durch welche sie die vom Wiener Kabinett formulierte, von Serbien anzunehmende und abzugebende Deklaration ihrerseits sich zu eigen machen. Das Zugeständnis, zu dem sich in weiser Mäßigung

Österreich-Ungarn bereitgefunden hat, liegt darin, daß diese serbische Deklaration in Form eines an alle Mächte gerichteten Zirkulars geschehen soll, also nicht an Österreich direkt, wogegen Herr Milovanowitsch sich so entschieden sträubte. Man hat also auch nach dieser Seite den entscheidenden Nachdruck auf die Tatsachen, nicht auf die Form gelegt.

Wir nehmen von alledem mit großer Befriedigung Akt. Wir haben es immer als eine Notwendigkeit betrachtet, daß die Annexion Bosniens und der Herzegowina legalisiert werden müsse. Jetzt ist es im Prinzip geschehen, und was übrig bleibt, ist nur noch die offizielle Notifikation, oder besser gesagt, die Registrierung der vollzogenen Tatsache. Das Wesentliche bleibt, daß es eine bosnisch-herzegowinische Frage nicht mehr gibt, und daß die Zukunftsträume Serbiens nicht als eine politische Realität betrachtet werden. Irren wir nicht, so wird die weitere Entwicklung dahin führen, daß unter Anerkennung der inzwischen vollzogenen Wandlungen, Rußland und Österreich-Ungarn auf den Boden der Mürzsteger Vereinbarung zurückkehren. Sie werden nach wie vor die Mächte bleiben, deren Interessen von den Balkanfragen meist berührt werden, und da beide der verjüngten Türkei gegenüber eine gleich freundschaftliche Haltung einnehmen, an der Behauptung des territorialen und politischen status quo gleich interessiert sein. Auch die in nächster Zeit bevorstehende allgemeine Anerkennung der Unabhängigkeit und des Titels von Bulgarien entspricht einem russischen Interesse, ohne dem österreichischen entgegenzustehen, so daß wir wohl erwarten dürfen, daß aus dieser Krisis stabile Ordnungen hervorgehen. Man wird daher keineswegs von einer politischen Niederlage Rußlands reden können. Was unterlegen ist, ist die unruhige und ungeschickte Politik Herrn v. Iswolskis, der seit Buchlau, also seit dem 15. September vorigen Jahres, von dem wußte, was bevorstand, auch im voraus seine Zustimmung zur Politik Herrn v. Ährenthals gegeben hatte, aber darauf ein Gebäude errichtete, das mit Notwendigkeit zusammenzubrechen bestimmt war. Auf die französische Allianz, die im Herbst 1907 abgeschlossene Entente mit England und auf seine Revaler Unterhaltungen bauend, dachte er offenbar, die gesamte orientalische Frage vor einen europäischen Kongreß zu ziehen und dort, durch das Gewicht Frankreichs und Englands und des in beispielloser Weise umschmeichelten Italiens gestützt, dem ihm persönlich verhaßten v. Ährenthal eine recht

empfindliche politische und moralische Niederlage zu bereiten. An seinen Namen aber dachte er das Verdienst zu knüpfen, Rußland den Bosporus und die Dardanellen geöffnet zu haben. Das etwa ist das Fazit, das sich aus den absichtlichen Indiskretionen und den naiven Enthüllungen der europäischen und russischen Presse des letzten Halbjahres ergibt. Schon vor Buchlau, am 22. August, hatte sich Herrn v. Iswolski die Gelegenheit geboten, auf einer Zusammenkunft mit König Eduard und Clemenceau die Frage zu erwägen, welche Stellung die Mächte zu der durch die türkische Revolution vom 24. Juli gänzlich veränderten Weltlage nehmen sollten. Die Voraussetzungen, von denen man in Reval ausgegangen war, bestanden nicht mehr. Als er danach im Oktober in London und Paris verhandelte, ist ihm offenbar die Aussicht auf Lösung der Meerengenfrage endgültig genommen worden, und von den ursprünglichen Plänen blieb nur noch übrig die Demütigung Österreichs und die Vertretung der serbischen — oder wie man in Rußland zu sagen vorzieht — der slavischen Interessen. 14 Tage nach seiner Rückkehr nach Petersburg wurde der in Serbien zum Kriege treibende Kronprinz Georg von Serbien bewogen, nach Petersburg zu kommen. Es erregte in aller Welt das größte Aufsehen, daß er vom Zaren empfangen wurde, und als der Prinz nach Serbien zurückkehrte, ging die frohe Zuversicht durch das Land, daß Serbien unter allen Umständen auf Rußland werde rechnen können. Es liegt aber guter Grund zur Annahme vor, daß der phantasiereiche Prinz mehr erzählt hat, als ihm gesagt worden ist. Und das wäre ja kein Wunder. Was er heimbrachte, war die von der russischen Presse und den neoslavistischen Kreisen ausgehende Suggestion, die auf die Ohnmacht des Dreibundes und die zu allem entschlossene Haltung der Tripelentente hinwies. Hatte doch schon im Mai 1908 die „Nowoje Wremja" geschrieben: „Der Dreibund ist seinem Wesen nach nichts als ein politisches Phantom." Mit dem Beginn des neuen Jahres wurde diese Stimmung immer zuversichtlicher und intransigenter. Im Januar erklärte der „Observer", England werde im Falle eines Krieges „mit all seinen Hilfsmitteln und Streitkräften auf seiten seiner Freunde stehen", und die „Nowoje Wremja" berichtete triumphierend:

„Man kann wohl sagen, daß um Österreich und Preußen sich ein eiserner Ring zu schließen beginnt, dessen Wirkung auf die Geschicke Europas große Ereignisse zur Folge haben kann."

Eine politische Niederlage Deutschlands und Österreich-Ungarns wurde als das selbstverständliche Ergebnis der Gruppierung der Mächte erwartet. Dann aber folgte am 9. Februar die Unterzeichnung des Marokkoabkommens zwischen Frankreich und Deutschland und der Besuch König Eduards in Berlin. Beides wurde in Deutschland und Österreich-Ungarn sehr sympathisch, in Rußland übellaunig, in England mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Der „Advertiser" gestattete sich damals die Unverschämtheit, den Gegenbesuch des Königs als eine Deutschland erwiesene Gnade darzustellen. „Wir bezweifeln — schrieb er — daß irgendein Monarch solcher Großmut fähig ist!" Noch ungnädiger wurde die Unterzeichnung der österreichisch-türkischen Konvention vom 26. Februar aufgenommen, durch welche die beiden zunächst interessierten Mächte den Streitpunkt über Bosnien und die Herzegowina endgültig beseitigten. Es blieb jetzt tatsächlich nichts übrig, als die Legalisierung der Annexion durch die Mächte, und die Notwendigkeit, die Schreier in Serbien zur Ruhe zu bringen. Daß das erstere früher oder später erfolgen werde, war bereits nicht mehr zweifelhaft, um auch das zweite zu erreichen, hatte Deutschland, das alles getan hat, um eine friedliche Lösung herbeizuführen, die dem Ansehen keiner der interessierten Mächte zu nahe trat, den Vorschlag gemacht, durch eine Gesamtaktion der Mächte in Belgrad die endgültige Beseitigung der serbischen Schwierigkeiten zu erreichen. Diesen im Prinzip bereits von England und Frankreich angenommenen Antrag, von dem ein sofortiges Aufhören des serbischen Kriegslärms zu erwarten war und das als ein Erfolg Gesamteuropas erscheinen mußte, hat Herr v. Iswolski abgelehnt und am 27. Februar es mit seiner Sonderaktion versucht, die, wie begreiflich ist, keinerlei Wirkung hatte, da Serbien nach wie vor von der Presse Rußlands, der imperialistischen Presse Englands und von einigen französischen Blättern ermutigt wurde. Der „Temps" gab in seinen Leitartikeln vom 11., 12., 13. März das Schlagwort von dem großen Bluff Österreich-Ungarns und Deutschlands aus, die vor dem entschlossenen Willen der Tripelentente zurückweichen würden. Die englische und die französische Regierung sind offenbar anderer Meinung gewesen und haben, wie wir wissen, was an ihnen lag, getan, um die Lösung möglich zu machen, die jetzt eingetreten ist. In Petersburg hat man geschwankt. Am 19. März fand jene Sitzung des Ministerrats statt, von der wir vor acht Tagen berichteten und deren Folge der

Rücktritt des Kriegsministers Rödiger gewesen zu sein scheint. Dann folgte die Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch das Petersburger Kabinett; wie die „Times" behauptet, ohne vorherige Vereinbarung mit den Ententemächten (without apparently any consultation with the Powers with whom Russia has hitherto acted throughout the crisis) und da diese, wie wir schon sagten, nicht russischer sein konnten als Rußland, kam es zu dem heute perfekt gewordenen Ausgang, durch den Österreich-Ungarn seine Stellung auf der Balkanhalbinsel endgültig gesichert hat. Daß die teilweise Mobilisierung Österreich-Ungarns, das 250 000 Mann (nach Angabe der „Times") zum Einmarsch in Serbien und zum Schutz seiner Grenzen bereit stehen hatte, mächtig zu diesem friedlichen Ausgang beigetragen hat, ist sicher; ebenso sicher, daß die Tatsache des Zusammenstehens der beiden Alliierten von 1879 überall einen tiefen Eindruck gemacht hat. Daß er bei unseren Feinden in den fremden Preßorganen kein erhebender war, ließ sich vorhersehen. Die „Times" sagte:

„Serbien wird nun durch das kaudinische Joch müssen, aber die Lage, der Europa jetzt gegenübersteht, bedeutet mehr als das Schicksal Serbiens. Wir hoffen, daß sie nicht einem dauernden Umsturz im Gleichgewicht Europas gleich zu setzen ist; aber sicher ist, daß für den Augenblick Deutschland unser (europäisches) Gleichgewicht gefährdet hat, indem es sein Schwert in die Wagschale warf, und zwar nicht in einer Streitsache, die Deutschland in erster Linie interessiert, sondern um der Welt und Rußland speziell zu beweisen, daß mit Deutschlands Zustimmung und Unterstützung Verträge straflos gebrochen und kleine Staaten in den Staub gedrückt werden können und daß ohne Deutschlands Zustimmung und Unterstützung die friedfertige Diplomatie anderer Mächte zu unfruchtbarem Mühen verurteilt ist."

Wir wollen der Heuchlerin an der Themse darauf erwidern, daß Deutschland ein Schwert hat, um es zu brauchen, wo die eigene Ehre und, was dem gleichsteht, seine Bundestreue es verlangt. Mit dieser Tatsache zu rechnen wird man auch in Zukunft gut tun. Die Macht Deutschlands hat auch in dieser orientalischen Krisis sich als ein Hort des Friedens erwiesen, der ohne unser Mittun oder bei einer bloß neutralen Haltung Deutschlands, unzweifelhaft gefährdet worden wäre. Was auf dem Spiel stand, war ein aus dem serbisch-österreichischen Konflikt hervorwachsender russisch-österreichischer Krieg, wie er 1879 drohte,

als das deutsch-österreichische Bündnis geschlossen wurde. Auch damals stand ein österreichisch-russischer Krieg um orientalische Interessenfragen, bevor und sobald Deutschland sich neutral erklärte, war dieser Krieg unvermeidlich. Das Bündnis vom 7. Oktober 1879 machte ihn unmöglich. Die Parallele mit dem, was sich heute vor unseren Augen vollzogen hat, ist nicht zu übersehen. Die „Times" hofft, daß Rußland seine Traditionen (welche? die russischen Aufgaben im Orient oder die Feindschaft gegen Österreich-Ungarn?) nicht vergessen und nicht denen leicht vergeben werde, die es gezwungen haben, sie zeitweilig zurückzustellen. (But a proud Empire with the resources of Russia does not forget her traditions, or easily forgive those who have forced her temporarily to depart from them: neither will the slave world forgive or forget!) Aber offenbar vergißt die „Times", daß die jetzt legalisierte bosnische Aktion Österreichs auf dem Berliner Kongreß durch Lord Beaconsfield eingeführt worden ist, und daß England damals, durch einen Vertrag von beispielloser Doppelzüngigkeit, sich Cypern zu sichern verstand; daß die Okkupation Ägyptens noch heute wider feierlich gegebene Versprechungen fortdauert, und daß es schließlich England gewesen ist, das durch seinen japanischen Bundesgenossen Rußlands Seemacht zertrümmerte und die Kraft seiner Armee gebrochen hat. Was sollen die tugendhaften Heuchelreden des Cityblattes diesen Tatsachen gegenüber? Und ebenso heuchlerisch ist die Schlußmoral, welche die „Times" an ihre Jeremiade knüpft. Sie lautet wörtlich folgendermaßen:

„Es gibt eine Moral, welche die Engländer ohne Zeitverlust aus diesen erschreckenden Entwickelungen ziehen sollten. Die englische Flotte hat schon mehr als einmal zwischen Europa und den Ansprüchen gewisser großer Kontinentalmächte gestanden, die sich anmaßten, allein über Europas Geschicke zu entscheiden. Es ist jetzt gewiß nicht der Augenblick, den leisesten Zweifel darüber zu lassen, daß England entschlossen ist, die absolute Suprematie seiner Seemacht zu behaupten, oder darüber, daß in dieser Frage die beiden großen Parteien des Staates eines Sinnes sind. Im Licht der Ereignisse der letzten Tage werden Montag (das ist heute) die Debatten im Unterhause stattfinden und eine neue erhöhte Bedeutung gewinnen . . . . Die Frage, um die es sich handelt, ist nicht nur die wesentlichste Garantie unserer nationalen Existenz, sondern, wie die Vergangenheit bewiesen hat, und die Zukunft beweisen wird, die Erhaltung des wahren Bollwerks der Freiheit Europas."

Nun, die nicht in englischer Sprache geschriebenen Geschichten Europas ergeben ein anderes historisches Bild. Wir brauchen es für deutsche und wohl auch für französische und amerikanische Leser nicht erst zu zeichnen.

Daß, um die acht Dreadnoughts im Parlament durchzubringen, die deutsche Gefahr wieder in allen Farben ausgespielt wird, läßt sich mit Sicherheit voraussehen. Es ist die idée fixe, die sich in der öffentlichen Meinung Englands festgesetzt hat, und man muß warten, bis sie sich beruhigt. Dienen die acht Dreadnoughts dazu, so wären die ruhigen Nächte der Engländer damit nicht zu teuer bezahlt. In der gesamten nicht unter gleicher Hypnose stehenden Welt hat diese Panik einer großen Nation etwas außerordentlich Lächerliches. England könnte sie von heute auf morgen los werden, wenn es eine Allianz mit uns eingehen wollte, die dann allerdings in der sich von selbst ergebenden Verbindung mit Österreich-Ungarn die stärkste Kombination darstellen würde, die die Welt gesehen hat. Aber daran ist ja nicht zu denken, und so werden wir uns mit unserer Stellung im Herzen Europas zufrieden geben. Es läßt sich, wie der Effekt gezeigt hat, auch in dieser Stellung der europäische Friede aufrechterhalten.

Aber wir möchten jene serbische Frage noch von einem anderen Gesichtspunkte aus einer Prüfung unterziehen. Die Quintessenz der serbischen Ansprüche, die durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina zu lautem Ausdruck kamen, ging dahin, daß Serbien berufen sei, die nicht zum Königreich gehörenden Serben „zu befreien", also die Bosniaken und Herzegowiner, die Serben in Mazedonien und die 3½ Millionen Serben, die schon vor der Annexion Angehörige der habsburgischen Monarchie waren. Um das zu erreichen, müßte der Territorialbestand von zwei Großstaaten, Österreich-Ungarn und der Türkei, gesprengt werden und ein dritter unabhängiger serbischer Staat, Montenegro, in die serbische Einheit hineingedrängt werden. Nun hat dieser serbische Staat bisher keinerlei Fähigkeit gezeigt, sich selbst zu regieren. Seine Geschichte im 19. Jahrhundert — und nur von dieser kann die Rede sein — zeigt eine Reihe blutiger Gewalttaten, Mord über Mord, und allezeit Mißregierung. Das jüngere Bulgarien hat weit mehr Tatkraft und politischen Sinn gezeigt. Die Bevölkerung dort ist härter, selbstbewußter und zäher. Wer an die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller slavischen Volksstämme auf dem Balkan glaubt,

muß seine Augen auf Sofia, nicht auf Belgrad richten. Darüber besteht unter allen Kennern kein Zweifel. Diese slavischen und halbslavischen Stämme sind aber durch Blutfeindschaft voneinander geschieden, und es ist noch nicht so lange her, seit aus Serbien die Mordgesellen ausgingen, die bestimmt waren, den Fürsten von Montenegro umzubringen, wie die Obrenowitsch umgebracht worden sind. Kurzum, wir glauben weder an die staatenbildende Kraft Serbiens, noch an seinen moralischen Anspruch, irgend jemandes Führer zu sein. Aber, so fragen wir weiter, ist es überhaupt wünschenswert und mit dem Gedanken des europäischen Staatensystems vereinbar, daß alle Angehörigen einer Nation auch Angehörige e i n e s Staates sind, und daß jeder Volkssplitter zu einer politischen Selbständigkeit auswächst? Die Antwort kann nur verneinend ausfallen. Frankreich, der heute meist nationalgeschlossene Großstaat, hat in Nizza und Savoyen fremdartige Elemente erworben, die kein Mensch ihm streitig zu machen gedenkt. England hat seine Kelten in Wales und ein unversöhnliches Element in Irland, an dessen politische Emanzipation zu denken Liberalen und Unionisten gleich frevelhaft erscheint; Österreich ist das klassische Beispiel für den national bunt zusammengesetzten politischen Staat; Preußen hat eine nicht ganz unbedeutende polnische Bevölkerung, und Rußland endlich zählt nicht weniger als 55 Millionen Fremdvölker. Es ist nicht so lange her, seit die lettische Republik in Kurland und Livland proklamiert wurde, oder seit die ungezählten kaukasischen Stämme, speziell die Armenier, sich eine politische Selbständigkeit zum Ziel stellten, oder seit die russische Föderation, mit Polen und Kleinrußland als besondere Staaten, das Ideal aller russischen Liberalen war. Diese polnischen und kleinrussischen Elemente müßten ihren politischen und nationalen Interessen entsprechend mehr nach Österreich-Ungarn als nach Großrußland hin gravitieren. Es ist daher völlig unverständlich, wie ein national und politisch denkender Russe sich für das Prinzip der Emanzipation aller in einen Großstaat aufgegangenen Volkssplitter erwärmen könnte; das Resultat wäre die staatliche Auflösung und das politische Chaos. Wenn aber dieses Prinzip über Europa hinausgehend auf die asiatischen Kulturvölker ausgedehnt wird, so müßten Rußland, England und Frankreich alle ihre asiatischen Kolonien verlieren oder aus politischer Konsequenz freiwillig aufgeben. Das Prinzip selbst stellt eben einen politischen Nonsens dar. Die weltgeschichtliche Entwicklung ist, so lange die Tradtion reicht, stets so ge-

gangen, daß mächtige konsolidierte nationale Staaten Völkerfragmente umschlossen, die eben deshalb auf politische Selbstbestimmung verzichten mußten. Wo aber Teilungen von Nationalstaaten erfolgten, ist es stets deren eigene Schuld gewesen. Deutschland ist im 16. und 17. Jahrhundert zwischen Schweden, Frankreich, Spanien und Rußland geteilt worden, und was als halbe Selbständigkeit übrig blieb, nahm etwa die Stellung ein wie das persische Mittelstück, das heute nicht in die russische oder englische Einflußsphäre fällt. Die Geschichte des nationalen italienischen Königreichs ist noch nicht 50 Jahre alt, Frankreich ist durch ein Jahrhundert zur Hälfte englische Dependenz gewesen, aber alle diese Staaten haben durch eigene Kraft schließlich die Fremdherrschaft abzuschütteln und, wenngleich oft unter schmerzlichen Verlusten an Land und Leuten, zu einem staatlichen Ganzen zu konsolidieren vermocht. Das Ergebnis einer solchen Wiederaufrichtung ist aber stets ein großartiger Aufschwung der nationalen Schaffenskraft gewesen, in Kunst, Literatur und Wissenschaft. Die Erhaltung dieser historischen Errungenschaften ist ein großes, allgemein menschliches Interesse, das ernstlich gefährdet wäre, wenn man die Staaten wieder in die Bestandteile zersetzen wollte, aus denen sie sich in harter, geschichtlicher Arbeit gebildet haben. Wir tragen den nationalen Bestrebungen der unhistorischen Volkssplitter keinerlei Interesse entgegen. Die Menschheit verliert, wenn sie politische Selbständigkeiten werden, und jedes Individuum ihrer Gemeinschaften hat größere Aussicht, zu humaner Ausbildung zu gelangen, wenn es sich großen Staaten anschmiegt, als wenn es als ein Besonderes fortvegetieren will. Von einer tschuwaschischen, mordwinischen, lettischen, gruisischen oder armenischen Kultur der Zukunft haben wir nichts zu erwarten. Wir erwarten auch nur wenig von der Kulturarbeit des Königreichs Serbien und würden von einer serbischen Gemeinschaft, die die Serben Österreichs an sich ziehen will, für das Gedeihen der Rasse noch weniger erwarten. Aber wir können diese Frage nur streifen. Es mag genügen, nur noch einen Gedanken hinzuwerfen. Die Kraft jener nationalen Minderheiten ruht meist auf der Gegenwirkung gegen einen Druck, den sie tragen. Mit dem Druck pflegt Kraft und Leistungsfähigkeit zu schwinden. Dies ist der Schlüssel zur Erklärung von Widerständen, deren Heroismus Bewunderung erregt und nach erreichtem Ziel Leistungen erwarten läßt, denen dann nachträglich die historische Wirklichkeit nicht entspricht. Die Geschichte

Serbiens ist ein klassisches Beispiel dafür, die Geschichte Polens ein anderes.

Der Ausstand der P. T. T., das ist der Beamten der Post, Telegraphen und Telephone beiderlei Geschlechts, hat ein Ende genommen; Herr Clemenceau hat das zu erwartende Vertrauensvotum nach tapferen Worten und nach einer tatsächlichen Kapitulation vor den Beamtensyndikaten von der Kammer erhalten. Das Endergebnis ist ein weiterer Schritt vorwärts auf der Bahn zur sozialen Revolution. Als Sieger fühlen sich die Syndikate, und neue Kraftproben dieser Organisationen stehen bevor. Die Resolutionen, die von den „inscrits maritimes“ (vergl. die Wochenschau v. 5. Juni 1907, Deutschland und die große Politik, Bd. VII, S. 213 und 214) unter ihrem Führer Siegfried, der uns schon vom Ausstande von 1907 her bekannt ist, gefaßt worden sind, tragen einen direkt gebieterischen Charakter, und zwar haben die Seeleute von Havre und Marseille sich solidarisch erklärt. Sie verlangen eine Reihe von materiellen Vorteilen, aber auch Ausschluß aller Asiaten aus der französischen Marine, und Ersetzung der englischen Heizer durch französische. Wir kennen die Verhältnisse nicht genug, um uns ein Urteil über die Berechtigung der Forderungen der Seeleute zu erlauben. Was aber auffällt, ist die Form, in der die neuen Herren Frankreichs ihren Willen kundtun. Sie: „réclament impérieusement, exigent formellement“ usw. Von Bitten und Gesuchen kann, wie es scheint, in Frankreich keine Rede mehr sein.

Das „Journal des Débats“ wirft die Frage auf, was eine Regierung tun müßte, um den Strom zum Stehen zu bringen, und beantwortet sie folgendermaßen: „Die Regierung müßte vor allem fähig sein, zu wollen; aber wir können uns über die Festigkeit der Minister und der Kammermajorität keinen Illusionen hingeben. Es ist unerläßlich, ein Gesetz über den Stand der Beamten fertigzustellen; es ist notwendig, die Lage der in öffentlichen Diensten Angestellten zu regeln und Ausstände zu verbieten; es wäre sehr nützlich, die Stelle dieser neuen Organismen, die sich Syndikate nennen, festzustellen und ihre Macht zu beschränken. Was aber am meisten not tut, ist Gerechtigkeit, und die Wandlung der korrumpierten Ideen, die heute herrschen, durch ein wenig Pflichtgefühl. Die Theoretiker sagen, daß von allen Gesellschaftsformen die demokratische diejenige ist, die am wenigsten der Tugend entraten kann. Der Radikalismus hat sich die Aufgabe gesetzt, alles zu ver-

derben, zu erniedrigen, zu zerstören. Regierung und Majorität werden nur dann ein wenig Ansehen und Kraft gewinnen, wenn man glauben wird, daß sie etwas anderes treiben, als Bettelei um Stimmen und Teilung der Beute. Es müßte sich eine tiefe Wandlung vollziehen, und deren sind sie nicht fähig; sie haben nicht einmal den Instinkt der Selbsterhaltung bewahrt und werden gern den berühmten Ausspruch wiederholen: „Nun wohl, wir gehen zugrunde, das gibt eine Lösung". Es wäre in der Tat eine Lösung, obgleich sich nicht vorhersehen läßt, was alles sie in ihren Untergang hineinziehen würden. Wir rufen ihnen aber im Gegensatz zu dieser leichten Lösung das Wort des alten Rhetors zu: Seht, welches feigen Todes ihr sterbt."

2. April 1909. Vertagung von Reichstag und preußischem Abgeordnetenhause bis zum 20. April.
2. April. Vertrag zwischen Portugal und Transvaal über gemeinsame Verwaltung der Delagoabai.
5. April. Genehmigung des österreichisch-türkischen Protokolls vom 18. Januar durch die türkische Kammer.

7. April 1909.

Im „Eclair" stellt Waverley die folgende nicht unzeitgemäße Betrachtung an:

„Kürzlich hat der Parliamentary Secretary of the Board of Education Mr. Frerelyan in Liverpool gesagt: „Infolge der Verhandlungen über das Budget der Marine ist ein Panikſturm durch das Land gezogen", und dieser Ausdruck ist gewiß nicht zu stark. Schon seit lange stellte ich fest, daß die Deutschen den Engländern eine unsinnige, unvernünftige Furcht einflößen, aber jetzt übersteigt sie doch alles Maß. Die Leute haben den Kopf völlig verloren. Als der Admiral Sir W. Kennedy am 19. März auf der Aeroplan-Ausstellung sprach, ging er so weit zu sagen, man müsse, wenn es nötig sei, 50 Millionen Pfund zahlen, und es werde eine Kleinigkeit sein, dieses Geld zusammenzubringen, sobald man bedenke, was man diesen Kanaillen (these scoundrels) zahlen müßte, wenn sie jemals ihren Fuß auf englischen Boden setzten. — Mr. G. Barlow von der „National Service League" fleht in Versen — die Byron nicht in Vergessenheit bringen werden — seine Landsleute an, zu bedenken, was aus dem english home werden müsse, wenn die Macht, die das Elsaß eingesteckt hat, wenn der schnauzbärtige deutsche Riese und seine Legionen in England einrücken sollten . . . . Admiral Algernoon de Horsey erklärt, daß man der deutschen Flotte die österreichische zurechnen müsse, die keineswegs eine „quantité négligeable" sei, worin er übrigens recht hat, wenn man an Lissa denkt, wo Admiral Tegethoff mit seinen alten Fahrzeugen der funkelnagelneuen italienischen Panzerflotte unter Persano eine so starke Lektion erteilte; auch zeigt das, beiläufig bemerkt, daß das Material nicht alles ist. Die „Navy League", die „Maritime

League" usw. usw. bereiten im ganzen Lande eine Kampagne vor, um der Regierung ihren Willen aufzunötigen, die Entlassung Sir John Fishers zu erlangen und eine völlige Neubildung der Admiralität zu erzwingen. Kurz, die Verwirrung ist vollständig, und wenn die Deutschen noch darüber im Zweifel gewesen sein sollten, wie groß die Furcht ist, die sie den Engländern einflößen, so müßten sie jetzt klar sehen. Übrigens hätten scharfe Beobachter schon lange erkannt, daß seit 40 oder 50 Jahren eine moralische Wandlung in England sich vollzogen habe. Die alte britische Kaltblütigkeit gehört der Vergangenheit an, und die öffentliche Meinung erhitze sich in einem Grade, daß die wegen ihrer Erregbarkeit verspotteten Lateiner darüber erröten würden. Nach dem kläglichen Schauspiel, das die letzten Tage geboten hätten, lasse sich mit größerer Bestimmtheit als jemals sagen, daß England, ohne Armee und mit einer Flotte, von welcher von heute auf morgen behauptet werde, daß sie außerstande sei, das Land vor einer Macht zu schützen, deren Flotte man noch vor wenigen Jahren lächerlich machte, völlig unfähig sei, einen ernsten Krieg zu führen. Wenn man die Parlamentsverhandlungen, die Artikel der konservativen Zeitungen und vieles anderer Blätter lese und die Unterhaltungen der völlig fassungslosen Leute anhöre, so gewinne man den Eindruck, daß die deutsche Flotte schon in der Mündung der Themse liegt .... Woher diese Panik? Sie erinnern an die wahnwitzigen Szenen, die sich abspielten, als die Nachrichten von Ladysmith und Mafeking einliefen."

Es schließt sich hieran eine Reihe von Zitaten aus der englischen Presse, die wir übergehen können, da wir unsere Leser zur Genüge mit den grotesken Äußerungen der englischen Panik-Literatur bekannt gemacht haben. Sir Charles Dilke hat sie als „unwürdig" bezeichnet und an die Panik erinnert, die 1859 England vor der maritimen Überlegenheit der Franzosen zittern ließ. Wenn heute dieselbe Nervenkrisis dadurch hervorgerufen wird, daß die Nordsee nicht breit genug ist, so können wir das leider nicht ändern, und ebensowenig können wir aus Rücksicht auf die englische Nervosität unsre Flotte verkommen lassen. Es bleibt nur übrig, zu hoffen, daß dieser Krankheitsstoff durch die gesunden Organe des Volkskörpers schließlich ausgestoßen wird. Waverley sagt im „Eclair" den Engländern noch eine Reihe sehr bitterer Wahrheiten, die wir nicht wiederholen wollen, aber als Charakteristikum möglicher Wandlungen verdient es doch alle Beachtung, daß es gerade eine f r a n -

z ö s i s ch e Stimme ist, die diese Töne anschlägt. Freilich ist es nur eine Stimme. „Temps" und „Journal des Débats" sind weit entfernt, die Sorgen der Engländer zu bespötteln und diskutieren in vollem Ernst die möglichen Gefahren, die der unglücklichen englischen Inselwelt drohen können. Wir wollen nicht mit ihnen diskutieren, wenn sie es für notwendig finden, den Alarmisten jenseits des Kanals ihre Reverenz zu machen. Das ist eben Geschmackssache, über die man nicht streitet, ganz wie es Geschmackssache ist, wenn der „Temps" jetzt durch bereits 23 Nummern, ohne daß ein Ende abzusehen wäre, seinen Lesern den Invasions-Roman des Vollblutengländers Oppenheim: „Mysterius Mr. Sabin" in französischer Übersetzung unter dem Titel „Le Complot" vorführt. Es gibt eben Leute, die mit den psychischen Krankheiten der Zeit spekulieren. Haben doch fast alle englische Revuen dieselben Wege eingeschlagen. In „Nineteenth Century" druckt Lord Erroll, früherer Adjutant des Feldmarschalls Lord Wolseley, einen aufregenden Artikel: „A rude awakening" — ein böses Erwachen; während ein Mr. Barker „über die deutschen Rüstungen und das liberale Kabinett" in bekanntem Sinne schreibt. In der „Fortnightly Review" Mr. Courtneys und in Mr. Maxses „National Review" sind die umfangreichen Monatsübersichten fast ausschließlich der deutschen Gefahr gewidmet, dazu Artikel über die „Demobilisierung der englischen Flotte", „über Mr. Balfours Stellung" und „über Deutschlands Angriffsplan", Aufsätze, welche die „Times" folgendermaßen charakterisiert: „a still more serious view of the naval crisis expressed in still more emphatic language." Man kann sich also ungefähr vorstellen, wie hoch die Temperatur in den Redaktionslokalen dieser Revuen gestiegen sein muß.

Wie soll man sich nun wundern, daß bei denjenigen, die das Schauspiel dieses exaltierten Treibens beobachten, sich der Gedanke festsetzt, daß England über Nacht einen Krieg mit Deutschland provozieren werde, um den gefürchteten Gegner niederzuwerfen, bevor er zu stark wird. In seiner politischen Monatsübersicht vom 2. April stellt Ernest J u d e t darüber u. a. die folgenden Betrachtungen an:

„Die Gedanken der meist erregten Engländer gehen auf einen sofortigen Bruch mit Deutschland, ohne vorausgegangene Ankündigung, wie denn der Admiral Penrose Fitzgerald in Guildhall sagte: „Die Frage ist nicht, ob wir einen oder zwei „Dreadnoughts" mehr haben sollen als die Deutschen. Meine Meinung als Seemann ist, daß man uns

herausgefordert hat: man hat uns den Handschuh hingeworfen, wir müssen ihn aufheben. Wir dürfen den Kopf nicht wegwenden und sagen, wir sehen es nicht; temporisieren heißt Zeit stehlen, sagte man mir, als ich ein Knabe war. Temporisieren könnte einmal heißen: das Reich dem Diebe überlassen." Aller Glaube an eine Diversion des Kontinents — so fährt Judet fort — ist verflogen, seit Serbien kapituliert hat, und die Notwendigkeit, mit der vielleicht fernliegenden, aber unvermeidlichem Eventualität eines Duells der deutschen und englischen Geschwader zu rechnen, drängt sich den Kurzsichtigsten auf. Daher die durch alle Klassen ziehende zerfahrene Aufregung. Und die Sorge ist um so größer, als die bestberufenen Kritiker die bisher für vollendet geltende Marine in Mißkredit bringen.

Die „Morning Post", eine der seltenen Zeitungen, die die Panik nicht geteilt hat, sondern kaltblütig die Lage beurteilte, schrieb am 27. März:

„Unsere Marine ist nicht für den Krieg organisiert. Das ist die Tatsache, der Unterhaus und Publikum ins Antlitz sehen sollen." Es wird dann ausgeführt, daß die englische Marine nicht den Sieg im Kriege ins Auge fasse, während die Deutschen für den Seekrieg dieselben Grundsätze anwenden, die auf dem Festlande die Größe der Armeen Napoleons begründete, an der sie ihre Kriegsmacht herangebildet haben. „Offenbar — fährt die „Morning Post" fort — war die Marine nur bestimmt, die Tabellen zu füllen, für die das Parlament sich so lebhaft interessiert. Wenn Tonnengehalt und Kanonen eine hübsche Summe ergaben, dann war das Parlament zufrieden." Dies, meint Judet, gebe in wenigen Zeilen die Wahrheit. Alle diese Berechnungen von Tonnengehalt, Kanonen, von Eisenmassen, die in einer Minute geworfen werden, hätten nur relative Bedeutung. Die „Organisation zum Sieg" gebe den Ausschlag. Nun gäben die „kompetentesten Führer" der englischen Marine zu, daß es an dieser Organisation fehle. Sie sei aber am andern Ufer der Nordsee vorhanden. Die französischen Admirale, die in blinder und subalterner Leichtgläubigkeit die englische Marine für unbesiegbar erklärten, würden gut tun, alles zu lesen, was dieser Tage auf den Meetings von Fachleuten, in den technischen Monatsschriften gesagt worden sei, und was mehr als 20 englische Admirale bestätigt hätten. Vielleicht würden sie dann über die unsinnige Panik von „alten Weibern beiderlei Geschlechts", wie Lord Exmouth sagte, nachdenken und zu einem Urteil

gelangen, das weniger zuversichtlich und richtiger sei als dasjenige, zu dessen Echo die französische Admiralität sich gemacht habe."

Nun ist es ja bekannt, daß der „Eclair" ein Feind der englisch-französischen Entente ist, weil er fürchtet, daß sie Frankreich schließlich doch einen Krieg mit Deutschland aufnötigen könnte. Er urteilt daher über die englische Flotte ohne allen Zweifel viel zu ungünstig, weil er als wirkliche Überzeugung darstellt, was von den Führern der Agitation nur ein Trick ist, um Stimmung für die Vermehrung der englischen Flotte zu machen. In unseren Marinekreisen urteilt man anders, und ebenso weiß man in ganz Deutschland, daß die englische Flotte bedeutend stärker ist als die unsrige, und daß die Engländer nach wie vor ausgezeichnete Seeleute sind. Wir erkennen auch rückhaltlos an, daß England eine stärkere Flotte braucht als Deutschland, und nichts liegt uns ferner, als an Zahl der Schiffe mit ihnen zu rivalisieren. Wohl aber sind wir bemüht, in Ausrüstung unserer Fahrzeuge und in der technischen und moralischen Ausbildung unserer Mannschaften alles zu leisten, was in unseren Kräften steht. Und diesen Wetteifer, der doch das Ziel jeder Flotte ist oder doch sein sollte, werden wir aufrecht erhalten. Wem das ein Grund zur Beunruhigung ist, dem steht ja frei, es besser zu machen.

Ein Seitenstück zu der englischen Flottenpanik mit ihren eingebildeten Gefahren ist die Orgie an Deutschenhaß, der sich Presse, Duma und öffentliche Meinung in Rußland in den letzten acht Tagen in steigendem Tempo hingegeben haben. Wir hoffen, daß die letzte offizielle Kundgebung unserer Regierung in der „Nordd. Allg. Ztg." auch dort etwas ernüchternd wirken wird. Der „Temps" unternimmt es, Herrn v. Iswolski vor der öffentlichen Meinung Rußlands zu rechtfertigen, und was Herr Tardieu vorbringt, ist ausnahmsweise ganz vernünftig. Auch stimmen wir dem „Temps" durchaus zu, wenn er ausführt, daß die russische Presse, die auf Beseitigung des Ministers dringt, sich höchst unnötigerweise den Schein einer politischen Demütigung bereitet. Eine politische und moralische Niederlage erlitten hat niemand außer den Serben, deren unsinnige Ansprüche zum Schweigen gebracht worden sind. Ein deutsches Ultimatum und eine deutsche Mobilisierung hat es nie gegeben, vielmehr hat Deutschland alles, was an ihm lag, wie wir schon neulich ausführten und jetzt durch die „N. A. Z." und durch die russische Regierung bestätigt wird, getan, um die friedliche Lösung herbeizuführen, über die im Grunde alle Welt

sich heute freut. Rußland aber kann den Erfolg für sich in Anspruch nehmen, daß es die schwierige bulgarische Angelegenheit zu einem günstigen Ausgang geführt hat. Wozu also all der Lärm? Erstaunen hat bei uns nicht die Urteilslosigkeit und Gehässigkeit der Presse erregt, daran sind wir gewöhnt, auch wissen wir, daß sich das nicht ändern wird, wohl aber die politische Unklarheit der Dumaredner ein mitleidiges Achselzucken hervorgerufen. Ein so klägliches Verkennen der Wirklichkeit und eine so vollkommene Wehrlosigkeit jedem noch so unsinnigen Gerücht gegenüber kann man wohl einem serbischen Parlament nachsehen, von der Volksvertretung einer Großmacht ersten Ranges erwartet man anderes. Was aber die deutsch-russischen Beziehungen betrifft, so gestatten wir uns trotz allem eine optimistische Auffassung. Wir sind nun einmal als Nachbarn aufeinander angewiesen; es gibt keine Grenzgebiete, die wir einander abzujagen hätten, keine Interessengegensätze, die uns trennen. Die Dynastien sind verwandt, die Herrscher befreundet. Von dem leitenden Staatsmann, Herrn Stolypin, wissen wir, daß die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Deutschland eines der Fundamente seiner politischen Anschauungen ist, das deutsche Bündnis mit Österreich-Ungarn aber ist eine Tatsache, von der man doch annehmen sollte, daß die Welt sich gewöhnt hat, mit ihr zu rechnen. Das Novum lag darin, daß diese Tatsache an einem Beispiel illustriert wurde. Eine Überraschung konnte das nur für diejenigen sein, die absichtlich ihre Augen Realitäten gegenüber schließen, um der Traumwelt ihrer Einbildungen ungestört nachlaufen zu können. Die sogenannte slavische Idee aber ist für Rußland kein Moment der Stärke, sondern der Schwäche, *da sie in ihren Konsequenzen dahin führen muß, daß die russische Politik nicht in Petersburg, sondern in Warschau, Belgrad und Sofia gemacht wird.* Das aber gerade scheinen die Herren von der Duma nicht begreifen zu können. Die „slavische Frage" ist ihrem Wesen nach ein *Hebel revolutionärer Bestrebungen* und allezeit ausgespielt worden, wo es galt, gewaltsam der Revolution in Rußland die Bahn freizulegen.

Diese historische Tatsache sieht man nicht, und will man nicht sehen. Statt dessen erhitzt man sich an der Gefahr, die angeblich von Deutschland her droht, das — wie Graf Bobrinski am 1. April ausführte — seine militärischen Vorposten in Gestalt von Gesang- und Turnvereinen,

von Lodz ausgehend, durch das Königreich Polen, über Wolhynien und Podolien, bis in das Herz Kleinrußlands hinein aufgestellt habe. Was läßt sich auf solchen politischen Wahnsinn antworten? Die konservative „Rußkaja Semlja" ist das einzige uns zu Gesicht gekommene russische Blatt, das diesen antideutschen Feldzug nicht mitmacht. Sie schreibt:

„Unzweifelhaft bleibt Rußland, was es ist. Und wenn unsere Diplomatie unsere Interessen verkauft hat und noch verkauft, so bedeutet das doch nicht, daß das russische Volk in seiner Gesamtheit verfault ist, wie sie. (!!) Wir alle haben vorausgesehen, wohin die Liebedienerei des Herrn Iswolski gegen England führen muß, das danach dürstet, uns mit Deutschland zu verfeinden, weil es sein natürlicher Gegner ist. Wir haben mit voller Überzeugung die russische Gesellschaft gewarnt, sie solle nicht der Freundschaft jener treulosen Macht trauen, deren besonderes System dahin geht, auch über Schwache herzufallen und die Starken gegeneinander aufzuhetzen."

Aber das ist eine vereinzelte Stimme. In Persien gehen Rußland und England Hand in Hand, wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß die Sympathien Rußlands mehr dem Schah, die Englands mehr den Konstitutionellen gelten. Einer dieser Konstitutionellen, der Vertreter von Teheran im letzten Medjlis, Muwajid-es-Sultana, der vor dem Schah in der englischen Botschaft Schutz gefunden hatte, ist augenblicklich als Flüchtling in London. Dort hat er einem Gewährsmann des „Standard" ein interessantes Bild der jetzigen Lage in Persien entworfen:

Was man in Persien zumeist fürchte, sei eine Intervention Rußlands. Der Schah kleide sich russisch und suche, soweit das möglich sei, russische Sitten einzuführen, auch habe er mehr als einmal gesagt, daß er lieber russischer Vasall mit absoluter Gewalt über sein Volk sein wollte, als konstitutionell beschränkter Herrscher. Fänden die Anhänger der Verfassung keinen Schutz, so werde der Schah schließlich siegen. Seine Truppen seien die Herren im Distrikt von Teheran bis Täbris, auch hoffe der Schah, Täbris selbst einzunehmen, alles übrige Land aber werde gut und friedlich von den Konstitutionellen regiert. Daß fünfzig Extra-Kosaken in Resht eingerückt seien, bedeute eine ernste Gefahr für die Verfassung. Muwajid erhob danach bittere Klagen über die barbarische Kriegführung des Schah und schloß mit folgenden Worten: „Wenn man den Schah wirklich davon überzeugen könnte, daß Ruß-

land ebenso wie England ein gut regiertes Persien wünscht, und wenn man ihm zu verstehen gebe, daß er keinerlei Unterstützung von Rußland zu erwarten habe, so werde er sich bald fügen. Mehr aber wollen wir nicht. Wir wollen den Schah keineswegs beseitigen, wir wünschen nur, daß er ein anständiges Regiment führe."

Zunächst behaupten sich noch die Nationalisten. Welche Wirkung die Verabschiedung aller russischen Offiziere der persischen Brigade haben wird, läßt sich nicht vorhersehen. Die russische Presse ist wenig damit zufrieden und klagt, daß ein dreißigjähriger Einfluß Rußlands damit preisgegeben sei. Ebenso unzufrieden sind die verabschiedeten Offiziere; sie verlangen, in ihre alten Regimenter, auf russischem Boden, wieder eingestellt zu werden. Aber das ist offenbar nicht der Zweck der Maßregel gewesen. Inzwischen sammelt der russische Terrorist Panow die revolutionären Elemente der Provinz Mazenderan, um sich Teherans zu bemächtigen. Der „Nowoje Wremja" wird aus Teheran telegraphiert, daß große Waffensendungen über Buschir für den Khan der Bachtiaren eingetroffen seien. Vielleicht steht damit eine Nachricht in Zusammenhang, die dem „Standard" am 28. Mai aus Bombay zuging: „S. M. Kanonenboote „Sphinx" und „Lapwing" sind von hier mit dringender Order in den Golf von Persien abgedampft, da der Waffenschmuggel wieder stark zunimmt." Es ist aber auch möglich, daß es sich um das Abfangen von Waffen handelt, die für die indischen Revolutionäre und für die Grenznachbarn Indiens bestimmt sind, da neuerdings wieder Klagen über ihr unruhiges Treiben laut werden. Wir notieren in diesem Zusammenhang, daß als Nachfolger des Viscount Kitchener of Khartum zum Oberkommandierenden der indischen Armee General Sir O'Moore Creagh ernannt ist; er ist 1848 in der Grafschaft Clare in Südwest-Irland geboren, auch der Herkunft nach Irländer, und hat eine ruhmvolle militärische Laufbahn hinter sich.

Eine merkwürdige Notiz bringt die „Japanese American Commercial Weekly", das einzige gleichzeitig in Amerika und Japan doppelsprachig, aber mit vorwaltend japanischem Text erscheinende Blatt. Der Pekinger Korrespondent des „New York Herald" hatte nämlich gekabelt, daß in den Beziehungen zwischen England und Japan eine Entfremdung eingetreten sei, und daß Japan infolgedessen eine Annäherung an Deutschland suche, dessen Einfluß am Pekinger Hof sehr merklich werde. Hierzu bemerkt, offenbar offiziös, die „J.-A. C. W.":

„Es ist nicht unsre Aufgabe, solche Gerüchte zu dementieren, aber unsre persönliche Meinung ist, daß ein Anlaß zu solcher Annäherung aus japanischer Initiative nicht vorliegt. Auch ist es nicht wahr, daß eine Entfremdung zwischen uns und Deutschland (sic!) stattgefunden habe. Während wir stets von Deutschland geschreckt wurden, das im Verein mit Rußland und Frankreich uns die Früchte unserer Siege über China nahm, haben wir doch nie einen besonderen Haß gegen Deutschland gehegt. Andererseits gab es eine Zeit, da der deutsche Einfluß in Japan überwog, und wir können getrost sagen, daß die militärischen, wissenschaftlichen und pädagogischen Kreise von Deutschland geführt wurden. Es gibt also keinen Grund, weshalb wir nicht Freunde dieses Volkes sein sollten. Daß der deutsche Einfluß den irgendeines anderen Volkes in China übertrifft, können wir nicht zugeben. Niemand wird bezweifeln, daß hier der englische Einfluß dominiert. Danach faßt der amerikanische Einfluß bei Regierung und Volk immer mehr Wurzel. Wenn daher Japan nur aus Motiven des Eigennutzes in China arbeiten wollte, wäre es weiser, wenn es mit England und Amerika Hand in Hand ginge. Wir kommen deshalb und aus anderen Erwägungen zum Schluß, daß Deutschland, nicht Japan die Initiative ergreifen müßte, um zu intimeren Beziehungen zu Japan zu gelangen. Dann aber glauben wir, daß Deutschland ebenso wünschen muß, Hand in Hand mit Amerika zu wirken."

Zunächst ist uns der Zweck dieser Erörterung nicht ersichtlich.

Eine merkwürdige historische Ironie scheint dahin führen zu müssen, daß Präsident Taft, der das Beste getan hat, um den Kubanern eine würdige, unabhängige Existenz zu sichern, genötigt sein dürfte, die engültige Annexion der Insel-Republik zu vollziehen. Die „Frankfurter Zeitung" bringt darüber die folgende interessante Korrespondenz:

Der neue Kurs.

Havanna, 16. März. Die guten Aussichten und die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung der neuen Republik sind schnell verflogen, und die allgemeine Zuversicht hat plötzlich einem starken Mißtrauen Platz gemacht. Eine General-Amnestie gab vor wenigen Tagen Hunderten von Verbrechern die Freiheit wieder, darunter Raubmördern, die vor wenigen Jahren zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt wurden. Kaum aus dem Presidio

entlassen, haben die meisten ihre frühere Tätigkeit wieder aufgenommen. Fast täglich wird am hellen Tage in den belebtesten Straßen eine Anzahl Personen von meistens zwei mit Messern bewaffneten Banditen angefallen und ihrer Wertsachen beraubt. Die Einbrüche haben sich gemehrt, und den Schuldigen gelingt es fast immer, zu entwischen. — Das stehende Heer, von dem der neue Präsident zuerst nichts wissen wollte, wird nun doch formiert werden. Das geschieht in der Weise, daß die Polizei von Havanna militärisch organisiert wird und eine Abteilung der Guardia Rural, einer Art Landgendarmerie, ihren Namen mit den Soldaten vertauscht hat. Damit ist das „stehende Heer" fertig, ohne daß neue Plätze für Soldaten geschaffen wurden. Damit bietet sich eine gute Möglichkeit, die eifrigsten Anhänger der liberalen Partei durch gut besoldete Offiziersstellen zu belohnen, was denn auch geschieht. — Was niemand erwartet hatte, ist nun doch geschehen: ein bewaffneter Aufstand, geleitet von einem Sergeanten der Guardia Rural und entlassenen Gendarmen, ist in der Provinz Santa Clara ausgebrochen. Vorerst scheint allerdings die Regierung der Sache keine Bedeutung beizulegen. Dennoch hat sie in aller Stille während der Nacht zwei Extrazüge mit vier Bataillonen Guardia Rural von Havanna abgeschickt. Allem Anscheine nach wird die „kubanische Frage" schneller einer endgültigen Lösung zugedrängt werden, als selbst die amerikanische Provisionalregierung, die das Terrain vorbereitet hatte, erwartet haben mag.

7. April 1909. Ermordung des liberalen Redakteurs Hassan Fehmi in Konstantinopel.
8. April. Montenegro erkennt die Annexion Bosniens und der Herzegowina an.
9. April. Annahme der neuen Tarifvorlage durch das Haus der Repräsentanten in Washington
11. April. Zusammentreffen Tittonis mit dem Fürsten Bülow in Venedig.
13. April. Revolution in Konstantinopel gegen das jungtürkische Regiment.
13. April. Ermordung des Justizministers Nazim Pascha.
15. April. Beschluß der Jungtürken, gegen Konstantinopel zu ziehen.
15. April. Beschießung von Täbris durch den Schah.
16. April. Zusammenkunft König Eduards mit Clemenceau in Paris.
16. April. Beginn des Anmarsches der Jungtürken.
16. April. Armeniergemetzel in Adana.
18. April. Beatifikation der Jungfrau von Orleans.
19. April. Gerücht von der bevorstehenden Abdankung des Sultans.
20. April. Siebzigster Geburtstag König Karls von Rumänien. Der Kronprinz überreicht ihm in Bukarest den deutschen Generalfeldmarschallsstab.

---

21. April 1909.

Seit dem 13. April ist die Türkei in ein neues Stadium der überraschenden Entwicklung getreten, die durch die Julirevolution des vorigen Jahres angebahnt worden ist. Die Julirevolution hatte sich das Ziel gesetzt, dem seit der Revaler Entente als unmittelbar bevorstehend erachteten Eingreifen der Mächte in die inneren mazedonischen Angelegenheiten entgegenzuwirken. In der Tat schien die Zusammenkunft vom 5. Juni 1908 für die Türkei ein Memento mori zu bedeuten. Wenn Rußland und England die Hände ineinander schlossen, um gemeinsam das „Beste" der Türkei zu beraten, mußte man in Konstantinopel mißtrauisch werden, und zwar um so mehr, als die türkische Regierung in den Besitz wichtiger Dokumente gelangt war, die den Beweis erbrachten, daß die englische Regierung durch das von Mr. Noel Buxton geleitete Balkankomitee direkt auf einen bulgarisch-türkischen Krieg hinarbeitete. Die von der „Vossischen Zeitung" veröffentlichte geheime bulgarische Denkschrift ist eines dieser Dokumente gewesen, und bis zur Stunde hat England es noch nicht vermocht, sich von diesem Fleck zu reinigen, der seine politische Toga so arg verunziert. Das unerwartete Eingreifen der Jungtürken schuf dann eine völlig

neue Situation, die sich dahin charakterisieren läßt, daß die Türkei ihren bisher gefährlichsten Gegner, England, zu ihrem Schutzpatron erhob. Kiamil Pascha, dessen entschieden anglophile Richtung allbekannt war, übernahm das Großwesirat; das Parlament schloß sich dieser englischen Leitung rückhaltlos an und die alles leitenden und bestimmenden Männer des jungtürkischen Komitees ließen keine Gelegenheit vorüberziehen, um ihre England und Rußland günstige Gesinnung zu beteuern. Auch war das gewiß klug und dem türkischen Interesse entsprechend gehandelt. Von englischer Seite blieb der Dank nicht aus. Nicht nur revozierte und deprezierte Mr. Noel Buxton alles was er gegen die Türkei gedruckt und geschrieben hatte, namentlich sein berüchtigtes Buch „Europe and the Turks", sondern der berufene Leiter der englischen Politik Sir Edward Grey erklärte in öffentlicher Rede am 19. November 1908:

„daß, während er vor wenigen Monaten noch (das führt zur Revaler Entrevue) die Beziehungen der Türkei zu Europa als „verzweifelte" hätte bezeichnen müssen, nunmehr, nach der wunderbaren, in der Geschichte einzigartig dastehenden Wandlung, die sich auf türkischem Boden vollzogen habe, seine Verzweiflung sich in Hoffnung, ja in Enthusiasmus umgewandelt habe." Er knüpft daran das Versprechen, daß, wenn das neue türkische Regiment mit inneren Verlegenheiten zu rechnen haben sollte, ihm die Hilfe Englands sicher sein werde.

Seither ist nun freilich viel Wasser ins Meer geflossen. Die bosnisch-herzegowinische und die bulgarische Angelegenheit rückten andere Probleme in den Vordergrund und brachten nebenher den Beweis, daß eine Rechnung, die ohne Berücksichtigung des mächtigen zentraleuropäischen Faktors zum Abschluß gebracht wird, notwendig zu unhaltbaren Resultaten führen muß. Vor der großen Weltfrage: Krieg oder Frieden? schienen jene Balkanprobleme plötzlich wie in einer Versenkung zu verschwinden, und erst als die Entscheidung für den Frieden, dank dem Zusammenstehen von Deutschland und Österreich-Ungarn, gesichert war, tauchten sie wieder auf — und zwar in höchst unliebsamer Weise.

Es ist auch heute noch nicht festgestellt, welches die treibenden Kräfte gewesen sind, auf die der Versuch zurückzuführen ist, die Herrschaft der Jungtürken zu stürzen. Denn gegen sie richtete sich die Bewegung, nicht gegen Verfassung und Parlament. Wahrscheinlich sind es sehr verschiedene Elemente und weit auseinanderliegende Beweggründe, die zusammengewirkt haben. Einmal sind ohne Zweifel

von den Jungtürken selbst Fehler begangen worden, wie wir glauben, ebenso sehr in der auswärtigen wie in der inneren Politik; in der äußeren Politik insofern als sie die endgültige Erledigung der bulgarischen Unabhängigkeitsfrage und die der orientalischen Bahn über Gebühr hinausgezogen haben, obgleich, auch abgesehen von der sehr wesentlichen finanziellen Seite dieser Verhandlungen, nichts wichtiger war, als eine schnelle und möglichst entgegenkommende Lösung der Schwierigkeiten, die der Herstellung eines guten Einvernehmens zwischen Bulgarien und der Türkei noch entgegenstehen. Denn Bulgarien ist zurzeit der Nachbar der Türkei, dessen freundschaftliche Haltung am wichtigsten ist, ganz wie eine feindselige Haltung Bulgariens sich direkt als eine Gefahr bezeichnen läßt. Aber die Bedeutung dieser auswärtigen Angelegenheiten ist wohl von den Massen, welche für den Sturz der Jungtürken in Bewegung gesetzt wurden, nicht begriffen worden, wenn auch als feststehend betrachtet werden muß, daß die Nachricht von dem bevorstehenden Wiederauftauchen des Bandenwesens in Mazedonien beunruhigte. Damit ist aber bereits die Frage der inneren Politik berührt, die den Hauptanlaß zum Gegensatz zwischen dem Komitee Einheit und Fortschritt, d. h. der bisher regierenden Partei und ihren Gegnern gegeben hat. Die Jungtürken des leitenden Komitees sind Zentralisten und als solche intransigent den nationalen Wünschen gegenüber, die auf Berücksichtigung drängen. Sie sind zugleich Doktrinäre, wohl auch in religiöser Hinsicht Rationalisten, stehen also in dieser Hinsicht im Gegensatz zu den natürlichen Instinkten der mohammedanischen Bevölkerung. Sie haben zudem die Person des Sultans mehr in den Hintergrund gedrängt als notwendig war. Dem kombinierten und überraschenden Ansturm der durch diese Mißgriffe verletzten Elemente fiel erst Kiamil Pascha zum Opfer, und damit schien das Signal zum Auseinanderfallen des ganzen Aufbaus jungtürkischer Herrlichkeit gegeben. Konstantinopel, die Geistlichkeit, die Studenten, die in der Hauptstadt stehenden Regimenter und ein Teil der Provinzen, das alles schien des jungtürkischen Regiments müde zu sein. Einen Augenblick konnte es sogar scheinen, als handle es sich darum, die volle autokratische Autorität des Sultans wiederherzustellen. Offenbar aber hat es keine rechte Leitung gegeben. Von seiten der Truppen fanden Ausschreitungen und empörende Morde statt, und man nimmt an, daß gegen 60 Offiziere ermordet wurden, die sich nicht auf das geistliche Gesetz, „den Scheriat",

vereidigen lassen wollten; gegen Verfassung und Parlament aber wagte niemand vorzugehen; der Sultan erklärte, daß ihm nichts ferner liege, als an seinem Verfassungseide zu rütteln und Ismael Kemal Pascha, das Haupt der liberalen Union, die den prinzipiellen Gegensatz gegen die zentralistische Politik der Jungtürken vertritt, hat sich der Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, die Kräfte, die ihm zur Verfügung standen, für seine Ziele nutzbar zu machen. Nur so erklärt es sich, daß die in Konstantinopel völlig auseinandergesprengten Jungtürken sich wieder zusammenfinden und von Saloniki aus eine Gegenaktion organisieren konnten, die, fast könnte man sagen, stündlich an Kraft und Ansehen gewinnt. Es scheint sicher, daß das 2., 3. und 4. Armeekorps (Adrianopel, Saloniki, Anatoli) ihren Einmarsch in Konstantinopel unter Führung von Schefket Pascha halten werden, ohne auf einen energischen Widerstand rechnen zu müssen. Denn so sicher Nazim Pascha ein tapferer Mann ist, so wenig Neigung zeigen seine Truppen zu fechten. Übrigens ist es absolut unmöglich, aus der Ferne vorherzusehen, wie die Dinge sich wenden werden. Widersprechen doch die Telegramme, die vom Schauplatz der Ereignisse kommen, einander auf das schärfste. Bald heißt es, daß die Truppen der Jungtürken im Einverständnis mit dem Sultan vorgehen, bald wieder, daß der Yildiz Kiosk umzingelt, und der Sultan niedergemacht werden sollte. Zum Nachfolger werde sein Bruder Reschad, ein weltfremder Mann von 65 Jahren, erhoben werden. Ebenso widerspruchsvoll lauten die Nachrichten aus Bulgarien, Serbien, Mazedonien. Die Armeniermorde in Adana haben Besorgnisse wegen des Schicksals der Europäer in Kleinasien und Syrien hervorgerufen, und bereits beginnen die Mächte Kreuzer zu entsenden, um mit Nachdruck für Leben und Eigentum ihrer Angehörigen eintreten zu können. In Burgos liegt der russische Kreuzer „Toropez", der Stunde harrend, die ihm die Durchfahrt durch die Meerengen öffnen wird.

Das alles gibt ein unsicheres und beunruhigendes Bild. Es scheint fast, als könnte der Wettersturm, der durch die serbischen Ansprüche auf Kompensation heraufbeschworen wurde und der so schwer zu stillen war, diesmal aus der östlichsten Wetterecke Europas hervorbrechen. So wie die Dinge liegen, wäre ein unblutiger Sieg der Jungtürken die zurzeit günstigste Lösung der Krisis. Aber wenn sie nicht Maß zu halten verstehen, oder die Zügel ihren Händen entgleiten, ist auch das Schlimmste möglich und die Wirkung nach außen völlig unberechenbar. An eine

dauernde Versöhnung der islamischen Welt mit den von den Jungtürken vertretenen Anschauungen des christlichen Abendlandes aber glauben wir nicht. Läßt sich das Scheriat auch so auslegen, daß seine Autorität die formellen Wandlungen deckt, die sich im politischen Leben der Nation durch Einführung der Verfassung vollzogen haben, so muß es als ausgeschlossen gelten, daß die gesellschaftlichen Wandlungen Anerkennung finden können, die ein Aufgehen in abendländische Lebensformen verlangt. Hat sich die islamische Geistlichkeit politisch-radikal gezeigt, so kann sie die weiteren Sprünge nicht mitmachen, die ein Übergehen zur Weltanschauung der Jungtürken verlangen würde. Ebensowenig aber scheinen uns die christlichen „Osmanen" (wie man sich jetzt zu sagen bemüht) in den neuen politischen und gesellschaftlichen Bau hineinzupassen. Sie bleiben trotz allem Armenier, Griechen, Bulgaren, Serben, Syrer usw., und Angehörige einer der 27 christlichen Kirchen, die sich noch heute, wie in den Tagen des finstersten byzantinischen Mittelalters, in blindem Haß verfolgen. Endlich sehen wir nicht, auf welchem Wege die politischen und nationalen Wünsche befriedigt werden können, die bei Griechen, Bulgaren und Serben nach wie vor lebendig sind. Man steht vor Rätseln, und wenn sie eine blutige Lösung finden sollten, bürgt nichts dafür, daß diese Lösung die endgültige sein wird. Der Blick auf Persien, wo die Verhältnisse einfacher liegen, führt nicht zu optimistischen Hoffnungen.

Von Petersburg aus werden Gerüchte über bevorstehende große Veränderungen verbreitet. Einmal wird behauptet, daß es sich um Einsetzung einer ganz neuen Regierung handle, an deren Spitze der Staatssekretär Goremykin treten werde, der bereits einmal, 3. Mai 1906, zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, eine zweite Version läßt den Ministerpräsidenten Stolypin das Ministerium des Innern niederlegen und das des Auswärtigen übernehmen; Kokowzew, der Finanzminister, solle als Botschafter nach Berlin gehen, Goremykin nach Paris, Iswolski über Madrid nach Konstantinopel, Dolgorukow nach Madrid und endlich Schtscheglowstow nach Rom. Justizminister werde A. A. Makarow, Minister des Innern Trepow werden. Eine andere, wie es scheint, offiziöse Meldung sagt, daß der russische Botschafter in Wien, Fürst Urussow, aus Gesundheitsrücksichten einen Urlaub nehmen und nicht mehr nach Wien zurückkehren werde. Offenbar stehen alle diese Nachrichten in Zusammenhang mit jenem

slavischen Entrüstungssturm, den die politische Niederlage der Serben und das Scheitern ihrer Hoffnungen hervorgerufen hat und für die nun das ganze Kabinett büßen soll. Populär ist heute in Rußland nur, wer in das allgemeine Lamento über die Gegenwart einstimmt und Revanche für die Zukunft verspricht. Das hat z. B. der neue Handelsminister Timirjazew (der übrigens in Berlin wohlbekannt ist) in einer Ansprache in der Moskauer Börse getan.

„Mit einem Gefühl tiefer Trauer — sagte er — und mit Leid in der Seele denkt man an die Rolle, die Rußland während der jüngsten Ereignisse in Europa spielen mußte. Aber wir wollen uns nicht entmutigen lassen. Wir wollen diese traurigen Gedanken, so tief sie liegen, abschütteln. Es ist ja wahr, unser Land hat während des letzten internationalen Konflikts seine Stimme nicht so kraftvoll zur Geltung gebracht, als man hoffen durfte, nicht wie es dem starken und mächtigen Rußland zustand. Aber glauben Sie mir, meine Herren, diese Entsagung wird nicht von langer Dauer sein. Unser nationales Programm kann nicht durch Intrigen gewisser ausländischer Mächte umgewandelt worden. Die Union aller slavischen Völker ist uns allen gleich teuer und bleibt als Ziel in Herz und Geist jedes Russen lebendig. Sie steht auf unserer Fahne geschrieben, sie ist unsere nationale Religion. Aber wir wollen nie vergessen, daß, um die slavische Einheit zum Siege zu führen, Rußland mächtig sein muß, nicht nur durch die Zahl seiner Kanonen und Bajonette, sondern mehr noch und vornehmlich durch den Nationalreichtum und das Gedeihen des russischen Volkes."

Der Verfasser des Petersburger Briefes des „Journal des Débats" dem wir diese uns sonst nur in der „Kreuz-Zeitung" zu Gesicht gekommene Rede Timirjazews entnehmen, bemerkt, daß der Minister mit wiederholten Beifallssalven belohnt wurde; Timirjazew sei zwar Liberaler, aber doch Patriot und solche Reden machten dem Russen das Herz warm, die Fiber nationalen Empfindens werde nicht vergeblich angeregt. Rußland habe ganz andere Gegner niedergeworfen als die von heute: Karl XII. und Napoleon z. B. „Wehe denen, die uns demütigen wollen." An diese tapfere Renommage ist man füglich gewöhnt und wenn sie keine schlimmere Wirkung ausübt als den braven Kaufleuten der russischen Börse das Herz zu erwärmen, kann man sich nur darüber freuen. — Aber recht bedenklich klingt es doch, wenn ein welterfahrener Mann sich für die Frage der Union aller slavischen

Völker soweit begeistert, wie der Minister Timirjazew es tut. An die Föderation, wie sie von den Revolutionären von 1906 erstrebt wurde, denkt er wohl schwerlich. Sonst aber gilt es nur den einen Weg, den Rußland stets eingeschlagen hat, seit es eine russische Geschichte gibt, den Weg der Russifikation, der bekanntlich nicht Liebe, sondern Haß zur Folge hat und gegen den niemand sich mehr sträuben würde, als eben jene serbischen und bulgarischen Brüder, denen zu Ehren die Manen Karls XII. und Napoleons I. aufgerufen werden. Eben jetzt ist Rußland beschäftigt, von den polnischen Gouvernements Siedletz und Ljublin das sogenannte Cholmische Gebiet zu lösen, um eine Bevölkerung von 304 885 griechisch-orthodoxen, 310 677 römisch-katholischen, 114 410 Juden und 24 436 gemischter Konfession, von dem ganz katholischen Teil der beiden Provinzen zu trennen und sie als besonderes Gouvernement ungestört zu russifizieren und zu bekehren. Schule, Kirche, Verwaltung, Bauer- und Adelsagrarbanken werden diesem Zwecke dienstbar gemacht. Das alles wird gleichsam als eine selbstverständliche nationale Rettungsaktion bezeichnet, während man es unerhört findet, daß Österreich in Bosnien für die katholischen Slaven kirchlich eintritt, oder daß wir in Posen mit unserer Ansiedlungskommission arbeiten, die bekanntlich weder in konfessionelle noch in sprachliche Streitgebiete eingreift.

Was aber die Revanche für die angebliche Demütigung Rußlands betrifft, so empfehlen wir Herrn Timirjazew den Vortrag, den Anatole Leroy Beaulieu in Paris gleich nach Beilegung der serbischen Schwierigkeiten gehalten hat. Er wird im Maiheft der „Revue politique et parlementaire" erscheinen, aber ein guter Auszug ist schon jetzt im Feuilleton des „Golos Moskwy" zu finden. Es ist der Nachweis, daß der letzte Urheber aller Wirren in Europa seit 1904 England gewesen ist. Genauer verfolgt wird das seit 1907.

„Nach einem ganzen Jahr diplomatischer, finanzieller und militärischer Manöver, nach Koalitionen, die England gegen Deutschland und seine Bundesgenossen abschloß, war das Ergebnis gleich null, und heute ist Englands Lage noch ungünstiger als Ende 1907. Man spricht von Niederlagen der französischen und russischen Diplomatie. In Wirklichkeit hat die Diplomatie Großbritanniens die schwerste Niederlage erlitten. Das aber ist es, was die Lage so beunruhigend macht und einen so gewaltigen deutschen Erfolg darstellt: England braucht eine Revanche, und wird ihr mit allen Mitteln nachgehen, wenn es darum Europa auch

zum zweiten Male hart an den Rand eines bewaffneten Zusammenstoßes führen müßte." Leroy Beaulieu schließt mit einem Hinweis auf die steigenden Rüstungen, auf die gescheiterte Hoffnung, daß Italien aus dem Dreibunde austreten werde, auf die Aussichtslosigkeit, daß Frankreich seine Freunde und Bundesgenossen in friedlichen Bahnen erhalte. Krieg und Frieden in Europa hänge an den englisch-deutschen Beziehungen — das sei des Schicksal des Kontinents!

Das klingt sehr tragisch und ist es vielleicht auch. Denn seit *England am Verfolgungswahn krankt*, spielen Erwägungen nüchterner Berechnung in der englischen Politik nicht mehr mit. Mr. Asquith hat neulich wieder die Versicherung abgegeben, daß England jeder denkbaren Kombination von Seemächten überlegen sein müsse. Nun kann mit aller Bestimmtheit gesagt werden, daß dieses Ziel unerreichbar ist. Eben jetzt wird in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der Gedanke lebendig, daß die atlantische Flotte den Bedürfnissen der Union nicht genüge, und daß eine pazifische Flotte gleichen Umfangs unerläßlich sei. Denken wir uns diesen Plan ausgeführt, so wäre schon die amerikanische Flotte allein der englischen überlegen, unzweifelhaft aber jede Kombination der amerikanischen Flotte mit einer beliebigen andern Flotte ersten oder zweiten Ranges. Ebenso unmöglich ist es aber, daß England seine gesamte Schlachtflotte stets in der Nordsee und im Kanal beisammenhält. Schon eine wirklich ernste Wendung der orientalischen Frage müßte zum Aufgeben dieser Aufstellung führen, geschweige denn ein großer Aufstand in Indien, der bedeutende Truppentransporte nötig machen würde, oder ein Konflikt im fernen Osten. Wir haben der vor 14 Tagen durch die Zeitungen gehenden Nachricht von einer bevorstehenden Kündigung des englisch-japanischen Bündnisvertrages von vornherein die Bedeutung eines ballon d'essay beigelegt. England sollte von den Japanern darauf aufmerksam gemacht worden, welche ungeheure Verlegenheit es heute bedeuten würde, wenn es Japan belieben sollte, einmal die Zähne zu zeigen. Und dieser Zweck ist infolge der englischen Panik ohne Zweifel erreicht worden, denn in der Tat „the bugaboo of a German invasion has suddenly changed to a genuine panic", so charakterisiert die „New York Preß" den englischen Seelenzustand. In Deutschland macht man sich noch immer keine klare Vorstellung davon. Man empfindet nur die komische Seite dieser Aufregungen und lacht darüber; auch glaubt man

nicht, daß die ruchlosen Aufforderungen englischer Seehähne in und außer Diensten, über die deutsche Flotte herzufallen, Ernst werden könnten, im Notfall aber hat man gutes Vertrauen zu einer kräftigen Abwehr. Aber man beachtet zu wenig, daß seit nunmehr acht Jahren England keine Gelegenheit hat vorüberziehen lassen, die Aussichten bot, uns Verlegenheiten zu bereiten. Und deshalb bleibt uns, wenn England seine Taktik uns gegenüber nicht ändert, allerdings nichts übrig, als stetig auf eine weitere Stärkung unserer Flotte hinzuarbeiten.

22. April 1909. Zusammentritt des türkischen Parlaments als Nationalversammlung in San Stephano.
23. April. Scheitern der Verhandlungen zwischen Sultan und Nationalversammlung.
23. April. Einmarsch der jungtürkischen Truppen in Konstantinopel.
24. April. Niederlage der Sultanstruppen.
24. April. Einrücken russischer Truppen in Persien.
26. April. Militärerhebung gegen die Jungtürken in Erzerum.
27. April. Absetzung Abdul Hamids II., Proklamierung Reschads als Mohammed V.
27. April. Der Dreibund erkennt offiziell die Unabhängigkeit Bulgariens an.

---

28. April 1909.

Es ist wohl nützlich, an die Spitze einer Betrachtung über die Lage am Bosporus die Rechte zu stellen, welche die Verfassung dem Sultan gesichert hat. Vor allem: er ist als Khalifa Schutzherr der mohammedanischen Religion, unverantwortlich und sakrosankt. Ernennung und Entlassung der Ministerien, Verleihung aller Würden und Ämter, Abschluß von Verträgen, Kriegserklärung, Friedensschluß, Oberbefehl über Truppen und Marine, Ausführung der Gesetze des Scheri, Berufung, Vertagung, Auflösung des Parlaments, Begnadigungsrecht — das sind in Summa die Pflichten und Befugnisse, die ihm zustehen und der Schutz, der ihm zugesichert ist. Der Beweis, daß der Sultan sich über die Bestimmungen der Verfassung hinweggesetzt hat, ist bisher nicht erbracht worden, vielmehr hat er in der Zeit, die zwischen dem 24 Juli 1908 und dem 13. April 1909 liegt — soweit die Welt es verfolgen konnte — sich als ein musterhafter konstitutioneller Herrscher bewährt; nota bene, sofern ihm die Ausübung seiner Rechte von dem regierenden jungtürkischen Komitee möglich gemacht wurde, dessen Puppen Großwesir und Minister waren; die Verantwortlichkeit ruhte bei ihnen. Dagegen ist der erste Schritt, den dieses jungtürkische Komitee auf dem Boden der neuen Verfassung unternahm, ein Verfassungsbruch gewesen. Es hat eine systematische Fälschung der Wahlen stattgefunden, durch welche den Parteigenossen der Jungtürken die Majorität im Parlament gesichert wurde. Nun mögen die Führer der Partei sich nicht zu unrecht

gesagt haben, daß eine gewaltsame Beeinflussung der Wahlen unerläßlich war, wenn die Verfassung in dem Sinne, wie sie es haben wollten, durchgeführt werden sollte. Wir haben das wesentliche bereits früher einmal hervorgehoben: die nationalen Rivalitäten sollten verschwinden vor der Einheit des osmanischen Staatsbegriffes — nicht Serben, Bulgaren, Griechen, Armenier, Kurden, Syrer und Araber, sondern Osmanen und nur Osmanen sollte es fürder geben. Die religiösen und konfessionellen Gegensätze aber sollten vor dem idealen Begriff absoluter Toleranz verschwinden. Lauter Dinge, die in der Theorie sehr wünschenswert erscheinen konnten, deren dauernde Verwirklichung aber von vornherein denen verzweifelt schwierig schien, die die Welt des Orients kannten und denen die natürlichen Anlagen der Menschennatur kein Buch mit sieben Siegeln waren.

Die Revolution vom 24. Juli war eine meisterhaft durchgeführte Überrumpelung, die von Offizieren geleitet wurde, die ihre Truppen in strammer Disziplin, wie sie in der Schule deutscher Instruktoren herangebildet war, in festen Händen hielten. Lauter persönlich ehrenwerte, tüchtige Männer, aber, so möchten wir behaupten, aus dem spezifisch islamischen Boden herausgewachsen. Im Parlament selbst war trotz der Majorität, über die sie geboten, ihre Stellung weit unsicherer als in dem Teil der Truppen, der ihnen unterstellt war. Wir haben auf die Unstimmigkeiten, die sich hier zeigten, mehrfach aufmerksam gemacht. Sie erschöpfen sich nicht in den Schlagworten Zentralisation und Dezentralisation; in den politischen Klubs, die sich bildeten, machten noch andere Gegensätze sich geltend: arabische und türkische Kultur und Sprache, dazu sehr ernst zu nehmende Differenzen in religiöser Beziehung, und endlich machte auch die sehr bedeutsame Tatsache sich fühlbar, daß das Volk, die große Masse der Bevölkerung, Ziel und Methode des Komitees nicht verstand. Was jedermann wünschte und billigte, war Beseitigung des harten Despotismus der Regierung, des Günstlingswesens, der Aussaugung des Volkes durch gewissenlose Beamte. Wenn es nun gewiß die Absicht des neuen Regiments war, all diese Übelstände zu beseitigen, so ist ebenso sicher, daß es nicht gelungen ist, das Ziel zu erreichen. An die Stelle der Gesinnungskontrolle, welche die Späher Abdul Hamids ausübten, trat die Kontrolle, durch welche die Agenten des Komitees die „Reaktionäre" beaufsichtigten und deren Presse beschränkten. Der Pöbel von Konstantinopel und die schlecht

behandelten Leibtruppen des Sultans aber vermißten schmerzlich die reichen Spenden, die ihnen aus der offenen Hand des Sultans bisher zugegangen waren. Endlich die niedere und auch ein Teil der höheren Geistlichkeit wurde mißtrauisch; sie meinten, das göttliche Gesetz, das Scheriat, komme unter der neuen Ordnung zu kurz.

So war der Boden für die Revolution vom 13. April vorbereitet. Auch sie ist eine Überrumpelung gewesen. Ausgegangen von den Saloniker Jägern, unterstützt von Volk und Geistlichkeit, erstrebte sie unter dem populären Schlagwort „Aufrechterhaltung des Scheriat", Beseitigung der Alleinherrschaft des Komitees Einheit und Fortschritt. Die Jungtürken, die in Konstantinopel jeden Boden verloren zu haben schienen, sind dann einige Tage hindurch gleichsam eliminiert gewesen. Die Meuterer — denn das waren jene Saloniki-Jäger — waren Herren der Lage, aber wie sich herausstellte, ohne Führung. Ihre Offiziere waren teils ermordet worden, teils nach Saloniki, dem Zentrum der mazedonischen Armee geflüchtet. Diese Armee aber, unter dem Kommando Schewket Paschas, war der schlagfertige Hort des Jungtürkentums, die bestdisziplinierte Truppe, die je unter dem Zeichen des Halbmondes gefochten hat. Nun steht fest, daß Geistlichkeit und Meuterer nicht auf Umsturz der Verfassung hingearbeitet haben, und für gleich feststehend halten wir es, daß der Sultan der Überrumpelung vom 13. April von vornherein machtlos und vielleicht noch machtloser gegenüberstand, als der Erhebung vom 24. Juli. Daß er mit der Stimmung der Truppen rechnen mußte, die ihn umgaben, versteht sich von selbst. Er konnte weder nach Saloniki fliehen, noch die mazedonische Armee zu seinem Schutz herbeirufen. Was ihm übrig blieb, war, zwischen beiden Teilen zu vermitteln und zu unterhandeln, wie er es getan hat, und ebenso war es nicht denkbar, daß er das Ministerium behielt, dessen Beseitigung die Rebellion verlangt hatte. Er war seit dem 15. April ein Gefangener, erst der Rebellen, danach, seit die mazedonische Armee sich in Bewegung gegen Konstantinopel gesetzt hatte, der Gefangene der Jungtürken. Jetzt, nachdem in dem unvermeidlich gewordenen Straßen- und Kasernenkampf die sogenannten „Truppen des Sultans", in Wirklichkeit die um ihr Leben kämpfenden Rebellen, unterlegen sind und die mazedonische Armee allen Widerstand gebrochen und alle in Betracht kommenden Positionen in Konstantinopel eingenommen hat, ist die Entscheidung über die Zukunft des Staates und des Landes-

herren von der siegreichen Armee in die Hände des Parlaments gelegt worden, das sich zur Nationalversammlung konstituiert hat. Wie letzteres zu verstehen ist, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Soll es eine convention nationale sein, um über den Sultan zu Gericht zu sitzen und um die angekündigte Strafe an den Urhebern der Ereignisse des 13. April zu vollziehen? Fast sollte man es annehmen. Die Führer der Armee haben mit großer Bestimmtheit erklärt, daß die Truppen mit der Politik nichts zu schaffen hätten und nur ihre militärischen Aufgaben lösen wollten. Das letztere haben sie nun in allgemein anerkannterweise getan, mit möglichst geringem Blutvergießen, und ohne daß die Zivilbevölkerung von Konstantinopel in Mitleidenschaft gezogen worden wäre. Es läßt sich daher wohl darauf rechnen, daß dieser Sieg nicht durch eine Gewalttat gegen den Sultan befleckt werden wird. Da der Erfolg die Gegner des jungtürkischen Komitees im Parlament zum Schweigen gebracht hat, ist trotzdem eine sachliche und unparteiische Entscheidung kaum zu erwarten. Man wird die Formen so weit wahren, daß das übliche Fetwa des Scheik ül Islam angerufen wird, um eine rechtliche Grundlage für die endgültige Entscheidung zu finden. Diesem Fetwa sehen wir jedoch mit höchstem Mißtrauen entgegen, da bisher nichts in dem Verhalten dieser höchsten geistlichen Autorität auf ein charaktervolles Verfahren schließen läßt.

So liegen zur Stunde die Verhältnisse durch den Sieg der Jungtürken keineswegs klarer als vorher. Von den vorhandenen tiefen Gegensätzen, die wie ein klaffender Riß durch den ganzen Aufbau des türkischen Reiches gehen, ist kein einziger beseitigt. Auch die Ersetzung Abdul Hamids durch Reschat oder einen anderen neuen Padischah kann daran nichts ändern. In Kleinasien hat nationaler und religiöser Haß bereits zu den furchtbarsten Ausschreitungen geführt, und nichts bürgt dafür, daß es dabei bleiben wird. Auch in Albanien und an den serbischen Grenzen gärt es, und trotz aller Protokolle bleibt Bulgarien der geschworene Gegner der jungtürkischen Ideale in Mazedonien. Ebensowenig ist daran zu denken, daß die Griechen für die Idee des Aufgehens in den Begriff des Osmanentums zu gewinnen sind. Die Jungtürken können ihre Stellung in Konstantinopel und in der europäischen Türkei behaupten, solange die mazedonische Armee schlagbereit ihnen zur Seite steht. In Vorderasien liegen die Dinge bereits anders. Es wird für das Jungtürkentum erobert werden müssen, und das führt zu der Ge-

fahr eines Bürgerkrieges, der nur zerstörend und zersetzend wirken kann. Den Vorteil davon werden die säkulären Feinde des Islam haben: England und Rußland.

Wie das Hineintragen der politischen Lebensformen des Abendlandes im Orient wirkt, haben die persischen Wirren gezeigt, die zur Besetzung von Bender Abbas durch die Engländer und zum Einmarsch des russischen Generals Snarski in Nordpersien geführt haben, um Täbris zu entsetzen bezw. zu besetzen. Der Endschumen von Chorassan hat, als das Gerücht von dem bevorstehenden Einmarsch der Russen in Mesched bekannt geworden, in aller Naivität dem Präsidenten der Duma Chomjäkow telegraphiert, daß die Bevölkerung von Chorassan, sowie die aller übrigen persischen Provinzen, Schutz für ihre konstitutionellen Rechte verlange. Trotz der Maßregeln, die zum Schutz von Leben und Eigentum der ausländischen Untertanen ergriffen seien, dirigiere die russische Regierung eine militärische Expedition in diese Provinzen. Das widerspreche dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. „Wir bitten die zivilisierte Welt, nicht den Versuch zu machen, uns mit Hilfe ausländischer Truppen dem Absolutismus des Schah zu unterwerfen." Dazu bemerkt der „Golos Moskwy":

Die Befürchtungen, die dieses Telegramm eingegeben hat, sind ganz grundlos. Die russischen Truppen dienen nur Rußland. In den Grenzen Rußlands werden sie das Leben russischer Bürger schützen und ihre Sicherheit aufrechterhalten. Man sollte doch meinen, daß die Zeiten unwiederbringlich hinter uns liegen, da die russische Armee Feldzüge unternahm und ihr Blut vergoß, um den Thron türkischer Sultane und österreichischer Kaiser aufrechtzuerhalten. Der Schah von Persien wird darin keine Ausnahme machen.

Wir haben den Wortlaut dieser Entgegnung wiedergegeben, um einer auch in der deutschen Geschichtsliteratur verbreiteten törichten Legende entgegenzutreten. Es ist nicht wahr, daß Kaiser Nikolaus seinen ungarischen Feldzug unternahm, um den Thron Kaiser Franz Josefs zu stützen. Sein Ziel war ein anderes: er wollte die Revolution, deren Ansteckung er für Polen fürchtete, von den russischen Grenzen fernhalten, und nur das hat ihn zum Einschreiten bewogen. Ganz ähnlich aber liegt es mit dem Einschreiten des Zaren zur Rettung Sultan Mahmuds im Jahre 1833. Der Zar fürchtete, daß in den Händen

Mehemet Alis und Ibrahims die Türkei ein gefährlicher Nachbar werden könne. Deshalb schickte er seine Flotte in den Bosporus. Von der politischen Sentimentalität, die ihm später vorgeworfen wurde, war kein Funke in ihm lebendig. Was aber die jetzige Intervention in Persien betrifft, so geht sie allerdings weder auf Sympathien für den Schah noch für die Konstitutionellen zurück, sie gilt dem Schutz russischer Untertanen und russischer Interessen, aber es darf nicht übersehen werden, daß, obgleich jenes Vorgehen Rußlands nach Täbris zunächst gegen die Konstitutionellen gerichtet scheint, die russische Politik doch soweit der englischen Tendenz folgt, daß sie den Schah zur Aufrechterhaltung der Verfassung nötigen will. Die Interessen beider Mächte treffen darin zusammen, daß ihnen eine politische Schwächung Persiens erwünscht ist, wie das Verfassungsleben sie nun einmal im Orient notwendig nach sich zieht. Nachdem die Teilung der Einflußsphären sich einmal vollzogen hat, können beide Mächte ohne Eifersucht jenen Zersetzungsprozeß verfolgen. Er kommt ihnen gleichmäßig zu gut. Man braucht nur die Blicke auf Ägypten und Indien zu richten, wo die Erhaltung der Ordnung ein vitales Interesse Englands ist, um zu erkennen, mit welcher Sorgfalt dort alle konstitutionellen Bestrebungen der indigenen Bevölkerung niedergehalten werden. Die geringen Zugeständnisse, die Morley durch Heranziehung einiger Inder in seinen Rat gemacht hat, sind im englischen Parlament nur gegen leidenschaftlichen Widerspruch der Opposition durchzusetzen gewesen, und den Ägyptern hat man, obgleich sie doch ein Teil des türkischen Reiches sind, nicht gestattet, das Konstantinopeler Parlament zu beschicken. Dagegen mehren sich die Nachrichten, daß auch in Afghanistan eine konstitutionelle Bewegung vorbereitet wird. Ägypten aber ist zugleich das klassische Beispiel dafür, wohin eine vorläufige Okkupation führt, deren Aufgabe es ist, Leben und Eigentum englischer Untertanen zu schützen. Wir weisen bei diesem Anlaß auf eine fast unbemerkt vorübergegangene weitere Stärkung der Stellung Englands an der Straße von Malakka hin. Die Insel Langkawi, westlich von Kedah, die den einzigen Tiefwasserhafen nördlich von Penang bietet, ist von England besetzt worden. Wie der „Standard" bemerkt, weil hier leicht eine fremde Nation sich eine Kohlenstation hätte anlegen und von dort aus die Straße von Malakka beherrschen können. Es ist das offenbar eine Maßregel, die durch die Fahrt des amerikanischen Geschwaders durch die Südsee veranlaßt

worden ist. Überhaupt ist England bemüht, sich eine Stellung auf Malakka zu festigen. Den Siamesen ist ein Anlehen von 4 Mill. Lstr. zu 4 v. H. gewährt worden, gegen die Verpflichtung, die Eisenbahn von Pankok bis nach Kelantan, d. h. bis an das britische Gebiet zu führen, wodurch dann auch die Ostseite der Halbinsel besser gesichert wird.

In Rußland hat nächst den nicht verstummenden Gerüchten über Personalveränderungen in den wichtigsten Posten des Reiches (die übrigens jetzt für Herrn v. Iswolski wieder günstiger lauten) vornehmlich der Slavenkongreß die allgemeine Aufmerksamkeit angezogen. Seine Verhandlungen sind, wie die aller früheren Kongresse, überschwänglich, maßlos deutschfeindlich und — unklar gewesen. Man will die Idee slavischer Gemeinschaften energischer als bisher propagieren, die Generalstäbler sollen slavische Sprachen und slavische Geschichte lernen, in der orientalischen Gesellschaft und in den Gymnasien soll Slavenkunde gelesen werden, den geistlichen Akademien wird empfohlen, die slavische Jugend unentgeltlich zu unterrichten usw. Ein Antrag, in allen Mittelschulen sämtliche slavischen Sprachen in den Unterrichtskursus zu ziehen, wurde glücklich abgelehnt. Herr Scharapow hielt eine wilde Rede über „Deutschland und die Slaven", dann verständigte man sich dahin, daß ein Bündnis mit England, die Lösung der polnischen Frage und die Versöhnung von Serben und Bulgaren unerläßlich seien. Das ist das Redeprogramm eines Tages. Wir fürchten, daß alle diese Dinge ad kalendas graecas vertagt bleiben werden. Kongresse schließen keine Bündnisse und bringen auch keine Versöhnung eingewurzelter Gegensätze zustande. In der polnischen Frage aber hat der Minister des Innern soeben eine Verordnung erlassen, derzufolge im Königreich Polen kein Pole in Staatsdiensten eine Stellung bekleiden soll, die mehr als 1000 Rbl. einträgt, d. h. sie sollen auf subalterne Stellungen beschränkt bleiben. In der „Now. Wr." wird parallel damit eifrig dafür plädiert, daß bei dem im November bevorstehenden Ausscheiden eines Drittels der Mitglieder des Reichstags dafür Sorge getragen werde, daß aus den Gouvernements Wilna, Kowno, Grodno, Mohilew, Witebs und Minsk keine Polen mehr in den Reichsrat gewählt werden. Die Sophien Bratstwo solle durch Agitation dahin wirken, nötigenfalls das geplante Wahlgesetz umgestoßen werden! Wie ist auf diesem Wege und bei dieser Richtung der öffentlichen Meinung die erstrebte Versöhnung zu erreichen?

Erwähnung verdient noch eine Entscheidung der Duma, über die wir ohne weitere Erläuterung mit den Worten der „Nowoje Wremja" berichten wollen. Sie schreibt am 21. April:

„Die Duma hat heute das Gesetz über die Eigentumsrechte der Autoren angenommen, aber Rechte ausländischer Autoren in Rußland abgelehnt. Wie wir bisher die Ausländer bestohlen haben, werden wir es auch in Zukunft tun. Wir sind arm, daher müssen wir stehlen. Dagegen ist nichts zu sagen, das Argument ist vortrefflich. In der Duma wurden nicht wenig Dummheiten zur Rechtfertigung dieses Diebstahls gesagt und große Unwissenheit bekundet. Rußland könnte sich in dieser Hinsicht reich nennen. In den letzten Jahren wurden russische Schriftsteller, sogar zweiten Ranges, fortwährend in alle Sprachen übersetzt. Das Honorar für die Übersetzung wissenschaftlicher Werke ist überall sehr niedrig. Das sind aber die einzigen Bücher, die wir brauchen. Was die Romane und dramatischen Werke betrifft, so ist Rußland verpflichtet, für sie zu zahlen, denn nur die Reichen und Wohlhabenden brauchen sie."

Am 19. April hat die Seligsprechung der Jungfrau von Orleans in Rom stattgefunden unter großen Feierlichkeiten, deren Höhepunkt die Verlesung einer französischen Rede durch den Papst war. Pio X. stellte dabei die Liebe, die man dem Vaterlande schulde, in scharfen Gegensatz zu dem Verhältnis des gläubigen französischen Katholiken seiner Regierung gegenüber:

„Dieser Staat, diese Regierung — wie immer man sie nennen mag, kann keinen Anspruch auf Liebe erheben; sie führt Krieg gegen die Wahrheit, und beschimpft, was dem Menschen das Heiligste ist. Sie wird sich behaupten können durch materielle Gewalt. Man wird sie fürchten, weil sie mit dem Schwerte droht; man wird ihr gehorchen, weil die Religion Gehorsam der weltlichen Macht fordert und adelt, so weit sie sich nicht im Gegensatz zu den Gesetzen Gottes stellt. Gefühle von Verehrung und Liebe kann nur das Vaterland einflößen, das im heiligen Bunde mit der Kirche steht und das wahre Gut der Menschheit erstrebt . ."

Als dann nach Schluß der Feierlichkeit der Papst die Sedia gestatoria bestieg, um sich in seine Gemächer tragen zu lassen, neigte die katholische Gesellschaft von Orleans im St. Peter ihre Trikolore vor ihm. Da erhob sich der Papst, ergriff die Fahne mit seiner Rechten, führte sie an seine Lippen und küßte sie inbrünstig. Es gab nun ein

enthusiastisches Beifallrufen Vive le Pape! Vive Pie X.! Vive la France! Dann stimmten französische Bischöfe das Magnifikat an, und 50 000 Kehlen stimmten mit ein. Die Szene ist, wie alle Augenzeugen berichten, höchst eindrucksvoll gewesen.

Genau acht Tage danach fand die Gambettafeier in Nizza statt. Auch sie war höchst eindrucksvoll. Der Präsident der Republik und Herr Clemenceau haben geredet. Die Rede des letzteren war ein Meisterstück. Er feierte vor allem den Patrioten und den Begründer und Organisator der republikanischen Partei. Aber er hat in seiner Rede das Wort nicht wiederholt, das die Feier in Nizza in so merkwürdigen Gegensatz zu der Szene im St. Peter stellt, von der wir soeben sprachen, das Wort: „Le cléricalisme c'est l'ennemi!" Gambetta hat es gebraucht, weil der kämpfende Klerikalismus damals der Bundesgenosse der Monarchisten war. Er hätte, das halten wir für sicher, den Kampf aufgegeben, als die Gefahr geschwunden war. Seine minderen Schüler, Waldeck-Rousseau, Combes, Clemenceau haben das Wort aufgenommen und es bis zu den Folgerungen fortgeführt, in denen die Konsequenz zum Unsinn und die Folgerichtigkeit zur höchsten Ungerechtigkeit wird. Die Geschichte des Katholizismus in Frankreich während des letzten Jahrzehnts gibt dafür die Belege. Für einen großen Teil des Volkes von Frankreich ist er als erziehende und sittigende Macht entwurzelt worden, ohne daß ein Äquivalent an die Stelle getreten wäre. Einem andern ist er noch immer der „nationale Glaube" und die Vertreter dieses Teils der Nation haben sich zur Feier der Jungfrau von Orleans in Rom zusammengefunden. Erst die Zukunft wird entscheiden, welchem Teil der Sieg gehört, heute jedenfalls ist die Entscheidung noch nicht gefallen.

Die Mächte der Tripelentente haben die Unabhängigkeit Bulgariens und das Königtum des Fürsten Ferdinand anerkannt. Auch Deutschland und Österreich werden mit der offiziellen Anerkennung folgen, nachdem die Interessen der Orientbahn nunmehr gesichert sind.

Da wir schließen, laufen aus Konstantinopel Nachrichten ein, die das Bild der türkischen Zustände, das wir oben zu zeichnen versuchten, noch weit trüber gestalten. Die Lage des „unverantwortlichen und sakrosankten" Sultans scheint eine verzweifelte geworden zu sein. Alles hat ihn verlassen; seine Absetzung durch die Nationalversammlung ist sicher, wenn er nicht freiwillig abdankt. Selbst für die Rettung seines

Lebens läßt sich keine Bürgschaft geben. Inzwischen aber bereiten die Jungtürken ein blutiges Strafgericht vor, das alle Beteiligten an der Erhebung vom 13. April bedroht. Schon jetzt hat eine lange Reihe standrechtlicher Erschießungen stattgefunden; die Ungezählten, die als „Meuterer" oder als Förderer des 13. April verhaftet worden sind, sollen kriegsgerichtlichem Urteil unterstellt werden. Es ist entweder eine Rachepolitik, wie sie seinerzeit der französische Konvent durchführte, oder der Beweis, daß die Herrschaft der Jungtürken sich anders als durch ein Schreckensregiment nicht aufrechterhalten läßt. Beides prognostiziert eine unsichere, stürmische Zukunft. Wir erinnern uns des Worts des alten russischen Kanzlers Gortschakow, der zu sagen pflegte: „Auf Bajonette kann man sich wohl stützen, aber man kann sich nicht auf sie setzen." Das heißt wohl, ein dauerndes Regiment ist auf diesem Wege nicht zu begründen. Das System der Mäßigung und der friedlichen Reform, das den Staatsstreich vom 24. Juli charakterisierte, scheint endgültig verlassen zu sein. Wir sehen mit Sorgen der weiteren Entwicklung entgegen. Es ist nicht anzunehmen, daß eine endgültige Entscheidung gefallen ist.

29. April 1909. Zusammenkunft des italienischen und des englischen Königspaares in Bajä.
29. April. Internierung Abdul Hamids in Saloniki. Tewfik Pascha wird Ministerpräsident.
30. April. Geburt einer Thronerbin von Holland.
30. April. Einzug der russischen Avantgarde in Täbris.
1. Mai. Erste Sitzung des Casablanca-Schiedsgerichts.
4. Mai. Demission Tewfik Paschas und seines Kabinetts.
5. Mai. Hilmi Pascha wird zum Großwesir ernannt.
5. Mai. Der Schah von Persien proklamiert die Herstellung der Verfassung.

---

5. Mai 1909.

In Konstantinopel herrscht Mohammed V. Tewfik Pascha ist (wohl nur provisorisch) Großwesir und hat sein Ministerium organisiert, die Gewalt ist bei der Armee und den Jungtürken, und die neuen Ordnungen sind von allen Mächten anerkannt. Das sind die Tatsachen, und mit diesen Tatsachen ist zu rechnen. Nichts wäre falscher als die Wandlung, die sich im innern Leben der Türkei vollzieht, leiten und in eine bestimmte Richtung lenken zu wollen. Wir stehen den Ereignissen beobachtend gegenüber und werden jede Wendung mit Beifall begrüßen, die stabile Zustände bringt. Am meisten Sorge machen die Verhältnisse in Kleinasien, wo wiederum die unglückseligen Armenier die Opfer des Hasses geworden sind, den sie seit undenklichen Zeiten zu tragen haben. Ist es ihnen doch während der russischen Revolution im Kaukasus kaum besser gegangen. Ein russisches Blatt, der „Golos Moskwy", meldet, daß in Zusammenhang mit der Reise Sir Eldon Gorsts aus Ägypten nach Syrien, das Gerücht gehe, daß England Syrien okkupieren wolle, um den dort entbrannten Bürgerkrieg zu stillen. Die Absendung englischer Kriegsschiffe gelte den Eingeborenen als Bestätigung dieses Gerüchts, und so sei eine allgemeine Erhebung zu fürchten, deren Opfer die christliche Bevölkerung des Landes sein werde. Unzweifelhaft gehen autonomistische Bestrebungen nebenher, und zwar nicht nur in Syrien, sondern auch in Arabien, wo England die einzelnen Stämme unterstützt und seit Jahren mit Waffen versorgt. Überhaupt steht man in Rußland den türkischen Verhältnissen skeptisch gegenüber. Der Graf Kamorowski meint, die Mächte hätten recht töricht gehandelt, die Annexion von Bosnien und der Herzegowina anzuerkennen, eine Konferenz werde sich nicht umgehen lassen. Die Mächte würden schließlich doch zum Einschreiten genötigt sein und die für alle Teile furchtbare Frage der Fortexistenz der Türkei werde dann auf die Tagesordnung

kommen. Es sei gleichgültig, ob Jungtürken oder Anhänger der Alten schließlich siegten, weder eine rasche Entscheidung, noch eine Erhaltung der Integrität der Türkei ließe sich erwarten. Die Sünden von Jahrhunderten rächten sich. Man habe eine Verfassung, aber weder der Boden, noch die Atmosphäre, noch die Menschen seien vorbereitet, sie zu ertragen.

Aber war es nicht ebenso in den Jahren 1905 und 1906 in Rußland und war die russische Revolution nicht noch schrecklicher als die türkische, und wird nicht heute auch in Rußland von einer drohenden Reaktion geredet? Und doch geht es entschieden vorwärts, wenn auch die Säuberungsarbeiten, die jetzt vorgenommen werden, mit dem Duft alter Sünden die Atmosphäre vergiften. Die Verhandlungen der Duma über die Schäden der Intendantur haben diese Sünden rückhaltlos klar gelegt und die Senatorenrevisionen wahrhaft empörende Mißbräuche aufgedeckt. Nicht viel besser war der Eindruck, den die Debatten über das Schulwesen und den Bildungsstand der Bevölkerung machten. Die Rekrutierung des Jahres 1907 ergab 47 v. H. Analphabeten (gegen 99,07 Schriftkundiger v. H. in Deutschland); lesen und schreiben konnten 40,9 v. H. der Ausgehobenen, 12,3 v. H. nur lesen! Dabei ist aber nicht darauf hingewiesen, daß das Verhältnis sich noch weit ungünstiger gestalten würde, wenn man die Rekruten der gut geschulten Westprovinzen nicht mit in Anschlag brächte. Was aber die Reaktion betrifft, so läßt sich nicht übersehen, daß es unter den Mitgliedern der äußersten Rechten in Senat und Reichsrat Elemente gibt, welche gern zu den Zuständen zurückkehren möchten, wie sie vor dem 17./30. Oktober 1905 bestanden. Aber ihr Versuch, den Ministerpräsidenten Stolypin zu beseitigen und einen der Ihrigen, etwa Durnowo, an die Stelle zu setzen, kann erfreulicherweise als gescheitert betrachtet werden. Es ist sogar wahrscheinlich, daß Stolypin, der seine Erholungszeit in der Krim jetzt hinter sich liegen hat, heute fester steht als je und aus der Krisis als Kanzler hervorgehen wird. In hohem Grade auffallend war, daß die Kampagne gegen den Ministerpräsidenten in einem englischen Blatt geführt wurde. Der Korrespondent des „Daily Telegraph", Dillon, trat mit den schärfsten Angriffen gegen ihn hervor, wie jetzt behauptet wird, als Organ des Grafen Witte und der übrigen Führer der Rechten im Reichsrat: Durnowo, Stischinski, Akimow und Pichno. Ist nun auch dieser Angriff abgeschlagen, so sind darum die Anhänger dieser russischen Hochkonservativen keineswegs in Ungnade gefallen. Einer von ihnen, Markow, ist kürzlich vom Zaren sehr gnädig

empfangen worden. Ebenso ist der Einfluß des intransigenten russischen Klerus durchaus nicht gebrochen; er trägt sich vielmehr mit der Hoffnung, das verlorene Terrain zurückzugewinnen, und hofft sogar, Mariaviten, Altkatholiken und die englische Highchurch für sich zu gewinnen. Das letztere ist bekanntlich ein alter Traum, der sowohl von englischer wie von russischer Seite geträumt wurde, ohne daß Aussicht vorhanden ist, daß er sich je verwirkliche. Trotz aller Abkommen geht die Entente doch nicht so weit.

Dagegen bewährt sie sich bisher in Persien. Die Russen sind mit ihren Kosaken, 4000 Mann Infanterie und 24 Geschützen in Persien eingerückt und liegen jetzt vor Täbris. Da sie im Verein mit England für die persische Verfassung eintreten, sind sie von den liberalen Nationalisten gut empfangen worden, und nach einigem Schwanken scheint sich jetzt auch der Schah ihnen fügen zu wollen. Dennoch ist die Aussicht gering, daß hier Dauerndes geschaffen wird, und es kann zweifelhaft erscheinen, wann die Verhältnisse so weit gediehen sein werden, daß die russischen Truppen wieder abmarschieren können. Vielleicht ist auch ihr Eingreifen in die kleinasiatischen Wirren in den Instruktionen des Generals Snarski vorgesehen.

Ein am 6. April in dem englischen Marinejournal „The Western Morning News" von Immo S. Allen veröffentlichter Brief „über Weltpolitik" wird jetzt in einer Sonderausgabe verbreitet, die auch uns zugegangen ist. In wortgetreuer Übersetzung lautet der Brief folgendermaßen:

„Sir! Wenn man heute die „Weltpolitik" ins Auge faßt, ist die alles beherrschende Tatsache diese: Die starke und schnellwachsende deutsche Nation findet ihre europäische Heimat zu eng, und sucht (ist fest entschlossen sich zu sichern) ein Territorium von günstigem Klima anderswo zu gewinnen, um ihren Überschuß unterzubringen, ohne ihn zu anderer Flagge übergehen zu lassen. Alle gemäßigten Regionen der Welt sind aber jetzt okkupiert, und wenn Deutschland, was es wünscht, verwirklichen will, muß es äußerstenfalls mit Waffengewalt erworben werden. Ein Blick auf die Weltkarte zeigt nun, daß es drei Gebiete in der südlichen Hemisphäre gibt, die in Betracht ihrer geringen Bevölkerung als mögliche Objekte imperialistischer Unternehmungen in Frage kommen. Es sind die beiden britischen Kolonialstaaten Südafrika und Australien und der südliche Teil von Südamerika. Südafrika, dessen Besitz wir für notwendig halten, um unsere Stellung in Indien zu behaupten, liegt nahe genug von England, um wirksam verteidigt zu werden, ohne daß darum unsere verfügbaren Hilfsmittel über Gebühr geschwächt werden.

Anders steht es mit Australien. Im Vertrauen auf den Schutz des Mutterlandes hat es eine Politik unmöglicher Ideale verfolgt und versäumt, sich die einzige wirkliche Stärke einer Gemeinschaft zu sichern, eine starke landsässige Bevölkerung. Australien ist allerdings eine Pflaume, die zum Pflücken reif ist; aber unter den jetzigen Verhältnissen sind wir wahrscheinlich stark genug, um mit Erfolg einem räuberischen Überfall zu widerstehen, in Zukunft mag das schwieriger sein. Das dritte Gebiet, das ich erwähnte, das südliche Südamerika, ist spärlich bevölkert von einer gemischten, spanisch redenden Rasse und ist bisher gegen europäischen Angriff durch die Monroe-Doktrin der Vereinigten Staaten von Amerika geschützt worden: jeder Versuch, ein Territorium in der neuen Welt zu gewinnen, würde energisch von der großen Republik des Nordens zurückgewiesen werden. Die Monroe-Doktrin hat uns niemals Sorgen gemacht (?), denn wir besitzen Land genug; dagegen wird Deutschland von ihr schmerzlich berührt, da es damit von der einzigen gemäßigten Region der Erde ausgeschlossen wird, die es erwerben könnte, ohne in Konflikt mit dem weiten und mächtigen Britischen Reich zu kommen.

Dies, Sir, scheint mir eine Tatsache von höchster Wichtigkeit. Sollte es nicht denkbar sein, daß die deutsche Flotte gebaut wurde, nicht um unsre jetzige Suprematie zur See zu brechen, sondern um die amerikanische Flotte so zu schwächen, daß die Monroe-Doktrin der Vereinigten Staaten ein Spott wird? Jedenfalls wäre das für Deutschland eine weniger gefährliche Politik, die zudem von augenblicklichem Erfolge gekrönt werden könnte, denn in der Frage der Monroe-Doktrin würden die Vereinigten Staaten isoliert sein. Auf unsre Unterstützung könnten sie nicht rechnen, da diese Politik nicht von praktischer Tragweite für unsere eigenen Interessen ist. Die Okkupation des südlichen Teils von Südamerika wäre vielmehr ein direkter Vorteil für uns, da die explosive Energie Deutschlands, die früher oder später einen Ausweg suchen muß, hier ein Sicherheitsventil fände.

Es ist in der Tat ein ganz natürlicher und durchaus lobenswerter Ehrgeiz von seiten Deutschlands, eigenes Land zu gewinnen, in dem es ohne nationalen Verlust sich ausbreiten kann, und wir wären schlecht beraten, wenn wir die Versuche unserer großen Nachbarn, ihre Grenzen zu erweitern, hartnäckig verhindern wollten. Wir sollten uns erinnern, daß unsere eigene Sicherheit verlangt, daß wir diesen Bestrebungen vernünftige Konzessionen machen, nicht, daß wir sie energisch niederhalten. Auch soll man nicht glauben, daß die Politik, die ich vorschlage, unver-

einbar ist mit der Freundschaft, die wir den Vereinigten Staaten so herzlich entgegenbringen. In wenigen Jahren wird der Panamakanal offen sein, die Ost- und Westküste der Vereinigten Staaten werden dann in Verbindung mit einander stehen, ohne daß sie von der weiten Fahrt um das Kap Horn abhängig sind, so daß die Monroe-Doktrin (infolge der eigenen Politik der Vereinigten Staaten) in bezug auf den äußersten Süden jeden vernünftigen Sinn verlöre. In dieser Frage ist die natürliche Politik für uns: strikte Neutralität. Wir brauchen unsre Freundschaft nicht erst zu beteuern, wenn die wahren Interessen der Vereinigten Staaten bedroht werden, und jeder Versuch, sich in die Frage des Panamakanals einzumischen, würde notwendig eine Kombination der beiden großen Zweige der angelsächsischen Rasse zur Folge haben."

Wir haben diese offenbar wohlwollend gedachte Phantasie wiedergegeben, weil sie wenigstens von dem Gedanken abstrahiert, daß wir London erobern wollen, und weil sie in bezug auf Britisch-Südafrika und Australien beruhigend wirken könnte. Die Frage der Annexion Patagoniens aber erledigt sich dadurch, daß dieses Land lange ein Streitobjekt zwischen Argentinien und Chile war und durch einen Vertrag vom Juli 1881 zwischen ihnen so geteilt wurde, daß die Cordilleren die Grenze bildeten und die Magelhaens-Straße bei Chile blieb. Hier gibt es also *nichts zu okkupieren* und wir müssen bedauern, den liebenswürdigen Vorschlag Mr. Allens ablehnen zu müssen.

Aber trotzdem wird es von Nutzen sein, einige Worte über unsere *Flottenpolitik* zu sagen. Sie ist nicht bestimmt, eine Angriffswaffe zu sein, die fremde Flotten in Friedenszeiten überfällt und konfisziert, wie es Dänemark seinerzeit erleben mußte, sondern eine Schutz- und Verteidigungswaffe, die unsere Kolonien, unseren Handel, unser gutes Recht und unsere nationale Ehre, wo sie angegriffen werden, kraftvoll aufrechtzuerhalten berufen ist.

Wer uns andere Zwecke unterlegt, ist entweder unwissend oder böswillig. Mit beidem haben wir leider zu rechnen. Das jüngste Beispiel dafür hat die in ganz Deutschland so freudig aufgenommene Nachricht von der Geburt einer Thronerbin in dem benachbarten und befreundeten Holland gegeben. Sie ist in Frankreich vom „Temps" und in England vom „Standard" benutzt worden, um Deutschland zu verdächtigen. Das letztere Organ des britischen Jingoismus hat unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß der Schreiber dieser Zeilen, der mit Namen genannt wird, immer wieder seinen Landsleuten die

Vorteile vorgehalten habe, die eine Absorbierung Hollands für Deutschland haben würde. Das wird der „Standard" beweisen müssen, und da meine politischen Aufsätze seit acht Jahren ohne jede redaktionelle Änderung in Buchform veröffentlicht sind, ist es, wenn der „Standard" nicht den Vorwurf verleumderischer Lüge auf sich sitzen lassen will, seine Pflicht, nachzuweisen, wo und wann ich das gesagt habe. Es ist niemals geschehen! Wohl aber hat die imperialistische Presse seit Jahren den kleinen Kontinentalstaaten in wahrhaft virtuoser Weise die Vorstellung beizubringen gesucht, daß Deutschland sie verschlingen wolle; dafür stehen die Belege jederzeit zur Verfügung. Und noch eins mag bei dieser Gelegenheit betont werden: wir haben nie die Gelegenheit versäumt, unsere Leser darauf aufmerksam zu machen, wenn wir in den Äußerungen der englischen Staatsmänner oder in der englischen Presse auf eine freundliche Äußerung über Deutschland stießen. Der Empfang, den die deutschen Arbeiter gerade jetzt in England gefunden haben, zeigt jedem, wie wir oft betonten, daß von einem ins Volk gedrungenen Nationalhaß drüben ebenso wenig die Rede sein kann wie bei uns.

Wir hoffen daher nach wie vor, daß die Halluzinationen, an denen jetzt das politische England leidet, einmal schwinden werden, es wäre trostlos und höchst gefährlich, wenn wir einer unheilbaren Krankheit gegenüberstünden. Unheilbar jedenfalls in dem „Standard". In einer Artikelserie unter dem Titel „Relations with Germany", tritt er u. a. mit der Insinuation hervor, daß Deutschland in der Doggerbankaffäre eine verdächtige Rolle gespielt habe: „we have a strong suspicion, that she tried to envenom the trouble with Russia in 1905 in the matter of the North Sea incident." Der Zweck dieser systematischen Verdächtigungen ist leicht zu erkennen. Sie stehen in Zusammenhang mit der Kampagne, die gerade jetzt geführt wird, um die großen Kolonien zur aktiven Teilnahme an den englischen Flottenrüstungen gegen Deutschland zu bewegen. Bekanntlich hat Neuseeland sich bereits verpflichtet, einen Dreadnought zu stellen, während Australien und Südafrika sich zunächst noch zurückhaltend zeigen. Dagegen scheint in Kanada die Frage im Sinne des englischen Imperialismus entschieden zu werden. Der Ministerpräsident Sir Wilfrid Laurier hat die folgende Resolution eingebracht und durchgesetzt:

„Die Kammer erkennt die Pflicht, die dem kanadischen Volke zufällt, im Verhältnis des Wachstums seiner Bevölkerung und seiner Reichtümer in weiterem Umfange die Verantwortlichkeit für die natio-

nale Verteidigung auf sich zu nehmen. Die Kammer ist der Ansicht, daß bei den zwischen dem Mutterlande und den autonomen Kolonien bestehenden konstitutionellen Beziehungen die Zahlung fester und regelmäßiger Beiträge an den Reichsschatz für Heer und Flotte nicht die befriedigendste Lösung des Problems der Verteidigung darstellt. Die Kammer wird herzlich gern jede Forderung bewilligen, die notwendig ist für die schleunige Organisation eines kanadischen Marinedienstes, wie die Admiralität ihn auf der letzten Reichskonferenz als erwünscht bezeichnete, und in voller Übereinstimmung mit dem Gedanken, daß die Suprematie Großbritanniens zur See unerläßlich ist zu wirksamer Beschützung des Handels, zum Heil des Reichs und zur Erhaltung des Weltfriedens. — Die Kammer ist fest überzeugt, daß jedesmal, wenn das Bedürfnis fühlbar wird, das kanadische Volk sich bereit und geneigt zeigen wird, alle Opfer zu bringen, die notwendig sind, um den Reichsautoritäten (d. h. dem regierenden Kabinett in London) die allerloyalste und herzlichste Hilfe zu leisten, und die Integrität sowie die Ehre des Reiches aufrechtzuerhalten.

Auf dieser Grundlage werden nun Verhandlungen mit dem Kabinett Asquith geführt werden, und es ist kaum zu bezweifeln, daß es in einigen Jahren eine kanadische Kriegsflotte geben wird, die, wie der „Globe" sich ausdrückt, „auf das erste Signal des drahtlosen Telegraphen sich mit der englischen Flotte wird vereinigen können". Ähnlich schreiben andere imperialistische Blätter, wie der „Star" und die „News" von Toronto, und es ist charakteristisch, daß die Vorstellung dabei zum Ausdruck kommt, daß der künftige Gegner Deutschland sein werde. Ganz anders ist die Stimmung in Französisch-Kanada. „Le Nationaliste", ein großes in Montreal erscheinendes Blatt, stellt die folgende charakteristische Betrachtung an:

„Die praktischen Folgen dieser Resolution drängen sich auch den blödesten Augen auf. Man erinnere sich, daß durch eine ähnliche Resolution 1898 die Teilnahme Kanadas am afrikanischen Kriege entschieden wurde. Als das Ministerium abstimmen ließ, konnte man im ganzen Lande, namentlich aber in Quebeck hören, das habe nichts zu bedeuten, es sei ein Akt der Höflichkeit, eine Formalität ohne Bedeutung. Drei Wochen danach aber mußten wir England eine Kontribution an Menschen und an Geld leisten. Genau dasselbe bereitet sich heute vor, und wenn, wie „Globe", „Halifax Chronicle", „News" und sogar „Soleil" ankündigen, morgen der Krieg zwischen England und Deutschland aus-

bricht, wird man nicht mit Unrecht von uns verlangen, daß wir unser Wort einlösen." Und an andrer Stelle heißt es: „Kein Zweifel, wir sind vom Wirbel des Militarismus erfaßt worden."

Uns interessiert zumeist die Tatsache, daß die imperialistische Agitation gegen Deutschland auch auf kanadisch-amerikanischen Boden übertragen worden ist. Der „Nationaliste" will dabei vornehmlich die Hand des Gouverneurs Lord Grey erkennen. Man hat ihm wohl pour cause seine Amtsdauer bis 1910 bestätigt.

Eine nicht uninteressante Betrachtung stellt der von uns schon mehrfach erwähnte Waverley über das englische Logenwesen an. Großmeister der englischen Logen war von 1874—1901 der damalige Prinz von Wales, aber auch als König ist Eduard VII. Protektor der Logen geblieben, das Großmeistertum übergab er dem Herzog von Connaught, seinem Bruder. Im September 1908 zeigte die „Roll of the Grand Loge" 3300 Logen unter englischer Konstitution, die übrigen sind Koloniallogen. Fast alle Offiziere, Prälaten, die gesamte Aristokratie gehöre den Logen an, mit Ausnahme der Katholiken. Waverley behauptet nun, daß das französische Logenwesen in Abhängigkeit vom englischen stehe, und sieht darin einen Grund der politischen Abhängigkeit, in der Frankreich von England stehe.

„Die englische Politik — so schreibt er — stützt sich auf zwei furchtbare Gewalten, die sie bewunderungswürdig zu brauchen versteht: auf den Freimaurer und den Juden. In den englischen Logen wurden zum erstenmal diese beiden Gewalten fusioniert. Aber es seien Mächte der Finsternis, die einst dem Kreuz und dem Schwert weichen würden."

Das wüßten sie, deshalb fürchteten sie den Krieg und seien bemüht, durch Pazifizismus und Humanitarismus die Völker, deren Untergang sie vorbereiteten, zu entmannen.

Bei uns, wo das Freimaurertum einen wirklichen Einfluß nicht ausübt, wird man den aus diesen Zeilen sprechenden Grimm kaum verstehen. In Frankreich, wo die „Affaire des fiches" noch in lebhaftem Andenken steht und wo die Männer an der Spitze meist Freimaurer sind, schon eher.

Wir verfolgen schon längere Zeit nicht ohne Sorge die Entwicklung, welche die Verhältnisse in Marokko nehmen. Mulay Hafid scheint dem Schicksal seines Vorgängers entgegenzugehen. Ein Regiment, das in der Vorstellung der Marokkaner in Abhängigkeit von Europäern steht, verliert den Boden unter den Füßen, daran läßt sich nicht mehr zweifeln, und deshalb hätten unserer Meinung nach die Franzosen

klüger getan, etwas zurückhaltender im Zeigen ihrer Machtstellung zu sein. Auch aus der Ferne, ohne Ostentation und durch marokkanische Vermittler hätte sich ihr Einfluß geltend machen lassen. Jetzt schwärmen die Wespen wieder aus und richten ihre stets blinde Wut gegen alles, was ihnen in den Wurf kommt.

Daß das Ministerium Clemenceau jetzt mit Energie gegen die Beamtenassoziationen vorgeht, findet, mit Ausnahme der betroffenen Kreise, allgemeine Billigung. Nur geschieht es etwas spät, nachdem bereits viel Boden verloren ist. Die Hauptschuld an dieser Entwicklung trifft freilich andere. Erst seit 1901, als das Ministerium Waldeck-Rousseau das Assoziationsrecht allen Franzosen zuerkannte, begannen Staatsbeamte korporative Verbände und Föderationen in Form von Assoziationen zu bilden. Neuerdings ist dann eine dieser Assoziationen nach der andern der Arbeitsbörse beigetreten, so daß Arbeiter und Beamte ihre gemeinsamen Meetings abhalten und die Autorität des Staates seinen Organen gegenüber ganz verloren geht. Da ist es allerdings die höchste Zeit, daß eingegriffen wird. Es ist uns aber fraglich, ob es mit einer Maßregelung der acht Hauptschreier getan sein wird.

Ende März ist in China unter dem Siegel des Regenten allen hohen Beamten der Residenzen und der Provinzen der Befehl zugegangen, durch ihre Untergebenen die Bevölkerung darauf vorzubereiten, daß die Einführung der Verfassung bevorstehe. Es bricht also auch hier eine neue Zeit an. Irren wir nicht, so sind die Chinesen besser für eine solche Wandlung vorbereitet, als andere Verfassungsstaaten neuen Datums.

Die offizielle Anerkennung des bulgarischen Königtums ist jetzt allseitig erfolgt. Die Polemik der bulgarischen Presse, die sich gegen das Anerkennungstelegramm Kaiser Wilhelms richtete, war sehr übel angebracht. Die Übergabe des türkisch-bulgarischen Vertrages, der die Verhältnisse der Orientbahn sicherstellte, ist erst nach Abfertigung dieses Telegramms erfolgt. Es war daher ein Akt besonderen Entgegenkommens, daß Kaiser Wilhelm trotzdem, im Vertrauen auf die Loyalität des Königs, seine Anerkennung des bulgarischen Königtums aussprach. Das ist dann auch nachträglich verstanden worden.

Zwischen Belgien und England ist es wegen des Bezirks Lado und eines strittigen Grenzgebiets sowie über Reformfragen zu Gegensätzen gekommen, die wohl nicht anders als durch einen internationalen Schiedsspruch zu lösen sein dürften.

7. Mai 1909. Die türkische Regierung trifft Maßregeln gegen die Christenmorde in Anatolien
8. Mai. Ankündigung eines Gesetzes, das die zweijährige Dienstpflicht in Österreich-Ungarn einführen soll.
9. Mai. Ernennung eines Reform-Ministeriums in Persien.
10. Mai. Schwertumgürtung Mohammeds V.
11. Mai. Erneuter Ausbruch des Poststreiks in Paris.

12. Mai 1909.

Die Ministerkrisis in Petersburg scheint noch fortzudauern — wenn sie wirklich besteht, und nicht Sorge oder Wunsch sie geschaffen haben. Wir unserseits können uns nicht vorstellen, daß Kaiser Nikolaus II. sich von dem Manne trennen sollte, der in der überaus schweren Zeit, mit täglicher Einsetzung seines Lebens, so treu und fest zu ihm gestanden und Rußland tatsächlich aus der Revolution zu staatlicher Ordnung und zu leidlicher Sicherheit zurückgeführt hat. Daß er für die Prärogative des Herrschers einsteht, ist ebenso sicher, wie sich dann mit guten Gründen annehmen läßt, daß die strittige Frage, die Überweisung eines Teils des Marinebudgets zur Prüfung an die Duma, auf ein Mißverständnis zurückzuführen ist. Der „Golos Moskwy", der fest zu Stolypin steht und bekanntlich Organ der Oktobristen, d. h. der gemäßigten Liberalen und gemäßigten Rechten ist, charakterisierte ihn am letzten Sonnabend folgendermaßen:

„Stolypin stellt einen ganz neuen Typus russischer Staatsmänner dar. Vor allem, er ist kein Tschinownik. Dann, und das ist besonders wichtig, er ist ein in hohem Grade selbständiger und unabhängiger Mann. Er dient nur dem Kaiser und der Staatsidee und schenkt niemals den sogenannten „einflußreichen Sphären" sein Ohr, wie man sonst in der bureaukratischen Welt zu tun pflegt, und noch weniger irgendeiner politischen Partei . . . . Nur bei uns kann man ihm das zum Vorwurf machen. Begründet nur ein Ministerium Durnowo, Akimow, Witte — es wird in der Duma nur Markow II. und ein Dutzend seiner Anhänger für sich haben, und auf die beklagenswerten Folgen einer solchen Kombination werdet ihr nicht lange warten müssen. Ein

solches Ministerium — und das unterstreichen wir — wird isoliert sein. Das Zentrum der Duma wird gewiß nicht opponieren, um zu opponieren, aber die Macht der Verhältnisse wird es in die Reihen der Opposition drängen, das Zentrum ist eine aufrichtig konstitutionelle Partei, und diesen Standpunkt wird es nie aufgeben. Gewiß läßt sich die Duma auflösen. Man könnte die Skorpione der Repression stärken und ganz Rußland für verdächtig erklären. Aber das wäre ja eine — Katastrophe . ."

Offenbar spricht hier wirkliche Sorge, aber wie uns scheint, übertriebene Sorge. Sowohl der Zar, wie der Ministerpräsident stehen auf dem Boden der Verfassung vom 31. Oktober 1905. Es handelt sich um Formfragen, nicht um wesentliche Differenzen: da kann die Verständigung nicht ausbleiben. Wir haben noch einen Grund, die Lage optimistisch zu beurteilen. Es ist die liebenswürdige Verdächtigung, die die „Agence Havas" jüngst vorbrachte und die unsern Lesern aus der „Kreuz-Zeitung" bereits bekannt ist. Wir wiederholen hier den Wortlaut der Depesche nach der Übersetzung des „Temps", der natürlich keinen Anlaß fand, die giftige Verleumdung als unwahrscheinlich zurückzuweisen. Die „Agence Havas", bekanntlich die offizielle französische Telegraphenagentur, deren Depeschen am Quai d'Orsay kontrolliert werden, meldete:

„In diplomatischen Kreisen versichert man, daß die gegen Herrn Stolypin von der reaktionären Bureaukratie geführte Kampagne von der deutschen Diplomatie inspiriert worden ist. Sie hält Stolypin für den Urheber der deutsch-feindlichen Politik und befürchtet, daß, wenn er im Amte bleibt, Rußland sich endgültig dem deutschen Einfluß entziehen könnte. Bis jetzt hat die Kampagne keinen Erfolg, da die Majorität der Duma Herrn Stolypin energisch stützt. Nach unterrichteten Kreisen, sagt weiter die „Agence Havas", suchen die Urheber dieser Kampagne Kaiser Wilhelm zu bewegen, vor Abreise des Zaren ins Mittelmeer nach Petersburg zu kommen, damit er das Übergewicht des deutschen Einflusses wiederherstelle. Nach der Zeitung „Wescherna" (eine solche Zeitung gibt es nicht! gemeint ist wohl „Wetscherna Potschta") läuft das Gerücht um, daß ein Besuch des Deutschen Kaisers unmittelbar bevorstehe."

Die letztere Nachricht ist bereits energisch von der „Kölnischen Zeitung" dementiert worden. Die erste bedarf für jeden einsichtigen Menschen keines Dementis. Die Angriffe auf den russischen Minister-

präsidenten erschienen in einem englischen Blatt, aus der Feder eines englischen Journalisten (Dillon). Dagegen liegt der Schluß nahe, daß, wenn Engländer und Franzosen die Ansicht zu verbreiten bemüht sind, daß Deutschland Herrn Stolypin zu stürzen bemüht sei, sie guten Anlaß haben zu glauben, daß er sich in seiner Stellung behaupten wird; es ist nicht ihre Art eine fallende Größe zu stützen. Und darin sehen wir ein gutes Omen, das dafür spricht, daß der treffliche Mann auch ferner in seiner Stellung bleiben wird.

Inzwischen haben die Oktobristen sowohl wie die Fraktion der Rechten Manifeste veröffentlicht, aus denen allerdings hervorgeht, daß innerhalb der Parteien die Gegensätze sich außerordentlich zugespitzt haben. Das macht eine baldige Entscheidung der Krisis überaus wünschenswert. Mit feststehenden Tatsachen läßt sich eher rechnen als mit Mutmaßungen, die auf unsichere Gerüchte und böswillige Entstellung zurückgehen. Ist die Stellung Stolypins endgültig, wie wir hoffen, gesichert, so wird auch der Kampf der Parteien sich legen. Die Zustände im Innern sind, wie die zahlreichen Verhaftungen auch während der letzten acht Tage bewiesen haben, noch keineswegs derartig, daß Rußland sich den Luxus parlamentarischer Konflikte erlauben dürfte, bei denen schließlich alle Teile an Ansehen und — was nicht unwesentlich ist — an Leistungsfähigkeit einbüßen.

Auch mahnen die auswärtigen Verhältnisse zur Eintracht. Die Politik, die mit der Expedition des Generals Snarski nach Täbris in Zusammenhang steht, erfährt vom „Golos Moskwy" eine ziemlich scharfe Kritik:

Alles komme auf die Instruktionen an, die man Snarski gegeben habe. Nach den Versicherungen, welche die Konsuln dem Endschumen von Täbris gaben, habe das russische Heer drei Aufgaben zu lösen: die Straße nach Täbris freizuhalten, Leben und Eigentum der russischen und fremden Untertanen zu sichern, endlich die Stadt zu schützen, wenn die Horde des Schah versuchen sollte, sie auszuplündern. Da sei zunächst doch auffallend, daß auch der englische Konsul herangezogen wurde, um das Ziel des russischen Einschreitens zu erklären. Es sei nicht bekannt geworden, daß bei Ausschiffung der englischen Landungstruppen in Buschir der russische Konsul hinzugezogen sei, obgleich Buschir nicht einmal in der englischen Einflußsphäre liege. Offenbar lege man das Abkommen von 1907 so aus, als ob Rußland in jeder Hinsicht seinen

„neuen Freunden" entgegenkommen müsse, was keineswegs dem Sinn der betreffenden Artikel entspreche. Auch suche man den Schein zu erwecken, daß Rußland als Mandatar Europas vorgehe, was ebenfalls nicht zutreffe. Das Resultat der Aufhebung der Belagerung von Täbris sei eine Stärkung der Partei des Rußland feindseligen Sartar Khans. Auch die Öffnung der Straße nach Täbris sei ein Vorteil für die Nationalisten, die jetzt von allen Seiten her Proviant bekommen würden, endlich sei nicht klar, ob die russischen Untertanen nur vor neuen Angriffen geschützt oder in ihre ungestraft verletzten Rechte wieder eingeführt werden sollen. Das russische Interesse verlange aber, daß die großen Ausgaben, die Rußland auf sich genommen habe, auch Früchte tragen, und daß in der dem Kaukasus benachbarten Provinz greifbare Vorteile erlangt würden. Also vor allem volle Entschädigung der russischen Untertanen, Hebung des Prestige der russischen Vertreter, Herstellung vollkommener Ordnung in Aderbeidschan; dies alles aber könne nur geschehen, wenn den russischen Vertretern eine durchgreifende Teilnahme an der Ausführung der Reformen gewährt werde, die allein die erregten Leidenschaften beruhigen können.

Andrerseits schreibt der „Manchester Guardian" nicht ohne Schadenfreude, daß das Einrücken der russischen Truppen in Persien eine so große nationale Erregung der persischen Nationalisten zur Folge gehabt habe, daß sie erklärt hätten, lieber von der Hand des Schahs sterben zu wollen, als sich von den Russen befreien zu lassen. Die russische Intervention werde zum Frieden zwischen Schah und Nationalisten führen, damit sie sich zusammen gegen den gemeinsamen Feind wenden könnten. Nur um die Russen zu kränken, habe der Schah sich bereit gefunden, eine Verfassung auf Grund des Scheriats zu verleihen.

Im übrigen sei es ein unberechtigtes Eingreifen Rußlands in die inneren Angelegenheiten Persiens und nicht abzusehen, wann sie das Land verlassen würden. Der „Globe" verlangt, daß sofort Maßregeln ergriffen würden, um die englischen Interessen in Südpersien zu sichern, und die „Daily News" endlich weisen darauf hin, daß die russischen Truppen sofort abgerufen werden müßten, und droht andernfalls mit Schwierigkeiten von seiten der Türkei. Die „Nowoje Wremja", der wir die Zusammenstellung dieser Stimmen radikaler englischer Blätter entnommen haben, bemerkt dazu:

„Offenbar will die radikale englische Presse die persischen Ereignisse benutzen, um das englisch-russische Einverständnis zu schädigen. Sie will sich von Rußland lösen und die englischen Interessen den Befehlen Deutschlands unterordnen. Dieselbe Ansicht läßt sich in gewissen Kreisen der russischen Gesellschaft verfolgen, die gleichfalls rät, sich von dem englisch-russischen Abkommen loszusagen und die russischen Interessen den Geboten Deutschlands zu Dienst zu stellen."

Die „Nowoje Wremja" ist eben immer bereit, alle Verlegenheiten, welche der russischen oder englischen Politik erwachsen, Deutschland zuzuschreiben. Wir haben demgegenüber nur zu bemerken, daß die deutsche Politik prinzipiell niemals in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates eingreift, und dabei wird es bleiben.

In der Türkei hat das neue Kabinett Hilmi Paschas mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zwar hat Sultan Mohammed V. sich ohne jeden Vorbehalt den neuen Ordnungen hingegeben. Aber die erregte Bevölkerung Albaniens, Kleinasiens, Syriens und Arabiens macht ernste Sorgen. Es ist jetzt festgestellt, daß die gegen die Verfassung gerichtete Erhebung des 13. April, die das furchtbare Gemetzel zur Folge hatte, dem Tausende von Armeniern zum Opfer gefallen sein sollen, allerdings auf den abgesetzten Sultan zurückgeht. Er wird seine Befehle wie 1895 wahrscheinlich mit ruhigem Gewissen gegeben haben, denn in ihm lebte die Vorstellung von dem gebotenen Kampf gegen die Ungläubigen. Daß er sich jemals aufrichtig dem Verfassungswesen anschloß, ist trotz der Eide, die er geleistet hat, nicht anzunehmen. Er war in seiner Weise türkischer Patriot und hat durch Anlage und Ausbau der anatolischen wie der Hedschasbahn und durch die Disziplinierung der türkischen Armee, die seinem Vorbilde, Mahmud II., mißglückte, unzweifelhaft viel getan, um dem türkischen Reich die Lebenskraft zu erhöhen. Aber nach anderer Richtung war sein Regiment entschieden verderblich. Er hat nichts getan, um die unerträglichen Schäden der türkischen Verwaltung zu beseitigen, und schließlich hat ihn eine Art Verfolgungswahn dahin geführt, daß die Sorge um seine persönliche Sicherheit die alles beherrschende Frage wurde, von der Wohl und Wehe des Reiches in Abhängigkeit standen. Er galt in ganz Europa als ein außerordentlich feiner Diplomat, der während des langen Verlaufs seiner Regierung mit großer Kunst die divergierenden Interessen der europäischen Mächte gegeneinander ausspielte, um sich und die Türkei

vor drohenden Gefahren zu sichern. In den letzten Jahren war er deutschem Einfluß zugänglich, aber dieser Einfluß versagte, wo wir bemüht waren, ihn zu durchgreifenden Verwaltungsreformen zu veranlassen, die vor allem not taten. Während der letzten Monate aber war er der Spielball seiner steigenden Furcht. Er mochte an das Schicksal Abdul Asis gedacht haben. Die Emeute vom 13. April und die asiatischen Greuel waren Taten ratloser Verzweiflung, und so kam der Ausgang. Was er hinterließ, war das furchtbare Erbe seiner versäumten Regentenpflichten, und mit dieser Last hat das neue Regiment abzurechnen. Zu den bereits erwähnten vorderasiatischen Nöten ist eine Erhebung in Arabien getreten, die einen sehr gefährlichen Charakter anzunehmen droht. Schon seit geraumer Zeit herrscht eine Hungersnot in Arabien, die dahin geführt hat, daß die Beduinenstämme in Arabien sich zu bewaffneten Haufen zusammengetan haben, die man Armeen nennen könnte. Sie bedrohen Bagdad, Mossul, Hodeida, Basra. In Nedjd ist der Kriegszustand proklamiert, ohne viel zu wirken; kurz, Arabien ist in Flammen und der Ausgang nicht abzusehen. Was gefürchtet wird, ist ein Eingreifen Englands, dessen Einfluß in diesen Regionen, im Yemen wie an der Süd- und Westküste seit Jahren sorgfältig gepflegt wird. Will nun die türkische Regierung alle diese Aufstände durch Entsendung von Truppen bewältigen, so schwächt sie die Festigkeit ihrer Stellung in Europa, die wegen der Stimmung der Albaner und, wie es scheint, auch der Serben sehr sorgfältig gewahrt werden muß. Wie leicht verständlich, beunruhigen auch die persischen Wirren. Es brennt im Nachbarhause und da muß man auf der Hut sein.

Über die Wirkung der Ereignisse in der Türkei auf Indien und auf Ägypten schreibt die „Nowoje Wremja" in einem Sinn, der in England wenig Freude machen wird. In Indien habe England zwar einige liberale Reformen durchgeführt, im übrigen aber mit Härte alles unterdrückt, was eine Änderung der bestehenden Verhältnisse herbeiführen könnte. In Ägypten habe die konstitutionelle Bewegung gleich nach der Revolution vom 24. Juli eingesetzt. Die ägyptischen Nationalisten, deren Devise „Ägypten für die Ägypter" ist, hätten eine Deputation nach Konstantinopel abgefertigt, um eine Autonomie und eine Verfassung zu erbitten. Die Jungtürken hätten das aus Furcht vor England abgelehnt und sogar den Zeitungen untersagt, über die ägyptische Deputation zu schreiben. Als aus deutscher und österreichischer (?)

Quelle trotzdem die Tatsache bekannt wurde, habe sich ein Sturm gegen die Jungtürken erhoben. Man warf ihnen vor, daß sie aus Liebedienerei gegen England die Freiheitsbestrebungen in Ägypten niederhielten. Bald danach sei es in den Straßen von Kairo und Alexandrien zu Demonstrationen und zum Bau von Barrikaden gekommen, was zu Repressionen von seiten Englands führte, dessen öffentliche Meinung besorgt wurde. Man war überzeugt, daß die Forderung einer Verfassung andere, dem englischen Interesse feindselige Pläne verberge. Und in der Tat habe das einflußreichste ägyptische Blatt „El-Lewa" begonnen, alle englischen Einrichtungen auf ägyptischen Boden systematisch zu diskreditieren. Die junge Generation agitiere gegen die englische Herrschaft, es hätten sich Komitees gebildet, um die nationalistischen Ideale in den breiten Massen des Volkes zu propagieren, und es falle auf, daß es den Agitatoren nicht an Geldmitteln fehle. Das dem Parlament vorgelegte Weißbuch gebe ein vollständiges Bild dieses Treibens. „Bewußt oder unbewußt verspricht (obeschtschajet) Ägypten den Engländern nicht geringe Unannehmlichkeiten zu bereiten." Das klingt doch sehr wenig freundschaftlich!

Wir notieren in diesem Zusammenhang, daß der „Golos Moskwy" von Gerüchten wissen will, die einen neuen Thronwechsel in der Türkei ankündigen. Gleichzeitig geht ihm aus Belgrad die Nachricht zu, daß die Prinzessin Jelena von Serbien sich mit dem Herzog der Abruzzen verloben werde.

In England geht die Agitation für neue Dreadnoughts rüstig weiter. Am 7. d. hat der Führer der Opposition Mr. Balfour vor der Primrose League wieder mit der deutschen Marine argumentiert und den Engländern 10 Jahre oder vielleicht noch eine weit längere Periode angestrengter Rüstungen in Aussicht gestellt. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Es ist das eine Angelegenheit, die England selbst zu entscheiden hat. Aber die stete Arbeit mit der deutschen Gefahr ist nachgerade zu einer Trivialität geworden, die sich abnutzt. In Dublin ist die Aufführung von „An Englishmans Home" ausgepfiffen und mit Hochrufen auf Deutschland beantwortet worden. Aber darüber hat kein einziges englisches Blatt berichtet. Erst amerikanische Blätter haben darauf aufmerksam gemacht. Die imperialistische Bewegung in den englischen Kolonien, die im Juli des Jahres, nach andrer Nachricht vom 7. bis 15. Juni, in die Reichsverteidigungskonferenz

zu London ausmünden soll, feiert, wenn man den englischen Zeitungen Glauben schenkt, einen Triumph nach dem andern. Nimmt man die Presse der Kolonien zur Hand, so gewinnt man freilich Eindrücke, die wesentlich von diesem optimistischen Bilde abweichen. Der „Nationaliste" von Montreal setzt seine Polemik gegen Laurier fort. In einem Leitartikel, der die Überschrift „Mensonges impérialistes" führt, weist er darauf hin, daß man in Kanada mit den zwei von Neuseeland angebotenen Kriegsschiffen als mit einem Beispiel leuchtenden Patriotismus operiere. In Wirklichkeit sei in Neuseeland von Begeisterung für Leistungen an England keine Rede; das Kabinett, nicht das Volk habe entschieden. Vielmehr gehe durch die ganze Inselgruppe eine wachsende Strömung, die von dem Imperialismus nichts wissen wolle. In allen Städten fänden Protestversammlungen statt, in denen die Minister angegriffen würden, und man spreche bereits davon, daß die Kolonie ihre Unabhängigkeit erklären solle. An einzelnen Orten ist man so weit gegangen, den Union-Jack zu zerreißen und mit Füßen zu treten. Der „New York Herald" vom 16. bringt diese Nachrichten in seiner Nummer vom 16. April mit den folgenden fett gedruckten Überschriften: „Emeute in Anlaß der Dreadnoughts", „Die Neuseeländer zerreißen den Union-Jack und treten ihn mit Füßen", „Sie wollen nicht dulden, daß man dem Empire Kriegsschiffe stelle", „Sie behaupten, daß das Anerbieten der Regierung an Großbritannien unkonstitutionell sei".

Es sind Telegramme der Commercial Company, die dem „New York Herald" diese Nachrichten in ausführlicher Darlegung der Tatsachen aus Sydney zugehen lassen. Ähnlich schreibt ein ganz unpolitisches New Yorker Finanzblatt, die „Investors Review", am 10. April:

„Wir hätten schon erwähnen müssen, daß diese (antiimperialistische) Wandlung in der Organisation der Opposition sich vollzieht, denn sie bietet die hoffnungsvollsten Aussichten für die künftige Politik Neu-Seelands. Eine sehr stattliche Minorität der Bürger erkennt die Gefahr, die ihrem Vaterlande von der das Land ruinierenden hartnäckigen Politik Sir Josef Wards droht. Daher hat der Führer der Opposition Mr. W. F. Wasby beschlossen, der Partei der Anleihen um jeden Preis, der Unredlichkeit und der Korruption, die heute am Ruder ist, den hartnäckigsten Widerstand entgegenzusetzen."

Der „Nationaliste", dem wir diese Nachrichten entnommen haben, da uns die neuseeländischen Zeitungen nicht zugänglich sind, macht

außerdem darauf aufmerksam, daß Lord Northcliffe, der ehemalige Mr. Harmsworth, eine imperialistische Depeschen-Assoziation gründen will und daß dieser Plan ebenfalls jener Londoner Reichskonferenz vorgelegt werden soll. Sollte das Wirklichkeit werden, so würde noch mehr, als jetzt geschieht, jede Nachricht unterdrückt werden, die nicht der imperialistischen Tendenz entspricht. Was Sir Edward Grey neulich von der Unabhängigkeit der englischen Presse sagte, ist für jeden, der diese Verhältnisse kennt, ein leicht zu durchschauendes Trugbild. Die Presse ist allerdings unabhängig von der Regierung, aber um so schlimmer ist ihre Abhängigkeit von den Männern, die sie aufgekauft haben, um sie zu bestimmten politischen Zwecken zu gebrauchen. Wir erinnern uns des ungeheuren Aufsehens, das der Ankauf des „Standard" durch Mr. Pearson machte, und kennen die lange Reihe von Blättern, die Harmsworth (Lord Northcliffe) gehören. Sie alle stehen im Dienst der imperialistischen Idee und sind politisch absolut unbedenklich und gegen die Wahrheit gleichgültig, wo ihre Doktrin in Frage kommt! Auch haben wir die oben angeführten Stimmungsbilder aus Neu-Seeland und Kanada in keinem englischen Blatt gefunden. Charakteristisch für die Stimmung in Französisch-Kanada sind auch die Ausführungen eines ebenfalls in Montreal erscheinenden illustrierten Blattes „Je dis tout", das unter der Spitzmarke: „Pourquoi nous embarquer dans cette galère?" mit folgender Betrachtung beginnt:

„Unsere Regierung in Ottawa behauptet, daß wir verpflichtet seien, England in einem Kriege mit Deutschland (sic!) beizustehen. Wie in Transvaal werde es eine gute Gelegenheit sein, unserm Stiefvaterlande zu helfen, die Kastanien aus dem Feuer zu ziehen, ohne daß wir unsererseits uns die Finger verbrennen. Würden wir etwa, wenn der Fall eintreten sollte, daß England sich schlagen läßt, eine deutsche Besitzung werden? Keineswegs. Übrigens wäre für uns damit fast nichts geändert. Das sicherste Ergebnis wäre, daß der Flagge unserer Nachbarn einige Sterne zugefügt werden, und darüber würden wir uns, alles erwogen, nicht zu beklagen haben; ich wüßte nicht, daß man bei ihnen unglücklicher ist als bei uns. Und dann, welchen Dank sind wir kanadische Franzosen den Engländern schuldig?" usw.

Es folgen noch recht bittere Bemerkungen. Als sehr hübsch gezeichnete Illustration sieht man neben diesen Ausführungen Frau Kanada von John Bull und Uncle Sam umworben. Dazu die In-

schrift: „Ma foi! John Bull ou l'Oncle Sam, ça m'est assez indifférent.“ Der Schluß, zu dem eine unbefangene Beurteilung dieser antienglischen Regungen auf kolonialem Boden führt, ist doch wohl, daß das Phantom der deutschen Gefahr, statt die Anziehungskraft des britischen Zentrums auf die kolonialen Außenwerke zu stärken, sie schwächt. Das Bewußtsein ist lebendig geworden, daß die kolonialen Interessen mit denen des Mutterlandes nicht identisch sind, und die Neigung Opfer zu bringen, ist sehr gering. In England weiß man es, aber man sagt es nicht und sucht die Kolonien durch Zugeständnisse zu gewinnen, die sehr weit gehen, weiter, als noch vor zwei Jahren denkbar war. In einem Leitartikel des „Standard“ „A Maritime Confederation“ heißt es:

„Unsere Verwandten über See haben das Recht erworben, als Nationen unter den Nationen zu stehen. Das Reich muß eine See-Konföderation werden, oder es wird sich in seine Elemente auflösen. Dieser Seebund muß die Meere der Welt gegen alle Ankömmlinge (also gegen Deutschland, Amerika, Japan) behaupten, als Bedingung seiner Existenz. Er bedroht niemanden; er übt die Polizei auf den Heerstraßen des Welthandels; er kann die größte Sicherung des Friedens werden, welche die Welt kennt — aber er muß überlegen sein (but it must be supreme). Hier liegt die Aufgabe der Staaten des Reiches.“

Sind erst die Kolonien zu Nationen und ist ihr Territorium zu Staaten ausgewachsen, so spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß sie sich ihren eigenen nationalen und staatlichen Egoismus ausbilden werden, der durch eigene Interessen bestimmt wird, wie es zu allen Zeiten und überall geschehen ist, und das klassische Beispiel der Vereinigten Staaten von Nordamerika am deutlichsten zeigt. Wir glauben nicht an die Zukunft des Imperialismus. Er ist eine Krankheit, keine gesunde, allen Teilen gleich förderliche normale Entwicklung. Dezentralisation, nicht Zentralisation ist die Losung der Zukunft für das britische Reich.

In Frankreich ist die Frage noch unentschieden, ob die Regierung oder die Fronde der Beamtensyndikate siegen wird. Wir wünschen der Regierung den Erfolg. Jene Beamtensyndikate sind ein Auswuchs sozialistischer Irrlehren, die mit staatlicher Autorität — und das bedeutet Kultur — nicht vereinbar sind. So wenig wir uns für Herrn Clemenceau begeistern können, in diesem Streit gehören unsere Sympathien ihm.

Beachtung verdienen die sich schärfenden japanisch-chinesischen Differenzen. Die Chinesen wollen sie dem Haager Schiedsgericht zur Entscheidung vorlegen, wovon Japan nichts wissen will. Es handelt sich um die Okkupation gewisser mandschurischer Gebiete, die seit 1907 strittig sind, ferner um den Bau der Eisenbahnlinie Hsinmintun—Fakumen, den Japan als Konkurrenzbahn nicht dulden will, um die Einfuhr von japanischem Salz in die Mandschurei, endlich um die Frage, wem das Schutzrecht über die nach China ausgewanderten Koreaner gebührt. Sowohl China wie Japan haben zudem an der koreanischen Grenze Truppen stehen und alle Versuche, sich über eine Grenzrichtung zu verständigen, sind bisher gescheitert. Unter diesen Umständen ist es nicht unwichtig, daß, wie das „Herald Bureau" aus guter Quelle wissen will, China sich mit der Absicht trägt, eine starke Flotte zu bauen. Überhaupt beginnt es wieder im fernen Osten lebendig zu werden. Russische Zeitungen klagen über die „gelbe Gefahr". Wladiwostok sei wie von einem feindseligen Ring von Chinesen und Japanern umgeben, ein dritter Feind sei der Koreaner wegen seiner Grundsatzlosigkeit und Unsittlichkeit. Für Geld tue er alles, es sei ihm gleichgültig, wem er diene. Diese drei Elemente füllten das Seegebiet. Es gebe keinen Winkel in der Provinz, den sie nicht kennen, und das könne eines schönen Tages gefährlich werden.

13. Mai 1909. Verurteilung Lopuchins zu fünfjähriger Zwangsarbeit.
14. Mai. Das deutsche Kaiserpaar in Wien.
15. Mai. Ministerpräsident Wekerle wird beauftragt, ein neues ungarisches Kabinett zu bilden.
17. Mai. Antirussische Bewegungen in Persien.
17. Mai. Abdul Hamid wird genötigt, seine in ausländischen Banken liegenden Kapitalien dem türkischen Staat zu überlassen.
18. Mai. Vertagung des Deutschen Reichstages bis zum 15. Juni.

---

19. Mai 1909.

Von den Wünschen, die wir vor acht Tagen aussprachen, sind uns zwei in Erfüllung gegangen. Der Ministerpräsident Stolypin ist nach einem gnädigen Reskript des Zaren im Amt geblieben und wird Kaiser Nikolaus II. wahrscheinlich auf seiner Auslandreise begleiten. Der zweite aber ist das Scheitern des französischen Post- und Telegraphenstreiks. Es wird zwar noch von Unbotmäßigkeiten in den Provinzen berichtet und sogar mit einem Generalstreik gedroht, aber da die Regierung Festigkeit zeigt, und zudem durch Ausarbeitung eines Beamtenstatuts feste Grenzen zwischen Freiheit und Zügellosigkeit der Beamtenorganisationen zieht, ihnen das Recht des Ausstandes versagt und ebenso die Zugehörigkeit zu Gewerkschaften, die nicht ausschließlich aus Beamten bestehen, verbietet (z. B. die Zugehörigkeit zur Confédération générale du travail, von der in den letzten Jahren so ziemlich alle Störungen der staatlichen Ordnung ausgegangen sind), so läßt sich hoffen, daß die aufgeregte Beamtenschaft zur Besinnung kommen wird. Das Hauptverdienst für diesen Ausgang gebührt zweifellos Clemenceau, der, wie im Juni vor drei Jahren, seinen Gegner Jaurès geradezu niederschmetterte. Daß es dabei im Parlament zu wüsten Szenen kam, kann ja nicht wundernehmen: man hat die Internationale gesungen, als ob die Marseillaise nicht wild und blutig genug sei. Aber die Majorität der Kammer ist dem Ministerpräsidenten noch sicher, und solange Polizei und Truppen sich ihm nicht versagen, wird er, soweit es im heutigen Frankreich möglich ist, leidliche Ordnung halten. Jakowlew, der sehr frankophile Pariser Korrespondent der „Nowoje Wremja", scheint das nicht zu glauben. Er schreibt,

daß Paris sich zwar amüsiere wie nie vorher, und der Luxus der Toiletten zwar alles übertreffe, was je dagewesen sei, daß aber noch nie seit Bestehen der Republik so deutliche Anzeichen die völlige Zerrüttung der sozialen Maschinerie angekündigt hätten. Alles wirke dahin: die von der ganz revolutionären „C. G. T." genährte aufrührerische Stimmung der Arbeiter, die Bildung der Syndikate von Staatsbeamten, die Streiks, die mit rohen Ausschreitungen verbunden seien, die von der jeunesse dorée mit erstaunlicher Dreistigkeit unterstützte Propaganda des Royalismus, die unzweifelhafte und allgemeine Erbitterung der besitzenden Klassen, die, ihrem Wesen nach konservativ, über die ungerechte Einkommensteuer ergrimmt sind; die damit in Zusammenhang stehende Auswanderung des Kapitals ins Ausland, endlich die Unzufriedenheit mit dem neuen Militärgesetz, das den gebildeten Klassen ihre Söhne auf zwei lange Jahre dem Studium entziehe. Unzufrieden sei alles, die Schuld daran gebe man den Parlamentariern, die vor dem Volk ihre „Purzelbäume schlagen", um den niederen Instinkten der Masse zu schmeicheln, ohne zu bedenken, welches die Folgen für die Zukunft sein werden. Dem Bauer und dem Arbeiter sei es höchst schmeichelhaft, daß ihm zuliebe die Reichen gezwackt würden und daß bei der neuen, von der Kammer angenommenen Einkommensteuer sie gar nichts und „ces messieurs" alles zu zahlen haben würden. In Wirklichkeit aber werde die Entwicklung eine ganz andere sein. Das französische Geld wandere nach Deutschland (?) und mache dieses ohnehin gewaltige Reich noch stärker. Habe Deutschland aber erst eine Milliarde, so werde es eine zweite fordern und Frankreich, wie jeder Gläubiger, genötigt sein, auf den Schuldner Rücksicht zu nehmen und dadurch in Abhängigkeit geraten. Die ersten Anfänge dazu seien bereits geschehen.

Diese letztere Bemerkung aus dem Munde eines Russen zu hören, ist nicht ohne Humor. Hat Rußland doch 20 Milliarden in Frankreich aufgenommen und allerdings die französische Politik dadurch an der Leine zu halten vermocht. Aber Herr Jakowlew und seine französischen Freunde mögen sich beruhigen. Wir jagen weder nach den französischen Milliarden, noch gehen wir darauf aus, die französische Politik an die unsere zu binden. Wir begnügen uns, sie mit Interesse zu verfolgen, und geben uns mit korrekten nachbarlichen Beziehungen zufrieden. An Utopien, wie sie die verschiedenen Annäherungs- und Freundschaftskomitees erstreben, glauben wir nicht, und das völlige Fiasko, das Herr

Constant d'Estournelles nach seiner Berliner Annäherungsreise in Frankreich erlebte, hat uns darin noch bestärkt. Auch ist Herr d'Estournelles gleich darauf nach England gefahren, um dort seine Weltfriedensideen anzubringen. Im Grunde steckt in diesen Friedensaposteln meist eine ungeheure Eitelkeit, die mehr schadet als nützt, wie unter anderem an Herrn Stead exemplifiziert werden kann. Wo aber Demonstrationen ganzer Gruppen stattfinden, haben wir im Hintergrunde nach dem unternehmenden Reisebureau von William Henry Cook zu suchen, das sich die Torheit der Menschen ebensowenig ungenutzt entgehen läßt wie ihre Wißbegierde. Eine eigenartige Konkurrenz beginnt übrigens Mr. Stead den Cooks zu machen. Beschränken sich die letzteren, uns durch alle Teile unserer Welt zu führen, so hat Mr. Stead den genialen Entschluß gefaßt, ein Vermittlungsbureau zwischen den Lebenden und den Verstorbenen zu begründen. Er korrespondiert bereits seit 14 Jahren durch Medien mit dem Geist einer gewissen Julia, die ihn seit 12 Jahren beschworen hat, ein solches Bureau zu begründen, um einerseits den Verstorbenen Nachricht über ihre auf der Welt zurückgebliebenen Angehörigen und Freunde zu geben, und andererseits diese mit jenen in direkte Verbindung zu setzen und auf diesem Wege eine wissenschaftliche Erforschung des Jenseits anzubahnen. Das Bureau ist jetzt von Stead eröffnet worden, nachdem er — wir wissen nicht aus welchem Grunde — 12 Jahre lang hartherzig den Bitten der Julia widerstanden hat. Die Adresse: London Mawbray House. Norfolk Street. „Ist es gleich Tollheit, hat es doch Methode!"

Wir halten aber andere Tollheiten, die jetzt in England umgehen, für weniger harmlos. Die Invasionspanik der Engländer hat den Charakter der Gespensterfurcht angenommen. Erwachsene, im gewöhnlichen Leben ruhige und urteilsfähige Männer, sehen, wohin sie immer blicken, nicht nur deutsche Spione, sondern bereits Flotten, die in den Humber hineinfahren, um dann in geheimnisvoller Weise wieder zu verschwinden. Es hat in dieser phantastischen Angelegenheit sogar eine Anfrage im Parlament stattgefunden. Dann taucht bald hier, bald dort ein deutsches Luftschiff auf, das heute einen geeigneten Landungsplatz rekognosziert, um sich nach einigen Tagen über London oder sonstwo zu zeigen und dann ebenfalls spurlos zu verschwinden. Man hat sogar gehört, wie die Insassen dieses Schiffes sich „in Gutturallauten" unterhalten. — Es mögen vielleicht Kraniche gewesen sein, in der Vorstellung

der treuherzigen Patrioten, die den Zeitungen von der schrecklichen Erscheinung Mitteilung machten, sind es leibhaftige deutsche Generalstäbler. Auch darüber hat eine Anfrage im Parlament stattgefunden, sie ist aber unbeantwortet geblieben. Dem „Punch", der sich seinen klaren Verstand und seinen Humor nicht rauben läßt, hat das Anlaß zu einem lustigen Bilde gegeben. Man sieht in der Gondel eines Luftschiffes zwei deutsche Offiziere, darunter eine Stadt. Die Offiziere haben soeben irgendeinen furchtbaren Zerstörungsstoff ausgeworfen. Darunter aber steht: „Donnerwetter, da haben wir vorbeigeworfen!"

Der „Standard", bei dem die Spionage- und die Invasionsberichte beinahe zu einer stehenden Rubrik geworden sind, ist dabei so naiv, seinen Lesern den ausführlichen Bericht eines Agenten vorzulegen, den er ausgeschickt hat, um an Ort und Stelle die deutschen Werften und Häfen auszukundschaften. Der Mann hat, da ihm keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gestellt wurden, erfundet, daß bei uns 9 (!) Dreadnoughts gebaut werden, wovon wir mit Vergnügen Notiz nehmen, aber man stelle sich vor, was die englische Presse für einen Lärm anschlagen würde, wenn ein deutsches Blatt eine ähnliche Enquete auf englischem Boden anstellen wollte!

Die Tollheit hat jetzt auch auf Australien übergegriffen. Uns liegt der in Sydney erscheinende „Star" vom 6. April vor. Das Blatt geht von einem mißverstandenen Artikel der „Kreuz-Zeitung" aus, in dem der Vorschlag, daß Deutschland eine Vereinbarung mit England über das Tempo des Schiffsbaues treffen möchte, als wohl diskutabel vom deutschen Standpunkt aus bezeichnet wurde. Das Blatt weist dabei darauf hin, daß Deutschland dank der Hartnäckigkeit des Finanzkomitees des Reichstags das für Ausführung seiner Schiffsbaupläne erforderliche Geld nicht erhalten werde. Dagegen habe Runciman erklärt, daß England sehr wohl wisse, wo es Geld für neue Schiffbauten hernehmen solle.

Der „Star" schlägt nun vor, den Deutschen das Schiffebauen dadurch recht gründlich zu verleiden, daß man als erste freundschaftliche Warnung im ganzen britischen Reich die deutschen Waren boykottiere. Das würde ein solcher Stoß in das Herz Deutschlands sein und die ganze Handelswelt so schwer treffen, daß Deutschland genötigt sein werde, sich mit England zu verständigen. Deutschland werde ein Fünftel seines Exports, 50—70 Mill. Pfd. im Jahr, verlieren, was einer völligen Lähmung gleichkäme. Das Mittel sei so einfach, daß es unverständlich sei,

wie man nicht längst dazu gegriffen habe. Es komme nur darauf an, sich mit den verschiedenen Teilen des Empire dahin zu verständigen, daß niemand von den Deutschen kaufe, solange sie noch Schiffe bauen. Eine derartige Mitteilung oder ein kriegerisches Ultimatum sei praktischer und mehr „businesslike“ als ein verrückter Wettkampf um die Vorherrschaft zur See.

Der Leitartikler des „Star“ scheint eine sonderbare nationalökonomische Bildung erhalten zu haben, wenn er nicht weiß, daß eine Boykottierung ebenso den englischen wie den deutschen Handel treffen muß. Es lohnt auch nicht ein Wort zur Widerlegung zu sagen. Zu dem Ultimatum, das er vorschlägt, aber dürfte England wenig Neigung haben. Vielleicht belehrt den „Star“ darüber ein Artikel der „Washington Post“, den wir uns nicht versagen wollen, in einem wesentlichen Abschnitt hier wiederzugeben. Das Blatt geht davon aus, daß der Sturz von Abdul Hamid ein schwerer Schlag für den englischen Einfluß im nahen Orient sei, und daß niemand das besser wisse, als Sir Edward Grey. Der neue Sultan sei deutsch, nicht englisch gesinnt. Jeder Wind, der durch Europa wehe, sei Kaiser Wilhelm II. günstig. Manches möge dem Glück zu danken sein, aber unzweifelhaft habe der Kaiser das Glück durch die Kraft seiner Persönlichkeit zu fesseln verstanden. Er ergreife die günstige Gelegenheit im Fluge, weniger brutal als Bismarck vermöge er wie dieser die Lage seinen Zwecken dienstbar zu machen. Das Folgende geben wir mit geringen Auslassungen in wörtlicher Übersetzung, weil es als Stimme aus England besondere Beachtung verdient:

„Es ist heute kaum daran zu zweifeln, daß Wilhelm II. der erste Staatsmann Europas ist. Man spricht nicht mehr von ihm als dem Neffen des sanften und einnehmenden Onkels Edward VII., der solange als das Muster eines diskreten Diplomaten galt. Der Kaiser ist nicht diskret, aber er braucht es auch nicht zu sein. Es entspricht seiner Natur, eine tiefe und geheim gehaltene Staatskunst mit der prunkenden Exzentrizität des Scheins zu maskieren. Zu einer Zeit, da die Engländer sich amüsierten, ihn toll (crazy) zu nennen und die Franzosen in aufgeblasener Impotenz ihn zum „Ritter Heißsporn“ schlugen, brachen die Balkanwirren aus. Wie ein mächtiger Adler stürzte er sich hinein und nahm sie zum Vorwand, seine Kraft zu zeigen. Österreich folgte seinen Spuren, Serbien beugte das Knie, Rußland geriet in Aufregung, aber fügte sich, Frankreich war zum Schweigen gebracht, Großbritannien in

Kummer. Es ist keine große Schmeichelei, wenn der Herr des kaiserlichen Deutschland „is hailed as the master of Europe“. Und doch sind erst sechs Monate hingegangen, seit der sanfte (suave) Edward sich Glück wünschte, den Neffen isoliert und ihn von seinem geschätzten Alliierten getrennt zu haben. Wie wenig hatte er mit seinem Wirt gerechnet. Heute stehen Österreich und Italien zum Kaiser, Rußland zittert, wenn er spricht, und Frankreich wagt nicht dem tiefen Groll Ausdruck zu geben, der an seinem Herzen nagt. Es ist England, das beherrschende Albion, dessen Ruhm die Dichter in unsterblichen Versen gesungen haben, das sich rühmt, daß in seinen Gebieten die Sonne nicht untergeht, das sich bald so isoliert auf der politischen Karte Europas finden wird, als es bereits auf den geographischen Karten erscheint.“

Nun ist das geschichtliche Bild, das dieser politischen Zeichnung zugrunde liegt, ohne Zweifel falsch, schon weil es nach allen Richtungen übertreibt, aber es zeigt doch den mächtigen Eindruck, den die jüngsten Ereignisse in der Welt gemacht haben und machen mußten. Die Wiener Tage haben diesen Eindruck verstärkt, und wir hoffen, daß, wenn der schädigende Einfluß, den das scheinbare Versagen des deutschen Volkes in der Frage der Reichsfinanzreform macht, geschwunden sein wird, — denn versagt hat nicht das Volk, sondern die Finanzkommission des Reichstags, und die Willigung der vollen 500 Millionen wird erfolgen, weil sie erfolgen muß —, daß dann das Bewußtsein von der Macht, die der Dreibund darstellt, diesen Eindruck noch verstärken wird. Zunächst aber liegen die Dinge so, daß aus der Anerkennung, die uns zuteil wird, mehr oder minder deutlich in den russischen wie in den englischen und französischen Blättern der Entschluß durchklingt, die nächste Gelegenheit zu ergreifen, um eine diplomatische oder, wenn es sein soll, eine militärische Revanche zu nehmen. Man will nur warten, bis Rußland sich militärisch reorganisiert, bis Frankreich der inneren Wirren und der Unordnungen in seiner Marine Herr geworden ist, und bis England so viele Dreadnoughts hat, daß es jedem deutschen drei englische entgegensetzen kann. Aber bis dahin hat es wohl noch gute Weile und wir zweifeln nicht daran, daß die gesunde Vernunft der Regierenden schließlich der aufgebauschten Erregung der Stimmen Herr werden wird, die den Anspruch erheben, das Volk zu vertreten und in Wirklichkeit nur verbitterte journalistische Eitelkeit zu Wort kommen lassen. Deutschland bedroht niemanden und ebensowenig bedrohen seine Bundesgenossen

den Frieden. Dagegen glauben wir allerdings, daß das Vorgehen Rußlands und Englands in Persien, Englands in Arabien und am Persischen Golf Gefahren der Zukunft in sich schließt. Die Teilung Persiens in Einflußsphären war eine Gewalttat, die kein politischer oder moralischer Rechtsgrund entschuldigt, alle jetzigen Wirren in Persien gehen darauf vornehmlich zurück. An die Durchführbarkeit der dem Schah oktroyierten Verfassung glaubt auch in Rußland und England niemand. Das Ziel scheint eine wirkliche Teilung nach dem Muster der Okkupation Ägyptens zu sein, und diese dauert jetzt beinahe 30 Jahre. Der „Golos Moskwy" hält sogar die Teilung Persiens für wahrscheinlich. Sie habe bereits begonnen und sei durch das Eingreifen der Türken in Urmia so gut wie unvermeidlich geworden. Es sei zu hoffen, daß Rußland nicht durch sein Schweigen den Anspruch der Türken auf ausschließliche Verfügung über Gebiete anerkenne, in denen Rußland unzweifelhafte, reale Interessen habe. Rußland sei doch nicht schwächer als die Türkei, die soeben kolossale Erschütterungen durchlebt habe, und Snarski müsse doch imstande sein, Truppen zur Wahrung der russischen Interessen nach Urmia zu senden, da die Türken sich nicht scheuen zur Wahrung ihrer Interessen, ganz unbedeutende Streitkräfte hinzuschicken. Protestiere Rußland nicht gegen Unordnungen, so werde ein ganzer Kreis des Territoriums, dessen Integrität Rußland garantiert habe, ihm entzogen. „Unser Schweigen würde eine dritte Sphäre, die türkische, schaffen."

Es ist sehr schwer nach diesen Ausführungen daran zu zweifeln, daß die russische Politik von der öffentlichen Meinung des Landes gedrängt werden wird, energisch zugreifend vorzugehen. Die Vorstellung ist offenbar, daß es Zeit sei, die „Mission Rußlands" in Persien nun endlich durchzuführen, und der türkische Nachbar, von dessen militärischem Eingreifen in Urmia uns übrigens nichts bekannt ist, erscheint daher sehr unbequem. England würde bei einem Vorgehen Rußlands wahrscheinlich auch seinerseits ein rascheres Tempo anschlagen. Aber wir glauben nicht, daß ihm das gerade jetzt bequem wäre. Es hat aber den Anschein, als sei jetzt im Werke, auch die Abhängigkeit Ägyptens von England noch fester als bisher zu begründen. Von der englischen Presse und auch in der Denkschrift, die Sir Eldon Gorst dem Parlament vorgelegt hat, wird behauptet, daß sich in Ägypten ein nationalistischer Aufstand vorbereite, der durch die Haltung der einheimischen wie der ausländischen

Presse, soweit sie nicht englisch ist, begünstigt werde. Alle diese Nachrichten sind nun, wie uns von unparteiischer und zuverlässiger Seite aus Kairo geschrieben wird, falsch und absichtlich, zur Verwirrung der öffentlichen Meinung Europas, durch die Berichterstatter englischer Zeitungen und durch das von Sir Eldon Gorst abhängige Bureau Reuter verbreitet worden. In Ägypten ist alles ruhig. Die Ägypter wissen ganz genau, daß die Geschicke des Nillandes nicht in Ägypten, sondern in Europa entschieden werden. Sie verstehen daher, was die Verbreitung solcher Nachrichten zu bedeuten hat. Daß sie gegen England verstimmt sind, ist richtig und ebenso ist es ihnen nicht erfreulich, daß der Khedive sich englischem Einfluß ganz hingegeben hat. Das kommt in ihren Zeitungen und in den gesetzlich erlaubten Versammlungen zum Ausdruck. Wenn sie größere Freiheiten, Selbstverwaltung und eine Verfassung wünschen, so ist es genau das, was England den Persern aufgezwungen und was es in der Türkei so jubelnd begrüßt hat. Eine panislamische, gegen Europäer oder Nichtmohammedaner gerichtete Bewegung existiert absolut nicht. Die Ägypter sehen vielmehr in der Aufrechterhaltung der Privilegien der Fremden und in guten Beziehungen zu ihnen das einzige Mittel gegen eine Auffaugung durch England. Jetzt hat England ein Preßgesetz erlassen, das die einheimische Presse tatsächlich mundtot zu machen bestimmt ist. Sie möchten den Ägyptern auch gern das Schreiben in den Blättern versperren, die in europäischen Sprachen erscheinen. Aber daran ist wohl nicht zu denken, da das ein Eingriff in das Recht der Kapitulationen wäre und der Zustimmung aller Mächte bedürfte.

Über den Bund der britisch-südafrikanischen Kolonien bringt die „Münchener Allg. Zeitung" einen sehr einsichtigen Artikel aus der Feder von Dr Lindsay-Martin. Die Einigung ist so gut wie gesichert, und unter dem überwiegenden Einfluß der Burenführer Botha, Merriman, Smuts, Villiers, Steyn erfolgt. Transvaal, Oranjekolonie, Kap und Natal werden einen Einheitsstaat bilden und die ehemals selbständigen Staaten Provinzen dieses Einheitsstaats sein. Die Exekutive wird in den Händen des englischen Generalgouverneurs, des ausführenden Rats und des aus Senat und Abgeordnetenhaus bestehenden Parlaments liegen; den Provinzen bleibt die Lokalverwaltung. Die Zentralverwaltung übernimmt alle Vermögens- und Schuldbestände der Kolonien, die britische und die holländische Sprache werden als ganz gleichberech-

tigt anerkannt, so daß es zwei Amtssprachen gibt. Wahlberechtigt ist im Prinzip jeder, da aber die Kolonien ihre frühere Wahlordnung beibehalten, werden die Farbigen nur in der Kap-Provinz faktisch ein Wahlrecht ausüben können, und zwar nur ein bedingtes. Kapstadt wird Sitz des Parlaments, Prätoria Sitz der Regierung sein. Zur Verwirklichung dieses Bundes und dieser Verfassung fehlt nur noch die Zustimmung Natals.

Es ist ein großer politischer und moralischer Erfolg, den damit das Burenelement errungen hat. Man könnte wohl sagen, daß die englischen Kolonien in die alten Burenrepubliken aufgegangen sind, und das ist eine Wendung, die beim Abschluß des Friedens von Vereniging kein Engländer für möglich gehalten hätte. Darum hätten sie gewiß nicht 32 Monate Krieg geführt; die Ironie der Geschichte hat gewollt, daß Jameson an dem Aufbau dieses Bundes mitarbeiten mußte.

In Rußland ist der Prozeß Lopuchin zum Abschluß gelangt. Man hat ihn zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er hat appelliert und in 3—4 Wochen wird der Senat über sein Schicksal entschieden haben. Eine Freilassung gegen Kaution wurde ihm nicht gewährt. — Es ist für unser Gefühl erstaunlich, wie die russische Presse für Lopuchin Partei ergreift, da doch unzweifelhaft feststeht, daß er in wahrhaft unerhörter Weise seine Pflichten verletzte, indem er einen ihm unterstellten Agenten der Geheimpolizei, Azew, den Terroristen preisgab. Nun war jener Azew ohne Zweifel eine schmutzige und gemeine Seele, die keinerlei Sympathie verdient. Aber er hat zahlreiche terroristische Anschläge verhindert und hätte noch große Dienste leisten können, denn trotz aller gegenteiligen Versicherung ist der Terrorismus immer noch lebendig und höchst gefährlich. Das beweisen die langen Listen der Verbrechen dieser oder verwandter Art, die täglich von den Zeitungen gebracht werden. Massenverhaftungen, bald in dieser, bald in jener Stadt, wiederholen sich gleichfalls fast täglich. Noch ganz neuerdings ist es in Wilna und Pensa geschehen. Was die öffentliche Meinung in Rußland bestimmt, ist der Haß gegen die Spione. Man findet, daß Lopuchin ganz recht getan hat, den Mann der Rache der betrogenen Terroristen preiszugeben. Dazu kommt das Mitleid mit Lopuchin, dessen Strafe man zu hart findet, und die Erbitterung darüber, daß im Verlauf des Prozesses der Staatsanwalt nicht duldete, daß gewisse Azew betreffende Papiere verlesen wurden. Offenbar enthielten sie Staatsgeheimnisse. Neuer-

dings ist dann noch ein romantisches Element hinzugekommen. Die Tochter von Lopuchin war, was seinerzeit großes Aufsehen erregte, in London entführt worden. Erst als Lopuchin in England eintraf, fand sie sich wieder in ihrer Wohnung ein. Das wird jetzt so erklärt, daß sie von Terroristen geraubt worden sei, gleichsam als Geisel für Lopuchin, den man zu gewissen Aussagen nötigen wollte. Auf der Rückreise habe er dann jenes Gespräch mit Burzew gehabt, in dem er ihn vor Azew warnte. Das ist möglich, aber bisher nicht bewiesen.

20. Mai 1909. Vereidigung Mohammeds V. auf die Verfassung. Treueid der Abgeordneten.
21. Mai. Beendigung der Streike in Frankreich.
22. Mai. Spruch des Haager Schiedsgerichts in der Casablanca-Angelegenheit.
23. Mai. Besuch der Berliner Stadtverwaltung in England.
24. Mai. Revolution in Haiti.
24. Mai. Generalstreik der Marseiller Seeleute.

—

26. Mai 1909.

Am 10. Juli 1903 brachte die „Nowoje Wremja" aus dem Stift ihres genialen Karikaturisten S. F. Sjokolowski eine glänzende Zeichnung. Sie stellte John Bull dar, in zerrissenem Rock und Beinkleid, wirrem Haar, nur mit einem Schuh versehen, beschäftigt, mit der Rechten ein Loch in seinen geknickten Zylinder zu stoßen. Vor ihm am Boden liegt sein falsches Gebiß in drei Stücken, Kragen, Uhr, Binde und was sonst ein gesitteter Mann nicht wegzuwerfen pflegt. Daneben aber sitzt tränenden Auges eine Dogge, und im Hintergrunde sieht man unter dem Zeichen des Halbmondes, mit drohender Faust, einen Schwarzen. Darunter als Legende: Er ist wirklich splittertoll geworden!

Die Veranlassung zu dieser Zeichnung war die Aufregung, welche in England die Reihe von schweren Niederlagen erregte, die der „Mad Mullah" seit 1901 den Engländern beigebracht hatte. 1903 hatte man zwei Heere aufgeboten; sie wurden am 17. April, am 23. April und zuletzt Mitte Juni geschlagen und fast vernichtet, was dann im April des folgenden Jahres die Räumung des Somalilandes zur Folge hatte. Bekanntlich bereiten eben jetzt die Engländer eine neue Expedition gegen den „tollen" Mullah vor, und der „Temps" in seinem unerschöpflichen Wohlwollen für uns, berichtet bereits, daß wir, im Einverständnis mit der abessinischen Regierung, mit ihm in Verbindung getreten sind, um den Engländern ihre Aufgabe zu erschweren. Sollte sie scheitern, so wäre der Schuldige bereits gefunden. Anno 1903, als Sjokolowski seine Zeichnung entwarf, war man in Rußland den Engländern wenig freundlich gesinnt wegen des japanischen Bündnisses, dessen feindselige

Spitze wohl empfunden wurde, wenngleich niemand vorhersehen konnte, wie tief sie Rußland verwunden sollte. Aber man freute sich über die Fassungslosigkeit des ebenso gehaßten wie gefürchteten Gegners.

Heute, unter den völlig veränderten politischen Verhältnissen, wird mit dem Spott zurückgehalten, obgleich die Veranlassung dazu tatsächlich vorhanden ist. Man konnte in der vorigen Woche sich sehr ernstlich die Frage vorlegen, ob es nicht möglich sei, daß eine ganze Nation plötzlich von einer Geisteskrankheit ergriffen wird. Die Angst vor den deutschen Luftschiffgespenstern hatte tatsächlich der Nation bis in ihre höchstgebildeten Spitzen alles Urteil genommen, so daß durch die ganze Welt ein immer lauter werdendes Lachen ging. Die politischen Ganz- oder Halbverbündeten mahnen zur Besinnung.

„Wo ist, fragen die „Débats", der gesunde Verstand, die schöne Kaltblütigkeit und die unerschütterliche Ruhe der Engländer geblieben? Vor einigen Monaten witterten sie einen deutschen Spion in jedem Germanen, der in der City oder sonst irgendwo eine Stellung hatte. Heute entdecken sie überall Aeroplane — deutsche natürlich — . . . Jeder fliegende Drachen wird zur deutschen Kriegsmaschine und bedroht das Vereinigte Königreich. Das ist lächerlich, aber es ist auch gefährlich, denn es zeigt eine beunruhigende Geistesverfassung an. Die Engländer degenerieren; sie sind nervös und haben ihr kaltblütiges Phlegma und ihren gesunden Verstand verloren. Eine Panik wird unter ihnen nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich."

Der Londoner Korrespondent der „Débats", dem wir diese Ausführungen danken, spricht zum Schluß noch von dem „vent de folie qui souffle sur l'Angleterre"; wir wissen in der Tat keinen treffenderen Ausdruck und sehen auch nicht, daß eine Wendung zum Bessern sich vorbereitet. — Die jüngsten Reden von Lord Roberts und Lord Beresford sind keineswegs angetan, beruhigend zu wirken, da im Hintergrunde ihrer Ausführungen stets das Gespenst der deutschen Invasion zu sehen ist. Noch weniger aber versprechen wir uns von jenem Beruhigungstelegramm des Lord Northcliff, das die „Kreuz-Zeitung" jüngst in vollem Umfang wiedergab, da gerade die Organe des edlen Lord, „Daily Mail", „Daily Mirror" usw., in langer Reihe mit dem Zeitungstrust von Mr. Pearson am meisten dazu beigetragen haben, die Stimmung zu zeitigen, vor der er jetzt in der „Daily Mail" warnt. Ganz anders beurteilen wir

den Protest Churchills gegen das sinnlose Treiben der Alarmisten, und wenn wir uns auch nicht einen vollen und baldigen Erfolg davon versprechen, ist es doch nicht undenkbar, daß wir vor einem Wendepunkt stehen, da trotz der ungeheuren Agitation, die von der gelben Presse Englands nach Amerika übergeführt worden ist, auch dort sehr gewichtige Stimmen sich dahin aussprechen, daß England allein die Schuld an dem Treiben trage, das zwei große Kulturstaaten einem Kriege entgegenzuführen drohe.

Der Kernpunkt der Differenz bleibt freilich der gleiche, den schon im Jahre 1670 König Karl II. Ludwig XIV. gegenüber geltend machte, als die Verhandlungen über ein Bündnis beider Mächte gegen Holland geführt wurden. Ein vollkommenes Bündnis, erklärte Karl, sei unmöglich, da Frankreich sich große Mühe gebe, um sich einen Handel zu schaffen und um eine achtunggebietende Seemacht zu werden.

„Das ist für uns, die wir nur durch unseren Handel und unsere Kriegsmarine Bedeutung haben können, ein solcher Grund zum Argwohn, daß jeder Schritt, den Frankreich in dieser Richtung tun wird, die Eifersucht zwischen beiden Völkern von neuem aufstacheln muß."

Inzwischen ist der Gedanke, der dieser Äußerung zugrunde liegt, zum Dogma ausgewachsen, daß es überhaupt keine Seemacht von Bedeutung neben England geben dürfe, weil ihm die Vorherrschaft auf den Meeren gebühre. An diesem Dogma ist der wahnsinnige Zwei-Mächte-Standard erwachsen, den die natürliche Entwicklung der Nationen, die über See Interessen zu schützen haben, und die nicht gesonnen sind, sich und ihre politische Ehre unter englische Tutel zu stellen, mit Notwendigkeit ad absurdum führen muß. Zunächst haben sich als Folge davon jene lächerlichen Erscheinungen einer Panik gezeigt, die eines großen selbstbewußten Volkes unwürdig sind, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß in weiterer Folge übereilte Entschlüsse gefaßt werden, deren Ausgang verhängnisvoll werden kann. Nun hat England den größten Handel der Welt, die stärkste Flotte, den weitesten Territorialbesitz, aber der Verfolgungswahn, in dem es lebt, läßt es das alles gering schätzen, und ein System der Schikanen führt es dahin, der Kulturentwicklung der andern Mächte mißgünstig und feindselig entgegenzutreten. Rußlands Seemacht hat es zerstören lassen und sich zugleich einen gefährlicheren Gegner in dem verbündeten Japan erzogen; die französische Freundschaft ruht

auf der Geringschätzung, mit der es die einst so gefürchtete französische Seemacht betrachtet; die russische Freundschaft endlich, die dem bitteren Haß folgte, in dem beide Mächte einander gegenüberstanden, ist ein Experiment, von dem sich schwer glauben läßt, daß es zu erfreulichem Ausgange führt. Das eben erschienene Blaubuch über die persischen Angelegenheiten gibt davon ein merkwürdiges Symptom. Obgleich sich mit Sicherheit annehmen läßt, daß die veröffentlichten Dokumente mit großer Sorgfalt, und, wie stets zu geschehen pflegt, unter Zustimmung des andern Teils, hier also Rußlands, ausgewählt worden sind, läßt sich doch das Mißtrauen deutlich verfolgen, mit dem beide Mächte einander gegenüberstehen. Es sind 327 Nummern, die vom 17. Dezember 1906 bis zum 28. November 1908 reichen. Die Verständigung über die Politik beider Mächte in Persien erfolgte im Februar 1907 auf Grund einer Erklärung Iswolskis, daß Rußland sich aller Eingriffe in die inneren persischen Angelegenheiten enthalten werde, daß es infolge der Wirren zu keinen militärischen Maßregeln schreiten wolle, sie seien denn unerläßlich, in solchem Fall aber sich auf das geringste Maß beschränken werde. Endlich werde es in stetem Einvernehmen und nur nach vorausgegangener Beratung mit England handeln, wobei es freilich auf Gegenseitigkeit rechne. Das gestand Sir Edward Grey rückhaltlos zu und anfänglich schien alles programmäßig zu verlaufen. Am 7. September 1907 wurde der Text vereinbart, in welchem das Abkommen beider Mächte über die Teilung Persiens in Einflußsphären Rußlands und Englands der persischen Regierung mitgeteilt werden sollte. Sie versprachen dabei, als Fundamentalprinzip ihres Abkommens die Unabhängigkeit und Integrität Persiens zu wahren, ihr Ziel sei, die Möglichkeit von Mißverständnissen über persische Angelegenheiten zu vermeiden und das Gedeihen, die Sicherheit und die fernere Entwicklung Persiens zu fördern. Die russische Sphäre reiche von Kasr-i-Shirin bis zu dem Punkte, wo die Grenzen von Persien, Rußland und Afghanistan zusammentreffen, und schließe die Städte Ispahan, Jezd und Kath ein; die englische beginne an der afghanischen Grenze, gehe über Gazik, Birjand, Kerman und ende bei Bender-Abbas. Am 24. September wurde dieser Text von dem russischen und dem englischen Gesandten der persischen Regierung überreicht, in französischer Sprache mit persischer Übersetzung (non garantie!) und am 5. Oktober im persischen Parlament verlesen. Es fand eine kurze Verhandlung statt, die meist maßvoll war.

Von da ab nahmen die Unruhen und der Gegensatz zwischen dem Schah und den Konstitutionellen zu. Die Details werden sehr anschaulich in den englischen Berichten erzählt, aber man fühlt schon hier durch, daß im Grunde ein Gegensatz besteht, der die russischen und englischen Anschauungen trennt. Die Russen sind weniger konstitutionell als die Engländer, folgen aber schließlich immer ihrer Führung. Es ist ein stetes Zurückweichen. Im Juni 1908, als die Stellung des Schahs ernstlich gefährdet schien, telegraphierte der russische Gesandte Hartwig nach Reval, wo Iswolski gerade aus Anlaß des Besuchs weilte, den König Eduard dem Zaren machte, und bat den Minister, durchzusetzen, daß der englische Gesandte in Teheran instruiert werde, mit ihm, Hartwig, dem Schah zu erklären, daß beide Mächte sich verpflichtet hätten, die gegenwärtige Dynastie aufrechtzuerhalten, und daß sie bereit seien, für den Fall, daß es notwendig werden sollte, den Schah mit Waffengewalt zu schützen.

Sir Edward Grey antwortete darauf, daß er zwar lebhaft wünsche, daß beide Regierungen in völliger Übereinstimmung blieben, daß aber England gegen alles sei, was als ein Eingreifen in innere persische Angelegenheiten gedeutet werden könne, und daher den russischen Antrag ablehnen müsse. Herrn Iswolski blieb nichts übrig, als sich zu fügen; aber am 22. Juli machte er einen neuen Versuch, die Zustimmung Englands zu einem Einschreiten zu erlangen, da der russische Handel enorme Verluste erlitte. Er wurde jedoch abermals abgewiesen. Am 24. September fand das Bombardement von Täbris durch die Truppen des Schah statt und die Neigung der Russen einzugreifen stieg. Bei den Truppen, die Täbris belagerten, befanden sich auch einige russische Offiziere, sie mußten auf Wunsch der englischen Regierung abgerufen werden, und als am 17. Oktober Grey erfuhr, daß 2 Kompagnien russischer Infanterie und 100 Kosaken von Dschulfa nach Täbris unterwegs seien, telegraphierte er dem englischen Botschafter Sir Nicolson, daß die Nachricht in London einen sehr üblen Eindruck machen werde, er möge suchen, die russische Regierung von einer Intervention abzuhalten. Rußland hatte allerdings ernste Gründe zum Einschreiten. Die Nachrichten aus Täbris lauteten sehr beunruhigend. Man fürchtete für das Leben der russischen Untertanen in der Stadt, für Konsulat, Bank und andere Institute. Auch lag ein Beschluß des Ministeriums vor, den Ausmarsch anzuordnen. Es kam nun zu einer merkwürdigen Aussprache zwischen Nicolson und Tscharikow, dem Vertreter Iswolskis. Tscharikow machte

mit Recht darauf aufmerksam, daß Rußland doch unmöglich warten könne, bis seine Staatsangehörigen bereits ermordet seien, und daß unter den Truppen Sartar Khans 3—500 Revolutionäre aus dem Kaukasus seien; er mußte die Antwort hinnehmen, daß die russische Regierung diese Leute im Kaukasus hätte zurückhalten sollen. Schließlich erklärte aber Tscharikow, daß der Beschluß des Ministerrats sich nicht mehr rückgängig machen lasse. Zwei Tage danach erhielten die Truppen dennoch den Befehl, in Dschulfa stehen zu bleiben; man begnügte sich, den Gesandten Hartwig zu beauftragen, wenn eine ernste Gefahr für russische Untertanen bestehe, sofort nach Petersburg zu telegraphieren, wo dann die endgültige Entscheidung getroffen werden solle. Nun setzte die englische Regierung all ihre Anstrengungen daran, zwischen Nationalisten und Schah zu vermitteln, um das drohende russische Einschreiten unnötig zu machen. Es wurde jedoch nur ein scheinbares Entgegenkommen erreicht, und am 31. Oktober gab Iswolski dem englischen Botschafter zu verstehen, daß, so gern er eine Intervention vermeiden möchte, die Dinge unmöglich so weiter gehen könnten. Ein umgehendes Telegramm Greys lautete: „Ich hoffe ernstlich, daß Mittel sich finden lassen, die russische Intervention zu verhindern, sie würde einen sehr schlechten Eindruck in diesem Lande machen." So unterblieb sie wieder; der Schah zeigte sich nun ganz unzugänglich und hob die Verfassung auf. Die Engländer meinten darauf, es werde am zweckmäßigsten sein, wenn Rußland den Schah durch Abberufung der russischen Offiziere von der Kosakenbrigade strafe, aber diese durchsichtige Zumutung lehnte Iswolski ab. Man hat beim Lesen der ausgetauschten Depeschen einen lebhaften Eindruck der kläglichen Lage, in der der russische Minister sich befand. Der Gesandte Hartwig wurde nach Petersburg berufen und den Engländern vorgeschlagen, durch ein Komitee die persische Frage studieren zu lassen. Offenbar wußte er nicht aus noch ein. Am 6. November erhält Grey den tröstlichen Bericht, daß die in Dschulfa liegenden Kosaken nicht verstärkt seien; Nicolson hört die Klagen Iswolskis auch fernerhin teilnahmsvoll an, aber das Einschreiten wird ihm nicht gestattet, obgleich er auf die bösen Angriffe hinweist, die „Nowoje Wremja" und „Börsenzeitung" gegen seine Politik erheben. Sir Edward Grey meint, es werde genügen, wenn die Nationalisten einen Druck auf den Schah ausüben. Es sei nach wie vor das beste, sich jeder Intervention zu enthalten.

Die letzte Depesche datiert vom 27. November 1908. Sie enthält einen Bericht Nicolsons über die Klagen, die Iswolski ihm vorgetragen hat. Seit dem Februar habe Rußland keine Zolleinnahmen von der Dschulfa-Täbris-Straße, deren Bau 10 Millionen Rubel kostete, auch hätten russische Untertanen Schadenersatz in der Höhe von 3 Millionen angemeldet. Der Finanzminister werde besorgt und verlange, daß die russischen Interessen auf irgendeine Weise geschützt würden. Die Anarchie nehme nicht ab, sondern sei im Steigen.

Damit schließt das Blaubuch. Sir Edward Grey hat es offenbar veröffentlicht, um heute, da mehr als 4000 Mann russischer Truppen vor Täbris stehen, dem englischen Parlament zu beweisen, daß er sein möglichstes getan hat, um eine solche Wendung zu verhindern. Auch wird sich niemand diesem Eindruck entziehen können. Jetzt gilt es, unter guten Vorwänden die Russen wieder aus Persien hinauszumanövrieren, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß es gelingen wird. Der Schah ist genötigt worden, die Verfassung wiederherzustellen, Täbris ist verproviantiert und die Engländer haben mit Zurückziehung ihrer Truppen aus Buschir ein gutes Beispiel gegeben, das Rußland nachahmen soll. Wie das in der öffentlichen Meinung Rußlands beurteilt werden wird, die in allen Tonarten über das Ministerium des Auswärtigen herfällt, das ist freilich eine andere Frage.

Für Frankreich hat diese Woche die Erlösung von dem Post- und Telegraphenstreik und von dem drohenden allgemeinen Ausstande gebracht. Das feste Auftreten der Regierung gab die Entscheidung. Aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß damit noch lange kein Schritt zu einer Sanierung der inneren französischen Zustände getan ist. Jene Ausstände waren ein Symptom der Zerrüttung, welche die Politik der letzten 10 Jahre in Frankreich zur Folge gehabt hat. Die Unzufriedenheit ist allgemein, und das parlamentarische System, so wie es funktioniert, hat alles Ansehen verloren. Es ist erstaunlich, mit welcher Mißachtung die Volksvertretung behandelt wird. Dazu kommt der stets neue Ärger über das Versagen der französischen Marine und eine Reihe von Sensationsprozessen, wie der Prozeß jenes Obersten Marix, der mit seinem Einfluß in Parlament und Ministerium einen frechen Schacher getrieben hat, aus dem auf die Korruption in gewissen Beamtenkreisen geschlossen wird. Geht man doch soweit, ein neues Panama zu prophezeien. Wir wollen hoffen, daß das übertrieben ist. Dagegen

ist man mit dem Gang der auswärtigen Politik zufrieden. Der Ausfall des Schiedsspruchs in der Casablanca-Affäre hat wie bei uns befriedigt, vielleicht noch mehr, da das zuerst gerügte Verfahren unsern Konsulatssekretär trifft, wohl, weil ohne sein unbesonnenes Vorgehen die Zwistigkeiten überhaupt nicht hätten stattfinden können. Offenbar hat der Schiedshof sich auf dem Standpunkt verständigt, daß Frankreich in Marokko einen wirklichen Krieg geführt habe, was ja den Tatsachen entspricht, aber in Widerspruch zu der Fiktion steht, die man in Frankreich ebenso aufrechterhielt, wie es während der internationalen Expedition nach China geschah. Das wesentliche bleibt, daß der böse Zwischenfall endgültig erledigt ist. Wenn wir den Wunsch daran knüpfen, daß das unsittliche Institut der Fremdenlegion aufgehoben werden möge, wissen wir wohl, daß er nicht in Erfüllung gehen wird, aber wir glauben, daß dieser Wunsch von allen Franzosen geteilt wird, denen die unbefleckte Ehre ihrer Fahnen am Herzen liegt. Daß die Türkei den Franzosen den Bau der Eisenbahn übertragen hat, die von Hodeida nach Sanah führt, zeigt, daß die neue Türkei sich überall Freunde zu machen bemüht ist. Die Bahn ist bestimmt, den türkischen Truppen das Eindringen in einen der unsichersten Teile Arabiens zu erleichtern, dessen politische Haltung, ebenso wie die Mesopotamiens, ernste Sorgen macht. Nach Yemen sollen schon jetzt 20 000 Mann geschickt werden. In Mesopotamien ist es das Gebiet zwischen Bagdad, Basra, dem Karun und Nedjd, das beruhigt werden muß, und diese Aufgabe ist nicht minder schwierig. Ein Korrespondent der „Débats" aus Basra meint freilich, daß das Eingreifen disziplinierter Truppen diese räuberischen Stämme bald zur Ordnung führen werde. Wir wollen es hoffen, wie wir denn dem türkischen Militär und seinen Offizieren alles Gute zutrauen. Aber die Entfernungen sind groß und das Terrain außerordentlich schwierig. Mit weniger Vertrauen verfolgen wir die Haltung des türkischen Parlaments. Es ist sichtlich bemüht, die Prärogativen des Sultans zu mindern, obgleich Mohammed V. in seiner Thronrede alle Garantien für ein maßvolles Regiment geboten hat. In einem Lande wie die Türkei die Befugnisse und die Autorität des Staatsoberhauptes, das zugleich der Kalif ist, zu vermindern, scheint uns durchaus gefährlich, da der Zusammenhang des Reiches in seinen Fundamenten auf dieser Autorität ruht. Herr Wesselitzki telegraphiert auf Grund seiner englischen Quellen, daß die Abberufung von Constans eine neue Ära der französischen Politik einleite

Die Mächte der Tripelentente seien entschlossen, in Konstantinopel in vollster Einmütigkeit, wie überall sonst, vorzugehen. Also zum Beispiel wie in Persien? Der Wille dazu mag vorhanden sein, aber grade in der Orientpolitik trennen säkulare Interessengegensätze die drei Mächte und wir sehen nicht, wie sie überbrückt werden könnten.

Die Zeitungen melden die nahe bevorstehende Übergabe Kretas an Griechenland. So viel wir wissen, hatten die vier Mächte, welche die Insel besetzt halten, allerdings für den 1. Juli die Zurückziehung ihrer Schutztruppen vereinbart. Aber wir haben nichts von Verhandlungen mit der Türkei gehört, die doch vor allen Dingen stattfinden müßten, ehe an eine Übergabe der Insel an Griechenland gedacht werden kann. Überhaupt ist im nahen Orient noch vieles ungeklärt. Die russische Presse glaubt, daß eine Verständigung zwischen Serbien und Bulgarien ebenfalls in naher Zeit zu erwarten sei und weist bereits auf die 500 000 Soldaten hin, die damit den Interessen der Balkanslaven gesichert seien. Auch damit wird es wohl gute Weile haben, selbst wenn, wie der „Golos Moskwy" empfiehlt, Serbien seine Ansprüche auf das nordwestliche Mazedonien beschränken und das übrige den Bulgaren überlassen sollte. Zunächst ist noch ganz Mazedonien in türkischen Händen, und es ist schwerlich anzunehmen, daß sie es kampflos fahren lassen.

Das mit so lauter Reklame angekündigte Buch von André Mevil, dem bekannten Mitarbeiter der „National Review", „De la paix de Francfort à la conférence d'Algésiras" hat nur die Bedeutung, Delcassé zu rehabilitieren. Nebenher bringt es eine Reihe nicht allgemein bekannter Tatsachen, die sich bestenfalls als Halbwahrheiten charakterisieren lassen. Herr Delcassé glaubt offenbar, daß seine Stunde wieder schlagen könnte. Wir glauben es nicht.

Aus den russischen Blättern gewinnt man den Eindruck, daß die Intrigen gegen den Ministerpräsidenten Stolypin noch immer fortdauern, und daß gegen ihn sowohl die äußerste Rechte wie die Linke arbeitet. Anderseits wird aus Kreisen des oktobristischen Zentrums gegen ihn der Vorwurf erhoben, daß er der Rechten zu sehr entgegenkomme, auch wird die Frage, ob er den Kaiser auf seiner Reise begleiten werde, in der Gesellschaft viel ventiliert. Ebenso gehen die Vermutungen über das Verbleiben des Ministers des Auswärtigen und über seinen eventuellen Nachfolger weit auseinander. Während einerseits mit großer Bestimmtheit behauptet wird, daß er den Botschafterposten in Rom

übernehmen werde, heißt es anderseits, daß sich bisher kein geeigneter Ersatzmann für ihn habe finden lassen und daß er daher aller Wahrscheinlichkeit nach seinen Posten behaupten werde. Es scheint nun allerdings, daß in der Richtung der Reichspolitik eine gewisse Unsicherheit sich fühlbar macht und daß die Aussichten der Rechten günstiger liegen, als die des zurzeit noch überwiegenden Zentrums. Die scharfe Wendung zu einer nationalistischen Politik in der Polenfrage wird nur von den Doktrinären der konstitutionell-demokratischen Partei bekämpft und es kann mit Sicherheit erwartet werden, daß die in eine Kommission des Reichsrats verwiesene Frage im nationalrussischen, nicht im polnischen Sinne gelöst werden wird. Es handelt sich darum, in den sog. neun westlichen Gouvernements das Wahlrecht so zu ändern, daß die bisher in der Vertretung dieser Gouvernements dominierende Stellung des polnischen Elements zugunsten des russischen durchbrochen wird. Die polnischen Mitglieder des Reichsrats haben daraufhin zunächst ihre Demission einreichen wollen, sich aber bestimmen lassen, die Fertigstellung des neuen Wahlgesetzes für die westlichen Gouvernements abzuwarten. Diese antipolnische Bewegung, die doch in auffallendem Gegensatz zu dem „Slavismus" steht, den man heute so ostentativ in den Vordergrund rückt, ist jetzt auch auf das Gouvernement Minsk übergegangen.

26. Mai 1909. Rede des Prime-Ministers Asquith über den Zwei-Mächte-Standard.
27. Mai. 13 Hinrichtungen in Konstantinopel.
29. Mai. Unterzeichnung des Schlußprotokolls im Casablanca-Schiedsspruch durch Deutschland und Frankreich.
31. Mai. Generaloberst v. d. Goltz wird vom Sultan mit der Reorganisierung seiner Armee betraut.

2. Juni 1909.

Der „Standard" veröffentlicht den Artikel einer aus Denver (Colorado) stammenden amerikanischen Zeitung, „Daily News", der ihm von einem Leser zugeschickt ist; wir heben folgende Schlußbetrachtung hervor:

„Es gibt sechs Regeln für siegreiches Kämpfen; hält man sich an die sechste — „den ersten Schlag führen" — so mag man die übrigen vergessen. England hat heute eine Übermacht zur See, die niemand herausfordern darf. Wenn es diese Gelegenheit nützt, kann es seinen Feinden zuvorkommen. Zwei Wochen, vielleicht zwei Tage werden genügen, des Kaisers Seemacht zu vernichten (to wipe the Kaiser's navy off the face of the waters!); ist sie erst aus der Welt geschafft, so würde der Friede Europas gesichert sein. Dieser Friede ist gefährdet, nicht durch kriegerische Bestrebungen der Völker von Deutschland und Österreich, sondern durch den Ehrgeiz des Kaisers und des Erzherzogs. Wenn England losschlägt, solange es noch am stärksten ist, kann es sich einen Wettstreit kriegerischer Vorbereitungen ersparen, die kostspieliger sind, als ein Krieg selbst und als ein Entscheidungskampf, dem Hunderttausende zum Opfer fallen würden. Was England braucht, ist ein Pitt als Prime Minister und ein Francis Drake an der Spitze der Marine."

Der Einsender dieser liebenswürdigen Betrachtung bemerkt dazu: Mein Korrespondent betont, daß dies der Wunsch aller Engländer sei, die dort (in Denver) leben, auch der der meisten Amerikaner. Sie werden mir zugeben, daß dies eine bedeutsame Warnung ist."

Der Verfasser des Artikels in den „Denver Daily News" ist demnach ein Engländer, kein Amerikaner, und scheint zu dem Kreise derjenigen

zu gehören, die jetzt bemüht sind, den englischen Paroxysmus auf Amerika zu übertragen. Sie haben zum Glück wenig Aussicht, damit durchzudringen, obgleich sie nicht vor direkten Fälschungen zurückschrecken, um in England die Vorstellung zu erwecken, daß Amerika im Falle eines deutsch-englischen Konflikts auf englischer Seite stehen werde. In diesem Sinn wurde noch kürzlich ein Artikel der „Washington Post" gefälscht, obgleich dieser wörtlich sagte:

„Im Fall des jetzt so vielfach als möglich besprochenen deutsch-englischen Konflikts würden die Vereinigten Staaten selbstverständlich die strikteste Neutralität bewahren."

Genau so, nur noch bestimmter, spricht sich eine Korrespondenz aus Washington aus, die in der „Morning Post" vom 27. Mai veröffentlicht wurde. Die Engländer sollten sich hüten, in das „Narrenparadies" zu wandern und auf amerikanische Hilfe zu rechnen, wenn sie um ihren Zweimächte-Standard einen Krieg mit Deutschland führen wollten. Amerika werde strikt neutral bleiben, eine eventuelle Bedrohung Amerikas durch den deutschen Handel liege so fern, daß die amerikanische Politik sie überhaupt nicht in Betracht ziehe. Was aber die materielle Hilfe betrifft, welche die Vereinigten Staaten leisten könnten, so sei das ein eitler Traum." Der Präsident hat nicht die Befugnis, eine Allianz oder ein Abkommen zu schließen, durch die das Land gebunden wäre. Dies Recht gehört ausschließlich dem Kongreß, und da im Unterhause eine Anzahl von Männern deutscher und irischer Herkunft Wählerschaften vertreten, in denen das deutsche und irische Element überwiegt, bedarf es keiner tiefen Kenntnis amerikanischer Politik, um vorauszusehen, wie die Entscheidung fallen würde.

„Dazu kommt, daß die fast täglich in den englischen Zeitungen ausgesprochene Berufung auf die Bande der Blutsverwandtschaft, die England und die Vereinigten Staaten aneinander schließen, und die daran geknüpfte Annahme, daß Amerika im Notfall auf Englands Seite stehen werde — was sofort herübergekabelt wird — keineswegs günstig wirkt. Im Gegenteil, es schadet, da unfreundlich gestimmte Zeitungen daraus ein Zeichen der Schwäche und ein zu handgreifliches Buhlen um die Gunst Amerikas konstruieren.

Was aber den Versuch betrifft, Mr. Taft zu suggerieren, daß er England und Deutschland zur Abrüstung oder zu gleich utopischen und unausführbaren Schritten veranlassen solle, so findet das beim Präsidenten

keine Ermutigung, er ist zufrieden, sich genau in den Grenzen zu behaupten, welche die Verfassung seinen Machtbefugnissen setzt." . . .

Diese sehr interessante Erklärung ist noch dadurch wichtig, daß sie sich in der Hauptsache gegen einen am 22. Mai im „Spectator" erschienenen Artikel richtet, der auf die Gefahr hinweist, den der Übergang der „Beherrschung der Meere" von England auf Deutschland bieten würde, während doch die Freiheit der Meere unser Ziel ist, und zugleich das aller seefahrenden Nationen der Welt. Der „Spectator" ist dabei bemüht, das Wohlwollen Amerikas dadurch zu gewinnen, daß er für Canning das Verdienst in Anspruch nimmt, der Vater der Monroedoktrin gewesen zu sein, und für England, daß es seither diese Doktrin stets anerkannt habe.

„It was a British statesman — Canning — who originally suggested the formulation of the Monroe doctrine, and since we have repeatedly, in fact if not in word, acknowledged the binding character of that doctrine."

Nun ist historisch betrachtet nichts falscher. Canning wünschte die Unterstützung der Vereinigten Staaten gegen die Mächte der heiligen Allianz, als sie für Spanien die abgefallenen süd- und mittelamerikanischen Kolonien zurückzuerobern sich anschickten, aber nichts war ihm unerwünschter und unerwarteter, als die Formulierung, die Präsident Monroe seiner Doktrin gab, die neue Ansiedlungen europäischer Mächte auf beiden Kontinenten Amerikas verbot. In Wirklichkeit wurde die Monroedoktrin in Anlaß des Ukases Alexanders I. vom 4./16. September 1821 über die Schiffahrt im Behringsmeer formuliert, gerade dieser Streitpunkt aber durch einen Vertrag vom Jahre 1824 bald beigelegt. „Das einzige Land, das gegen die Erklärung Monroes protestierte, war England," so formuliert Professor Coolidge von der Harvarduniversität sein Schlußurteil [1]) und zu dem gleichen Ergebnis kam Captain Mahan in einem vielgenannten Aufsatz über die Monroedoktrin, der Februar 1903 in der „National Review" erschein.

Canning erklärte, es sei ihm „unmöglich, irgend einer Macht das Recht zuzugestehen, einen derartigen Grundsatz aufzustellen, und noch weniger von einer anderen Macht zu verlangen, daß sie sich durch eine

[1]) Dr. Archibald Cary Coolidge: Die Vereinigten Staaten als Weltmacht. Deutsch von W. Lichtenstein. Berlin 1908 bei Mittler u. Sohn, pg. 98. conf. auch Hildt: Early diplomatic negociations of the United States with Russia. Baltimore 1906.

derartige Prinzipienerklärung gebunden betrachten sollte". Die Botschaft sei „eine höchst merkwürdige, die die Regierung Sr. Majestät auf das nachdrücklichste bekämpfen werde". Ein neuer Protest Englands erfolgte 1827. Es ist demnach völlig unverständlich, wie mit dem Verdienst Englands um die Monroedoktrin argumentiert werden kann. Sie ist von Anbeginn an bis auf den heutigen Tag den Engländern ein Dorn im Auge gewesen, und wenn sie stets zurückwichen, wo sie sich ihnen in den Weg stellte, geschah es, weil sie nicht anders konnten. Das ist die historische Wahrheit, nicht das gefälschte Bild des „Spectator". Was aber die Wohltat betrifft, die die Seeherrschaft Englands bedeutet, so mag auf einen der letzten politischen Wochenartikel des Professors Goldsmith (Pseudonym Bystander) in der „Toronto Weekly Sun" verwiesen werden. Er spricht seine Genugtuung darüber aus, daß die kanadische Lokalpresse an der von England ausgehenden Kriegspanik nicht teilnahm. Es gebe keinen irgend verständlichen Vorwand für einen Krieg, es sei denn den ganz zu verwerfenden Anspruch Englands, die Herrschaft über alle Meere auszuüben, was noch eines Tages dazu führen könnte, daß alle Nationen sich dagegen erheben. „The unwarrantable claim of England to the empire of all the seas, which is too likely to lead some day to a rising of the nations against it."

Es ist uns in Verfolgung der vielfältigen Aktion Englands, um die großen Kolonien zu namhaften Opfern für Vergrößerung der englischen Kriegsmarine zu gewinnen, aufgefallen, daß neuerdings nicht nur mit der deutschen Flotte als Schreckgespenst, sondern auch mit der japanischen operiert wird. Besonders lehrreich ist in dieser Hinsicht ein Leitartikel des „Standard" vom 29. Mai. Er geht von dem soeben erfolgten Zusammenbruch des Arbeiterministeriums in Australien aus. McDeakin führte die Opposition und siegte mit 39 gegen 30 Stimmen. Er mußte sich dafür freilich einen „Judas" nennen lassen, und der Oberstaatsanwalt Mr. Hughes meinte gar, das sei „unfair to Judas", der sich wenigstens selbst erhängt habe. Dagegen ist der „Standard" erfreut, diesen bewährten Imperialisten wieder an der Spitze des common wealth zu sehen, und benutzt die Gelegenheit, um ihn mit neuen Argumenten für ein imperialistisches Programm zu versehen. Die Welt sei im Verhältnis zu der steigenden Eifersucht und Rivalität der Mächte enger geworden. Die letzten 10 Jahre hätten Australien zwei gefährlichen Problemen

gegenübergestellt. Asien sei erwacht und habe gelernt, all die furchtbare Maschinerie der Zivilisation zu gebrauchen. Australien werde, wenn es seinen Blick über das Meer hinauswerfe, sehen, wie ungezählte Millionen Turanier und Mongolen sich mit all den militärischen und ökonomischen Hilfsmitteln Europas ausrüsten; natürlich rufe das Sorgen hervor. Sehe es aber noch weiter hinaus, so finde es neue Seemächte, die ihre Energie daransetzen, die Suprematie Englands auf den Meeren zu brechen; das könne Australiens Sorge nicht mindern, und deshalb seien die Australier auch entschlossen, wenn die Gefahr an sie herantrete, Soldaten zu werden. Was könne aber die bewaffnete Mannschaft Australiens gegen die kolossalen Streitkräfte einer Macht tun, die soviel Truppen habe als Australiens Bevölkerung Köpfe zähle — oder gegen eine andere Macht, die, wenn sie wolle, noch viel zahlreichere Armeen mobilisieren könne. Solchen Gegnern gegenüber würden die vereinigten Kräfte des gesamten britischen Reiches erforderlich sein, und die Lösung dieses Problems werde täglich dringender. Es verlange die höchste Staatskunst sowohl von seiten des Mutterlandes wie seiner Töchterländer.

Nun ist es klar, daß die eine Macht, von der Australien bedroht sein soll, Japan ist, was freilich schlecht zum englisch-japanischen Bündnis stimmt, das noch, wie bekannt ist, bis 1915 läuft. Wer die andere Macht ist, überläßt der „Standard" dem Scharfsinn der Australier. Wir halten es nicht für denkbar, daß sie auf Deutschland raten werden. Aber die englische Politik und noch weit mehr die englische Presse geben uns überall Rätsel zu raten. Wir denken dabei zunächst an die russisch-englische Politik in Persien, deren Widersprüche sich täglich steigern. Während offiziell die beiden Regierungen überall Hand in Hand zu gehen scheinen, klingt aus der Preßpolemik der verhüllte Gegensatz der beiderseitigen Interessen nicht undeutlich hervor. Herr Wessélitzki telegraphiert aus London, daß man in England mit Bedauern sehe, daß die Anleihe, die Rußland den Persern gewährt habe, nicht von einer vorher eingeholten Zustimmung des Parlamentes in Abhängigkeit gestellt worden sei, und ein Herr Dmitri Jantschewski schickt der „Nowoje Wremja" aus Teheran einen langen Bericht über eine Unterredung, die er mit dem russischen Vertreter, Herrn Sjablin, gehabt hat. Die Herren sprachen über die Gefahr eines immer möglichen Aufstandes in Teheran, und Herr Sjablin gab die Versicherung, daß im Fall der Not die russischen Truppen rechtzeitig am Platze sein würden. Herr Jantschewski widersprach:

„Ich kann — sagte er — mich Ihrer Ansicht nicht anschließen. Entweder besteht wirklich eine russisch-englische Verständigung in persischen Angelegenheiten, die uns verpflichtet, in Nord-Persien einzuschreiten, oder sie besteht nicht. Sie haben die russischen Truppen erst nach Täbris geführt, als die Engländer es forderten, oder vielmehr erlaubten, als ganz Aderbeidschan bereits ruiniert und der Handel in Täbris zugrunde gerichtet war. Ich glaube, daß in der russischen Einflußsphäre die Initiative zur Entscheidung einer so wichtigen Frage, wie das Einmarschieren russischer Truppen in Teheran, Rußland gehören muß, und nicht einer auswärtigen Macht, selbst nicht, wenn diese Macht das befreundete England ist. So wie die Dinge liegen, haben wir in Persien gar keine Einflußsphäre, sondern es gibt nur eine englische, die von Indien bis zum Kaukasus reicht. Dann frage ich, wozu haben wir dieses Abkommen geschlossen, das Rußland und England bestimmte Einflußsphären zuwies und sogar anderen Mächten freies Feld in der neutralen Zone ließ? Und schließlich, werden wir denn überhaupt russische Truppen nach Teheran führen können, wenn dort Unruhen ausbrechen? Von Enseli bis Teheran sind 400 Werst und davon ist die Hälfte schwieriges Gebirgsterrain!"

Obgleich Sablin diese letztere Frage bejahte, gelang es ihm nicht, Herrn Dmitri Jantschewski zu beruhigen. Er schloß mit der bitterbösen Bemerkung, daß die russische Diplomatie sich ihre Instruktionen aus London und Berlin hole! Nun halten wir das erstere nicht für unwahrscheinlich, an das letztere glaubt Herr Jantschewski wohl selbst nicht. Die Tatsachen widersprechen der kühnen Behauptung allzu deutlich.

Aber offenbar ist das Verlangen nach einer nur russischen Politik Rußlands sehr groß, und wir können uns diesem Wunsche nur anschließen. Auch wird vielleicht dieser Wunsch durch das sich vorbereitende große Revirement in der diplomatischen Vertretung Rußlands gerechtfertigt. Der bisherige Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, oder, wie man in Rußland sagt, der Ministergehilfe, Tscharykow, geht als Botschafter nach Konstantinopel und wird durch Herrn Sjementowski-Kurillo, den bisherigen Geschäftsträger in Sofia, ersetzt. Der diplomatische Posten in Bulgarien wird zur Gesandtschaft erhoben und ebenso das Generalkonsulat in Marokko. In Prag wird ein Berufskonsulat begründet. Herr Tscharykow, der eine reiche diplomatische

Erfahrung hinter sich hat, ist als ein überaus feiner Kopf bekannt, er ist zugleich — was außerhalb Rußlands nur wenige wissen — ein gelehrter Geschichtsforscher und Geschichtsschreiber. Sein 1906 erschienenes Buch über Paul Menesius, der im Auftrage des Zaren Alexei 1672 mit Papst Clemens X. über ein Bündnis aller christlichen Staaten gegen die Türken verhandelte, ist eine Zierde der russischen Geschichtsliteratur, die Frucht seiner Arbeiten, als er Gesandter am Vatikan war. Die panslavistische Presse nimmt ihn als einen der ihrigen für sich in Anspruch, wir glauben jedoch nicht, daß das im Sinne der Partei richtig sein kann; aber es mag wohl sein, daß er, wie der „Golos Moskwy" schreibt, bestimmt ist, im Verein mit Frankreich und England dem deutschen Einfluß in Konstantinopel entgegenzuarbeiten, was man freilich nicht im voraus anzukündigen pflegt. Der Minister Iswolski ist am Pfingstsonntag in Petersburg eingetroffen und soll, wie behauptet wird, mindestens bis zum Herbst seines Amtes walten, ehe er eine noch nicht bestimmte Botschaft übernimmt. Dagegen heißt es, daß der Kriegsminister Ssuchomlinow durch den Chef des Generalstabes, Myschlajewski, ersetzt werden soll, dieser durch General Poliwanow usw. nach unten zu. Die Kampagne gegen den Ministerpräsidenten Stolypin dauert noch immer fort und wird mit großer Erbitterung geführt. Der Justizminister Schtscheglowitow und das Mitglied des Reichsrats Akimow gelten als seine stärksten Gegner, daneben das jetzt arg kompromittierte „Bündnis des russischen Volkes", an dessen Spitze der vielgenannte Dubrowin steht. Nun ist von dem Oktobristen Protopopow die folgende Interpellation eingebracht worden:

„Ist es den Ministern des Innern und der Justiz bekannt, daß die unter dem Namen „Bündnis des russischen Volkes" (ssojus russkawo naroda) bekannte Organisation unter Mitwissen von Beamten der Lokalbehörden „Kampfgenossenschaften" (drushini) organisiert und unterhält, in deren Reihen sich Agenten der Schutzpolizei befinden, und daß gegen gewisse Mitglieder der Drushina, sowie auch gegen Mitglieder ihrer Zentralleitung, der Verdacht besteht, gegen andere aber die Anklage erhoben ist, daß sie eine Reihe verbrecherischer Handlungen organisiert hätten, wie: die Ermordung von Herzenstein und Jollos und das Attentat auf den Grafen Witte?

Ist es Ihnen ferner bekannt, welche Maßregeln die Regierung ergriffen hat, um die Schuldigen zu gerichtlicher Verantwortung

zu ziehen und eine weitere Tätigkeit des Bündnisses zu verhindern?"

Nun sind in der Duma 33 Mitglieder, die diesem Verbande angehören, meist Wolhynier. Ihr Führer Obraszow vertritt die These, daß die Revolution in Rußland noch fortdauere und jene Trushinen daher unentbehrlich seien. Der Sieg über die ersten blutigen Äußerungen der Revolution sei ihnen zu danken, auch sei es nicht unmöglich, daß einzelne unlautere Elemente in der großen Masse zu finden gewesen seien. Aber dies Bündnis sei doch die eigentliche patriotische Stütze des Thrones. Jetzt steht am 7. Juli 1909 die Feier des 200 jährigen Jahrestages der Schlacht bei Poltawa bevor, bei der allen Elementen, die zur Rechten gehören, eine große Rolle zugedacht ist, und man wollte, wie die Gegner der Rechten behaupten, deshalb mindestens bis dahin die Beantwortung der Interpellation entweder verschleppen oder die Angelegenheit in einer Kommission begraben. Das ist jedoch nicht geschehen, vielmehr kommt die Interpellation noch in dieser Woche zur Verhandlung.

Übrigens hat die Rechte nach dreitägiger Debatte eine Niederlage erlitten, als es sich darum handelte, den sogen. Altgläubigen volle Gewissensfreiheit zu verleihen. Am 28. fiel, dank einer glänzenden Rede Gutschkows, die Entscheidung mit 178 gegen 139 Stimmen für die Gewissensfreiheit. Die Regierung und die Rechte waren dagegen und hielten es namentlich für gefährlich, den Altgläubigen das Recht freier Propaganda zu verleihen. Gutschkow sagte dabei u. a.: „daß im Laufe von 2½ Jahrhunderten die Altgläubigen und die Juden die ergiebigste Bereicherungsquelle und den Gegenstand der Ausbeutung für die niederen, mittleren und höchsten Organe der Verwaltung gebildet haben. Nicht nur Pristaws (Polizisten), Kreisrichter, nicht nur Gouverneure, sondern sogar Generalgouverneure haben von ihnen gelebt." Das ist eine nicht anzuzweifelnde historische Wahrheit, aber man hat sie noch nie vor so weiter Öffentlichkeit, ohne auf Widerspruch zu stoßen, verkündet. Noch schlimmer sind freilich gewisse andere Sekten gebrandschatzt worden. Es ist weniger bekannt, daß eine große Zahl russischer Kirchen, die der Propaganda unter der protestantischen Bevölkerung der Ostseeprovinzen dienten, mit Geldern erbaut wurden, die man von den „Skopzen" erpreßte.

Im übrigen wird an der Reinigung des Augiasstalles des russischen Beamtentums eifrig gearbeitet. Erschreckliche Mißstände sind durch die

Senatorenrevisionen überall da aufgedeckt worden, wo man sie die Hand anlegen ließ. Was in der Intendantur gestohlen worden ist, spottet jeder Beschreibung, war aber weder während des sogen. vaterländischen Krieges von 1812 noch während der Feldzüge Nikolais noch endlich während des letzten Türkenkrieges besser. Es ist die Tradition, und wir sehen nicht, daß Grund zur Annahme vorläge, daß die jetzt herangereifte Generation es anders treiben wird. Hat man doch eben jetzt eine Bande entdeckt, die seit 3 Jahren auf den Eisenbahnen von Moskau bis Tiflis für 25 Millionen Rubel Waren geraubt hat, wobei die Diebe meist Eisenbahnbeamte waren! Jetzt sind die Führer Petrenko und Sfokolow dingfest gemacht worden, hundert andere werden folgen.

Nebenher macht man in Slavenkongressen, um von diesen unangenehmen häuslichen Angelegenheiten abzulenken. Mit der Polenverbrüderung ist es freilich nicht gegangen, und auch die Tschechen wurden schließlich elegisch. Im Grunde verstand man sich nur, als es galt, auf die Deutschen zu schimpfen und die deutsche Politik zu verdächtigen. Herr Klofacz erlaubte sich folgenden Ausfall:

„Der Prozeß in Agram hat gezeigt, daß die Polen mit den Deutschen gehen, aber das wird sich ändern, wenn die polnische Gesellschaft in Galizien demokratisiert sein wird. Der Ruthene Romantschuk hat vorgeschlagen, das Deutsche zur Staatssprache für die österreichischen Slaven zu machen. Aber die Deutschen bereiten die Eroberung Rußlands vor. Sie haben 3 Reihen von Kolonien geschaffen, im Norden auf Petersburg zu, im Osten nach Saratow hin, im Süden zur Krim und in den Kaukasus. Ideen werden die slavische Einheit nicht schaffen, Gewalt muß der Idee folgen, wie auf Huß Ziska folgte. Die schlecht bearbeiteten russischen Felder, die ich aus dem Fenster meines Waggons gesehen habe, sind das Symbol der slavischen Sache. Auch die übermäßige Selbstkritik der russischen Intelligenz ist eine Gefahr. Bei den Deutschen findet man Synthese und Methode — bei den Slaven Analyse und Hyperkritik. Die Vereinigung muß vornehmlich auf realem Boden stattfinden, die slavische Bank und die slavische Ausstellung weisen den Weg."

Die von dem Exekutivkomitee des Petersburger Slavenkongresses gefaßten Resolutionen empfehlen den slavischen Deputierten des österreichischen Parlaments, alle Anstrengung daran zu setzen, daß Bosnien und Herzegowina die weitgehendste Autonomie erhalten, so daß die

politische, kulturelle, nationale und ökonomische Entwicklung dieses Gebiets gesichert werde. Zugleich werden die Delegierten der „freien" slavischen Völker aufgefordert, das Land der Kultur, das sie mit den Brüdern in Bosnien und in der Herzegowina verbindet, aus allen Kräften weiter zu festigen.

Die Resolution in der polnisch-russischen Frage lautet: „Das Komitee befindet, daß die russisch-polnische Verständigung in Rußland und außerhalb Rußlands nur erreicht werden kann durch stete Anwendung der Prinzipien des Prager Kongresses, d. h. durch Anerkennung der vollen Gleichberechtigung beider Völker, der Nichtzulässigkeit irgend welcher Sondergesetze und dadurch, daß jedem Volkstum auf seinem heimatlichen Boden das Recht zuerkannt wird, sich seine Sprache, Schule und Verwaltung zu sichern, so daß seine nationale Entwicklung unbehindert vorwärtsschreiten kann." Bekanntlich sind das die Dinge, die weder die Russen den Polen noch die Polen den Ruthenen gewähren wollen.

Die „slavischen" Gäste sind zu Pfingsten nach Moskau gezogen und werden dort drei Tage verweilen. Wir haben demnach neue Kundgebungen im Geist der oben wiedergegebenen Rede von Klofacz zu erwarten.

Herr Wesselitzki kündigt in seinem jüngsten Telegramm den bevorstehenden Besuch von Mitgliedern des russischen Reichsrats und der Duma in England an. Auch von der Absicht Griechenlands, Kreta, Epirus und einen Teil Mazedoniens zu erobern, weiß er zu erzählen. Das ist gewiß falsch, weil es für Griechenland unausführbar ist, aber allerdings ist uns das Interesse verdächtig, das neuerdings von englischer Seite dieser kretischen Frage zugewendet wird.

Sehr erfreulich ist die endgültige Niederlage des Streiks der Post- und Telegraphenbeamten in Frankreich. Sie traf zeitlich zusammen mit der Erledigung der Casablanca-Angelegenheit, die nunmehr, da die gegenseitigen Erklärungen ausgetauscht sind, ganz abgetan ist. Die Formulierung dieser Erklärungen ist sehr geschickt so gestaltet worden, daß keiner von beiden Seiten mehr zugemutet wurde, als der Text des Schiedsspruches verlangte.

Eine Spezialkorrespondenz des „Golos Moskwy" bringt die folgende interessante Nachricht aus Saloniki:

Am 5. Juli wird in Saloniki ein Kongreß des Komitees „Einheit und Fortschritt" stattfinden. Nach Mitteilungen eines der Mitglieder

soll auf dem Kongreß Rechenschaft über die letzten Ereignisse abgelegt werden. Danach soll die augenblickliche Lage erwogen, die Tätigkeit des Komitees in Harmonie mit dieser Lage gebracht und die künftige Verteidigung der Konstitution gegen mögliche Angriffe organisiert werden. Das Komitee wird eine geheime Gesellschaft nur in betreff seiner militärischen Mitglieder bleiben, die Zivilisten sollen unter dieser Bezeichnung eine legale politische Partei bilden.

Eine Spezialkommission arbeitet Entwürfe zu Statuten für beide Organisationen des Komitees aus. Das Programm der Partei wird revidiert werden; das Prinzip der Dezentralisation wird in bestimmten Grenzen anerkannt, um die separatistischen Tendenzen gewisser Nationalitäten zu paralysieren, die für Selbstverwaltung der Provinzen eintreten. Einzelne Punkte des Programms der besonderen Nationalitäten, die den religiösen und nationalen Charakter betreffen, werden in das Parteiprogramm aufgenommen, um diese Gruppe zur jungtürkischen Partei hinüberzuziehen. Der Erfolg des Unternehmens hängt ganz von dem Takt und der Befähigung der Jungtürken ab, die spezifischen Interessen und Strömungen der einander befeindenden Nationalitäten auszugleichen."

Die Zugehörigkeit von Offizieren zu einer Geheimgesellschaft erscheint uns unter allen Umständen verwerflich.

3. Juni 1909. Tumulte im österreichischen Reichsrat.
4. Juni. Annahme der Verfassung für die vereinigten Staaten von Südafrika durch die konstituierende Versammlung.
4. Juni. Pressekongreß der Journalisten Großbritanniens.
7. Juni. Die Pforte erklärt, den Anschluß Kretas an Griechenland unter keinen Umständen dulden zu können.

---

9. Juni 1909.

Die große Politik wird so völlig beherrscht von der Wirkung, welche die durch England gehende Panik ausübt, daß uns nichts übrig bleibt, als sie nach wie vor zum Mittelpunkt unserer Betrachtungen zu machen. Wir können dabei freilich mit Genugtuung feststellen, daß abgesehen von den durch die gelbe Presse Englands beherrschten Kreisen außerhalb Großbritanniens niemand sich auf die Seite Englands geschlagen hat. Es ist in dieser Hinsicht völlig isoliert, und gewiß kann es nicht eine „splendid isolation" genannt werden. In Mahon Lake, Staat New York, hat einer der angesehensten Männer Amerikas, der Präsident der Columbia-Universität Dr. N. Murrey Butler, Vorsitzender des amerikanischen Zweiges der Association für internationale Vermittlung, sich ganz direkt dahin ausgesprochen, daß ihm als *das größte Hindernis einer Beschränkung der Rüstungen das Beharren Englands auf dem Zwei-Mächte-Flotten-Standard zu sein scheine*. Wir bedauern, nicht die Rede in ihrem vollen Umfang wiedergeben zu können. Aber ein Abschnitt daraus soll wenigstens hergesetzt werden.

„Man muß bedenken — sagte Prof. Butler —, daß bei der Berechnung dieser Zwei-Mächte-Stärke die englischen Jingoes die französische und japanische Flotte trotz des Bündnisses nicht mitzählen, ebenso die Russen nicht, zu denen die Engländer jetzt in kordialem Verhältnis stehen. Mit anderen Worten, der Zwei-Mächte-Marine-Standpunkt ist ganz allein *gegen Deutschland* gerichtet, wenn nicht die Bündnisverträge Betrug und Vorspiegelung sind. Es tut mir leid, sagen zu müssen, daß es die Engländer selbst sind, welche durch Auf-

rechterhaltung dieser Doktrin unter diesen Umständen in dieser internationalen Debatte zur angreifenden Partei werden, und daß sie es sind, die eine unhaltbare Stellung aufgeben müssen, in welche sie sich haben hineintreiben lassen." Und danach: „Es ist schwer zu verstehen, wie irgendein verantwortlicher englischer Staatsmann, der den kürzlich dem Parlament unterbreiteten Majoritäts- und Minoritätsbericht der Armengesetzkommission gelesen hat, sich auch nur einen Augenblick von der ernsten Pflicht nationaler Schutzmaßregeln gegen ökonomische, erzieherische und gesellschaftliche Übelstände daheim abwenden und dem Wahn nationaler Beschützung gegen einen gar nicht existierenden ausländischen Feind zuwenden kann." . . .[1])

Wenige Tage nach dieser Rede, die wir Professor Butler nicht vergessen werden, veröffentlichte die ebenfalls in New York erscheinende „Evening Post" unter der Überschrift: Previus english „scares" (Angstanfälle) eine Betrachtung über den Schrecken, den seinerzeit die französische Flotte in England erregte. Wir haben bereits früher auf diese Parallele hingewiesen (Deutschland und die große Politik 1908 S. 318), halten es aber für nützlich, aus der ausführlicheren Charakteristik der „Evening Post" einige Abschnitte herzusetzen. Der Artikel spricht zunächst von dem Schrecken, den die Landungspläne des großen Napoleon erregten, dann fährt er fort:

„Als Napoleon III. den Thron bestieg, rief sein bloßer Name die Schrecken früherer Jahre wieder hervor. 1852 und 1858 fürchtete man eine Invasion; aber 1859 und 1860 kam es zur schlimmsten Panik. Frankreichs Rüstung für den italienischen Krieg und seine Teilnahme am Kriege erregten solchen Verdacht, daß ganz England in der „Freiwilligen Bewegung" zu den Waffen griff. Zwölf Monate lang legten 119 000 Briten auf eigene Kosten die Uniform an und begannen zu exerzieren, der bärtige Hausbesitzer mittleren Alters neben dem Diener des Gemüsehändlers und dem Jungen, der eben die Schule verlassen hatte. Man kann sie und andere mehr oder weniger komische Typen im „Punsch" dieser Periode finden, der sich weidlich über sie amüsierte. Anfang 1860 berief die Königin die erste Versammlung der nationalen

[1]) Nach der Übersetzung der Butlerschen Rede in der „New Yorker Staatszeitung" vom 20. Mai 1909.

Büchsenschützen nach Wimbledon, und nun glaubte England sicher zu sein. Aber am 2. Juli 1860 wurde die Invasion wieder stündlich erwartet. Jedermann exerzierte und schoß in einem wahren Fieber der Erregung — etwa wie Kipling und Lord Roberts es heute freudig begrüßen würden —, denn die Annexion von Savoyen hatte das Mißtrauen wieder rege gemacht. Napoleon und Machiavelli galten als identisch. Tennysons unwürdiges Gedicht vom 9. Mai 1859 wurde wieder weit verbreitet, um das Publikum zu entflammen mit seinem Refrain: „Form, form, riflemen, form!" In demselben Gedicht charakterisiert er Napoleon also:

„Fürwahr, wir haben einen treuen Bundesgenossen gewonnen,
Aber nur der Teufel weiß, was er für Absichten hegt!"

Am 5. Juli 1860 hielt Lord Lyndhurst, in dem die Erinnerung an den ersten Napoleon noch lebendig war, eine Rede, die so klingt, als ob heute Mr. Asquith spitzfindig auslegt, was der Two Power standard bedeutet; in dieser Rede verlangte er eine Armee, die stark genug sei, es mit jeder möglichen Kombination feindlicher Mächte aufzunehmen. Der Historiker Herbert Paul sagt von dieser Rede, daß die Aushebung einer solchen Armee die Nation „in fassungslosen Schrecken" versetzt haben würde. Trotzdem hatte sie den größten Erfolg. Das neue Ministerium Palmerston verlangte eine Vergrößerung der Flotte, die die Forderung seiner Vorgänger weit übertraf — und trotzdem betrug das Budget der Armee nur 65 Millionen Dollar und das der Flotte weit weniger, gewiß ein Kontrast zu den 310 500 000 Dollars, die Mr. Lloyd George jetzt fordert .... Eines der Argumente, das vorgebracht wurde, war, daß man dem Kaiser nicht trauen könne, „weil er sich in einer Lage befinde, die ihn unzuverlässig mache"; es ist dasselbe Thema, das heute in betreff Kaiser Wilhelms variiert wird. Da es damals keine Militärballons gab, sahen die Londoner Zeitungen sich genötigt, einen Zusammenhang zwischen dem Interesse Frankreichs am Suezkanal und dem Invasionsplan herzustellen. Die Hysterie erreichte ihren Gipfelpunkt, als berichtet wurde, die Farmer von Chalons hätten sich geweigert, der französischen Regierung Pferde zu stellen, wenn sie nicht ihren Kriegsplänen entsage; man hielt nunmehr die Invasion für absolut sicher."

Erst das Eingreifen Gladstones, dessen gesunder Verstand keinen Augenblick geblendet worden war, führte endlich dahin, daß die Panik

sich legte. Die „Evening Post" macht zum Schluß die treffende Bemerkung, daß merkwürdigerweise die phantasiereichen Franzosen niemals gefürchtet hätten, daß ein englisches Armeekorps an ihren Küsten landen konnte. Sie hätten es bald genug in das Meer geworfen.

Leider sind wir von jenem Kulminationspunkt der Hysterie, der zu einer Rückkehr zur Vernunft führt, offenbar noch weit entfernt. Am letzten Donnerstag erschien in der „Morning Post" ein von Philip T. Bainbrigge gezeichneter Brief an den Herausgeber des Blattes, der wörtlich folgendermaßen lautet:

„Sir. Niemand, der die einsichtigen Ausführungen von Mr. Archibald R. Colquhoun über diesen Gegenstand (Deutschlands Seemacht) sorgfältig studiert hat, kann sich der Überzeugung entziehen, daß der Krieg mit Deutschland früher oder später unvermeidlich ist, es sei denn, daß es gezwungen wird, von seiner „Weltpolitik" zu lassen, oder daß England sich schwachherzig vor der deutschen „Machtpolitik" beugt. Weshalb soll man den Deutschen gestatten, den für sie geeigneten Augenblick zu wählen? Es ist evident, daß ihr Schiffsbau gegen uns gerichtet ist. Man sage ihnen das gerade heraus und füge hinzu, daß wir es als eine „unfriendly action" betrachten würden, wenn davon nicht Abstand genommen werde, und daß wir dementsprechend unsere Maßregeln treffen würden. Nun sind wir in der Lage, die deutsche Kriegsflotte zu zerstören und den ungeheueren und zunehmenden deutschen Handel vollständig zu ruinieren; lassen wir die Dinge gehen, auch nur bis 1912, so wird der Vorteil auf deutscher Seite sein, und je mehr Zeit hingeht, um so größer wird ihr Übergewicht. Ich bin ein Friedensfreund, und eine entschlossene Politik wie diese wird vielleicht den Frieden erhalten. Deutschland würde, glaube ich, nachgeben, einfach, weil es nicht fertig ist. In jedem Fall aber würde der Friede zu teuer erkauft sein, und ein erfolgreicher, gleich jetzt geführter Krieg würde unendlich weniger schrecklich sein, als ein unglücklicher, mit schließlicher Niederlage und der Teilung unseres Reiches endender Krieg, nach 5, 10 oder 20 Jahren."

Man sieht, aus dem Angstprodukt der deutschen Invasion in England ist der sehr aufrichtig gemeinte Gedanke einer englischen Invasion zur Zerstörung der deutschen Flotte und zur Vernichtung unseres Handels geworden! Aber vielleicht hat der Name Bainbrigge nichts zu bedeuten.

Wie aber, wenn Staatsmänner, die den höchsten Schichten der Gesellschaft angehören und die ganze Bildung ihrer Zeit beherrschen, dieselben Töne anschlagen? Die Versammlung britischer Zeitungsverleger und Journalisten, die nach London berufen ist, dient offenbar politischen Zwecken. Man hat alles getan, um ihr diesen Charakter zu geben. Der Speaker wird dem luncheon präsidieren, das Mitglieder beider Häuser des Parlaments den Gästen von der Presse geben werden. Der Lord Mayor wird sie in Mansion House bewirten, das Kriegsministerium mobilisiert zu einem „field day" (Musterung) in Aldershot, die Admiralität lädt sie zur Besichtigung der Flotte ein, die Regierung gibt ihnen ein offizielles Bankett, dem der Staatssekretär der Kolonien präsidieren wird, die Opposition unter Balfours Leitung gibt den überseeischen Journalisten ein Fest im Constitutional Club. Der „Standard" zählt noch eine lange Reihe weiterer Festlichkeiten auf, die der Gäste harren. Aber das alles sind, wie er sagt, Dinge von verhältnismäßig geringerer Bedeutung. Wichtige Angelegenheiten würden mit Sir Edward Greys Erlaubnis im Foreign Office, in Gegenwart mehrerer Kabinettminister, die ohne Zweifel in die Verhandlung eingreifen sollen, beraten werden. Das ist jedoch nur das Programm der Londoner Woche. Vom 14. bis 24. Juni werden die hauptsächlichsten Mittelpunkte der Industrie, Manchester, Sheffield und der Clyde besucht. Lord Curzon wird sie in Oxford, in Edinburg der Bürgermeister, der Lord Provost, empfangen. Was aber bei solchen Empfängen die „Imperial Preß Conference" zu hören bekommen wird, davon ist uns die erste Probe in der Rede Lord Roseberrys mitgeteilt worden. Sie kann die allgemeine Aufregung nur steigern und mündet in jenen Ruf um die Hilfe der Kolonien aus, die der „kleinen Insel", die entschlossen ist „ihren letzten Schilling" an den Bau von Dreadnoughts, und ihren letzten Mann an die Bemannung dieser Schlachtriesen zu setzen, in ihren Nöten „zur Verteidigung unserer und eurer Freiheit" beistehen sollen! Es könnte einen Hund jammern!

Lord Roseberry sagt uns auch, was der eigentliche Zweck dieses Preßkongresses ist: „Ich will euch, die ihr zu uns gekommen seid, um die Rüstungen Europas sorgfältig mit den Vorbereitungen zu vergleichen, die wir zur Abwehr treffen, bitten, wenn ihr heimkehrt, eure Eindrücke mitzuteilen .... Ihr werdet heimkehren, wie ich hoffe, als Missionare des Empire, als Missionare des ausgedehntesten und selbstlosesten Reiches,

das die Geschichte gekannt hat." Es ist wohl nicht unnütz, darauf hinzuweisen, daß in den Reden, die als Antwort auf die mit unendlichem Jubel aufgenommenen Worte Roseberrys folgten, als „Journalists of the Empire" Lord Northcliffe und Mr. Arthur Pearson besonders gefeiert wurden, das heißt, die Männer, die das meiste getan haben, die politische Atmosphäre in den letzten 8 Jahren zu vergiften.

Nun haben Neuseeland und Australien sich jetzt wirklich erboten, je einen Dreadnought zu stellen; sie wollen zu dem Zweck Anleihen in London aufnehmen, und Kanada hat erklärt, daß es eine eigene Flotte zum Schutz seiner Küsten aufstellen wolle, aber offenbar ist dem außer Fassung geratenen Imperialismus damit nicht genug geschehen. Wir werden die Folgen des Besuchs der überseeischen Journalisten ja bald genug kennen lernen. Zunächst fällt uns in ihren Reihen eine merkwürdige Erscheinung auf: Sazut Surendranath Bannerje, oder, wie man ihn in Bengalen nennt, Surendra Babu, derselbe, der im September 1906 zum Haupt der goldenen (d. h. der zum Sterben entschlossenen) Bengali gekrönt wurde, der ehemalige Redakteur des „Bengali", der Organisator der Swadeshi Boykottbewegung, den man als Hochverräter einzog, und der dann im November 1907 freigesprochen werden mußte. Er wird, wie es heißt, die zahlreichen in England studierenden jungen Inder zur Besonnenheit mahnen, denn aus ihren Reihen sind die zu einer Erhebung drängenden Elemente hervorgegangen. Immerhin wird seine Stimmung wenig im Einklang stehen mit der der andern Teilnehmer des Kongresses, die so sorgfältig für eine imperialistische Hypnotisierung vorbereitet werden. Denn über eines sollte man sich in England nicht täuschen; dem Ansehen Großbritanniens in aller Welt hat nichts so geschadet, wie das Geschrei über die deutsche Gefahr. Das gilt nicht nur vom gesamten Orient, sondern auch, so sorgfältig man bemüht ist, es zu verbergen, von Frankreich und von Rußland. Welche Garantie gibt es dafür, daß eine ähnliche Panik, wie sie jetzt durch die blühenden Gefilde Englands zieht, nicht auch in entscheidender Stunde die englische Flotte trifft? Wir haben an der Doggerbankaffäre gesehen, wie die Furcht vor unsichtbaren Gefahren wirken kann, und bei der Stimmung, die heute England beherrscht, kann aus jeder Wolke ein feindliches Luftschiff und aus den eigenen Torpedobooten ein fremdes Unterseeboot werden. Es ist eine Krankheit, um die es sich handelt, und wir wünschen in aufrichtiger Schätzung

einer Nation, die uns blutsverwandt ist, deren Interessen sich mit den unsrigen auf allen Gebieten geistiger und materieller Kultur berühren und vereinigen lassen, daß recht bald eine Genesung eintritt. Im Augenblick bedeutet diese Krankheit eine Gefahr; nicht nur für uns und für England selbst, und zwar für England die größere Gefahr, denn es wird nicht uns allein zu Gegnern haben, sie werden ihm im eigenen Schoße entstehen, sondern für die gesamte mit der Kulturarbeit beider Mächte verbundene Welt. Sie alle würden schwer geschädigt werden, wenn der Krieg alle Ozeane in Mitleidenschaft zieht. Nehmen wir aber den Fall an, daß, was wir nicht hoffen wollen, England aus einem solchen Kriege als Sieger hervorgeht — daß es ohne gewaltige Verluste Englands geschehen könnte, glaubt auch drüben niemand —, könnte dann nicht inzwischen ein anderer Rivale erstanden sein? Etwa Frankreich, dessen Marinerat, wie es heißt, sich ein Programm von 45 Panzerschiffen gesetzt hat, die nach der englischen Doktrin dann ebenfalls vernichtet werden müßten! Ententen pflegen nicht ewig zu dauern und selbst Herr Clemenceau ist nicht unsterblich! Und noch eines möchten wir denjenigen, die wie Mr. Bainbrigge argumentieren, zu bedenken geben: ist England seines Menschenmaterials denn wirklich so sicher? Wir haben im Juniheft der „National Review" einen Aufsatz von Lord Cranworth gefunden: „Der Niedergang des englischen Dorfes", der doch zu ernsten Gedanken anregen sollte. Er klagt über die Entwertung des Landes und über die schädliche Wirkung der Art Bildung, die in den unteren Volksklassen, durch schlechten Unterricht, durch die Verbreitung der Schundliteratur und den Einfluß der gelben Presse Fuß gefaßt habe.

„Aus unsern Dörfern, schreibt er, werden von zehn gut begabten Jungen mindestens neun weggelockt. In gewissen Fällen erweckt die Erziehung im Geist des Knaben den Wunsch, gut zu tun und vorwärts zu kommen. Er schaut nach den Aussichten um, die sich ihm bieten, und kommt zum Schluß, daß auch der gewissenhafteste, intelligenteste und beharrlichste Arbeiter nicht Aussicht hat, mehr zu werden als Ochsentreiber oder Schafhirt, mit dem wenig zureichenden Lohn von 14—16 Schilling wöchentlich. Dann fällt sein Auge auf eine Auswanderungsreklame, sie verspricht hohen Lohn für den Anfang und bald unter den billigsten Bedingungen ein eigenes Heim. Der Junge überlegt, faßt seinen Entschluß und zieht hinüber. Er findet die Schilderung übertrieben, die Arbeit härter, als er geglaubt hatte, den Lebensunterhalt

sehr viel teurer, aber für gewöhnlich geht es ihm gut. Das ist unser bestes Produkt. Meist aber ist der Junge ein gewöhnlicher Junge, ohne klare Wünsche, aber bereit zu nehmen, was sich bietet. Er wandert in die nächste Stadt und findet bald Freude an Müßiggang und Spielen. Nachmittags sieht er, wenn es irgend möglich ist, den Fußballspielern von Beruf zu und dem Artisten der Musik-Hall abends. Allmählich werden diese Vergnügungen zu einer Art Manie oder Laster für ihn, und er kann ohne sie nicht leben. Er kehrt nie ins Dorf zurück; tut er es aber, so ist er ein vorzeitig gealterter und gebrochener Mann. Was übrig bleibt und unserer größten nationalen Industrie die Arbeiter stellt, sind diejenigen, die geistig zu unfähig sind, um ein Vorwärtskommen zu wünschen, oder physisch zu unfähig, um den Wunsch zu verwirklichen — mit einem Wort, sie versagen."

Von den Alterspensionen (Old Age Pensions Bill) und von der Small Holdings Bill, die einen Kleingrundbesitz schaffen will, verspricht Lord Cranworth sich wenig oder gar nichts. Pensionen hätten die Landlords seit unvordenklichen Zeiten den Insassen ihrer Güter gezahlt; jetzt werde die Last von ihnen auf die Gesamtheit abgewälzt; die Small Holdings aber seien zu klein bemessen worden. 20 Acres hätten das Minimum sein müssen, damit eine Familie bei harter Arbeit davon leben könne, statt dessen habe man in Norfolk, wo 2500 Acres zu verteilen waren, höchstens Anteile von 9 Acres gegeben. Man gab dem Grobschmied 5, dem Schankwirt 6, ein wenig mehr dem kleinen Kaufmann. Die Wirkung sei, daß die Landbevölkerung in den östlichen Grafschaften eher abnehme als zunehme. Der Aufsatz schließt mit einem scharfen Angriff auf die Agrarpolitik des liberalen Kabinetts, auf den wir nicht weiter eingehen. Wichtig für die Frage, die wir behandeln, ist das Zugeständnis von dem Degenerieren der bäuerlichen Bevölkerung Englands. Sie muß den Kern der Wehrkraft nicht nur für die Armee, sondern auch für die Flotte liefern. Summa summarum, die Zahl der Dreadnoughts allein macht es nicht, das Erhitzen der Volksphantasie auch nicht, und es scheint uns, daß, wenn das Heer der Journalisten, das England aufgeboten hat, mit den Mitteln arbeitet, die heute von England gegen Deutschland gebraucht werden, es nicht zur Stärkung der moralischen und materiellen Kraft der Nation beitragen kann. Demgegenüber können wir mit Stolz auf die Ruhe hinweisen, mit der unser Volk all diese englischen Drohungen hingenommen hat. Sie haben

niemanden in seiner Arbeit zu stören vermocht und keinem den Frieden seines Hauses geraubt.

Es bleibt uns nur wenig Raum für die anderen Tagesfragen. In Persien nehmen die Dinge eine immer weniger erfreuliche Wendung. Der Schah ist am 16. Mai mit Familie, Hof und Schutztruppen von Bagshah nach Saltanet Abad, 10 km nördlich von Teheran, übergesiedelt, in der Nähe von Choltek und Sergende, wo der englische und der russische Gesandte ihre Sommerresidenzen haben. Die Kosakenbrigade des Schah ist nach Kaer i Kadshar, zwischen Teheran und Saltanet Abad, in ihr Sommerlager gezogen, 30 schnellfeuernde Geschütze sind außerdem in Saltanet konzentriert worden. Offenbar erwartet der Schah einen Angriff von Ispahan und Kaswin her, denn die Revolutionäre sind durch die ihm abgerungenen Zugeständnisse keineswegs befriedigt. Seine Korrespondenz des „Golos Moskwy", der wir diese Nachrichten entnehmen, sagt, daß Sattar Khan sich weigere, Ein ud Doule, den Generalgouverneur von Aderbeidjan, anzuerkennen. Die Agitation gehe dahin, dem Schah die Grundsteuer (den Maliat) nicht zu zahlen, um ihn gefügiger zu machen. Auch will jener Korrespondent wissen, daß England Samsame Sultane mit Geld unterstütze und ihn als Kandidaten für die Nachfolge auf den persischen Thron bereit halte. Das sei sogar von den Engländern selbst angedeutet worden.

„Die Bachtiaren — sage der „Daily Telegraph" — sind unsere Freunde." Eine weitere Verwicklung droht, wenn die Nachricht sich bewähren sollte, daß Sattar Khan und Kagir Khan mit ihren Fidais von dem türkischen Konsul direkt und offiziell unter türkischen Schutz gestellt worden seien.

Das türkische Parlament ist mit einer neuen Redaktion der Grundgesetze beschäftigt, die die Macht des Sultans noch weiter beschränken soll, was uns, namentlich jetzt, wenig angebracht scheint. Auch von einem Konflikt zwischen Abgeordneten und Senat wegen des Budgets wird berichtet; dazu kommt die Befürchtung, daß der ungewöhnlich strenge letzte Winter eine Mißernte in Kleinasien zur Folge haben könnte. Eine volle Entwaffnung der Albaner hat sich bisher nicht durchführen lassen und ebenso ist es noch nicht möglich gewesen, dem arg bedrängten Yemen zu helfen. In Syrien laufen Gerüchte über ein bevorstehendes Eingreifen Englands um. Kurz, das alles zeigt, wie groß die Schwierigkeiten der Lage sind. Jetzt ist noch das kretische Problem hinzugekommen,

das die Pforte zu keinerlei Zugeständnissen bereit findet. Sie soll beabsichtigen, wenn die Schutzmächte sich zurückziehen, einige Kriegsschiffe in die Sudabai zu senden, an der bestehenden Verfassung aber festzuhalten. Es ist uns aber zweifelhaft geworden, ob der Termin des 1. Juli von allen vier Schutzmächten eingehalten werden wird. Wenigstens möchten wir uns nicht dafür verbürgen.

An der indischen Grenze, nicht weit von Quettah, ist es zu Gefechten gekommen und ebenso auf englischem Boden zu einem Überfall afghanischer Haufen über Arbeiter, die mit Bewässerungsanlagen am Flusse Kerram beschäftigt waren. Der „Standard" scheint diesen Plänkeleien eine gewisse Wichtigkeit beizumessen. Auch in Bengalen dauert die Gärung fort. Die Regierung hat soeben einen Befehl erlassen, der den Truppen untersagt, wie es bisher geschah, bei aufrührerischen Ausschreitungen zunächst mit Platzpatronen oder über die Köpfe der Menge hinweg zu schießen. Es soll fortan gleich scharf und in die Volkshaufen hineingeschossen werden. Der ungünstige Bericht, den Sir Eldon Gorst über den ägyptischen Beirat in Gesetzgebungsfragen (Legislative council) dem Parlament vorgelegt hat, ist Veranlassung zum Austritt des Scheik Sayid Tewfik el Bakhri aus dieser Ratsversammlung geworden. Diese Tatsache ist insofern nicht unwichtig, als der Scheik das Haupt der Nachkommen des Propheten in Ägypten ist (Nekiber Aschraf) und in hohem Ansehen steht, und das Mißvergnügen Sir Eldons darauf zurückging, daß der Rat um Vorberatung eines Gesetzes ersucht hatte, das dem ägyptischen Volke einen Anteil an der Regierung durch Verleihung einer Verfassung erteilen sollte. Es ist begreiflich, daß Sir Eldon Gorst in diesem Wunsch ein Zeichen politischer Unreife erkannte, das ihn nicht ermutigen könne, die Rechte des council allmählich zu erweitern. Aber ebenso verständlich ist es auch, wenn die Ägypter anderer Meinung waren und auf die erstaunlich differente Haltung hinwiesen, die England in der Türkei und in Persien zeigt.

Die Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren in den finnländischen Gewässern hat der ausländischen Presse in Frankreich und England Anlaß zu recht haltlosen Bemerkungen gegeben. Trotz der offiziellen Erklärung, daß Kaiser Wilhelm einer Einladung folgt, der er seine bereits festgelegten Dispositionen opfert, läßt sich der „Standard" vom 4. Juni berichten: „What in fact has happened, is that the Kaiser has offered himself to the Czar." Der Deutsche Kaiser bietet sich nie-

mandem an, auch ist die Stellung Deutschlands in der Welt nicht eine derartige, daß es sich, wem es auch sei, anzubieten braucht. Beide befreundeten Herrscher tauschen seit Jahren ziemlich regelmäßig Besuche aus, zuletzt hat Kaiser Nikolaus in den deutschen Gewässern seinen Besuch gemacht. Wenn er jetzt das Bedürfnis empfand, mit Kaiser Wilhelm zu reden, waren die finnischen Gewässer an der Reihe.

Dieser Tage ist in Petersburg das von dem berühmten russischen Bildhauer L. Trubetzkoi verfertigte Reiterstandbild Alexanders III. enthüllt worden. Es steht in der Nähe des Nikolai-Bahnhofs. Der Zar hat dem Grafen Witte seinen besonderen Dank für die Errichtung des Denkmals sagen lassen.

Alexander III. starb am 1. November 1894, zwei Tage vorher hatte Fürst Chlodwig Hohenlohe das Reichskanzlerpalais bezogen, und damit schloß die Ära der politischen Richtung, deren Leitstern die Vorbereitung zur Abwehr eines erwarteten russisch-französischen Angriffs war. Hohenlohe und seit 1897 der neue Staatssekretär v. Bülow verstanden es, die Fäden normaler und bald freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland wieder anzuknüpfen, und damit schwand auch die wirkliche oder vermeintliche Gefahr. Am 17. Oktober 1900 wurde Graf Bülow der Nachfolger Hohenlohes. Wir denken in der gegenwärtigen Krisis der schweren Jahre, die zwischen dem Damals und Heute liegen. Die Welt hat inzwischen ein ganz neues Angesicht gewonnen. Mit dem kubanischen Kriege Amerikas rückte der ferne Osten den Kulturvölkern näher. Die bereits von uns in Kiautschou gewonnene Stellung wurde durch die Erwerbung der Karolinen und die Lösung der Samoafrage verstärkt, und fast gleichzeitig schuf der Burenkrieg Englands und die mit dem Ausgang desselben zusammenfallende fremdenfeindliche Erhebung in China eine überaus verwickelte Lage. Mit dem Tode der Königin Viktoria nahm die englische Politik eine immer weniger freundliche Haltung uns gegenüber ein, und zugleich stieg mit dem Abschluß des englisch-japanischen Bündnisses am Horizont die Gefahr eines russisch-japanischen Krieges auf. Im nahen Orient aber drohte die mazedonische Frage mit jedem neuen Frühjahr in einen Krieg von unberechenbaren Möglichkeiten auszumünden. Als dann der Krieg im fernen Osten wirklich ausbrach und seinen unglücklichen Verlauf nahm, die Revolution folgte und Rußland zu verzehren drohte, da ist es allein Deutschland gewesen, das Rußland nicht im Stich ließ, während in England und Frankreich alle Sympa-

thien auf seiten der Elemente standen, die sich in der ersten russischen Duma zusammengefunden hatten. Parallel mit diesen russischen Schwierigkeiten ging das Bemühen, die Früchte des französisch-englischen Abkommens vom 8. April 1904 auf Kosten Deutschlands reifen zu lassen. So begann der Kampf mit Delcassé in der Marokkofrage, der in den Sturz des Ministers, die Konferenz von Algeciras und endlich in die Verständigung ausmündete, die wir im März dieses Jahres zum Abschluß brachten. Gleich glücklich sind die „Umzingelungsbestrebungen" König Eduards schach und matt gesetzt worden und endlich hat die letzte orientalische Krisis zu einer Wendung geführt, die unsere Stellung in aller Welt Augen — und wir hoffen auch in den unsrigen — gehoben und gekräftigt hat. Gewiß, die Politik dieser Jahre ist nicht nur mit Glück und Geschick, sondern unter Einhaltung klar erkannter und geduldig verfolgter Ziele geführt worden.

11. Juni 1909. Besuch englischer Geistlicher in Berlin.
12. Juni. Parade der englischen Kriegsflotte in Spithead vor der Reichspresse.
12. Juni. Entdeckung einer antiamerikanischen Verschwörung von Japanern auf Honolulu.
15. Juni. Vertagung der russischen Duma bis zum 1. Oktober.

16. Juni 1909.

Es wäre ein Wunder gewesen, wenn die antideutsche Bewegung in Rußland und in England nicht auch die polnischen Zukunftspolitiker auf den Kampfplatz gerufen hätte. Einer von ihnen, der „Peregrinus Polonus" zeichnet, behandelt im „Courrier Européen" allen Ernstes die Frage „wird der Zar Polen den Preußen verkaufen?" Die Anregung zu seinen Erörterungen will er der russischen Presse danken: Herr Menschikow in der „Nowoje Wremja" habe darüber Erwägungen angestellt, und sogar gemeint, 8 Millionen Rubel könnten als Preis genügen, die „Rossija", das Organ des Ministerpräsidenten habe ihn allen Ernstes unterstützt, angesehene Liberale, wie Pentelejew und Fürst Trubetzkoi, hätten ihn bekämpft, alles aber fürchte, daß dieser verhängnisvolle Plan verwirklicht werden könnte, denn er gehe von den Konservativen aus, und die Liberalen seien zurzeit schwach. Die Mitteilung der Regierung, daß sie die polnischen Festungen niederlegen wolle, sei ein ballon d'essai, um die Meinung der Presse über den Verkaufsplan kennen zu lernen.

Was habe das nur zu bedeuten? Und wie solle man sich ein solches Verhalten Rußlands erklären, das, wie alle Welt wisse, von Gott geschaffen sei, um Frankreich vor einer deutschen Invasion zu schützen? Die Antwort sei leicht genug zu geben: Rußland als Machtfaktor existiere nicht mehr. Von 1700 bis 1900 habe es nichts getan als erobert, und wie ein Heuschreckenschwarm alles Land ringsum verwüstet, ohne irgendeine zivilisatorische Aufgabe zu erfüllen. Heute aber gebe es für Rußland nichts mehr zu erobern. Von Afghanistan bis nach Japan hin sei ihm Asien verschlossen, ebenso Europa. Persien, auf das es sich nunmehr stütze, sei von seinen eigenen Herrschern so ausgeplündert,

daß es nur schwer möglich sei, dort noch etwas zu holen, auch sei Persien ein gefährlicher Boden, der leicht zu einer zweiten Mandschurei werden könne.

Rußland werde sterben und sei bereits todkrank und es sei ganz vergeblich, wenn England und Frankreich sich bemühten, den Toten für lebendig auszugeben. Die letzten Ereignisse hätten bewiesen, daß der mächtige Arm, auf den sie sich stützen wollten, kraftlos sei. Da nun in der Geschichte wie in der Natur das Gesetz des horror vacui walte, beginne mit dem Absterben Rußlands auch die Teilung des russischen Territoriums, die hoffentlich das eigentlich russische, von russischem Volk bewohnte Land nicht erreichen werde. Aber um dieses eigentliche Rußland liege erobertes Land mit einer Bevölkerung von 90 Millionen Köpfen, und wenn die Nachbarn sich dieses Gebietes bemächtigten, würden sie weder ein natürliches noch ein göttliches Recht verletzen. Daher die heute in Petersburg herrschende Panik. Der Vorteil davon falle den baltischen Baronen zu, die am Hofe Nikolaus II. den entscheidenden Einfluß ausübten (beiläufig bemerkt, eine geradezu lächerliche Erfindung; sie sind niemals einflußloser gewesen als heute!) und diese deutsche Koterie habe den bizarren Gedanken, Polen zu verkaufen, aufgebracht, angeblich, weil es Rußland nützlich wäre, in Wirklichkeit aber zum Besten Preußens. Sollte nun Rußland in seiner Angst darauf eingehen, Polen an Preußen zu verkaufen, so wäre es das Schlimmste, was Polen geschehen könne. Jetzt habe es einen grausamen aber schwachen Bedrücker, der andere werde ebenso grausam, aber stark und verschlagen sein. Preußen würde Polen zu einem Schutzgebiet wie Togo und Kamerun machen, ihm alle Lasten eines deutschen Landes auflegen und es noch tyrannischer regieren, als es in Bosnien während der letzten 30 Jahre geschehen sei. Der Ausrottungskampf gegen das polnische Element werde von der Warthe zur Weichsel vordringen, und 13 Millionen Polen in ihrem eigenen Lande zu Parias machen. Statt aber Rußland den Kaufpreis, der vereinbart wurde, zu zahlen, werde Deutschland mit einem „Vae victis“ ihm noch die baltischen Provinzen nehmen, und niemand könne vorhersehen, wo es haltmachen werde.

Der schwerste Schlag aber würde Europa treffen. Das strategisch gestärkte Preußen würde auch materiell durch die Wälder, die fruchtbaren Äcker, die Kohlenlager und Abgaben Polens gekräftigt, mit einer

durch polnische Rekruten vermehrten Armee Österreich tödlich umklammern und es ganz zu seinem Vasallen machen. Daher müsse Europa diesen schändlichen Kauf nicht dulden, selbst wenn Rußland und Deutschland sich darüber verständigen sollten. Sei Rußland insolvent, so solle es seinen Bankrott offen erklären.

Verbiete aber Europa den Preußen die Annexion Polens, so könnte vielleicht Österreich sich des Landes bemächtigen, und das wäre das größte Übel nicht. In Österreich herrsche das allgemeine Stimmrecht, es habe all seinen Ländern ein Home Rule gewährt, das England noch immer den Iren versage, den Ungarn habe es sogar mehr zugestanden. Für Polen also wäre die Zugehörigkeit zu Österreich eine wesentliche Verbesserung, und auch Europa würde dabei gewinnen, da der preußische Einfluß sinken und Österreich, mit seinem Zentrum im Norden, eminent friedfertig werden müßte. Aber es gebe noch eine bessere Lösung:

„Rußland ist nicht mehr imstande, seine Herrschaft in Polen aufrechtzuerhalten, daran muß man fortan als Tatsache festhalten. Diese Tatsache rechtfertigt eine europäische Intervention. Wenn aber Europa eingreift, weshalb soll es durchaus den Polen ein neues Joch auflegen? Ist es für Polen notwendig, da Serben und Rumänen frei davon leben? Die wahre Lösung, die beste von allen, wäre, aus Russisch-Polen einen unabhängigen Staat zu machen. So wird man den Landsleuten von Kopernikus und Kosciuszko die Möglichkeit geben, unbehindert an dem Werk der Zivilisation der Menschheit mitzuarbeiten. Und so wird der Gerechtigkeit und dem Frieden am besten gedient sein."

Wir haben den Schluß dieser polnischen Phantasie im Wortlaut gegeben, um das eigentliche Ziel des Verfassers recht deutlich hervortreten zu lassen. Alles übrige ist Staffage: die russische Absicht, Polen zu verkaufen, die große Intrige der baltischen Barone, die Geneigtheit Preußens, Polen zu erwerben, danach den Kaufpreis zu stehlen und auf Petersburg zu marschieren — das sind Ausgeburten einer völlig aus allen Fugen geratenen politischen Phantasie, wie sie eben nur bei einem Polen zu finden war. Aber zweierlei wollen wir dabei doch hervorheben: einmal, daß es keine Kombinationen gibt, die Deutschland veranlassen könnte, polnische Territorien, auf welchem Wege immer es sei, zu erwerben, und zweitens, daß trotz aller Schwächung, welche der

japanische Krieg und die Revolution zur Folge gehabt haben, Rußland immer noch stark genug ist, seine Stellung in Polen zu behaupten, zumal sie ihm niemand streitig machen wird. Der Gedanke, einen Teil von Polen aufzugeben, hat allerdings in Petersburg zweimal bestanden: 1831, als der Feldzug Diebitsch' eine so unglückliche Wendung genommen hatte und die Cholera-Aufstände die Sicherheit des Reichs bedrohten, und 1863, als es schien, daß England, Frankreich und Österreich in allem Ernst daran dachten, mit mehr als diplomatischen Mitteln für die Bildung eines unabhängigen Polen einzutreten. Beidemal hat die Haltung, die Preußen einnahm, den Russen ihren polnischen Besitzstand gerettet. Es ist nicht daran zu denken, daß das national geeinigte Deutschland einen anderen Standpunkt einnimmt, als den der wohlerwogenen Politik Preußens in jenen Schicksalsjahren.

Offenbar ist jener „peregrinus Polonus" ein österreichischer Galizier, wie die verhältnismäßig gute Note zeigt, die er der habsburgischen Monarchie erteilt. Er kann jedoch sicher sein, daß auch Österreich keinen Schritt tun wird, um sich dieses nicht fällige polnische Erbe zu eigen zu machen. Das würde in direktem Gegensatz zu den Interessen der Monarchie stehen, was wir wohl nicht ausdrücklich darzulegen brauchen.

Irren wir nicht, so stehen all die haltlosen Kombinationen mit den Gerüchten in Zusammenhang, die durch den bevorstehenden Besuch Kaiser Wilhelms in den finnischen Gewässern hervorgerufen sind. Da Deutschland nicht den Anstoß dazu gegeben hat, liegt auf der Hand, daß wir keinerlei politische Anträge zu machen beabsichtigen. Ebenso sicher ist, daß hier nichts von politischen Plänen bekannt ist, die russischerseits an diesen Besuch geknüpft werden können. Die einfache Erklärung, die wir vor acht Tagen gaben — Besuch — Gegenbesuch — ist noch heute die wahrscheinlichste. Aus der Einladung des Zaren ist nur der eine Schluß zu ziehen, daß er die Animosität nicht teilt, die von seiten der russischen Presse und der russischen Gesellschaft in so unliebenswürdiger und unpolitischer Weise zum Ausdruck kam. Und das ist immerhin etwas im Hinblick auf die Konjekturen die an die nachfolgenden Besuche in England und Frankreich geknüpft wurden.

Über den Journalistenkongreß können wir uns kurz fassen. Das Charakteristische war die handgreifliche Absicht, durch die überseeische Presse Stimmung für den bevorstehenden Reichsverteidigungskongreß

zu machen. Das Mittel, das dazu gebraucht wurde, war Übertreibung und Drohung mit dem deutschen Gespenst. Wenn man sich bemühte, den Zuhörern klar zu machen, daß es sich nicht um eine Panik handle, wohl aber um ernste Sorgen für die Zukunft, so ist damit wohl der Empfindung Ausdruck gegeben, die im Augenblick vorherrscht, aber die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß diese Panik allerdings bestand und zwar in der allerlächerlichsten Form. Die Engländer mögen nur einen Blick in die Witzblätter eines beliebigen Landes werfen, um sich davon zu überzeugen. Als Beispiel mag eine Karikatur im New Yorker „Evening World" vom 2. Juni dienen, die einen Löwen zeigt, der einen „Zeppelin" anbrüllt, oder „De Amsterdamer Weekblad voor Nederland", der einen fliehenden britischen Löwen darstellt, an dessen Schweif ein deutsches Kriegsschiff und ein Luftschiff hängen. Namentlich aus den amerikanischen Blättern ließe sich eine ganze Blütenlese solcher Karikaturen hersetzen, ganz wie wir dort die allerschärfsten Kritiken der antideutschen Agitation gefunden haben (vgl. die „Sun" vom 4. Juni). Was aber soll man dazu sagen, wenn ein Staatsmann wie Mr. Balfour seinen Zuhörern erklärt, das Schicksal nicht nur Englands, sondern auch Australiens, Kanadas und Afrikas werde in der Nordsee entschieden werden und wenn Männer wie Haldane, von dem wir doch wissen, daß er Deutschland kennt und Lord Roberts ihm ausdrücklich beipflichten? Der „Standard" sagt, der Schluß all der Reden sei gewesen, daß England eine unangreifbare, allmächtige (an all-powerfull Navy) Seemacht haben müsse. Mr. Ward, Vertreter des „Sidney Daily Telegraph", ist so vollkommen durch die Suggestion dieser Reden eingeängstigt, daß er fürchtet, ganz Australien könnte von „some other nation" weggenommen werden, wobei man nicht recht weiß, ob er an den englischen Bundesgenossen Japan oder an uns denkt! Der Herausgeber des „Standard", Gwynne, von dem Redakteur der „Times", Mr. Amery, unterstützt, gibt die Parole aus: Fünf Flotten aber eine Admiralität, die sie leitet und so fort, immer crescendo. Dann hat die Truppenrevue in Aldershot und die Flottenparade in Spithead die Sorge erweckt, daß die Kolonialjournalisten einen so gewaltigen Eindruck von der Macht Englands gewinnen könnten, daß ihnen die Beihilfe der Kolonien, oder sagen wir lieber der „vier Nationen" überflüssig erscheinen könnte und man war bemüht, den Eindruck wieder abzuschwächen. Der Gesamteindruck ist für den Nichtengländer der,

daß noch nie ein „Persenschah so umschmeichelt" worden ist, wie jene Journalisten von den um ihre Gunst buhlenden englischen Staatsmännern!

Es hat uns unter diesen Umständen aufrichtig gefreut, im Manchester Guardian vom 12. Juni die Stimme der gesunden, allem Phrasentum feindlichen Vernunft zu hören. Die Preßkonferenz habe dazu gedient, eine falsche und gefährliche Ansicht von der europäischen Politik zu verbreiten. Den Journalisten, die gekommen seien, um über Kabel-Tarife zu diskutieren, habe man eine volle Woche hindurch zugerufen, daß es ihre Pflicht sei, in dem Krieg, der sich vorbereite, die Kolonien an die Seite des Mutterlandes zu führen. Sei das alles Schauspielerei und Eitelkeit, oder gebe es wirkliche eine Reihe von Ränkeschmieden, die die Schwächen Englands und die Einfalt der großen Massen in Fragen auswärtiger Politik ausbeuten? Die Kolonien hätten auf die Ermahnung, gegen „den Feind" zu rüsten, noch nicht geantwortet. Aber der „Temps" habe geantwortet, im Namen Frankreichs, und darauf hingewiesen, daß England nicht die Armee besitze, die seine Politik verlange. Während des letzten Casablanca-Zwischenfalles habe England angekündigt, daß es fünf Divisionen zur französischen Armee werde stoßen lassen, aber der „Temps" führe aus, daß England eine „europäische Armee" von 18 Divisionen besitzen müsse, um Frankreich wirksam zu unterstützen. Auch sonst sei mehrfach von einer Kooperation Englands für den Fall die Rede gewesen, „daß Deutschland angreifend gegen Frankreich vorgehen sollte". Das englische Volk habe daher ein Recht, Antwort auf die Frage zu verlangen, ob die Entente in gewissen Fällen England zum Bundesgenossen der russisch-französischen Allianz gegen den Dreibund mache. Laute die Antwort: ja! so sei das englische Volk schmählich betrogen worden, und Haldanes Vision von der Reichsarmee sowie die Preisgebung der englischen Interessen in Persien an die Russen werde verständlich. Aber das englische Volk würde eine solche Revolution seiner Politik, die sich unter dem Titel: Freundschaft mit Frankreich verbarg, nicht dulden! Laute aber die Antwort: nein! wir haben niemals intrigiert, um Rußland oder Frankreich in einem Kontinentalkriege gegen Deutschland zu unterstützen," dann höre man auf zu reden und zu handeln, als ob das Gegenteil wahr sei! „Laßt das Land wissen, ob die Tür offen oder geschlossen ist, es wird dann seinerseits wissen, was es zu tun hat!" Man kann die wahre Lage nicht besser zeichnen.

Aber wir fürchten, daß die englische Regierung den „Manchester Guardian" ohne Antwort lassen wird!

Nebenher drangen auch sehr aufrichtig gemeinte pessimistische Noten durch. Am 8. Juni fand eine Versammlung des Königlichen Kolonialinstituts statt, in der Lord Curzon sprach. Er begann mit dem Hinweis auf die „Welle von Aufruhr", die durch Ägypten, die Türkei, Persien, Indien, ja bis nach China hineindringe. Überall suchten die gebildeten Klassen Anteil an der Regierung zu gewinnen, aber koloniales Selfgovernment für Indien sei unvereinbar mit der Fortdauer der englischen Herrschaft in Indien und deshalb sei es „in toto" zu verwerfen. Auch Lord Morley sei dieser Ansicht. Wenn Lord Rosebery jüngst auf „die Stille vor dem Sturm" in betreff Europas hingewiesen habe, so scheine ihm, Curzon, dasselbe von Indien zu gelten. Er sei kein Alarmist, aber er glaube, daß die Gefahren, von denen Rosebery rede, näher lägen, als „some people" sich einbilde. Die Regierung Indiens müsse daher rücksichtslos vorgehen. Sei sie schüchtern (timid) so würden die Kräfte der Unordnung und des Verbrechens ihr Haupt erheben, sie werden stillehalten, wenn die Regierung zeige, daß sie stark sei und daß man sie fürchten müsse.

In den orientalischen Angelegenheiten stehen die persische und die kretische Frage auf der Tagesordnung. Auf die erstere gehen wir nicht näher ein. Wie unzuverlässig die umlaufenden Gerüchte sind, zeigt ein Telegramm, das dem sonst gut unterrichteten „Golos Moskwy" am 8. Juni aus Teheran zugegangen ist. Es heißt darin, der deutsche und der türkische Gesandte hätten erklärt, daß ihre Regierungen nicht gleichgültige Zuschauer bleiben könnten, und daß, wenn die Differenzen über Aderbeidjan nicht bald gelöst würden, sie genötigt sein würden, Truppen hinzusenden! Man denke: deutsche Truppen nach Aderbeidjan. Ebensogut könnte man sie nach Arabien schicken! Und solcher Unsinn wird gedruckt und geglaubt. Das wichtigste was bisher offiziell in persischen Angelegenheiten erklärt wurde, ist die Antwort, die Sir Edward Grey auf die Frage Dr. Rutherfords „ob England die Unabhängigkeit Persiens garantiert habe", am 8. Juni im Unterhause gab. Er sagte:

„Daß ich nicht wüßte; wir haben erklärt, daß es unserem Wunsch und unserer Politik entspreche, daß Persien unabhängig bleibe; aber wir haben diese Unabhängigkeit nicht garantiert."

Zurzeit sollen 20 000 Mann russischer Truppen auf persischem Boden stehen; aber wir können diese Zahlenangabe nur mit Vorbehalt wiederholen. Es läßt sich hoffen, daß in der kretischen Frage die Entscheidung rascher fallen wird als in Persien. Allerdings kann es nur eine vorläufige Entscheidung sein. Die Sache liegt so, daß vertragsmäßig die Truppen der vier Schutzmächte am 27. Juli die Insel räumen sollten. Geschieht das, so spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Kretenser die Vereinigung mit Griechenland proklamieren und die vollzogene Tatsache feierlich dem König Georg anzeigen. Wenn der König sich damit einverstanden erklärt und die Insel für Griechenland in Anspruch nimmt, ist ein Krieg mit der Türkei unvermeidlich, und da nichts dafür spricht, daß Griechenland Bundesgenossen findet, die Niederlage seiner Truppen so gut wie sicher. Lehnt der König dagegen das Anerbieten der Kretenser ab, so hat er einen gegen die Dynastie gerichteten Aufruhr zu fürchten, der ihn leicht den Thron kosten kann. Das Dilemma ist also ein verzweifelt ernstes. Den umlaufenden Gerüchten eines Verkaufs der türkischen Rechte auf Kreta vermögen wir keinen Glauben zu schenken. Eben jetzt ist die sehr bestimmte, wenn auch nicht offizielle Erklärung erfolgt, daß die Türkei ihre Flotte in die Sudabai schicken wolle, um hier den dauernden Hafen für ihre Kriegsmarine zu begründen. Im übrigen will sie der Insel alle wünschenswerte Freiheit unter rechtlicher Gleichstellung der Mohammedaner und Christen lassen. Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen das Fortfallen der europäischen Kontingente auf Kreta eine Gefahr bedeutet, und da ein am 14. aus Konstantinopel eingetroffenes Telegramm des „W. T. B." versichert, daß England definitiv beschlossen habe, seine Truppen n i c h t von Kreta zurückzuziehen, darf man hoffen, daß vorläufig wenigstens die Krisis vertagt ist. Ob sie nicht in anderer, vielleicht gefährlicherer Form wieder auftaucht, ist eine andere Frage. Die Sudabai bietet nicht nur einen unvergleichlich schönen Hafen, sondern auch als Marinestation einen strategischen Punkt, wie ihn England im östlichen Mittelmeer noch nicht besitzt. Es wäre das Malta des Ostens. Bisher ist es aber noch niemals vorgekommen, daß England eine derartige Position, wenn es sie einmal inne hatte, wieder aufgegeben hätte. Man denke an Gibraltar, Malta, Ägypten.

Die Mißverständnisse zwischen Marokko und Spanien beginnen einen bedenklichen Charakter anzunehmen. Der noch immer geheim-

gehaltene französisch-spanische Vertrag vom Oktober 1904 scheint den Spaniern Aussichten eröffnet zu haben, die sie verwirklichen wollen. Der Staatsrat hat 3⅓ Millionen Pesetas (etwa 16 Mill. M.) mit 7 gegen 5 Stimmen für das Kriegsministerium als außerordentlichen Kredit bewilligt, und die liberalen Blätter erklären, daß dieses Geld für einen marokkanischen Krieg bestimmt sei. Das wird zwar offiziell bestritten, ist aber trotz allem nicht unwahrscheinlich, wenn Frankreich nicht rechtzeitig ein Veto dagegensetzt.

In Frankreich gilt der Ausstand der eingeschriebenen Seeleute und die Erhebung der Post- und Telegraphenbeamten zwar als beigelegt, aber die Unordnungen dauern fort. Man schneidet Telegraphendrähte ab, und die Unbotmäßigkeiten einzelner Gruppen von Seeleuten wiederholen sich immer wieder. Auch besteht die C. G. T. als Mittelpunkt aller sozialistischen Anschläge in ungeminderter Stärke fort. Die Regierung hat einen Erfolg errungen, der die Symptome, nicht das Wesen der sozialen Gefahr beseitigt hat, und auch das nur teilweise. Die Erdbebenkatastrophe um Aix herum hat zwar schwere Opfer gekostet — bisher sind 43 Tote festgestellt worden — aber zum Glück nicht annähernd den Umfang der vorausgegangenen italienischen Katastrophen erreicht.

Am 13. Juni hat in Natal die entscheidende Abstimmung über den Anschluß der Kolonie an den sich bildenden common wealth of South Africa stattgefunden. 11 121 Stimmen sprachen sich für die Union aus, 3701 dagegen. Somit kann die Union der südafrikanischen Kolonien Englands als eine vollzogene Tatsache gelten. Es steht nur noch die absolut gesicherte Zustimmung Englands aus. Zu der australischen, neuseeländischen und kanadischen „Nation" tritt nun als vierte die Nation von Südafrika, die einzige, die offiziell doppelsprachig ist.

Die Wiederaufnahme der Beziehungen der deutschen Freimaurerlogen zum französischen Grand Orient können wir nur beklagen. Der Grand Orient ist eine eminent politische Organisation, die in schädlichster Weise auf das innere Leben Frankreichs eingewirkt hat. Es genügt — um ein Beispiel anzuführen — an die skandalöse Affäre der Fiches zu erinnern, in welcher die französische Freimaurerei eine wenig beneidenswerte Rolle gespielt hat, oder an die Verfolgung der französischen Katholiken, die unter dem Einfluß des Grand Orient durchgeführt wurde. Eine deutsch-französische Annäherung auf dieser Grund-

lage ist uns nicht nur nicht erwünscht, wir halten sie vielmehr für direkt schädlich. Auch sonst verstehen wir dem Treiben der Freimaurer keine gute Seite abzugewinnen. Bestenfalls sind sie unschädlich, aber, wie alle geheimen Gesellschaften, drohen sie auszuarten und die Verbindung mit dem ganz sozialistischen „Grand Orient" bedeutet tatsächliche Gefahr, ganz abgesehen davon, daß der Grand Orient wiederum unter dem uns direkt feindseligen Einfluß der englischen Logen steht.

16. Juni 1909. Beschießung eines englischen Kauffahrers durch Begleitschiffe der russischen Kaiserjacht.
17. Juni. Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren in den finnländischen Schären.
19. Juni. Note der Türkei an die Schutzmächte Kretas
19. Juni. Verbannung und Degradierung von 86 Würdenträgern des entthronten Sultans.
19. Juni. Beschluß der türkischen Kammer, die Oberhoheit über Kreta zu behaupten.
22. Juni. Ablehnung der Erbschaftssteuer durch die Finanzkommission des deutschen Reichstags.

23. Juni 1909.

Die aller Welt als Überraschung gekommene Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren hat die jedem Kenner bekannte Tatsache bestätigt, daß die freundschaftlichen Beziehungen, die von alters her zwischen beiden Kaisern bestanden, durch die Ereignisse der letzten Jahre nicht erschüttert, sondern vielmehr gefestigt worden sind. Nikolaus II. wird niemals vergessen, wie treu unser Kaiser während der Schrecken des japanischen Krieges und der höchst gefährlichen Wirren, welche die russische Revolution brachte, zu ihm gehalten hat, und wie noch kürzlich es die Vermittlung Deutschlands gewesen ist, die einen, wie es schien, bereits unvermeidlichen, Krieg abwandte, in welchem der Erfolg trotz der französischen Allianz und der englischen Entente den russischen Waffen nicht zufallen konnte. Die sehr herzlichen Tischreden beider Monarchen, deren genau erwogener Wortlaut zeigt, daß sie politische Kundgebungen sind, sollen nach innen wie nach außen hin wirken. Für uns bedeuten sie, daß Rußland sich weder zum Bundesgenossen einer französischen Revanche noch einer englischen Panik hergeben will, die unter dem Schein gebotener Defensive alle Kennzeichen einer geplanten Offensive angenommen hat; für Rußland, daß die loyale Politik, die wir unseren Nachbarn wie unseren Alliierten gegenüber von jeher eingehalten haben, auch fernerhin der Leitstern bleiben wird, nach dem wir unser Staatsschiff lenken. Daß sich die gegen uns erregte Stimmung in den Kreisen der russischen Presse und derjenigen Politiker, die zur neoslavischen Fahne geschworen haben, nun plötzlich legen sollte, wäre eine törichte Annahme. Herr Sjuworin wird, nach wie vor, fortfahren, sich aus London durch Herrn Wesselitzki die Direktiven für seine politischen Leitartikel geben zu lassen, und die anderen, mit wenigen Ausnahmen, die meist den Organen der Rechten angehören,

werden diesem Beispiel folgen. So ist es gewesen, seit Alexander II. der politischen Presse Rußlands die Möglichkeit gab, auszusprechen, was ihr das Herz bedrückte. Das hat aber immer nur die Bedeutung von Demonstrationen gehabt, und mehr als eine demonstrative Bedeutung sprechen wir auch der feindseligen Haltung nicht zu, welche die russische Diplomatie bei guter Gelegenheit gegen uns anzunehmen liebt. Das „Journal des Débats", das bemüht ist, seine Leser darüber zu beruhigen, daß jene letzte Zusammenkunft in den finnländischen Gewässern politische Folgen haben könnte, weist darauf hin, daß solche Monarchenzusammenkünfte keinerlei Bedeutung haben, wenn sie als Niederschlag nicht einen Vertrag hinterlassen, von dem das profanum vulgus nichts erfahre, wie es seinerzeit in Kronstadt geschah, als dort der Grund zur französisch-russischen Allianz gelegt wurde. Dagegen habe die Zwei-Kaiser-Zusammenkunft in Björkö 1905 Rußland nicht behindert, die Franzosen loyal in Algeciras zu unterstützen, und auf die Zusammenkunft in Swinemünde sei im August 1907 der russisch-englische „accord" gefolgt. Die „Débats" hätten noch hinzufügen können „und Reval" nebst den sich daranschließenden Mißerfolgen der englischen Politik. Im Grunde sind das müßige Bemerkungen, die an der Tatsache nichts ändern, daß Rußland für eine feindselige Politik gegen Deutschland nicht zu haben ist, weil die Richtung der russischen Politik durch den Träger der Reichsinteressen, den Zaren, selbst bestimmt wird. Zum Abschluß besonderer Verträge mit Rußland liegt aber heute weder Anlaß, noch Notwendigkeit vor. Wir haben im Jahre 1905 Rußland eine Rückendeckung gegen die ganzen und halben Alliierten Japans gegeben, ohne daß ein Vertrag zwischen uns bestand, und ebenso bedeutete während der Revolution die Nachbarschaft Deutschlands eine moralische Rückendeckung, die weder England, noch Frankreich — selbst wenn sie Nachbarn Rußlands gewesen wären — hätten bieten können. Vielmehr hat gerade in diesen beiden Staaten das revolutionäre Element sein Hauptquartier gehabt, ehe es die Vorbereitung zur Revolution soweit reif fand, um nach Rußland überzusiedeln. Später aber fanden Revolutionäre und Anarchisten dort ihre sichere Zufluchtstätte. Daß deshalb alles, was kryptorevolutionär ist, oder was den seiner Natur nach gleichfalls destruktiven panslavistischen oder neoslavistischen Kreisen angehört, in Deutschland den Feind sieht, finden wir durchaus begreiflich. Allen diesen Bestrebungen ist das auf festen Füßen stehende

Deutsche Reich ein Hindernis und den Propheten und Adepten der revolutionären wie slavistischen Schule ein Ärgernis. Die Zwei-Kaiser-Zusammenkunft bedeutet, daß diese Stimmen machtlos verhallen. Das ist eine Assekuranz für Erhaltung des monarchischen Prinzips in Rußland, für uns das Ausscheiden von Möglichkeiten, denen wir uns gewachsen wissen, die wir aber mit Genugtuung vom politischen Horizont verschwinden sehen.

Die dritte Duma ist nunmehr nach Ablauf ihrer zweiten Sitzungsperiode in die Ferien gegangen. Sie findet im ganzen eine „gute Presse". Ihr Fleiß wird gelobt und auch der Takt, mit dem sie die Grenzen eingehalten hat, die ihr gesetzt waren. Sie tagt seit dem 14. November 1907 und wir hoffen, daß sie trotz mancher unerfreulichen Ereignisse, zumal während der letzten Wochen, kein gewaltsames Ende nehmen wird wie ihre beiden Vorgängerinnen. Daß sie überhaupt arbeiten konnte, erklärt sich aus der Beseitigung des sog. Witteschen Wahlgesetzes, dessen schematischer Liberalismus nun einmal mit russischen Zuständen nicht vereinbar ist, wie die Tätigkeit der beiden ersten russischen Volksvertretungen bewiesen hat. Auch diese dritte Duma stand zeitweilig in völliger Abhängigkeit von der aura popularis und wenn es von ihr abgehangen hätte, befände sich heute Rußland, und mit ihm vielleicht ganz Europa in einem blutigen Kriege. Gewiß ist das ein Beweis dafür, wie notwendig es war, daß der Kaiser die Rechte der Volksvertretung nicht weiter ausgedehnt und sich die auswärtigen Angelegenheiten, die Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande und die Entscheidung über Krieg und Frieden vorbehalten hat.

Gleich nach Abschluß der Dumasitzungen hat sich eine Anzahl von Delegierten aufgemacht, um einer Einladung englischer Parlamentarier Folge zu leisten. Sie sind am Sonntag in London eingetroffen. Eine gute Einleitung zu diesem Besuch sind die Parlamentsverhandlungen in Westminster vom 16. Juni gewiß nicht gewesen. Wir erinnern uns nicht, daß der Beherrscher eines befreundeten Staates jemals in England so brutal beleidigt worden ist, wie es von Mitgliedern der regierenden Partei, den Herren Byles, Morell, Herbert, Mackarneß und dem Arbeiterdeputierten Thorn geschehen ist. Dazu kam, daß die Abwehr vom Regierungstisch und vom Speaker überaus kraftlos war. Nachträglich wird freilich von den Organen beider Parteien energisch gegen diese Beschimpfung eines Gastes, den man bald glänzend zu empfangen

denkt, protestiert, aber ungeschehen läßt sich die Tatsache nicht machen. Auch hat die Arbeiterpartei noch nachträglich auf einem Meeting die Resolution gefaßt, zu erklären: „daß dieses Meeting der Arbeiterpartei emphatisch dagegen protestiert, daß die britische Regierung in irgend welcher Weise offiziell Notiz nimmt von dem bevorstehenden Besuch des Zaren von Rußland, unter dessen Autorität und direkter Billigung so viele schreckliche Greuel (atrocities) gegen ein Volk verübt worden sind, das auf konstitutionellem Wege für politische Freiheit kämpft." Nun, die russischen Gäste werden wohl darüber Aufklärung geben können, gegen wen die Strafakte der russischen Regierung gerichtet sind, sie könnten auch auf analoges Vorgehen der englischen Regierung in Indien und in Ägypten verweisen. Die Hinrichtungen in Denshawai stehen keiner russischen Strafmaßregel nach! Über die englische Politik in Indien aber ist eben jetzt eine sehr lehrreiche und unparteiische Darlegung in Heft 8 und 9 der „Deutschen Rundschau" von Mjg. Graf Vay von Vaya und zu Luskod veröffentlicht worden, die überaus pessimistisch ausklingt. Der Verfasser hält es nicht für wahrscheinlich, daß die europäischen Besitzungen auf asiatischem Boden sich auf die Dauer werden behaupten lassen. Die Gedanken, die er ausführt, decken sich in allen wesentlichen Punkten mit den Anschauungen, die auch wir vertreten haben. Der schwere Fehler, den England mit dem Abschluß des gegen Rußland gerichteten japanischen Bündnisses beging, ist nicht gutzumachen. Die russische Stellung am Golf von Petschili bedrohte England in keiner Weise, konnte vielmehr als Bürgschaft dafür dienen, daß Rußland den Weg zum „Warmen Meer" weder im Persischen Golf noch in den indischen Gewässern suchen werde. Mit der Demütigung Rußlands durch Japan aber brach auch der Glaube an die Unüberwindlichkeit der weißen Rasse in Asien zusammen, und gefährdet wurde dadurch die Stellung keiner Nation mehr als die Englands. Wandeln ließe sich die jetzt drohende, in der Schnelligkeit ihres Vorgehens vielleicht überschätzte, aber elementar fortschreitende Gefahr nur durch einen Sieg Englands über Japan, der aber dadurch wesentlich erschwert werden dürfte, daß er ohne Zweifel von einem Aufstande in Indien und in den übrigen asiatischen Besitzungen Englands begleitet sein würde.

Doch wir kehren zur Gegenwart zurück. Sie stellt uns vor drei kritische Fragen: die persische, die kretische und wie es scheint, auch vor ein neues Aufleben der marokkanischen Frage.

In betreff Persiens schärft sich uns immer mehr die Überzeugung, daß die jetzt das Land ruinierenden Wirren längst ihren Abschluß gefunden hätten, wenn nicht Rußland und England eingeschritten wären. Im Orient lassen sich innere Streitigkeiten nicht nach europäischen Methoden beilegen, auch pflegen sie nicht den Umfang anzunehmen, den sie erreichen, wenn eine endgültige Entscheidung durch das Eingreifen Dritter verhindert wird. Heute weiß in Persien niemand mit Sicherheit, auf wessen Seite denn eigentlich die beiden Mächte stehen, denn da sie sich für den Schah und für die Konstitution erklärt haben, glauben bald die Aufständischen, bald der Schah sie zu Freunden zu haben. Auch schwindet in Persien immer mehr der Glaube, daß beide Mächte wirklich gleiche Ziele verfolgen. Das ist nicht wunderbar, wenn man sich erinnert, wie Sir Edward Grey sich im Dezember 1907 über das im Oktober abgeschlossene Abkommen aussprach. Die offiziöse „Westminster Gazette" kommentierte damals die Greysche Erklärung folgendermaßen:

„Sir Edward Grey gebe zu, daß der Vertrag durch die Zeit erprobt werden muß, aber es sei ein Vorteil für Rußland, daß England auf eine Politik des Vordringens in Nordpersien verzichtet, ein mindestens gleicher Gewinn sei es aber für England, daß Rußland sich in Südpersien die gleiche Beschränkung auferlege. In der Tat sichert uns der Vertrag den großen Vorteil, daß die drohende Umgehung unserer Verteidigungspositionen an der Nordwestgrenze Indiens durch eine strategische Eisenbahn nunmehr ausgeschlossen ist. Rußland mag ja nicht die Absicht gehabt haben, gegen Indien vorzugehen, aber die Drohung damit war eine diplomatische Waffe, die uns sehr unbequem war, und wenn wir aus irgendeinem andern Grunde mit Rußland Krieg führen müßten, würde die Existenz einer derartigen Bahn einer ungewöhnlich starken Versuchung gleichkommen, sie zu einem Angriff auf Indien auszunützen. Nun liegt der Hauptgewinn des Abkommens darin, daß Rußland behindert ist, den Bau dieser Bahn zu beginnen, auch nicht unter dem Vorwande einer handelspolitischen Bahn. So weit unsere Einflußsphäre reicht, und das bedeutet viele hundert Meilen von der indischen Grenze, ist das ausgeschlossen. Wir haben auf Grund des Vertrages nicht nur das Recht zu protestieren, sondern lange ehe diese Operation zu einer Drohung werden kann, unser Veto dagegen zu setzen. Das ist etwas ganz anderes, als die unwirksamen Schikanen von Persien aus, die vor Abschluß des Vertrags unser einziges Aus-

kunftsmittel waren. Daß wir einen so großen Vorteil nicht ohne Zugeständnisse unsererseits erzwingen konnten, ist begreiflich, und deshalb haben wir allerdings in Nordpersien Zugeständnisse gemacht (NB.: England pflegt stets Zugeständnisse auf Kosten fremder Staaten zu machen, man denke an Marokko oder an Cypern!). Aber in Anbetracht der inneren Lage Persiens haben wir keinen Grund eine Abmachung zu bedauern, die den Anlaß zum Einschreiten oder zum Zwist zwischen beiden Mächten beseitigt."

Man wird heute ein großes Fragezeichen hinter diesen letzten Satz machen müssen. Rußland hat bereits einschreiten müssen und zeitweilig auch England. Die russischen Zeitungen stehen schon längst dem russisch-englischen Abkommen mißtrauisch gegenüber und nicht minder mißtrauisch zeigt sich die kritisierende unionistische Presse Englands; in Persien selbst aber werden bereits Stimmen laut, die nach dem „heiligen Krieg" verlangen. Wir sehen nicht, wie unter diesen Umständen die russischen Truppen wieder aus Persien abrücken und sich, wie verheißen worden ist, eines Eingreifens in die inneren persischen Angelegenheiten enthalten sollen. Sie werden tun müssen, wie die Türken in Urmia, d. h. erklären, daß sie abziehen werden, sobald die Ordnung wieder hergestellt ist, womit allerdings der Termin ad calendas graecas verschoben ist.

Auch in Marokko wird wieder der Ruf nach dem heiligen Kriege laut, so behaupten wenigstens die französischen Blätter. Was in Wirklichkeit gefährlich zu werden droht, ist das Vorgehen der Spanier, die Gebiete in Anspruch nehmen, die ihnen der Prätendent Bu Hamara, der dazu kein Recht hatte, vergeben hat. Mulay Hafid, der sich ganz auf den Boden der Vereinbarungen von Algeciras gestellt, will naturgemäß diese Ansprüche Spaniens nicht anerkennen und verlangt gleichzeitig die Räumung der noch von fremden Truppen besetzten Gebiete. Wenn die „Agence Havas", deren Telegramme aus Marokko erfahrungsmäßig skeptisch aufgenommen werden müssen, recht berichtet, hat der Sultan in der Nähe von Fez eine Niederlage durch Bu Hamara erlitten, was neue Verwicklungen nach sich ziehen könnte. Endlich will die „A. H." noch wissen, daß von Tafilet aus Frankreich befreundete Stämme beraubt worden seien, ein Hirte sei getötet, zwei verwundet.

Was endlich Kreta betrifft, so läßt sich jetzt hoffen, daß die Schutzmächte ihre Truppen auf der Insel lassen werden. Damit wäre die Ge-

fahr eines Zusammenstoßes zwischen Griechenland und der Türkei beseitigt oder mindestens auf längere Zeit hinausgeschoben. Leider liegen aber noch andere Konfliktsmomente vor. Die Agitation in Mazedonien ist wieder lebendig geworden und der alte Gegensatz zwischen Griechen und Bulgaren, Exarchisten und Anhängern des Patriarchats findet wie früher in Morden und Überfällen seinen Ausdruck. Die Bulgaren verlangen in beinahe drohendem Tone Genugtuung und zugleich von der Türkei die Durchführung der versprochenen Reformen, Bau von bulgarischen Kirchen und Schulen usw. Nun liegt auf der Hand, daß man der neuen Türkei Zeit lassen muß, ihr Programm auszuführen; sie hat jetzt nach allen Richtungen hin schwierige Aufgaben zu lösen: die Niederwerfung des Aufstandes in Albanien, der nicht unbedenklich aussieht, die Beobachtung der Entwicklung in Persien, endlich auch die ägyptischen und arabischen Angelegenheiten. Wie der „Temps" berichtet, führt der „Mayyad", ein in Kairo erscheinendes Organ des ganz unter englischem Einfluß stehenden Khedive, eine hartnäckige Kampagne gegen den Konstitutionalismus in der Türkei und für die Begründung eines arabischen Kalifats. Was die Verwirklichung dieses letztern Planes zu bedeuten hat, haben wir schon mehrfach dargelegt. Es wäre der gefährlichste Schlag, der gegen die Türkei und zugleich gegen den Rest von Selbständigkeit in Ägypten geführt werden könnte.

Wir haben geraume Zeit nicht von den inneren französischen Verhältnissen geredet, weil sie so wenig erquicklich sind. Auf die übelriechende Affäre Marix sind die Prozesse gegen die ehemaligen Sekretäre der französischen Marineminister Tomson und Pelletan, die Herren Dupont und Vittone, gefolgt, denen man nachgewiesen hat, daß sie sich Staatspapiere zu eigen gemacht haben. Als Motiv dieser „Ungehörigkeiten" gibt Ernest Judet im „Eclair" vom 18. Juni an, daß sich mit derartigen Akten ein gutes politisches Geschäft machen lasse: Diejenigen, die emporgekommen sind (les hommes arrivés) denken nur daran sich vor Rivalen zu schützen, die ihre Portefeuilles erobern möchten, und die Ehrgeizigen haben nur ein Mittel, um Minister (ceux qui sont en place) einzuschüchtern oder ihre Rache abzuwehren: man läßt sie wissen, daß gewisse Schubfächer voller Explosivmunition seien, d. h. voll kompromittierender Papiere, von denen gelegentlich Gebrauch gemacht werden könnte. Die Untersuchung über die Marineverwaltung, die bekanntlich Herr Delcassé leitet, hat diese „Affäre" ans Tageslicht

gebracht, und wird wohl noch weiteres „Material" ausgraben, was an sich ja sehr verdienstlich ist, wenn es die wirklich Schuldigen treffen sollte. Ernest Judet, der freilich eine giftige Feder führt, erwartet das aber nicht. Er benutzt die Gelegenheit zu einem Hieb auf Clemenceau, der ihm als Träger der englischen Politik in Frankreich besonders verhaßt ist:

„Herr Clemenceau behauptet sich, weil man ihn fürchtet, er hat eine Reserve von „petits papiers". Vittone und Dupont werden für alle Welt büßen müssen, aber gewiß sind sie die mindest Schuldigen."

Noch schärfere Angriffe mußte der Ministerpräsident am 17. Juni bei der Amnestiedebatte hinnehmen, als die Royalisten Delahaye, Destineau, Gauthier de Clagny über ihn herfielen und ihm die unangenehmsten Dinge sagten. Wir heben daraus nur die eine nicht widerlegte Behauptung hervor, daß Offiziere gemaßregelt worden sind, weil sie in die Kirche gingen, wodurch die Tatsache bestätigt wird, daß der Kirchenfriede in Frankreich noch lange nicht hergestellt ist. Als im Laufe der Debatte das ungehörige Singen der Internationale zur Sprache kam, rief der Abgeordnete Flessières, der den Antrag auf Amnestierung der Antimilitaristen in der Armee gestellt hatte: Nous la chantons tous! nämlich die Internationale, was allerdings, wenn es wahr sein sollte, ein merkwürdiges Licht auf die Majorität der französischen Kammer werfen würde.

Der Ausstand der sogen. „lads", das ist der Stalljungen, deren Ehrgeiz dahin geht, einmal Jockey zu werden, hat zwar das letzte Rennen in Auteuil verdorben, aber den Franzosen ihren guten Humor nicht zu nehmen vermocht. Sie haben nach dem ersten Ärger über die Enttäuschung, die ihnen bereitet ward, gelacht, und gewiß war es das klügste, was sie tun konnten. Aber die Sache hat auch ihre sehr ernste Seite. Sie gibt ein neues Symptom der Zersetzung des sozialen Lebens, die sich seit einem Menschenalter in Frankreich vor unseren Augen vollzieht. Die Initiative gehört auch diesmal wieder der „C. G. T." die jene „lads" veranlaßt hat, ein „Syndikat" zu bilden um ihren Willen durchzusetzen, und der Vizepräsident der Kammer und ehemalige Minister Herr Berteaux hat bei Konstituierung des Stalljungensyndikats das Seinige getan, um sie zu ermutigen. Dieser „millionaire anarchiste" wie der „Eclair" ihn charakterisiert, sucht nach Popularität bei den organisierten

sozialistischen Arbeitermassen, in deren Händen, wie es scheint, bald die Entscheidung über Frankreichs Zukunft ruhen wird. Welche Perspektive wäre das für die Kultur Frankreichs! Es ist wirklich an der Zeit, daß mit diesem Unwesen aufgeräumt wird. Mit Polizeimaßregeln von Fall zu Fall ist es gewiß nicht getan, mit dem System selbst muß gebrochen werden.

Es ist uns aufgefallen, daß seit einiger Zeit in Frankreich das Interesse an der polnischen Frage wieder lebendig geworden ist. Der oft zitierte Petersburger Korrespondent des „Journal des Débats" hat sie mehrfach in polnischem Sinne behandelt. Neuerdings hat der Professor der Sorbonne Ernest Denis einen öffentlichen Vortrag über die Polenfrage in Rußland gehalten, der, wie billig, mit heftigen Angriffen gegen Deutschland anhob und sich zum Kampf gegen den Germanismus bei uns wie in Österreich (das bekanntlich das polnische Paradies ist) für die slavische Solidarität erwärmte. Er teilte dabei mit, daß die Absicht bestehe, in Paris ein Monument für Mickiewicz zu errichten, was diesen klerikalsten aller polnischen Dichter vielleicht verwundern würde, wenn er einen Blick in die kirchlichen Verhältnisse des heutigen Frankreich werfen könnte. Der eigentliche Kern des Vortrags aber ging dahin, der russischen Regierung ans Herz zu legen, von der Abtrennung der Gebiete vom ehemaligen Königreich Polen zu lassen, die das neue Gouvernement Cholm bilden sollen. Das „Journal des Débats" bemerkt dazu, daß, wenn Rußland bei seinen Absichten bleibe, es in unglücklichster Weise die ehrgeizigen Absichten fördern würde, mit denen Deutschland sich in betreff Polens trage! Wir hätten dem „Journal des Débats" wirklich mehr politisches Urteil zugetraut. So kann nur schreiben, wer von unserer Politik nicht das geringste weiß. Es gibt niemanden in Deutschland, der unser Reich durch polnisches Gebiet und weitere polnische Reichsgenossen zu vergrößern wünscht. Aber charakteristisch ist die Tatsache, daß die seit Abschluß der alliance franco-russe verstummte Sympathie für Polen heute neu erwacht. Um diese französischen Dinge nicht mit einem Mißton zu schließen, weisen wir auf ein liebenswürdiges Buch hin, das sich mit Deutschland beschäftigt: Maurice Muret: „La littérature Allemande d'aujourdhui. Paris 1909." Der Verfasser, den wir schon von früheren Arbeiten her schätzen, beginnt mit Spielhagen und Heyse und schließt mit Fulda und Hoffmannsthal. Den Charakter eines Anhanges trägt das letzte Kapitel: Das heutige Deutschland nach

Karl Lamprecht. Es wird auch bei uns mit Interesse und Belehrung gelesen werden, denn die Wiederspiegelung aus dem Geist einer anders gerichteten Rasse, hier der lateinisch-französischen, wird unserem eigenen Urteil stets förderlich sein. Das Buch reizt oft zum Widerspruch, aber es verletzt nie, auch da nicht, wo es neben einem hart angefaßten Autor die Art seines Volkes, oder sagen wir lieber seiner Leser, trifft.

24. Juni 1909. Endgültige Ablehnung der Erbanfallsteuer in zweiter Lesung des Reichstags mit 194 gegen 186 Stimmen.
25. Juni. Fürst Bülow in Kiel.
26. Juni. Protest der englischen Arbeiterpartei gegen den Zarenbesuch in England.
26. Juni. Kaiser Wilhelm lehnt das Gesuch des Reichskanzlers um sofortige Enthebung vom Amt ab.
26. Juni. Besuch des Zarenpaars in Stockholm.
29. Juni. Sturm der englischen Suffragettes gegen das Parlament.
30. Juni. Manöver der drei englischen Flotten.

---

30. Juni 1909.

In der Wochenschrift „Black and White" vom 19. Juni veröffentlicht Arnold White einen Artikel, dem er die Überschrift gibt: „Die Schrift an der Wand". Die Redaktion schickt diesem Artikel die folgende Bemerkung voraus: „Wir bringen hier den letzten der Artikel, die Mr. Arnold White unter dem Gesamttitel „Die Zukunft Britanniens" veröffentlicht hat. Diese glänzenden Essays haben in allen Teilen des „Empire" die Aufmerksamkeit auf sich gezogen und gehören ohne allen Zweifel zu den bedeutendsten journalistischen Leistungen dieses Jahrhunderts."

„Black and White" erscheint jeden Freitag als illustrierte Wochenschrift und hat seit 1891, wo sie begründet wurde, stetig an Verbreitung gewonnen. Es ist keineswegs gleichgültig, wie sie politisch urteilt, und wir bedauern, daß sie, dem Strom der öffentlichen Meinung folgend, nunmehr auch in das uns feindliche Lager übergegangen ist.

Über Mr. Arnold White gibt „Who is who?" die folgende Auskunft: „Schriftsteller, widmete sich sozialen Studien, ist in Kolonisationsfragen sechsmal in Südafrika gewesen, besuchte mehrfach Kanada, die Vereinigten Staaten und Rußland; trat im Auftrag von Baron Hirsch mit der russischen Regierung in Verhandlung, um jüdische Kolonien in Argentinien zu begründen. Kandidierte 1886, 1892, 1895 und 1896. Interessiert sich für eine starke Flotte und für Geschütze, wurde 1903 für ungehöriges Verhalten vor Gericht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Veröffentlichte: „Briefe von J. G. O. an die „Times"; Der moderne Jude 1899; Englische Demokratie; Unsere Tüchtigkeit

und unser Reich; Für Schlagfertigkeit." Liebhabereien: Bergsteigen, Reisen, Jagd, Golf, Schach, Gartenbau."

Man wird sich darnach ungefähr eine Vorstellung von der Persönlichkeit machen können. Wir legen ihr und speziell dem von „Black and White" publizierten Artikel „Die Schrift an der Wand" so große Bedeutung bei, daß wir diesen Artikel trotz seiner Länge in vollem Umfange wiedergeben:

„Das Fest Belsazars.

Nach 11jährigem Mühen in der stinkenden Hitze Mesopotamiens hat der Kulturfleiß der Deutschen die Reste von Nebukadnezars Palast freigelegt. Von des Königs Hof führt ein Torweg zu einem ungeheuren länglichen Gemach — dem Bankettsaal, in dem Belsazar sein Fest feierte. In dem Leben unserer eigenen Nation ist nunmehr der Augenblick gekommen, da die stumme „Schrift an der Wand" dem Belsazar der britischen Demokratie die Gefahr zeigt, die ihm droht und ihn warnt, auf daß er sich bereithalte für den großen Tag des Zornes.

Deutschlands großer Fehler.

Da wir den feststehenden Entschluß Deutschlands kennen, die Souveränität der Meere zu gewinnen, wäre es unser Selbstmord, der Entschluß Wahnsinniger, wenn wir 1913 nicht bereit sind. Ein Jahrhundert hindurch ist der Glaube an die Schwäche Englands weit verbreitet gewesen, und dieser Glaube hat viel Schaden gebracht. Im Jahr 1899 schätzten die militärischen Ratgeber aller Kontinentalstaaten England auf 30 000 Mann brauchbarer Truppen. Deutschland, das nach dem Gut des kranken Mannes gierte, wartete während des Burenkrieges nur auf den Augenblick, da England ins Meer geworfen sein würde. Man sagte uns, daß unsere letzte Stunde gekommen sei; daß das verfallende England untergehe und daß ein unkriegerisches Bauernvolk den Zusammenbruch des britischen Reiches vollenden werde. Dann kam das Erwachen. Es zeigte sich, daß nicht wir, sondern die Buren und Deutschen die Narren gewesen waren. Als 30 000 Mann über 6000 Meilen weit verschifft worden waren, folgte Transport auf Transport, zehnmal 30 000 auserwählte Söhne Englands rückten ins Feld. Tochternationen, deren fürstlicher Landbesitz das Geschenk der alten Mutter war, eilten mit prachtvoller Mannschaft zu Hilfe. Die jugendliche, freiwillige Amateur-

armee von Groß- und Größer-Britannien machte die kolonialen Hoffnungen Deutschlands zuschanden, indem sie erst die Buren schlug, dann ihr Vertrauen und ihre Treue gewann, indem es ihnen Machtbefugnisse anvertraute.

Die Lehren des Krieges.

Während Deutschland sich krümmte unter dem Druck des Fehlschlages seiner Hoffnungen, materialisierte es seinen Groll durch Bildung einer Flotte, um die Herrin der Meere herauszufordern. Eine Summe von 166 Millionen wurde für Kriegsschiffe bewilligt, die Docks wurden erweitert, Wasserstraßen vertieft und Häfen ausgebaggert. Das Geld soll wiederkommen durch die Kriegsentschädigung, die von England erpreßt wird, nachdem es den Stoß ins Herz erhalten haben wird. Hätte Deutschland die Macht Englands in den 90er Jahren richtig eingeschätzt, so wäre das Krügertelegramm nicht abgegangen. Hätte die Welt gewußt, daß England eine Kriegsmacht von 300 000 Mann besaß, die es über See werfen konnte, und daß diese Zahl noch verdreifacht werden konnte, so hätte es kein Ultimatum von Krüger gegeben, keine Invasion britischen Gebietes und keinen Versuch Deutschlands, die Sache der Buren zur Sache Europas zu machen. Das Leben von 22 000 unserer Tapfersten und Besten, der Verlust von 250 Millionen Pfund Sterling, das war der Preis, den wir gezahlt haben, weil wir die Welt glauben ließen, daß der britische Koloß tönerne Füße habe, daß der Dreizack Britanniens in schwachen Händen ruhe und daß durch einen starken Stoß der ganze Bau umgeworfen werden könne. Und dennoch schliefen wir nach dem Burenkrieg wieder ein.

Mangel an Disziplin.

An Materialismus und Unglauben degenerierten nach wie vor unsere müßigen Klassen. Trotz aller natürlichen Vorzüge haben, abgesehen von vereinzelten Fällen, die Oberen die Fähigkeit verloren zu führen. Mannhaftigkeit und Voraussicht gehören vornehmlich dem Mittelstande und den Arbeitern. Luxus, Aufregungen und Ruhelosigkeit haben den Charakter der Klassen, aus denen unsere natürlichen Führer stammen, verkrüppelt und ihre Fähigkeiten depraviert. Der Mangel an Disziplin, der bei den Massen beklagt wird, ist bei den müßigen Edelleuten sichtbar in ihrer Hingabe an Vergnügungen, in

dem Umgehen der Mutterschaft, der Gier nach Geld, dem Verlangen bekannt zu werden und der Verachtung ernster Aufgaben. Männer der oberen Klassen werden selten in den Ehrenreihen der Universitäten gefunden, in der Front von Wissenschaft und Profession, oder in den höheren Stufen von Literatur oder Recht. Geld und Eitelkeit herrschen ohne ernste Rivalen, und selbst die Reichspolitik ist jetzt ein Mittel der Intrige geworden.

Die Schrift steht an der Wand. Seht doch das Personal der Leiter beider Parteien an. Abgesehen von Mr. Balfour und Sir Edward Grey, ist kein Mann von Distinktion unter ihnen. Der müßige und reiche Edelmann, der Vorzüge genießt, die er nicht verdient hat und die jetzt unfruchtbar sind, muß beiseite stehen. Keine Partei im Reiche wird sich bemühen, ihnen ihren Luxus und ihre Privilegien zu erhalten. Sie sind zu schwach, sich selbst zu verteidigen, und die Amalekiter sind über ihnen.

Wert einer Aristokratie.

Dies ist keine Zeit für Führer, die nicht führen können, für politische Schmetterlinge, die in Ruinen gedeihen, für Aristokraten, welche die Stellung mißbrauchen, die unser Land ihnen verliehen hat, oder für müßige Nichtstuer, die keine Hand für den Staat haben. Aber noch ist die gute Überlieferung der alten Familien nicht erloschen. Der Herzog von Bedford, der Marquis of Lansdowne, der Earl of Wemyß, Earl Grey, Lord Curzon, Lord Percy, der Herzog von Norfolk und viele andere sind Männertypen, die Genüsse verschmähen und ein Leben voll Arbeit hinter sich haben. Sie leben noch, um zu zeigen, daß Männer, die nichts durch die Politik zu gewinnen haben, oft die sichersten Führer sind. Ein Mann, der nichts braucht, kommt nicht in die Versuchung, das Volk zu belügen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß eine nationale Existenz sich lange behauptet, in der die Aristokratie ihren Einfluß und ihre Privilegien nicht durch Jahrhunderte zu erhalten vermag. Bei allen großen Völkern haben sich Aristokratien gebildet. Wenn die alten Familien verfallen, pflegt auch der Staat zu degenerieren. Das Sinken des Adels ist ein Zeichen von Degeneration, denn kein großer Staat kann sich in der Frontstellung behaupten, ohne irgend eine Form der Aristokratie. Die Vereinigten Staaten, die man als Gegenbeweis zu nennen pflegt, beginnen sich eine Aristokratie zu bilden. Nur ameri-

kanische Aristokraten können in den diplomatischen Dienst treten. Man ist in Amerika bereits zweifelhaft geworden, ob Wahlurne und Gleichheit bessere Führer liefern als der alte Brauch, demzufolge Staatskunst in der Jugend gelernt wird. Wenn ein Knabe beim Frühstück über Weltinteressen reden hört, wird wahrscheinlich ein besserer Staatsmann aus ihm werden, als aus dem Advokaten, für den Politik einen Schritt vorwärts in seiner Karriere bedeutet.

Erben des Ruhms.

Nationen, die mit Erfolg ungeheure Mengen von Gold produzieren, erkaufen damit nicht ihren Bestand. Die Geschichte der alten Familien ist die Geschichte Englands. In Kriegszeiten sind ihre Männer freiwillig auf dem Schlachtfeld gefallen; in währendem Frieden hat eine Generation nach der anderen der Gesellschaft ihre Einheit und ihren Zusammenhang gegeben. Kinder, die einen glänzenden Namen erben, scheuen sich ihn zu entehren. Die Tugend guten Blutes heißt: freudiger Stoizismus im Unglück, die Kraft, schwierige Dinge leichter zu vollbringen als andere Leute, überlegener Mut und Charakter, und Fähigkeit stille zu halten und zu schweigen. Klugheit ist nicht der Vorzug eines Standes, aber Klugheit ist ebenso gemein, als Charakter selten ist. Schwarze Schafe in den oberen Klassen sind die Wölfe des Sozialismus.

Die Schrift an der Wand.

Die Mittelklassen, von denen vornehmlich das Schicksal des Reiches abhängt, das sie geschaffen haben, leiden unter mangelnder Organisation und Leitung. Infolgedessen ist das Parlament ein verzerrter Spiegel des britischen Volkes, denn die Mittelklassen sind zu wenig vertreten.

Die Weisesten schweigen; empfindsame Gemüter meiden die Atmosphäre der Politik. Die besten Vertreter des Volkes sind nicht zungenfertige Redner, sondern Männer, die das Aufsehen scheuen, solche, die von der strebsamen Laufbahn des Parlamentariers nicht angezogen werden. Unabhängigkeit und hoher Flug der Gedanken sind Disqualifikationen für die parlamentarische Laufbahn. Man hat die Wähler dazu erzogen, daß sie von ihren Vertretern erwarten, daß diese die Fiktionen und Irrtümer, die die Massen glauben wollen, zum Ausdruck bringen ... Wären wir sicher, daß der Friede noch 100 Jahre dauert, so könnten wir unser unsinniges Treiben noch ein Dutzend Jahre fortsetzen. Aber

die Schrift steht an der Wand. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.

Das Dröhnen der Hämmer.

Da ich diese Zeilen schreibe, könnte man eine Nadel in Europa fallen hören, wenn nicht die Hämmer in Deutschland dröhnten, die am Werke sind, die neue Flotte zu schaffen. Die Luft ist still. Keine Nation hat Beschwerden gegen eine andere, die nicht durch diplomatische Routine beseitigt werden könnten. England hat mit keiner von ihnen Mißhelligkeiten, äußerlich ist es aller Freund. Vor einem Jahrhundert haßten wir Frankreich und die Franzosen. Etwas „französisch" zu nennen, hieß es verurteilen. Die heutigen Engländer respektieren und würdigen den festen Vorsatz, die solide Würde und die geordnete Stärke der Deutschen. Etwas „deutsch" nennen, heißt es loben.

Vor einem Jahrhundert war England der Jäger. So wie es 1909 die Jagd betreibt, ist es bestimmt, niedergeworfen zu werden, sobald es nur einen Augenblick nicht acht gibt. Seine vornehme und alte Zivilisation ist in Gefahr. Selbst die Briten über See, die herangewachsen sind, als hätten sie vergessen, daß das Leben der Nation auf Verteidigung der See ruht, tasten, inmitten sich jagender Festlichkeiten, nach Licht im Hinblick auf die sich verdüsternden Aussichten. Wenn England fällt, wird die neue Gruppierung der Nationen Britisch-Kanada, Australien und Südafrika ernten lassen, was sie gesät haben. Wenn die guten und tapfern Männer, die für Britannien gelebt haben und gestorben sind, um sich schauen, werden sie wissen, daß, wenn ihr Arbeiten und ihr Dulden uns gleiche Opfer auflegt, wie ihnen, wir gerettet sind. England ist wohl wert, erhalten zu werden. Bei all seiner Schläfrigkeit und Saumseligkeit bleibt England doch die einzige selbstlose und unvergleichliche Macht unter den Nationen.

Die Magie britischen Regiments.

Wir brauchen nicht weit in unsere Geschichte zurückzugreifen, um das Geheimnis nationaler Unsterblichkeit zu verstehen. König Eduards Regiment hat Erfolge gebracht, die denen Elisabeths nicht nachstehen. Dem Burenkrieg und seinen Folgen ist nichts Gleichartiges in der Geschichte an die Seite zu stellen. Botha hat mir in Brüssel erzählt, wie er und sein junger Sohn im Nebel des „Velt" beinah von Knox — einem

unserer wackeren Generale — gefangen worden wären, und wie der Junge während seines Galopps seinen Hut und der Vater seine Hoffnung verlor. Heute geht Sir George Farrar, den Krüger zum Tode verurteilt hatte, Hand in Hand mit Botha, dem Sieger von Spionkop, dessen Farm von Engländern verbrannt wurde, und der aus dem Kriege ebenso stolz hervorging wie seine Besieger, aber mit leerem Beutel und geschlagen als General.

Welche andere Nation zeigt solche Zauberkraft der Oberherrschaft, daß sie die widersprechenden Interessen und Leidenschaften eines geschlagenen Feindes in Rechnung stellt? Nicht Bismarcks Landsleute. Nicht Rom oder Babylon, weder Karthago noch Rußland. Weder ein totes noch ein lebendes Reich darf sich des Elixiers rühmen, das noch in unsern Händen bereit liegt.

Das Erwachen Englands.

Die Furcht vor der Zukunft geht nicht darauf zurück, daß England nicht siegen wird, wenn es sich dazu vorbereitet, sondern darauf, daß man ihm die Zeit dazu nicht lassen wird. Wenn England erwacht ist, dann ist seine Stellung für einen Offensivkrieg so überlegen, daß es auf den Sieg rechnen kann. Bei einem Defensivkrieg wäre es anders. Die Lage Englands ist schwach, wenn es angegriffen und zur Defensive gezwungen wird. Es folgt daraus, daß, wenn England seinen Schlummer durch Stärkung seiner Marine abgeschüttelt hat, und statt des Scheins in Armee und Schule Realitäten einführt, wenn es seine Religion von Narrheit und Antipatriotismus reinigt, wenn es die europäische Lage in ihrer nackten Realität erfaßt hat, daß England dann Deutschland auffordert zu erklären, weshalb es 33 Dreadnoughts ohne Kohlenraum baut, und weshalb es Geld aufnimmt, um sie zu bauen. Was immer die Antwort ist, die deutschen Dreadnoughts dürfen nimmer mehr gebaut werden. Wenn das britische System ein würdigeres System ist, und ein höheres Ideal verwirklicht als das Stiefelputzersystem Deutschlands, so ist es gegen die Vernunft und unsinnig, daß Britannien, nackt und unvorbereitet, seinem Rivalen die Freiheit läßt, den Augenblick für den Angriff zu wählen. Das moralische Recht, die Initiative zu ergreifen, gehört England. Deutschland ist jetzt der

Herr des Kontinents von Europa. Der Himmel hat niemals erlaubt, daß eine Nation die Welt zu Wasser und zu Lande beherrscht. Dem neuen Kampf ausweichen heißt untergehen. Der Weg zum Leben aber ist, daß wir in Demut, als ein einig Volk, die Last auf uns nehmen, und sie tragen wie diejenigen sie trugen, die das „Empire" gemacht haben.

Nicht in der Nordsee oder in den Docks Deutschlands, sondern in den Herzen des britischen Volkes ruht, vorherbestimmt, unser Schicksal!"

Diese Ausführungen verdienen nicht nur rasch durchflogen, sondern sorgfältig erwogen zu werden. Das Mittelstück der Betrachtungen von Arnold White enthält, wo es sich um allgemeingültige Sätze handelt, Wahrheiten, die ernst gedacht sind und wohl überall Geltung beanspruchen dürfen. Sie zeigen uns, daß wir es nicht mit einer journalistischen Alltagsfeder, sondern mit einer Persönlichkeit zu tun haben, die in einer ernsten konservativen Grundrichtung ihre Gedankenwelt festgelegt hat. Um so bedenklicher aber erscheint es uns, daß ein solcher Mann die einleitenden historischen und die abschließenden politischen Betrachtungen anstellen konnte. Das erste zeigt, daß die politisch-historische Legende sich zu einem Zerrbild der historischen Wirklichkeit verdichtet hat, das dem Engländer als absolute Wahrheit erscheint und ihn unfähig macht, jede nicht englische Darstellung der Gegenwart wie der Vergangenheit zu erfassen. Was nicht der nationalen Legende der „einzigen selbstlosen Macht unter den Nationen" entspricht, wird als undenkbar beiseite geschoben. Es muß bei der Legende bleiben, und ihr huldigt alles vom Premierminister bis zu dem einst verachteten und heute verherrlichten Tommy Atkins. Dagegen anzukämpfen, ist absolut vergeblich. Wir fürchten, daß es ebenso unmöglich ist, dieser englischen Logik gegenüber, gegen die ruchlose Piratenpolitik anzukämpfen, welche Arnold White in seinen Schlußausführungen predigt. Das „allein selbstlose" England hat die heilige Pflicht, über Deutschland herzufallen, weil es in dem Wahne lebt, daß Deutschland sich mit der Absicht trägt, es eines schönen Tages zu überrumpeln. So lehrt Arnold White und unsere Leser wissen, daß er nur wiederholt, was seit 1901 die gesamte imperialistische Presse und eine lange Reihe hervorragender englischer Staatsmänner, Admirale und Feldmarschälle vor ihm gepredigt haben. Für uns ergibt sich daraus der Schluß, daß wir nicht nur mit der Möglichkeit, sondern mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen haben, daß diese Piratenmoral einmal zur

offiziellen englischen Doktrin erhoben wird, und es wäre ein Frevel, wenn bei solchen Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten die Mittel, sie abzuwehren vernachlässigt, d. h. die Reichsfinanzreform zum Scheitern gebracht werden sollte. Es gibt der festen Überzeugung des Unterzeichneten nach keinerlei Entschuldigungsgrund, der die Ablehnung der notwendigen Mittel rechtfertigen kann. Man mag, wenn nicht anders, in Zukunft nochmals die heutigen Reformvorschläge revidieren und verbessern; so wie die Dinge heute liegen, können wir die 500 Millionen neuer Steuern gerade jetzt am allerwenigsten entbehren. Auch steht über allen Zweifel fest, daß die deutsche Nation dem Reich das finanzielle Fundament, dessen es bedarf, um sich in seiner Existenz zu behaupten, auch freudig gewähren will. Politisches Schmollen, wenn nicht alles nach Wunsch gegangen ist, heißt politisch abdanken, und ein Unheil geschehen lassen, um konsequent geblieben zu sein, das heißt die Vernunft ad absurdum führen.

Mr. Arnold White aber mögen zu seinen Ausführungen noch einige Äußerungen amerikanischer Politiker ins Stammbuch geschrieben werden. Der „New York American" sagt: „Das Kläglichste in der Welt ist ein großes Reich, das von Panik ergriffen ist. Die Panik des großen und mächtigen Rom, als die Goten kamen, war kläglich. Aber die Panik Englands, da niemand kommt, ist mehr als kläglich. Sie ist entsetzlich, „It is awfull!" Wer greift denn England an? Wo ist der Feind? Das weiß niemand. Die Führer dieses dekadenten Reichs reden und kreischen „like dipsomanes" . . . . Sie heulen nach mehr Flotten, sie schreien nach größeren Armeen. Wer will sie angreifen? Sie wissen es nicht. Es ist nur die Auflösung, die nach den Gesetzen menschlichen Lebens von Anfang an beginnt . . . ." Und im Londoner „Spectator" vom 5. Juni veröffentlicht ein „wideawake Yankee" folgendes Schreiben: „Sir! Sie glauben also, daß die Vereinigten Staaten eher mit Großbritannien als mit Deutschland sympathisieren werden, wenn diese beiden Mächte über ihre Seemacht in Streit geraten sollten? Haben Sie je von dem Bürgerkrieg in unserm Lande gehört, und erinnern Sie sich, auf wessen Seite damals die englischen Sympathien standen? Poor, stupid John Bull. Ich bin, Sir, usw. John Temple, Concord, Massachusetts."

Im „Boston Traveller" schreibt Josef Smith: Es ist ein eindrucksvolles Bild, wie „dear old England" die Welt auffordert, sich davon zu überzeugen, wie verworfen und streitsüchtig das Schiffe bauende

Deutschland ist, und wie es die Kolonien anruft, damit sie sich der Rasse und dem Reich anschließen. England schickt sogar Warnungen an sein geliebtes Kind Amerika, das hochgewachsen und stark geworden ist, voll Kraft und Reichtum, um es vor den niederträchtigen Teutonen zu warnen, welche die Glorie der Angelsachsen zerstören wollen, und sagt, wir sollten uns bereit halten, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Diese Tränen und Sorgen erregten die Welt und doch fanden sich schlecht gesinnte Cyniker, welche fragten, was wohl damit bezweckt werden solle? Sie wollten wissen, welches Ziel mit diesem weinerlichen Evangelium von Frieden und Freiheit verbunden sei? Nun wissen sie es. Während die Welt stille saß und die Vorwürfe gegen Deutschland anhörte, hatte England sich mit dem anderen philanthropischen Freunde von Frieden, Humanität und Freiheit verständigt und die Würfel über Persien geworfen.

Einige Leute mögen glauben, daß die Klauen des britischen Löwen beschnitten sind; aber sie werden nicht irren, wenn sie sagen, daß John Bulls Augenzähne abgeschnitten worden sind.

Es ließen sich diese Zitate sehr wesentlich vervollständigen; wir verzichten darauf um so lieber, als es auch in England zahlreiche besonnene und hochdenkende Männer gibt, die mit tiefem Ekel das Treiben der gelben Presse und ihrer Führer betrachten. Aber es scheint, daß das „deutsche Gespenst" die öffentliche Meinung so völlig betört hat, daß solche Männer kein Gehör finden oder nicht zu Worte kommen können.

1. Juli 1909. Note der türkischen Regierung an ihre Vertreter im Auslande über die kriegerische Haltung Griechenlands.
Ermordung Sir W. Curzon Wyllies durch den indischen Studenten Dhingra.
3. Juli. Vorfeier des 400jährigen Geburtstags Calvins in Genf. Geburtstag der 10. Juli.
6. Juli. Enthüllungen des Anarchisten Burzew über die russische Geheimpolizei.

---

7. Juli 1909.

In Marokko, Persien und in der kretischen Frage spitzen sich die Schwierigkeiten zu, in Frankreich beherrschen sozialistische, finanzielle und kulturelle Fragen die Lage, die zugleich die Tendenz zeigt, dem regierenden Ministerium Clemenceau den Boden unter den Füßen zu entziehen, damit Raum für neue Männer und für eine neue Politik gewonnen werde; in England dauert neben erregten Debatten über das Budget, die Agitation auf Verstärkung der Marine mit den bekannten Ausschreitungen einer erhitzten Phantasie fort, die Türkei ist bemüht, der inneren und äußeren Schwierigkeiten Herr zu werden, die ihr teils im eigenen Schoß erwachsen, teils von außen her konstruiert wurden und scheint durch die Verhältnisse zu einer Militärdiktatur gedrängt zu werden; in Österreich-Ungarn dauern trotz des so erheblich gestiegenen Ansehens der Monarchie in ihrer Stellung nach außen, die fast hoffnungslosen inneren Zwistigkeiten fort, die zu Stillständen, aber leider zu keiner Lösung der Gegensätze führen. Italien verbrüdert sich über Solferino mit Frankreich und drängt zugleich die Gegensätze zurück, die in den letzten Monaten die Beziehungen zu dem österreichischen Nachbar zu trüben schienen. Rußland endlich revidiert; was an Sünden und Sündern unbestraft geblieben ist, soll für eine Vergangenheit büßen, in der es Brauch war, beide Augen zuzudrücken, wenn es sich um Schädigungen handelte, die nur den Staat getroffen hatten, jetzt aber verlangt der Staat sein Recht und die Nachsicht ist geschwunden.

In Asien dringt die durch das englisch-japanische Bündnis und die Niederlagen Rußlands angebahnte Entwicklung folgerichtig weiter

vor. Sie hat heute die gesamte asiatische Welt erfaßt. Wo noch ganze Selbständigkeiten vorhanden sind, rüsten sie sich, die direkte Einwirkung der europäischen Staaten abzustreifen, zugleich aber die Machtmittel Europas sich zu eigen machen. Das von jeher sehr starke Selbstbewußtsein der Orientalen hat einen anderen Charakter angenommen; früher war es abweisend, heute sucht es sich anzueignen, was ihm an dem Fremden nachahmenswert oder des Erwerbes würdig scheint, um ihn, wenn die Stunde gekommen sein wird, mit den eigenen Waffen zu schlagen. Wir denken dabei zumeist an China, das ja noch einen weiten Weg vor sich hat, aber unzweifelhaft das Ziel fest im Auge hält. Ob es dieses Ziel zu erreichen die Kraft und Stetigkeit des Willens sich wahren kann, muß die Zukunft zeigen. Unverkennbar aber macht das Gefühl des Erstarkens sich an den Beziehungen geltend, die von der chinesischen Diplomatie dem Auslande, und zwar dem japanischen wie dem europäischen oder amerikanischen gegenüber, eingehalten werden. Auch dem Chinesen im Auslande scheint das Bewußtsein gekommen zu sein, daß er eine Menschenwürde zu vertreten hat. Der chinesische Konsul in Sydney Liang Lai Shün hat vor kurzem sich sehr energisch dahin ausgesprochen, daß das unwürdige System der Abnahme von Fingerabdrücken von jedem in Australien einwandernden Chinesen aufhören müsse, und daß man solchen Einwanderern, die bereits 10 Jahre im Lande gelebt hätten, auch gestatten müsse, ihre Frauen zu sich zu nehmen.

Diese gewiß nicht unbilligen Forderungen aber haben in Australien ungeheures Aufsehen erregt. Man fühlt ganz richtig, daß, wenn man diese chinesische Arbeiterwelt nicht entbehren kann, eine Sicherung ihrer rechtlichen Stellung unvermeidlich sein wird. Hiermit aber steigt ein Problem von außerordentlicher Bedeutung auf. In den zehn Jahren, die zwischen 1898 und heute liegen, ist die Bevölkerung Australiens, Neuseeland und die ozeanischen Inseln mit eingerechnet, von 5,1 Millionen Köpfen nur auf 5,9 Millionen gestiegen, d. h. sie ist ziemlich genau dieselbe wie während des gleichen Zeitraumes im Dominion of Canada, dem es an Umfang fast gleichkommt. Der Zuzug von englischen Einwanderern ist fast zum Stehen gekommen und wird in Australien nicht wie in Kanada durch Eindringen von Yankees ausgeglichen. Es ist daher begreiflich, daß man hier wie dort mit höchstem Mißtrauen dem Zuwandern von Asiaten gegenübersteht. Da man diese

Gäste durchaus nicht assimilieren kann und auch nicht assimilieren will, erscheinen sie als eine Gefahr für die Zukunft. Außer China und Japan kann, wenn wir von Tibet und Siam absehen, eigentlich nur noch Afghanistan als selbständiger asiatischer Staat betrachtet werden. Tibet war ja bereits in englischen Händen, aber die englische Regierung hat sich gewiß mit Recht gescheut, die damit verbundene Last auf sich zu nehmen; heute ist der Einfluß Chinas auf diesem Boden stärker, als er seit Jahrhunderten gewesen ist. Afghanistan sperrt sich ab, aber rüstet — durch die persischen Ereignisse erregt und besorgt — für kommende Möglichkeiten. Siam aber ist ein Pufferstaat zwischen Englisch- und Französisch-Hinterindien, der stetig nach Osten wie nach Westen an Umfang einbüßt und dem noch ganz kürzlich England in Malakka, wir wissen nicht wieviel tausend Quadratkilometer abgenommen hat.

Gehen wir auf die unterworfenen Staaten über, so zeigt sich, daß die Russen in ihrem Zentralasien auf weit festeren Füßen stehen, als die Engländer in ihren asiatischen Besitzungen. Was russisch geworden ist, bleibt russisch, das kann als Axiom gelten. Wer aber möchte mit Sicherheit von den englischen und französischen Besitzungen in Südasien dasselbe sagen? Der Russe faßt die ihm unterworfenen Zentralasiaten nicht so an, daß sie sich in ihrer persönlichen Würde zurückgesetzt fühlten. Sie werden von Stand zu Stand als Gleichberechtigte behandelt. Wie es georgische, grusinische und armenische Fürsten am russischen Hof und in den russischen Garderegimentern, sowie an der Spitze der Ministerien gibt, — man denke z. B. an Loris Melikow und Deljanow — so haben auch von jeher die mittleren und unteren Stände jene Fremdblüter als ihresgleichen behandelt. Der Fremde europäischer Nationalität wird weit eher als etwas Heterogenes empfunden, weil er andere, in sich abgeschlossene, Kulturbegriffe mit sich hinüberbringt. Engländer und Franzosen, zumal aber die ersteren, machen es anders. Auch der an Bildung höchststehende und seine vornehme alte Kultur und die überkommene Gelehrsamkeit ganz beherrschende Hindu vermag niemals in den Kreis der englischen „Gesellschaft" einzudringen. In London mag man ihn gelegentlich gleichsam als Kuriosität in den Salons dulden, unter keinen Umständen aber wird das auf indischem Boden geschehen. Ähnlich, wenn auch in minderer Schärfe und bei weit liberalerer Haltung der Pariser Gesellschaft, ver-

hält man sich in Frankreich. Auch wollen wir nicht bestreiten, daß hier der Zwang politischer Notwendigkeiten mitspielen mag. Unbestreitbar aber ist, daß bei der heutigen Richtung der Geister in Asien gerade diese gesellschaftliche Zurücksetzung die gefährlichsten Früchte getragen hat. Die Konzessionen, zu denen das regierende englische Kabinett sich durch Heranziehung indischer Notabeln in den Rat des Vizekönigs und der Gouverneure bequemt hat, und die in England von den Kennern indischer Verhältnisse sehr ungünstig aufgenommen worden sind, haben den Gegensatz eher verschärft als gemildert. Es kommt hinzu, daß, seit die indigene Presse sich der englischen Sprache bedient, eine ideelle Einheit von den Quellen des Indus zur Südspitze Ceylons geschaffen wurde, wie sie in allen Jahrtausenden indischer Geschichte nicht bestanden hat. Diese Presse aber ist, wo sie nicht direkt in englischen Händen liegt, von unversöhnlicher Feindseligkeit gegen die englischen Herren durchdrungen. Die Ermordung des Obersten Sir William Wyllie in London durch einen dort studierenden Inder zeigt mit furchtbarer Deutlichkeit, wie tief dieser Haß gefressen hat. Wyllie soll einen Verwandten des Mörders „einen Nigger" genannt haben; deshalb, nicht aus eigentlich politischen Gründen, ist er ermordet worden. Wieweit die Tat in Zusammenhang mit einer, wie behauptet wird, von Warma geleiteten Verschwörung steht, mag dahingestellt bleiben, aber jedenfalls zeigt die Tatsache des Mordes, wie tief die Kluft ist, die Engländer und Inder voneinander trennt. Es läßt sich aber mit Bestimmtheit sagen, daß die Repressalien, zu denen gegriffen werden soll, das Übel eher verschlimmern als beseitigen werden. Die Frage ist furchtbar ernst, eine Realität, nicht ein Phantom, wie die hysterische Ausgeburt von der „deutschen Gefahr."

In „Reynolds Newspaper", einem weitverbreiteten demokratischen Londoner Sonntagsblatt, finden wir eine blutige Kritik des Treibens der gelben Presse Englands während der letzten Wochen sowie der Staatsmänner, die es förderten. Namentlich mit Lord Rosebery, der auf dem Journalistenkongreß durch seine einleitende Rede den Ton angab, wird unbarmherzig umgesprungen. Es sind zwei Artikel, der erste von Gracchus, der zweite von Morrison Davidson unterzeichnet, und wir empfehlen denen, die sich mit den Problemen englischer Politik ernstlich beschäftigen, dringend, sie zu lesen. Wiedergeben wollen wir sie nicht wegen der aufreizenden und ungerechten Angriffe, die dabei

den Zaren treffen — aber wir kennen keine schärfere Kritik der auswärtigen Politik Englands, die dabei in direkten Gegensatz zu der erfolgreichen und festen Politik Deutschlands gestellt wird. Man wird jedoch unter diesen Umständen verstehen, daß infolge der vorausgegangenen im Parlament und in zahllosen Volksversammlungen erhobenen Proteste gegen den Besuch oder doch mindestens gegen einen offiziellen Empfang Kaiser Nikolaus II. auf englischem Boden die russische monarchische Rechte in sehr erregtem Tone über die Annäherung Rußlands an England spricht.

So schreibt die erst vor 14 Tagen ins Leben getretene Petersburger Zeitung „Semschtschina" u. a.:

„Die beiden Strömungen unserer inneren Politik machen sich in überraschender Deutlichkeit seit etwas über einem Jahr in unserer auswärtigen Politik geltend. Die Rechte tritt fest für Aufrechterhaltung aufrichtiger und enger Freundschaft mit Deutschland ein, sie glaubt den ritterlichen Worten Kaiser Wilhelms, die sich noch jüngst, während des Krieges mit Japan, so augenscheinlich bewährten. Die Linken, von der „Befreiungsbewegung", erinnern sich dessen, und können gerade das den Deutschen nicht verzeihen. Hätten die Deutschen während des japanischen Krieges gehandelt wie die Engländer, so wären die Folgen dieses unvergeßlichen und für die Unruhestifter glücklichen Krieges andere gewesen, und an Stolypins Stelle hätten Miljukow oder Winawer den Sessel des Ministerpräsidenten eingenommen. Die „Befreier" hätten uns danach gern wegen der bosnischen Frage in einen Krieg mit Deutschland verwickelt. Doch auch dieser Anschlag mißglückte. Aber sie haben noch eine Hoffnung, die unerwartete Freundschaft Englands, unseres alten erbarmungslosen Feindes, die Iswolski nährte, die von den unverantwortlichen Herren Chomjakow und Miljukow verherrlicht wurde, eine Freundschaft, die zu „gemeinsamen Aktionen", wie der persischen, führte, durch welche die letzten Spuren unseres alten und für England so gefährlichen Ansehens in Persien und Afghanistan gestört wurden. Da haben nun unsere Parlamentarier Gutschkow-Miljukowschen Gepräges beschlossen, den Eindruck der letzten Zusammenkunft in den Schären zu schwächen und ihm ein Gegengewicht durch die Reise der „russischen Deputierten" nach England zu schaffen . . . . "

Wir lassen die sich hier anschließende persönliche Polemik fort, finden es aber doch sehr beachtenswert, daß in der Tat eine starke und

einflußreiche Partei gegen die Folgen der englisch-russischen Vereinbarung mit solcher Entschiedenheit auftritt. Offenbar bereiten sich Wandlungen vor. Nationale und religiöse Gegensätze spielen mit, und die Kundgebungen aus beiden Lagern bei den Feierlichkeiten zu Ehren der heiligen Anna von Kaschin erinnern lebhaft an ähnliche Gegensätze, die bei den Festen zutage traten, die in Frankreich der Beatifizierung der Jungfrau von Orleans folgten. Auch zwischen der bevorstehenden Feier des 200jährigen Jahrestages der Schlacht von Poltawa und den Festen, die Magenta und Solferino galten, läßt sich ein gewisser Parallelismus nicht verkennen. Beide werden zu Parteizwecken ausgebeutet: der starke, sich durchsetzende Zar und der Triumph des französischen Kaisertums auf der einen Seite, Peter als Reformator und Napoleon als Befreier der Völker auf der andern, so etwa läßt sich die Richtung der einander gegenüberstehenden Tendenzen kennzeichnen. In Frankreich hat Prinz Viktor Napoleon ein Manifest erlassen, das Napoleon feiert, um das politische System der dritten Republik anzugreifen und die Ansprüche der Napoleoniden wieder in Erinnerung zu rufen. Fast gleichzeitig aber wurde in Frankreich am 25. Juni der Geburtstag jenes Generals Hoche begangen, der der Rival des ersten Napoleon gewesen ist, und in dessen glänzender Laufbahn der Tag der unglücklichste war, da infolge des Versagens der französischen Marine er den sorgfältig durchdachten Plan einer Invasion in England aufgeben mußte. In Rußland aber ist die Frage der Beziehungen zu England der Streitpunkt, der mehr als alles übrige die Gegensätze der Parteien in Beurteilung der auswärtigen Politik kennzeichnet. Den einen ist das englisch-russische Abkommen vom Oktober 1907 der glückliche Wendepunkt zu einer Politik, die ihre Rückwirkung auf das innere Leben des Staates in liberalem Sinn haben muß, die anderen fürchten diese Wirkung und weisen darauf hin, daß eben dieses Abkommen Rußland in Verwicklungen hineinziehe, die ihre Parallele in den marokkanischen Verlegenheiten hätten, die dem englisch-französischen Abkommen vom 8. April 1904 folgten.

Die persische Politik Rußlands aber ist in keinem von beiden Lagern populär, darin stimmen die Organe der Rechten wie der Linken überein. Und in der Tat sehen wir nicht ab, wie diese persischen Wirren auslaufen sollen. Es steht fest, daß die russische Regierung nicht beabsichtigt hat, in Persien ihre Truppen einrücken zu lassen. Sie hat

es dennoch tun müssen und jetzt, da sie im Begriff war, die Truppen zurückzurufen, hat die Bedrohung Teherans sie wiederum genötigt, einzuschreiten. Die Verhältnisse sind stärker als der politische Wille, und das ist immer bedenklich.

Wir fürchten, daß das gleiche in den türkisch-griechischen Beziehungen geschehen könnte. Das Kompromiß, das die vier Schutzmächte in Kreta gefunden haben, bringt einen Aufschub, keine Lösung der Krisis. Trotzdem hoffen wir noch, daß ein Zusammenstoß zwischen Türken und Griechen sich vermeiden läßt. Den Griechen kann er keinen Gewinn bringen, die Türkei aber hat vollauf zu tun, um innerhalb ihrer Grenzen die neue Ordnung zu tatsächlicher Anerkennung zu bringen. Wir denken dabei zumeist an die arabischen Angelegenheiten, die infolge der von auswärts geschürten Aufstände der Nomadenstämme ein immer bedenklicheres Aussehen gewinnen. Auch in Ägypten gärt es, wenngleich an einen Aufstand nicht zu denken ist, wohl aber macht sich dort immer leidenschaftlicher das Verlangen nach einem Selfgovernment geltend, das England heute weniger als je gewähren will, und im Hinblick auf die Verlegenheiten, mit denen es überall zu rechnen hat, auch nicht glaubt gewähren zu können. Mit dem sogenannten tollen Mullah, dessen Reich halb auf italienischem, halb auf englisch-afrikanischem Schutzterritorium liegt, scheint England jetzt im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten, die sich dem geplanten Feldzuge entgegenstellen, gewillt, ein Abkommen zu schließen, das dem Mullah seinen Einfluß und sein Reich lassen und ihm sogar eine englische Pension einbringen soll, wenn er verspricht, stillezuhalten und Geiseln zu stellen. Man will die Entscheidung für spätere bessere Tage aufsparen, die mit Sicherheit erwartet werden.

Der Commonwealth von Südafrika ist inzwischen Tatsache geworden; Natal hat sich gefügt und England die neue „Nation", die sich hier bildet, zu Recht anerkannt. Sie wird ihre Geschichte haben, und in London deutet man die Zeichen der Zukunft günstig. Bei alledem klingt aus den Äußerungen, auch der gelben Presse, eine Note der Besorgnis durch, die im letzten Grunde auf die völlig gescheiterten Umzingelungsversuche zurückgeht, die Deutschland galten.

Bei alledem und bei der überaus günstigen politischen Lage, die Fürst Bülow hinterläßt, wäre es ein Fehler, anzunehmen, daß jene gescheiterten Pläne auch aufgegebene Pläne sind. Wir haben vielmehr

sichere Anzeichen, daß in allen Fragen auswärtiger Politik Frankreich und Rußland mit England Hand in Hand gehen, und die Leitung dabei ohne Zweifel den englischen Staatsmännern gehört. Damit ist, trotz Björkö, jetzt noch zu rechnen. Der Versuch, auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika in dieses System einzuschließen, ist freilich nicht geglückt. Sie lassen sich weder in eine Alliance noch in eine Entente hineinziehen, deren Tendenz dahingehen sollte, in eine Kriegsallianz auszumünden. Dagegen mehren sich die Nachrichten, die von einer neuen Festigung der japanisch-englischen Beziehungen wissen wollen. Da der letzte Vertrag das Kooperieren beider Mächte bis zum Persischen Golf als westlichem Grenzpunkt festsetzte, läßt sich annehmen, daß die Sorge um Indien mitspielt, vielleicht auch die Absicht, unter allen Umständen die britische Flotte in den europäischen Gewässern zusammenzuhalten.

Das ist in großen Zügen das Weltbild des Augenblicks, wie es seit 1902 in Abwandlungen, die sich durch die Jahre 1904, 1907, und 1909 chronologisch festlegen lassen, sich gestaltet hat. Greift man weiter zurück, so kommt man auf das Jahr 1879. Am 7. Oktober werden wir die dreißigjährige Dauer des deutsch-österreichischen Bündnisses begehen können.

8. Juli. 1909. England feiert den 70. Geburtstag Chamberlains.
9. Juli. Annahme der Tarifvorlage durch den Senat in Washington.
Überfall spanischer Minenarbeiter durch Kabylen bei Melilla.
10. Juli. Annahme der Reichsfinanzreform durch den Reichstag.
Niederlage der Truppen des Schah bei Schahabad.
11. Juli. Entsendung spanischer Truppen nach Marokko, General Marina Oberkommandierender.
13. Juli. Erstürmung von Teheran durch die Nationalisten. Vormarsch der Russen gegen Teheran.
14. Juli. Rücktritt des Fürsten v. Bülow, Ernennung von Bethmann Hollweg zum Reichskanzler.
15. Juli. Beilegung des bolivianisch-argentinischen Konflikts.
16. Juli. Flucht des Schah in die russische Gesandtschaft. Abdankung zugunsten Ahmed Mirzas.
20. Juli. Rücktritt Clemenceaus und seines Kabinetts.
21. Juli. Verleihung eines liberalen Wahlgesetzes in Persien.
22. Juli. Meutereien in spanischen Garnisonen.
24. Juli. Konstituierung des neuen französischen Kabinetts unter Briand.
England zieht seine Truppen aus Kreta zurück. Die anderen Besatzungstruppen folgen am 26.
Niederlage der Spanier bei Melilla.
26. Juli. Wahlen zum persischen Parlament.
Dreadnought-Debatte im englischen Parlament.
27. Juli. Die Kretenser hissen die griechische Flagge.
28. Juli. Aufruhr in Barcelona. Generalstreik in Katalonien.
30. Juli. 500jähriges Jubiläum der Universität Leipzig. Niederwerfung des Aufruhrs in Barcelona.
31. Juli. Begegnung des Zaren und des Präsidenten der französischen Republik.
2. August. Begegnung des Zaren mit König Eduard VII. bei Spithead.
4. August. Generalstreik in Stockholm.
7. August. Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Zaren im Kaiser-Wilhelmskanal.
10. August. Feier der 300jährigen Zugehörigkeit der Grafschaft Mark zu Brandenburg-Preußen.

---

11. August 1909.

Die diesjährige Ära der Monarchenbegegnungen hat mit dem zweiten Zusammentreffen des Zaren und Kaiser Wilhelms ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Sie war um so bedeutsamer, als sie auf eine europäische Krisis folgte, deren Spitze sich ursprünglich gegen Deutschland richtete, die aber infolge der türkischen Juli-Revolution im Orient zum Ausbruch kam und dank dem Zusammenstehen von Deutschland und Österreich-Ungarn nicht in einen allgemeinen Krieg ausmündete. Wir haben ihm nahe genug gestanden, aber gerade der Ernst der Lage führte zur Er-

haltung des Friedens. Die Realitäten in den bestehenden Machtverhältnissen machten sich geltend. Man begann zu prüfen, inwieweit die Lebensinteressen der Staaten, die als wirkliche oder scheinbare Bundesgenossen in den allgemeinen Taumel hineingezogen waren, von dem serbischen non possumus berührt wurden, und das schließliche Ergebnis war eine détente auf dem Kontinent, und in England jene hysterische Panik, die noch heute den Spott aller Welt auf beiden Hemisphären bildet. Man fühlte sich plötzlich in London isoliert, und allerdings ließ sich als Moral aus den jüngsten Ereignissen die Tatsache nicht übersehen, daß keine der anderen Mächte geneigt ist, der „soldat de l'Angleterre" zu sein. Ist es auch nur ein politischer Zufall, daß gerade in dieser politischen Konstellation das Kabinett Clemenceau zusammenbrach, so verlor doch England in ihm den einen Franzosen, von dem es geglaubt hatte, daß er stark genug sei, um auch ein widerwilliges Frankreich an der Gefolgschaft Englands festzuhalten. Man hat diese unbequeme Tatsache zwar weder im Parlament noch in der englischen Presse zu klarem Ausdruck gebracht, aber empfunden und peinlich empfunden hat man es ohne Zweifel, denn wenn auch Herr Pichon nach wie vor das Ministerium des Auswärtigen in Händen hält und die Entente in ihm einen gewiß aufrichtigen Vertreter hat, so weiß man doch, daß zwischen seiner Politik und der Clemenceaus ein sehr wesentlicher Unterschied bestand und besteht. Clemenceau war seiner ganzen Natur nach ein Draufgeher und Durchgänger und seit einem Menschenalter mit England verbunden, gewiß aus innerer Überzeugung, wenngleich unter der Einwirkung sehr lebendiger persönlicher Beziehungen, Herr Pichon ist besonnen und kühl in seiner Politik — wir möchten sagen — französischer, ohne jene Zutat chauvinistischen Überschwanges, wie man ihn so häufig bei den Südfranzosen findet.

Ganz ähnlich zeigt sich uns das Bild der englisch-russischen Beziehungen. Auch von ihnen läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß sie formell dieselben geblieben sind, sich aber insofern geändert haben, als heute ein aggressives Vorgehen Rußlands gegen eine der europäischen Großmächte als ausgeschlossen gelten muß.

Während des Besuchs der russischen Parlamentarier scheint man sich in London noch darüber getäuscht zu haben. Wir glauben nicht, daß diese Täuschung noch heute besteht, wohl aber haben wir den lebhaften Eindruck, daß ein sehr enges Einverständnis in allen Fragen auswärtiger

Politik zwischen Herrn Iswolski und Sir Edward Grey besteht, und daß die Führung, die ursprünglich dem russischen Staatsmann gehörte, heute in die Hände Englands übergegangen ist. In den persischen Angelegenheiten liegt es klar zutage und deshalb begegnet diese Seite der russischen Politik nicht nur in den konservativen russischen Blättern, die den Minister in seiner gesamten Politik bekämpfen, sondern auch in der „Nowoje Wremja" und sogar in oktobristischen Blättern heftigstem Widerspruch. Aber er hat auch warme Freunde, wie z. B. den vielgenannten Petersburger Korrespondenten des „Journal des Débats", aus dessen letztem, vom 31. Juli datiertem Briefe wir die folgende politische Erfindung etwas niedriger zu hängen für notwendig halten.

„Ein höchst konfidentielles Gerücht — so schreibt dieser Korrespondent der „Débats" —, das man sich in den Botschaften wiedererzählt, will wissen, daß hier gewisse sehr geheime Schritte auf Antrieb einer sehr hochstehenden deutschen Persönlichkeit gemacht worden sind, um einen Umsturz des Allianzsystems herbeizuführen. Es handelt sich dieses Mal nicht darum, die famose Union der drei Kaiser wiederherzustellen, wie man, sehr zu Unrecht, vor 14 Tagen behauptete. Die Politik Iswolskis, und das heißt die Politik Rußlands, wird sich niemals mit der Aehrenthals verständigen, die Österreich führt. Im Gegenteil, Rußland soll an Deutschlands Seite die Rolle Österreichs übernehmen, und zwar, wie man leicht errät, auf Kosten Österreichs. Deutschland kann in der Tat nur hoffen, sich in der Richtung auf Cisleithanien zu vergrößern. Seit 1886 ging es darauf aus, Böhmen zu annektieren. Seit 20 Jahren läßt es die deutschen Provinzen Österreichs durch eine protestantische Propaganda bearbeiten. Jeder Deutsch-Österreicher aber, der vom Katholizismus zum Protestantismus übertritt, wird ein Parteigänger (une recrue) Kaiser Wilhelms. Endlich verlangt Deutschland mit heißen Wünschen Triest. Es liegt aber auf der Hand, daß, um dieses schöne Stück Europa zu annektieren, Deutschland alles, was auf dem Balkan begehrenswert erscheinen sollte, an Rußland überlassen würde.

Man sage nicht, daß diese Politik unmoralisch und unvereinbar mit den Verträgen wäre. Das macht sie vielmehr nur wahrscheinlicher. In Europa, Asien, Afrika haben wir seit einigen Jahren Ungeheuerlichkeiten (des scandales) erlebt, die dieser Politik wohl würdig sind.

Jedenfalls können Sie überzeugt sein, daß, wenn diese Anträge uns wirklich gemacht werden, man sie ohne jedes Schwanken ablehnen wird. Wir glauben zu wissen, daß man diese Intrige in Österreich erraten hat, und daß Österreich, um sie zu parieren, bereit war, sich mit England und Frankreich zu verständigen. Ich kann für das Gerücht nicht einstehen, aber ich wiederhole, daß, so wenig sympathisch uns auch Österreich ist, weder Nikolaus II. noch sein treuer Ratgeber Iswolski in dieser Falle — wie man es hier nennt — sich fangen lassen werden."

Es ist wirklich erstaunlich, daß ein politisches Organ, das, wie die „Débats", auf Anstand hält und dessen Urteil meist sehr beachtenswert ist, sich solche plumpe Erfindungen und Verdächtigungen aufbinden läßt. Herr v. Iswolski aber wird sich des Lobes wenig freuen, das ihm in solchem Zusammenhange erteilt wird.

Über die Bemühungen des russischen Ministers, die öffentliche Meinung Englands für die Anlage großer Kapitalien in russischen Konzessionen zu gewinnen, urteilt der „Standard" skeptisch. Er weist in längerer Ausführung darauf hin, daß es vor allem darauf ankomme, Einblick in den wirklichen Wert dieser Konzessionen zu erlangen, und scheint unter dem Eindruck der kaum glaublichen Schäden zu stehen, welche die Revisionen des Senators Garin im russischen Intendanturwesen aufgedeckt haben. Auch ist, wenn wir recht unterrichtet sind, das meiste, was an russischen Werten von England aufgenommen wurde, sehr bald wieder nach Frankreich abgeschoben worden. Die Ausbeutung von Konzessionen steht aber stets in Abhängigkeit von dem Wohl- oder Übelwollen der Ressorts, die sie vergeben. Und denen gerade wird kein Vertrauen geschenkt. Die „Semschtschina", ein Petersburger konservatives Organ, erzählt in Nr. 45 u. a. folgende Tatsache, die dieses Mißtrauen erklären mag:

„In Kiew dauert die Revision der Intendantur fort. Unter anderem ist unerwartet die folgende Tatsache aufgedeckt worden: der Kapitän S., Mitglied der Annahmekommission, war genötigt, am Kriege teilzunehmen (d. h. er wurde einberufen). Da er keine Neigung dazu hatte, mietete er sich einen Mann, der ihn beleidigen sollte, und der ihm, wie verabredet, in einem Café chantant eine Ohrfeige gab. Der geohrfeigte S. lehnte ein Duell ab und wurde deshalb vom Ehrengericht aus dem Regiment gestoßen. Aber seinen Zweck hatte er erreicht, er entging den Gefahren des Krieges."

Das mag eine Kuriosität sein, aber die zahllosen Fälle von Unterschleif und Diebstahl, die jetzt fast täglich in hohen und niederen Beamtenkreisen aufgedeckt werden, zeugen von keinem höheren Ehrgefühl, und wenn heute die russische Regierung redlich bemüht ist, mit solchen Elementen aufzuräumen — das Vertrauen des Auslandes zum russischen Beamtentum hat sie nicht herstellen können.

Die zahlreichen, lauten und überaus taktlosen Proteste, die gegen den Zarenbesuch in England und Frankreich, namentlich aber in England stattgefunden haben, sind in der russischen Presse nur von den konservativen Blättern wiedergegeben worden und auch da, aus naheliegenden Gründen, nur unvollständig. Dagegen hat die Erwähnung des Besuchs der russischen Parlamentarier in den Reden des Königs wie des Zaren große Freude in allen nicht rechtsstehenden Organen hervorgerufen. Wir irren wohl nicht, wenn wir in diesen Reden, die natürlich zwischen dem englischen und dem russischen Minister des Auswärtigen vereinbart worden sind, ein Zugeständnis erblicken, das russischerseits den parlamentarischen Bedürfnissen des liberalen Kabinetts gemacht worden ist, und daß dann nachträglich auch der Zar diesen Text gebilligt hat.

Von dem Gang des russisch-englischen Zusammenwirkens in Persien ist wenig Neues zu sagen. Das eifersüchtige Beobachten des Partners dauert in der Presse beider Teile fort, während die Regierungen, soweit sich erkennen läßt, nach wie vor Hand in Hand gehen. Die „Russische Börsenzeitung" („Birshewija Wjedomosti") schreibt, daß dieser Tage sich die Frage entscheiden werde, ob die russischen Truppen die Städte Astara und Ardebil besetzen würden. Sie sind zurzeit noch in Händen von Anhängern des abgesetzten Schah und gefährden den Verkehr der russischen Karawanen. Ob darin ein Gegenzug gegen das Einrücken der 30 Mann englischer Schutztruppen in Schiras zu erkennen ist, läßt sich nach dem bisher bekannt gewordenen Material nicht entscheiden, aber für unmöglich halten wir es nicht. Rußland will Persien erst räumen, wenn die Ordnung völlig wiederhergestellt ist, und in England scheint man zu fürchten, daß dieser Zeitpunkt sich sehr weit hinausschieben könnte. Hat man doch ähnliche Erfahrungen in Ägypten gemacht; daß aber Persien ein russisches Ägypten werde, wünscht kein Mensch in ganz England, und es ist daher nicht unmöglich, daß auch die persische Frage indirekt in den weiten Umkreis der Machtbefugnisse fallen wird, die Lord Kitchener zugedacht sind. Er

ist bekanntlich vor einem Monat in den Rang eines Feldmarschalls erhoben worden und soll zunächst Japan und die britischen Kolonien über See besuchen, um in den letzteren die dortigen Armeeverhältnisse zu prüfen und wohl auch im imperialistischen Sinn ihre Reorganisation anzubahnen. Wenn er von dieser, offenbar einen längeren Zeitraum beanspruchenden Tour nach England zurückkehrt, wird er, wie der „Standard" berichtet, die Pflichten eines High-Commissioner, Feldmarschall und Chef-Commander im Mittelmeer übernehmen. Zugleich wird er Sitz und Stimme im Landesverteidigungsrat haben. Der „Standard" kommentiert die Bedeutung dieser Funktionen folgendermaßen:

„Es ist klar, daß Lord Kitchener eine Generalaufsicht über alle unsere Streitkräfte und Defensivstellungen außerhalb des Vereinigten Königreichs bis zum Roten Meer haben wird, und selbst, wenn seine aktuelle Autorität nicht weiter reichen sollte, wird er doch in hohem Grade verantwortlich sein für Aufrechterhaltung des Zusammenhanges zwischen der Home Army und den britischen Truppen, die in irgendeinem Teil der überseeischen Besitzungen des Königs dienen. Bevor er nach Europa zurückkehrt, wird er mit den Autoritäten in Australien und Neu-Seeland die ganze Frage der militärischen Verteidigung in diesem Teil des Empire diskutieren. Zu den Erfahrungen, die er in Indien gesammelt hat, wird daher der Einblick in ein anderes Problem kommen, und es ist befriedigend, daß er in der Lage sein wird, diese vielseitige Einsicht zur Geltung zu bringen."

In Kanada scheint man nun keineswegs geneigt, dem englischen Feldmarschall das von ihm erwartete herzliche Willkommen zu bieten. Die „New York Tribune" vom 23. Juli bringt die Nachricht, daß der sehr angesehene General W. D. Otter, Chef des kanadischen Generalstabes, erklärt habe, man brauche Kitchener nicht in Kanada; sein militärischer Rat werde von geringem oder gar keinem Nutzen sein, denn er kenne das Land und seine Bedürfnisse nicht. Im englischen Kriegsministerium habe Otters Rede Sensation gemacht, und Kitchener werde seine Absicht, nach Kanada zu gehen, wohl aufgeben. Wenn er nun statt dessen von Japan, wo Kaiser und Regierung ihn feiern und ehren werden, direkt nach Australien ziehe, so berühre das eine sehr delikate Frage. Das eine, was die Australier mehr als alles in der Welt fürchten, sei Japan, und wenn sie Lord Kitcheners Rat wünschten, so gelte das nur Verteidigungsmaßregeln gegen eine japanische Invasion. Gegen diese Gefahr

kann keine Organisation australischer Milizen helfen. Einen Schutz würde nur die Wiederherstellung einer englischen Seemacht im Stillen Ozean bieten, und das gerade glaubt das England von heute nicht mehr bieten zu können. Lord Kitchener würde mit ganz anderem Jubel empfangen werden, wenn er statt nach Japan zu ziehen, die Nachricht brächte, daß fortan ein Teil des englischen Kriegsgeschwaders in den australischen Gewässern stationieren werde.

In Kanada aber ist Otters Stimme nicht die einzige, die sich gegen das englische Mitregiment erhebt; die „Weekly Sun" vom 23. Juli führt in einem längeren Leitartikel aus, daß es bei der zunehmenden Einwanderung nichtenglischer Elemente in Kanada sehr wohl denkbar sei, diese bunte Bevölkerung zu einer kanadischen Nationalität zusammenzuschmelzen, nicht aber sie zu englischen Patrioten zu machen und sie um das Zentrum England zu scharen, das ihrem Geist und ihrer Vorstellung ebensoweit abliege wie Argentinien. Auch bei den Kanadiern englischen Geblüts sei der einstige Zusammenhang mit dem Mutterlande völlig verblaßt.

„Zeit, Geographie, Einwanderung, alle drei arbeiten gegen diejenigen, die Kanada vom amerikanischen Kontinent lösen, und es in die Maschen der Politik der alten Welt verwickeln wollen. Die Dreieinigkeit dieser Einflüsse ist zu groß, um überwunden zu werden."

Mit diesen Worten schließt die „Sun" ihre Betrachtung, wir glauben nicht, daß sie sich widerlegen läßt. Was von Kanada gilt, gilt aber noch in weit höherem Grade von den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo der Gedanke des nationalen Zusammenhanges aller Angelsachsen zwar künstlich und nur vorübergehend zur Herrschaft gelangte, aber heute nur noch eine literarische Gemeinschaft darstellt. Der unversöhnliche Haß, den die Iren in Amerika den Engländern erweisen, stützt die rücksichtslose Interessenpolitik der Vereinigten Staaten und führt unter anderm auch dahin, daß jeder Schritt, der zur Organisation eines selbständigen Kanada führen kann, mit Beifall begrüßt wird, während Bestrebungen, wie die, mit denen Kitchener beauftragt wurde, Mißtrauen hervorrufen, ganz abgesehen von der Rolle, die ihm in Japan zufällt.

Diese überaus wichtigen und interessanten Fragen sind neuerdings von weiteren völkerpsychologischen Gesichtspunkten aus auch in unserer Presse traktiert worden. O. v. Gottberg veröffentlicht in der „Allge-

meinen Zeitung" vom 7. August einen kurzen, aber höchst lesenswerten Artikel „Englische Charakterzüge", und Dr Alexander v. Peez in der „Österreichischen Rundschau" vom 1. August eine eingehende Studie „England und der Kontinent", die zum Besten gehört, was wir über diese brennende Tagesfrage gelesen haben. Man könnte den Ausführungen des Dr. v. Peez als Motto einen Satz von Kant voraussetzen, den er selbst gelegentlich erwähnt.

„Die englische Nation, als Volk betrachtet, ist das schätzbarste Ganze von Menschen im Verhältnis gegeneinander; aber als Staat gegen andere Staaten der verderblichste, gewaltsamste, herrschsüchtigste und kriegserregendste von allen."

Vielleicht würde Kant heute den ersten Satz in etwas einschränken, den zweiten ließe er gewiß unverändert bestehen.

Wir haben die drei brennenden Fragen, von denen in letzter Zeit meist geschrieben wurde, nicht berührt. Die eine, der chinesisch-japanische Eisenbahnkonflikt ist bereits durch das Nachgeben Chinas aus der Welt geschafft, und das war eine Notwendigkeit, da das vertragsmäßige Recht auf japanischer Seite war; die andere, die kretische, wird, wie wir bestimmt hoffen, in einen Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland nicht ausmünden. Die vier Vertragsmächte, welche durch die Zurückziehung ihrer Truppen den Kretensern die Gelegenheit boten, mit ihrem alten Wunsch nach Vereinigung mit Griechenland hervorzutreten, haben zugleich die Souveränität der Türkei über Kreta garantiert und sind jetzt bemüht, das Feuer zu löschen, das, von Kreta ausgehend, auch den Balkan zu ergreifen droht. Die Schwierigkeit liegt mehr in Konstantinopel und Athen als in Kreta. Die Kretenser haben sich in ihrer autonomen Stellung unter türkischer Oberhoheit in den letzten Jahren sehr wohl befunden. Unzufrieden waren die zahlreichen jungen Leute, die in Athen studiert haben und nun in Kreta keinen Spielraum für ihre Tätigkeit finden. Bei einer Vereinigung der Insel mit dem Königreich öffnet sich ihnen ein weites Feld, das bis zum Ministersessel hinaufführen kann. Daß unter hellenischer Herrschaft die Kretenser selbst besser regiert oder glücklicher werden sollten, ist sehr unwahrscheinlich. In Athen aber ist die kretische Frage eine Frage nationalen Ehrgeizes geworden, ganz wie die mazedonische, und daß die Türken ebensowenig geneigt sind, Kreta ohne Not preiszugeben wie Mazedonien, ist eigentlich selbstverständlich.

Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Türkei von Griechenland eine Erklärung verlangt, die gegen die griechische Ehre geht; es soll sich à tout jamais — wie König Wilhelm 1870 der Königin Augusta aus Ems in Anlaß französischer Zumutungen schrieb — verpflichten, für die Bestrebungen Kretas nicht einzutreten. Neben die Aktion der vier abgerückten Schutzmächte ist nun das Bemühen Deutschlands und Österreichs getreten, in Konstantinopel und Athen beruhigend zu wirken, so daß zurzeit Europa einmütig bemüht ist, den Frieden zu wahren. Aber auch in der Türkei sind Elemente vorhanden, die auf die Regierung drücken; man fühlt sich stark genug, seinen Willen durchzusetzen und sehnt sich nach kriegerischen Lorbeern. Es ist aber kein Zweifel, daß der Lorbeer unfruchtbar bliebe. Eroberungen auf Kosten Griechenlands würden dieselben Mächte nicht dulden, welche die Souveränität der Türkei über Kreta gewährleistet haben — und darin liegt die eigentliche Gefahr. Aller Wahrscheinlichkeit muß die Entscheidung in nächster Zeit fallen.

Die Niederwerfung der Revolution in Barcelona, die zum Glück lokalisiert geblieben ist, hat zu energischer Aufnahme der Kämpfe um Melilla geführt. Die Rifkabylen kämpfen dort mit den Mausergewehren und der Munition, die ihnen nach dem kubanischen Kriege von dem damaligen Gouverneur von Melilla, General Marzello, verkauft wurden; Marzello selbst ist gefallen, ein Opfer der Waffen, die er selbst dem Feinde lieferte. Aber trotz aller Tapferkeit der Kabylen ist wenig Aussicht, daß sie sich behaupten. Daß sie Melilla einnehmen, ist wegen der Festigkeit des Ortes ausgeschlossen, und sind erst die Spanier in größeren Massen auf afrikanischem Boden, so wird die Überlegenheit ihrer Artillerie die Entscheidung geben. Die politischen Schwierigkeiten werden wohl erst fühlbar werden, wenn die militärischen aufgehört haben.

Wir gedenken endlich des schwedischen Generalstreiks, in welchem die schwedische Regierung merkwürdigerweise die Rolle des Zuschauers meint spielen zu können. Es drängt sich dabei die Frage auf, wieweit die Unterstützung der Streikenden durch die sozialdemokratischen Verbände des Auslandes zu dulden ist. Kann auch der einzelne nicht behindert werden, Geld an die Ausständigen zu schicken, so scheint die Frage doch anders zu liegen, wenn eine gewalttätige Organisation, wie die Sozialdemokratie, ihre Mitglieder zwingt, die Bewegung durch Zahlungen

zu unterstützen, und so Unruhen in einem uns befreundeten Nachbarstaate zu schüren. Wir denken dabei auch der Rolle, die unsere Sozialdemokraten auf Antrieb ihrer gewissenlosen Führer in der russischen Revolution gespielt haben, und sind noch heute der Ansicht, daß dagegen einzuschreiten dringend geboten war.

15. August 1909. Zusammenkunft König Eduards und Clemenceaus in Marienbad.
16. August. Konstituierung des Ministeriums Graf Holstein in Dänemark.
17. August. Vormarsch Marinas gegen die Rifkabylen.
17. August. Die Schutzmächte stellen der Regierung von Kreta ein Ultimatum zur Niederholung der griechischen Flagge.
18. August. 79. Geburtstag Kaiser Franz Josefs.

---

18. August 1909.

In den letzten 8 Tagen hat vor allem die Frage der türkisch-griechischen Beziehungen die öffentliche Aufmerksamkeit und die Bemühungen der Diplomatie in Anspruch genommen. Wir erinnern uns des äußern Anlasses der heute aufs höchste zugespitzten Gegensätze. Nachdem am 1. Juli dieses Jahres der Termin abgelaufen war, den die vier Schutzmächte England, Frankreich, Rußland und Italien sich gesetzt hatten, um die neue Verfassung und die neuen Verwaltungsformen, die der Insel verliehen waren, Wurzel fassen zu lassen, haben sie — in der Überzeugung, daß ihr Ziel nun wirklich erreicht sei — nach Verhandlungen untereinander, deren intime Details nicht veröffentlicht worden sind — Schiffe und Besatzung, die bisher Frieden und Verfassung auf der Insel aufrechterhielten, am 27. Juli abberufen. Kreta war damit sich selbst überlassen: ein autonomer Vasallenstaat der Türkei, dem nunmehr die Pflicht oblag, aus eigenem Antriebe die korrekten Beziehungen zur Türkei aufrechtzuerhalten, die bisher dank dem Druck der Schutzmächte bestanden hatten. Das erste aber, was nach Abzug der Schutzschiffe und der Schutzbesatzung geschah, war die Hissung der griechischen Flagge in Kanea und überall im Innern der Insel. Es wiederholte sich damit, was im Oktober 1908 geschehen war; auch damals hatte die Insel ihre Vereinigung mit Griechenland proklamiert, aber auf den dringenden Rat der Mächte lehnte es Griechenland ab, Kreta zu annektieren, die Insel aber blieb ruhig, weil die fremden Truppen und Schiffe dafür sorgten. Man mochte in Griechenland sich erinnern, wie 1897 unter gleichen Voraussetzungen dem Königreich die schwersten

Wunden von der überlegenen Kraft der Türkei geschlagen wurden und wie nur dank einem Veto der Mächte die Integrität des Staates gewahrt blieb. Obgleich nun Griechenland auf das bestimmteste erklärte, an der Flaggenhissung in keiner Weise beteiligt zu sein, richtete sich das Mißtrauen der Pforte gegen die griechische Regierung. Man wollte in Konstantinopel ein für allemal den Bestrebungen der Kreter ein Ende setzen und erklärte, nur eine Lösung der Kretafrage annehmen zu können: der Gouverneur des autonomen Kreta müsse türkischer Untertan sein, und ebenso alle übrigen Beamten der Insel. Es schien, als wolle die Türkei gewaltsam ihren Willen durchsetzen. Die Griechen aber wurden mit Boykottierung ihres Handels bedroht, wobei nicht zweifelhaft gelassen wurde, daß die Türkei auch vor ernsteren Maßregeln nicht zurückschrecken werde, wenn eine Begünstigung der Kreter stattfinde. Vor allem aber verlangte die Pforte Niederholung der griechischen Flagge in Kanea. Die Schutzmächte, die den politischen Fehler erkannten, den sie mit der Räumung der Insel begangen hatten, sind nun bemüht gewesen, in Konstantinopel wie in Athen zur Besonnenheit zu mahnen. Sie erklärten, daß die endgültige Regelung der Stellung Kretas ihre Sache sei, und da die griechische Regierung der Pforte gegenüber einen versöhnlichen Ton anschlug und nur darauf bestand, daß sie nicht durch ein Versprechen für alle Zukunft dem Interesse an Kreta entsagen könne, ließ sich zeitweilig hoffen, daß die Krisis ihren akuten Charakter verloren habe. Seit dem 11. August aber verschärfte sich die Lage wieder. Die Pforte zog eine zweite Frage heran, die zwischen ihr und Griechenland verbitternd schwebte, die Agitation der griechischen Banden in Mazedonien, an der, wie notorisch ist, griechische Armeeoffiziere Anteil haben. Man hat die Note, in der sie von Griechenland ein Aufhören dieser Agitation verlangte, fälschlich ein Ultimatum genannt. Das ist es nicht gewesen, aber eine entschieden kriegerische Aktion und laute antigriechische Protestversammlungen gingen neben der diplomatischen Aktion her, die türkische Flotte war ausgelaufen und schien sich der kretischen Küste nähern zu wollen, und endlich, was am bedenklichsten schien, die Regierung in Kreta stand völlig ohnmächtig der Bevölkerung der Insel gegenüber, die von einem Niederholen der griechischen Flagge nichts wissen wollte. Unter diesen Umständen haben die Schutzmächte Kriegsschiffe in die kretischen Häfen geschickt, und da bald die stattliche Macht von acht Kriegsschiffen mit entsprechender Landungsmannschaft

am Platze sein wird, da auch Österreich und Deutschland in Konstantinopel wie in Athen für Erhaltung des Friedens wirken, läßt sich darauf rechnen, daß der legale Zustand auf der Insel bald hergestellt sein wird.

Was dann noch bleibt, ist die Frage der griechischen Agitation in Mazedonien, und diese — die eine Lebensfrage der Türkei berührt — scheint uns weit ernster werden zu können, als das kretische Problem, wenn Griechenland, das sich entschieden in flagrantem Unrecht befindet, nicht tatsächlich in der mazedonischen Frage einen entschiedenen Rückzug antritt. Die Forderung der Türkei, daß Griechenland auf immer allem Interesse an Kreta entsagen solle, nehmen wir dagegen nicht ernst. Es wären doch nicht mehr als Worte, die Griechenland geben könnte, und diese Worte sind unnütz, sobald die Schutzmächte den Zustand wiederhergestellt haben, der vor dem 27. Juli bestand. Was aber Mazedonien betrifft, so scheint die Pforte im Besitz von Beweisstücken zu sein, durch die sie ihren Anspruch auf Beseitigung der griechischen Agitation vor aller Welt rechtfertigen kann. Aber auch von dieser Frage wird es heißen: allzu scharf macht schartig! Wenn Griechenland, wie sich erwarten läßt, der Pforte ausreichende Genugtuung und Bürgschaften dafür gibt, daß jene Agitation nicht wieder auftaucht, sollte sie sich damit zufrieden geben. Auch glauben wir, daß die türkische Regierung friedfertig gesinnt ist.

Die Gefahr liegt in dem Druck, den das noch immer fortbestehende anonyme jungtürkische Komitee „Einheit und Fortschritt" ausübt. Eine Politik: Saloniki gegen Konstantinopel kann ohne ernste Schädigung der Türkei nicht fortdauern; so lange dies die Signatur der Lage bleibt, wird man der weiteren Entwicklung nicht ohne Sorge folgen können. Was soll man z. B. dazu sagen, wenn, wie der „bulgarischen Agentur" in Sofia gemeldet wird, „das Komitee vom Großwesir verlangt, daß ihm (dem Komitee) alle Details der Verhandlungen in der Kretafrage mitgeteilt werden." Als der Großwesir antwortete, daß diese Einzelheiten zurzeit ein Staatsgeheimnis seien, das weder dem jungtürkischen Komitee noch dem Parlament mitgeteilt werden könne, lautete die scharfe Entgegnung des Komitees, daß, wenn der Großwesir sich den Forderungen der jungtürkischen Partei nicht unterwerfen wolle, er auf seinem Posten nicht bleiben könne. Hilmi Pascha telegraphierte zurück: „Wie es euch belieben wird." Ähnlich anmaßend ist die Sprache eines jungtürkischen Meetings in Saloniki, über das der „Eclair" aus-

führlich berichtet, und das nach einem Tadelsvotum gegen die Regierung, die Schutzmächte und die hellenische Regierung, ebenfalls mit der Aufforderung an die jetzige Regierung schließt, zurückzutreten, wenn sie sich nicht stark genug fühle, die Rechte der Türkei in Kreta energisch zu verteidigen. Das alles klingt entsetzlich unreif und ist schlechter Patriotismus. Die Türkei hat heute in Hinblick auf die Entwicklung in ihren asiatischen Provinzen mehr als je Grund, ihre Kräfte zusammenzuhalten und nicht in aussichtslosen Unternehmungen zu vergeuden, sonst wird es weder Einheit noch Fortschritt geben.

Sehr unerfreulich sehen die Dinge in Persien aus. Der abgesetzte Schah, der noch immer im Lande ist und erst am 17. August abreist, hat an den persischen Kurden (den Luren) Anhänger gefunden, die, wie es heißt, gegen Teheran ziehen wollen. Der kleine Schah soll, wie die „Nowoje Wremja" berichtet, einen Selbstmordversuch gemacht haben, mehrere Provinzen weigern sich, die neue Regierung anzuerkennen, das Ansehen des Regenten nimmt sichtlich ab und die russischen Truppen sind, wie der „Times" geschrieben wird, 9 Meilen näher an Teheran herangerückt. Man traut dem alten Sardar Assad, der das Ministerium des Innern übernommen hat, nicht zu, daß er das Chaos der inneren persischen Verhältnisse in Ordnung bringen werde, vor allem aber fehlt es an Geld. Der Teheraner Korrespondent der „Nowoje Wremja" Dmitri Jantschewski glaubt, Persien werde sich um eine Anleihe an England, Rußland und auch an Deutschland wenden. Aber — fährt er fort — die ungeheure Verschuldung der persischen Beamten, Gutsbesitzer, Kaufleute und Basare, die gegen 20 Millionen Rubel beträgt, paralysiert die Tätigkeit unsrer Bank. Bevor aber in Persien das ganze Finanz-, Steuer- und Handelssystem in Ordnung gebracht ist, wird jede Anleihe und jeder Kredit, der Persien gewährt wird, nur ein törichtes Wegwerfen von Geld sein, ohne jegliche Aussicht auf Wiedererstattung. Jantschewski wirft zum Schluß die interessante Frage auf, welches unter diesen Umständen die Politik Rußlands in Persien sein solle? „Ich glaube (antwortet er), daß bei den offenkundigen anglophilen und germanophilen Tendenzen der neuen Regierung, Rußland an dem erworbenen Recht entschlossen festhalten muß, im übrigen aber nur beobachten und abwarten sollte." Ebenfalls aus der „Nowoje Wremja" erfahren wir, daß die persische Regierung für ihre Kosakenbrigade andre Offiziere an Stelle der russischen haben will, angeblich deutsche, wovon

hier, wo man es doch zunächst wissen müßte, nichts bekannt ist. Es gehört das zur Tendenz des Blattes, das überall eine deutsche Konkurrenz fürchtet, und deutsche Heimtücke sucht.

Die hier immer spät eintreffenden indischen Blätter kommentieren eine Korrespondenz aus Lahore, die dem „Indian Daily Telegraph" zugegangen ist, dahin, daß der Emir Habiballah Khan in großen Sorgen wegen der Entwicklung in Persien und in der Türkei sei. Er fürchte, daß auch seine Herrschaft beschränkt werden könne, und sei überzeugt, daß die Berührung mit Europäern in Revolutionen ausmünde. Besonders mißtrauisch habe ihn die englisch-russische Konvention gemacht, auch habe er sie seinerseits noch immer nicht anerkannt. In Kabul sei das Gerücht von einer gegen den Emir gerichteten englischen Verschwörung verbreitet und die Bevölkerung erregt. Alles gewinne unter diesen Umständen eine besondere Bedeutung: das Schmuggeln von Feuerwaffen, die Truppenübungen, Dinge, die sonst kaum beachtet wurden, würden jetzt in einem Sinne ausgelegt, der der antienglischen Stimmung entspricht, die durch das Land zieht. Es sei nicht unmöglich, daß trotz des großen Eindrucks, den sein Besuch in Indien vor zwei Jahren auf Habiballah machte, das Resultat eine völlige Abschließung Afghanistans gegen alles Europäische sein werde.

In England, wo der Kampf um das Budget noch immer mit Leidenschaft geführt wird, der volle Sieg der Regierung aber als sicher betrachtet werden kann, ist die Untersuchung zu Ende geführt und veröffentlicht worden, die durch Lord Beresfords Bericht vom 2. April 1909 über die Unzulänglichkeit der britischen Flotte veranlaßt wurde. Zu dem Subkomitee, das die Untersuchung führte, gehörten Mr. Asquith, alle Staatssekretäre und der Home Secretary. Ihr sehr eingehendes Gutachten weist alle Angriffe Lord Beresfords zurück und kommt zum Ergebnis, daß England „with the highest satisfaction" den jetzigen Bestand seiner Seerüstung betrachten könne. Man fragt danach wohl, wozu all der Lärm erhoben worden ist, der die letzten Monate gefüllt hat? Nur um gegen Deutschland zu hetzen und um das englische Volk zum Bau von neuen Dreadnoughts zu bewegen (die, beiläufig bemerkt, jetzt von Amerika durch Schlachtschiffe von 30 000 t übertrumpft werden sollen)?

Aber in England geschieht mancherlei, was über das Verständnis und die Sitten des Kontinents hinausgeht. So hat die englische Re-

gierung französische Journalisten aufgefordert, sich das Manöver der neu organisierten Haldaneschen Territorialarmee anzusehen, und das Lob, das sie nun spenden, wird mit höchstem Entzücken, der Tadel oder vielmehr die Ausstellungen mit Respekt hingenommen, was natürlich in noch weit höherem Grade von dem Urteile des französischen Militärs gilt. So hat der Pariser Korrespondent des „Standard" den Oberstleutnant Rousset befragt. In der Antwort des französischen Fachmannes ist ein Passus, der weitere Beachtung verdient. Nachdem Rousset sein Lob und seine Ausstellungen dahin zusammenfaßt, daß er wohl glaube, die 250 000 „Territorials" würden hinreichen, eine Invasionsarmee zurückzuweisen, fährt er fort:

„Vom französischen Standpunkt aus sehen wir die Dinge anders an. Wir glauben, daß, wenn die Territorials die ganze reguläre Armee frei machen, sie selbst nie ernstlich zu kämpfen haben werden. Alles was wir von euch verlangen, sind 100 000 Mann, die ihr uns in den ersten 8 Tagen nach der Kriegserklärung zur Verfügung stellt. Früher werden wir nicht bereit sein, sie zu transportieren, denn unsere Eisenbahnen werden bis dahin mit Beförderung unserer eigenen Truppen beschäftigt sein. Nach der ersten Woche werden wir sie dagegen in 48 Stunden überall hinschaffen können, wo sie nötig sind. Ich muß darauf bestehen und habe in England darauf bestanden, daß wir die englische Hilfe vor der ersten und wahrscheinlich entscheidenden Schlacht brauchen. Sie kann, wie die Schlacht von Mukden, 4 bis 5 Tage dauern, und von ihr wird das Schicksal des Krieges abhängen. Eine englische Kriegsmacht von 100 000 Mann könnte Belgien decken und eine herrliche Reserve für die französische Armee sein. Aber sie muß hier sein und unter Kommando des französischen Oberbefehlshabers stehen. Wenn wir geschlagen oder endgültig geschlagen werden, hat es keinen Nutzen, daß englische Truppen unterwegs sind, um uns zu helfen.

Es hat mich gefreut, daß die meisten Ihrer Autoritäten, speziell Sir John French, darin ganz meiner Ansicht waren. Es gibt aber Leute in England, welche eine indirekte Aktion Deutschlands in Indien und in den Kolonien fürchten. So lange die Engländer nicht die Wahrheit erkennen, daß die Entscheidung unvermeidlich in einer großen Schlacht fällt, werden sie den Erfolg gefährden. Ihr könnt überzeugt sein, daß die Deutschen alle Erwägungen beiseite lassen werden bei ihrem entschlossenen einseitigen Angriff. Napoleon, der kein Neuling im Kriege

war, war gewohnt, die „couverture indirecte“ zu brauchen, indem er entschlossen in einer Richtung vorging, um die Offensive an anderer Stelle zu lähmen. 1806, als die Preußen Frankreich bedrohten, konzentrierte er sich einfach bei Jena und schlug sie dort nieder. Ebenso soll England nicht an Indien oder Kanada denken, die mögen für sich selber sorgen, während ihr mit uns Deutschland an der Grenze bei den Hörnern faßt. Wenn Deutschlands Hauptangriff einmal abgeschlagen ist — und ohne allen Zweifel muß das geschehen —, ist nichts von krampfhaften Angriffen an anderer Stelle zu fürchten. Während ihr in den Territorials eine möglichst passende Verteidigung gegen eine Invasion seht, erscheinen sie uns als ein Mittel, einen entscheidenden Faktor in einem möglichen Kampf auf Leben und Tod frei zu machen. Sind wir in diesem Kriege siegreich, so wird es nie eine Invasionsgefahr geben. In der Tat, erst wenn wir hoffnungslos geschlagen sind, kann Deutschland die Frage einer Invasion ernstlich ins Auge fassen. Ich habe die Überzeugung heimgebracht, daß, wenn man die Engländer dahin bringen könnte, die Dinge in diesem Licht zu sehen, die Territorials in einigen Jahren sowohl das britische Publikum wie das französische Volk beruhigen werden. Es ist ein bewunderungswürdiger Geist in England erwacht, und nichts konnte einem französischen Freunde befriedigender sein, als zu sehen, wie eifrig und energisch die nicht professionelle Armee von England arbeitet.“

Etwas skeptischer ist Réginald Kann im „Temps“. Auch er findet die Territorials bewunderungswürdig. Der „Elan“ sei großartig, wenn auch etwas übertrieben gewesen. Aber werde dieser junge Enthusiasmus auch von Dauer sein? Werde nicht auf die Flut die Ebbe folgen? „Tout le problème est là.“ Lasse der Eifer nach, so bleibe nichts übrig als die allgemeine Wehrpflicht. Vielleicht sei das auch der Hintergedanke, mit dem Haldane sich getragen habe.

In all diesen Ausführungen liegt ein Fehler. Diejenigen, die die meiste Agitation gegen Deutschland ins Leben gerufen und geschürt haben, denken nicht an einen Defensiv-, sondern an einen Offensivkrieg. Die Frage ist, ob Frankreich für den letzteren zu haben ist? Aber darauf kann nur ein Franzose antworten.

Auch über die Verhandlungen der Reichsverteidigungskonferenz, zu der, wie wir uns erinnern, die Kolonien herangezogen waren, ist jetzt ein offizieller Bericht veröffentlicht worden, der die Ergebnisse sehr optimistisch folgendermaßen zusammenfaßt: Die mili

tärische Seite der Verhandlungen habe eine völlige Übereinstimmung der überseeischen Delegierten zu den Vorschlägen der Regierung gebracht. Es werde demnach eine vollkommene Austauschmöglichkeit (complete interchangibility) zwischen den Streitkräften aller Teile des britischen Reiches herbeigeführt werden. Gleiche Trainierung, Bewaffnung, Kommando usw. In einem Reichsgeneralstab werde ein Austausch der Offiziere stattfinden, die in den bereits bestehenden oder in den verschiedenen Dominien zu begründenden Hauptquartieren ausgebildet werden sollen und die der „Imperial General Staff" kontrollieren werde. Als Resultat erwartet man eine große homogene Reichsarmee. Da Uniform, Ausrüstung und Ausbildung gleich seien, werde man Soldaten aus Kapstadt oder Melbourne oder sonst aus einem kolonialen Zentrum nach London ziehen können, ohne weiter für ihre Ausbildung sorgen zu müssen. Man werde europäischen Truppen gleich ausgebildete Kolonialtruppen entgegenstellen können — wir möchten hinzufügen: wenn sie kommen. Denn schon jetzt läßt sich sagen, daß ohne große Zugeständnisse an die Kolonien diese sich in europäischen Kriegen nicht werden verwenden lassen. Man unterschätzt in London den kolonialen Egoismus. Was sie während des Burenkrieges geleistet haben, war ein Maximum, kein Minimum ihrer Opferwilligkeit und endlich — Südafrika ist nicht Europa. Uns liegt eine lange Reihe von Stimmen, speziell aus Kanada, vor. Eine von ihnen, die in Toronto erscheinende „Weekly Sun" vom 4. August mag hier Platz finden.

Das Ziel ist also, die Bildung einer Armee und einer Flotte zu sichern, die aus kanadischen, australischen, neuseeländischen Kontingenten bestehen soll unter Kommando eines Londoner Bureau, zu langfristigem Dienst in Europa, Asien, Afrika verpflichtet, je nachdem es denjenigen nützlich scheint, die die Reichspolitik bestimmen. Man will aus den kanadischen Faktoreien und Feldern unsere jungen Männer nehmen und aus dem kanadischen Schatz die im Schweiß des Angesichts erworbenen Dollars der Arbeiter, um sie in Kriegen zu verschwenden, die nicht wir angefacht haben, sondern diejenigen, deren Politik dahin geht, die Herrschaft einer Nation dort zu behaupten, wo die freie Straße aller sein sollte. Das heißt einen Konflikt herausfordern, den das kanadische Gewissen heute nicht rechtfertigen kann und den die Geschichte morgen verdammen wird."

Kanada aber ist nicht die einzige Kolonie, die so denkt.

Interessante Betrachtungen über die jüngste Zusammenkunft in Cowes bringt der „Golos Moskwy" vom 12. August. Er betont die Teilnahme des Parlaments, preist die Flottenparade, erwähnt den tiefen Eindruck, den es gemacht habe, daß der König des Besuchs der russischen Parlamentarier gedachte, und hebt hervor, daß gerade dieser Teil der Rede von Asquith selbst herstamme, was ihre Bedeutung natürlich erhöhe. Ganz besonders aber betont er, daß neben den Festlichkeiten „sehr ernste" politische Verhandlungen stattgefunden hätten. Iswolski habe sich darüber in zahlreichen Interviews bereits ausgesprochen. Rußland wünsche leidenschaftlich den allgemeinen Frieden und sei bereit, alles zu tun, um neuen Konflikten vorzubeugen. Aber es könne nicht dulden, daß seine Interessen im Orient durch andere Mächte beeinträchtigt werden. Die Verständigung mit England biete eine gute Aussicht, an der Entwicklung Persiens weiterzuarbeiten und zugleich gute Beziehungen zur verjüngten Türkei aufrecht zu erhalten; darauf aber hätten sich die Verhandlungen natürlich nicht beschränkt. Es sei ein Programm gemeinsamer Aktion ausgearbeitet worden, was sowohl in der russischen Botschaft wie von den englischen Parlamentariern ausdrücklich bestätigt werde.

Herr Iswolski habe in diesen Verhandlungen auch seine Kollegen von der Marine und vom Krieg vertreten müssen. In England mache der Zustand der russischen und französischen Flotte Sorge. Zwar sei die englische Flotte noch immer dreimal so stark wie die deutsche, aber die letztere vergrößere sich fortgesetzt durch neue Dreadnoughts, was zwar auch England tue, aber es wünsche trotzdem, daß auch seine Freunde im Besitz solcher Meer-Riesen seien. „Das Bauprogramm der französischen Flotte verlangt 8 Dreadnoughts. Wie viele wird die russische Flotte zählen? Als Bundesgenosse (sic!) und als eine Macht, die eine unbestrittene Autorität in Flottenangelegenheiten ist, ist England berechtigt, freundschaftliche Ratschläge in betreff der Flotte zu geben, und von diesem Recht macht es Gebrauch." Wir haben diesen Satz in wörtlicher Übersetzung gegeben, da hier unseres Wissens zum erstenmal die russisch-englische Entente sich in eine Bundesgenossenschaft verwandelt hat. Der Artikel bringt dann die weitere interessante Nachricht, daß wie Frankreich in den ersten Stadien seiner Freundschaft, weil es an der möglichst vollkommenen Ausrüstung der russischen Armee interessiert war, vorteilhafte Finanzoperationen bot, so jetzt auch England bereit sei,

Rußland zur Erneuerung seiner Flotte behilflich zu sein. Es werde Rußland eine Anleihe gewähren und den Bau mehrerer Dreadnoughts für Rußland übernehmen. Die Betrachtung schließt mit einer historischen Reminiszenz. 1698 haben in Portsmouth Peter dem Großen zu Gefallen große Manöver der englischen Flotte stattgefunden, danach nahm er eine ganze Reihe englischer Schiffszimmerleute in Dienst, so daß — wie der Verfasser des Artikels geistreich bemerkt — die russische Flotte seit ihren Anfängen als eine Verwandte der britischen betrachtet werden müsse. England habe daher ein historisches Recht, sich für die russische Flotte zu interessieren.

Gewiß! Es ist auch recht ausgiebig geschehen. Direkt im Krimkriege und indirekt durch Englands japanischen Bundesgenossen in Tsushima.

Wir haben hier ein interessantes Beispiel mehr dafür, mit welcher Feindseligkeit neben der „Nowoje Wremja", die sich nur in diesem einen Punkte treu bleibt, die gesamte liberale und radikale Presse Rußlands eine gegen Deutschland gerichtete Politik zu fördern bemüht ist. England ist ihr bereits der Bundesgenosse im Kampfe des Slaventums gegen die Germanen. Nur die Blätter der Rechten nehmen uns gegenüber noch eine freundschaftliche Haltung ein. Aber zunächst ist ihr politischer Einfluß und, wie es scheint, ihr Leserkreis gering. Die Masse der Leser folgt den von links ausgegebenen Schlagworten. Es wird alles davon abhängen, wie weit die leitenden Kreise in Petersburg sich diesen Strömungen zu entziehen vermögen. Daß gewisse Mitglieder des Ministeriums ihrem Einfluß verfallen sind, muß als absolut sicher angenommen werden.

19. August 1909. Niederholung der griechischen Flagge in Kreta.
Enthüllung eines Denkmals des 1. Garde-Dragoner-Regiments in Mars la Tour.

---

25. August 1909.

Die kretische Frage ist geschlossen, d. h. die vier Schutzmächte haben die Niederlegung der griechischen Flagge in Kanea und angeblich auch im Innern der Insel glücklich — wenn auch nicht ohne Zwischenfälle — durchgesetzt; die Regierung in Kreta hat versprochen, vernünftig zu sein, und wird Wort halten, so lange als sie sich des Versprechens erinnert, gewiß aber so lange, als die Mächte ihre Kriegsschiffe am Platze haben, und, was für den Augenblick das Wesentlichste ist, Griechenland hat der Pforte eine Erklärung zugehen lassen, mit der diese sich zufrieden gibt. Entspricht die Erklärung auch nicht ganz den türkischen Wünschen, so erscheint sie doch als ausreichend. Die kretische Frage liegt also wieder wie vor dem 27. Juli in den Händen der Schutzmächte, die sich ausdrücklich verpflichtet haben, die souveränen Rechte der Türkei aufrechtzuerhalten. Weniger klar erscheint die Lage in Mazedonien, wenngleich dort die Rechte der Türkei auf unbeschränktes Regiment im Rahmen der geltenden Verfassung völlig unbestreitbar sind. Nach der Julirevolution des vorigen Jahres haben alle Mächte gewetteifert, die Tatsache anzuerkennen: Europas Mitregiment oder Kontrolle, wie man es eben nennen will, hat heute rechtlich und tatsächlich aufgehört; die Kommissare sind abgerufen worden, und daraus folgt mit Notwendigkeit, daß niemand befugt ist, der Türkei darein zu reden, wenn sie jetzt ans Werk geht, um sich diese wichtige Provinz, die bisher die Pandorabüchse war, aus der alles Übel hervorging, das die Existenz der Pforte in Europa bedrohte, dauernd zu sichern. Wenn nun von seiten der Mächte der Tripelentente der Wunsch laut wird, die mazedonische Frage wieder zu einer europäischen zu machen, um einen möglichen türkisch-griechischen Konflikt zu verhindern, wie ihn die Begünstigung

des Bandenunwesens von Athen aus hervorrufen kann, so ist es verständlich, daß Deutschland und Österreich-Ungarn sich dem mit aller Entschiedenheit versagen. Auch in der Kretafrage ist man bemüht gewesen, uns wieder heranzuziehen, obgleich doch bekannt sein müßte, daß wir es dem Fürsten Bülow als ein wesentliches Verdienst anrechnen, daß er uns rechtzeitig von der Mitverantwortlichkeit für diese uns in keiner Hinsicht interessierende Frage befreit hat. Die mazedonische Frage zu einer europäischen machen, heißt die Gefahr eines europäischen Konflikts wieder heraufbeschwören, und das gerade wollen wir nicht. Können Griechen und Türken sich nicht in Frieden über Mazedonien verständigen, so werden sie ihre Differenzen auf anderm Wege austragen müssen, und die Schuld und Last würde dann auf Griechenland fallen. Wir haben allezeit die Ansicht vertreten, daß die Verantwortung für den Unfug des Bandenwesens den Mächten zufällt, die jene Bandenbildung begünstigt und direkt gefördert haben: also den Serben, Bulgaren und Griechen. Während nun die beiden erstgenannten ihre Agitation eingestellt haben, dauert die der Griechen fort. Die Pforte will ein Ende machen und tut damit nur, was ihre Pflicht ist, denn es läßt sich mit Bestimmtheit vorhersagen, daß mit dem Wiederauftauchen des griechischen Bandenwesens auch die nationalen Leidenschaften der anderen wieder lebendig werden. Wollen die Griechen das nicht einsehen und kommt es darüber zu einem griechisch-türkischen Kriege, so ist es das mindere Übel im Vergleich zu einer europäischen Verwicklung um Mazedonien. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß die Türkei ernstlich bemüht ist, den nationalen Frieden in Mazedonien wiederherzustellen. Einer der letzten Beschlüsse des türkischen Parlaments ging dahin, daß die strittigen Kirchen dem Bekenntnis gehören sollen, dem der Firman zum Bau der Kirche erteilt wurde, daß aber unter allen Umständen das Bekenntnis, dem $^2/_3$ der Bevölkerung eines Ortes angehört, die Kirche behält, die es inne hat, während der Minorität freigestellt wird, sich eine andere Kirche zu bauen. Wird nach dem gleichen Grundsatz in betreff der Schulen verfahren, so wäre damit die vornehmste Ursache des nationalen Haders beseitigt, der so viele blutige Opfer gekostet hat.

Wir sind übrigens des Glaubens, daß die offizielle Türkei aufrichtig eine friedliche Lösung ihrer Differenz mit Griechenland wünscht. Man hat dagegen den Verdacht ausgesprochen, daß das Komitee „Einheit und

Fortschritt" sich mit kriegerischen Absichten trage, und in der Tat erregt das Geheimnis, mit dem das Komitee sich umgibt, Mißtrauen. Noch vor wenigen Tagen soll eine Zusammenkunft des Komitees, an der 50 muselmännische Delegierte teilnahmen, in tiefstem Geheimnis in Saloniki getagt haben, so daß von den dort gefaßten Beschlüssen nichts an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Es besteht unzweifelhaft eine Art Nebenregierung, die durch die zahlreichen Mitglieder der jungtürkischen Partei im Parlament einen ganz überwiegenden Einfluß ausübt. Daß ein derartiger Zustand politisch bedenklich ist und das Vertrauen des Auslandes auf die Stetigkeit der türkischen Zustände schwächt, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden. Man dürfte hoffen, daß die Ernennung von Talaat Bey, der aus den Reihen des Komitees hervorgegangen ist, zum Minister des Innern eine Wendung bedeuten werde, zumal der neue Minister außerordentlich tüchtig ist, aber das scheint leider nicht der Fall zu sein, die übrigen Mitglieder des Komitees sind nach wie vor anonym geblieben.

Während der Konstantinopeler Korrespondent der „Nowoje Wremja", ein Herr Cholmski, über den wachsenden Einfluß der Deutschen in einem aufgeregten Artikel Lärm schlägt, glaubt der türkische Korrespondent des „Golos Moskwy" nicht ohne Genugtuung das Gegenteil berichten zu können. Die gleichzeitige Ankunft zweier so hervorragender Diplomaten wie Tscharykow und Bompard zeige, daß Frankreich und Rußland einander in allen den nahen Orient betreffenden Fragen zu unterstützen bereit sind. Auch die leitenden osmanischen Kreise seien bestrebt, sich der Tripelentente zu nähern, ebenso die Jungtürken, die sich von dem Druck emanzipieren wollen, den Deutschland und Österreich ausüben, und Anschluß an England und Frankreich, namentlich aber an Rußland suchen.

„Das französisch-russische Bündnis und die russisch-englische Annäherung haben bereits ihre Kraft im Orient bewiesen; die Jungtürken sehen ein, daß es ihnen nur dank der Unterstützung dieser Mächte gelingen wird, die politische und ökonomische Lage ihres Vaterlandes nach innen wie nach außen hin kraftvoll zu sichern."

Wenn dies die Bestrebungen der drei Mächte sind, können sie unseres Beifalls und unsrer Unterstützung sicher sein. Denn das gerade ist es, was wir im Interesse der Türkei wie in unserem eigensten Interesse wünschen. Auch bietet sich gleich jetzt, speziell für England, die Gelegen-

heit, aufrichtige Freundschaft für die Türkei zu betätigen. Talaat Bey hat im Parlament durchgesetzt, daß eine türkische Expedition gegen Nachia Hammiedin geschickt wird, der in Yemen eine selbständige Stellung anstrebt. Es wird behauptet — und wir haben guten Grund anzunehmen, daß die Behauptung das richtige trifft — daß England darauf ausgeht in Yemen, wie überhaupt in ganz Arabien, die Herrschaft der Türkei durch Heranbildung von kleinen Selbständigkeiten, die später zu englischen Dependenzen werden, zu untergraben. Das Schicksal Koweits hat ja gezeigt, welche Wege diese Politik einschlägt, und daß das Ziel dahin geht, ein von Konstantinopel unabhängiges Kalifat in Kairo oder Mekka zu bilden, ist ebenfalls kein Geheimnis, so daß es von besonderem politischen Interesse ist, zu verfolgen, auf welche Widerstände die Türkei stoßen wird, wenn sie ihre Autorität in Arabien und an den Küsten des persischen Meeres und Golfes wiederherzustellen sucht.

Der geplante Besuch des Sultans in Livadia ist verschoben, wie es heißt, um ein Jahr, dagegen ist es sicher, daß Kaiser Nikolaus auf dem Wege nach Italien im September Bosporus und Dardanellen passieren wird. Zwei Kriegsschiffe werden ihn geleiten, und auch das Zeremoniell bei der Begegnung mit dem Sultan ist bereits festgestellt. Daß jene Durchfahrt eine Lösung der Meerengenfrage ankündigt, ist nicht anzunehmen, wenn den energischen Dementis Glauben geschenkt werden darf, die von russischer wie von englischer Seite ergangen sind. Der „Golos Moskwy" freilich macht darauf aufmerksam, daß die Dementis so gefaßt seien, daß sie nur bestreiten, in Cowes sei die Lösung des Problems erfolgt, es bleibe daher sehr wahrscheinlich, daß die Entscheidung schon früher stattfand. Auch wird jetzt allseitig zugegeben, daß Iswolski sich allerdings in England um Öffnung der Dardanellen bemühte, nachdem er die Sicherheit erlangt hatte, daß von Österreich kein Widerspruch erfolgen werde, und daß damals das entschiedene „Nein" Sir Edward Greys für ihn eine ungeheure Enttäuschung bedeutete. Erst danach entstand jenes lebhafte Interesse für die Serben, das ursprünglich nur schwach vorhanden gewesen war und erst nachträglich von der öffentlichen Meinung Rußlands so leidenschaftlich aufgegriffen wurde. Die Öffnung der Dardanellen gehört aber keineswegs zu den Fragen, über die das Urteil in Rußland einhellig ist. Wir sind mehrfach der Ansicht begegnet, daß das Schwarze Meer für fremde Flaggen ein

mare clausum bleiben müsse, zumal solange die russische Flotte noch so schwach sei wie zur Stunde.

Der Aufenthalt König Eduards in Marienbad und die zwischen ihm und Kaiser Franz Josef ausgetauschten freundschaftlichen Begrüßungen sowie die Erhebung des Freiherrn v. Aehrenthal in den Grafenstand haben dahin geführt, daß nach einer vorausgegangenen, recht heftigen Polemik zwischen den englischen und österreichischen Blättern die gesamte Frage der jüngsten österreichischen Politik im Orient von beiden Seiten erörtert worden ist. Die „Times" gab in einem sehr wohlwollend gehaltenen Artikel den Ton an und nahm dabei entschieden für Aehrenthal Partei. Sie stellte fest, daß Iswolski schon am 4. September 1908 die Annexion Bosniens und der Herzegowina als unvermeidlich anerkannt und gebilligt habe, daß aber er sowohl, wie Aehrenthal die Ausführung nicht als unmittelbar bevorstehend ansahen. Erst die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens am 5. Oktober habe Österreich genötigt, nun auch seinerseits mit der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina vorzugehen. Auf diesen „Times"-Artikel folgte eine sehr entgegenkommende Erklärung im Wiener „Fremdenblatt", das einige Detailfragen, speziell über die Bedeutung des Sandschakbahnprojekts zurechtstellte und weitere Aufklärungen für eine nahe Zukunft versprach; in Rußland aber riefen diese journalistisch-politischen Höflichkeiten einen wahren Entrüstungssturm hervor, der namentlich in einer Wiener Korrespondenz und in einem Leitartikel der „Nowoje Wremja" zum Ausdruck kam. Ohne näher auf diese Polemik einzugehen, heben wir im historischen Interesse hervor, daß auch von russischer Seite zugegeben wird, daß Iswolski der Annexion zugestimmt habe, jedoch unter der Voraussetzung von Kompensationen für Rußland, die er in folgenden 7 Punkten formulierte: 1. Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens, 2. Räumung des Sandschak, 3. Revision der Kapitulationen, 4. Aufhebung der Beschränkung einiger Souveränitätsrechte Montenegros in den Häfen am Adriatischen Meer, 5. Anerkennung der Uferrechte Serbiens an der Donau, 6. einige territoriale Kompensationen für Serbien, um ihm den Zugang zum Adriatischen Meer zu eröffnen, 7. Öffnung der Meerengen. Alle dem habe Aehrenthal im Prinzip zugestimmt und Iswolski danach seine berühmte Reise angetreten, um die Zustimmung der anderen Mächte zu gewinnen. Diese Zeit aber sei von dem österreichischen Minister benutzt worden, um den Fürsten Ferdinand zu be-

wegen, die Unabhängigkeit Bulgariens zu proklamieren und dadurch freie Hand Rußland gegenüber für die Ausführung seiner Absichten zu gewinnen.

Wir bemerken hierzu, daß diese Ausführungen der „Nowoje Wremja" in den angeschlossenen Daten um einen ganzen Monat irregehen und daß schon die erste der von Iswolski formulierten Bedingungen zeigt, von welcher Seite die Proklamierung der Unabhängigkeit Bulgariens angeregt worden ist. Doch darüber erhalten wir wohl von österreichischer Seite bald nähere Auskunft; so viel uns bekannt ist, war es eine nicht angenehme Überraschung für Österreich, als Fürst Ferdinand am 5. Oktober das souveräne Zartum Bulgarien proklamierte. Aber das hat zurzeit keine politische Bedeutung mehr. Politisch bedeutsam ist dagegen der Versuch einer besseren Gestaltung der österreichisch-englischen Beziehungen, und darüber können wir uns nur freuen, da es reale Gründe zu einem englisch-österreichischen Gegensatz ebenso wenig gibt, wie zu einem englisch-deutschen; politisch nicht gleichgültig ist es dagegen, daß russischerseits der Ingrimm über den Erfolg, den die kluge und entschlossene Politik Österreichs gewonnen hat, noch so lebendig fortlebt. Das fällt um so mehr auf, wenn man daran denkt, wie leicht Rußland es verwunden hat, daß England ihm durch seinen japanischen Verbündeten die Flotte vernichten und die schwer errungene Stellung in der Mandschurei, Port Arthur und Dalnij mit ihren eisfreien Häfen nehmen ließ. Ob freilich das russische Volk ebenso leicht vergißt, ist eine andre Frage. Noch kürzlich brachte der vielgenannte Korrespondent der „Nowoje Wremja", Herr Menschikow, in Anlaß der Reise des Zaren nach England einen höchst drastischen Beleg dafür, wie lebhaft der russische Bauer an der Vorstellung festhält, daß die „Anglitschanka" — die Engländerin — die Quelle alles Übels sei, das Rußland trifft. Das stammt aus langer Tradition, die während des japanischen Krieges wieder lebendig wurde und damals von niemandem sorgfältiger gepflegt wurde, als von der „Nowoje Wremja". Die Engländerin aber ist die Königin Viktoria. Denn das Gerücht von Eduard VII. ist noch nicht ins Volk gedrungen.

Auch sind die Mandschurei und Ostasien nicht verschmerzt, das Vordringen der Japaner erscheint den Russen wie ein Verhängnis, aber ihre Presse spricht nicht gern davon. Es sind nur wenige Spezialisten, die noch vom fernen Osten schreiben, bei ihnen aber

klingt die Sorge um die Zukunft sehr deutlich durch. Der große Erfolg, den Japan in dem Streit über die Antung—Mukden-Bahn über China errungen hat, hat um so größeres Aufsehen erregt, als unmittelbar vor Abschluß der Vereinbarung von seiten Chinas eine Denkschrift veröffentlicht wurde, die überzeugend nachwies, daß das formale Recht in allen strittigen Punkten auf chinesischer Seite war. Es hat aber, wie dem „New York Herald" aus Peking berichtet wird, durch Vorschieben japanischer Truppen aus Süd- nach Nordkorea ein militärisches Argument mitgespielt, dem China nicht widerstehen konnte, dazu kam die diplomatische Unterstützung, die England den Japanern gewährte. „Die Beamten in China sagen, daß, da Japan der britischen Unterstützung sicher ist, es glaubt, sich alles erlauben zu können." Offenbar hat Japan zwar an Macht in der Mandschurei, aber nicht an Vertrauen in China gewonnen. Es ist schwerlich daran zu denken, daß Japan je die politische Führung der chinesischen Welt gewinnt, wohl aber hat auch China durch den Stoß, den die japanischen Siege über Rußland der ganzen Welt des Orients gaben, ein anderes Ansehen gewonnen. Es ist kein Zweifel mehr, daß das alte Reich der Mitte nach japanischem Muster sich die Machtmittel des europäischen Abendlandes zueignen will und daß nach dieser Richtung schon die erstaunlichsten Fortschritte gemacht worden sind, aber nicht unter japanischer Führung. In Rußland hat, wie leicht begreiflich ist, das chinesisch-japanische Abkommen wenig Freude gemacht.

„An unsrer Grenze im fernen Osten — schreibt die „Nowoje Wremja" — ist eine in der Tat zu beachtende Lage geschaffen worden. Auf ungeheuren Strecken berühren wir ein Gebiet, das nominell im Besitz des Kaisers von China ist, dessen faktischer Herr nicht die chinesische Obrigkeit und nicht die einheimische Bevölkerung ist, sondern die ausländische Regierung fern abliegender Inseln. Die Bevölkerung der Mandschurei steht zwar formell unter der Regierung in Peking, in Wirklichkeit aber hängt sie in den wichtigsten Fragen von dem Gutdünken und den Berechnungen ab, die von Tokio ausgehen. . . . Japan will der einzige faktische Herr in der Mandschurei sein und verwirklicht rücksichtslos seinen Willen, indem es den gesetzlichen Herrn des Landes aus allen Positionen verdrängt."

In der Tat, Japan hat das Erbe angetreten, das Rußland sich zu

eigen machen wollte. Wir stehen hier Zukunftsproblemen gegenüber, die von unübersehbarer Tragweite sind.

Aber zunächst liegen sie noch weit, denn China ist geduldig und versteht zu warten, was z. B. die Inder nicht verstehen, obgleich die natürliche Entwicklung dahin führen muß, den erfüllbaren Teil ihrer Wünsche, einen Anteil an der Verwaltung und am Regiment Indiens zu gewinnen, früher oder später zu verwirklichen. So wie die Verhältnisse jetzt liegen, können sie unter keinen Umständen bleiben. Keir Hardie, der soeben einen Bericht über Eindrücke veröffentlicht hat, die er auf der Reise aufgenommen hat, die ihn im vorigen Jahre durch Indien führte, berechnet, daß die direkten Abgaben, die von den Hindus erhoben werden, 75 v. H. des Wertes, nicht des Gewinnes, ihrer Ernte betragen, daß in der Zeit von 1860—1900 nicht weniger als 30 Millionen Menschen Hungers gestorben seien, während über die ungeheure Zahl der Opfer, die jährlich der Pest fallen, alle Angaben fehlen. Für die großartigen Meliorierungsarbeiten, die durch englische Industrielle mit englischem Kapital ausgeführt und von englischen Beamten geleitet werden, zahlen nach den Angaben Keir Hardies die Hindus jährlich 25 Mill. Pfd. Sterling. Das Gehalt der 8000 europäischen Beamten Indiens beträgt 348 Millionen Frcs., das der 130 000 Hindus, die als Beamte dienen, 84 Millionen usw., wobei noch in Betracht zu ziehen ist, daß unter allen Umständen, selbst wenn er seine Studien glänzend in Oxford oder Cambridge absolviert hat, der Hindu von allen höheren Ämtern und von jedem Kontakt mit der britischen Gesellschaft ausgeschlossen bleibt. Wir referieren hier nach dem Auszuge, den ein französisches Blatt, der „Eclair", von dem Buch Keir Hardies gibt, es ließe sich aber das so gezeichnete Bild noch durch weit dunklere Schatten vervollständigen. So zeigt, um noch ein Beispiel anzuführen, der offizielle Bericht der Gefängnisverwaltung in Bengalen, daß dort die Zahl der Gefangenen von 78 891 im Jahre 1907 auf 101 000 im Jahre 1908 gestiegen ist. Die Sterblichkeit betrug 1907 vom Tausend 17,5, für das Jahr 1908 stieg sie auf 30,9. Die „National Review", die in ihrem Augustheft in Anlaß der Ermordung Sir Curzon Wyllies einen Artikel veröffentlicht, dem sie den Titel gibt „Volle Wahrheit über die indischen Agitatoren", kommt zum Schluß, daß zwischen den Indern, die ihren Haß gegen England mit Bombe und Revolver befriedigen, und den gemäßigten Nationalisten ein wesentlicher Unterschied nicht bestehe, ja die letzteren seien die gefährlichsten Gegner.

Männer wie Banerjee, Gokhale, Arabindo Ghoſe, Chandra Pal, Krishnavarma, Gangadhar Tilak, d. h. Männer, die von den Indern als die beſten ihres Blutes angeſehen werden und die zum Teil durch ihre Gelehrſamkeit ſich einen Namen in der ganzen wiſſenſchaftlichen Welt erworben haben, ſeien die eigentlich Schuldigen, denen die Verantwortung für die Tat der indiſchen Anarchiſten zufalle. Die „National Review" will daher, daß mit dem Syſtem liberaler Zugeſtändniſſe, wie es Lord Morley in Indien vertritt, endgültig gebrochen und mit der Tatſache gerechnet werde, daß man es mit verkappten oder offenen Feinden zu tun habe, immer aber mit Feinden. Sie mag darin recht haben, aber unzweifelhaft haben ſchwere Verſchuldungen und Verſäumniſſe dahin geführt, dieſe Zuſtände zu zeitigen. Auch hat, wie wir ſchon mehrfach hervorgehoben haben, die infolge des letzten Krieges und der engliſchen Bundesgenoſſenſchaft mit Japan durch Aſien ziehende politiſche Gärung, die von England hier geförderte, dort gelähmte, nach freieren Lebensformen verlangende Bewegung weſentlich dazu beigetragen, die antiengliſche Strömung zu ſtärken. Es iſt möglich, daß ein gewaltſamer Ausbruch niedergeworfen werden kann; daß aber die einmal begonnene Entwicklung zum Stehen gebracht wird, muß als ausgeſchloſſen gelten, wenn nicht ein großer Staatsmann ſich findet, der das Problem zu löſen verſteht, zugleich den Engländern ihre Herrſcherſtellung zu ſichern und den Indern ihren Haß zu nehmen.

Die nordafrikaniſchen Dinge ſcheinen einen Verlauf zu nehmen, der für Spanien verhängnisvoll werden kann. Das Miniſterium Maura hat ſich durch den Krieg mit den Kabylen des Rif in ein Abenteuer geſtürzt, das die mühſam in leidliche Ordnung gebrachten inneren Verhältniſſe des Königreichs, Finanzen, Heerweſen, Verwaltung, aufs neue zu desorganiſieren droht. Der Widerſtand der Kabylen iſt hartnäckiger, ihre Kriegskunſt und ihre Zähigkeit größer, als erwartet wurde, der Preis, um den gekämpft wird, der Opfer nicht wert, die gebracht worden ſind und weiter gebracht werden müſſen. Auch das iſt mindeſtens fraglich, ob Spanien um eine gerechte Sache Krieg führt. Die Kabylen glauben, den heimatlichen Boden und die Freiheit zu verteidigen. Dazu kommt die Gärung in Katalonien, die neben alten Anſprüchen, die ſich mit einem zentraliſierten und klerikalen Regiment nicht vertragen, auf begründete Beſchwerden zurückgeht. Auch eine andere Sorge beginnt mitzuſpielen, daß nämlich die kriegeriſche Erregung

von dem Rif ins Land hineinzieht und Marokko oder gar Algier ergreift. Es lebt auf diesem Boden überall ein Untergrund wilder Barbarei fort, wie das unmenschliche Verfahren Mulay Hafids den gefangenen Anhängern Bu Hamaras gegenüber gezeigt hat. Auch hier ist überall der Haß gegen die Fremden nur übertüncht, und die Funken glimmen unter der Asche weiter.

25. August 1909. Gefangennahme Bu Hamaras.
26. August. Rede des Prime-Ministers Asquith über die Ergebnisse der Reichsverteidigungskonferenz.
28. August. Revolte der Athener Garnison. Sturz des Ministeriums Rhallis.
29. August. Der Zeppelin III trifft in Berlin ein. Die griechische Regierung erfüllt die Forderungen der meuternden Offiziere.
31. August. Die griechischen Prinzen erhalten langjährigen Auslandsurlaub.

---

1. September 1909.

Im englischen Parlament sind zwei wichtige Entscheidungen gefallen: Am 20. August ist nach langen Debatten in dritter Lesung die Bill angenommen worden, durch welche, ohne jedes Amendement, die Verfassung des neubegründeten Commonwealth von Südafrika bestätigt worden ist, am 26. August hat Mr. Asquith dem Unterhause über die Ergebnisse der Reichsverteidigungskonferenz Bericht erstattet. Fassen wir zunächst die neue Wendung ins Auge, zu welcher die Verwirklichung der Pläne führen kann, die in der Reichsverteidigungskonferenz die Zustimmung der englischen Regierung und der Vertreter der großen Kolonien gefunden haben, so läßt sich nicht übersehen, daß, wenn die Kolonialparlamente jene Pläne billigen und zum Beschluß erheben, zunächst die Grundlagen und Voraussetzungen für ein festeres Zusammenwirken mit dem Mutterland geschaffen worden sind. Es wird in solchem Falle möglich sein, eine militärische Kooperation der gesamten Streitkräfte des britischen Reiches zu Wasser und zu Lande gegen einen vermeintlichen oder wirklichen Feind Englands herbeizuführen. England bringt seinen ganzen oder halben Alliierten auch die Streitkräfte der Kolonien als eventuelle Helfer in das Bündnis oder in die Entente mit. Freilich ist dabei der Begriff „eventuell" doppelt und dreifach zu unterstreichen. Man kann es kaum schärfer ausdrücken, als es Mr. Asquith getan hat:

„Das Ergebnis der Konferenz — so sagte er — ist ein Plan, demzufolge die militärischen Kräfte der Krone überall derartig organisiert sind, daß unter Aufrechterhaltung der vollkommenen Autonomie jedes einzelnen Dominiums (d. h. jeder autonomen Kolonie) ihre Streitkräfte schnell zu einer homogenen Reichsarmee zusammengefaßt werden können, falls diese Dominien es wünschen sollten, in einem

Augenblick wirklicher Gefahr an der Verteidigung des Reiches teilzunehmen."

Das läßt sich nicht anders interpretieren, als daß die Kolonien darüber zu entscheiden haben werden, ob eine wirkliche Gefahr vorliegt, und zweitens, daß, selbst wenn diese Frage bejaht wird, immer noch der gute Wille der Kolonien bestimmt, ob sie mitkämpfen wollen und in welchem Umfange es ihnen beliebt, die Hilfe zu leisten, die man von ihnen erwartet. Da wir bereits am 18. August über das Detail der einheitlichen Organisation von Armee und Flotte berichtet haben, wollen wir hier die Einzelheiten nicht wiederholen. Wohl aber möchten wir darauf hinweisen, daß auch, abgesehen von dem weiten Spielraum, der dem freien Selbstbestimmungsrecht der Kolonien gelassen wird, ein Zukunftsproblem durch die neue Ordnung aufgeworfen wird, das durchaus verdient, in Erwägung gezogen zu werden.

Bisher verlangte der nationale Ehrgeiz der Kolonien — und die Kolonien haben die entschiedene Tendenz, sich zu Nationen auszuwachsen —, daß sie unbedingt zu England standen; eine andere Kombination war undenkbar, weil England die ganze Last ihrer Verteidigung trug und sie für sich allein fast wehrlos dastanden. Sobald die jetzt angeregte Tendenz, die Kolonien, die bereits wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen, auch militärisch selbständig zu machen, sich durchgesetzt hat, gewinnt der natürliche koloniale Egoismus eine Stärkung, die früher undenkbar war. Und mit diesem Egoismus wird um so mehr zu rechnen sein, als eine natürliche Entwicklung, wie die Einwanderungsstatistik zeigt, das angelsächsische Blut der Kolonien umbildet und zersetzt trotz der sich behauptenden englischen Sprache. Daß aber die Sprache an sich kein politisches Ferment von dauernder Wirkung ist, das hat die Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika ebenso erwiesen, wie die der spanischen und portugiesischen Kolonien in Mittel- und Südamerika, oder etwa — um näher zu greifen — wie die Geschichte Irlands. Nun kommt als ein weiteres Moment hinzu, daß man es in England überhaupt nicht hat wagen können, die wirtschaftliche Seite des Chamberlainschen Programms anzufassen — denn es sind, wenngleich modifiziert, Ideen Chamberlains, die hier verwirklicht werden sollen. Denken wir uns aber das jetzige Kabinett durch ein unionistisches ersetzt, so läßt sich mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen, daß auch der wirtschaftliche Teil seines Programms der imperial federation

wiederaufgenommen wird. Auch das muß aber dazu führen, den kolonialen Egoismus zu stärken, weil der Gegensatz der Interessen des Mutterlandes und der Dominien auf wirtschaftlichem Gebiete mindestens ebenso stark ist wie auf dem politischen, in welchem z. B. in der Frage des mit dem japanischen Bündnis in Zusammenhang stehenden Rasseproblems ein Kompromiß zwischen dem englischen und dem kolonialen Interessenstandpunkt nicht zu finden ist. Der Gegensatz läßt sich, wie es jetzt geschieht, wohl vertuschen, aber nicht aus der Welt schaffen.

Wir berühren damit bereits einen wichtigen Punkt der Gegensätze, die bei Begründung der Südafrikanischen Union mitgespielt haben. Es ist ohne jeden Rückhalt anzuerkennen, daß das liberale Kabinett Transvaal und der Oranjekolonie gegenüber ebenso großmütig als klug gehandelt hat. Das hat kein geringerer als Louis Botha anerkannt, und er hat es gewiß in voller Aufrichtigkeit getan. Vielleicht will es noch mehr sagen, daß Frau Botha, die kürzlich in England war und jetzt in Brüssel weilt, im vertrauten Kreise flämischer Freunde sich beinahe enthusiastisch über die jetzige Lage ihrer Landsleute ausgesprochen hat. Wir haben, sagte sie, nach dem Kriege erhalten, was wir zumeist wünschten, das heißt eine eigene autonome Existenz unter dem Schutze Englands, das uns gegenüber freigebig und großmütig gewesen ist. (Der „Temps" nach einer flämischen Zeitung.) Wenn man sich erinnert, wie schwer gerade die Frauen während des Burenkrieges gelitten haben, muß man wohl zu dem Schluß kommen, daß in der Tat die Versöhnung eine vollkommene ist. Bei alledem haben während der Debatten, die in die Annahme des Unionsprojektes ausmündeten, die Engländer kein Hehl daraus gemacht, daß die Wünsche, mit denen sie sich getragen haben, keineswegs alle erfüllt worden sind. Seit 1850 war den Indigenen im Kap das Stimmrecht verliehen worden. Die Stimmen der Schwarzen dienten England als Mittel, um die Afrikander, das sind die Holländisch redenden Buren, die den großen Treck nicht mitgemacht hatten, in der Minorität im Parlament zu erhalten. Die Buren in der Oranjekolonie und im Transvaal aber haben den Schwarzen niemals politische Rechte gewährt, und einer der Gründe ihres hartnäckigen Ausharrens im Kampf gegen England war die Befürchtung, daß ihre schwarzen Viehtreiber zu gleichberechtigten Staatsbürgern erhoben werden könnten. In England wünschte man nun, als die Unionsverhandlungen begannen, die für das Kap geltende Gleich-

berechtigung der Schwarzen auf das gesamte Unionsgebiet auszudehnen. Hier aber zeigten die Buren sich von unüberwindlicher Hartnäckigkeit. Alle englischen Bemühungen scheiterten an ihrem „Nein", und so mußte England sich fügen. Mr. Asquith hat es bei der dritten Lesung der Bill unzweideutig ausgesprochen, daß das gesamte Parlament tief bedaure, daß die Indigenen vom Wahlrecht ausgeschlossen seien. Das Interesse des Gesamtreichs und Südafrikas habe ihn zum Nachgeben bestimmt. Aber er hoffe von der Weisheit des neuen Dominiums, daß es aus eigenem Antriebe eine Wandlung werde eintreten lassen. Das letztere ist nun sehr unwahrscheinlich; daß in den Unionsstaaten Südafrikas das Holländische als gleichberechtigte Staatssprache neben dem Englischen steht, und daß das Unionsministerium holländisch ist, geht darauf zurück, daß jene Schwarzen exkludiert sind. Sie stehen auch ohne Zweifel auf einer viel zu niedrigen Kulturstufe, um als ein förderndes Element in einem parlamentarischen Staatswesen mitzuarbeiten. Ihre Aufgabe wäre, Engländer in das Parlament zu wählen — wie es im Kap geschieht — und das eben wollen die Buren nicht. Ebensowenig aber will England die Protektorate Basuto, Betschuana und Swaziland dem Regiment des Commonwealth überweisen, sie sind als etwas Besonderes unter direkter englischer Herrschaft geblieben.

Überdenkt man diese Lage, so fällt der Gegensatz zwischen dem in Südafrika vertretenen Liberalismus in der Rassenfrage und der ablehnenden Haltung auf, die England den Indigenen in Ägypten und Indien gegenüber behauptet, die doch in ihrem Bildungsstande unendlich viel höher stehen als jetzt jene Schwarzen. Was entscheidet, ist nicht die Sentimentalität und Humanität, die, wo sie sich mit Nutzen verwerten läßt, gern in den Vordergrund gestellt wird, sondern der kühl erwogene Interessenstandpunkt, der in Südafrika ein anderer ist als in Ägypten und Indien.

Es läßt sich aber nicht verkennen, daß diese Rassen- und Sprachenfragen immer mehr zu einem verbitternden Element in dem Völkerverkehr werden. Aus dem neusten, am 27. August veröffentlichten „Brief aus Rußland" des „Journal des Débats" spricht wieder ein so blinder Deutschenhaß, daß er nur übertroffen wird von der Unehrlichkeit, mit der der Verfasser dieser Briefe die Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt. So feiert er in Anlaß des jüngsten Besuchs der Tschechen in Warschau die „union panslaviste", obgleich nichts fester

steht, als daß der Neo-Panslavismus ein völliges Fiasko gemacht hat. Ein Korrespondent der „Nowoje Wremja", die in slavischen Fragen gewiß als ein klassischer Zeuge herangezogen werden darf, faßt in einem Artikel „Über Slavenkongresse und die polnische Frage" (27. August, Nr. 12 005) nach heftigen Ausfällen, die gegen die Herren Kramarz und Klofacz, die Führer bei der letzten Warschauer Zusammenkunft, gerichtet sind, sein Urteil folgendermaßen zusammen:

„Mit einem Worte, als die Stunde geschlagen hatte (d. h. zur Zeit des Konflikts um Bosnien und die Herzegowina), hat jede der slavischen Völkerschaften sich von den gröbsten egoistischen Berechnungen bestimmen lassen, und alle pomphaften Erklärungen von allgemein slavischen Aufgaben erwiesen sich als leere Worte, alle Reden von Brüderlichkeit, Gleichheit und Freiheit als inhaltlose Phrasen."

Und mit nicht mißverständlicher Deutlichkeit führt derselbe Artikel aus, daß Rußland keineswegs den Tschechen gestatten will, in der Frage der russisch-polnischen Beziehungen mitzureden.

„Die Slaven sollten wissen, daß jede Einmischung ihrerseits in die Frage der Stellung, welche die Polen in Rußland einnehmen, eine Einmischung in eine rein innere Angelegenheit des russischen Reichs ist, wozu sie niemand bevollmächtigt hat. Die ganze Frage betrifft das Schicksal des polnischen Volks, diese oder jene Verbesserungen oder Änderungen seiner Lage, und eine andere Bedeutung kann die polnische Frage in Rußland nicht haben. Weder im westlichen, noch im südlichen, noch im cholmischen Rußland, noch in Litauen, als in einem litauischen Lande, kann von Polen und von einer polnischen Frage die Rede sein. Sieht man diese Frage anders an und erweitert man ihren Rahmen, so wäre es ganz natürlich, in Petersburg, Moskau und an einigen Orten im Osten die Existenz einer polnischen Frage anzuerkennen, weil dort mitunter viele Polen leben."

Dieselbe, oft noch viel schärfer formulierte Abweisung hat das Tschechenfest in Warschau bei den Politikern ausgesprochen konservativer Färbung gefunden, also bei einer Richtung, die heute in Rußland entschieden an Boden gewinnt. Aber vielleicht sind diese Zeugen dem Verfasser der „Briefe aus Rußland" nicht genehm, und wir wollen ihm daher noch einige Kernsprüche aus dem Leitartikel vorlegen, mit dem die Redaktion des führenden russischen Blattes die oben zitierten Ausführungen ihres Korrespondenten begleitet.

Es gibt auf Erden einen Winkel (Österreichisch-Galizien), wo 4 Millionen Russen der Befreiung vom polnischen Joch harren, was die Tschechen nicht aus dem Auge verlieren sollten . . . . Die Polen haben aus ihren vier Aufständen fast nichts gelernt und weigern sich hartnäckig, sich mit dem russischen Staatsgedanken auszusöhnen . . . . Sie haben in Konstantinopel eine Mickiewiczfeier veranstaltet mit einer unwürdigen antirussischen und antislavischen türkisch-polnischen Manifestation, und daran erinnert, daß während des Krimkrieges und während des letzten slavischen Befreiungskrieges (1877) polnische Freiwillige unter dem Zeichen des Halbmondes gegen die russischen und slavischen Vorkämpfer des Christentums gefochten haben. Endlich der sogenannte „Grunwalder Fonds" (das zur Erinnerung an die Schlacht bei Tannenberg gesammelte Kapital), der durch allgemeine Sammlungen zur Beschützung polnischer Kinder in Preußen vor der Germanisierung zusammengebracht wurde, wird — wie unser Korrespondent schreibt — laut Beschluß der Polen zur Polonisierung russischer Kinder in Ostgalizien und tschechischer Kinder im östlichen Mähren benutzt. Wie soll man diese himmelschreienden Tatsachen mit den tönenden Reden über slavische Brüderschaft in Tschenstochau und Warschau in Einklang bringen?"

Wir fühlen uns nicht berufen, diese Frage zu beantworten und ergänzen sie nur durch die Tatsache, daß die mit so viel Lärm angekündigte Verbrüderung zwischen Serben und Bulgaren genau dieselben Wege gegangen ist wie die russisch-tschechisch-polnische Verbrüderung.

Es machen sich — abgesehen von dem chronischen Deutschenhaß, der heute durch die gesamte russische Presse mit Ausnahme einiger Organe der Rechten, wie der „Semschtschina" geht — noch zwei Rassenfragen in Rußland immer mehr geltend. Zunächst die Judenfrage. Die russische Regierung möchte offenbar gern der jüdischen Bevölkerung des Reichs einige Zugeständnisse machen. Sie stößt aber auf einen so entschlossenen Widerstand, daß sie darauf wird verzichten müssen. Auch tut sie, wie wir meinen, recht daran, da eine Judenemanzipation, die der jüdischen Bevölkerung volle Gleichberechtigung gäbe, aller Wahrscheinlichkeit nach noch weit schlimmere Judenhetzen zur Folge haben würde als 1905 und 1906, da die Juden durch Anschluß an die Revolution sich selbst zu emanzipieren versuchten. Dabei kann nicht bestritten werden, daß die Verhältnisse, in denen die ungeheure Mehrzahl der Juden in dem sogenannten Judenrayon lebt, wahrhaft elende sind, und daß es

unerläßlich ist, dort die bessernde Hand anzulegen. Aber bisher hat in Rußland noch niemand sich gefunden, der dem Übel zu steuern vermöchte. Die ziemlich starke Auswanderung, die in den letzten Jahren nach Kanada und in die Vereinigten Staaten abgeflossen ist, läßt sich in Rußland kaum bemerken. Die Lücken füllen sich überraschend schnell bei dem reichen Kindersegen des Volkes, der hier freilich zum Unsegen wird.

Die zweite Rassenfrage, die immer größere Sorgen erregt, betrifft das elementare Vordringen von Japanern, Koreanern und Chinesen in Ostasien. Man fühlt sich im Amurgebiet, in Transbaikalien und in den Gebieten von Ochotsk und Kamtschatka bedroht. Die im letzten Herbst von der Duma beschlossenen Maßregeln zur Abwehr der „gelben Einwanderung" haben keinerlei Erfolg gehabt. Man fürchtet, daß die japanisch-russische Fischereikonvention die russischen Fischer ganz von den ozeanischen Küsten verdrängen werde, und ebenso fürchtet man das Eindringen der koreanischen und chinesischen Arbeiter. Die Russen glauben, daß die Einwanderung von Koreanern in russisches Gebiet von Japan durch Subventionen gefördert werde, während die Japaner gleichzeitig aus ihrer Einflußsphäre in der Mandschurei die Koreaner fernhalten. Da die von Rußland eingeführte verhältnismäßig hohe Paßgebühr von 5 Rbl. für jeden Einwanderer sich nicht als ausreichende Schutzmaßregel bewährt hat, schlägt die „Nowoje Wremja" vor, ein Einwanderungsverbot zu erlassen, wie die Vereinigten Staaten es 1907 einführten, aber das Blatt bemerkt sehr richtig, daß ein solches Verbot umgangen werden würde. Es gibt in der Tat kein Remedium. Seit Rußland selbst sich chinesisches Gebiet zu eigen machte und damit chinesische Untertanen gewann, war die Tür geöffnet. Nach dem russisch-japanischen Kriege ist es unmöglich geworden, sie wieder zu schließen. Die bevorstehenden großen Eisenbahnbauten werden die Einwanderung, die jetzt auf jährlich 60 000 Köpfe geschätzt wird, noch erheblich steigern, bis sie schließlich nach Millionen zählen wird. Vielleicht ist aber die Tatsache zunächst nicht so tragisch zu nehmen; es sind steuerkräftige, fleißige Elemente, die das heute arme Land reich machen werden. Wenn Rußland es lernt, zugleich treue Untertanen aus ihnen zu machen, wäre es sogar ein Gewinn, stehen sie doch unendlich höher in ihrer Kultur als die spärliche nomadische Bevölkerung dieser weiten Ebenen. Aber man fürchtet die wehrhaften Nationen, die hinter den

Einwanderern stehen, und das mag in der Zukunft einmal allerdings zu einer Gefahr werden.

Überrascht hat uns die Entschiedenheit, mit der der „Standard" in einer Korrespondenz aus Fez für die Rifkabylen gegen Spanien Partei ergreift. Er findet die spanischen Ansprüche vom Standpunkte internationalen Rechts gänzlich unhaltbar (illegal and indefensible from an international point of view). Ebenso wenig könne man den Männern vom Rif Verräterei vorwerfen. Sie hätten die Spanier rechtzeitig und mehrfach gewarnt. Der Zusammenbruch Bu Hamaras, von dem ein Engländer gesagt habe, er habe nie einen besseren Geschäftsmann kennen gelernt (the best business man J ever met) stehe übrigens mit dem spanischen Kriege in Zusammenhang. Die Kabylen glauben, er habe sie an Spanien verkauft. Deshalb ließen sie ihn fallen, und erst danach gelang es Mulay Hafid, sich seiner zu bemächtigen.

Die Antwortnote der Türkei auf das Kollektivschreiben der vier Mächte in der mazedonischen Angelegenheit ist zwar offiziell noch nicht bekannt geworden, aber eine glaubwürdige Inhaltsangabe ist durch die Presse verbreitet worden. Danach hat sich die Türkei im wesentlichen auf den Boden gestellt, den wir vor acht Tagen als den korrekten bezeichneten, d. h. die Türkei erklärt, daß die mazedonische Frage jetzt eine innertürkische Angelegenheit sei. Die nähere Motivierung, sowie die Stellung, welche die Mächte einnehmen werden, bleibt abzuwarten. Es scheint, daß von anderer Seite die Absicht besteht, eine Konferenz der Unterzeichner des Berliner Traktats zu beantragen, um diese Frage und vielleicht auch die der Dardanellen der Lösung näherzubringen. Daß ein solcher Antrag allseitigen Beifall findet, ist wohl sehr unwahrscheinlich; die Türkei hat wenig Aussicht, dabei zu gewinnen, zumal sich mit Sicherheit annehmen läßt, daß eine ganze Reihe kleiner Begehrlichkeiten sich in den Vordergrund zu drängen versuchen würde; sie wird gewiß, was an ihr liegt, tun, um einen Kongreß zu vermeiden, der Opfer von ihr verlangt, ohne ihr etwas bieten zu können.

Die Revolution in Athen, oder sollen wir sagen die Offiziersemeute, hat vorläufig einen scheinbaren Abschluß gefunden. Es war eine Art secessio in montem sacrum, um der Regierung Zugeständnisse abzuzwingen, die zum Teil ihre Spitze gegen die Dynastie richteten, im übrigen einen Eingriff in die Rechte der Regierung wie des

Parlaments bedeuteten, also durchaus verfassungswidrig waren. Das Ministerium Rhallis ist darüber zurückgetreten und Mauromichalis hat die Bildung des neuen Ministeriums übernommen. Daß er mit einer vollen Amnestie des militärischen Pronunciamento begonnen hat, eröffnet wenig erfreuliche Aussichten für die Zukunft. Aber die Geschichte Griechenlands seit der Entstehung des Königreichs ist die Geschichte eines ununterbrochenen Mißregiments. Als nach den Freiheitskriegen, die so viel Heldentum und so viel rohe Barbarei und schändlichen Verrat zeitigten, ein unmündiges Kind den Thron bestieg, wäre dem Lande nichts notwendiger gewesen, als ein aufgeklärter Absolutismus, der mit eiserner Hand die verwilderte Nation arbeiten und gehorchen gelehrt hätte. Diesen Herrn hat Griechenland nie erhalten. Wohl aber erhielt es eine der demokratischsten Verfassungen, und die ist mißbraucht worden von den Parteien, die um den Platz an der Staatskrippe stritten. Die Geschichte des Königreichs Griechenland hat nicht einen Tag aufzuweisen, auf den die Nation stolz sein könnte. Der Tag aber, da die griechischen Offiziere den Versuch machten, die türkische Julirevolution nachzumachen, wird, wie wir fürchten, eine Periode neuer Wirren einleiten.

2. September 1909. Die persische Regierung erläßt eine Amnestie für politische Verbrechen.
5. September. Vizeadmiral von Holtzendorff wird zum Chef der deutschen Hochseeflotte ernannt.
Beförderung des Prinzen Heinrich zum Großadmiral.
9. September. Kundgebungen in Paris aus Anlaß der Einkerkerung von Ferrer.
10. September. Rede Roseberrys gegen das Budget der liberalen Regierung.
11. September. Rücktritt Roseberrys als Vorsitzender der liberalen Liga.
15. September. Beginn der Rundreise des Präsidenten Taft.
Kongreß der Ägyptischen Nationalisten in Genf.
18. — 20. September. Besuch des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg in Wien.
22. September. Reise des Staatssekretärs Dernburg in die Vereinigten Staaten.
24. September. Jungtürkischer Kongreß in Saloniki.
25. September. Beginn der Hudson-Fulton-Feier in New York.
Katastrophe des französischen Luftschiffes „République".
28. September. Vorgehen der französischen Bischöfe gegen die Laienschulen in Frankreich.

---

29. September 1909.

Mit den russischen Manövern, die der Abwehr eines gegen Petersburg vorrückenden Feindes galten und so dem chauvinistischen Lärm der letzten Monate ihren Tribut zollten, hat die Reihe der großen Manöver, wie sie zu Ende des Sommers in ganz Europa stattfinden, ein Ende genommen. Etwas Ähnliches hat es ja seit den Tagen, da Friedrich der Große seine berühmten Friedensmanöver exerzierte, immer gegeben, zu keiner Zeit aber sind sie so allgemein gewesen, wie heute, und niemals sind gleich gewaltige Truppenmassen in Bewegung gesetzt worden. Das Bestreben, das Kriegsspiel so weit irgend denkbar dem wirklichen Kriege ähnlich zu machen, tritt überall hervor, und eben deshalb müssen bei diesen Manövern auch alle Errungenschaften der Technik, die der Verteidigung wie dem Angriff dienen können, mit herangezogen werden. Sie sind so in der Tat gleichsam zu einer Prüfung der gesamten Leistungsfähigkeit der Nationen geworden. Im Spiel steckt ein furchtbarer Ernst: der Wille großer Nationen, ihre volle Kraft daran zu setzen, um in Ehren ihre Stellung in der Welt zu behaupten, und die Vorstellung, daß der Frieden, dessen sie sich erfreuen, gefährdet sei. Wir möchten nun die Behauptung aufstellen, daß unter den Kontinentalstaaten kein einziger ist, der zum Angreifer werden möchte. Die jüngste Phase der Orientpolitik beweist nichts dagegen. Sie war die notwendige Folge der Wandlung, die sich im inneren Leben der Türkei vollzogen hatte, und hat eine

politische Fiktion, die Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich, in eine politische Realität, die faktische Einverleibung, verwandelt. Was sich daran an Kriegslärm schloß, mündete in eine Festigung des Friedens aus und enthüllte das Geheimnis einer politischen Vorgeschichte, die das Vorgehen Österreich-Ungarns rechtfertigte. Der Ehrgeiz des Kleinen, der bei dieser Kombination unter ungeheurem Lärm sich in den Vordergrund drängte, hat sich beruhigen müssen, und wenn wir nicht verkennen, daß an die orientalische Frage noch ernste Probleme geknüpft sind, so glauben wir guten Grund zur Annahme zu haben, daß sie noch lange ruhen werden, wenn nicht von außen her an ihnen gerüttelt wird. An eine Absicht Frankreichs, den Frieden zu stören, glauben wir trotz gelegentlich aufbrausender lärmender Kundgebungen nicht. Die letzte derselben, die in Anlaß des Casablanca-Incidents erfolgte, der niemals einen Charakter getragen hat, der zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich hätte führen können, war von Clemenceau zu Nutzen seiner persönlichen Stellung als eine Frage innerer französischer Politik aufgebauscht worden und ist trotzdem von deutscher Seite, man darf wohl sagen: in freundschaftlichster Weise, zu einem Abschluß geführt worden, der das Februarabkommen in der marokkanischen Frage erst möglich machte. Was zwischen uns und Frankreich lag, war die Vorstellung, daß Frankreich sich zum Werkzeug englischer Feindseligkeit hergeben könne. Daß Delcassé so dachte und entsprechende Vereinbarungen getroffen hatte, wird kaum noch bestritten; in betreff Clemenceaus bestand in gut orientierten Kreisen dieselbe Vorstellung — heute haben wir, trotz der französisch-englischen Entente, diese Vorstellung nicht, halten es vielmehr für sicher, daß die Männer, denen die Leitung der Republik anvertraut ist, französische Politik und nicht englische treiben wollen und aufrichtig bestrebt sind, in guten nachbarlichen Beziehungen zu uns zu leben. Das Interesse Frankreichs wendet sich inneren Problemen und dem Ausbau des ungeheueren Kolonialreiches zu, das es erworben hat, ohne daß ihm je von deutscher Seite dabei Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden wären, wie es sie in Maskat und in Faschoda erlebt, dessen Geschichte uns soeben Hanotaux in einer meisterhaften politischen Studie erzählt hat[1]), auf die wir noch zurückkommen werden.

[1]) Le partage de l'Afrique. Fachoda par Gabriel Hanotaux. Paris 1909 bei Flammarion.

Was aber Rußland betrifft, so werden wir an eine gegen Zentraleuropa gerichtete Abenteuerpolitik nicht glauben, so lange als es noch einen Zaren in Rußland gibt, der wie Kaiser Nikolaus II. sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist. Erst wenn das unklare republikanisch-föderative Ideal, das noch immer lebendig ist, wenn es sich gleich nicht mehr so unverfroren wie noch vor drei Jahren an die Öffentlichkeit wagt, je zur Wirklichkeit werden sollte, dürfte man es neben anderen Experimenten auch mit dem Kriege der Slaven gegen die Germanen versuchen wollen. Rußland hat noch auf lange zu tun, um die furchtbaren Wunden, die ihm der japanische Krieg, und die noch tieferen, die ihm die Revolution schlug, zu heilen. Es kann noch immer nicht daran denken, an eine Tilgung seiner ungeheuren Schuldenlast zu schreiten, und steht vor der Riesenaufgabe, den Augiasstall seiner Administration, der staatlichen wie der kommunalen, zu reinigen. Noch vor wenigen Wochen, als die russische Presse die lächerliche Sensation von einem drohenden Anmarsche Deutschlands gegen Petersburg aufbrachte und stürmisch nach einer Befestigung Petersburgs von der Landseite her verlangte, schrieb Menschikow in der „Nowoje Wremja" in einem melancholischen Augenblicke: „Wenn Gott sich Rußlands erbarmen und uns einige ehrliche Leute schenken wollte, wäre es eine ganz einfache Arbeit" (nämlich Petersburg zu schützen!). Seither aber sind immer aufs neue große Organisationen entdeckt worden, die sich die systematische Beraubung des Staates, fast möchte man sagen, zur Lebensaufgabe gestellt haben. Eine Senatorenrevision folgt der anderen, und eben jetzt ist wieder ein Prozeß im Gange, der ungeheure Unterschleife von Ingenieuren im Staatsdienst aufdeckt. Dazu bleibt das fast unlösbare Problem, die verwilderte Jugend beiderlei Geschlechts, die während der Revolutionsjahre heranreifte, die nichts gelernt hat und vor nichts Ehrfurcht kennt, wieder zu brauchbaren Gliedern des Staates zu machen. Es wäre der lautere Wahnsinn, wenn Rußland bei solchen Zuständen sich noch die furchtbaren Gefahren, die ein europäischer Krieg unter allen Umständen bedeutet, zuziehen wollte. Hat es doch sogar auf der stärksten Linie seiner politisch-militärischen Aufstellung, der mittelasiatischen, auf jede selbständige Politik verzichtet und jenes Übereinkommen mit England abgeschlossen, das jeden Schachzug seines politischen Vorgehens in Persien in Abhängigkeit von der Genehmigung des Londoner Kabinetts stellt. Das geht aus dem jüngst veröffentlichten englischen

Weißbuch unwiderleglich hervor — und wie vieles mag dabei noch zurückgehalten worden sein, weil die Veröffentlichung Herrn v. Iswolski gar zu unbequem gewesen wäre.

Denn darüber kann kein Zweifel sein, daß die jüngste russische Politik in Persien in Rußland höchst unpopulär ist. Die Blätter aller Färbungen von der „Nowoje Wremja" bis zur „Semschtschina" stimmen in diesem Punkte überein. Persien ist aber der einzige Punkt an der asiatischen Grenze, an welchem eine russische Politik heute überhaupt gestattet ist — überall sonst lautet das Gebot: stille stehen. Ob das freilich sich lange wird behaupten lassen, ist zweifelhaft. Es liegen Anzeichen vor, die darauf hinweisen, daß Rußland in der Mongolei Beziehungen anknüpft, die weiter führen und mit der Zeit einen Ersatz für die in der Mandschurei erlittenen Verluste bieten können. Dagegen sieht man mit steigender Sorge auf das Vordringen des chinesischen Elements in das russische Amurgebiet. Es scheint allerdings einen elementaren Charakter zu tragen.

„Das Vordringen der Chinesen in das Amurgebiet, schreibt ein Korrespondent der „Nowoje Wremja", hat dahin geführt, daß der gesamte Dorfhandel sich schon in Händen der Chinesen befindet. Darüber klagt einstimmig die gesamte Lokalpresse. Alle Einwohner, Lehrer, Kommerzianten, Bauern, Popen sind zum traurigen Schluß gekommen, daß der Kampf mit den Chinesen völlig unmöglich sei. Sie erdrücken mühelos alle Konkurrenten; die mittleren und kleinen russischen Händler haben bereits alle Lust verloren, ihnen zu widerstehen."

In die Städte dringen sie als Dienstboten und Handwerker ein, und auch dort widersteht ihnen keine Konkurrenz; die Russen sehen mit Sorgen der Zeit entgegen, wo auf diesem Boden ein „Gelb-Rußland" erwachsen könnte. Auch da also gibt es große Aufgaben zu lösen und mit dem Bau der Amurbahn, der mit großer Energie betrieben wird, hat Rußland bereits eine der wichtigsten, freilich auch der kostspieligsten, in Angriff genommen. Auch läßt sich nicht verkennen, daß die japanische Nachbarschaft in der Mandschurei Sorgen erregt; es ist nicht wahrscheinlich, daß Japan sich auf lange hinaus mit dem begnügen wird, was heute in seinen Händen ist, und man fragt sich in den Kreisen der russischen Politiker, ob ihre weitere Ausdehnung auf Kosten Chinas oder Rußlands stattfinden werde. Denn trotz aller gegenteiligen offiziellen Darlegungen ist das Mißtrauen gegen Japan in Rußland außerordentlich lebendig.

Auch geschieht, was irgend möglich ist, um rechtzeitig die eigene Stellung zu stärken und den möglichen Gegner bei guter Laune zu erhalten.

Man braucht sich die Reihe der Aufgaben, die sich aus den angeführten Tatsachen ergeben, nur ins Gedächtnis zu rufen, um zum Schluß zu gelangen, daß Rußland sich nicht mit kriegerischen Absichten tragen kann. Die trotz alledem bestehende Schwüle der politischen Atmosphäre geht eben nur auf den einen Faktor, England, zurück. Das Gefühl der Engländer, daß sie in ihrer Weltstellung nicht mehr sicher seien, und der falsche Schluß, daß diese Stellung von Europa her, und zwar speziell von Deutschland, bedroht werde, hat sie dahin geführt, ihrerseits mit Drohungen vorzugehen, die notwendig zu Vorbereitungen zur Abwehr führen mußten. Die Tradition der englischen Politik, jede erstarkende Flotte einer andern Macht zu vernichten, lebt heute so lebendig fort wie je und wird, wie die englische Presse und die Reden englischer Staatsmänner zeigen, sorgfältig gepflegt. Es ist auch kein Zweifel darüber möglich, daß England seine Ententen mit Frankreich und Rußland in der Absicht geschlossen hat, ihnen eine Spitze gegen Deutschland zu geben. Wir haben oben gesagt, weshalb wir an die Verwirklichung dieser Absicht nicht glauben. Andererseits aber sind wir überzeugt, daß England es ohne einen kontinentalen Bundesgenossen nie wagen wird, Deutschland anzugreifen, weil ihm in dem weiten Kreis seiner überseeischen Interessen sofort an allen Enden und Ecken die allerbedenklichsten Schwierigkeiten erstehen müßten. Denn England hat, wenn wir von seinen großen Kolonien absehen, in seinen weltumfassenden Besitzungen und Dependenzen keinen einzigen zuverlässigen Freund und wird in einem ungerechten Kriege auch über See keinen Bundesgenossen finden. Indien mit seinen Außenwerken — um Kitcheners drastische Bezeichnung für Vorderasien zu gebrauchen — birgt teils offene Feinde, teils unwillige Gefolgschaften; wie Ägypten empfindet, hat der letzte Genfer Kongreß Jungägyptens gezeigt, der trotz mancher Utopien doch einen sehr echten und nicht ungefährlichen Haß zum Ausdruck brachte, und endlich ist nicht zu vergessen, daß England allezeit ein unruhiges und erbittertes Irland im Rücken hat. Wie töricht daher der durch nichts gerechtfertigte Haß gegen das Deutsche Reich ist, ergibt sich schon daraus, daß alle diese und noch andere Elemente des Augenblickes harren, wo der von der englischen Presse gepredigte heilige Krieg gegen Deutschland losgehen soll, um sich ihrer-

seits zu erheben. Ein Beispiel für viele mag für unsere Überzeugung sprechen. Der Pariser Korrespondent des „Golos Moskwy" hat einen der Führer der jungägyptischen Partei, Dr Osman Galib Bey, gesprochen, der ihm u. a. folgendes sagte:

„Wenn der große deutsch-britische Streit auf diplomatischem Wege oder durch einen Krieg entschieden wird, dann wird sich auch unser Schicksal entscheiden. Wir wünschen den Fall Englands, denn es knechtet uns . . . . Die Politik der Engländer in Ägypten wird dahin führen, daß die gesamte muselmännische Welt, die indische nicht ausgeschlossen, auf die Seite Deutschlands treten wird."

Die Kampagne für eine ägyptische Verfassung würden die Ägypter nicht nur vor Europa, sondern auch in England selbst führen. Schon seien einige englische Abgeordnete dafür gewonnen im Parlament und auf Meetings dafür eingetreten; das Ziel aber sei nicht ein selbständiges Ägypten, sondern eine dualistische Monarchie, nach dem Muster Österreich-Ungarns. Der Sultan solle auch in Kairo herrschen, der Khedive werde sich mit seiner ursprünglichen Rolle, der eines türkischen Statthalters, zufriedengeben. Ägypten werde die gesamte arabische Welt, die Türkei, die übrigen muselmännischen Reiche vereinigen und so wieder eine starke und zu fürchtende Macht werden. Es sei aber eine Heuchelei und eine Komödie, wenn England vor Europa die liberale Macht spiele, die überall politische Freiheit verbreite. In Wirklichkeit gebe es nirgend einen härteren Despotismus als in Ägypten und Indien. Am Schlusse seines Artikels bemerkt der russische Korrespondent, es sei interessant, daß der jungägyptische Kongreß in Genf beschlossen habe, ein formelles Bündnis mit der irischen Unabhängigkeitspartei zu schließen und die Kampagne gegen England gemeinsam zu führen. Einige irische Delegierte hätten am Kongreß teilgenommen.

Wir weisen auf diese Dinge hin, weil neuerdings in der von England aus versorgten amerikanischen Presse wiederum heftig gegen Deutschland agitiert wird und weil die vielleicht nahe bevorstehenden Wahlen in England schon jetzt ihre Schatten vorauswerfen. Sollte das Oberhaus das Budget, wie es Mr. Asquith jetzt durch das Unterhaus jagt, nicht annehmen, so kann die Auflösung als sicher betrachtet werden. Ob sie dann im November oder im Januar 1910 erfolgen wird, steht noch nicht fest, doch gilt der letztere Termin als der wahrscheinlichere. Der alte Vorkämpfer der Unionisten, Joe Chamber-

lain, tritt wahrscheinlich schon bald wieder auf die politische Bühne. Er hat erklärt, daß er bereit sei, in Birmingham W. zu kandidieren, und die Liberalen wollen ihm aus Courtoisie keinen Kandidaten entgegenstellen. Beide Teile, Liberale wie Konservative, rechnen mit großer Sicherheit auf den Sieg. Der Kampf, der zugleich über die Reformierung des Oberhauses entscheiden soll, wird unter allen Umständen von ungeheurer Bedeutung für das politische Leben der Nation sein. Ob er, wie im Jahre 1867, zugleich auch eine Wandlung in der auswärtigen Politik zur Folge haben wird, ist fraglich. Sir Edward Grey hat in seiner politischen Haltung die volle Billigung der Opposition gefunden, aber um einige Schattierungen deutschfeindlicher dürften die Konservativen doch sein. Bei alledem glauben wir, daß es auch in England eine nicht unbedeutende Gruppe von Politikern gibt, bei der sich die Überzeugung durchringt, daß die vernünftigste Politik die einer ehrlichen Verständigung mit Deutschland wäre. Aber sie kommen nur selten zu Wort, und auch in ihren Kreisen scheint die idée fixe nicht aufgegeben zu sein, daß es neben England in Europa eine starke Seemacht nicht geben dürfe. Solange dieser, durch nichts zu rechtfertigende Anspruch besteht, ist alle Verständigung ausgeschlossen. Die jüngst in der „Deutschen Revue" veröffentlichten Artikel von Lord Avesbury, Prinz Lichnowski und Vizeadmiral v. Ahlefeld können dafür als Beleg dienen.

Die am 25. September begonnenen Festlichkeiten der Hudson-Fulton-Feier werden bis zum 9. Oktober dauern. Wir freuen uns, dort durch unsere Marine trefflich vertreten zu sein.

Der tragische Ausgang des Roghi hat Mulay Hafid aller Wahrscheinlichkeit nach noch nicht ein friedliches Regiment gesichert. Schon jetzt läuft die Nachricht ein, daß sich neue Prätendenten gegen ihn erheben. Auch im Rif sind die Kämpfe noch nicht zum Abschluß gebracht, wenn es auch scheint, daß die überlegene Macht und Kriegskunst Spaniens mit Sicherheit auf einen vollen Erfolg rechnen kann. Wir notieren dabei das Kuriosum, daß der „Golos Moskwy" in einem Leitartikel allen Ernstes ausführt, daß Deutschland die Spanier zu ihrem Vorgehen gegen die Kabylen des Rif bewogen habe, um dadurch Spanien und Frankreich gegeneinander zu verhetzen. Es ist unmöglich, urteilsloser und gewissenloser Zeitungspolitik zu machen.

30. September 1909. Schluß der Hudson-Fulton-Feier.
1. Oktober. Entdeckung einer Verschwörung in Montenegro.
Niederlage spanischer Truppen durch die Kabylen des Rif.
5. Oktober. Erster Jahrestag der Proklamierung Bulgariens zum Königreich.
Erhebung der Gemahlin des Erzherzogs Franz Ferdinand zur Herzogin.

---

6. Oktober 1909.

Der überraschende Zwischenfall in Charbin, von dem die Welt erst durch eine amtliche Veröffentlichung der russischen Regierung erfahren hat, ist in der russischen Presse zum Anlaß antideutscher Deklamationen und sehr tapferer Worte geworden. Aller Wahrscheinlichkeit nach hätte das russische Auswärtige Amt klüger getan, sich weniger zu beeilen, und die Presse, weniger Tapferkeit zu entfalten. Was vorliegt, ist der einseitige Bericht eines kleinen russischen Beamten, der, wie es scheint, grobe Willkürlichkeiten in ein vorteilhaftes Licht zu stellen bemüht ist. Das mindeste, was erwartet werden mußte, war eine Anfrage, die an uns zu richten war. Die ganze Angelegenheit aber gewinnt noch dadurch ein besonderes Ansehen, daß der Konflikt sich nicht in einer russischen Stadt, sondern in Charbin, also auf chinesischem Boden abgespielt hat, wo weder dem russischen Bezirksgericht eine Jurisdiktion über deutsche Untertanen zusteht, noch russischen Polizisten zukommt, gewaltsame Exekutionen vorzunehmen. Da unserseits die erforderlichen Maßregeln getroffen sind, die Tatsachen zuverlässig festzustellen, wollen wir den Ausgang in Ruhe abwarten. Wir können mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß der Willkür — wenn sie vorliegt — der Sieg nicht gehören wird. Die ostasiatischen Angelegenheiten beginnen übrigens immer mehr in Rußland zu beunruhigen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, finden aber in dem jüngsten Leitartikel Menschikows (vom 2. Oktober) eine so laute und umständliche Klage über das Vordringen Japans, daß wir etwas näher darauf eingehen wollen. Im ganzen weiten Reiche seien die wißbegierigen Söhne der aufgehenden Sonne zu finden. In Finnland interessierten sie sich für Binnenfischerei, in Moskau für Gefängniswesen,

in Petersburg für russische Pädagogik, an der Amurbahn bewunderten sie die Kunst der russischen Ingenieure. Besonders aber würden sie von den Schauplätzen möglicher Zukunftskriege angezogen: von der Nordgrenze Koreas, der Mandschurei, neuerdings auch von der Mongolei und von Zentralasien. Für alle diese Behauptungen werden Beispiele angeführt, zum Teil sehr drastischer Art, wobei namentlich auf die russische Einflußsphäre in der Mongolei exemplifiziert wird. Es sei ein dichtes Netz von Agenten, die dort eindringen, sich der Märkte bemächtigen und vor allem sich die Goldfelder und Bergwerke sowie das Getreide zu eigen zu machen suchten. Es sei eine weit verzweigte, zum Teil freiwillige Spionage, die so wohlunterrichtet sei, daß über die von den Russen längst besetzte nördliche Mandschurei am besten das Buch des japanischen Konsuls in Charbin, Kawakami, orientiere. Offenbar habe die ganze japanische Kolonie geholfen, das Material für dieses Buch zu beschaffen. Die Chinesen seien der Gefahr gegenüber ebenso wenig blind wie die Russen, aber beide täten nichts. „Denn, unter uns gesagt, beide großen Reiche, die erst kürzlich von dem kleinen Feinde geschlagen wurden, zittern vor ihm. Sie wagen nicht einmal, die nötigsten Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen." Herr Menschikow schließt mit der folgenden drastischen Betrachtung:

„Die Japaner verlieren offenbar keinen Augenblick ihrer kostbaren Zeit; mit einem Budget, das kleiner ist als ein Fünftel des unsrigen, erreichen sie Wunder. Unser großes Reich hat das Schwert weggeworfen und bedeckt das Gesicht mit den Händen, in der Hoffnung, daß der Krieg beendet und jetzt Frieden sei. Aber das ist ja n i c h t w a h r! Unser Krieg mit Japan ist noch keineswegs beendet. Von ihrer Seite wird er fortgeführt durch äußerst tatkräftiges Ausnutzen des Stillstandes, durch fiebrische Vorbereitungen für einen nicht fernen Tag. . . . Das Schwert des Feindes ist wieder über uns erhoben. Sollen wir warten, bis es auf uns niederfährt, um die Bedeutung dieser Gebärde zu verstehen?"

Nun ist Herr Menschikow von Natur etwas nervös und zu Superlativen geneigt. Wir glauben, daß die Japaner vornehmlich handelspolitische Vorteile suchen und daß die ihnen zugeschriebene Absicht, sich das Land bis zum Baikal zu eigen zu machen, mehr in das Gebiet phantastischer Träume, als in das der Wirklichkeit gehört. Daß sie heute stärker sind als 1904 läßt sich ja nicht bestreiten, aber auch Rußland dringt vor, und dann: es hat England zum Freunde, das seinen japanischen

Bundesgenossen zurückhalten kann, wenn dieser wirklich die Absichten hegen sollte, die Herr Menschikow ihm zuschreibt.

Was als greifbare Tatsache übrigbleibt, ist die Unzufriedenheit Menschikows mit der auswärtigen Politik Rußlands, worin er ja nicht allein steht. Vielmehr hat sich jetzt ein wahrer Sturm gegen die persische Politik Rußlands erhoben. Herr Dmitri Jantschewski, der Korrespondent der „Nowoje Wremja" in Teheran, gibt den Ton an, und die übrigen folgen. Nun hat zwar der Oberst Ljachow, dem vorgeworfen wurde, daß er Mohammed Ali im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen habe, dagegen energisch und, wie wir nicht bezweifeln, mit Recht protestiert. Aber die Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß der gestürzte Schah der zuverlässigste Freund war, den Rußland in Persien hatte. Die jetzige Regierung zeigt den Russen ein nichts weniger als freundliches Gesicht.

„Seit Ende vorigen Jahres — klagt Jantschewski — hat Rußland seine traditionelle selbständige Politik in Persien aufgegeben und jenes Abkommen über Persien mit England abgeschlossen, das in Wirklichkeit die Initiative alles Handelns den Engländern überließ. . . . Das Resultat ist bekannt. Die freundschaftlichen Ratschläge beider Großmächte führten dahin, daß der Schah ihre Hilfe und eine Zuflucht in der russischen Gesandtschaft suchte. . . . Viele zuverlässige Perser erklären offen, daß Mohammed Ali fiel, weil er den Engländern nicht konvenierte und von Rußland nicht unterstützt wurde. England wollte keinen Schah auf dem Thron dulden, der ihm nicht gefiel, und erreichte, daß er gestürzt wurde — aber durch fremde Hände. Und kein Perser, der die letzten Ereignisse durchdenkt, sieht im Sturz Mohammed Alis, der die Freundschaft und die Unterstützung Rußlands suchte, einen glänzenden Erfolg der russischen Politik in Persien. So wird russische Politik in einem Lande gemacht, das Rußland zunächst liegt und mit Rußland durch die festesten und zahlreichsten Friedensbande verbunden ist."

Mit diesem Aufschrei schließt Jantschewski! Andere, wie z. B. das Organ der äußersten Rechten, die „Semschtschina", rufen noch lauter, aber es ist höchst unwahrscheinlich, daß sie bis auf weiteres auch nur den geringsten Erfolg haben. Dazu sind die Beziehungen zwischen Rußland und England zu fest geworden, und England hat nicht die geringste Neigung, zu dulden, daß sie gelockert werden, auch hat es in Rußland selbst zahlreiche unbedingte Anhänger. Herr Wesselitzki, der wieder eifrig aus London telegraphiert, hat erst kürzlich triumphierend gemeldet, daß

England sich durch seine Vereinbarungen mit den Kolonien zu einer gewaltigen Kriegsmacht umgebildet habe, „die fähig ist, aggressiv vorzugehen". In Europa gebe das der Tripelentente ein unzweifelhaftes Übergewicht und sichere die Unabhängigkeit der europäischen Nationen vor der Überschwemmung durch Pangermanien. Um so bedauerlicher sei es, daß England für die nächstbevorstehende Zeit durch innere Kämpfe gefesselt werde. Aber die sich plötzlich zuspitzende Krisis, die in jedem andern Lande zu einer Revolution geführt hätte, werde in England wahrscheinlich in gegenseitige Zugeständnisse ausmünden. Hieran schließt sich der folgende gute Rat:

„Die russischen und die französischen Politiker müssen bis zur Entscheidung der englischen Krisis eine Schärfung des Antagonismus zwischen England und dem Deutschen Reiche verhindern, aber sie sollen auch nicht vergessen, daß ein neuer deutscher Ansturm (!!) in England eine so allgemeine Volksbewegung hervorrufen wird, daß aller Parteihader darüber verstummen wird. Wir müssen daher vorsichtig sein, aber nicht so weit gehen, wesentliche Interessen zu opfern."

Also nach den englischen Wahlen, meint Herr Wesselitzki, kann es losgehen, und bis dahin will er uns an der Nase herumführen. Es ist ganz besonders liebenswürdig, daß er es uns gleich mitteilt, damit wir uns vorsehen können. Auf das politische Geschwätz Wesselitzkis geben wir wenig. Er hätte uns mit seinen Artikeln längst vernichtet, wenn Worte Kanonen und Tinte Pulver wäre. Er interessiert uns nur als das Organ, das englische Deutschfeindlichkeit nach Rußland und russische nach England verpflanzt. Aber einen Zusammenhang zwischen der inneren Krisis Englands und der Beunruhigung über die Dauer des Weltfriedens erkennen wir allerdings. Im Kampf um die Vorherrschaft zwischen Liberalen und Konservativen — wenn sich dieser Name noch für die Partei Balfours anwenden läßt — haben beide Teile es nicht verschmäht, mit der Unvernunft der Massen zu operieren, um sie durch angeblich von Deutschland her drohende Gefahren aufzuregen. Schließlich ist ihnen dann das Phantom, das sie selbst geschaffen haben, zur Wirklichkeit geworden, und sie halten es nun, wie es scheint, für ihre Pflicht, den Glauben an dieses Gespenst zu verbreiten und ihre Missionare in alle Welt zu entsenden, um Adepten zu werben, die, wie sie, schließlich aus bloßem Selbsterhaltungstrieb über Deutschland herfallen sollen, um den „Friedensstörer" zu vernichten.

Besonders aufdringlich geschah das in den letzten Wochen in Kanada und in den Vereinigten Staaten, wo keine geringeren Größen als der Admiral Lord Charles Beresford und der Exjournalist Lord Northcliffe als Wanderprediger aufgetreten sind, um vor der deutschen Gefahr zu warnen und alles Volk um England zu sammeln. Der Erfolg freilich ist nicht eben berauschend gewesen.

„Lord Charles Beresford", so schreibt die „New York Times" vom 19. September, „schien in seiner Rede auf dem Frühstück bei „The Pilgrims" den Satz zu vertreten, daß das britische Reich zusammenfallen müsse, wenn eine übermächtige Flotte seinen Handel nicht verteidige, daß dagegen die Vereinigten Staaten gedeihen könnten ohne fremde Märkte. Offenbar liegt aber in dieser Hinsicht keinerlei Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und England vor. Auch wir müssen unsere Märkte haben, um in aller Welt zu kaufen und zu verkaufen, und je freier die Märkte sind, um so besser wird es für uns sein. Es kommt vor, daß die Zufuhr von Nahrungsmitteln auf den britischen Inseln knapper ist als bei uns, aber das beweist nichts zur Unterstützung der These des britischen Generals, die dahin geht, daß die Vereinigten Staaten England helfen sollten, seine Überlegenheit zur See zu behaupten. Auch ist es zweifelhaft, ob die Amerikaner gerade jetzt in der Stimmung sind, den kriegerischen Lord Charles zu unterstützen. Es ist kein Krieg in Sicht. Großbritanniens Nöte scheinen uns mehr in der englischen Heimat als außerhalb zu liegen, und ein großer Teil der Kriegsreden des hervorragenden Staatsmannes, die „voll von Bangigkeit" waren, scheint bestimmt zu sein, die Aufmerksamkeit von häuslichen Sorgen abzulenken. Die Sympathie Amerikas für England ist wahrscheinlich gerade so stark, als nötig ist. Aber ein Land braucht auswärtigen Handel ebenso sehr wie das andere, und es ist zweifelhaft, ob eine so große Kriegsflotte, wie England sie baut, absolut notwendig ist, um den Handel zu schützen. In diesem Punkt sind wir jedoch ganz bereit, Lord Charles' Urteil gelten zu lassen. Der Umfang und die Kosten der britischen Marine gehen uns nicht speziell an. Aber die Vereinigten Staaten haben nicht die geringste Absicht, ihren auswärtigen Handel herabzudrücken. Die ganze Welt ist der Markt unseres Landes, das fortfahren wird, seinen Geschäften nachzugehen, wo immer es Geschäfte zu machen gibt."

Ebenso entschieden lehnt die „Sun" vom 19. September in Anlaß der Reden Beresfords ein gegen Deutschland gerichtetes Bündnis mit England ab, und die „New York Daily Tribune" bringt einen Leitartikel mit der charakteristischen Inhaltsangabe: Die Britischen brauchen unsere Hilfe, Admiral Beresford wünscht, daß die englisch redenden Nationen Seite an Seite stehen! Es war eben kein Beifall, den er durch seine Rede errungen hat, sondern eine Absage, und ähnlich ist es Lord Northcliffe gegangen, der, nachdem er bei uns im Friedensgewande erschienen war, gleich danach in Kanada recht gründlich gegen Deutschland gehetzt hat. Ihm hat der „Nordwesten", die älteste in Kanada erscheinende deutsche Wochenschrift, in einem Leitartikel „Ein Mann, der Zwietracht erregen will", sehr nachdrücklich heimgeleuchtet. Der Artikel schließt mit der folgenden Betrachtung, die wir in der Rückübersetzung aus „The Farmers Tribune" (Winnipeg) wiedergeben:

„Es ist Methode in diesem Spiel, das nicht mehr kindisch ist, sondern bitteren Ernst streift. Offenbar sind Northcliffe, Beresford und andere über See geschickt worden, um eine viel stärkere britische Flotte zu begründen, zu der Kanada beitragen soll, und zwar weit mehr, als unsern Interessen und unsern Mitteln entspricht. Daß die Imperialisten zu solchen verzweifelten Mitteln greifen, um das erstrebte Ziel zu erreichen, beweist die Selbstsucht der Leute, welche die Interessen der ungeheuren Majorität des kanadischen Volkes völlig beiseite setzen, um ihre egoistischen imperialistischen Pläne zu fördern. Über die Gefahren aber, welche die Anwendung dieser Mittel mit sich bringt, denken sie nicht nach. Wenn Lord Northcliffe auf seiner Reise durch West-Kanada fortfährt, in so unverantwortlicher Weise zu reden, wie er es hier getan hat, so wird er in geringem Maße Erfolg in beschränkten Kreisen finden, aber bei dem gesunden, überwältigend größeren Teil der kanadischen Bevölkerung wird er ein völliges Fiasko erleiden."

Gleich abweisend spricht „The Farmers Tribune" sich über die Agitation aus, die Mr. Fielding in Nova Scotia begonnen hat. Die amerikanischen und kanadischen Zeitungen der letzten Wochen geben das Material, um noch zahlreiche ähnliche Äußerungen herzusetzen, die den Engländern beweisen können, daß sie mit ihrer Agitation keinen glücklichen Griff getan haben, aber solche Stimmen werden in den imperialistischen Blättern niemals wiedergegeben. Dagegen mag hier noch eine kanadische Stimme Platz finden, welche uns zeigt, welche Eindrücke trotz

der ungeheueren Anstrengungen, die England machte, um seine Gäste auf der „Imperial Preß Conference" zu blenden, von diesen in die Heimat zurückgebracht wurden. Im „Globe" schreibt einer dieser heimgekehrten Journalisten, J. A. Macdonald, der Leiter des Blattes, nach einer Einleitung, die den märchenhaften Glanz und Aufwand der Konferenztage schildert:

„Aufrichtig gesagt, was den größten Eindruck auf mich machte und den Untergrund aller Erinnerung bildet, das war das blutlose, freudlose und hoffnungslose Angesicht des gemeinen Volkes. Nichts scheint fähig, diesen Eindruck zu verwischen, ihn fortzuschaffen oder seine harten Linien zu mildern. Die Galaempfänge, das prachtvolle Schaugepränge, die Galerien, Colleges, die historischen Schlösser und all diese seltene Prozession von Schönheit, von Wundern und Werten, welken in traumhafter Erinnerung, aber die blassen eingefallenen Gesichter der namenlosen Bevölkerung der Städte verfolgen mich wie eine Qual. Man zeigte uns, wie man im voraus versprochen hatte, in seltenem Glanz „Britannien in Arbeit und Spiel", aber wir konnten unsere Augen nicht schließen und unser Herz nicht stählen dem Britannien gegenüber, das keine Arbeit hat, das vielleicht nicht arbeiten will und das längst verlernt hat zu spielen." . . .

Er spricht dann von den brachliegenden Äckern der Reichen — es sind Millionen Acker in England und Schottland — und rät, sie der Arbeit zurückzugeben, er hätte noch Irlands gedenken können, aber das hat man wohlweislich den Gästen von der Presse nicht gezeigt. Mit dem entsetzlichen Pauperismus in England, der zum größeren Teil auf jenes Brachliegen des besten Ackerbodens zurückzuführen ist, geht eine erschreckende Zunahme des Wahnsinns Hand in Hand; Waverly gibt darüber im „Eclair" nach dem offiziellen Bericht der „Commissioners in Lunacy" für England und Wales (Irland und Schottland sind nicht herangezogen worden) folgende Daten:

Am 1. Januar 1908 betrug die Zahl der offiziell für irrsinnig erklärten 126 084, am 1. Januar 1909 waren es 128 787, d. h. ihre Zahl war von 1 Irren auf 303 Köpfe der Gesamtbevölkerung auf 1 von 278 gestiegen. Seit 10 Jahren beträgt der regelmäßige jährliche Zuwachs 2370. Die beiden Hauptursachen sind erblicher Wahnsinn und Trunksucht, und die ungeheure Mehrheit gehört den armen Klassen an, deren physische Entkräftung ebenfalls in steigender Proportion zunimmt. Ein anderes, aus den reichen Klassen kommendes Kontingent liefern die

Athleten, die im übertriebenen Sport ihre geistigen Fähigkeiten erschöpfen, und endlich könnte man an die Persönlichkeiten denken, die in spiritistischem Unsinn aufgehen, wie etwa Mr. Stead, über den sich ernsthaft überhaupt nicht mehr reden läßt. Die große politische Krisis, in der England sich heute bewegt, steht ohne Zweifel mit diesen Erscheinungen im Zusammenhang. War doch die jüngste Panik, die England ergriffen hatte, soweit sie nicht bewußte und bösartige Komödie gewesen ist, eine Massensuggestion, die hart an Tollheit grenzte. Wir möchten noch eine Erscheinung in diesem Zusammenhang erwähnen, eine Art ernster Tollheit, den politischen Größenwahn, der andere Nationen als Gleichberechtigte nicht anerkennen will und die bereits heute nicht mehr vorhandene Alleinherrschaft über die Meere für sich in Anspruch nimmt. Die Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland, aber auch Frankreich werden, der übrigen nicht zu gedenken, die doch auch das Recht auf eine „freie See" haben, niemals diesen Anspruch anerkennen. Er kann eine Zeitlang als Tatsache sich behaupten, ganz wie ein Joch sich aufzwingen läßt und eine Zeitlang getragen wird, bis endlich die Fesseln zusammenbrechen. Eine Gesundung der Nation kann nur erwartet werden, wenn die herrschende Plutokratie — denn nur so läßt sich der größte Teil der im Regiment alternierenden Kreise bezeichnen — sich ihrer Pflicht der Gesamtheit gegenüber bewußt wird und sie zu erfüllen sucht. Die Liberalen scheinen entschlossen, diesen Weg einzuschlagen, und deshalb gehören unsere Sympathien ihnen und nicht dem Hause der Lords und den Unionisten. Aber auch sie werden den Jingoismus abstreifen müssen, der heute die gesamte Nation beherrscht und den sie gepflegt haben, um der Masse zu schmeicheln.

Nicht ohne Besorgnis läßt sich die Zunahme der antidynastischen revolutionären Bewegungen verfolgen, deren Charakter noch dadurch verdüstert wird, daß sie teils vom Militär, teils von Anarchisten ausgehen. Die entsetzlichen Morde und Attentate in Portugal und Spanien, die sich den Missetaten der russischen Revolutionäre fast gleichwertig an die Seite stellen, die chronischen Revolutionen und Morde in Serbien, die Meuterei, der Alexander von Battenberg zum Opfer fiel, danach die Militärrevolution in der Türkei, die man übereingekommen ist nicht weiter zu kritisieren, die Revolution in Persien, die antidynastische Verschwörung in Montenegro, neuerdings die Rebellion in Griechenland, der man nur durch größte Nachsicht und durch das Eingreifen der Mächte

ihren antidynastischen Charakter nahm, sind gewiß bedenkliche Erscheinungen im Leben der südeuropäischen Nationen. In Spanien hat man, neben Entfaltung großer Energie in dem unruhigen Katalonien, durch die Unternehmung gegen die Rifkabylen, die zu einem großen Krieg herangewachsen ist, die Aufmerksamkeit der Nation abzulenken versucht. Auch scheint das Mittel, solange der Erfolg bei den spanischen Waffen bleibt, wirken zu wollen. Die Gefahr liegt jedoch im Überspannen des Bogens. Spanien hat sich verbunden, keine Eroberungspolitik zu treiben, ist aber bereits soweit engagiert, daß das Stehenbleiben heute schwierig geworden ist. Die Besetzung und Behauptung von Tetuan aber droht ein internationales Problem heraufzubeschwören. Wir fürchten, daß wir auf diese Frage noch werden zurückkommen müssen, sie geht alle seefahrenden Nationen an.

Auch an der griechischen Emeute — denn das bleibt sie trotz alledem — hängt ein politisches Problem, die ungelöste kretische Frage. Um sie nicht akut werden zu lassen, haben die Griechen auf Neuwahlen zum Parlament verzichtet, die eigentlich geboten waren und Theotokis ans Ruder geführt hätten; denn, wenn Neuwahlen stattfanden, wählten die Kretenser mit, und die Griechen standen vor der ungeheuren Verlegenheit, die Deputierten Kretas entweder in die Kammer aufzunehmen oder aber abzuweisen. Im ersten Fall gab es einen Konflikt mit der Türkei, im anderen wahrscheinlich eine neue revolutionäre Erhebung. Man fragt sich nun, wie lange der jetzt ergriffene Ausweg sich behaupten läßt? Auch hängt an dieser kretischen Frage ein anderes Problem, das der Sudabai, welche die Türkei als Basis für ihre Kriegsflotte wünscht, und auf die, wie es scheint, auch andere Leute ein Auge geworfen haben. Unserer Meinung gäbe es nur eine sichere Lösung, das wäre die Rückgabe von Cypern an die Türkei, wonach ein Widerspruch gegen das Anfallen Kretas an Griechenland von türkischer Seite gewiß nicht mehr erhoben werden würde. England aber hat die Verpflichtungen nie erfüllt, deren Übernahme ihm die Okkupation Cyperns — fast hätten wir gesagt Ägyptens — einbrachte. Aber auch hier liegen die Verhältnisse so, daß an diese Lösung nicht zu denken ist. Die türkische Regierung hat auch, so viel wir wissen, diesen Gedanken nicht zu denken gewagt. Sie weiß aus Erfahrung, daß England nicht freigibt, was es hält.

Über die Organisation des Komitees „Einheit und Freiheit", das als der faktische Träger der türkischen Politik gelten muß,

gibt die „Indépendence Belge" interessante Daten. Es zähle jetzt gegen 350 000 Mitglieder, während es im Juli 1908 nur 3—400 waren, nach einer anderen Quelle, die wir für gut orientiert halten, ursprünglich nur 30—40 Personen. Dieses Komitee hat sich bei dem riesigen Anwachsen seiner Mitgliederzahl natürlich eine hierarchische Organisation geben müssen, die auffallend an die revolutionären Organisationen in Italien und Polen während der 30er Jahre erinnert. Zunächst wurden überall, wo das Komitee Mitglieder hat, Klubs begründet; hatten diese starken Zulauf, so zerlegte man sie in Sektionen von 100 bis 200 Mitgliedern; ein Präsident, ein Vizepräsident und ein Schatzmeister stehen an der Spitze jedes Klubs und erheben eine Abgabe von 2 v. H. des Gehalts der Mitglieder, wenn sie Beamte sind, oder 2 v. H. vom Reineinkommen der anderen, wobei eine bestimmte Summe für jedes Familienglied in Abzug gebracht wird.

Die Klubs stehen in Abhängigkeit von den Komitees der Caza (Kantone), diese vom Komitee des Sandschak, das wiederum vom Komitee des Vilajet, der Provinz, abhängt. Nur die letzteren korrespondieren mit dem leitenden Zentralkomitee, das aus 5 Mitgliedern besteht, deren Namen niemand kennt. Die Wahlen geschehen folgendermaßen: jede Sektion bestimmt $^1/_{10}$ ihrer Mitglieder, die sich vereinigen und 7 Vertreter wählen, die das Cazakomitee bilden. Die Komitees aller Cazas ernennen das Sandschakkomitee, und alle Sandschaks das Vilajetkomitee. Diese endlich ernennen die 5 Mitglieder, die den leitenden Zentralrat bilden. Das geschieht aber folgendermaßen: jedes Vilajet bezeichnet einen Delegierten oder zwei, je nach der Bedeutung der vertretenen Komitees. Alle diese Delegierten bilden zusammen den Generalkongreß, der jährlich in Saloniki versammelt wird. Sie prüfen die von den Klubs und Komitees gemachten Vorschläge und schwören, keinerlei Mitteilungen aus dem Kongreß zu machen. Nach Erledigung der vorliegenden Geschäfte schreiten sie zur Wahl des leitenden Zentralrats. Jedes Mitglied schreibt dazu 5 Namen. Man bezeichnet 2 Personen, welche die Abstimmung entgegennehmen. Diese nehmen die Zählung vor und schicken den Erwählten einen Brief, der sie davon benachrichtigt, daß der Kongreß sie gewählt habe. Die Namen der 5 und der Ort, an dem sie sich versammeln, bleiben geheim. Die erste Arbeit des leitenden Komitees ist die Prüfung der Wahlzettel. Diese werden bewahrt, im Notfall ziehen die Direktoren noch die beiden Kongreßmitglieder hinzu, die

die erste Zählung besorgten, oder ein beliebiges anderes Mitglied des Kongresses.

Die „Indépendence Belge" sagt, es stehe nicht fest, ob das Zentralkomitee immer geheim bleiben müsse und welches seine Befugnisse seien. Die Befehle würden als Glaubensgebote betrachtet und ohne Verzug ausgeführt. Das gibt allerdings eine Organisation von furchtbarer Stärke, und es ist denkbar, daß sie zurzeit noch notwendig ist. Auf die Dauer aber kann keine bürgerliche oder staatliche Gemeinschaft ein geheimes Regiment tragen. Der Tag muß kommen, da es in sich zusammenbricht.

7. Oktober 1909. Rede des Generals d'Amade über die Aufgaben der französischen Politik in Marokko.
9. Oktober. Verurteilung Ferrers zum Tode.
10. Oktober. Programmrede des französischen Ministerpräsidenten Briand in Perigueux.
11. Oktober. Revolution in San Domingo.
11. Oktober. Kundgebungen gegen die Hinrichtung Ferrers.

---

13. Oktober 1909.

Der Charbiner Zwischenfall, der mit solcher Ostentation durch eine amtliche Kundgebung des russischen Preßbureaus an die Öffentlichkeit gezogen wurde, ist erledigt und erweist sich als ein „Mißverständnis", das im Grunde der Rede nicht wert war. Aber die gesamte russische Presse hat 74 Tage lang wiederum gegen Deutschland gewettert und die Abberufung Herrn Daumillers und Gott weiß welche Satisfaktion noch verlangt. Von alledem kann natürlich keine Rede sein. Es wird geschehen, was rechtens ist, und wir hoffen, daß die unklaren Rechtsverhältnisse in Charbin, die durch das russisch-chinesische Abkommen vom 21. April/9. Mai 1909 noch ungewisser geworden sind, endgültig klargestellt werden, damit weitere „Mißverständnisse" nicht aufkommen können, wie sie nicht nur mit deutschen, sondern ebenso mit englischen Untertanen stattgefunden haben. Noch eines aber mag an dieses Charbiner „Mißverständnis" angeknüpft werden. Es finden seit einer langen Reihe von Jahren, fast könnte man sagen: „von jeher", an der russisch-preußischen Grenze „Mißverständnisse" statt, bei denen unsere Landsleute der leidende Teil gewesen sind und viele von ihnen Leben oder Gesundheit durch die Dummheit oder die Brutalität der russischen Grenzwächter eingebüßt haben. Es ist uns aber kein einziger Fall bekannt, in dem die preußische Regierung zu dem Mittel gegriffen hätte, das die russische Regierung beliebt hat, einem bedauerlichen Zwischenfall durch eine amtliche Publikation den Charakter einer Haupt- und Staatsaktion zu geben — und die Presse und die öffentliche Meinung künstlich aufzuregen. Wir haben es stets vorgezogen, auf dem

Wege sachlicher Verhandlung, von Regierung zu Regierung, auszugleichen und zu erledigen, was durch eine Verhandlung vor der weiten Öffentlichkeit nicht anders als erregend und verbitternd wirken konnte. Was wäre z. B. aus der groben Grenzverletzung, deren sich kürzlich ein russischer Grenzsoldat in Brinitz, Kreis Tarnowitz, schuldig gemacht hat, für ein Kapital russischerseits geschlagen worden, wenn der Tatbestand der umgekehrte und ein deutscher Grenzwächter der Schuldige gewesen wäre? Wir haben die Angelegenheit auf einem Lokaltermin zwischen den preußischen und russischen Grenzbehörden erledigt und uns mit der Erklärung zufrieden gegeben, daß jener Soldat abberufen und bestraft werden solle, obgleich wir aus Erfahrung wissen, daß solche Zusagen keineswegs immer gehalten werden. Es ist uns aber nicht beigekommen, ganz Europa zum Zeugen aufzurufen oder noch nicht festgestellte Tatsachen durch amtliche Publikationen zu verbreiten. Aber offenbar versteht man solche Rücksichten in Rußland nicht, und es wäre vielleicht zu erwägen, ob es nicht nützlich ist, andere Wege einzuschlagen und vor dem Parlament zur Sprache zu bringen, was zwischen uns und Rußland liegt. Wir verstehen z. B. nicht, wie die russische Regierung es dulden kann, daß seit Jahr und Tag ein Mann vom Schlage des Londoner Korrespondenten der „Nowoje Wremja", des Herrn Wessélitzki Boshidarowitsch, durch systematische Verleumdungen, deren Spitze ausnahmslos gegen Deutschland gerichtet ist, die Leser der meist verbreiteten russischen Zeitung zum Haß gegen Deutschland erzieht. Es ist aber keineswegs leicht zu erkennen, wann aus den Artikeln dieses Blattes offiziöse Kundgebungen, und wann das Ingenium eines Wessélitzki nachwirkt. Und doch ist dieser Mann noch im vorigen Jahre durch Verleihung eines Ordens ausgezeichnet worden, als ob er in Staatsdiensten stände. Uns scheint, daß hier in der Tat ein Anlaß zur Beschwerde vorliegt, die eine Remedur verlangt, wenn anders noch anzunehmen ist, daß der russischen Regierung daran liegt, in guten Beziehungen mit dem deutschen Nachbar zu leben.

Ein Beispiel für viele. Herr Wessélitzki hatte nicht ohne Schadenfreude berichtet, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auffallend kühl geworden seien, eine Behauptung, die natürlich nur belacht werden konnte. Am 9. Oktober rektifiziert er sich. Man habe ihm die Versicherung gegeben, daß die Gerüchte, die

er wiedergegeben, keinen realen Untergrund hätten. „Die Gruppierung der Mächte im gegenwärtigen Augenblick ist genau dieselbe, wie vor der bosnischen Krisis, sie ist sogar fester und bestimmter. Natürlich hindert das nicht, daß Mitglieder der Tripelentente höfliche Beziehungen zur deutsch-österreichischen Gruppe unterhalten. Das ist sogar erwünscht als Stille vor dem entscheidenden Kampf. Im jetzigen Augenblick sind die Mächte entweder noch nicht fertig oder nicht geneigt anzugreifen." Wir kommentieren: nicht fertig: England, nicht geneigt anzugreifen: Frankreich, nicht fertig und nicht geneigt: das offizielle Rußland; was das nichtoffizielle täte, darüber wollen wir nicht konjekturieren. Nächst Herrn Wesselitzki gehen die schlimmsten Hetzereien von dem Petersburger Korrespondenten des „Journal des Débats" aus, auf dessen lettres de Russie wir schon oft hingewiesen haben. Der erste dieser Briefe erschien am 13. August 1905, also zur Zeit der Friedensverhandlungen zu Portsmouth, die Frankreich aus der peinlichen Lage befreiten, in die es durch den japanischen Krieg und die Entente mit England dem alliierten Rußland gegenüber versetzt war. Von da ab hat dieser Korrespondent keine Gelegenheit vorüberziehen lassen, um alles, was in Deutschland geschah, in das schlechteste Licht zu setzen. Eine Äußerung aus dem letzten dieser Briefe mag als Beispiel dienen. Bekanntlich ist der Antisemitismus eine der stärksten russischen Leidenschaften. Der Korrespondent der „Débats" führt nun aus, daß der Judenhaß in Rußland nicht aus religiöser Intoleranz entspringe, sondern daraus, daß die russischen Juden Deutsch reden, deutsche Propaganda machen und Verschwörungen organisieren. Es will sie daher von der Westgrenze wegschaffen, wo sie natürlich „als Kundschafter und Vorhut der Preußen" dienen können (où ils peuvent, tout naturellement, servir d'éclaireurs et d'avant-garde aux Prussiens). Ein Kommentar ist wohl überflüssig, und wir meinen, daß die „lettres de Russie", wenn sie fortfahren, ähnliche Torheiten zu verbreiten, bei urteilsfähigen Franzosen das Ansehen verlieren werden, das sie heute noch zu genießen scheinen. Für die Juden, denen es, abgesehen von der jüdischen „Intelligenz", die sehr wohlsituiert und einflußreich ist, recht elend in Rußland geht, tritt übrigens der mächtige Einfluß Englands ein, dem bereits einige Zugeständnisse gemacht worden sind. Man hat den erlaubten Prozentsatz jüdischer Schüler in den russischen Lehranstalten zu Petersburg und Moskau auf 5 v. H., in den übrigen

Teilen des Reiches auf 10 v. H. der Gesamtzahl erhöht. Im sogenannten Judenrayon, d. h. also in den ehemals polnischen Gebieten, sind 5 v. H. festgesetzt, wohl weil dort die Antipathie der Bevölkerung gegen das Judentum am stärksten ist. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß England, oder sagen wir in diesem Fall das Haus Rothschild, sich damit zufrieden gibt. Es verlangt völlige Gleichberechtigung, und die ist bis auf weiteres nicht zu haben. Wir wollen den „Débats" zur Beruhigung jedoch erklären, daß wir ein Fortziehen der Juden von der Westgrenze Rußlands in das Innere des Reichs wie einen guten uns geleisteten Dienst mit Dank begrüßen würden.

Aber auch abgesehen von der Judenfrage geht in den russisch-englischen Beziehungen nicht alles, wie beide Teile wohl wünschen: Unter der Überschrift „Zum englischen Gegenbesuch" geht der deutschen „St. Petersburger Zeitung" ein Artikel zu, der offenbar aus sehr gut orientierter Feder stammt und den wir wegen seines lehrreichen Inhalts vollständig hersetzen wollen. Er lautet:

„In Dumakreisen hat die vor kurzem aus England eingetroffene Nachricht, daß der Gegenbesuch der englischen Industriellen auf längere Zeit hinausgeschoben worden ist, viel Unmut erregt. Zwar verhalten sich die höheren Regierungskreise zur englisch-russischen Annäherung sehr wohlwollend, doch ist der Gegenbesuch der Engländer nicht so rasch zu erwarten. Die englischen Kreise, welche die Fahrt unternehmen wollen, haben sich an ihre hiesigen Geschäftsfreunde gewandt und sie davon in Kenntnis gesetzt, daß, solange in Rußland solche Verhältnisse wie augenblicklich herrschen, sie leider von einem baldigen Besuch werden absehen müssen. Die Idee der Annäherung wird von englischer Seite in dem Sinne aufgefaßt, daß England sich nicht nur mit seinen Kapitalien an russischen Unternehmungen beteiligen, sondern auch persönliche Arbeit dran wenden will. Dieses gehe aber nicht eher, als bis die Willkürherrschaft der Administration ein Ende genommen haben werde. Die Einmischung der Administration in die Beziehungen zwischen den Fabrikanten und den Arbeitern sei hier etwas Alltägliches. Seitens der Engländer werden Fälle angeführt, wo es nur infolge der Einmischung der Autoritäten unmöglich gewesen sei, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitern und ihren Chefs auf friedlichem Wege zu beseitigen; so habe der Generalgouverneur von Warschau Scalon seinerzeit eine Strafe von 300 Rubeln den Fabrikanten zudiktiert, welche

den Arbeitern für die Zeit des Streiks Lohn zahlen wollten. Ferner soll die kommerzielle Gesetzgebung in Rußland so unvollständig sein, daß es vom englischen Standpunkt aus fast unmöglich sei, unter solchen Bedingungen in Rußland Geschäfte zu betreiben. Die Kreditoren seien vollständig in der Gewalt ihrer Schuldner; es sei nichts leichter als sein Eigentum auf einen fremden Namen zu überschreiben und dadurch vor den Forderungen der Kreditoren vollständig gesichert zu sein. Hierdurch werde nur der Kredit verteuert und eine gesunde Entwicklung des Geschäftslebens behindert. Überhaupt wären die politischen Verhältnisse nicht derart, daß man ruhig seiner Arbeit nachgehen könnte. Auf eine baldige Änderung dieser Lage dürfe man aber nicht hoffen, denn selbst die russische Regierung sei sehr pessimistisch gestimmt, sonst würde sie die fast im ganzen Lande herrschenden Ausnahmezustände beseitigt haben. Der Aufschub des englischen Gegenbesuchs und die angeführten Motive haben in der bureaukratischen Welt einen sehr deprimierenden Eindruck hervorgerufen; im Zusammenhang damit soll im Handelsministerium die Frage der Regulierung der Gesetzgebung auf kommerziellem Gebiet in den Vordergrund gerückt werden. Man hegt die Hoffnung, daß die englischen Kreise sich dennoch dazu bewegen lassen werden, ihren Gegenbesuch nicht aufzuschieben."

Überhaupt stoßen wir auf großen Pessimismus in der Beurteilung der inneren russischen Verhältnisse. Der Gegensatz der Parteien ist stärker als je, und zunächst sehen wir keine Aussicht, daß darin eine Änderung eintritt. Nur in der Unzufriedenheit mit der auswärtigen Politik des Reiches scheinen, wenngleich aus sehr verschiedenen Motiven, alle einmütig zu sein. Die jetzt in Moskau stattfindende Versammlung aller monarchischen Parteien bringt vielleicht diese Gruppen zu einer Verständigung, obgleich auch das schwierig sein dürfte. Die Parteien der Linken auf ein positives Programm zu vereinigen, ist ganz ausgeschlossen, aber in ihren negativen Zielen begegnen sie sich. Den großen Anlauf, den der „Neoslavismus" nahm, muß man schon jetzt als gescheitert betrachten. Der alte Gegensatz zwischen Polen und Russen ist nicht zu überbrücken, und die Vermittlerrolle der Tschechen ist völlig wirkungslos verpufft, nachdem auch der schlaue Plan von der in Prag zu gründenden allslavischen Bank in sich zusammengebrochen ist. Auch in Österreich ist der Gegensatz zwischen Polen und Ruthenen heute lebendiger als je. Es ist das ja nur ein Teil der leidigen Nationalitäten-

und Sprachenfragen in der habsburgischen Monarchie. Gefährlicher ist der Größenwahn der Tschechen und die Politik der Unabhängigkeitspartei in Ungarn. Wir haben das Treiben der Anhänger Kossuths nun jahrelang angesehen und dazu geschwiegen und die Langmut bewundert, mit der Kaiser Franz Josef es geduldet hat. Jetzt, wo wir soeben den dreißigsten Jahrestag des deutsch-österreichischen Bündnisses begangen haben, darf man wohl die Frage aufwerfen, wie die Ungarn der Unabhängigkeitspartei sich das Fortbestehen des Bündnisses denken, wenn sie einmal an das Ziel ihrer Wünsche gelangen sollten? Wir sehen auch keine denkbare Kombination, unter der ein selbständiges Ungarn sich im territorialen Umfang der heutigen ungarischen Reichshälfte behaupten könnte, und keine, in der es, von Österreich gelöst, der inneren Feinde Herr werden könnte, die es sich systematisch erzogen hat. Es ist ja nur eine Frage der Zeit, wann das jetzige künstliche Wahlsystem zusammenbricht und damit die Majorität der Magyaren im Parlament. Sie ließe sich noch behaupten, wenn die Ungarn in Freundschaft und Bündnis mit den ungarischen Deutschen lebten, aber sie tun alles, um ihnen diese Gemeinschaft zu verleiden. Kroaten, Serben, Slowaken, Rumänen, das alles steht gegen sie. Dazu kommt, daß sie sich durch ihre sprachliche Intoleranz nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch isolieren. Mit dem Tage, da ein selbständiges Ungarn sich organisiert, würde auch die Zersetzung dieses Staates beginnen und das endliche Ergebnis sein Zerfall sein. Kurz, bei aller Anerkennung, die wir den unzweifelhaft vorhandenen großen nationalen Eigenschaften der Ungarn zollen, erscheint uns ihre Politik, nicht nur vom Standpunkt der habsburgischen Gesamtmonarchie, sondern auch vom wohlverstandenen Standpunkt der nüchtern beurteilten magyarischen Interessen, als eine entschlossene Selbstmordpolitik. Deutschland könnte eine solche Entwicklung nur als ein Unglück betrachten, das eine Reihe der allerschwierigsten politischen Probleme heraufbeschwören würde. Eine gesunde ungarische Politik verlangt vor allen Dingen Kräftigung, nicht Lockerung des Zusammenhanges mit der österreichischen Reichshälfte, engstes Bündnis mit den Deutschen in Ungarn, Duldsamkeit gegen die übrigen Nationalitäten Ungarns. Der Anspruch, daß das Magyarische den großen Kultursprachen gleichgeachtet werde, ist unerfüllbar. Dazu ist es zu schwierig, zu isoliert, wissenschaftlich und literarisch in seinen Leistungen zu unbedeutend. Was

in magyarischer Sprache geschrieben ist, muß übersetzt werden, wenn es außerhalb der Reichsgrenzen Beachtung finden will. Sogar die kleinen slavischen Völker stehen in dieser Hinsicht günstiger, da ihnen das Russische als Brücke dienen kann. Die Ungarn sind genötigt, doppelsprachig zu sein, und ihre Geschichte weist sie darauf hin, das Deutsche als zweite Muttersprache zu wählen. In Wirklichkeit ist das bei allen gebildeten Ungarn ja auch jetzt schon der Fall, und wenn sie ihre Heimatgrenzen überschreiten, machen sie auch kein Hehl daraus. In der Heimat aber verleugnen sie ihr Wissen und machen sich durch ihre Magyarisierung nichtmagyarischer Namen — wie z. B. Wiens — zum Gespött aller Fremden, die durch Ungarn reisen. So lautet das nicht übertünchte Urteil aller einsichtigen Nichtmagyaren. Wir zweifeln nicht daran, daß auch zahlreiche Magyaren so denken. Aber die Masse ist von der Kossuthkrankheit ergriffen; es wäre ein Unglück, wenn sie sich als unheilbar erweisen sollte.

In Marokko ist Aussicht, daß die Spanier das Ziel ihrer Anstrengungen erreichen und ihre Stellung im Rif festigen. Daß sie nicht Eroberungen machen wollen, haben sie auf das feierlichste versichert, es ist ihnen auch sehr nachdrücklich davon abgeraten worden:

„Eine Politik aggressiven Vordringens in Marokko würde ein weiteres Element der Spannung den internationalen Beziehungen hinzufügen; Eifersüchteleien und Rivalitäten könnten lebendig werden, bei denen weder Spanien noch Marokko gewinnen würden. Wir können keinen Augenblick der Behauptung Glauben schenken, daß spanische Staatsmänner, die das Risiko kennen, bereit sind, es auf sich zu nehmen, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den inneren Angelegenheiten abzulenken. Das wäre ein selbstmörderisches Vorgehen, wie es stets den Urhebern Verderben bringt."

So schreibt der „Standard" vom 8. Oktober, der dieses Schlußurteil hoffentlich auch für die Politik anderer Staaten gelten läßt. In Frankreich beurteilt man, wenn wir von General d'Amade absehen, der die Ungeschicklichkeit gehabt hat, seine Gedanken allzu laut auszusprechen, die spanische Aktion kaltblütig. Man steht auf dem Boden geschlossener Verträge und fühlt sich sicher, da sie eine Eroberung marokkanischer Gebiete durch Spanien ausschließen. Wir haben dabei durch eine Mitteilung Pichons erfahren, daß die französisch-spanischen Verträge von 1904 und 1905 der französischen Einflußsphäre einen Ausgang zum

Atlantischen Ozean sichern. Auch eine Äußerung des „Temps“ mag hergesetzt werden. Er schreibt am 9. Oktober in einer Polemik gegen Jaurès:

„Wenn Mulay Hafid seine Politik und seine Haltung nicht ändern sollte, so wird man eines schönen Tages zum Kriege gedrängt werden. Das ist ein Grund mehr, uns keine Verantwortlichkeit in diesem Konflikt zuweisen zu lassen. Unsere jetzige Zurückhaltung ist in unseren Augen die Voraussetzung unserer künftigen Energie. Das eine schließt für uns das andere nicht aus.“

Gewiß, die Kombination ist denkbar, und der Krieg bringt Kriegsrecht. Aber er bricht nicht Verträge Dritter, und so können auch wir mit kaltem Blut der weiteren Entwicklung folgen. Was wir an Rechten erworben haben, bleibt uns unter allen denkbaren Kombinationen gesichert.

Ein sehr interessantes Gespräch hat der Konstantinopeler Korrespondent des „Temps“ erst mit dem Großwesir Hilmi Pascha, danach mit dem Minister des Innern Talaat Bey gehabt. Im Anschluß an unsere Mitteilung über die Organisation des Komitees „Einheit und Fortschritt“ heben wir den Schluß des Gesprächs mit Talaat hervor. Der Korrespondent fragte, welchen Einfluß das Komitee auf die Regierungsgeschäfte habe?

„Nach kurzer Überlegungspause antwortete der Minister des Innern: Ich kann nur Gutes von „Einheit und Fortschritt“ sagen, da ich selbst Mitglied dieser Gesellschaft bin.

Ich weiß es wohl, antwortete ich meinerseits, denn ich habe Sie voriges Jahr gesehen, als Sie Mitglied der kleinen Abordnung des Komitees von Saloniki waren, das im kritischsten Augenblick eintraf, um den Triumph der konstitutionellen Bewegung zu sichern. Der Minister, der sich dessen auch erinnerte, lächelte und fuhr fort:

Wenn ich etwas bedauere, so ist es, daß sich in jenem Augenblick das Komitee nicht ganz der Gewalt bemächtigt hat. Man hätte dann die April-Revolution vermieden. Aber wir waren damals von dem Gedanken beherrscht, aller Welt zu zeigen, daß wir nicht durch persönliche Interessen bestimmt würden.

Aber, Exzellenz — wenn man nicht für sich selbst interessiert sein soll, darf man es vielleicht doch sein, wenn es sich um das Interesse des Vaterlandes handelt?

Grade so denken wir heute. Auch sind wir jetzt drei vom Komitee „Einheit und Fortschritt" in der Regierung: Der Finanzminister, der Unterrichtsminister und ich. Unsre andern Kollegen aber haben dem Programm zugestimmt. Auch wird das Komitee, das grade zu einem Kongreß in Saloniki versammelt ist, sich dem neuen Gesetz über die Assoziationen unterwerfen. Es wird sich nicht mehr mit Politik befassen, nicht mehr geheim sein, man wird alle Mitglieder kennen. Seine Wirksamkeit wird sich nur noch durch seine Partei in der Kammer geltend machen."

Das wäre sehr erfreulich und würde einen Wunsch erfüllen, den wir schon mehrfach im Interesse der Türkei ausgesprochen haben. Inzwischen ist die Deputation, die der Sultan nach Livadia geschickt hat, vom Zaren sehr gnädig empfangen worden. Man ist in Rußland eifrig bemüht, das Vertrauen der Türkei zu gewinnen, und es scheint, daß die Verhandlungen, die vom Botschafter Tscharykow in Konstantinopel über Abänderung der russischen Vorrechte für Bahnbauten im nördlichen Kleinasien geführt werden sollen, in Zusammenhang damit stehen. Fast gleichzeitig traf der entthronte Schah in Odessa ein.

In England hat das Eingreifen König Eduards in den Kampf der Parteien zwar dahin geführt, daß der Wortstreit im Parlament auf einige Tage zum Stehen gebracht worden ist, aber die Schärfe der Gegensätze vermochte es nicht zu mildern, und wenn auch immer noch vielfach daran geglaubt wird, daß schließlich ein Kompromiß gefunden wird, das die Annahme des Budgets durch die Lords ermöglicht, wahrscheinlich ist das nicht mehr. Dazu liegen die Aussichten für die Liberalen, die einen Vorsprung von 150 Stimmen haben, allzu günstig für den Fall einer Parlamentsauflösung. Nicht nur die Frage der Rolle, die dem Hause der Lords verbleiben soll, sondern auch die irische Frage wird dann wieder in den Vordergrund des Interesses treten. Das haben schon die Parlamentsverhandlungen am Montag gezeigt, als Redmond, der sonst mit der Regierung zu stimmen pflegt, sie heftig angriff. Der „Standard" schreibt freilich, man könne nicht wissen, ob das ernst gemeint sei (a sham or a reality), und derselben Ansicht sind die amerikanischen Iren, die den Opportunismus Redmonds mit großer Entschiedenheit verwerfen. Dieses amerikanisch-irische Element hat bei den jetzt zu glänzendem Abschluß ge-

führten Hudson-Fulton-Festlichkeiten eine Aufsehen erregende Rolle gespielt, namentlich bei der militärischen Parade am 30. September. Sie sind in den Vereinigten Staaten ein Element, das nicht mehr übersehen werden kann und das in politischen Fragen mit den Deutsch-Amerikanern vielfach Hand in Hand geht. So haben sie bei der Abwehr der gegen uns gerichteten Verleumdungskampagne englischer Korrespondenten amerikanischer Blätter tapfer mitgewirkt. Ihr Hauptorgan, das „Gaelic American" hat sich in dieser Hinsicht namentlich verdient gemacht und dem Bestreben, ein gegen Deutschland gerichtetes amerikanisch-englisches Bündnis zum Abschluß zu bringen, unermüdlich entgegengearbeitet. Auch hat Lord Northcliff in der Rede, die er am 28. September in Chicago über die deutsche Gefahr gehalten hat, es ratsam gefunden, von Amerika nicht mehr als Neutralität zu verlangen, wie ja auch England im spanisch-amerikanischen Krieg getan habe.

Eine gewiß unerwartete Unterstützung haben Lord Beresford und Lord Northcliff in dem persischen Generalkonsul zu New York, Herrn H. H. Topakyan, gefunden, der auf einem Diner im Republican club zu folgender Erklärung sich verstiegen hat:

„Krieg zwischen England und Deutschland ist unvermeidlich, und je früher er kommt, um so besser für England, weil, wenn er lange hinausgeschoben wird, Deutschland eine solche Stärke entwickeln wird, daß es nicht mehr möglich sein wird, es zu überwinden."

Der Mann täte gewiß besser, mit Teppichen zu handeln als Politik zu reden.

Eine amüsante Abfertigung hat der in Boston erscheinende „Traveler" Lord Charles Beresford zuteil werden lassen.

„Als es Zeit war zu reden, erhob sich der tapfere Seemann und sagte uns, daß alle Englisch redenden Nationen sich zusammentun sollten um zu verhindern, daß die nicht Englisch redenden Völker England aus der Geographie streichen. Well! Well! Well! Wir hatten erfahren, daß England Verträge und Abmachungen mit Frankreich, Spanien, Rußland, Italien, Japan und den Barbados bereits abgeschlossen hat, um die Deutschen durchzuwalken, wenn sie nicht Ruhe halten wollen. Wie also? Ist diese Kombination nicht groß genug, um die Deutschen zu schmieren? Weshalb bittet man uns, mitzutun? Wir und die Deutschen kommen sehr gut miteinander aus, und haben

keinen Streitpunkt. Wenn nun die Deutschen England ausrotten, oder die Kombination Deutschland vernichtet, sieht es in beiden Fällen so aus, als ob einer unserer Konkurrenten beseitigt wäre. Uns kommt es zugute. Dann wollen wir eine Weile das englische Spiel spielen. Wir wollen die Kleider beider Fechter halten und die Taschen untersuchen, während sie beschäftigt sind. Wenn gefochten werden muß, mögen die Fechter es tun; wir hier über See sind ein friedfertiges Volk. Zieh ab, Charlie. Move on."

15. Oktober 1909. Die griechischen Prinzen verzichten auf Befehl des Königs auf ihre Kommandostellen in der Armee.
16. Oktober. Zusammenkunft des Präsidenten Taft, mit Diaz, Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko.
17. Oktober. Weitere Ferrerdemonstrationen.
18. Oktober. Vorstoß der Opposition gegen das konservative spanische Kabinett Maura.
19. Oktober. Beginn der Auslandsreise Kaiser Nikolaus' II.
20. Oktober. Aufstand in Kreta.

---

20. Oktober 1909.

Die gegen den Spruch des spanischen Kriegsgerichts und gegen die Vollstreckung des Todesurteils an dem Anarchisten Ferrer gerichteten Kundgebungen in den Straßen von Paris und zahlreicher französischer Provinzialstädte, in Italien und in England, ja, wie wir mit Beschämung konstatieren müssen, auch in Berlin, sind zwar, abgesehen von Paris, unblutig verlaufen, zeugen aber von einer geistigen Strömung, die um so mehr Beachtung verdient, als sie über den Kreis der urteilslosen Masse, die jedem Leithammel zu folgen gewohnt ist, auch die Reihen der Meistgebildeten fortzureißen beginnt. Der von dem „Berliner Tageblatt" veröffentlichte Protest, den Männer wie Lujo Brentano, Richard Dehmel, Ernst Haeckel, Gerhart Hauptmann, Max Liebermann, Julius Meier-Graefe unterzeichnet haben und der um weitere Unterschriften wirbt, ist wohl das drastischste Beispiel dafür. Man darf aber die Frage aufwerfen, ob auch nur einer dieser Herren die Möglichkeit gehabt, sich ein anderes Urteil zu bilden, als das, welches die Suggestion, die von den anarchistischen Kreisen Frankreichs, Englands, Italiens ausging, ihnen oktroyierte? War es nicht möglich, zu warten bis die von der spanischen Regierung angekündigte Veröffentlichung der Prozeßakten erfolgt war? Sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach schon nächster Tage jedermann zugänglich sein. Schon jetzt aber steht fest, daß die Verhandlung des Kriegsgerichts in voller Öffentlichkeit stattfand, daß den Journalisten die Möglichkeit geboten wurde, sie zu stenographieren, daß nach Aufnahme der Zeugenaussagen Ferrer

das Wort erhielt und daß sein Verteidiger, der Hauptmann Galceran, in seinem Plädoyer nicht unterbrochen worden ist. Daß aber Galceran freimütig gesprochen hat ergibt sich daraus, daß allerdings die Rede davon war, ihn wegen der anarchistischen Grundsätze, die er kundgab, in Anklagestand zu versetzen, was aber das Kriegsgericht ablehnte. Auch ist Ferrer, wie der spanische Minister des Auswärtigen dem Korrespondenten der „Agence Havas" in Madrid erklärt hat, nicht wegen seiner politischen Ansichten und nicht, weil die von ihm begründeten Unterrichtsanstalten anarchistische Grundsätze der Jugend einprägten, verurteilt worden, sondern weil er als Leiter an Taten und an einer Rebellion teilgenommen hat, die nach den spanischen Gesetzen die Todesstrafe nach sich ziehen.

Eine französische Stimme mag herangezogen werden, um zu zeigen, daß wir mit unserer Mißbilligung der antispanischen Kundgebungen — ganz abgesehen von den Ausschreitungen, mit denen sie verbunden waren — nicht alleinstehen. Die „Débats" sagen in einem Leitartikel über den „Prozeß Ferrer und Europa" u. a.: „Das Verbrechen, dessen Ferrer als Haupturheber oder Teilnehmer angeschuldigt war, war nicht erfunden oder hypothetisch. Es war keine zweideutige Sache, kein Scheinverrat, kein Tendenzprozeß. Es handelt sich um die schlimmsten Schandtaten, deren Schauplatz je ein zivilisiertes Land gewesen ist, um die unerhörten Greuel, deren Opfer Barcelona mehrere Tage hindurch war. Keine Strafe war zu streng, die Schuldigen zu strafen. Es fragte sich, wer die Schuldigen seien. Als die Regierung Herr der Lage geworden war, entdeckte sie einen Teil von ihnen, und zog sie vor die kompetenten Gerichte. Sie ließ, wie das Gesetz verlangte, die Schuldigen hinrichten. Gleich anfangs richtete sich ihr Verdacht gegen Ferrer. Man mag diesem Mann verschiedene Gesinnung entgegentragen, und es ist wohl möglich, daß er den Personen, die ihm näher traten, lebhafte Sympathien einflößte. Aber es ist unbestreitbar, daß Ferrer Anarchist war, daß seine sogenannten modernen Schulen Herde der Anarchie gewesen sind, daß er keiner Partei angehörte, die legale Ziele erstrebt, daß er sogar mit den spanischen Liberalen keinerlei Gemeinschaft hatte, daß er nicht der Apostel des Laienstaats oder der politischen Freiheit war, sondern der des sozialen Umsturzes. Nun hatte die Revolution zu Barcelona einen rein anarchistischen Charakter. Sie schien wohl den Stempel Ferrers

zu tragen. Er war gerade damals in Barcelona anwesend und verbarg sich. Gleichzeitig berichteten, in seltsamer Übereinstimmung, mehrere sozialistische oder revolutionäre Zeitungen des Kontinents von Interviews, die sie mit Ferrer in London oder Brüssel gehabt hätten. Sie besorgten ihm ein Alibi. Aber Ferrer wurde in Barcelona festgenommen. Von da ab wurde seine Sache eine schlechte, der Verdacht, der auf ihm ruhte, verschärft. Wir wollen kein Urteil zur Sache fällen. Es ist unbillig, in gewissen Fällen verbrecherisch, sich zum Richter aufzuwerfen, wenn man nicht von Anfang bis zu Ende dem Prozeß beigewohnt hat, wenn man nicht das gesamte Material, ohne Ausnahme, besitzt, das zu einer Überzeugung führen kann. Ist der Beklagte vom Montjuich ohne Beweis verurteilt worden, so wäre seine Hinrichtung ein nicht zu entschuldigendes Verbrechen . . . Aber wie kann man die Richter verdammen, bevor man ihre Gründe kennt?"

Ganz ähnlich urteilt der „Temps" und der „Eclair", und wir zweifeln nicht daran, daß auch unsere öffentliche Meinung — die sich zum Teil bereits in gleichem Sinne ausgesprochen hat — auf diesem Boden sich zusammenfinden wird.

Es ist unbestreitbar, daß die Revolution in Barcelona mit den Mitteln des Anarchismus gekämpft hat, der wie ein Fluch an den Ländern lateinischer und slavischer Zunge haftet. Wir haben schon in Anlaß des ruchlosen Attentats vom 31. Mai 1906, da König Alfons und seine junge Gattin fast einer Bombe zum Opfer gefallen wären, und vom 1. Februar 1908, da König Karl von Portugal und sein Sohn, der Kronprinz, umgebracht wurden, auf die lange Reihe von Morden hingewiesen, die von Anarchisten an Herrschern verübt worden sind. Die Zusammenkunft, die soeben zwischen dem Präsidenten Taft und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko stattgefunden hat, mußte durch ein ungeheures Aufgebot an Polizei und Detektivs geschützt werden, weil die Anarchisten von Chicago beschlossen hatten, beide zugleich zu ermorden. Wer darf bestreiten, daß solchen Missetaten gegenüber der Staat das Recht hat zu schützen und zu strafen? Was in Barcelona an Greueln geschehen ist, braucht nicht wiederholt zu werden, es steht in frischem Gedächtnis. Aber immer sind es Mitglieder dieser anarchistischen Sekte, für deren Straflosigkeit jetzt eine irregeführte öffentliche Meinung eintritt. Ferrer gehörte zu jenen sentimentalen Anarchisten, die, wo es sich um offene Gewalt handelte,

andere vorschicken, selbst aber ihre Arbeit dahin richten, Adepten des Umsturzes und der Gewalt zu erziehen. Auch Bakunin hat persönlich nie jemandem ein Leid getan und doch Mord und Zerstörung gepredigt und vorbereitet wie keiner vor ihm. Vielleicht ist auch Ferrer einer der Unglücklichen, die indirekt aus seiner Schule hervorgegangen sind, wie all die hunderte russischer Anarchisten, die an die schaffende Kraft des aus der Zerstörung hervorgehenden Chaos glaubten. Man mag die Jünger dieser wahnsinnigen Lehre als unglückliche bedauern, unter allen Umständen sind sie rücksichtslos zu strafen, wo ihre Handlungen dem Gesetz verfallen. Welches das Maß der Schuld Ferrers an den Ereignissen von Barcelona gewesen ist, das werden wir bald wissen. Der Heilige und Märtyrer, den man aus ihm machen will, ist er unter keinen Umständen! Die Kundgebungen, die bisher erfolgt sind, aber lassen sich nur auf das schärfste mißbilligen, und nicht mit Unrecht erhebt sich allmählich alles in Spanien gegen diesen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in innere spanische Angelegenheiten. Es ist daher nicht unmöglich, daß der bisher unpopuläre Krieg in Marokko, der bekanntlich den Vorwand zur Emeute in Barcelona gab, infolge des erregten spanischen Nationalgefühls jetzt allgemein den Charakter einer spanischen Ehrenfrage gewinnt, die unter allen Umständen zu ruhmvollem Ausgang geführt werden muß. Schwere Opfer wird das gewiß noch kosten und dabei liegt stets die Gefahr vor, daß solche Unternehmungen weiter führen als ursprünglich beabsichtigt war. Auch liegt dem kriegerischen Vorgehen der Spanier eine Rechtsfrage zugrunde, in der das Rechtsgefühl der Marokkaner und der Spanier einander widersprechen. Die Konzession, deren Ausbeutung den Streit mit den Kabylen des Rif hervorrief, wurde von Buhamara verliehen, der nach marokkanischer Auffassung keinerlei Recht dazu hatte.

Eine eigentümliche Nachricht wird vom „Messagero", einem in Rom erscheinenden halboffiziösen Blatt, verbreitet. Wenn der „Messagero" recht unterrichtet sein sollte, hätten nämlich England und Frankreich, trotz der bereits zwischen England, Frankreich und Italien zur Verteidigung des status quo im Mittelmeer bestehenden Vertrages, einen neuen Vertrag abgeschlossen, der die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Zweibund(?) und Dreibund ins Auge fasse. Frankreich solle in solchem Fall die österreichische und die italienische Flotte in Schach halten, während England es übernehmen würde, jeden An-

griffsversuch der deutschen Flotte auf die englischen und die französischen Küsten zurückzuweisen. Dazu bemerkt dann der „Messagero" nach der Übersetzung des „Eclair", die wir benutzen: „Wir glauben andererseits zu wissen, daß das Eingreifen Italiens in einen französisch-englisch-deutschen Konflikt unwahrscheinlich ist, da die Dreibundakte Italien in allen Fragen, die seine Mittelmeerinteressen angehen, völlig freie Hand läßt. Das ist übrigens durch die Haltung Italiens auf der Konferenz von Algeciras deutlich bewiesen worden." Gewiß — ebenso unwahrscheinlich aber erscheint uns jener neue englisch-französische Vertrag. Er wäre einer Ermutigung der englischen Kriegspartei gleichzuachten, und dazu besteht, wie wir fest überzeugt sind, in Frankreich nicht die geringste Neigung. Frankreich ist nächst der mit großer Energie fortgeführten Kolonialpolitik in Mauretanien und im Gebiet des Tschadsees, sowie den stets große Aufmerksamkeit verlangenden marokkanischen Interessenfragen, vornehmlich mit seinen inneren Angelegenheiten beschäftigt, die, wie wir uns freuen zu beobachten, einer gedeihlichen Entwicklung entgegenzugehen scheinen. Der Ministerpräsident Briand, der sich trotz seines sozialistischen Parteistempels als ein gut konservativer Politiker erweist, hat in Périgueux eine Programmrede gehalten, deren Ziel, um mit den „Débats" zu reden, dahin geht, einen neuen Geist in die Politik hineinzutragen und ein Frankreich wiedererstehen zu lassen, in dem man leben kann, „de recréer une Republique habitable". Wer sich der Klagen erinnert, die „Débats", „Temps", „Revue politique et parlementaire" und andere ernst zu nehmende Organe des gebildeten Frankreich über das System der Intoleranz und des parlamentarischen Günstlingswesens erhoben, wird diese Anerkennung zu schätzen wissen. Was Briand zu erreichen wünscht und mit allen seinen Kräften zu fördern verspricht, ist Versöhnung der Parteigegensätze. „Wir wollen, sagte er, eine Regierung sein, die allen Bürgern ohne Unterschied die Freiheit gibt, deren sie bedürfen, um ihre Meinung auszusprechen, um die Gewissen freizumachen und die Gerechtigkeit, ohne die es kein glückliches Land und vor allem keine Republik geben kann." Seine These ist nun, daß die französische Republik in den 39 Jahren ihres Bestehens um ihre Existenz habe kämpfen müssen, daß sie jetzt gesichert sei und der Friede aller mit allen geschlossen werden könne. Der Gedanke der „fraternité" könne jetzt Wahrheit werden. Er selbst verspricht mit der chronischen Zwietracht des Parteiwesens

zu brechen. „Es könnte, sagte er, mir in den Sinn kommen, den Zwiespalt lebendig zu erhalten, um mich in meiner Stellung zu behaupten: wenn ich das täte, obgleich ich weiß, wie sehr meine Mitbürger nach Aufhören der Spannung und nach Ruhe verlangen, dann wäre ich ein Elender, ja fast ein Verbrecher." Auf die Einzelheiten seines Reformprogramms gehen wir nicht ein. Man wird ihn an der Arbeit, die er angreift und durchführt, bald genug kennen lernen, an der Art, wie er die sozialen Probleme angreift, an der Freiheit, die er den Wahlen läßt, an der Praxis seiner Kirchenpolitik. Wie es heißt, wendet er neuerdings sein Interesse auch der auswärtigen Politik zu. Wenn er auch ihr den Charakter der détente zu geben weiß, die er im inneren Leben verfolgt, zweifeln wir nicht, daß seine Ministerpräsidentschaft auch in der Geschichte Europas eine wohltätige Spur hinterlassen wird.

Einen sehr harmonischen und erfreulichen Abschluß haben inzwischen die Hudson-Fulton-Festtage gefunden. Die giftigen Pfeile, die Lord Northcliffe, Lord Charles Beresford und Mr. Close absandten, sind kraftlos zu Boden gefallen und überall, wo auf den zahlreichen, aus privaten Kreisen hervorgegangenen Festlichkeiten die fremden Gäste gefeiert wurden, finden wir Lord Seymour und Großadmiral v. Koester nebeneinander und das Thema ihrer Reden ist einmal über das andere die natürliche Notwendigkeit eines guten Einverständnisses zwischen England und Deutschland. Jedesmal aber ist enthusiastischer Beifall der Amerikaner, die die Korona bilden, der Dank.

„Es ist seltsam zu erzählen — schreibt der „New York American" vom 6. Oktober —, daß der Mann, dem auf einem britischen Bankett das von den Engländern New Yorks den Admiralen Seymour, Hamilton und den in den Gewässern New Yorks anwesenden Offizieren gegeben wurde, eine Ovation zuteil werden sollte, die der der englischen Admirale gleichkam oder gar sie übertraf — der Kommandeur des deutschen Geschwaders, Großadmiral v. Koester sein sollte. Das Bankett fand bei Waldorf-Astoria statt. Der deutsche Admiral wurde mit den Rufen: Hoch, hoch begrüßt, als er sich erhob, die Festgeber zu begrüßen. Er setzte sich unter einem Beifallssturm nieder, als er seine Rede geschlossen hatte, in der er erklärte, daß Engländer und Deutsche, wenn sie gleich im Handel und auf der See im Wetteifer einander gegenüberständen, doch wie Nachbarn ihre Angelegenheiten notwendig so führen müßten, daß die Herstellung guter Beziehungen, Freundschaft

und Vertrauen gefördert würden. Einen gleichen Beifallssturm rief der deutsche Admiral hervor, als er in seinem und seiner Offiziere Namen für die großartige Gastfreundschaft der Bürger von New York dankte. Er schloß mit dem Wunsche langandauernden und stetigen Gedeihens für die Vereinigten Staaten und die Engländer in den Grenzen der Republik, und das brachte die Festgenossen wieder zum Aufstehen und zu lauten Beifallsrufen."

Offenbar sind das die Töne, die man in Amerika hören will: Eintracht zwischen England und Deutschland, nicht Hader oder gar Krieg. Es ist auch den anwesenden englischen Gästen nicht möglich gewesen, sich diesem Eindruck zu entziehen, zumal kein Zweifel sein kann, daß Sir Edward Hobart Seymour seinen Kameraden von der deutschen Marine aufrichtig wohlgesinnt war. Aus der langen Reihe amerikanischer Blätter, die uns über den Verlauf der Festlichkeiten berichten, tönt an keiner Stelle ein Mißklang heraus. Das alles hat jenseit des Kanals zurückgelassen werden müssen, weil es auf amerikanischem Boden keinen Widerhall gefunden hätte.

In England ist die Lage noch ebenso unklar, wie sie vor acht Tagen gewesen ist. Die Verhandlungen, die König Eduard mit den einflußreichen Politikern beider Parteien geführt hat, haben keine Entscheidung gebracht. Man gewinnt aber aus den englischen Blättern immer mehr den Eindruck, daß die Lords es auf eine Ablehnung des Budgets nicht werden ankommen lassen. Das Risiko ist zu groß, und da auch die Liberalen einen allzu scharfen Bruch nicht wünschen können, weil eine Verfassungskrisis damit verbunden wäre, ist es nicht ausgeschlossen, daß zuguterletzt noch ein Kompromiß zustande kommt. Die auswärtige Politik Englands, die, wie es scheint, die nach Selbständigkeit strebende Politik der Türkei mit einigem Mißbehagen verfolgt, wird jetzt auch durch die zentralasiatischen Dinge in Anspruch genommen. Wir denken dabei nicht an Persien, wo übrigens geordnete Zustände noch keineswegs gesichert sind, sondern an die indischen Grenzgebiete und an Afghanistan. Schon am 3. Oktober wurde dem „New York Herald" aus London telegraphiert, daß man in England eine neue Expedition gegen die Waziris zu unternehmen beabsichtige und die Operationen wahrscheinlich bis nach Kabul ausdehnen werde. Es seien mehrfach kleine britische Posten angegriffen worden und dabei einige Beamte und Offiziere gefallen. Die Agitation gehe von Afghanistan aus, das

die Waffen liefere. Auch sei ein fanatischer Mullah, Pojindar, unterwegs nach Kabul, um mit Nasrullah Khan Rats zu pflegen. Diese Nachrichten ergänzt ein Brief aus Bannu (N. W.-Provinz Indiens) vom 20. September, den der „Standard" gleichzeitig mit einem Telegramm aus Simla vom 12. Oktober veröffentlicht. Der Brief macht darauf aufmerksam, daß bald die gesamte Bevölkerung Afghanistans bewaffnet sein werde, teils mit Sniders und Enfields aus dem Arsenal von Kabul, teils mit weit besseren Gewehren, die über Persien ins Land kämen. Auch alle Hindus hätten das Recht erhalten, Waffen zu tragen, und jeder achte Mann von ihnen solle ausgehoben werden, um so ein Hindukorps zu bilden. Nasrullah Khan habe die Oberleitung der gesamten afghanischen Armee. Die afghanische Kavallerie sei durchweg mit Hengsten beritten gemacht und die Artillerie werde sorgfältig exerziert. Dazu komme ein eifriger Ausbau neuer Heerstraßen: von Jellalabad nach Dhaka, auch Kabul und Jellalabad sollen so verbunden werden. Endlich werde ein Militärlager in Dhaka hergerichtet werden. Das Telegramm aus Simla zeigt den Emir beschäftigt, Unbotmäßigkeiten einzelner Stämme niederzuwerfen. Der Waffenhandel dauere nach wie vor fort und entflamme die kriegerischen Instinkte der Stämme an den indischen Grenzen. Dagegen ist erfreulicherweise in letzter Zeit nichts weiter von Unruhen im eigentlichen Indien, speziell in Bengalen, zu hören gewesen, so daß sich hoffen läßt, daß dort eine Beruhigung eingetreten ist.

In Rußland hat es Aufsehen erregt, daß bei den Ergänzungswahlen zur Duma in Petersburg und in Moskau die Kadetten den Sieg davongetragen haben. Allerdings haben sie es verstanden, alle ihre Wähler zur Urne zu führen, während sich sonst 10 v. H. der Wähler nicht beteiligt haben, obgleich auch die andern Parteien eifrig agitierten. Der Kongreß der monarchischen Parteien ist ziemlich ergebnislos verlaufen; ob der ebenfalls in Moskau bevorstehende Kongreß der Oktobristen einen günstigeren Verlauf nimmt, bleibt abzuwarten. In Petersburg haben infolge einer Bombenexplosion zahlreiche Verhaftungen stattgefunden, denen große Bedeutung beigelegt wird. Man hofft, einer gefährlichen terroristischen Organisation auf die Spur gekommen zu sein. Gegenüber dem Pessimismus, mit dem von seiten der Linken, und der entschiedenen Abneigung, mit dem von seiten der Rechten die Tätigkeit der Duma beurteilt wird, tritt Anatole Leroy-Beaulieu,

wie uns scheint mit Recht, mit einer hoffnungsvolleren Beurteilung des jungen russischen Verfassungslebens auf:

Es sei falsch, der Duma den Charakter eines Parlaments zu bestreiten. Habe doch der Zar selbst in der Rede, die er bei seinem letzten Besuch in Cowes hielt, sich ausdrücklich dazu bekannt, daß auch Rußland in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten sei. Daraus, daß sich in Rußland nicht plötzlich eine völlige Umbildung vollzogen habe, dürfe man noch nicht schließen, daß alle Hoffnungen der Reformatoren zu einer Enttäuschung geführt hätten. Der Traum der besten Köpfe der drei oder vier letzten Generationen Rußlands, das Parlament, sei vorhanden, mit ihm — so gering auch seine Rechte seien — habe Rußland das notwendige Instrument für eine soziale Reform gewonnen. Gewiß werde es lange Jahre dauern, ehe das Ziel erreicht sei. Mit Vorsicht, Geduld und Beharrlichkeit werde es gelingen, zum Besten der Völker des weiten Reichs und der Sicherheit Europas; heftige Erschütterungen aber würden das Land zerreißen und das Reich schwächen.

Mit dem Wunsche, daß beides Rußland erspart werde, schließt Leroy-Beaulieu, und wir knüpfen unsere Wünsche an die seinigen. Aber leider sind Vorsicht, Geduld und Beharrlichkeit nicht die besonderen Gaben der Nation.

Der Duma ist soeben der Bericht des Reichskontrolleurs für 1908 vorgelegt worden. Der „Golos Moskwy" stellt daraus die Budgetüberschreitungen der einzelnen Ressorts zusammen. Das Finanzministerium hat 3 Millionen zuviel verbraucht, das Ministerium des Innern 2 Millionen, mehr als 1 Million das Ministerium des Hofes. In anderen Ressorts finden sich dagegen recht bedeutende Ersparnisse, so 6½ Millionen im Marineministerium. Die Schuldentilgung forderte 12 Millionen mehr als veranschlagt war. Für geheime Ausgaben verbrauchte das Ministerium des Innern 3 641 000 Rubel und 2 146 000 Rubel für Ausgaben, von „denen Se. Majestät weiß"; unter der letzteren Rubrik finden sich auch 5½ Millionen Rubel des Finanzministeriums, während die geheimen Ausgaben des Generalstabes 660 000 Rubel und die des Hauptstabes 120 000 Rubel betragen. Der „Golos Moskwy" führt noch eine Reihe von Kuriositäten an, die wir übergehen. Im ganzen macht der Bericht des Reichskontrolleurs im Vergleich zu früheren Jahren einen günstigen Eindruck. Die geheimen Ausgaben und die,

„von denen Se. Majestät weiß" mögen bei den noch in Rußland fortbestehenden Zuständen unerläßlich sein. — Daß Kaiser Nikolaus in den nächsten Tagen nach Italien reisen wird, steht fest. Ebenso daß Herr v. Iswolski ihn begleitet. Daß Zeit und Weg der Reise geheimgehalten werden, ist eine traurige Notwendigkeit, und daraus erklären sich die widerspruchsvollen Angaben, die durch die Zeitungen gehen. Der „Temps" nimmt Anlaß, den italienischen Sozialisten wegen ihrer „unanständigen Kampagne gegen Nikolaus II." recht deutlich den Text zu lesen. Er führt uns damit auf die Gedanken zurück, von denen wir ausgingen:

„Es herrscht in Europa — so schreibt Herr Tardieu, mit dem wir uns freuen, einmal gleicher Ansicht zu sein — eine sonderbare Schwäche den Parteien des Umsturzes gegenüber, und es ist mehr als ärgerlich zu sehen, wie leicht es ihnen fällt, diejenigen zu düpieren, die sie bekämpfen sollten. Die italienischen Sozialisten werfen Nikolaus II. Vergeltungsmaßregeln vor, bei denen Blut geflossen ist. Dagegen absolvieren sie alle Missetaten der russischen Anarchisten. Wenn ihre Freunde morden, sind sie Helden, wenn man sie hängt oder erschießt, sind sie Märtyrer. Der Beamte, den man tötet, verdient kein Mitleid. Der Anarchist, den man hinrichtet, muß gerächt werden. Mit einem Wort, der Staat hat kein Recht, sich zu verteidigen. Die Sozialisten proklamieren ihr Kriegsrecht, aber sie bestreiten, daß man die Gesetze des Krieges ihnen gegenüber anwenden darf. . . . ."

Man könnte es nicht besser sagen, und wir hoffen, daß es nicht in den Wind gesagt ist.

21. Oktober 1909. Demission des Kabinetts Nowakowitsch in Serbien.
21. Oktober. Demission des Kabinetts Maura, Konstituierung des liberalen Kabinetts Moret in Spanien.
22. Oktober. Demission des Kabinetts Holstein in Dänemark.
23. Oktober. Eintreffen Kaiser Nikolaus II. in Racconigi.
24. Oktober. Eröffnung des Freihafens von Antivari in Montenegro.
24. Oktober. Politische Trinksprüche in Racconigi.
25. Oktober. Konstituierung des radikalen Kabinetts Pasitsch in Serbien.
26. Oktober. Ermordung des Fürsten Ito in Charbin.
27. Oktober. Schewket Paschas Kundgebung gegen das Politisieren der Offiziere.

---

27. Oktober 1909.

Kaiser Nikolaus II. hat seinen lange geplanten Besuch bei König Viktor Emanuel glücklich ausgeführt. Die feindseligen Kundgebungen der italienischen Sozialisten und Anarchisten, die dahin geführt hatten, daß der bereits gefaßte Entschluß sieben Jahre lang ruhte, sind zwar auch diesmal nicht ausgeblieben, aber dank ganz außergewöhnlicher Vorsichtsmaßregeln, welche von der italienischen Regierung getroffen worden sind, hat man sich jetzt darüber hinweggesetzt. Der Kaiser ist unversehrt in Racconigi eingetroffen, und es kann als sicher gelten, daß dank gleicher Vorsichtsmaßregeln auch die Rückfahrt sich glücklich vollziehen wird. Daß der Weg nicht durch österreichisches Gebiet führte, ist wohl auf Herrn v. Iswolskis persönliche Empfindungen dem Grafen Aehrenthal gegenüber zurückzuführen, da es nicht zweifelhaft ist, daß die Beziehungen zwischen dem Zaren und Kaiser Franz Josef die besten sind. Wir legen daher diesen Verstimmungen keinerlei Bedeutung bei, glauben auch nicht, daß sich die vorjährige Krisis in absehbarer Zeit wiederholen kann. Wenn wir von den Kampagnen von 1809 und 1812 absehen, da erst Rußland, dann Österreich Werkzeuge Napoleons waren und nur einen Scheinkrieg führten, haben beide Nachbarstaaten niemals die Waffen gegeneinander gebraucht, und alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es dabei bleiben wird. Vielleicht ist als Folge der Agitation eines Teils der russischen wie der italienischen

Presse zu erwarten, daß die Zusammenkunft zu Racconigi die zum Scheitern verurteilten Bestrebungen der Irridentisten wieder mehr in den Vordergrund treten läßt, aber auch das kann an der Gesamtlage nichts ändern. Wir wissen von italienischer wie von russischer Seite, daß keinerlei gegen die Stipulationen des Dreibundes gerichtete Unternehmungen in Racconigi Boden finden können und enthalten uns deshalb jeder Besprechung der nicht beglaubigten Nachrichten über das politische Resultat der Zusammenkunft, die durch die Presse gehen.

Ein authentisches und offizielles Material zur Beurteilung der politischen Bedeutung, die der Zusammenkunft beider Herrscher zukommt, bieten uns die Tischreden vom 25. Oktober. Sie sind parallel aufgebaut, und wie bei solchen Gelegenheiten stets zu geschehen pflegt, vorher durchberaten und vereinbart worden. Freundschaft der Monarchen, Übereinstimmung der Ziele (der russische Text sagt Gemeinsamkeit der Ansichten und Interessen), die durch die russische Hilfe bei der letzten Erdbebenkatastrophe erweckte Sympathie beider Nationen, Zusammenwirken zur Erhaltung des Friedens, der Schlußtoast auf das Wohl der Herrscherfamilien und der gegenseitigen Länder, das war der Inhalt. Aber der russische Text ist pointierter und sagt mehr. Der Satz von dem beharrlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeiten der Regierungen, der Iswolskischen Fassung, klingt wie die Andeutung eines von ihm gewonnenen besonderen Erfolges, von dem er noch nicht reden wolle. In Wirklichkeit findet dieses Zusammenarbeiten in orientalischen Angelegenheiten, namentlich in Sachen der Donau-Adriabahn, schon lange statt. Wo die Grenzen dieses Zusammenwirkens liegen, zeigen die bestehenden Vertrags-, Freundschafts- und Machtverhältnisse, mit denen alle Teile zu rechnen haben. An russische Absichten, die in ein Aufrollen der orientalischen Frage ausmünden könnten, aber glauben wir nicht. Es handelt sich mehr um eine Gebärde als um eine Tat.

Was aus der russischen Presse zu uns herüberklingt, zeigt zudem, daß die inneren Angelegenheiten die volle Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehmen müssen. Die Entwicklung des politischen Parteilebens geht dahin, daß ein Zusammenschluß der gemäßigten Rechten und der gemäßigten Linken als Zentrum in der nächsten Session der Duma, die am 23. Oktober eröffnet wurde, leider nicht mehr wahr-

scheinlich ist. Die Entwicklung der Oktobristen geht nach links, die der gemäßigten Rechten nach rechts, d. h. in die Wege, welche immer entschiedener von der Regierung eingehalten werden. Die nebeneinander in Moskau tagenden Kongresse der Monarchisten und der Oktobristen haben diesen Gegensätzen einen nicht mißverständlichen Ausdruck gegeben. Einig sind beide Parteien darin, daß mit allen Kräften darauf hinzuarbeiten ist, den schreienden ökonomischen Nöten Rußlands abzuhelfen. Die einen aber stellen sich das Ziel, die monarchische Seite der Verfassung vom 30. Oktober 1905 zu kräftigen, die andern den Schwerpunkt auf den weiteren Ausbau der Volksrechte zu legen. Die Monarchisten, oder sagen wir lieber die Rechte, drückt nebenher auf unnachsichtige Durchführung des nationalistischen und konfessionellen Programms der Regierung, das sie eher erweitern als mindern möchte; die Oktobristen, die ja auch Monarchisten sind, haben sich — im Gegensatz zu ihrer ursprünglichen Haltung — dem nationalistischen Programm akkomodiert, während sie in konfessioneller Beziehung noch an der vollen Gewissensfreiheit festhalten. Was links von den Oktobristen steht, ist teils krypto-republikanisch, teils entschieden republikanisch gesinnt, während in den Kreisen der Rechten auch Elemente zu finden sind, die am liebsten die Duma beseitigt sehen möchten (wobei wir ausdrücklich bemerken wollen, daß Herr Purischkowitsch n i ch t zu ihnen gehört). Die nationalistischen Forderungen der Rechten, wie sie in den Moskauer Beschlüssen zutage getreten sind, verlangen: Trennung des Gouvernements Wyborg vom Großfürstentum Finnland, Heranziehung Finnlands zu materieller Teilnahme an der Nationalverteidigung, Vereinigung der finnländischen Eisenbahnen mit den russischen, Entfernung der Juden aus der Armee und Ersetzung ihrer Wehrpflicht durch eine Wehrabgabe, Öffnung des Kaukasus, Zentralasiens und des baltischen Gebiets für russische Ansiedler, Abtrennung des Gouvernements Cholm vom Weichselgebiet.

Das sind zum Teil Wünsche, an deren Erfüllung die Regierung bereits herangetreten ist und an die wir weitere Bemerkungen nicht knüpfen wollen, da es sich um rein russische Angelegenheiten handelt, Sie sind die Konsequenz des Manifestes vom 15. Februar 1899 für Finnland, das zwar 1905 außer Kraft gesetzt wurde, zu dessen Wiederaufleben aber die unglücklichen Ausschreitungen der Revolutionsjahre den Anlaß gaben. Seither meinte man auch in den Kreisen der Regie-

rung, an separatistische Tendenzen Finnlands glauben zu müssen, und arbeitete ihnen entgegen. Die Abtrennung Wyborgs von Finnland, dem es übrigens erst 1809 von Alexander angegliedert wurde, wird durch die Notwendigkeit erklärt, für eine stärkere Verteidigung Petersburgs zu sorgen. Im Augenblick sind gegen 40 000 Mann russischer Truppen im Begriff, in Finnland einzurücken.

Was nun den Oktobristenkongreß betrifft, so muß anerkannt werden, daß er an sich gehalten und sich im wesentlichen auf Fragen der zu reformierenden inneren Verwaltung beschränkt hat, aber gelegentlich kam doch die Unzufriedenheit mit der vorwaltenden Richtung des Regierungssystems zu sehr lebhaftem Ausdruck. Am charakteristischsten dafür ist uns eine Rede erschienen, die der Abgeordnete Ruchlow am Schluß des Kongresses hielt. Der Korrespondent, den die deutsche „Petersburger Zeitung" nach Moskau geschickt hatte, referiert darüber folgendermaßen: Ruchlow erinnerte daran, daß während des ersten Oktobristenkongresses deutlich die einander widerstreitenden linken und rechten Oktobristen zu unterscheiden waren. Jetzt sei dieser Gegensatz nicht mehr zu spüren. Die Oktobristen haben sich geeinigt und sind geschlossen *mehr nach links gegangen*. Damals standen viele unter dem erdrückenden Eindruck der Revolution, der gegenüber der Oktoberverband der Regierung zu Hilfe gekommen war. Jetzt aber sei es die Regierung, die die Durchführung der am 17./30. Oktober 1905 verkündeten Kaiserworte verhindere. Der Kaiser hat befohlen, in möglichst kurzer Zeit die Reformen auszuarbeiten; aber dunkle Mächte hindern und lähmen die Arbeit. Man weiß bei uns nicht, wo die Grenze zwischen der Regierung und jenen dunklen Mächten liegt. Unsere Fraktion muß das Manifest vom 17. Oktober Schritt für Schritt erobern. Daß dies notwendig ist, bedeutet, daß eine fortgesetzte Erschütterung des monarchischen Prinzips stattfindet. Der Abgeordnete Schubinsky hat in seiner Rede den Ausdruck gebraucht: Wenn sich uns bei unsrer Dumaarbeit eine steinerne Wand entgegenstellt, so werden wir gehen! Wir aber wollen unsern Vertretern sagen: Kümmert euch um keine parlamentarischen Regeln, sondern überspringt die Wand und wendet euch direkt an den Kaiser und sagt ihm: Herr und Kaiser, dunkele Mächte haben wiederum die Wand zwischen dir und dem Volke, die du beseitigt hattest, aufgerichtet! Die Volksvertreter können die von dir gewährten Freiheiten nicht verwirklichen. Wir sind ohne dich

machtlos. Hilf uns! Der Redner hatte bei lautloser Stille des Saales machtvoll und ergreifend gesprochen. Nachdem er gesprochen, erhoben sich die meisten und es brach ein Beifallssturm aus, wie ihn bis dahin der Parteitag nicht erlebt hatte. Schließlich verschaffte Gutschkow (der Vorsitzende) sich Ruhe und brachte den Kaisertoast aus. Dem dreifachen Hurra auf den Kaiser folgte der Schluß des Kongresses und eine begeisterte Ovation für Gutschkow.

Ohne Zweifel bedeutet trotz der loyalen Haltung, die der Kongreß dem Zaren gegenüber behauptet hat, dieser Schluß Sturm für die Dumasession. Es wird nicht möglich sein, den Zaren und seine Regierung als divergierende Kräfte darzustellen, von denen die eine gewährt und die andere versagt, die eine verspricht und die andere die Erfüllung der Zusagen verhindert. Wird dieser Unterschied aufrechterhalten, so gibt es einen Kampf, in dem der stärkere Teil den Sieg davontragen wird.

Mit großer Energie arbeitet die Regierung der Verbreitung des Polnischen außerhalb der Grenzen des sogen. Zartums Polen entgegen. Der Ministerpräsident Stolypin hat in einer Rede, die er am 19. Oktober in Moskau hielt, sehr nachdrücklich betont, daß er dem russischen Staatsgedanken in den Westprovinzen zur Herrschaft verhelfen wolle und dabei namentlich an den Gouvernements Wilna, Kowno, Grodno, Witebsk exemplifiziert, in denen das heute dem politischen Element, auch da, wo es numerisch in der Minorität ist, zugefallene Übergewicht gebrochen werden soll. Tatsächlich reichen die gegen das Polentum ergriffenen Maßregeln aber weiter, wie die Schließung des polnischen Schulvereins Oswjäta in Kiew und seiner sämtlichen Zweigvereine beweist. Die Motivierung, die der Senatsukas diesem Beschlusse beifügt, besagt, „daß Ziele und Zwecke des Vereins nicht der in den Westgouvernements durchgeführten Regierungspolitik entsprechen". Dieselbe Maßregel ist auf das Gouvernement Minsk ausgedehnt worden, wo die Oswjäta ebenfalls Verzweigungen hatte. Die Reise des Finanzministers Kokowzew, die, wie es hieß, durch die Aufdeckung ungeheurer Unterschleife im Wladiwostokschen hervorgerufen sein sollte, mündet in eine Zusammenkunft mit Marquis Ito in Charbin aus, an der auch Beamte des chinesischen Auswärtigen Amts teilnehmen. Es läßt sich daher hoffen, daß die in letzter Zeit gespannten Beziehungen Japans zu den beiden anderen Mächten in

einen alle Teile befriedigenden Ausgleich ausmünden werden. In Persien haben die Russen ihre Truppen aus Täbris zurückgezogen. Ob das eine Maßregel ist, die von Dauer sein wird, läßt sich schwer absehen. Einmal gibt es in Persien eine Partei, die den alten Schah wieder in Teheran sehen möchte, dann aber empfindet man die Ratschläge, die von der englischen und der russischen Gesandtschaft ausgehen, als einen lästigen Zwang. Man möchte sich emanzipieren, und da der Eindruck, daß man aus eigener Kenntnis eine Reform des Staates nicht durchführen kann, sehr lebendig ist, die natürlichen Reichtümer Persiens nur durch eine geordnete Verwaltung gehoben und so die heillos darniederliegenden Finanzen des Reiches gerettet werden können, ist man zum Entschluß gekommen, sich tüchtige Beamte aus den kleinen politisch neutralen Staaten Europas, der Schweiz, Holland, Belgien, zu holen. Das offizielle Organ der provisorischen Regierung, die Zeitung „Nedjat", hat kürzlich darüber eine ausführliche Nachricht gebracht, und der Agent, der die Werbungen vornehmen soll, ist bereits unterwegs. Aber auch hier spielt die leidige Geldfrage mit. Da Rußland eine Anleihe abgelehnt hat und England sogar die 10 000 Pfund, die es der persischen Regierung kurz vor der Absetzung des früheren Schah versprochen hat, der neuen Regierung nicht mehr gewähren will, läßt sich nicht absehen, wohin diese Zustände führen werden. Man könnte zum Schluß kommen, daß eine Art Aushungerung beabsichtigt wird, die Persien willenlos den beiden Teilungsmächten zuführt.

Der Sturz des Kabinetts Maura in Spanien ist insofern eine unerfreuliche Erscheinung, als es einer Koalition der Liberalen mit den Revolutionären zum Opfer gefallen ist, er kann aber insofern günstig wirken, als die Liberalen entschiedene Gegner einer Politik der Abenteuer in Marokko sind. Sie wollen sich mit der Behauptung der bereits okkupierten Gebiete begnügen. Da gleichzeitig die Schwierigkeiten, die zwischen Frankreich und Mulay Hafid in der sogenannten Liquidationsanleihe auftauchten, dank der energischen Unterstützung, die Deutschland den französischen Ansprüchen zuteil werden läßt, aller Wahrscheinlichkeit nach bald behoben sein werden, darf man hoffen, daß Marokko ruhigen Zeiten und geordneten Verhältnissen entgegengeht.

Zur Frage der deutsch-englischen Beziehungen liegen uns zwei interessante Aufsätze aus englischer Feder vor. Im Oktoberheft der „Edinburgh Review" findet sich ein leider nicht ge-

zeichneter Artikel: „Anglo-German Relations“ und in der vielgelesenen New Yorker Monatsschrift „Mc Clure's Magazine“, Oktober, ein Aufsatz von H. R. Chamberlain „The Ominous Hush in Europe“, was sich etwa übersetzen läßt: „Die Stille vor dem Sturm in Europa“.

Ich schicke voraus, daß ich von der bona fides des ersten dieser Artikel durchaus überzeugt bin. Er will Licht und Schatten auf beiden Seiten, der englischen und der deutschen, gleich verteilen und ist der Überzeugung, daß hüben und drüben eine höchst unberechtigte Panik vor einer eingebildeten Gefahr bestehe. Weder denke Deutschland daran, England angreifen zu wollen, noch umgekehrt England, die deutsche Flotte zu vernichten. Zum Teil liege dieser Irrtum daran, daß man sich gegenseitig zu wenig kenne, aber die Bekanntschaft allein ändere nicht die Stimmung. Er will daher ohne alle Voreingenommenheit Quellen und Natur der gegenwärtigen Spannung untersuchen und meint, wenn ein Mißverständnis festgestellt sei, werde sich auch eine ehrenvolle Lösung finden.

Die ursprüngliche Sympathie, die bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts in Deutschland den Engländern entgegengebracht wurde, sei durchbrochen worden durch den Einfluß Bismarcks, der es nicht habe vergessen können, daß England ihm 1863, 1870, 1875 und 1884 entgegengetreten sei. Verbreitet wurde die von Bismarck inaugurierte Kampagne durch die Professoren, vor allem und zunächst durch Heinrich v. Treitschke. Der Artikel exemplifiziert dabei an der posthumen Ausgabe von Treitschkes „Politik“ und kommt zu dem Schluß, daß, wenn auch keineswegs alles in Deutschland sich durch die gelegentlichen Ausfälle von Bismarck und Treitschkes Leidenschaft habe bestimmen lassen, beides doch einen verderblichen Einfluß ausgeübt und die unklaren Bestrebungen ermutigt habe, die in den Kreisen von some historical students dahin gingen, die angebliche Allmacht des heiligen römischen Reiches wieder aufleben zu lassen, und ebenso der natürlichen Neigung zur Klopffechterei gewisser renommistischer Soldaten und Politiker entgegenkam (encouraging . . . the swashbuckling propensities of a section of swaggering soldiers and politicians). Es folgt der Hinweis auf Äußerungen Kaiser Wilhelms, denen man in England einen anderen Sinn beigelegt habe als in Deutschland. Das habe in seiner Summe eine Atmosphäre geschaffen, die für spätere Mißhelligkeiten überaus empfänglich war. Auch England sei politisch bis Ende des

vorigen Jahrhunderts im ganzen Deutschland wohlgesinnt gewesen, die kolonialen Gegensätze von 1884 hätten keinen tiefen Eindruck hinterlassen, und selbst nach dem Krügertelegramm seien sowohl Chamberlain als Herr Maxse von der „National Review" für eine Verständigung mit Deutschland gewesen. Aber das Telegramm sei allerdings gekommen wie ein Donnerschlag und habe die schlimme Folge gehabt, daß man fortan die Streitpunkte mit Deutschland ungünstigen Auges anzusehen begann. Alte und neue Beschwerden wurden laut. Am schwersten sei wohl die Handelskonkurrenz empfunden worden, wobei dem englischen Freihandel seit 1879 in Deutschland ein aggressives Protektionssystem gegenüberstand, auch sei man sich bewußt geworden, daß Deutschland kolonialen Ehrgeiz hege, das alles flammte nach dem Burenkriege höher auf, weil man die von Deutschland — der Verfasser zitiert Mommsen und Delbrück — ausgehenden Angriffe auf die englische Politik und Kriegführung schwerer empfand als die anderer Nationen. Aber das wäre vergessen worden, wenn nicht die neue Geistesrichtung in Deutschland befremdet und abgestoßen hätte. Man habe früher die Deutschen geliebt wegen ihrer „Gemütlichkeit", ihrer „unschuldigen Schwärmerei", habe sich an Grimms Märchen, an Fröbel, Niebuhr, Humboldt, Goethe und Schiller ergötzt. Das alles sei anders geworden. Der Engländer reise weniger in Deutschland und lese weniger Deutsch, der Deutsche trete anspruchsvoller auf, das reizende Bild von „deutscher Treue" sei nicht mehr zu finden, Nietzsches Übermensch sei an Stelle von Kants Pflichtbegriff getreten, Nordau an Stelle von Lessing, Hauptmann und Sudermann zeigten nicht hohe Ideale, sondern ruheloses und unbefriedigtes Mißvergnügen, selbst die Musik habe die Vollendung früherer Zeit verloren. Dazu komme das Treiben der Zeitungen in beiden Lagern, die nur von den bösen Seiten der andern Nation berichten und dadurch die feindselige Stimmung steigern.

Wirklich materielle Ursachen dafür seien schwerer beizubringen. England habe mit Frankreich und Rußland Abkommen schließen können, weil greifbare Gegensätze vorlagen. Der Antagonismus liege darin, daß Deutschland an dem Bismarckschen Ideal einer „Hegemonie in Europa" festhalte, während die englische Politik seit Jahrhunderten und für alle Zukunft mit ihrer gesamten Kraft jede Macht bekämpfen werde, welche das Gleichgewicht Europas störe und die Welt durch ihre Übermacht beherrschen wolle.

Deshalb erblicke England im deutschen Flottenbau jenes Bismarcksche Streben nach Hegemonie über die Welt, während Deutschland fürchte, daß England es angreifen werde, bevor es fertig sei. England habe seinerzeit gleiche Vorbereitungen gegen die französische Flotte gemacht wie heute gegen die deutsche, und doch habe man sich von Frankreich nie gleich bedroht gefühlt. Die Art und Weise, wie Deutschland den Flottenbau auf jede Weise fördere, seine Methoden seien provozierend, was freilich, aber mit minderem Recht von Deutschland den Engländern vorgeworfen werde, da England seine Bedürfnisse an Schiffen stets nach dem Wachstum anderer Flotten bemessen habe.

Es schließt sich hieran eine Betrachtung über unsere kolonialen Bestrebungen, wobei darauf hingewiesen wird, daß wir zu spät gekommen seien, und daß England uns allerdings in der Walfischbai, St. Lucia und Sansibar den Weg versperrt, auch alle Kohlenstationen vorweggenommen habe, das habe erbittert, und ebenso habe man das System der englischen Abkommen als gegen Deutschland gerichtet betrachtet; in dieser Frage sei es unerläßlich, daß England seine friedlichen Absichten sonnenklar beweise, um Irrtümer zu zerstreuen, wie sie in der „Kreuz-Zeitung" Ende 1908 so formuliert wurden: „Die systematische Feindseligkeit der englischen Staatsmänner gegen Deutschland ist ein positiver Faktor der internationalen Politik geworden."

Wir können den langen Aufsatz nicht weiter wiedergeben. Die Tendenz des Artikels wird den Lesern bereits zur Genüge bekannt sein. Es kommt uns auf die Resultate an. Den Gedanken einer Verständigung, die in eine Defensivallianz zwischen England und Deutschland ausmündet, lehnt der Verfasser mit großer Bestimmtheit ab. Den englischen Zwei-Mächte-Standard hält er für notwendig und ausführbar. Er gibt zu, daß Deutschland berechtigt sei, sich die Flotte, die ihm zum Schutze seiner Interessen notwendig scheint, zu bauen. Er wünscht, daß der Bau langsamer vor sich gehe, aber er rät ab, einen Druck nach dieser Richtung zu üben. Vielleicht mäßige Deutschland aus eigenem Antriebe das Tempo. Der Schlußsatz klingt aber wie eine Warnung: „Deutschland kennt unsere Stellung, das weitere müssen wir ihm überlassen."

Der Artikel von Chamberlain im „Mc Clure Magazine" ist so recht dazu angetan, den wohlmeinenden, aber doch trotz seines Bestrebens nach Unparteilichkeit recht einseitigen Sprecher in der „Edin-

burgh Review" zu überzeugen, daß seinen Ausführungen gerade in England noch der Boden fehlt. Der Titel „The ominous hush" ist einer der letzten Reden von Rosebery entnommen, in welcher er darauf hinwies, daß die Welt noch niemals so riesige Kriegsrüstungen gesehen habe, obgleich es so still in Europa sei, daß man ein Blatt könnte fallen hören, und keine der Fragen vorliege, die für gewöhnlich einen Krieg herbeiführen. Trotzdem spricht er ernste Befürchtungen aus, und dasselbe klingt aus den gleichfalls angezogenen Reden von Balfour und Grey hervor. An diese Zitate knüpft sich eine Reihe von Ausführungen, die in geschickter Steigerung bestimmt sind, zu zeigen, daß eine ungeheure Gefahr der Welt von Deutschland drohe. Es genügt, die Überschriften der einzelnen Abschnitte herzusetzen, sie sprechen für sich:

Des Kaisers Friedensliebe — und die Tätigkeit in Krupps Werkstätten.

Deutschlands Leidenschaft für nationale Ausdehnung.

England ist nicht mehr splendidly isolated.

Deutschlands Erbitterung über König Eduards Politik.

Der britische Appetit nach Landerwerb ist tot.

Die englischen Dreadnoughts sind eine Schädigung der Überlegenheit Englands zur See.

Der Erfolg wird allmählich kommen.

Krieg könnte billiger werden als Frieden.

Furcht vor Deutschland ist kein Hirngespinst.

8 Dreadnoughts kosten 80 Millionen Dollar.

Der Untergang Englands ist eine praktische Frage geworden.

Welches ist die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten?

Diesen Abschnitt, auf den es uns ankammt, geben wir in wörtlicher Übersetzung wieder:

„Ich glaube, daß diejenigen einen beengten und übelgewählten Standpunkt einnehmen, die da glauben, daß die Zerstörung des Gleichgewichts in Europa und in der Welt eine Sache wäre, die Amerika wenig angeht. Die Lähmung Englands würde Deutschland zum unbestrittenen Herrn in Europa und darüber hinaus machen. Ist einmal die Hegemonie in der alten Welt gewonnen, so kann sie ins Unendliche behauptet werden. Die veränderten Verhältnisse der Neuzeit machen es durchaus ausführbar. Es ist nicht mehr möglich, in wenig Monaten ein Volk zum Kriege auszurüsten. Bau und Ausrüstung eines Kriegs-

schiffs verlangen ein Minimum von 2½ Jahren. Die Kriegstechnik zu Wasser und zu Lande ist eine hochentwickelte Wissenschaft geworden, so daß die Methoden der vorausgegangenen Generation wie ein Kinderspiel erscheinen. Nehmen wir einen Augenblick an, daß eine Nation die volle Kampfesüberlegenheit über die heutige Welt errungen hat, und daß sie entschlossen ist, ihre Stellung zu behaupten. Ihre Politik würde dann sein, nicht untätig abzuwarten, bis ihr ein Nachbar zum Rivalen heranwächst, sondern ihm zu untersagen, den Wettkampf zu beginnen. Sie könnte in der Sprache der Diplomatie sagen: „Wir würden jede weitere Steigerung eurer Kriegsmacht als einen unfreundlichen Akt betrachten." Man wird entgegnen, ein solches völkerrechtliches Vorgehen sei im 20. Jahrhundert nicht denkbar. Gewiß, solange es ein Gleichgewicht gibt. Aber wäre es eine größere Gewalttat, als die Deutschlands vorigen März Rußland gegenüber, da es erst eine überwältigende Macht an der polnischen Grenze aufstellte(!!) und dann den Zaren höflichst aufforderte, sofort die Annektierung der Balkanprovinzen durch Österreich anzuerkennen. (!)

Die deutsch-englische Krisis ist nur eine Phase der Frage, an der jedes Volk, Amerika mit eingeschlossen, interessiert ist. Die Verarmung der Welt durch Krieg — und durch einen Krieg, der nicht ausgefochten wird — ist das nächstdrohende Übel. Es kostet, wie ich sagte, 10 Millionen Dollar, ein Schiff vom neuesten Typus herzustellen. Jede Breitseite, die ein solches Schiff abfeuert, zur Übung oder gegen den Feind, kostet 10 000 Dollar, und seine Kanonen können sechs Schuß abgeben. . . . Bisher hat die Staatskunst sich unfähig gezeigt, diesen unheilvollen Prozeß aufzuhalten oder zu verhindern. Friedenskonferenzen sind wirkungslos, und das wird so bleiben, wenn einer Macht gestattet wird, ihr Veto gegen den Willen der anderen zu setzen. In der Tat ist eine Macht imstande, das Marinebudget aller übrigen um Millionen zu erhöhen, und niemand wagt zu fragen, ob sie auch berechtigt ist, so willkürlich Lasten aufzulegen. Solch ein Prinzip besteht doch nicht im häuslichen Leben irgendeiner Nation. Weshalb soll man dulden, daß es die Familie der Völker beherrscht? Patriotismus wird eine schlechte Tugend, wenn er verbietet, daß im allgemeinen Interesse der räuberische Ehrgeiz einer Nation gezügelt wird. Der Satz, daß die nationale Souveränität und Unabhängigkeit zu geheiligt ist, als daß fremdes Eingreifen in die inneren Angelegenheiten einer Nation

gestattet wäre, selbst wenn es sich um sogenannte Verteidigungsmaßregeln handelt, ist eine Weisheit von solcher Vollkommenheit, daß die Welt darüber in das schlimmste Unheil geraten könnte.

Die schwärmerische und unschädliche Friedensagitation mit ihren Verbänden und Konventionen in verschiedenen Ländern kann als praktischer Faktor in der jetzigen Krisis kaum in Betracht kommen. Strengere Maßregeln sind zu ergreifen, um dem unblutigen Krieg, der jetzt wütet, ein Ende zu setzen. Frieden, wirklichen Frieden durch das Schwert oder durch Drohung zu erzwingen, mag ein Paradoxon sein. Aber ich sehe nicht, daß es in Widerspruch steht mit dem aufrichtigen Entschluß, den internationalen Frieden zu sichern. Auch könnten, abgesehen von der Kriegsdrohung, andere Maßregeln ergriffen werden, wenn eine Nation sich weigert, ihre Rüstungen auf ein vernünftiges Maß zu beschränken. Schon Handelsbeschränkungen könnten eine entscheidende Waffe werden.

Amerika muß die Initiative ergreifen.

Der Augenblick mag noch nicht gekommen sein, aber er ist nahe, da ein drastisches Mittel gegen das gigantische Übel ergriffen werden muß, das die Zivilisation selbst zu unterminieren droht. Die Initiative gehört unzweifelhaft Amerika. Nur die Motive Amerikas werden unter allen Großmächten über jedem Verdacht stehen. Amerikas Anteil an der allgemeinen Last, die so rasch anwächst, ist noch nicht drückend geworden. Uneigennütziger common-sense wäre ausreichender Anlaß und Rechtfertigung. Staatsverhandlungen und Friedenskonferenzen tun es nicht mehr. Die Diplomatie erreicht nur wenig in Verhandlungen vor der Öffentlichkeit. Der fruchtbare Weg in der diplomatischen Welt ist der „Austausch von Ansichten". Vielleicht hat er bereits vom Weißen Hause und vom Staatsdepartement ausgehend begonnen."

Damit schließt Mr. Chamberlain. Wenn sein Rat befolgt würde, müßte er sich offenbar gegen die Macht wenden, die durch Einführung des Dreadnought-Typus die Flotten der gesamten Welt genötigt hat, ihrem Beispiel zu folgen. Die gewünschte Sommation müßte sich also gegen England richten, das zudem die einzige Macht der Welt ist, die eine unbeschränkte Vorherrschaft zur See beansprucht und jetzt auch auf amerikanischen Boden durch seine kanadischen Rüstungen, deren erste Rate 20 Millionen Dollar beträgt, jenen unblutigen Krieg hinübergetragen hat.

Wir empfehlen dem Verfasser des Artikels der „Edinburgh Review" Herrn Chamberlains Betrachtungen. Wir empfehlen ihm auch die Lektüre des „Globe" vom 21. Oktober, der wieder recht heimtückische Ausfälle gegen Deutschland enthält. Wenn er aber in wohlbegründeter Darstellung lesen will, was Europa und mit ihm ein weiteres Dritteil des Weltalls England vorzuwerfen hat, so findet er die Auskunft in der gründlichen Studie von Alexander v. Peez „England und der Kontinent", zweite umgearbeitete Auflage. Wien und Leipzig, Verlag von C. Fromme, 1909.

28. Oktober 1909. Aufruf des französischen Klerus zur Gründung einer katholischen Partei.
29. Oktober. Meuterei Typaldos' in Salamis.
30. Oktober. Beschluß des österreichischen Ministerrats über die deutsche Landessprache in den deutschen Kronländern.
30. Oktober. Demission der tschechischen Minister.
2. November. Dritte Lesung des Finanzgesetzes im englischen Unterhause.
3. November. Beginn des Steinheil-Prozesses.

---

3. November 1909.

Auf die siegreiche Meuterei der griechischen Offiziere am 28. August, vor der die Regierung in unrühmlicher Weise kapitulierte, ist nun die Meuterei des Typaldos gegen die Regierung, oder was heute dasselbe ist, gegen die Männer vom 28. August gefolgt, unter deren herrischem Willen Herr Mauromichalis und das Parlament von Athen stehen. Beide Meutereien erscheinen uns gleichwertig, und wir vermögen einen sittlichen Unterschied zwischen den Herren Zorbas und Symbrakakis auf der einen und Herrn Typaldos auf der anderen Seite nicht zu konstruieren. Die einen sind dank der kläglichen Schwäche der legalen Regierung durch den Erfolg gerechtfertigt worden, der andere ist unterlegen, und man begreift nicht, mit welchem Recht die Meuterer von vorgestern über die von gestern zu Gericht sitzen sollen. Jetzt liegen englische Kriegsschiffe und ein russisches im Piräus, um weitere Unordnungen zu verhüten, vielleicht auch, um mehr zu tun. Eines können sie aber unter keinen Umständen erreichen, das Geschehene ungeschehen machen. Auch sehen wir nicht, wie der Philhellenismus der vier Schutzmächte Kretas, die ja im Grunde die Schutzmächte Griechenlands waren, sich diesem anarchischen Treiben gegenüber wird behaupten können. Es ist die Frucht einer langjährigen Mißregierung, eines kranken Parlamentarismus, der individuellen Interessen, nicht dem Lande diente, dessen Anfänge in die Tage zurückreichen, da der edelste und uneigennützigste der griechischen Patrioten Capodistria ermordet wurde, und seither zu keiner Zeit dem Lande zum Segen gereicht hat. Griechenlands

Unglück war, daß es nicht durch die Schule eines aufgeklärten Despotismus durchgegangen ist, wie er die übrigen Staaten Europas, deren Zukunft auf sicheren Fundamenten ruht, erzogen hat. Es fehlt der begabten Nation an Zucht. Ein geräuschvoller Patriotismus allein tut es nicht, und die „Times" hat gewiß recht, wenn sie sich darüber lustig macht, daß die Männer vom 28. August sich das Ziel setzen, eine Armee von 200 000 Mann aufzustellen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß das heutige Griechenland eine solche Armee unterhalten könnte, und höchst unsicher, ob die Armee auch ihren Führern, und ob die Führer ihrem König gehorchen würden. Die Demütigung, die König Georg und sein ganzes Haus haben hinnehmen müssen, bedeutet ein Unglück für Griechenland, und wir fürchten, daß mit dem, was die letzten Monate gebracht haben, der Entwicklung des Landes zu jener würdevollen Freiheit, die ihr Fundament in der Treue und im Gehorsam vor den Landesgesetzen findet, schlecht gedient ist.

„Griechenland", schreibt das „Journal des Débats", „hat alle denkbaren Fehler begangen. Seine schlechten politischen Sitten haben es ohnmächtig gemacht. Durch skandalöse Undankbarkeit gegen König Georg verspielt es die Sympathien Europas. . . . Die griechischen Offiziere können in keiner Hinsicht den türkischen Patrioten gleichgestellt werden, die es unternommen haben, das osmanische Reich zu erneuern, und König Georg darf nicht mit Abdul Hamid verglichen werden. Es gibt keinen Tyrannen zu stürzen. Daß zur Gewalt gegriffen wurde, war ganz unentschuldbar. Die jetzige Kammer hat vor der Militärliga fast abgedankt, und man könnte ihr ihre übermäßigen Gefälligkeiten zum Vorwurf machen. Die in ihrem Ursprung sehr legitime Reformbewegung müßte kanalisiert, verlangsamt, nicht beschleunigt werden. . ."

Das Blatt schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß durch das Zusammenwirken von Zorbas und Mauromichalis verhindert werde, daß das gesamte griechische Volk sich dem „vent de folie" hingebe, der durch das Land zieht. Wir hoffen das gleichfalls, vornehmlich aber, weil die Anwesenheit fremder Kriegsschiffe eine stark ernüchternde Wirkung ausübt, wie sich schon jetzt erkennen läßt. Niemand in Griechenland kann darüber im Zweifel sein, daß sie geschickt sind, um den König zu schützen, und es läßt sich annehmen, daß dieser Schutz kräftiger sein wird, als jener, den dieselben Mächte dem Schah von

Persien gewährten, der jetzt in der Fremde nicht ohne Erbitterung an die Verheißungen zurückdenkt, die ihm gemacht worden sind.

Die Erörterungen über die Zusammenkunft in Racconigi dauern immer noch fort und nehmen je länger je mehr einen Charakter an, der eine Entgegnung notwendig macht. Wir beschränken uns, bis auf weiteres, einige englische und russische Stimmen wiederzugeben, die darauf hinweisen, daß Italien nunmehr der Tripelentente näher stehe als dem Dreibunde, und offenbar für eine nicht ferne Zukunft auf eine Quadrupelentente rechnen. Die „Nowoje Wremja" erklärt, daß die Italiener sich endlich davon überzeugt hätten, daß der angebliche Vorteil, den ihnen die Zugehörigkeit zum Dreibunde bringe, nichts anderes sei als eine Chimäre. Auch diejenigen, die bisher blind und taub waren, hätten das jetzt begriffen und wollten, wie der „Globe" sage, nicht mehr die italienischen Eier in den deutschen Korb legen. Eine große Wandlung bereite sich vor, und wenn eine geschickte Diplomatie die Zeit zu nützen verstehe, könnte davon nicht nur der allgemeine Friede, sondern auch das Interesse Rußlands und Italiens gewinnen. Leider sei es aber wahrscheinlich, daß der deutsch-österreichische Zweibund im Hinblick auf den drohenden Abfall Italiens scheinbar bedeutende, in Wirklichkeit nichtige Zugeständnisse machen werde, um den Dreibund zu erneuern, und im Hinblick auf das politische Temperament der italienischen Staatsmänner, die wie die russischen bisher den deutsch-österreichischen Interessen gedient hätten, sei eine radikale Änderung nicht zu erwarten. Aber die nationale Selbsterkenntnis mache täglich in Rußland wie in Italien Fortschritte. Wenn nicht heute, so müsse diese kombinierte Kraft doch in naher Zukunft das Zentrum durchbrechen, das jetzt die internationale Politik bestimme.

Herr Wesselitzki seinerseits sekundiert diesen Ausführungen durch ein Londoner Telegramm, das den Gedanken ausführt, daß England zwar die friedfertigen Versicherungen des Grafen Ahrenthal in betreff seiner Balkanpolitik kenne, aber auch wisse, daß die Tatsachen nur selten vernünftigen Vorsätzen entsprächen; deshalb stelle es auch weder zu Wasser noch zu Lande seine Rüstungen ein und verfolge aufmerksamen Blickes alle Handlungen und Strömungen, die dem Frieden gefährlich werden könnten. Zunächst werde die Aufmerksamkeit auf die Reise des deutschen Reichskanzlers nach Italien zu richten sein. Sie sei verschoben worden, damit die russophile und austrophobe Erregung Italiens

Zeit finde, sich zu legen. Wenn dann das Kabinett im Quirinal zu ruhigerer Stimmung gelangt sei, werde er den Italienern darlegen, daß sie einem neuen Vordringen Österreichs, wie es sich logisch aus den vollzogenen Tatsachen ergebe und mit Vorteilen für Italien verbunden sei, sich nicht widersetzen dürften.

„Mit anderen Worten, der deutsche Kanzler soll sich bemühen, die Zustimmung Italiens zu einer neuen Störung des Gleichgewichts zugunsten Deutschlands und Österreichs zu erkaufen. Der Grund, daß Österreich sich so beeilt, liegt darin, daß die Annektierung Bosniens nicht den erhofften Nutzen gebracht hat und die Kosten nur durch einen neuen Erfolg eingebracht werden können, der schnell errungen werden muß, da die Reorganisation der russischen Armee fortschreitet."

Herr Wessilitzki ermahnt die Mächte der Tripelentente, rechtzeitig solchen Anschlägen entgegenzuarbeiten, und beruft sich für die von ihm entwickelten Ansichten auf ein Gespräch mit einem englischen Staatsmanne.

Es ist doch nützlich, diesen Ausführungen, die wir unseren Lesern nicht weiter zu charakterisieren brauchen, einige nüchterne Betrachtungen entgegenzusetzen. Was in Racconigi an geheimen Abmachungen stattgefunden hat, und ob überhaupt es solche gegeben hat, wissen wir ebensowenig wie Herr Wesselitzki und die Redaktion der „Nowoje Wremja". Dagegen gibt es Dinge, die wir mit voller Bestimmtheit sagen können: von einem Erkaufen Italiens, damit es beim Dreibunde verbleibe, kann unter keinen Umständen die Rede sein. Einmal ist es eine Beleidigung Italiens, anzunehmen, daß es überhaupt erkauft werden kann; wenn es seit nunmehr 28 Jahren als dritter Faktor zum deutsch-österreichischen Bündnis gestanden hat, muß diese Kombination dem italienischen Interesse entsprochen haben. Gelegenheit, sich von uns zu lösen, hat sich den italienischen Staatsmännern vor jeder der vielfältigen Erneuerungen des Dreibundes geboten. Sie müssen dafür also ihre guten Gründe gehabt haben. Aber allerdings geben wir zu, daß die politischen Verhältnisse sich seither verschoben haben. Aus einer gegenseitigen Assekuranz ist eine fast ganz einseitige Sicherung Italiens geworden, ohne daß italienischerseits erhebliche Gegenleistungen erfolgt wären. Als Italien dem Dreibunde beitrat, wurde von ihm eine Mitwirkung an der Abwehr eines damals und noch geraume Zeit nachher möglichen französischen Angriffs erwartet; als Gegenleistung sicherte

man ihm den Frieden mit Österreich, der durch die irridentistische Agitation jederzeit gefährdet werden konnte, erreichte auch, daß österreichischerseits mit außerordentlicher Langmut und in freundschaftlichem Sinne entstehende Mißhelligkeiten beseitigt wurden. Italien gewann dadurch die Möglichkeit, sich wirtschaftlichen Aufgaben hinzugeben, welche die zeitweilig außerordentlich schwierigen finanziellen und kulturellen Verhältnisse des Landes in aller erfreulichster Weise hoben. Heute liegen in mannigfaltiger Hinsicht die Dinge anders. Ganz abgesehen davon, daß ein Angriff von seiten Frankreichs uns als eine der allerunwahrscheinlichsten politischen Möglichkeiten erscheint, sind wir überzeugt, der italienischen Hilfe nicht zu bedürfen, um ihn abzuwehren. In einer Reihe wichtiger diplomatischer Fragen aber hat die italienische Unterstützung versagt, und der österreichischen Politik ist Italien in anderen Fragen direkt als Gegner entgegengetreten. Auch hat der Irridentismus neuerdings an Schärfe so zugenommen, daß er selbst im Herzen der habsburgischen Monarchie mit seinen Ansprüchen hervorzutreten sich nicht scheute. Das sind aber Tatsachen, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht so glatt beigelegt worden wären, wenn Italien nicht im Dreibund stände. Denken wir uns aber dieses Band zerrissen und aus den italienisch-österreichischen Gegensätzen einen Krieg entstanden, so darf man wohl die Frage aufwerfen, auf wessen Hilfe Italien in solchem Fall rechnen dürfte? Auf Frankreich gewiß nicht, da Frankreich nicht um fremder Interessen willen einen Krieg auf sich nehmen wird, der nicht lokalisiert bleiben könnte, für England ist Österreich-Ungarn unverwundbar, und auf russische Hilfe zu hoffen, wäre erst recht leichtfertig.

Welche Veranlassung hätte nun Herr v. Bethmann Hollweg, der einen sehr starken Sinn für Realitäten hat, das Verbleiben Italiens im Dreibunde zu *erkaufen*? Wir würden es vielmehr begreiflich finden, wenn umgekehrt die Erneuerung des Dreibundes an Bedingungen geknüpft würde, deren Erfüllung die Situation so weit klären würde, daß Phantasien, wie die der russischen und englischen Publizisten, sich nicht weiter hervorwagen können.

Das Organ der russischen Oktobristen, der „Golos Moskwy", greift in einem Artikel vom 30. Oktober mit der Spitzmarke „Gutnachbarliche Beziehungen" auf die Charbin-Affäre zurück, die bekanntlich erledigt ist und die dazu geführt hat, daß alle Mächte, die in Charbin

Interessen zu vertreten haben, ohne jede Ausnahme gegen die exklusive Stellung, die Rußland beansprucht, protestieren, wovon freilich kein einziges russisches Blatt seinen Lesern das Geringste mitgeteilt hat. Das Moskauer Blatt gibt uns den guten Rat, die russische öffentliche Meinung nicht zu reizen, weist auf die Annexion von Bosnien und der Herzegowina und das „Bayerische Inzident" hin, und, als warnendes Beispiel kommender Möglichkeiten, auf den von Charbiner Kaufleuten organisierten Boykott deutscher Waren. Nun können wir dem „Golos Moskwy" zur Beruhigung mitteilen, daß dieser Boykott nicht existiert, oder wenn er gedacht wurde, nicht in die Tat übergehen konnte, weil die Interessen der russischen Kaufleute Charbins dadurch zumeist gelitten hätten, daß ferner die bayerische Regierung den Antrag auf Kündigung des Auslieferungsvertrages mit Rußland abgelehnt hat, daß ein Druck deutscherseits auf Rußland wegen der Anerkennung der Annektierung Bosniens und der Herzegowina nicht stattgefunden hat, sondern Rußland selbst sich vor der Annektierung dazu verstanden hatte und seit 1887 den vollen Inhalt des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages kannte. Wozu also der Lärm? In der französischen und englischen Kammer aber sind über Rußland weit härtere Dinge gesagt worden, als in der bayerischen. England liefert noch heute keinen russischen Anarchisten aus, Frankreich hat seinerzeit Hartmann nicht ausgeliefert, und es ist nicht so lange her, daß nirgends leidenschaftlicher gegen die Auslieferung russischer Flüchtlinge protestiert wurde, als in der russischen Duma verblichenen Andenkens. Endlich wollen wir doch recht nachdrücklich darauf hinweisen, daß wir allen Grund haben, uns über die unerhörten Anfeindungen zu beschweren, die uns täglich aus der russischen Presse entgegenklingen. Die Herren täten wahrhaftig besser, vor der eigenen Tür zu fegen, als uns Vorstellungen auf Grund verdrehter Tatsachen zu machen.

Die Ermordung des Marquis Ito hat die Aufmerksamkeit wieder mehr den ostasiatischen Angelegenheiten zugewandt. Ito fiel als Opfer koreanischer Rache, was gewiß nicht zu rechtfertigen, aber aus der Tatsache zu erklären ist, daß keinem Land größeres Leid angetan worden ist als dem unglücklichen Korea, dessen Kaiserin von Japanern erwordet wurde, dessen Kaiser nur durch die Flucht in die russische Botschaft vor gleichem Schicksal gerettet und nachher entmündigt wurde, so daß heute das Land tatsächlich machtlos in Japans Händen liegt. Das

letztere mag eine politische Notwendigkeit gewesen sein. Ein Volk, das sich nicht zu verteidigen vermag, erliegt dem stärkeren, ehrgeizigen Nachbar, und trotz der Aufstände, die von Zeit zu Zeit in Korea ausbrechen, glauben wir nicht, daß es je wieder zu einer Selbständigkeit gelangen kann. Daran wird auch die Ermordung Itos nichts ändern, es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß der Schein von Selbständigkeit, der Korea geblieben war, jetzt noch schneller schwinden wird, als sonst geschehen wäre.

Denn darüber kann kein Zweifel mehr sein: die Vormacht in Ostasien ist heute Japan. Der Graf Soke, der die durch den Tod Itos unterbrochenen Verhandlungen in Charbin wieder aufnehmen soll, kann daher auf ein entschiedenes Entgegenkommen von seiten Rußlands rechnen. Das wurde noch jüngst sehr drastisch in der „Nowoje Wremja" an der Hand einer Bittschrift dargelegt, die von der russischen Kolonie in Charbin ausging:

„Für Rußland — so schloß sie — ist es zweckmäßiger, Hand in Hand mit Japan gegen China vorzugehen, als mit China gegen Japan. In der internationalen Politik ist kein Raum für andere Antriebe, als die Berechnung der Stärke der Mächte. Die Überlegenheit ist jetzt aber zweifellos auf japanischer Seite, und wir begehen einen ungeheuren Fehler, wenn wir nicht die Sympathien des Starken (Japans), sondern des Schwachen (Chinas) zu gewinnen suchen. Zudem würde China, wenn wir es umwerben, auch unsre Schwäche erkennen und sich von uns abwenden."

Die Verhandlungen, mit denen Kokowzew betraut ist, betreffen wahrscheinlich eine Regelung der russisch-japanischen Handelsbeziehungen sowohl in der Mandschurei, wie in Russisch-Ostasien und in Japan. In der Mandschurei geht das Bestreben dahin, einander freie Bahn in bestimmt abgegrenzten Gebieten zu gewähren, wobei die nördliche Mandschurei für Rußland, die südliche für Japan in Betracht käme. Auch haben die Japaner die bereits in Angriff genommenen Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit China abgebrochen, um abzuwarten, welches das Ergebnis der Charbiner Verhandlungen sein werde, denn China wird der leidende Teil bei dieser Verständigung sein.

Sehr interessant, aber wenig erfreulich in den Ergebnissen ist ein Aufsatz des Obristen der russischen Kavallerie, Fürsten Bagration, in

Nr. 11 des „Wjestnik". „Mit jedem Jahre", schreibt er, „wird die russische Armee physisch unfähiger. Die Krone gibt alljährlich nicht weniger als 3 Millionen Rubel aus, nur um die Dienstuntauglichen abzuweisen. Unter drei Burschen ist es schwer, einen ganz tauglichen aufzufinden. Und trotzdem wird die Dienstzeit immer mehr gekürzt. Diese hinfällige Jugend droht die Kriegslazarette zu überfüllen. Die schlechte Ernährung in den Dörfern, das Herumziehen, um Arbeit zu finden, frühe Ehen, die erhöhte Arbeit im Jünglingsalter fordern, — das sind die Gründe physischer Erschöpfung. Zur Zeit der Leibeigenschaft wurde die Arbeit durch die Aufsicht der Herren reguliert. Die Gutsherren verfolgten Faulheit, Ausschweifungen und Landstreicherei und gewährten dem Volk ausreichende Nahrung und gesundes Regiment. Nachher hat man es ohne Aufsicht sich selber überlassen. Die Pfeiler der Familie wankten, die Jugend strömte in die Fabriken. Heute kennt ein Bursche mit 14 Jahren und schon früher kein Elternhaus, er führt ein Nomadenleben in Nachtasylen und in den Kneipen, welche die Fabriken umgeben. Von schlecht ernährten und schlecht arbeitenden, zu wenig essenden und zu viel trinkenden Bauern kann man keine gesunde Nachkommenschaft erwarten. Während sich unser Parlament und unsere Intelligenz mit Nichtigkeiten beschäftigen, bemerkt man nicht, daß sich etwas Entsetzliches vorbereitet: die Entartung unserer Rasse, ihre physische Umbildung zu einem niedrigeren Typus. . . . Mit 21 Jahren stellt sich der jetzige Bauernbursche verlumpt und halb krank als Rekrut vor. Meist sagen dann die Ärzte und gelehrten Theoretiker: Sein Organismus ist noch nicht entwickelt, man muß ihm ein oder zwei Jahre Zeit lassen, sich zu entwickeln. Nach ein oder zwei Jahren stellt er sich als ein gleicher Halbkrüppel vor. Wie sollte auch dieser Organismus sich entwickeln? Es waren zwei weitere Jahre des Hungerns und Herumstreichens, des Saufens und geschlechtlicher Erschöpfung. . . ."

Bagration will nun, daß die Rekruten nicht mit 21 oder 23 Jahren, sondern mit 18 Jahren einberufen werden, und zwar weil bei 21 Jahren bereits 30 v. H. der Einberufenen verheiratet sind, bei 23 Jahren 75 bis 90 v. H. Die 18jährigen ertrügen den Kriegsdienst nicht schlechter als die 21jährigen, sie würden zudem in den wichtigsten Entwicklungsjahren besser genährt, sie lebten und wohnten hygienischer und ständen unter Aufsicht. Jetzt essen von den Rekruten 40 v. H. fast zum erstenmal Fleisch!! usw. Es werden noch viele Gründe für die niedrigere

Altersgrenze angeführt, die sich wohl hören lassen. Immerhin erscheint uns das alles nur als eine halbe Maßregel, solange die bäuerlichen Zustände selbst nicht andere werden. Und nach dieser Richtung hin ist bisher noch immer viel zu wenig geschehen. Die Verschuldung der Bauern nimmt bei der Höhe der Abgaben und infolge der außerordentlich ungünstigen Voraussetzungen, unter denen der russische Bauer sein Korn verkauft, stetig zu. Nach dem letzten Bericht der Bauernagrarbank sind bei ihr 8 322 423 Deßjätinen Bauernland verpfändet, die auf 690 260 055 Rubel geschätzt wurden; nebenher aber nimmt der Großgrundbesitz reißend in Rußland ab, und damit verringert sich stetig für den Bauern die Aussicht auf Nebenerwerb, und das antreibende Vorbild einer weniger primitiven Landeskultur verschwindet. Im Kiewschen liegen zurzeit wieder 1500 Waggons Getreide, die nicht weiterbefördert werden können, und in Packhäusern und Speichern für 9 Millionen Rubel Korn; ähnlich scheint es fast aller Orten zu sein, so daß man wohl versteht, daß die Kaufmannschaft von Nikolajew sich dem hochfahrenden Ultimatum fügen mußte, das ihr die englischen Reeder stellten. Aber darüber hat sich niemand in Rußland aufgeregt. Ja, wenn es Deutsche gewesen wären, die ganze Welt hätte den Ruf der Entrüstung über die deutsche Anmaßung und Tyrannei zu hören bekommen.

Inzwischen geht die russische Regierung mit steigender Energie in der einmal gegen die Westprovinzen eingeschlagenen Richtung vor, um dem russischen Element die Vorherrschaft vor dem polnischen, und wo es durch die überwiegende Zahl der Juden geboten erscheint, auch vor dem jüdischen zu sichern. Ebenso werden gegen Finnland immer schärfere Maßregeln ergriffen, die Neubesetzung des finnländischen Senats mit Männern, welche die Landessprache nicht kennen, hat lebhafte Erbitterung hervorgerufen, und man fürchtet weitere Konflikte. An den Grenzen aber stehen marschbereite russische Truppen. Doch steht in dieser finnländischen Frage die gesamte russische Presse auf seiten der Regierung, während in der polnischen Frage die Einmütigkeit nicht gleich ausgesprochen ist. Dagegen hat infolge der teilweisen Zurückziehung des Toleranzgesetzes (Verbot der Mischehen) mit Ausnahme der Organe der Rechten, alles gegen die Regierung Partei ergriffen. Wir gewinnen in Summa den Eindruck, daß politische Stürme am Horizont Rußlands aufsteigen.

In England rückt der Entscheidungskampf zwischen den Unionisten und den Liberalen immer näher heran. Am 4. oder 5. November wird die Lesung des vielfach modifizierten Budgets im Unterhause erledigt sein. Man nimmt an, daß am 15. Dezember die Verhandlung vor den Lords beginnt. Die Agitation von beiden Seiten geht mittlerweile mit unerhörter Leidenschaftlichkeit weiter. Die Unionisten sind infolge eines Wahlsieges, den sie über das Kabinett in Bermondsey errungen haben „in high spirits", ihre Angriffe richten sich vornehmlich gegen die ausgesprochen sozialistischen Tendenzen des Schatzkanzlers Mr. Lloyd George und Winston Churchill, denen sie die Tarifreform, d. h. den Schutzzoll, als Heilmittel aller Nöte des Arbeiterstandes entgegenhalten. Der „Temps", der in politischen Dingen eine feine Witterung hat, beginnt seine Sympathien den Lords zuzuwenden, und das könnte als Omen kommender Dinge gelten. Vom Imperialismus und der deutschen Gefahr ist es zurzeit etwas stiller geworden, um so lauter wogt der Kampf in Kanada, das jedoch — wie jetzt sicher scheint — alle englischen Forderungen bewilligen wird. Namentlich die französischen Blätter „Le Nationaliste" und „La Patrie" sind die Vorkämpfer gegen diese Wendung. So lesen wir in einer Betrachtung des „Nationaliste", der in Montreal erscheint:

„Eines scheinen die Vertreter der neuen Politik nicht zu bedenken. Sie können jetzt die Zustimmung des Parlaments erhalten und uns für die Zukunft binden; sie werden, wenn ihr Spiel geschickt ist, uns in einen oder in zwei imperialistische Kriege verwickeln können. Aber die Reaktion wird nicht ausbleiben. Das Volk wird bald die Last zu schwer finden, die ihm auferlegt wird, und da man ihm diese Last offenbar zum Vorteil der Metropole aufnötigt, wird sein Zorn sich gegen die Metropole und gegen das koloniale Band richten. Sehen denn jene Hyperlonalisten nicht ein, daß, während sie die imperialistische Einheit festigen wollen, ihr Werk sie zerreißen muß?"

Der „Nationalist" mag recht haben, aber die Entscheidung liegt wahrscheinlich weiter als er glaubt.

4. November 1909. Verhaftung Typaldos'.
5. November. Das Unterhaus nimmt endgültig das Finanzgesetz mit 379 gegen 149 Stimmen an.
8. November. König Manuel von Portugal in Madrid.

---

10. November 1909.

Am 4. November hat das Unterhaus endgültig das Budget Lloyd Georges angenommen, nach Debatten, wie sie so leidenschaftlich innerhalb und außerhalb des Hauses von den zwei letzten Generationen nicht erlebt worden sind. Daß sich der Führer der Opposition vor gesamtem Unterhause eine Zurechtweisung mußte gefallen lassen, wie Mr. Balfour in Anlaß der Beschuldigungen, die er gegen ein Mitglied des Kabinetts erhoben hatte, ist unsers Wissens ohne Präzedenz. Bei der Abstimmung standen nur 140 Unionisten den 379 Anhängern des Kabinetts gegenüber. Die Iren haben, auf Grund eines am 3. November gefaßten Beschlusses, sich der Abstimmung enthalten. Es fragt sich nun, was das Oberhaus tun wird? Der Text der Bill ist bereits am 8. November ihm zu erster Lesung vorgelegt worden, aber die entscheidenden Debatten werden erst am 22. d. M. beginnen. Es gilt heute als sicher, daß der Ausgang Ablehnung sein wird, wonach die Auflösung des Parlaments als notwendige Konsequenz folgen muß. Aber unmöglich ist es noch immer nicht, daß im letzten Augenblick im Hause der Lords eine Kombination gefunden wird, die in der Annahme der Bill das mindere Übel erblickt, da die Neuwahlen von den Liberalen unter der Parole: Fort mit dem Vetorecht des Oberhauses! stattfinden würden und ein omnipotentes Unterhaus schaffen könnten. Was trotzdem die Ablehnung als sicher erscheinen läßt, ist, abgesehen von der Kampfeslust der jungen Lords, eine politische Berechnung, die mit großem Scharfsinn vom „Temps" dargelegt wird, der, wie er schreibt, gute Informationen eingeholt hat. Das Blatt konstatiert zunächst, daß eine Majorität für die Ablehnung bereits jetzt vorhanden sei. Der wahrscheinliche Sieg der Liberalen bei den Neuwahlen erscheine aber

den Unionisten als ein Übel, das sich ertragen lasse. Denn auf ein dauerndes Zusammengehen der Arbeiter (labour party) mit den Liberalen sei nicht zu rechnen, und deshalb habe nicht Balfour, sondern Asquith den König um seine Vermittlung gebeten, auch sei an Balfour die Verständigung gescheitert. Asquith müsse, um seine persönliche Stellung zu behaupten, einen Konflikt zu vermeiden suchen, da ein großer Wahlerfolg der Liberalen sein Ansehen auf Kosten Lloyd Georges und Winston Churchills schwächen, ein Sieg der Unionisten aber das Kabinett zu Fall bringen müsse. Dagegen habe Balfour alle Ursache, die Auflösung zu wünschen. Seine Gründe aber seien die folgenden:

„Die Unionisten haben keinerlei Interesse, im nächsten Parlament im Januar mit einer Majorität aufzutreten. Das muß man wissen, um die Lage zu verstehen. Gewinnen sie eine Majorität, so kann sie nur ganz gering sein, was ihnen das Regieren schwer machen würde; treten sie dagegen in verstärkter Minorität auf — wie Bermondsey hoffen läßt — so sind alle Schwierigkeiten auf seiten der Liberalen. Balfour glaubt nämlich, daß die liberale Majorität nicht mehr als 30 Stimmen betragen wird, so daß die Regierung von der Gnade der Iren und Sozialisten abhängen und außerstande sein würde, eine große Reform auszuführen."

Das klingt sehr plausibel, scheint uns aber einen wesentlichen Punkt nicht zu berücksichtigen: die Wahlparole, unter der die Liberalen kämpfen werden. Richtet sie sich, wie wir oben annahmen, gegen das Recht der Lords, eine Entscheidung des Unterhauses durch erzwungene Neuwahlen in Frage zu stellen, so ist es sehr wohl möglich, daß nicht die geringe Majorität von 30 Köpfen, wie Balfour erwartet, sondern ein neues auf weitere sieben Jahre gesichertes liberales Regiment stark sozialistischer Färbung das schließliche Resultat ist.

Für die auswärtige Politik Englands ist von dem Ausfall eventueller Neuwahlen schwerlich eine Wandlung zu erwarten. Beide Parteien haben sich so sehr auf eine imperialistische Politik mit gegen Deutschland gerichteter Spitze festgelegt, und Sir Edward Grey hat uns eine so entschlossene Feindseligkeit gezeigt, daß auch ein unionistischer Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten ihn kaum übertrumpfen könnte. Wer in das Foreign Office einrückt, übernimmt Traditionen und nationale Instinkte, die sich gleich bleiben, und in politischen Fragen pflegt man dort eine erstaunlich skrupellose Moral. Wir haben dafür

ein drastisches Beispiel gefunden. Der „St. Helena Guardian", eines der von London aus versorgten Kolonialblätter, schreibt:

Der folgende Extrakt aus dem „Evening Standard" und der „St. James' Gazette" ist uns zur Veröffentlichung zugeschickt worden. Es knüpft sich daran die Wiedergabe eines Artikels von Arthur Mosley, der den Gedanken ausführt, daß, als auf der letzten New Yorker internationalen Konferenz die Frage einer Einschränkung der deutschen und englischen Rüstungen behandelt wurde, Präsident Taft einstimmig aufgefordert worden sei, zu versuchen, in diesem Sinne auf beide Mächte einzuwirken. Offenbar wisse aber „the good people of the United States" nicht, daß England selbst schon einen solchen Antrag an Deutschland stellte und kühl abgewiesen wurde. Es wisse auch wohl nicht, was Herr Harden, der ein intimer Freund und Schüler Bismarcks sei, erklärt habe, „daß nämlich eine Verständigung nur auf der Basis der Teilung der Beute stattfinden könne".

Nun ist es freilich völlig gleichgültig, was Herr Harden sagt oder nicht sagt — was man in England wohl wissen könnte —, aber wir trauen selbst ihm den Unsinn nicht zu, den Mosley als Interpretation dieses Satzes anschließt. Er fährt nämlich folgendermaßen fort:

„Offenbar will Deutschland den Engländern freie Hand im Kongofreistaat anbieten, um dagegen die Erlaubnis zu erhalten, in Dänemark und Holland zu tun, was Österreich in Bosnien und in der Herzegowina getan hat. Mit anderen Worten: ein neuer Vertrag soll erstehen, und Dänemark und Holland sollen tatsächlich zum Vorteil Deutschlands aufhören zu existieren. Eine kaltblütigere Aufforderung zum Plündern habe ich nie gelesen. Es ist nur eine Illustration dessen, was Deutschland tun möchte, oder doch, was gewisse Schriftsteller möchten, daß es tue, wenn wir zustimmen. Ich hoffe und glaube, daß dies nicht die allgemeine Meinung in Deutschland ist, sicher ist aber, daß England solche Zumutungen nicht beantworten wird. Wenn Beschränkung der Rüstungen so gemeint ist, daß wir Spießgesellen von Ungerechtigkeiten und Piratentum werden sollen, dann wollen wir, was es auch koste, unsere Rüstungen fortsetzen, damit der Tag nicht komme, da wir uns selbst nicht schützen können."

Darauf folgt die Mitteilung, daß Mosley diese Gedanken in New York ausgeführt habe und daß er nochmals betone, wie die Gerechtig-

keit der englischen Sache nur durch eine Armee und durch eine Flotte geschützt werden könne, die allen Möglichkeiten gewachsen seien. Wir halten uns bei diesen sich selbst richtenden Verdächtigungen nicht weiter auf. Wenn man in England mit solchen Mitteln Propaganda machen muß, steht es schlecht um die Sache, die dort vertreten wird. Es genüge, darauf hinzuweisen, daß der Eindruck, den diese Agitation in den Vereinigten Staaten macht, der allerungünstigste ist. So erinnert die „New York Tribune" vom 26. Oktober daran, daß, als auf den beiden letzten Haager Kongressen Amerika den Antrag stellte, daß Privateigentum in Kriegszeiten auf hoher See unter jeder Flagge frei sein solle, die englischen Delegierten den Antrag mit der Motivierung zu Fall brachten, daß die Zerstörung des Handels der Gegner eines der wichtigsten Rechte der Kriegführenden sei. Dadurch gerade sei Deutschland gezwungen worden (was forced), eine kostspielige Kriegsflotte zu bauen, um seinen Handel zu schützen. Bei dieser Gesinnung Englands werde auch der auf der Londoner Seerechtskonferenz einmütig angenommene Kodex des Seerechts ein toter Buchstabe bleiben. Denn in England sei ein dumpfes Mißbehagen durch die Londoner Seerechtsdeklaration hervorgerufen worden. Man sehe in ihr einen systematischen Eingriff in das Kriegsrecht der stärksten Seemacht.

„John Bull fürchtet immer in die Maschen eines Seidennetzes verfangen zu werden, wie Gulliver in Liliput — ein Riese unter kunstfertigen Schwächlingen. Mit den internationalen Vorbehalten der Londoner Deklaration wird aber England sicherer dastehen, sowohl als eine Nation neutraler Kaufleute, wie als die stolze Macht, die zurzeit den Dreizack der Meere hält. Aber welcher Staatsmann kann je die regierenden Klassen oder das übersteuerte Volk davon überzeugen, daß etwas von praktischerem Nutzen ist, als mehr Millionen für die Marine, größere Kanonen, mehr Schiffe, zweimal oder dreimal soviel als alle ringsumher."

Die Anlage der neuen Flottenstation auf den Orkneyinseln und die daran geknüpfte Erklärung der Admiralität, daß hiermit die Nordsee abgeschnürt und Deutschlands Seemacht ganz lahmgelegt werden solle, ist ein Glied mehr in der Kette der Freundlichkeiten, die England uns seit einem Jahrzehnt zu erweisen beliebt. Wir glauben nicht, daß solchen Tatsachen gegenüber den guten Worten irgendein Wert beizumessen ist, die bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kolonial-

staatssekretärs in London ausgetauscht worden sind. Es sind eben Worte.

Trotz aller dieser Anstößigkeiten halten wir es für durchaus ungehörig, wenn der „Kaiserliche Legationsrat a. D." vom Rath neuerdings mit der sensationellen Behauptung hervorgetreten ist, daß England zur Zeit des Doggerbank-Inzidents sechs Kanonenboote in größter Stille in der Nähe von Helgoland stationiert und die Kommandanten beauftragt habe, „jedes in der kritischen Zeit auslaufende deutsche Kriegsschiff in die Luft zu sprengen". So wörtlich lautete der Befehl, schreibt Herr vom Rath. Wenn man solche Ungeheuerlichkeiten in die Welt setzt, hat man die Pflicht, sie zu beweisen. Kann man es nicht, so handelt es sich um gefährlichen politischen Klatsch. War aber, was wir für völlig ausgeschlossen halten, Herr vom Rath wirklich in den Besitz eines solchen Geheimnisses gelangt, so war der Gebrauch, den er davon machte, sicher ein falscher. Schon aus seiner ehemaligen amtlichen Stellung mußte er wissen, was er in solchem Falle zu tun hatte.

Großes Aufsehen hat in Rußland die Nachricht erregt, daß russische Truppen wieder in Persien einrücken. In der „Nowoje Wremja", die bekanntlich stets nach zwei Seiten hinkt, finden wir einerseits eine fast enthusiastische redaktionelle Würdigung des Entschlusses der russischen Regierung, ihre Truppen wieder in Bewegung zu setzen, anderseits eine recht kritisch gehaltene Betrachtung Herrn Menschikows:

„Soll Rußland sich wieder in das trübe persische Wasser hineinbegeben? Ich glaube, nein! Wenn nicht die ernste Absicht besteht, zu erobern, so soll man dort keine Truppen halten. Führt man nicht Krieg, so beruhigen sie nicht, sondern reizen das Volk. Im Kampf zwischen den Schachsewennen und Fidai sollte Rußland sich erinnern, daß die ersteren uns nichts Böses getan haben, die anderen aber uns ungeheuren Schaden zufügten. Man muß wünschen, daß das revolutionäre Gesindel in Persien, das zum größten Teil aus dem Kaukasus kommt, geschlagen und ausgerottet wird, und dazu sollte man nach Möglichkeit behilflich sein. Dadurch würde auch unser Transkaukasien beträchtlich von Räubern und Verbrechern gesäubert werden. Helfen wir dagegen den Revolutionären sich in Persien festzusetzen, so werden sie in zehn Jahren unseren gesamten Osten anarchisch verseucht haben. Ganze Generationen von Unruhestiftern werden wie Mikroben auf günstigem Nährboden heranwachsen und den Islam

anstecken. Ein revolutionäres Persien ist eine ernste Bedrohung Transkaukasiens und Mittelasiens. Wollen wir Frieden und Ruhe in unseren „grünen" Grenzgebieten haben, so müssen wir die persische Revolution betrachten wie eine politische Pest."

Unzweifelhaft hat der Mann recht. Noch schärfer urteilt die konservative „Semschtschina":

„Auf welchem Planeten lebt wohl Herr Iswolski, daß er in Fragen, die weder dunkel noch verwickelt sind, Fehler auf Fehler macht? Persien sei, nachdem es seinen gesetzlichen Herrscher gestürzt habe, in die Hände politischer Abenteurer und allerlei Gesindels gefallen. Raub und Mord herrschten im Lande, aber dank der Anwesenheit russischer Truppen sei es bereits zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gekommen, als auf den Druck Englands hin Rußland sich entschloß, am 1. November fast alle seine Truppen abzuberufen, was dann sofort zu erneuten Unruhen und zur Bedrohung des russischen Vizekonsuls in Ardebil führte und die Regierung zwang, am 3. November ihre Truppen wieder in Persien einmarschieren zu lassen." . . .

Man sieht, die Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der russischen Politik geht auf verschiedenartige Erwägungen zurück, und Herr Iswolski wird, wenn er in der Duma seine auswärtige Politik darlegt, nach allen Seiten Front zu machen haben, zumal die letzten Enthüllungen der „Fortnightly Review" nebst den daran geschlossenen Erläuterungen der „N. Fr. Presse" geradezu verblüffend gewirkt haben. Es ist noch nicht abzusehen, wie weit die offizielle Widerlegung, die das Petersburger Auswärtige Amt jetzt veröffentlicht hat, diese Stimmung beruhigen wird. Im allgemeinen ist die öffentliche Meinung Rußlands geneigt, in dieser Frage von vornherein dem Minister recht zu geben, da man sich nun einmal in die Überzeugung hineingeredet hat, daß eine ungeheure Perfidie Österreichs und Deutschlands das nichts ahnende, wie immer mit offenen Karten spielende Rußland überrumpelt habe. Auch wirkt zugunsten Iswolskis noch immer die Freude über die Abmachungen von Racconigi nach, als deren Folge ein Balkanbündnis zwischen den slavischen Staaten und der Türkei und der Anschluß Italiens an die Tripelentente mit voller Bestimmtheit erwartet wird. Das erklären in voller Einmütigkeit die „Nowoje Wremja" wie der oft erwähnte Verfasser der „Lettres de Russie" im „Journal des Débats":

„Man sagt in den Petersburger politischen Kreisen — behauptet die jüngste „Lettre de Russie“ —, daß diese italienisch-russische Entente sofort Frankreich und England mitgeteilt wurde und daß London und Paris sie durchaus gebilligt haben. Es handelt sich also, wenn nicht um eine feste Allianz, so doch mindestens um eine „Quadrupelentente“, die ihren vollen Wert hat. Man bestätigt mir sogar, daß der Plan (projet) den verschiedenen Balkanstaaten (Montenegro, Serbien, Bulgarien) mitgeteilt worden ist und natürlich vortrefflich aufgenommen wurde. . . . Aber dabei soll es nicht stehen bleiben. Herr Iswolski soll einen Gedanken aufgenommen haben, der ihm lieb ist, nämlich eine Balkanföderation zu konstruieren, in die auch die verjüngte Türkei und selbst Griechenland eintreten könnten.“

Nun, wir gratulieren und vervollständigen das Bild noch durch eine Betrachtung der „Nowoje Wremja“, die von der „Kreuz-Zeitung“ bereits im Auszug gebracht wurde, der wir aber auch hier einen Platz gönnen. Sie lautet:

„Die deutschen Politiker, namentlich die militärischen, lieben es, außerordentliche Pläne zur Eroberung Rußlands zu entwickeln, wobei sie entweder Rußland völlig vom Antlitz der Erde streichen oder es gnädig auf die Wolga oder den Ural zurückwerfen. Mit diesen Politikern rechnet in den „Pet. Wjedomosti“ der Fürst D. N. Swjätopolk Mirski ab. Er beweist, daß Rußland in der Tat nicht ruhig existieren kann, solange es nicht Deutschland zertrümmert hat. Diese Zertrümmerung ist für uns notwendig, sowohl materiell wie als sittliche Forderung, und dabei wird uns Frankreich helfen. Aber England? Nachdem es Frankreich durch die Zustimmung zur Rückgabe von Elsaß-Lothringen befriedigt hat, wird es uns mit Krieg bedrohen, wenn wir unsere Forderungen in betreff Deutschlands nicht herabsetzen. Dann wird vielleicht wieder Japan gegen uns gehetzt werden. Das Ziel unseres Krieges mit Deutschland kann kein anderes sein, als ein für allemal oder mindestens für lange Zeit mit der deutschen Gefahr aufzuräumen. Dagegen ist das Ziel Englands immer gewesen, niemals irgendwelche Hegemonie in Europa aufkommen zu lassen. Es liegt im Interesse Englands, Deutschland zu schwächen, aber seine Macht nicht völlig zu zerbrechen, weil sonst das Gleichgewicht zugunsten Rußlands erschüttert wäre, und in Asien die russische Gefahr wieder lebendig werden müßte. Wir müssen also, nachdem wir Deutschland

besiegt haben, einen Zusammenstoß mit England und Japan erwarten. Vor einem solchen Kriege zurückzuweichen ist unmöglich. Ein Sieg über Deutschland ohne bedeutenden praktischen Gewinn, der nichts als unbezahlte Schulden einbringt, hat für uns keinen Wert. Nur die völlige Zertrümmerung der deutschen Macht wird es uns möglich machen, die Hunderte von Millionen zum Nutzen des Landes zu verwenden, die alljährlich für unsere Verteidigung und Bewachung ausgegeben werden."

Man glaubt wirklich sich in einem Tollhause zu bewegen, wenn man die Ausführungen liest, von der erlogenen Behauptung an der Spitze, bis zu der lächerlichen Renommage am Schluß, beides verdient nur niedriger gehängt zu werden. Auch dem „Rußkoje Slowo" ist Racconigi zu Kopf gestiegen. Es hofft von den Verhandlungen zwischen Iswolski und Tittoni, daß sie Rußland die Möglichkeit geben werden, sich „von der Notwendigkeit freundlicher Beziehungen zu Deutschland zu befreien. Das wäre — fährt die Zeitung fort — ein solcher Vorteil für unsere äußere und innere Politik, daß kein Opfer zu groß wäre, um diese Unabhängigkeit zu erkaufen. „Los von Berlin", das ist die Losung, der unsere Diplomatie folgen muß."

Wir haben hiermit nicht annähernd erschöpft, was wir in den letzten acht Tagen an ähnlichen Äußerungen der russischen Presse gesammelt haben. Unzweifelhaft nimmt die politische Nervosität in Rußland in allen Kreisen zu. Die besonnenen Elemente kommen nicht mehr zu Wort, oder man beachtet sie nicht, und dabei ist alles, was man von den Zuständen im Innern des Reiches hört, so trübselig und entmutigend, daß man sich fragt, ob die Leute, die so herausfordernd einem mächtigen und friedlichen Nachbar gegenüber vorzugehen raten, sich denn die Frage gestellt haben, mit welchen Mitteln sie wohl ihre gigantischen Pläne auszuführen gedenken? Der Niedergang der Landwirtschaft ist durch die neue Gesetzgebung nicht aufgehalten, sondern, wie es scheint, noch beschleunigt worden: in den Bauerngemeinden herrscht nach wie vor Willkür, bettelhafte Armut und Völlerei: die Klagen über die Untreue der Beamten dauern fort und werden durch immer neue Monstreprozesse bestätigt: man klagt über Degeneration des Militärs; Bergwerke und Industrie gehen immer mehr in fremde Hände, speziell in englische, über: es werden immer neue Verschwörungen entdeckt, und neuerdings wird wieder von Bauernemeuten

berichtet. Und dabei wird als nächstes Bedürfnis die Befreiung von guten Beziehungen zu Deutschland oder gar die Zertrümmerung des Deutschen Reiches empfunden! Es ist unmöglich, die Leitung der russischen Politik von einer Mitschuld an diesen Krankheitserscheinungen freizusprechen.

Von der Politik der übrigen Staaten wollen wir heute nur noch in kurzen Stichworten reden. In Frankreich hat Briand durch Aufschub der Einführung des heißersehnten Proportionalwahlsystems an Boden verloren und durch Wiederaufnahme des Kampfes um die Schule eine wunde Stelle am Leibe Frankreichs schmerzhaft berührt. Dagegen scheint es sicher, daß es gelingen wird, Mulay Hafid zur Aufnahme der Anleihe zu bewegen, die zur Tilgung seiner Schulden unerläßlich ist, ohne daß deshalb zu militärischen Sicherungsmaßregeln gegriffen wird. Auch Spanien sucht seine marokkanischen Verlegenheiten in möglichst präsentabler Weise abzuwickeln, aber es wird durch die Verhältnisse im Innern wie durch die Zustände am Rif genötigt, sanguinische Pläne zurückzustellen. In Barcelona, wo General Weyler jetzt die leitende Stellung übernommen hat, ist die Ruhe völlig wiederhergestellt, von Ferrer weiter keine Rede.

Die Lage in Griechenland erscheint nach wie vor höchst unsicher; die kretische Frage ist trotz der Bemühungen der Türkei, eine Entscheidung herbeizuführen, in ihrem früheren Stadium geblieben. Zwischen Bulgarien und Serbien hat durch den Besuch König Ferdinands eine Annäherung stattgefunden, die vor kurzem noch unwahrscheinlich schien, an deren Bestand zu glauben uns aber schwer fällt. Beide Nationen lieben sich etwa wie Russen und Polen. Das sozialistische Ministerium Zahle in Dänemark wird ohne viel Sorge als eine politische Kuriosität betrachtet, es scheint schon jetzt, nachdem es 14 Tage amtlich fungiert hat, in einer Mauserung begriffen, deren Weiterentwicklung wir abwarten wollen. In Belgien erregt das allmähliche Verauktionieren des Königlichen Hausgeräts nicht unberechtigtes Aufsehen. Erst waren es die Gemälde, dann folgte das goldene Tischgerät, jetzt scheint der Rest an die Reihe gekommen zu sein. Es ist unter keinen Umständen ein erfreuliches Schauspiel, zumal der König für sehr reich gilt. Er soll beabsichtigen, sich in Frankreich anzukaufen.

Der Kaiser Menelik liegt im Sterben oder ist bereits gestorben. Das durch die abessinischen Angelegenheiten stets in Mitleidenschaft

gezogene italienische Stück der Somalikiiste ist, wie begreiflich, durch die Möglichkeit von Thronstreitigkeiten beunruhigt, weil ein Reflex in das Italienische hinein in solchem Fall fast unvermeidlich wäre. Man hofft jedoch, daß der letzte Wille Menelik's respektiert wird, durch den die Thronfolge in aller Form geregelt worden ist. Dies Testament kann in Form und Inhalt dem alten Herrscher nur zur Ehre gereichen, als Zeichen einer durch ein ernstes Leben erworbenen Weisheit.

Über die japanisch-russischen Verhandlungen, die in Charbin durch den Tod Itos im Stadium guter Absichten unterbrochen wurden, verlautet nichts Sicheres. Daß es zwischen Iswolski und Kokowzew wegen der Absicht des letzteren, nach Japan zu reisen, zu einem Konflikt gekommen sein sollte, erscheint uns wenig glaubwürdig. Wäre es der Fall, so würde daraus der Schluß zu ziehen sein, daß es sich russischerseits mehr um Scheinverhandlungen gehandelt hat, die bestimmt waren, China zu schrecken, als um eine weitergehende Annäherung an Japan, wie sie Kokowzew wohl im Interesse seines Ressorts anstrebt.

11. November 1909. Besuch Erzherzog Franz Ferdinands und der Herzogin in Berlin.
11. November. Austritt Kossuths aus der Unabhängigkeitspartei.
11. November. Irredentistische Rede General Asinaris bei der Fahnenweihe in Brescia.
13. November. Freisprechung der Frau Steinheil.
14. November. Attentat auf den Vizekönig von Indien Lord Minto.
14. November. Eröffnung der 2. Session des türkischen Parlaments durch Mohammed V.
15. November. Anarchistischer Mord in Buenos Aires.
16. November. Demission des Gen.-Gouverneurs von Finnland, Gen. Bötmann.
16. November. Verhängung des Belagerungszustandes über Argentinien.
16. November. Unruhen in Kreta.

17. November 1909.

Die folgende Änderung der politischen Weltkarte schlägt ein Mitglied des Statistischen Bureaus in Washington, Robert Stein, vor: Dänemark überläßt Grönland dem Dominium of Canada und erhält dafür den dänisch bevölkerten Teil von Nordschleswig von Deutschland, worauf England unter Vermittlung Kanadas uns die Walfischbai und Sansibar abtritt. Die dänisch-westindischen Inseln fallen an die Vereinigten Staaten, die dagegen einen Teil der Philippinen den Dänen überlassen und nun auch ihrerseits dahin wirken, daß England seinen wirklichen oder vermeintlichen Absichten gegen Deutschland entsagt. Sei dann auf diesem Wege eine „Versöhnung" zwischen Großbritannien und Deutschland erreicht, so werde das Wettrüsten beider Mächte von selbst aufhören, Kanada, Australien und Neuseeland brauchten sich keine kostspielige Flotte mehr zu bauen, und der Zusammenschluß der englischen, deutschen und amerikanischen Flotten würde der von einer Vereinigung Ostasiens unter japanischer Führung drohenden Gefahr ein für allemal die Spitze abbrechen. Wen diese wohlgemeinte politische Equilibristik interessiert, der findet die ausführliche Darlegung des Projekts im „Courrier Européen" vom 10. November unter dem Titel: „Canada et Groenland: Comment le Danemark pourrait réconcilier l'Allemagne et la Grande Bretagne pg. 652—58". Der Verwirklichung dieses Planes stellt sich nun freilich das eine unüberwindliche Hindernis

gegenüber, daß deutsche Territorien weder durch Tausch noch durch Kauf zu erwerben sind. Sie sind nur zu haben um den Preis, für den wir sie erworben haben, um Blut und Eisen, und wir meinen, daß es keiner Amputation am eigenen Leibe bedarf, um uns in unserem Besitzstande zu behaupten. Zudem ist die Erwerbung der Walfischbai keine Lebensfrage für unsere koloniale Weiterentwicklung; wir haben bereits gezeigt, daß wir auch ohne sie Südwest auszubauen vermögen. Ihre Lage in unseren Territorien erinnert uns an die schweren Hindernisse, die England überall der kolonialen Entwicklung Deutschlands entgegensetzte, und das ist vielleicht ganz nützlich. Was aber Sansibar betrifft, so hat es ganz wie Pemba jede handelspolitische Bedeutung verloren, das alles ist auf Deutsch-Ostafrika übergegangen. Die übrigen Tauschpläne betreffen Probleme, die uns nicht berühren und gegen deren Verwirklichung ist vom deutschen Standpunkte aus nichts einzuwenden. Nur muß Herr Stein ganz vergessen haben, daß England der Verbündete Japans ist, und daß der Besuch Kitcheners in Japan diese Bundesgemeinschaft erst vor kurzem bestätigte, England sich also nicht zu einer antijapanischen Kombination, wie er sie plant, hergeben kann. Er scheint sogar einen englisch-japanischen Krieg als eine politische Notwendigkeit der Zukunft anzusehen und weist England darauf hin, wie schwierig seine Lage wäre, wenn es gleichzeitig in Europa einen ernsten Kampf auszufechten hätte; aber das alles sind Erwägungen, die an die englische, nicht an die deutsche Adresse gerichtet sind. Es wird Herrn Stein nichts übrig bleiben, als sich einen anderen Plan auszuhecken.

Die Nachricht von dem Bombenattentat auf Lord Minto, zu einer Zeit, da man in England und sogar in den indischen Regierungskreisen glaubte, daß man einer Periode der Beruhigung entgegengehe und mit den Führern der antienglischen Bewegung Indiens auch diese selbst lahm gelegt habe, muß als ein sehr ernstes Symptom bevorstehender neuer Gefahren angesehen werden. Es kann als sicher angenommen werden, daß jede große politische Verlegenheit Englands auf indischem Boden einen blutigen Widerhall finden wird, und wir halten es keineswegs für ausgeschlossen, daß sich einmal die Ereignisse des Jahres 1857 wiederholen. Die ungeheure Schwierigkeit liegt darin, daß der Weg der Reformen, den das liberale Kabinett betreten hat, und der humane Sinn Lord Mintos ebenso versagen, wie das vor-

ausgegangene System der eisernen Faust. Der Gegensatz liegt in der Geringschätzung, welche der Engländer, sobald er indischen Boden betritt, den einheimischen Rassen entgegenträgt, deren Selbstgefühl in dem Maße wächst, wie die Bildung ihrer Führer. Dazu ist dann der Eindruck gekommen, den die Siege Japans und die Tatsache gemacht haben, daß England mit diesem asiatischen Bruder in ein Bundesverhältnis getreten ist. Es kann nicht scharf genug betont werden, daß hier der eigentliche Fehler der asiatischen Politik Englands liegt. Dazu kommt, daß England den Persern eine Verfassung fast aufgedrängt hat, in der Türkei sie mit allen Mitteln förderte, sie aber den Indern, die sich nicht geringer dünken als jene, unter Berufung auf ihre Unreife verweigert. Es ist im Grunde dasselbe wie in Ägypten, wo England mit ähnlichen Argumenten arbeitet, nur daß die ägyptischen Nationalisten sich in meisterhafter Weise bei ihrer Aktion ausschließlich loyaler Mittel bedienen und sich in dem Viertelsäkulum, seitdem sie die englische Okkupation tragen, keiner einzigen Gewalttat schuldig gemacht haben.

Sehr eigentümlich erscheint das Verhältnis Englands zur Türkei. Daß das offizielle England heute der Türkei gegenüber die liebenswürdigsten Noten anschlägt, ist offenkundig, aber diese Liebe gilt der europäischen, nicht der asiatischen Türkei. Das Interesse Englands läßt sich mit einer starken Stellung der Osmanen auf der Balkanhalbinsel sehr wohl vereinigen, aber dasselbe Interesse verlangt eine schwache Türkei in der Nachbarschaft Ägyptens, am Persischen Golf und in den Ebenen des Euphrat und Tigris, während wiederum in Kleinasien an den russischen Grenzen eine wehrhafte Türkei trotz der russischen Entente höchst erwünscht scheint. Diese Grundauffassung läßt sich an allen politischen Schachzügen verfolgen, die seit dem Anlauf zur Regenerierung der Türkei von England gemacht worden sind. Wir glauben sie auch in der jüngsten Vereinbarung zu erkennen, die in bezug der Schiffahrt auf dem Euphrat getroffen worden ist. Trotz aller Vorbehalte, die von der türkischen Regierung gemacht worden sind, läßt sich mit Bestimmtheit sagen, daß die türkischen Dampfer über kurz oder lang vom Euphrat verschwinden und allein die englischen das Feld behaupten werden. Man wird daher nicht ohne Spannung verfolgen, welche Haltung das soeben eröffnete türkische Parlament zu diesem Vertrage, der ihm vorgelget werden muß, einzunehmen gedenkt.

Die kretische Frage ist trotz der türkischen Note, die auf eine endliche Entscheidung drang, von den vier Schutzmächten auf bessere Tage verschoben worden. Von russischer Seite mit einer Motivierung, die zu denken gibt. Wir zielen dabei nicht auf die Antwort des russischen Kabinetts, sondern auf die parallel laufende Ausführung der „Nowoje Wremja", die in letzter Zeit so oft zu offiziösen Kundgebungen benutzt worden ist, daß wir auch hier, wenn nicht den Wortlaut, so doch den Gedankeninhalt als inspiriert betrachten dürfen. Sie geht davon aus, daß die Erhebung der Kreter bestimmt war, die Stellung Österreichs nach der Annexion zu erleichtern, und daß die heute geschaffene Lage sich nur durch eine europäische Konferenz zu gutem Abschluß führen lasse, die noch lange ein frommer Wunsch bleiben werde. Der Schwerpunkt fällt jedoch auf die Schlußausführungen:

„Die russische Regierung wird die jüngste türkische Note offenbar so wohlwollend aufnehmen wie die Türkei es erwartet. Die Autonomie Kretas muß, vom russischen Standpunkt aus, die feurigsten Patrioten des vernünftigen Teils der Bevölkerung Kretas befriedigen. Das Wohlwollen Rußlands steht aber kraftlos der panhellenischen Erregung gegenüber, die nur durch das mächtige Wort Europas zur Vernunft gebracht werden könnte. Da aber eine — vielleicht zwei — Mächte es ablehnen, daß die Balkanfragen auf einer internationalen Konferenz behandelt werden, so kann man auf eine baldige Beruhigung des nahen Orients nicht rechnen. Ja noch mehr! Wenn der pangriechischen Bewegung eine feste Schranke in Kreta gesetzt wird, wird sie sich mechanisch auf die Linie des schwächsten Widerstandes — Mazedonien — werfen. Die Krankheit wird also nicht geheilt, sondern von einer Stelle in die andere gedrängt, und das ist für den allgemeinen Frieden kein großer Gewinn. Vielleicht bedeutet es überhaupt keinen Gewinn, sondern eine direkte Einbuße, da die Erneuerung der Unruhen in Mazedonien dem Frieden weit gefährlicher ist, als die kretische Bewegung, die sowohl lokal, wie durch die Zahl der direkt am Spiel der Nationalitäten interessierten beschränkt wird. Wenn es der Pforte nicht gelingt, Ordnung in dem rebellischen Kreta zu schaffen, wird sie die wahren Schuldigen an ihrem Mißerfolg zu nennen wissen!"

Das glauben auch wir, nur denken wir nicht an dieselben Namen, wie die „Nowoje Wremja". Was aber die internationale Konferenz in Balkanangelegenheiten betrifft, so dürfte keine Macht weniger Neigung

zeigen, an ihr teilzunehmen, als die Türkei, die bei der Rolle, die Rußland und England in der mazedonischen Frage gespielt haben, und bei der offenkundigen Gunst, die sie den Serben und Bulgaren zuwenden, nur zu verlieren und nichts zu gewinnen hätte.

Fast gleichzeitig mit dem türkischen Parlament ist auch der Medschlis in Persien eröffnet worden. An Sorgen wird es ihm nicht fehlen. Die russischen Truppen sind nun wirklich in Ardebil eingetroffen, diesesmal stärker als je vorher. Zunächst 1000 Mann, und das ist nur die Vorhut. Aber man kann mit Spannung erwarten, was die englische Presse dazu sagen wird, die bei all ihrer Neigung für die Entente doch in persischen Angelegenheiten sich ganz erstaunlich mißtrauisch zeigt.

Leider scheint wenig Aussicht zu sein, daß die russisch-österreichischen Erörterungen über die Genesis der Annektierung von Bosnien und der Herzegowina bald ein Ende nehmen. Der erste russisch inspirierte Artikel der „Fortnightly Review" hat zur Entgegnung von österreichischer Seite geführt und so ist es fortgegangen, obgleich sich wohl mit Bestimmtheit sagen läßt, daß, da wir dem fait accompli gegenüberstehen, diese Verhandlung nur noch ein historisches Interesse hat, auf dessen volle Befriedigung doch nicht gerechnet werden kann. Die Bruchstücke von Verhandlungen, die zutage gefördert werden, überzeugen nicht, da sowohl in Rußland wie in Österreich das Urteil bereits feststeht und schwerlich umzustoßen ist. Unter allen Umständen bleibt die eine Tatsache unerschütterlich fest bestehen, daß Rußland durch das Vorgehen Österreichs keineswegs überrascht gewesen ist und im voraus seine Zustimmung dazu gegeben hat. Das sogenannte „aide-memoire" Iswolskis vom 16. bis 19. Juni liegt im Wiener Ministerium, etwa wie Benedetti seine Aufzeichnung über die Erwerbung Luxemburgs und Belgiens in Bismarcks Händen zurückließ. Aber wir meinen, die Veröffentlichung unterbliebe besser. Sie kann eher zu einer Verschlechterung als zu einer Besserung der Beziehungen beider Staaten zueinander beitragen.

Wie weit die Spaltung der Unabhängigkeitspartei in Ungarn zu einer gesunden Entwicklung führen wird, läßt sich schwer voraussagen. Das Justhsche Programm ist schlechthin unannehmbar, es will von einer Koalition mit anderen Parteien nichts wissen, besteht darauf, daß die Ungarische Bank von 1911 ab autonom sein soll, ist intransigent in der Armeefrage und verlangt eine Wahlreform auf Grund des all-

gemeinen Stimmrechts, was, beiläufig bemerkt, sobald es konsequent durchgeführt wird, den Magyaren die Stellung, die Justh erstrebt, wieder rauben würde. Demgegenüber erscheint Kossuth beinahe als gemäßigt. Die wahrscheinliche Lösung scheint dahin zu führen, daß Dr. Wekerle zurücktritt und Graf Andrassy das Ministerium bilden wird. Sein Programm wird uns die Richtung zeigen, die er der politischen Bewegung geben will, unter allen Umständen wird sie von dem Programm Justh abführen.

In Frankreich ist die letzte Woche fast ganz von dem Prozeß Steinheil ausgefüllt worden. In den Zeitungen nahmen die Verhandlungen, wenn wir von den wenigen ernster politischer Arbeit gewidmeten Blättern absehen, fast allen Raum ein. Und doch war es keine politische Angelegenheit wie Panama- und Dreyfusprozeß, und wenn auch hier eine politische Persönlichkeit ersten Ranges, der ehemalige Präsident der Republik Felix Faure, mithineingezogen wurde, so lag dazu keinerlei Notwendigkeit vor, es sei denn, um ein wenig erfreuliches Sittenbild zu vervollständigen. Man hätte den Toten ruhen lassen sollen. Charakteristisch ist, daß der Ausgang des Prozesses niemanden befriedigen konnte, da ein schweres Verbrechen ungesühnt geblieben ist. Es scheint die Schuld der lässigen Voruntersuchung gewesen zu sein, aber wir stoßen auch auf den bösen Vorwurf, daß es am Willen gefehlt habe, die Wahrheit aufzudecken.

„Madame Steinheil", schreibt Judet im „Eclair", „est une femme d'Etat."

Es ist nur zu wünschen, daß Frau Steinheil sich der Öffentlichkeit so entzieht, daß nicht mehr von ihr gesprochen wird; wer aber möchte, nach allem, was diese Frau erlebt hat, dafür die Bürgschaft übernehmen, daß sie uns nicht über kurz oder lang auf einer Pariser Bühne entgegentritt? Ihr Schauspielertalent hat ja allgemeine Anerkennung im kleinen Kreise der Kenner gefunden, die sich den Platz im Zuhörerraum zu erobern oder zu erkaufen vermocht hatten. Weit wichtiger ist es, daß der Kampf des französischen Klerus gegen die Schul- und Kirchengesetze des Staates wieder aufgenommen worden ist, und zwar sofort mit außerordentlicher Leidenschaftlichkeit. Man kann sich kaum schärfer ausdrücken, als es der Erzbischof von Toulouse in seinem Hirtenbrief getan hat. Allem Anschein nach will sich eine katholische Partei, eine Art französisches Zentrum, bilden, und es ist keines-

wegs ausgeschlossen, daß ihm bald weite Kreise zufallen. Namentlich im Süden scheint der Boden diesen Bestrebungen günstig zu liegen und da, wie wir glauben, allerdings bei dem Prozeß der Trennung von Kirche und Staat mit großer Härte vorgegangen worden ist, wird die neue Partei, wenn sie sich konstituiert, darauf rechnen können, daß sie Anklang auch in Kreisen findet, die kirchlich nicht auf gleichem Boden mit ihr stehen, aber ein Unrecht gutmachen wollen, das sie empfinden. Ein solches Unrecht ist gewiß die völlige Verbannung des Religionsunterrichts aus den Schulen, der es möglich macht, daß ein Teil der Jugend ohne jede Beziehung zum Christentum aufwachsen kann. Welcher sittliche Schaden damit verbunden ist, wird sich erst an der Generation zeigen, die von Kindesbeinen an unter dem Regime Combes herangewachsen ist.

Aus Rußland gibt es von erfreulichen Tatsachen zu berichten und von solchen, die es sehr wenig sind. Die Duma ist wieder zusammengetreten und hat den Oktobristen Chomjakow zum Präsidenten wiedergewählt. Seine Partei ist die zahlreichste in der Kammer (130), es folgt die „vereinigte nationale Fraktion" [gemäßigte Rechte und Nationalisten] (93), nächst ihr die konstitutionellen Demokraten [die sogenannten Kadetten] (53), die Rechte (51), die Fortschrittler (40), Parteilose (17), Sozialdemokraten (16), Arbeiterpartei (14), Polen (11), Muselmänner (9), Littauer (7). Innerhalb dieser Gruppen hat sich noch eine Bauerngruppe von 42 Mann gebildet, die nur in rein bäuerlichen Fragen zusammenstimmt. Die Führung gehört danach unzweifelhaft den Oktobristen, die am leichtesten eine Koalition bilden können, die ihnen die Majorität sichert. Auch sind sie arbeitsfähig und arbeitslustig. Sie haben durchgesetzt, daß die Frage der Agrarreform, wie wir wissen, die wichtigste von allen, an erster Stelle zur Beratung kommt. Auch der Antrag auf Beseitigung überflüssiger Festtage fällt in diesen Zusammenhang. Der Antrag geht auf Streichung von 26 Tagen, aber der Heilige Synod will nur 9 Tage opfern, und da wird ein Kompromiß zu finden sein. Der Ministerpräsident Stolypin ist am 14. nach Petersburg zurückgekehrt und hat seine Wohnung im Ministerium des Innern bezogen, während er bisher auf der Jelagininsel seine wohlbeschützte Wohnung hatte. Man rechnet jetzt mit Zuständen, die größere Sicherheit bieten. Der Finanzminister Kokowzew wird am 21. aus Sibirien zurückerwartet, der Minister des Auswärtigen

ist bereits in Petersburg. Die den Zeitungen aus Sibirien zugehenden Nachrichten rühmen die Umsicht und das Interesse, das Kokowzew wirtschaftlichen Fragen zugewandt habe, die politische Seite ist nach dem Tode Itos offenbar ganz zurückgetreten. Übrigens hat man mit der Heranziehung englischer Kapitalisten zur Exploitation sibirischer Goldbergwerke Erfahrungen gemacht, die jetzt in Rußland etwas deprimierend wirken. Am 8. November fand die Generalversammlung der Aktionäre der Lenagoldbergwerke statt und der Vorsitzende, Baron Günzburg, machte die erfreuliche Mitteilung, daß der Bruttoertrag an gewonnenem Golde 2800 Pfund im Werte von über 4 Millionen Rubel ausmache. Damit sei ein Weltrekord gewonnen und beste Aussicht, daß der Ertrag in den nächsten Jahren noch steigen werde. Die Enttäuschung liegt nun darin, daß der Anteil der Engländer von 75% auf 85% gestiegen ist und in russischen Händen nur noch 2000 Aktien sind, von denen 1700 der Administration der Gesellschaft gehören. So falle dieser Goldregen den Ausländern zu, die zudem bemüht seien, nach Möglichkeit den Rest der Aktien aufzukaufen. Nun scheint man entschlossen, diesen Rest tapfer zu verteidigen, aber immerhin ist der Löwenanteil bereits vergeben. Erfreulich sind die Anstrengungen, die von einer ganzen Reihe von Landschaftsversammlungen gemacht werden, allmählich den obligatorischen Schulunterricht einzuführen und ebenso Maßregeln gegen die Trunksucht zu treffen, was freilich schon oft angegriffen wurde. Sehr unerfreulich ist dagegen die weitere Verschärfung der russisch-finnländischen Beziehungen. Eine allerhöchst eingesetzte Kommission, in der Finnländer und Russen vertreten sind, ist zur Ausarbeitung eines Entwurfs eingesetzt worden, der bestimmen soll, in welcher Weise Gesetze von allgemeinstaatlicher Bedeutung auf Finnland ausgedehnt werden sollen. Die Finnländer gründen auf die ihnen von Alexander I. verliehene Verfassung den Anspruch, daß alle Änderungen dieser Verfassung der Zustimmung ihrer Landesvertretung (des finnländischen Landtages) bedürfen, die russischen Vertreter bestreiten die rechtliche Existenz dieser Verfassung, die sie nur als „Projekt" gelten lassen wollen und von der sie behaupten, daß sie den Grundgesetzen widerspreche. Diese Gegensätze sind natürlich nicht auszugleichen und werden in praxi zu Machtfragen, wobei die Entscheidung nicht zweifelhaft sein kann. Staatsräson und verbrieftes Recht stehen einander gegenüber, aber man darf wohl annehmen,

daß ohne die Gewaltsamkeiten, die seit Beginn der Regierung Alexanders III. das Recht Finnlands verletzten und tiefes Mißtrauen hervorriefen, ein Ausweg sich hätte finden lassen, der Recht und Staatsbedürfnisse in gleicher Weise befriedigte. Jetzt verstehen beide Teile sich nicht mehr, und der vor 30 Jahren zufriedenste und wohl auch glücklichste Teil des russischen Reiches ist verbittert und von politischen Krankheiten ergriffen, die er früher nicht kannte. Man darf wohl sagen, daß sie ihm systematisch eingeimpft worden sind. Zu den unerfreulichen Erscheinungen rechnen wir auch das Zunehmen der nationalistischen und ultraklerikalen Strömungen, die sich immer deutlicher geltend machen. Darin liegt eine Zukunftsgefahr, die auch auf das Gebiet der auswärtigen Politik überspringen kann. Endlich ist uns die außerordentliche Gereiztheit aufgefallen, mit der neuerdings die russische Presse die japanischen Verhältnisse, namentlich ihr Vorgehen in Korea, beurteilt. Wir heben eine Nachricht hervor, die uns sonst nicht entgegengetreten ist:

„Die chinesischen Generalgouverneure", schreibt die „Nowoje Wremja", „fahren fort, Befehle zu erlassen, welche die Bevölkerung ermahnen, vom Boykott japanischer Waren abzustehen. Obgleich diese Befehle scharf und kategorisch abgefaßt sind, machen sie auf die Bevölkerung fast gar keinen Eindruck, und der antijapanische Boykott breitet sich immer mehr aus. Namentlich in der südlichen Mandschurei ist er weit verbreitet, wobei die Studenten, die auf japanischen Universitäten studiert haben, die erfolgreichsten Agitatoren sind."

Wir schließen aus alle dem, daß nach dem gescheiterten Versuch einer Annäherung an Japan Rußland sich wieder China zuzuwenden beginnt. Der irredentistischen Rede des Generals Asinari, die eine schnelle Remedur gefunden hat, legen wir keine besondere Bedeutung bei. Nachrichten, die uns von einem italienischen Freunde zugehen, besagen, daß trotz der feindseligen Haltung der meisten italienischen Zeitungen in der Bevölkerung die Überzeugung vorwalte, daß sie ihr materielles Aufblühen der Zugehörigkeit zum Dreibunde zu danken habe. Das aber ist ein politisches Argument von außerordentlicher Stärke.

18. November 1909. Annahme der Gesetzesvorlage über Einführung der persönlichen Wehrpflicht durch die belgische Kammer.
18. November. Entsendung zweier Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten nach Nicaragua.
22. November. Zweite Lesung der Budgetvorlage im Hause der Lords.
23. November. Vertrauensvotum der französischen Kammer bei Beratung der Marokkofrage für das Ministerium Briand.

---

24. November 1909.

Mitunter hat man den Eindruck, als ob sich die Schleier lüfteten, die den Blick in die Zukunft verhüllen; Symptome kommender Dinge, die bisher nur wenig beachtet wurden, treten dann plötzlich in so scharfe Beleuchtung, daß die Entwicklung, die sich an sie schließen muß wie in einem wohlausgeführten Bilde vor uns zu liegen scheint. So hat sich uns je länger je mehr die Vorstellung aufgedrängt, daß wir unmittelbar vor der Bildung einer neuen Großmacht stehen, die sich ebenbürtig und vielleicht einmal in besonders günstiger Lage der Reihe der alten historischen Staaten zur Seite stellen wird. Wir denken dabei nicht an Japan, das trotz der erstaunlichen Energie, mit der es in diesen Kreis eingedrungen ist, doch immer als ein heterogenes Element empfunden wird, schon weil es nicht auf christlicher und monotheistischer Grundlage ruht, sondern an Kanada. Daß die Augen der Welt sich auf Kanada richten, ist jetzt vornehmlich infolge der Bemühungen Englands geschehen, das Dominion of Canada seiner imperialistischen Politik anzuschließen und es zu einem der Glieder jener Konföderation zu machen, die von den Heißspornen seiner Politik gegen Deutschland aufgeboten werden soll. Ob dieses letztere Ziel erreicht werden kann, ist mehr als fraglich, höchst wahrscheinlich aber, daß der von England ausgegangenen Anregung zur Bildung einer starken kanadischen Kriegsflotte genügt werden wird, nur mit dem Unterschied, daß Kanada sich bereit zeigt, die englische Anregung zur Bildung dieser Flotte sich gefallen zu lassen, daß es aber entschlossen ist, seinem Parlament die Entscheidung

zu überlassen, wie und gegen wen sie verwendet werden soll. Der dominierende Gedanke dabei ist, daß es nur zum Schutze kanadischer Interessen geschehen soll.

So etwa sind die Gedanken Sir Wilfrid Lauriers gerichtet, der seit 13 Jahren als Ministerpräsident die kanadische Politik leitet und während dieses langen Zeitraums nichts versäumt hat, um das Dominium einer Entwicklung zuzuführen, die ihm den besonderen kanadischen Interessen förderlich zu sein schien. Nun gehen freilich in Kanada die Meinungen darüber weit auseinander, ob das Eintreten Kanadas in die Reihe der Seemächte und die damit verbundene nicht geringe Steigerung der Wehrkraft zu Lande auch wirklich den Interessen dieser großen englischen Kolonie entspricht. Die einflußreiche französische Bevölkerung des Landes ist entschieden einer solchen Entwicklung abgeneigt, aber ebenso denken zahlreiche Kanadier angelsächsischen Blutes, wie z. B. ein so einflußreicher Politiker wie Goldwin Smith, der von uns oft erwähnte Bystander; endlich haben infolge der entschlossen antideutschen Agitation, die im letzten Jahr von englischer Seite in Kanada geführt wurde, auch die deutschen Kanadier keine Neigung, sich der Flottenbewegung anzuschließen. Wenn wir trotzdem annehmen, daß der jetzt von Sir Wilfrid eingebrachte Antrag die Zustimmung des kanadischen Parlaments finden wird, so spricht dafür, daß das liberale Kabinett, dessen Haupt Laurier ist, in Kammer und Senat über eine sichere Majorität verfügt, und daß auch die Konservativen im April dieses Jahres einer Resolution zugestimmt haben, die folgendermaßen lautete:

„Das Haus erkennt vollauf die Pflichten, die das Wachstum des Volkes von Kanada an Zahl und Reichtum ihm auferlegt, in höherem Grade als bisher die Verantwortung für die nationale Verteidigung zu tragen. Das Haus ist der Meinung, daß unter den gegenwärtigen konstitutionellen Beziehungen zwischen dem Mutterlande und dem sich selbst verwaltenden Dominion die Zahlung regelmäßiger Beiträge zum Reichsschutz, für Marine und Heer, soweit Kanada in Betracht kommt, nicht die beste Lösung der Verteidigungsfrage ist. Das Haus will jeden notwendigen Aufwand gern machen, der bestimmt ist, ein schnelles Zusammenwirken und enge Beziehungen zur Reichsmarine zu fördern, in den Linien, welche die Admiralität auf der letzten Reichskonferenz in Vorschlag gebracht hat, und sympathisiert mit der An-

schauung, daß die Überlegenheit Britanniens zur See wesentlich ist für die Sicherheit des Handels, den Schutz des Reichs und den Frieden der Welt. Das Haus spricht seine feste Überzeugung aus, daß, wenn es je notwendig werden sollte, das kanadische Volk sich bereit finden wird, jedes Opfer zu bringen, das notwendig ist, um der Reichsregierung die loyalste und herzlichste Mitwirkung zur Aufrechterhaltung der Integrität und der Ehre des Reichs zu gewähren."

Nun ist aber auf der Reichsverteidigungskonferenz zu London die ursprüngliche Absicht der englischen Admiralität, die sich die unbedingte Verfügung über die von den Kolonien aufgebrachten Streitkräfte sichern wollte, zu Fall gekommen. England hat sich dazu verstehen müssen, daß die Streitkräfte Kanadas unter kanadischer Flagge und unter Befehl des kanadischen Parlaments stehen werden. Hier liegt der Punkt, der auf die Zukunft hinweist.

In dem „University Magazine" hat, wie wir dem „New York Herald" entnehmen, Mr. C. Frederick Hamilton die Politik Kanadas auf drei Grundprinzipien zurückgeführt:

„Wir wollen im britischen Reich bleiben, wir wollen unabhängig von den Vereinigten Staaten bleiben und Kanada zur zweiten Großmacht des nordamerikanischen Kontinents ausbauen, und wir wollen unsere Autonomie Großbritannien gegenüber behaupten und nach Möglichkeit vergrößern. Das bedeutet, wir wollen unsere nationale Arbeit tun und uns auf unsere eigene Weise entwickeln" (we wish to do our own national business, to develop in our own way).

Die Frage ist nun, wie weit der Obersatz auf die Dauer mit den beiden Untersätzen sich vereinigen lassen wird, und wie lange das Ideal der Generation von heute der kommenden Generation genügt.

Lord Milner hat einmal gesagt: Die Nation von Kanada erwächst aus Samen aus allen Teilen der Erde, und Lord Strathcona, seit 1896 high commissioner of Canada, sagte voraus, daß zu Ende des 20. Jahrhunderts Kanada doppelt so stark bevölkert sein werde, als die britischen Inseln. Kombinieren wir beide Aussprüche, die wir mit geringem Vorbehalt als richtig akzeptieren, so würde sich daraus ergeben, daß das kanadische Volk mit der Zeit seinem Wesen nach ein anderes sein wird als heute. Nach der Zählung von 1901 betrug die Gesamtbevölkerung Kanadas 5 912 923 Köpfe, die nach Nationalitäten sich so gruppierten: Briten 3 066 000, Franzosen 1 649 000, Deutsche 310 000,

andere Europäer 145 000, Indianer 127 000, andere 75 000. Schon damals schloß der Begriff Briten auch die Englisch redenden Einwanderer aus den Vereinigten Staaten in sich. Heute ist die Gesamtbevölkerung auf mindestens 7 Millionen zu schätzen, wobei die Zahl der Einwanderer aus den Vereinigten Staaten von 1903 bis zum 31. März 1909 in Summa 299 603 betrug gegen 700 331 von allen übrigen Ländern zusammengenommen, und in den letzten sechs Monaten übertraf die Einwanderung aus den Vereinigten Staaten die europäische um das Doppelte und war um 20 000 Köpfe stärker als die britische Einwanderung in der gleichen Periode des vorigen Jahres. Diese Einwanderung aus den Vereinigten Staaten besteht aber zum großen Teil aus Deutschen, die bereits in den Vereinigten Staaten ein Vermögen erworben haben und sich im westlichen Kanada als Farmer niederlassen, wo man sie als tüchtige Landwirte, die gute Schule machen, sehr gern aufnimmt. Das englisch-amerikanische Element wendet sich, wie es scheint, lieber dem Handel und der Industrie als dem Ackerbau zu. Wie sehr die Landeinwanderung von Süden her geschätzt wird, zeigt die Budgetrede des Finanzministers W. Stevens Fielding, der bei uns in schmerzlicher Erinnerung steht, weil zu seiner Zeit die Erhöhung des Zolls auf deutsche Waren dekretiert wurde; er veranschlagte im letzten April die Zahl der aus den Vereinigten Staaten zu erwartenden Ansiedler auf 70 000 Köpfe, die in Geld und Geldeswert 70 Millionen Dollar ins Land bringen würden. Der „New York Herald", der im Hinblick auf die wachsende Bedeutung Kanadas in Ottawa eine Agentur und eine telegraphische Berichterstattung angelegt hat, sagt, daß diese Ansiedler von der kanadischen Regierung sehr hoch geschätzt würden; ihnen danke man die glänzende Entwicklung der Weizenkultur, und jede ihrer Niederlassungen sei eine Musterfarm. Viele von ihnen würden britische Untertanen, andere kehrten schließlich, nachdem sie ihr Land vorteilhaft verkauft, in die Vereinigten Staaten zurück, alle aber trügen durch ihre Energie zum Aufblühen des Landes bei und alle glaubten „the twentieth century belongs to Canada". Zahlreich sind auch die Einwanderer aus Island. Man kann sich ungefähr eine Vorstellung von der Bedeutung der fremden Elemente machen, wenn man die Reihe der in fremden Sprachen in Kanada erscheinenden Zeitungen durchsieht. Ich folge dabei den erschöpfenden Angaben der „Canadian Newspaper and Magazine Directory", wobei ich die lange Reihe der

französischen Zeitungen nicht aufzähle. In Manitoba: „Baldur" (isländisch), „Canada" (schwedisch), „Canada-Posten" (schwedisch), „Freya" (isländisch), „Glos Kanadski" (polnisch), „Heimir" (isländisch), „Heimskringla" (isländisch), „Lögberg" (isländisch), „Volkszeitung" (deutsch), „Nordwesten" (deutsch), „Sameiningen" (isländisch), „Skandinavien" (schwedisch). In Alberta: „Alberta Herold" (deutsch). In Saskatschewan: „Deutsche Rundschau". In Ontario: „Evangeliums-Bote", „Canadische Post", „Ontario-Glocke", „Canadisches Volksblatt", „Danebrog" (dänisch), „Deutsche Post", „Canadischer Bauernfreund", „Deutsche Zeitung". Das gibt doch einen starken Zusatz germanischen Blutes, und bei der steigenden politischen Bedeutung der Weststaaten des Dominiums ist eine Einwirkung dieser Elemente auf den Gesamtcharakter der sich bildenden Nation die natürliche und wahrscheinliche Entwicklung. Dazu kommt, daß die neue, mit großer Energie in Angriff genommene Pazifikbahn, die nördlichste des amerikanischen Kontinents (Halifax, Quebeck, Winnipeg, Prinz-Rupert-Land, Britisch Columbia mit der Ausmündung gegenüber den Königin-Charlotte-Inseln), von der bereits 1200 englische Meilen fertiggestellt sind, in wenigen Jahren zum Abschluß geführt sein wird. Das aber kommt, wie wiederum der „New York Herald" ausführt, einer Unabhängigkeitserklärung gleich, und Mr. Fielding sagte, als er für den Bau dieser Bahn agitierte:

„Es ist gut, wenn man unseren Freunden jenseit des Meeres zu verstehen gibt, daß, was wir an Unabhängigkeit jetzt besitzen, behauptet wird, daß wir das Maß unserer Unabhängigkeit durch die jetzt geplante Bahn vergrößern werden, und daß, wenn es notwendig werden sollte, wir auch nicht davor zurückschrecken werden, eine neue zu bauen."

Auch ist das Selbstbewußtsein Kanadas so gefestigt, daß man dort vom Schutz, den die Monroedoktrin bietet, nicht viel mehr wissen will, man steht auf eigenen Füßen. In der schon erwähnten Studie von Hamilton heißt es darüber:

„Wir können nicht den unbezahlten Schutz eines anderen Staates annehmen. Auf dem nordamerikanischen Kontinent gibt es nicht eine, sondern zwei Großmächte."

In der Tat, Kanada ist bereits eine Nation, und in England wird das so sehr empfunden, daß wir in den englischen Zeitungen, wenn

von Kanada die Rede ist, keine andere Bezeichnung finden als „the Canadian nation".

Daß sich daraus für die Leitung der englischen Politik eine überaus schwierige Aufgabe ergibt, zeigt uns u. a. ein Leitartikel des „Standard" vom 20. November, der sich, bei Besprechung des Berichts der Reichsverteidigungskonferenz, folgendermaßen darüber äußert:

„Jedes das Reich umfassende Projekt (Imperial project) muß, wenn es Erfolg haben soll, die fundamentalen Voraussetzungen in Betracht ziehen, welche die Existenz des Reiches bedingen. . . . Das Reich ist einheitlich, aber seine Glieder sind etwas Besonderes (separate). Reichsinteressen und Nationalinteressen müssen zugleich zusammengefaßt und getrennt werden. Es ist kein Erfolg durch ein System zu erreichen, das diese Punkte, auf die alles ankommt, nicht berücksichtigt, oder das Kanada, Australien, Neu-Seeland, Südafrika behandelt, als wären sie nicht Staaten, sondern Provinzen. . . . Wir müssen uns erinnern, daß jede ausgebildete Nation (complete nation), jede Gemeinschaft mit Selbstverwaltung und Selbstvertrauen selbst für die eigene Verteidigung sorgen will. Die Dominien sind sich dieser Pflicht oder dieses Privilegs wohl bewußt und wollen es annehmen. Sie gehen von dem Prinzip aus und die Reichsregierung stimmt dem völlig zu, daß jeder überseeische Staat vollkommene Verfügung über die in seinen Grenzen ausgehobenen Streitkräfte haben solle, soweit Equipierung, Disziplin, Training und Kommando in Betracht kommen. Diese Streitkräfte sind aber, wie die unserer Inseln, bestimmt, einem zwiefältigen Zweck zu dienen; erstens sollen sie das Territorium vor Angriff und Invasion schützen, zweitens muß ein gewisser Teil dieser Lokalarmeen verfügbar sein, mit den insularen Truppen im Reichsdienst zu kooperieren."

Das wird dann im einzelnen ausgeführt. Man müsse in den verschiedenen Dominien das Home-Army-System Englands einführen, nach den von der Reichskonferenz gemachten, auf Einheitlichkeit hinarbeitenden Vorschlägen, und dafür Sorge tragen, daß jederzeit schlagfertige Truppen bereitstehen, um dorthin geschafft zu werden, wo sie Schulter an Schulter mit anderen Expeditionstruppen zu kämpfen bestimmt sind, nicht als Individuen, sondern in Regimentern, Brigaden, Divisionen, die für den modernen Krieg ausgebildet sind. Diese notwendige Einheitlichkeit zu besorgen, werde die Aufgabe des Reichs-

Generalstabes sein, so daß die Reichsarmeen würdig der Reichsflotte zur Seite treten würden.

„Die britische Flotte, unterstützt durch koloniale Beiträge und durch die Lokal-Geschwader, die zu errichten drei Dominien sich bereits entschlossen hatten, haben die Aufgabe, die See für die gewaltige vereinigte Macht freizuhalten und sie eilig hinüberzuführen, entweder um das britische Territorium zu schützen, oder um dem Kriege auf dem Boden des Feindes ein Ende zu machen. Es kann als sicher angenommen werden, daß, wenn das Vereinigte Königreich, mit Hilfe seiner Tochternationen, erfolgreich seine Stellung zur See zu behaupten vermag, und wenn das Empire fortfährt, seine Kriegsmacht im Verhältnis seines Wachstums an Reichtum und Bevölkerung zu steigern, die Zeit kommen wird, da wir in der Tat „unangreifbar" sein werden. Die Zeit mag kommen, aber noch liegt sie fern, und es gibt noch viel zu tun. Vor allem, das Vereinigte Königreich muß seine Übermacht zur See behaupten, bis die strategische Organisation des Empire vollendet ist, und einen wesentlichen Teil der Last könnten unsere Landsleute über See von unsern müden, aber noch kräftigen Schultern nehmen."

Diese Ausführungen bedürfen wohl keiner weiteren Erläuterung. Sie zeigen uns den weitestangelegten Kriegsplan, der seit Menschengedenken gefaßt worden ist, und seine Verwirklichung wäre eine Bedrohung jeder Selbständigkeit, auch der jener englischen Kolonien, die sich diesem System nicht anzuschließen geneigt sind. Doch uns scheint, daß diese Kriegsbäume nicht in den englischen Himmel zu wachsen bestimmt sind. Ein Argument dagegen boten die Betrachtungen über Kanada, die wir an die Spitze gestellt haben. In den übrigen großen englischen Kolonien gehen die Zustände einer ähnlichen Entwicklung entgegen, d. h. es bilden sich neue Mischvölker, und mit der steigenden Leistungsfähigkeit steigen auch ihr Selbstgefühl und ihr nationaler Egoismus. Keine dieser werdenden Nationen glaubt sich von Deutschland bedroht, da der Gedanke zu absurd ist, um überhaupt gefaßt zu werden. Wenn für Australien und Neu-Seeland eine Gefahr besteht, was wir nicht glauben, droht sie von dem Alliierten Englands, von Japan. Was sollte die großen Kolonien nun bewegen, der eingebildeten deutschen Gefahr wegen, die den Engländern ihren gesunden Verstand zu rauben droht, sich politischen Abenteuern auszusetzen, die nur Opfer fordern können und jeden Gewinn für sie ausschließen?

Denn darüber ist kein Zweifel, daß diese gewaltige Koalition, die England plant, sich nur gegen Deutschland richtet. Auch wird ja daraus kein Hehl gemacht. In dem „Referrer" vom 14. November wird der Vorschlag gemacht, das Nachrichtenbureau der englischen Admiralität mit einer Zulage von 250 000 Lstr,. also von 5 Millionen Mark, zu dotieren, damit eine wirksame Spionage gegen Deutschland organisiert werde. Derselbe Artikel tritt dafür ein, daß der Krieg gegen Deutschland ohne vorausgegangene Kriegserklärung begonnen werde, und nimmt an, daß das Jahr 1912 diesen Krieg bringen werde. Aber der „Referrer", der uns zum erstenmal zu Gesicht gekommen ist, hat vielleicht wenig Einfluß. Weit bedeutsamer scheint uns die Tatsache, daß die „Westminster Gazette" die Nachricht bringt, daß die neue chinesische Admiralität mit dem (chinesischen) Auswärtigen Amt darüber in Verhandlung getreten sei, wie am besten Kiautschou von Deutschland zurückgewonnen werden könne, um daraus eine chinesische Flottenstation zu machen. Prinz Tsai Hsun und Admiral Sah seien nach ihrer Inspektionsreise in Peking gut empfangen worden und seien jetzt im Begriff, in Marineangelegenheiten eine große Auslandreise zu unternehmen. Inzwischen erhalte ein Provinzialgouverneur nach dem andern eine Jahreszulage zum Unterhalt der neuen Flotte, und es sei unzweifelhaft, daß der Flottengedanke festen Grund gefaßt habe. Die Mannschaft der Flotte wolle man aus den sechs Küstenprovinzen und den Flußprovinzen Kiangsi, Hupeh und Nganhwai rekrutieren, die allezeit eine Flußmarine gehabt hätten. Vortreffliche Seeleute liefere der Jangtsekiang. Auf der Twankauinsel in der Mandschurei solle eine Werft errichtet und einem besonderen Taotai unterstellt werden. Die große Flottenbasis aber werde Siangshan, südlich von Ningpo sein. Die Wahl des Platzes sei endgültig getroffen und die Arbeiten hätten bereits begonnen.

Das ist gewiß sehr lehrreich, besonders auch die Tatsache, daß England zum Mitwisser dieses Planes gemacht worden ist und es nützlich findet, ihn orbi et urbi zu verkünden. Die „Westminster Gazette" ist bekanntlich das offizielle Organ der englischen Regierung. Alles in allem ist man dieser offenen und versteckten Feindseligkeit, die uns auf Schritt und Tritt begegnet, bei uns bis zum Ekel müde geworden. Daß Deutschland keine Anschläge gegen England plant, weiß nicht nur jedermann bei uns, es glaubt auch niemand in aller Welt, daß wir uns mit der Absicht tragen, England zu überfallen. Auch in England müßte jede

ruhige Überlegung die künstlich gepflegte Vorstellung von der deutschen Gefahr zu Fall bringen, wenn nicht ein entschlossener böser Wille uns gegenüberstände. Es wäre ein politischer Wahnsinn, wenn wir nicht damit rechneten, zumal dieser böse Wille sich mit der Ententepolitik Englands und mit der zügellosen Agitation der russischen Presse kombiniert. Daß übrigens der Artikel Swjätopolk-Mirski's in den „Peterburgskija Wjedomosti" — die trotz des Dementis, das sie sich haben gefallen lassen, ein von der russischen Regierung notorisch subventioniertes Blatt sind — nicht ein Unikum darstellt, mag die Tatsache beweisen, daß im Oktoberheft der Zeitschrift „Russisches Altertum" (Russkaja Starina) in den Memoiren des Senators Essipowitsch die folgende vom 26. Februar st. v. 1888 datierte Aufzeichnung zu lesen ist:

„Ein großer Mensch ist nicht mehr, ein großer Kaiser ist von der Schaubühne der Welt getreten! So lautete die allgemeine Stimme in der ganzen Welt." Gott bewahre die Welt vor solchen großen Menschen, die ganz Europa bis auf den letzten Mann bewaffnet haben und wenn nicht heute, so doch morgen in einen ungeheuren Zerstörungskrieg nötigen würden. Kaiser Wilhelms Ruhm, so sagt man, ist, daß er Deutschland geeinigt und das mächtige Deutsche Reich gegründet habe. Aber weshalb und für wen war das nötig? Ist Deutschland dadurch glücklicher, humaner geworden? An die Stelle der kleinen friedfertigen Staaten, die untereinander und mit den Nachbarvölkern nur in Kunst und Wissenschaft wetteiferten, ist jetzt im Herzen Europas jenes absurde Soldatenlager getreten, das ganz Europa, die ganze Welt mit einer wilden Invasion, barbarischer Zerstörung und Verachtung alles dessen bedroht, was der Menschheit noch heilig und teuer ist! — Ist dieses Deutschland für die Menschheit notwendig?

Offenbar muß das Hauptziel der nächsten Zukunft sein, fast alles zu zerstören, was Kaiser Wilhelm und Bismarck geschaffen haben; Europa wird sich nur dann beruhigen können, wenn das von ihnen geschaffene einige Deutschland nicht mehr existiert, wenn aus dem Staube die früheren patriarchalischen deutschen Kleinstaaten wieder erstehen, die niemanden bedrohten und sich stets der Macht anschließen konnten, die ungerecht angegriffen wurde!"

Man sieht, in den 21 Jahren, die zwischen dieser Aufzeichnung des Senators und dem Kriegsruf des Fürsten liegen, scheint sich in der Denkweise der russischen Intelligenz nichts geändert zu haben.

Wir haben diesen ernsten Fragen fast unsern ganzen Raum opfern müssen, und doch brachten die letzten acht Tage eine Reihe wichtiger Ereignisse, die wir uns begnügen müssen, nur im Fluge zu berühren. Nach dem Kriegsruf Lord Lansdownes hat der Kampf um das mit dem Budget des Unterhauses verbundene Reformprogramm begonnen, und überall in England hat man die Empfindung, vor einer großen Entscheidung zu stehen. Um so mehr fällt die Gleichgültigkeit auf, die von der englischen Presse der Kolonien, soweit sie nicht direkt von London genährt wird, diesen Fragen entgegengetragen wird.

Es ist eben eine Welt anderer Interessen.

In Frankreich hat der Ministerpräsident Briand mit außerordentlicher Geschicklichkeit der Falle zu entgehen verstanden, die ihm gestellt war, und Herr Clemenceau, der schon daran dachte, seine Reise nach Ägypten aufzugeben, wird sie jetzt wohl antreten können.

„Er sagte vor einigen Tagen einem radikalen Deputierten, dem er auf dem Pont de la Concorde begegnete: Mit Briand geht es zu Ende. Ich bin sicher, daß sich niemand in der republikanischen Partei mehr über ihn täuscht. Ihr sollt mir diesen Burschen stürzen und zwar schnell, und da die Radikalen niemanden haben, auf den sie sich verlassen können, werde ich die Wahlen machen."

So erzählt Herr Judet im „Eclair" und schildert dabei recht anschaulich, wie Clemenceau, den Hut auf einem Ohr, den Spazierstock in der Tasche, gegen den Wind über die Brücke geht. Es muß in den letzten kalten Tagen gewesen sein. In Ägypten wird er es wärmer haben.

In dem Streit um die Schule hat Papst Pius X. mit großer Entschiedenheit in einer Ansprache an französische Pilger für den Erzbischof von Toulouse Partei ergriffen und bitter über die Kirchen- und Schulpolitik des heutigen Frankreich geklagt, auch seiner Hoffnung auf bessere Zeiten Ausdruck gegeben.

Es ist in der Kammer und in der Presse viel von Marokko die Rede gewesen. Alle diese Äußerungen waren für Mulay Hafid wenig günstig. Aber was vorgebracht wurde, ist nach den sachkundigen, unzweifelhaft glaubwürdigen Ausführungen, die Professor Theobald Fischer in der letzten Sonntagnummer der „Kreuz-Zeitung" veröffentlicht hat, falsch. Wir können uns seinen Ausführungen, soweit wir die Sachlage übersehen, nur anschließen und denken auf diese Frage noch zurückzukommen. — In Rußland spitzt sich der Gegensatz zu Finnland

immer mehr zu. Der Landtag ist aufgelöst worden, und der neue Landtag soll erst im März nächsten Jahres zusammentreten. Die Presse spricht von einer bevorstehenden Änderung des Wahlgesetzes, aber es tauchen auch viel radikalere Ansichten auf: Annektierung des Gebiets von Wyborg und völlige Aufhebung der finnländischen Verfassung. Da die finnländische Frage bestimmt ist, Gegenstand der Verhandlungen in der Duma zu werden, lassen zuverlässige Einblicke in die Politik der Regierung sich bald erwarten. Wir können aber schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß die Duma den Finnländern feindseliger ist als das Ministerium, und daß die Anträge des letzteren eher eine Verschärfung als eine Milderung erfahren werden. Um Mißverständnissen in der Beurteilung des vornehmsten Streitpunktes vorzubeugen, wollen wir jedoch ausdrücklich darauf hinweisen, daß der finnländische Landtag sich nicht geweigert hat, die von der Regierung geforderten 30 Millionen überhaupt zu zahlen, sondern nur verlangt, daß der verfassungsmäßige Weg eingeschlagen werde und die Willigung durch den finnländischen Landtag auf Antrag der Regierung erfolge. Dieser prinzipielle Gegensatz aber kehrt bei allen anderen Streitfragen wieder.

Die „Nowoje Wremja" wiederholt die Nachricht einer russischen in Charbin erscheinenden Zeitung, derzufolge dreißig japanische Kaufleute sich vor kurzem in Charbin aufgehalten hätten. Nach ihrer Abreise habe sich herausgestellt, daß diese angeblichen Händler, die sich außerordentlich wißbegierig zeigten, Offiziere des Kriegsrats in Tokio gewesen waren. An diese Mitteilung, die auffallend genug ist, wird keinerlei Bemerkung geknüpft.

Auch das mag zum Schluß notiert werden, daß der „Golos Moskwy" einen langen Artikel bringt, der es als eine nationale Gefahr bezeichnet, daß die Zahl der aus der Armee freiwillig ausscheidenden Offiziere stetig zunehme. Wir wissen nicht, ob auch Fürst Swjätopolk-Mirski zu dieser Kategorie gehört.

25. November 1909. Besuch König Ferdinands in Belgrad.
26. November. Verhaftung des Oberleutnants Hofrichter in Linz.
29. November. Weitere Verschärfung des russisch-finnländischen Konflikts.
30. November. Eröffnung des Deutschen Reichstags.
1. Dezember. Annahme der Resolution Lansdowne durch das Haus der Lords.

1. Dezember 1909.

Über den Artikel des Fürsten Swjätopolk-Mirski und die Aufnahme, die er in Deutschland und Österreich-Ungarn gefunden hat, dürfte sich jetzt so ziemlich die gesamte russische Presse geäußert haben. Es ist das zum Teil in recht erfreulicher Weise geschehen, d. h. es ist darauf hingewiesen worden, wie wünschenswert, ja wie notwendig gute nachbarliche Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland seien. Die Anzettelung eines russisch-deutschen Krieges, wie Swjätopolk-Mirski ihn entworfen hat, wird z. B. von den „Moskowskija Wjedomosti" als geradezu verbrecherisch bezeichnet. Rußland könnte von einer Unterstützung der Bestrebungen Englands, die auf Schwächung Deutschlands gerichtet sind, nichts gewinnen, da es dadurch selbst der Stütze im Kampfe mit England beraubt werde, dessen Interessen mit den russischen kollidieren. Es knüpfen sich daran einige wenig freundliche Bemerkungen über die anglophile Politik des Herrn von Iswolski, dem seine Mißerfolge in Persien und auf dem Balkan vorgeworfen werden. Nun wird der Minister wohl darauf hinweisen können, daß noch nicht aller Tage Abend ist, und allerdings glauben wir, daß er keinen seiner Pläne als gescheitert aufgegeben hat, gewiß aber hat er keinerlei Anteil an den blutigen Utopien Swjätopolk-Mirskis. Völlig abschütteln läßt sich diese Kriegsphantasie jedoch nicht. Sie ist die logische Konsequenz der langen Reihe von Hetzartikeln, die von der „Nowoje Wremja" — die doch immer das Blatt bleibt, das jeder Russe liest — ohne Unterlaß gegen Deutschland gerichtet worden sind, und deshalb, als Symptom dessen, wohin dies Treiben führt, haben wir darauf hingewiesen. Die politische Phantasie ist vergiftet worden, und das ist immer gefährlich.

Jetzt eben laufen wieder die wildesten Gerüchte über angebliche Vorbereitungen Japans zu einem zweiten Kriege gegen Rußland um, der schon im nächsten Frühjahr ausbrechen soll und bereits werden überall in Finnland japanische Spione gewittert. Denn auch Finnland wird als eine Gefahr empfunden und mit den Maßregeln zur Entwaffnung dieses Feindes in rücksichtsloser Weise vorgegangen. Nun glauben auch wir an eine finnländische Gefahr, aber in dem Sinne, den Professor Bornhak soeben in der zweiten Auflage seines Buches „Rußland und Finnland" (Leipzig, Duncker u. Humblot) geltend macht. Die Tatsache, daß die ungeheure Majorität der Russen den unzweifelhaft an Finnland begangenen Rechtsbruch nicht nur billigt, sondern zu seiner weiteren Verfolgung antreibt, bedeutet eine Gefahr für das Recht der Duma, das auf einer weit weniger festen Grundlage ruht und weit jünger ist, als das Finnlands. Die Beschränkung der durch Artikel 69 der Verfassung der Duma verliehenen Rechte durch das Dekret vom 6. September d. J. hätte als ein Memento verstanden werden müssen — das ließ auch der letzte Kongreß der Oktobristen in Moskau erwarten — aber nationalistische Fragen spielten mit, und Rußland steht noch immer unter der Nachwirkung der Tatsache, daß durch viele Jahrhunderte die Begriffe verboten und erlaubt, nicht der Rechtsbegriff, als Norm gedient haben.

Uns ist unter diesen Umständen der Aufsatz von Interesse gewesen, den Peter Struve, der ehemalige Herausgeber der „Befreiung", das ist des Blattes, das in der Vorgeschichte der russischen Revolution wie der russischen Verfassung eine historische Rolle spielte, in der Zeitschrift „Russkaja Mysl" (der russische Gedanke) veröffentlicht hat.

Er geht von der Behauptung aus, daß der konstitutionelle Gedanke in Rußland stetig an Boden gewinne, daß aber die Regierung diese Tatsache nicht wahr haben wolle und sie mit den politischen Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, nicht anerkenne. So sei eine widerspruchsvolle Lage geschaffen worden, und ihre Opfer seien die beiden zurzeit einflußreichsten Männer, der Ministerpräsident Stolypin und der Führer der Majorität in der Duma A. J. Gutschkow. Beide aber führten in Wirklichkeit nicht, die Lage bestimme ihr Handeln und beide hätten die konstitutionelle Fahne, zu der sie ursprünglich schworen, preisgegeben: Gutschkow, indem er die Oktobristen solidarisch an die Regierung band und dadurch in eine unwahrhafte Stellung geriet,

Stolypin, indem er den Konstitutionalismus mit der Selbstherrschaft zu versöhnen suchte, ihn ihr tatsächlich aber unterordnete. Beide seien echte Patrioten, aber beide nicht Staatsmänner von einem Bewußtsein höherer Verantwortlichkeit. Struve urteilt dabei härter über Gutschkow als über den Ministerpräsidenten. Gutschkow, sagt er, liebt die Verfassung mit seinem Gemüt, er hängt an ihr, und wenn er ihr untreu wird, wird er sich selber, seiner Natur untreu; Stolypin dagegen, den nur sein Verstand der Verfassung zugeführt habe, könne, wenn er sie preisgebe, sein Wort brechen und einen politischen Fehler machen, aber dadurch werde er seiner Natur nicht untreu. Mit seinem ganzen Wesen hänge er an der Monarchie, die Konstitution sei ihm eine Notwendigkeit gewesen, der er in möglichst unschädlicher Form Rechnung getragen habe, soweit sie mit der „Selbstherrschaft" vereinbar war. Und dann, er sei Gutsbesitzer und Beamter, und beides liege, wenn auch nicht ganz bewußt, all seinem Tun zugrunde. Wenn seine Agrarpolitik trotzdem durch Begründung des Kleingrundbesitzes dem alten Rußland, dessen Fundament der Großgrundbesitz gewesen sei, das Grab gegraben habe, etwa ebenso wie die Politik Wittes durch Begründung einer künstlichen Industrie in Rußland ein revolutionäres Element hineinführte, so sei das nur geschehen, weil er die Folgen nicht übersah. Der „Beamte" in Stolypin ordne sich unter allen Umständen dem „absoluten" Willen unter. Hieran schließt Struve einen Vergleich zwischen Gutschkow und Thiers einerseits und Stolypin und Bismarck andererseits, wobei hervorgehoben wird, daß Bismarck, der auch Landedelmann und Beamter war, nicht eine Ader vom Tschinownik und von dessen Unterordnungsbedürfnis gehabt habe, und trotz all seiner monarchischen Treue, in schweren Kämpfen mit seinem kaiserlichen Herrn, doch stets das Staatsinteresse, wie er es verstand, vertrat und durchsetzte. Zu einem Staatsmanne in diesem Sinne fehle es Stolypin an Kraft. Er sei zwar weit mehr als ein Durchschnittsbeamter, aber der ungeheuer verwickelten Lage, die er vorgefunden, nicht gewachsen, ihr Opfer, wenngleich nicht ihr Urheber. Es folgt ein rascher Blick in die auswärtige Lage, die — wie Struve meint — in die Kombination: England, Frankreich, Rußland, Italien ausmünden werde, und der der Kampf Englands und Deutschlands um die Hegemonie in Europa zugrunde liege, was den Interessen Rußlands entspreche, aber seine Lage noch mehr erschwere und kompliziere. Die finanzielle und innere politische Schwäche des Reichs

sei dabei die Hauptgefahr, bedeute aber, so traurig das auch sei, eine der Hauptstützen der russischen Konstitution. Diese Konstitution bestehe seit dem Manifest vom 17./30. Oktober 1906 zu recht, für die tatsächlich herrschenden Kreise aber existiere sie nicht. Die gesetzgebende Gewalt der Duma sei fast auf ein Nichts reduziert, die Vollmachten des Ministerrats gesteigert, außeramtliche Kreise übten einen ungeheuren Einfluß aus, so daß ein normales Zusammenwirken von Regierung und Volksvertretung völlig ausgeschlossen sei. Trotz allem aber sei es unmöglich, die Verfassung zu beseitigen, denn auf ihr ruhe der Staatskredit Rußlands und damit auch die Möglichkeit einer auswärtigen Politik. Wir führen die zusammenfassende Schlußbetrachtung wörtlich an:

„Das ist die verwickelte Zeichnung unserer politischen Wirklichkeit: Die Verfassung besteht von Rechts wegen und ist nicht vorhanden im Bewußtsein der Regierenden. Die Verfassung fehlt im Leben, in der politischen Atmosphäre, die jeder im Lande einatmet, und sie ist zweifellos vorhanden in der politischen Atmosphäre, die das Reich, als Glied der internationalen Familie, einatmet. Es muß noch hinzugefügt werden, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung die Idee des Absolutismus in ihren Wurzeln diskreditiert und direkt verhaßt ist, daß der Konstitutionalismus mithin in Rußland zu einem volkstümlichen Gedanken geworden ist — mag unser Volk politisch unentwickelt und die faktische Beherrschung der Verfassung seinen schlecht vorbereiteten Händen entglitten sein, es hat die Idee des Konstitutionalismus durch die Praxis des Lebens so weit erfaßt, daß sie ihm ein organischer Besitz geworden ist. Auch das ist eine Tatsache, die zum Glück nicht beseitigt werden kann. Für unsere regierenden Kreise dagegen ist die Verfassung bloß ein äußerliches Faktum, eine rein äußerliche Beschränkung, eine Formalität und eine Belästigung, nicht ein innerlich notwendiges machtvolles Faktum eigenen Rechtsbewußtseins. Es fehlen die Elemente des konstitutionellen Gedankens. In dieser Hinsicht unterscheidet sich unsere politische Entwicklung schroff von der Preußens und der meisten deutschen Staaten. Dort ist der Rechtsstaat und das ihm entsprechende Rechtsbewußtsein im Schoß des Absolutismus selbst vorbereitet worden und zwar zum Teil von eben den Faktoren, die vom Standpunkt der Verwaltungstechnik die Stütze des Absolutismus bildeten, von der Bureaukratie und zum Teil vom Richterstande... Wir leben im Nebel all dieser unversöhnlichen Gegensätze und empfinden sie jeden Augenblick als einen bald dumpfen,

bald stechenden Schmerz, der die Gesamtheit und den einzelnen persönlich trifft."

Wir haben diesen aus kadettischem Lager stammenden Schmerzensruf nicht übergehen wollen und ehren ihn wegen seiner inneren Wahrhaftigkeit. Daß wir keineswegs überall mit diesen Ausführungen übereinstimmen, brauchen wir nicht ausdrücklich zu sagen. Der Fehler der Duma scheint uns, wie wir schon oben andeuteten, vornehmlich darin zu liegen, daß sie, ebensowenig wie die Regierung es tut, das Volk zu dem ihm fehlenden Rechtsbewußtsein erzieht. Von Gutschkow und den Oktobristen haben wir die Vorstellung gewonnen, daß sie, trotz des heute dagegen sprechenden Scheins, der gemäßigten Rechten zuneigen und die Verfassung verteidigen, soweit es ihnen möglich ist, ohne einen Bruch mit der Regierung herbeizuführen, daß aber auch ihnen das Rechtsbewußtsein verloren geht, sobald es sich um nationalistische Tendenzen handelt. Was aber die Politik des Ministerpräsidenten betrifft, so läßt sich doch nicht übersehen, daß er vor allen Dingen dahin arbeitet, ein zuverlässiges Beamtentum zu erziehen, indem er rücksichtslos ausschaltet, was mit unreinen Händen arbeitet. Die Senatorenrevisionen, zumal die Garinsche Revision erst in Moskau, jetzt in Warschau, die schonungslos durchgeführten Prozesse gegen die Schuldigen an den ungeheuren Unterschlagungen der letzten Jahre können dafür wohl als Beweis dienen. Wieweit Einflüsse des Hofes, der Geistlichkeit, der Gesellschaft, der extremen Rechten ihn lähmen, läßt sich aus der Ferne nicht beurteilen. Daß eine Neigung zu reaktionärer Politik sich geltend macht, ist nicht zu verkennen; offenbar aber überwiegt das Bestreben auch bei ihm, es zu keinem Bruch zwischen Duma und Regierung kommen zu lassen.

An den politischen Ausführungen hat uns interessiert, daß auch Struve den Anschluß Italiens an die Tripelentente erwartet, es ist das Echo der in Petersburg nach Racconigi umlaufenden Hoffnungen, wie denn nicht zu verkennen ist, daß der italienische Besuch des Zaren die politische Atmosphäre nicht geklärt, sondern verdunkelt hat. Die Rede Aſinaris war nur ein Symptom der in Italien vorherrschenden Stimmung, und dasselbe gilt von dem Artikel des „Corriere del Matino", von dem der „Temps" sagt, daß sein Verfasser ein „général éminent" sei und daß der „Corriere" „les relations les plus amicales" zu Herrn Giolitti unterhalte. Dieser Artikel berechnet erst die verfügbaren Streit-

kräfte des Dreibundes und der Tripelallianz, dann die Italiens allein, darauf die Deutschlands und Österreich-Ungarns zusammengenommen, um zu dem Schluß zu gelangen, daß es in Italiens Hand liege, der einen oder der anderen Seite das Übergewicht zu sichern. 1914 müsse die Entscheidung für Italien fallen, welcher von beiden Kombinationen es sich anschließen solle und alle Sympathien des général éminent stehen auf seiten der Entente. Er fügt dann eine recht schwache Schlußbetrachtung an, um die friedfertige Tendenz jener Quadrupelallianz — denn das müßte es um der Sicherheit Italiens willen sein — darzulegen. Wir sind anderer Meinung und glauben, daß sie auf dem kürzesten Wege zu einer Konflagration führen müßte, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht im Interesse Italiens liegt. Die Tendenz, sich der stärkeren Gruppe anzuschließen, und dafür hält der „Corriere" wegen der Übermacht Englands zur See die Ententemächte, macht sich dabei mit recht unverhüllter Naivität geltend und mag auf historische Erinnerungen zurückgehen. Der „Temps" hat es nun doch für notwendig gefunden, etwas Wasser in diesen allzufeurigen Wein zu gießen. Er wolle nicht kommentieren, aber so bestimmt die Darlegungen des Generals seien, erschienen sie ihm in mancher Hinsicht chimärisch. Die Probleme lägen nicht so einfach; materielle und moralische Faktoren, geographische und historische Voraussetzungen würden nicht beachtet, Fragen als entschieden betrachtet, die es nicht seien. So sei es speziell keineswegs feststehend, daß England einer oder mehreren europäischen Allianzen beitreten wolle. Immerhin aber sei zu beachten, daß man hier ein beredtes Zeugnis für die Gedankenwelt habe, die in Italien aufgekommen sei, und die auf mögliche Wandlungen der allgemeinen Politik hinweise.

Das mag richtig sein; nur meinen wir, daß England jene Scheu vor Allianzen nicht hegt, daß aber andere Mächte sich mehr als einmal bedenken werden, ehe sie einer solchen zum Kriege drängenden Kombination beitreten.

Mit großem Interesse haben wir die Verhandlungen verfolgt, die nach einem Vorspiel in der Presse in der französischen Kammer über die Marokkopolitik stattgefunden haben. Wir stellen uns dabei durchaus zustimmend auf den Boden der von Herrn Pichon abgegebenen Erklärungen und sehen in ihnen keineswegs, wie es in einigen unserer Zeitungen geschehen ist, eine Gefährdung unserer Interessen. Wir wollen den Standpunkt behaupten, zu dem wir uns in dem

Abkommen vom 9. Februar entschlossen haben, und glauben, daß es gute Politik war, ihn einzunehmen. Beide Teile haben in den Grenzen dieser Vereinbarung freie Bewegung, und bisher sind ohne jede Ausnahme die deutschen Interessen von französischer Seite in loyaler Weise unterstützt worden, ganz wie wir, wo es notwendig war, unseren Einfluß in Fez zur Förderung französischer Interessen innerhalb dieses Rahmens geltend gemacht haben. Dabei wird es, wie sich mit Bestimmtheit annehmen läßt, auch in Zukunft bleiben — soweit die Zukunft sich vorhersehen läßt —, die neue Form der französischen „pénétration pacifique" stört unsere Kreise nicht. Sie muß, wenn Mulay Hafid klug ist, auch Marokko selbst zum Nutzen gereichen.

Die englische Verfassungsfrage, denn dazu hat der Kampf um das Budget Lloyd Georges sich zugespitzt, steht nun unmittelbar vor der Entscheidung. Es kann aber kaum noch daran gezweifelt werden, daß trotz der Abmachung Roseberys das Oberhaus ein ablehnendes Votum geben wird. Danach muß die Auflösung des Unterhauses folgen, und in dem dann entbrennenden Wahlkampfe dürfte die Reform des Oberhauses in der den Lords unangenehmsten Form die Parole werden. Hört man doch sogar von dem alten Gladstoneschen Kampfruf „to mend or to end" nur das Schlußwort. Es ist unter diesen Umständen doch von Interesse, sich den heutigen Bestand des Oberhauses etwas näher anzusehen. Der „Standard" hat am 22. November ein vollständiges Verzeichnis des Hauses der Lords gebracht. Er ordnet sie nach Rubriken. Statesmen 27. Unter ihnen sind 5 Bankdirektoren. Railway Directors (Eisenbahndirektoren) 35. Makers of the Empire (Bildner des Reichs) 30. Davon 3 Bankdirektoren. Diplomatic Service (Diplomaten) 16. Davon ein Telephondirektor und ein Kompagnon einer Bank. Military and Naval Service (Militär und Seeleute) 101. Davon ein Direktor einer Kautschukgesellschaft und ein Direktor einer Lebensversicherung. Bankers (Bankiers) 35. Educationists (Pädagogen) 3. Ecclesiastics (Geistliche) 31. Captains of Industry (Großindustrielle) 39. County Workers (Grafschaftsbeamte) 88. Jurists 16. Scientists (Gelehrte) 2. Landowners (Großgrundbesitzer) 146. In dieser Rubrik wird die Größe des Grundbesitzes in Acres angegeben, er schwankt zwischen 249 300 als Maximum und 6000 als Minimum, aber diesem niedrigsten

Besitzstand begegnen wir nur in einem Fall. Als Unclassified werden 31 bezeichnet und den Schluß bilden 11 Minorenne. Das gibt unter 608 Mitgliedern des Hauses 123 Bankiers oder Großindustrielle und 146 Großgrundbesitzer, die, wie wir uns die Mühe genommen haben nachzuzählen, 5 526 986 Acres besitzen. Es fehlt die Angabe nur bei einem, von dem aber heißt es, daß er sehr bedeutende Liegenschaften in London besitze. Lloyd George hat in Newcastle bei der Verteidigung seines Budgets behauptet, der Unterhalt eines Duke koste so viel wie zwei Dreadnoughts, was sich natürlich nicht kontrollieren läßt, aber bei dem ungeheuren Reichtum, den das Oberhaus repräsentiert, ist es begreiflich, daß die Ablehnung der Erhöhung der Einkommensteuer und der Erbschaftssteuer gerade von ihm Erbitterung erregt, zumal der Gegensatz zwischen übermäßigem Reichtum und elendestem Pauperismus nirgends mehr in die Augen fällt. In Frankreich und in Deutschland ist nichts Analoges zu finden. Aber gerade in diesen Kontrasten liegt die Gefahr, und wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß ein Stück Wahrheit in dem drohenden Wort Lloyd Georges liegt:

„Mögen die Lords sich hüten und überlegen was sie tun. Sie entfesseln eine Revolution." „Das Volk", schreibt Wawerly, „wird revoltieren, weil es nicht denkbar ist, daß in einem Lande von 41 Millionen 3 Millionen regelmäßig an Hunger und Elend zugrunde gehen."

In Kanada ist inzwischen der Kampf um die Laurierschen Anträge immer leidenschaftlicher geworden, die amerikanischen und kanadischen Zeitungen sind voll davon, und naturgemäß fallen dabei scharfe Lichter auf den englischen Imperialismus, dessen Bestrebungen noch nie auf amerikanischem Boden so rückhaltlos verurteilt worden sind. Beachtung verdient in diesem Zusammenhange wohl auch der Brief des Bischofs Lawrence von Massachusetts an den Erzbischof von Canterbury, in welchem er erklärt, daß die amerikanische Kirche zwar ihren Zusammenhang mit der englischen keineswegs lösen wolle, aber entschlossen sei, ihre volle organische Unabhängigkeit zu behaupten. Auch die ablehnende Haltung, welche die öffentliche Meinung Amerikas der Agitation Lord Beresfords gegenüber von vornherein annahm, hat mehrfach erneuten Ausdruck gefunden. Man macht kein Hehl daraus, daß seine Bitte „for aid against Germany" mehr Spott als Sympathie gefunden hat, versichert nach wie vor, England wohlgesinnt zu sein, will aber nicht verstehen, auf Grund welcher vernünftigen Voraussetzung eine Hilfe

Amerikas in einem Kriege mit Deutschland erwartet werden könne. (We are unaware of Englands confidence that we would hasten to her aid in case that she went to war with Germany. Such an idea has not been manifested in this country....)

Man hat an andere Dinge zu denken: die Verlegung der amerikanischen Flottenbasis nach Pearl Harbor auf Honolulu, der Streit mit Nicaragua, der Ausgleich der Differenzen mit Chile, kurz, wirklich amerikanische Interessenfragen, nicht die europäischen Händel, die zunächst als Wort- und Intrigenkampf erscheinen, beschäftigen die öffentliche Meinung. Weit mehr als Europa interessiert Ostasien, wo sehr wesentliche handelspolitische Interessen in Frage stehen.

Im nahen Orient hat die Idee der Balkanföderation in der slavischen Presse einen lauten Widerhall gefunden, der nach Racconigi mit größerer Zuversicht als vorher zum Ausdruck kommt. Der Besuch König Ferdinands in Belgrad wird dabei als günstiges Omen betrachtet. Aber recht sicher fühlt man sich seiner nicht, man fürchtet seine politische Force und die Überraschungen, die sie bringen könnte.

2. Dezember 1909. Das Unterhaus erklärt die Verwerfung des Budgets durch die Lords für einen Verfassungsbruch.
2. Dezember. Demission des italienischen Kabinetts Giolitti.
3. Dezember. Reise des Duma-Präsidenten Chomjäkow nach Livadia.
5. Dezember. Protest Chinas gegen die russische Politik in der Mandschurei.
6. Dezember. Beginn der Sitzungen des Kongresses in Washington.

---

8. Dezember 1909.

Am 1. Dezember ist die Entscheidung im Hause der Lords gefallen, die in verhüllter Form, aber in greifbarer Tatsächlichkeit das Budget Lloyd Georges verwarf, die entscheidende Schlußdebatte in den Commons folgte am 2. Dezember, am 3. wurden der Speaker und die Mitglieder des Unterhauses in das Oberhaus geladen, um die Thronrede mit anzuhören, die der Lordkanzler verlas. Sie vertagte das Parlament bis zu Sonnabend, den 15. Januar 1910. Das sind die entscheidenden Daten. Inzwischen ist auch der stenographische Wortlaut der letzten Verhandlungstage eingetroffen. Die Redner sprachen bereits, wie man zu sagen pflegt, aus den Fenstern des Hauses hinaus zu den Wählern, die in den unmittelbar nach dem 15. erfolgenden Neuwahlen zwischen Oberhaus und Unterhaus, Lords und Commons zu entscheiden haben werden. Mr. Asquith und Mr. Balfour, als die Führer der beiden großen einander gegenüberstehenden Parteien, haben die Stich- und Schlagworte ausgegeben, um welche sechs Wochen hindurch der Kampf geführt werden wird. Keiner der beiden Redner konnte daher ruhig und sachlich das Pro und Kontra erwägen, keiner auch neue Argumente ins Feld führen. War doch vorher schon alles erschöpft, was sich für oder wider sagen ließ. Es handelt sich um eine Machtprobe. Wer wird aus ihr als Sieger hervorgehen? Die französische Presse nimmt in denjenigen Organen, die mit dem Quai d'Orsay in Beziehung stehen, mit großer Entschiedenheit für Balfour Partei; es ist nicht eben gut nachbarlich gedacht, daß sie dabei mit dem Argument des Wachstums der deutschen Marine operieren und, wie diese Zeitungen es tun, darauf

hinweisen, daß die Bemühungen der deutschen Diplomatie, eine Détente in den Beziehungen zu England herbeizuführen, durch die Absicht erklärt werden müsse, den Liberalen zu helfen, da die Unionisten entschlossen seien, die politische, militärische und ökonomische Suprematie Englands mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Nun ist uns nichts davon bekannt, daß die deutsche Diplomatie sich neuerdings bemüht hätte „de provoquer une détente". Der deutsch-englische Gegensatz ist nicht deutschen Ursprungs, und wir wissen nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu genau, daß eine Détente sich nicht „provozieren" läßt, um durch aussichtslose Anläufe ein freundschaftliches Verhältnis anzubahnen, das von selbst eintreten muß, wenn einmal der imperialistische Rausch verflogen sein wird, unter dem das England von heute spricht und handelt. Auch wüßten wir nicht, welchen Vorteil es für uns bedeuten sollte, wenn Sir Edward Grey seine Stellung behauptet, oder welche Verschärfung zu erwarten wäre, wenn Lord Lansdowne die Leitung des Auswärtigen Amts übernähme. Beide Staatsmänner gehören derselben Schule an, arbeiten nach derselben politischen Methode und verfolgen die gleichen Ziele. Wir haben also keinerlei Grund, für oder wider die eine oder die andere politische Gruppierung Partei zu ergreifen; das wäre auch schon deshalb töricht, weil von einem Einfluß des Auslandes auf den bevorstehenden Wahlkampf durchaus keine Rede sein kann. Das gehört ebenso zu den Unmöglichkeiten, wie etwa die Beeinflussung französischer oder deutscher Wahlen durch England. Wenn wir trotzdem die Entwicklung der sich vorbereitenden Wahlschlacht mit größtem Interesse verfolgen, geschieht es, weil England ein so bedeutsamer Faktor in unserer Kulturwelt ist, daß es niemand, der die großen Zusammenhänge der Menschheitsentwicklung im Auge behält, gleichgültig sein kann, welche Wege nach innen oder nach außen England einschlägt. Und da haben wir allerdings, ganz abgesehen davon, ob Unionisten oder Radikale — denn liberal kann man die heute noch am Ruder stehende Partei nicht mehr nennen — den Sieg davontragen, sehr ernste Bedenken vorzubringen. Spricht auch der ungeheure Vorsprung, den Mr. Asquith im Unterhause hat, dafür, daß es höchst unwahrscheinlich ist, daß die Unionisten ihm in einem Anlauf seine Majorität entreißen, so ist doch sicher, daß das endliche Ergebnis des Kampfes eine weitere Demokratisierung Englands sein wird. Die Stimmen der Labour Party haben an Bedeutung gewonnen; man wird genötigt

sein, weitere Zugeständnisse zu machen; gerade in dieser Hinsicht scheinen die beiden in der Regierung alternierenden Parteien miteinander konkurrieren zu wollen. Das Budget Lloyd Georges trägt unzweifelhaft einen sozialistischen Charakter, der Antrag Balfours aber war eine Verbeugung vor dem souveränen Volk, wie sie aus solchem Anlaß mindestens ungewöhnlich ist und seit drei Jahrhunderten nicht stattgefunden hat. Für den 17. Dezember ist eine große Versammlung der Arbeiterpartei in Manchester angesagt, auf der wir Authentisches über ihr Programm erfahren werden. Es ist den Lords, wie schon heute feststeht, so feindselig als nur möglich, aber auch keineswegs identisch mit dem liberalen Programm. Unter allen Umständen aber ist sicher, daß die englische Arbeiterwelt eine stärkere Vertretung im Unterhause finden wird. Die Zeiten, da auch in den Commons der englische Hochadel, gleichviel ob das Kabinett konservativ oder liberal war, so gut wie ausschließlich oder doch vornehmlich vertreten war, gehen zur Neige. Eine neue Zeit bricht an, und die demokratisch-sozialistische Strömung, die durch die Welt zieht, beginnt auch in England rücksichtslos vorzudringen. Die Führer der Arbeiterpartei rüsten sich, in die Arena zu treten, in der der Kampf um die Herrschaft ausgefochten werden soll. Auch die Haltung der Iren wird in dem Wahlkampf von Bedeutung sein. Das alte Programm des Home Rule wird wieder lebendig, und die Feindseligkeit der sehr einflußreichen amerikanischen Iren wird den Bestrebungen der Arbeiterpartei günstig, dem der beiden großen Parteien und dem jetzigen Führer Irlands, Redmond, ungünstig sein. Summiert man, was sich an Wahrscheinlichkeiten aus diesen Tatsachen ergibt, so halten wir nach wie vor daran fest, daß der Sieg von Asquith und seiner Partei, freilich mit wesentlich geschwächter Majorität, zu erwarten ist. Wird dann das Budget aufs neue unverändert angenommen, so werden auch die Lords es nicht ablehnen, wohl aber glauben wir, daß eine Wiederholung ihrer jetzigen Taktik zu erwarten ist, wenn danach ein Antrag folgt, der ihnen auch theoretisch das Recht nehmen will, ihr Nein dem Willen des Unterhauses entgegenzusetzen. Dann aber muß der eigentliche Kampf erst beginnen. Es ist daher ganz richtig, wenn die Engländer sagen, es handle sich um die wichtigste Entscheidung, die seit Jahrhunderten gefaßt werden mußte. Daß nebenbei noch andere wichtige Parteifragen mit den Hauptstreitpunkten verbunden werden, wie z. B. Freihandel oder Protektion, versteht sich von selbst. Man

könnte aus der Kritik, der die Thronrede vom „Standard" unterzogen wird, auch den Schluß ziehen, daß die auswärtige Politik des jetzigen Kabinetts gleichfalls zum Angriffspunkt gewählt werden wird, obgleich, wie wir sahen, gerade auf diesem Gebiet die Praxis beider Parteien die gleiche ist. Aber im Kampf gelten alle Waffen. So ist es dort immer gehalten worden, und die eben erschienene Dezember-Nummer der „National Review" tut in ihrer Monatsübersicht das irgend denkbare, um die Frage „Deutsches oder englisches Übergewicht zur See", zu einem passenden Wahlprogramm zuzustutzen. Daß Deutschland niemals den Anspruch erhoben hat, ein solches Übergewicht zu gewinnen, ist eine Tatsache, die natürlich keine Beachtung findet, und wenn zugleich dem Schreiber dieser Zeilen zugeschrieben wird, in tückischer Weise den Sieg der Liberalen vorzubereiten, so ist das wahrhaftig mehr Ehre, als er für sich beanspruchen darf. Es ist in der heutigen Krisis den Engländern absolut gleichgültig, was in Deutschland oder sonst irgendwo geredet wird. Sie haben all ihr Denken und Wollen darauf gerichtet, die Partei zum Siege zu führen, der sie durch Geburt, Tradition, vielleicht auch durch erlebte Überzeugung angehören. Alles übrige ist ihnen gleichgültig. Aber jedes Argument, das die von vornherein feststehende Ansicht bestätigt, ist annehmbar, und so auch das deutsche Argument. A la guerre comme à la guerre! Dagegen gibt es keine Repliken, und wir verzichten daher darauf, sie ins Feld zu führen.

Auch an der politischen Atmosphäre Frankreichs läßt sich erkennen, daß die Vollmachten der Kammer bald ablaufen. Im Mai müssen Neuwahlen stattfinden, und alles richtet sich darauf ein. Schon letzt hat die Agitation begonnen, und sie wendet sich gegen die unpopulärste aller Kammern, die Frankreich seit langen Jahren gehabt hat. Dazu kommen die neu aufgetauchten Schwierigkeiten in der Schulfrage, die trotz der Bemühungen von Briand einen bösartigen, die religiösen Empfindungen verletzenden Charakter angenommen haben, und endlich der unerfüllte Wunsch nach einem neuen Wahlgesetz, das der immer brutalen Entscheidung der Kopfzahl, ohne Berücksichtigung aller anderen Faktoren, ein Ende machen soll. Man denkt dabei an eine Anpassung an das belgische System, und das könnte allerdings zu einer Vertretung führen, die nicht mehr so gut wie ausschließlich der radikalsozialistischen Gruppe die Herrschaft sichert. Frankreich ist ohne jeden Zweifel heute, mit verhältnismäßig geringen Ausnahmen, aufrichtig

republikanisch gesinnt; aber es ist nicht radikal-sozialistisch. Das Netz sozialistischer und radikaler Organisationen, das ganz Frankreich bedeckt, die Ausstände und Revolten, die Insubordination der Beamten und immer häufiger auch einzelner Truppenteile in Heer und Marine, die Syndikate und Assoziationen, die große Massen dem fanatischen Doktrinarismus weniger Führer unterordnen, das alles wird nicht nur als eine sehr lästige Unbequemlichkeit empfunden, sondern auch als eine schwere Gefahr für die Zukunft. Es ist bisher immer noch möglich gewesen, die Ausschreitungen niederzuwerfen, wo sie den öffentlichen Frieden bedrohten und zeitweilig ernstlich störten, aber man hat stets Nachsicht üben und sich damit begnügen müssen, bestenfalls die Haupträdelsführer zu strafen, und auch das ist nicht immer möglich gewesen. Die Schuld daran wird der Schwäche der regierenden Gruppe zugeschrieben, die durch ihre eigenen Prinzipien gefesselt, nicht mit der Entschiedenheit vorgehen kann, welche das Interesse des Staates verlangen mußte. Mit welcher Ungeduld diese Zustände getragen werden, läßt sich an einer langen Reihe von eingehenden Studien der vortrefflichen „Revue politique et parlementaire" nachweisen. Wir erwähnen, um wenigstens ein Beispiel anzuführen, den Aufsatz von Paul Lacombe im Oktoberheft dieses Jahres: „Über einige politische Irrtümer der Gegenwart". Lacombe stellt an die Spitze seiner Ausführungen den folgenden Satz: Der große Irrtum, in dem meiner Meinung nach die Radikalsozialisten sich bewegen, ist dieser: „weil sie die Umbildung der jetzigen Gesellschaftsordnung unternahmen oder sich gefallen ließen und, falls es nötig werden sollte, entschlossen waren, selbst das System des Privateigentums aufzugeben, dachten sie, sie müßten, um ihre Politik durchzuführen, eine Allianz oder einen Vertrag auf gegenseitige Unterstützung mit den Kollektivisten beider Richtungen, den Antimilitaristen, kurz mit allem, was noch mehr links steht als sie, schließen."

Es wird nun an sehr drastischen Beispielen ausgeführt, wie unsinnig diese Politik ist; daß aber diese Belehrung helfen wird, ist ebenso ausgeschlossen, wie die praktische Wirkung der glänzenden Studie, die vor anderthalb Jahren (Mai 1908) der Leiter der Zeitschrift, Ferdinand Faure, unter dem Titel „Zwei Jahre radikal-sozialistischer Politik" veröffentlichte. Wir sind seinerzeit näher auf den Inhalt dieses bedeutenden Artikels eingegangen, er gipfelt darin, daß der Respekt vor

dem Gesetz zu schwinden beginne. Das System ist trotzdem noch heute am Ruder, aber man muß sehr pessimistisch sein, wenn man nicht an eine Wendung zum Besseren in nicht allzu ferner Zukunft glauben wollte. Als ein Symptom dafür mag ein Beispiel aus der neuesten historischen Literatur Frankreichs dienen: Von dem Pariser Archivar Augustin Cochin ist unter dem Titel „Die Krisis der Revolutionsgeschichte, Taine und Aulard" ein Buch veröffentlicht worden, auf das wir von diesem Gesichtspunkte aus die Aufmerksamkeit aller Politiker lenken möchten, obgleich das Problem, das behandelt wird, scheinbar nur ein historisch-kritisches ist. Taine, einer der edelsten Männer Frankreichs, der berühmte Verfasser des Buches „Les Origines de la France contemporaine", das im wesentlichen die große Revolution von 1789 und die Zeit des ersten Napoleon erzählt und analysiert, ist von einem anderen französischen Historiker, Aulard, der seit langen Jahren an der Geschichte der französischen Revolution arbeitet, auf das heftigste angegriffen worden. Auch der bekannte radikale Historiker Seignobos hat sich dieser Kampagne gegen den Verstorbenen angeschlossen. Augustin Cochin weist nun diese Angriffe, soweit es sich um die urkundliche Zuverlässigkeit und um die „bonne foi" der Darstellung handelt, in den beiden ersten Kapiteln seines Büchleins (103 Seiten 8°) unwiderleglich zurück, aber er erhebt, ohne sich mit Taine zu identifizieren, auch sehr ernste Einwände gegen die Darstellung, die Aulard in seiner „Histoire de la Révolution" als das echte Bild jener furchtbaren Jahre vorgeführt hat. Aulard hat seine Geschichte ausschließlich auf das von den herrschenden Häuptern der Revolution ausgehende Material aufgebaut und gibt so den offiziellen Schein wieder, den, als das allein geduldete Bild des damaligen Frankreichs, das leitende Komitee der Jakobiner für die Meinung und den Willen des souveränen Volkes ausgab. Daß das Bild, das auf Grund dieser einseitigen Quellen gezeichnet wurde, trotz allem ein Verdienst Aulards ist, der selbst seinen Überzeugungen nach zu den Jakobinern gehört und hier den Jakobinismus in seiner nackten Selbstgerechtigkeit unverhüllt der Welt vorgeführt hat, gibt Cochin rückhaltlos zu. Den Vorwurf, den er Taine gegenüber bestehen läßt, ist der, daß trotz des ungeheueren Materials, das Taine durchforscht hat, und trotz der psychologischen Feinheit seiner Ausführungen, er doch nicht zu erklären vermochte, wie aus dem Frankreich des ancien régime: „aus diesem alten hochzivilisierten Königreich, aus dieser Gene-

ration, die in Geschmack, Kultur und „politesse“ im alten und weiten Sinne des Wortes der unsrigen so weit überlegen war, aus dem Jahrhundert, um dessen Trümmer wir streiten und dessen geringfügigste Reliquien wir ungeschickt nachbilden“ — jenes andere Frankreich werden konnte, das im Laufe weniger Monat in Blut und Brutalität „unter der Tyrannei des stupiden jakobinischen Caliban“ zugrunde gerichtet wurde.

Was Cochin uns zeigt, ist, daß die ungeheure Gewalt, die sich schließlich in Händen der Jakobiner konzentrierte, darauf zurückgeführt werden muß, daß an die Stelle von Körperschaften, die aus freier Wahl hervorgingen und nur zeitlich begrenzte Vollmachten hatten, beratende Versammlungen traten, die nicht auseinander gingen, sondern permanent waren, die miteinander und mit dem Zentrum der jakobinischen Organisation in Verbindung standen und deren Korrespondenz jenen Terrorismus einer künstlichen öffentlichen Meinung begründete, der allein zu Wort kommen konnte.

„Das ist“ — sagt Cochin — „die Organisation der Jakobiner oder, wenn man so will, der „Caucus“, die amerikanische „Maschine“, unser „Grand Orient“, das sind die Kräfte unserer „Union Républicaine“, unserer „Confédération générale du Travail“ oder jede beliebige Gesellschaft von Gleichen, Philosophen, Politikern, Arbeitern, die in ihrem Schoß an einem Volk von Adepten die Prinzipien der reinen Demokratie zur Geltung bringen, wie die „Société jacobine“ sie 1793 ganz Frankreich aufdrängen wollte und sie endlos lange Jahre hindurch, gegen den Willen der Nation, auch wirklich aufnötigte.“

Aber gerade so einfache Wahrheiten werden am längsten verkannt. Weder Taine noch Aulard sind sie zum Bewußtsein gekommen. Michelet hat sie instinktiv durch geniale Intuition sich zu eigen gemacht. Wer von direkter Volkssouveränität spricht oder, wie man heute sagt, von „reiner Demokratie“, muß jenes Netz permanent tagender Gesellschaften oder Assoziationen als selbstverständliche Voraussetzung hinnehmen. Wie sollte man sonst das Wesen und die Wirksamkeit des neuen Souveräns verstehen, und wie hätte das souveräne Volk, das doch nur eine minimale Partikel des Gesamtvolkes war, sich selber zum Bewußtsein kommen können. Diejenigen, die im Namen des souveränen Volkes handelten und dekretierten, die mit unbeschränkten Machtvollkommenheiten über das Leben und das Eigentum aller verfügten, die nicht

dachten wie sie, d. h. diejenigen, welche die vertu républicaine, die unfehlbare Doktrin der jacobinischen Tugendlehre teilten, waren selbst die Organisatoren jener falschen öffentlichen Meinung, die ihre Korrespondenz mit Zweigvereinen und jacobinischen Komitees erst ins Leben gerufen hatte, und zugleich die Sklaven eben jenes souveränen Volkes, das sie konstruiert hatten und das in Wirklichkeit gar nicht mehr vorhanden war. Eine regierende Minderheit bestimmte alles. Sie waren numerisch Minderheit, Minderheit in bezug auf die von ihnen vertretenen Prinzipien, aber allmächtig, in ihrer Gewaltstellung; weder zeitlich, noch rechtlich beschränkt, durch keine gesetzliche Schranken behindert, im Besitz aller Ämter, die sich in ihren Händen schließlich kumulierten, „Präsidenten des Volkes" und im Grunde doch seine Sklaven. Das „Volk", d. h. jenes Netz der von ihnen inspirierten Organisationen, duldete sie als die Götter des Tages, aber es hielt sie an der Leine, es überwachte sie und blieb das lebendige Gesetz, aus dem sie zwar ihre Macht schöpften, das die Verantwortung für ihr Tun auf sich nahm, das ihnen aber keinerlei Garantien für die Dauer ihrer Stellung bieten konnte oder wollte. Daraus folgte der sehr bestimmte Begriff des Wortes revolutionär. „Revolutionär" — und das war ein Attribut, das unerläßlich war, wenn man leben wollte — war alles, was vom souveränen Volk ausging und eben deshalb über Gesetz, Recht und hergebrachter Moral stand. Die „vertu politique" war die orthodoxe jakobinische Gesinnung, so daß man moralisch verwerflich handeln, ein Marat oder Fouquier oder Couthon sein konnte und doch „révolutionnairement vertueux". Keiner der Männer des Comité du salut public hat je ein Schuldbewußtsein anerkannt.

„Wir stehen" — sagt Cochin — „einem neuen Messias gegenüber, dem Eingreifen eines absoluten Wesens, dessen Willen über allem Recht steht und dessen Verteidigung jede Täuschung und jede Gewalttat rechtfertigt."

Damals nannte man dieses absolute Wesen das Volk, heute heißt es Demokratie. Aber weder der peuple von 1793 noch die Demokratie von heute sind das wirkliche Volk. Sie haben Tendenzen und Interessen, welche die des Volkes nicht sind, das immer noch und wohl für alle Zukunft an dem Begriff der persönlichen Moral, die für alle Individuen dieselbe bleibt, festhält und keine Neigung zeigt, sich durch den Fallstrick der „sozialen Moral" in eine Tyrannei drängen zu lassen, bei der

jede christliche Moral und alle Freiheit des Individuums ihr Grab finden.

„Die prinzipielle Freiheit gehört nicht in diese Welt und kann nur durch Betrug und Gewalt herrschen. Sie ist in der besonderen Welt der Gesellschaften von Philosophen, in den Logen, Klubs usw., auf den Namen kommt es nicht an, geboren. Es ist die Petite cité, die Taine entdeckt hat, eine kleine, ganz demokratische Republik, die isoliert und abgeschlossen ist, in der Politik gemacht wird ohne Kenntnis der Geschichte und Moral ohne Rücksicht auf die Tat, wo der ganze Ballast des wirklichen Lebens, Erfahrung und Glauben, Interessen und Pflichten, alles, was Handeln und Wirkung zum Ziel nimmt, keinen Raum findet. Der Kodex der Menschenrechte gilt nur für die Bürger jener Gedankenwelt, nicht für die Welt der Wirklichkeit. In ihr ist das Vaterland der Jakobiner stets gefährdet, und deshalb muß es gewaltsam behauptet werden. Mit dem Augenblick, wo Spionage und Gewalt aufhören, werde die große Masse wieder zu den „Sonderinteressen", d. h. zu der Realität des wirklichen Lebens zurückkehren."

Wir haben damit lange nicht die reichen Gedanken erschöpft, die uns das Buch von Cochin bringt und zu denen es anregt. Aber wer wollte die Verwandtschaft verkennen, die zwischen der Gedankenwelt der Jakobiner und der unserer Sozialdemokraten von heute besteht? Sie leben in den gleichen Utopien und würden zu denselben Mitteln greifen, ihre theoretischen Freiheitsideale durch harte Tyrannei zu verwirklichen — wenn sie es könnten. Wir haben versucht sie zu belehren und zu bekehren. Eine soziale Gesetzgebung, die in ihrer umfassenden Fürsorgetätigkeit ohne gleichen dasteht, die keine Vorläufer hatte und bisher keine ebenbürtigen Nachfolger gefunden hat, ist bemüht gewesen, unsere Sozialdemokratie von dem Bann zu befreien, unter welchem sie von ihren Führern gehalten wird. Der Erfolg, den wir damit erzielt haben, ist nur dürftig gewesen, und eine Wendung zum Besseren ist nicht zu erwarten, solange die tyrannische Organisation fortbesteht, die nach jakobinischem Muster die Freiheit des Individuums tötet, um zu jener „vertu politique" zu gelangen, deren Früchte die Jahre 1793 bis 1795 der Welt gezeigt haben.

Aber war das auswärtige Politik? wird man vielleicht fragen. Ich meine, es ist ein ernstes Problem der Zukunft, das für alle Staaten der Gegenwart gleich brennend ist — Deutschland nicht ausgenommen.

10. Dezember 1909. Konstituierung des Ministeriums Sonnino.
11. Dezember. Debatten der türkischen Kammer über die mesopotamische Schiffahrtskonzession.
11. Dezember. Entdeckung einer angeblich gegen das Leben des Zaren gerichteten Verschwörung in Petersburg.
13. Dezember. Vertrauensvotum der türkischen Kammer für den Großwesir Hilmi Pascha.
13. Dezember. Niederlage der Konservativen in den spanischen Munizipalwahlen.

---

15. Dezember 1909.

Der Wahlkampf in England ist in vollem Gang. Es wird überall geredet und überall übertrieben; was irgend als Kampfmittel brauchbar scheint, wird herangezogen, ohne viel Skrupel, wenn nur die Aussicht sich bietet, Phantasie und Stimme der Wähler zu gewinnen. Man tut daher unrecht, die in der Hitze des Kampfes fallenden Äußerungen höher einzuschätzen, als sie es unter diesen Umständen verdienen, und wir können es daher nur bedauern, daß in unserer Presse die Hetzartikel der „Daily Mail" ein lauteres Echo gefunden haben, als ihnen zukommt. Die Folge war, daß sofort nach England telegraphiert wurde, sie hätten hier Sensation gemacht, und das verleiht ihnen einen Nimbus, der ihnen wahrhaftig nicht zukommt. Von Wichtigkeit ist das Tatsächliche, das Programm der Parteien, das ja im wesentlichen als bekannt vorausgesetzt werden kann. Bei den Konservativen und Unionisten heißt es Erhaltung der Prärogative der Lords und Übergang zu einem Schutzzollsystem, bei der liberal-radikalen Koalition, die sich um das Ministerium Asquith schart, Umwandlung des Oberhauses in eine beratende Körperschaft, Aufrechterhaltung des Freihandels und als Novum „Home Rule" für Irland. Aber Asquith hat es nicht gewagt, zu dem Home Rule-Programm von Gladstone zurückzukehren, das den Iren die vollen Rechte einer autonomen Kolonie gewähren wollte. Seine Formel lautet: „Autonomie Irlands in allen inneren Angelegenheiten unter Behauptung der Suprematie und der unzerstörbaren Autorität des Reichsparlaments". Wenn es nun vielleicht denkbar ist, daß Redmond und ein Teil seiner Anhänger sich mit diesem Programm zufrieden gibt,

ſo ſpricht doch nichts dafür, daß dadurch Irland verſöhnt wird, zumal alles darauf ankommt, wie dieſer wohl abſichtlich unbeſtimmt gehaltene Wortlaut in beſtimmte und greifbare Zuſagen umgeſetzt wird. Daß die iriſchen Wähler, bevor ſie ſich binden, gerade darauf dringen werden, kann als ſicher angenommen werden. Ihr Mißtrauen wird von ihren Landsleuten in Amerika wach gehalten und von dort aus die Parole ausgegeben, es mit keiner der beiden um die Vorherrſchaft ringenden Parteien zu halten. Es wäre das die Rückkehr zu der Politik, die Parnell im Jahre 1886 die Entſcheidung im Unterhauſe ſicherte und Gladſtone nötigte, am 8. April des Jahres ſeine Home Rule-Bill einzubringen. Von der Redeflut, die noch zu erwarten iſt, gibt die Liſte der vom 13. Dezember bis zum 6. Januar 1910 angekündigten Reden der Unioniſten eine Vorſtellung. Obgleich vom 24. Dezember bis zum 4. Januar ein Gottesfrieden eintritt, ſind es im ganzen doch 98 Meetings, in denen die Partei Balfours ihr Programm entwickeln und verteidigen wird. Balfour ſelbſt, der wegen Erkrankung ſeine Reden für Anfang Januar reſerviert hat, wird fünfmal ſprechen, Lord Curzon dreimal, Lord Milner viermal, Lord Charles Beresford fünfmal, Lord Willoughby ſiebenmal und ſo fort, bis die 98 Reden voll ſind, und gewiß wird von ſeiten der Parlamentsmajorität die Beredſamkeit nicht minder ſein. Es iſt ganz ausgeſchloſſen, daß kontinentale Leſer das Detail dieſer Kämpfe verfolgen können.

Übrigens wäre es ein Irrtum, anzunehmen, daß die engliſche Staatsmaſchine darum weniger rüſtig und konſequent arbeitet. Namentlich im nahen Orient macht ſich die Hand Englands fühlbar. Die Zurückziehung der ruſſiſchen Truppen aus Ardebil iſt ohne Zweifel auf Wunſch Englands erfolgt, was freilich nicht ausſchließt, daß nach einigen Wochen wieder die Notwendigkeit eintritt, die ruſſiſchen Truppen zu einem neuen Vorſtoß vorzuſchicken, wie es ſchon, wir haben nicht gezählt wie viele Mal, geſchehen iſt. Wohl aber ließ ſich verfolgen, daß das Vorgehen auf einen Druck der ruſſiſchen Preſſe erfolgte und daß dem Rückzug eine Beunruhigung der engliſchen Preſſe vorherging. Jedenfalls iſt es nicht wahrſcheinlich, daß der in der Thronrede des jungen Schahs ausgeſprochene Wunſch, „daß die einzige allgemeine Sorge, welche uns die Anweſenheit fremder Truppen in unſerem Reiche einflößt, durch freundſchaftliche Verſtändigung beſeitigt wird“ in naher Zukunft in Erfüllung geht. Es gibt ſtets neuen Anlaß, ruſſiſche oder engliſche

Interessen zu schützen oder sonst einen humanitären Grund, der die völlige Zurückziehung der fremden Wächter der Ordnung unmöglich macht. Auch läßt sich nicht übersehen, daß die russischen Interessen in Aserbeidschan erheblich gewachsen sind und eines wirksameren Schutzes bedürfen, als die Regierung des Schahs ihn zu gewähren fähig ist, während andererseits die zahlreichen aus dem Kaukasus nach Persien geflüchteten Revolutionäre steten Anlaß zur Besorgnis geben und einen Zustand wirklichen Friedens im Kaukasus nicht aufkommen lassen. Die englischen Interessen aber müssen einer faktischen Festsetzung Rußlands in Persien deshalb entgegenstehen, weil dadurch sehr weite Zukunftspläne gefährdet werden könnten, die in Zusammenhang mit dem Schienenwege nach Indien stehen, dessen Ausführung freilich noch in weiter Ferne liegt, aber von England nie aus dem Auge verloren wurde. Wie nun die Beherrschung der persischen Meere eine der Voraussetzungen ist, an denen England festhält, gehört auch der entscheidende Einfluß auf Arabien und auf das Stromgebiet von Euphrat und Tigris dazu, und diese letztere Frage hat neuerdings eine Bedeutung gewonnen, die in den letzten Tagen mehr als alles andere die politischen Leidenschaften in der Türkei erregt hat. Da im türkischen Parlament wie in der Presse Stambuls die Frage eingehend diskutiert worden ist, läßt sich der Zusammenhang des Problems wohl übersehen. England hatte im Jahre 1832 dem Kapitän Lynch ein Privileg ausbedungen, das ihm gestattete, mit zwei Schiffen den Euphrat zu befahren, „solange diese Schiffe nicht die Interessen beider Parteien schädigen". Diese Schiffe fuhren unter englischer Flagge und dehnten ihre Fahrten bald auch auf den Tigris aus, wogegen die türkische Regierung zwar protestierte, was sie aber nicht zu verhindern vermochte. Später kam dann ein dritter Dampfer unter türkischer Flagge hinzu. Auch gewährte Sultan Abdul Hamid einer türkischen Gesellschaft „Sanieh" oder „Compagnie Ottomane" gleichfalls das Recht der Schiffahrt auf beiden Strömen. Die Einkünfte, welche diese Konzessionen einbrachten, flossen in die Zivilliste des Padischah. Nach dem Sturz Abdul Hamids tauchte nun in England der Gedanke auf, diese beiden Gesellschaften, Lynch und Sanieh, zu fusionieren, und zwar so, daß England der Zivilliste ihr Monopol für 150 000 türkische Pfund abkaufen und daß die nunmehr einheitliche Schiffahrtsgesellschaft für 200 000 türkische Pfund Aktien ausgeben sollte, deren eine Hälfte die Türkei, die andere England übernehmen

werde. Präsident der Gesellschaft sollte stets ein Engländer sein, der Aufsichtsrat aus 4 Engländern und 4 Türken bestehen, die Konzession der Gesellschaft 75 Jahre dauern, aber schon nach 37½ Jahren sollte die Türkei berechtigt sein, die Konzession zurückzukaufen und dann eine neue Gesellschaft zu bilden. Ein weiteres „Zugeständnis" Englands war, daß die Schiffe jener fusionierten Gesellschaft nur unter osmanischer Flagge fahren sollten. Die türkische Regierung, das ist der Großwesir Hilmi Pascha, schickte den Minister des Auswärtigen, Talaat Bey, nach London, um über diesen Antrag, von dem wir nicht wissen, welche Form er ursprünglich hatte, zu verhandeln. Man verständigte sich auf die oben aufgeführten Bedingungen, und damit schien die Angelegenheit perfekt, da das Ministerium sich berechtigt glaubte, derartige Konzessionen ohne Befragung des Parlaments zu erteilen. Aber das Geheimnis der Verhandlungen konnte nicht gewahrt werden. Der Verein Union et Progrès erfuhr davon und setzte sich mit dem Großwesir in Beziehung. Am 25. November fand, wie der „Moniteur Oriental", ein gut unterrichtetes griechisches Blatt erzählt, eine stürmische Sitzung des Vereins statt. Es wurde darauf hingewiesen, daß nach türkischem Gesetz kein Fremder Besitzer eines Fahrzeuges sein dürfe, das die türkische Flagge führe, auch einen Besitzanteil an solchen Schiffen Fremden zu vergeben, sei ausdrücklich untersagt. Zugleich verlautete, daß der Großwesir erklärt habe, es seien Gründe hoher Politik, die ihn nötigten, sich in der Angelegenheit Lynch ganz auf den englischen Standpunkt zu stellen. Man riet auf eine Drohung in der kretischen Angelegenheit, was dann die Erbitterung noch steigerte.

So kam der 29. November heran, an dem zwei Interpellationen eingebracht wurden: die eine betraf herausfordernde Bemerkungen, die man in der Rede erkennen wollte, die der bulgarische Ministerpräsident Malinow bei der Diskussion über die Antwortadresse auf die Thronrede gemacht hatte, sowie ähnliche Äußerungen des Ministers Paprikow. Es handelte sich dabei um die Bulgaren in Mazedonien — sie wurde zu allgemeiner Zufriedenheit durch eine Erklärung des Ministeriums erledigt, die folgendermaßen lautete:

„Nachdem Bulgarien uns versichert hat, daß keinerlei Absicht bestände, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen, und nachdem wir erklärt haben, daß wir jede Einmischung energisch zurückweisen würden, ist der Zwischenfall erledigt."

Die zweite Interpellation galt der Lynch-Affäre, und hier traten namentlich die arabischen Abgeordneten gegen die Regierung auf. Sie wiesen auf die politische Bedeutung der Konzession hin. Der kürzeste Weg von London nach Bombay führe über Alexandrette, Aleppo, Bagdad und Basra. Auch sei mit geringen Kosten der Euphrat bis Biredjik, der Tigris bis Djesire Ibn Omar schiffbar zu machen. Das Interesse der Engländer für den Euphrat datiere von dem Tage, da Rußland sich zum Herrn von Kars und Erzerum gemacht habe. Auch auf Cypern wurde hingewiesen. Überhaupt kam ein sehr lebhaftes Mißtrauen gegen die englische Politik zum Ausdruck. Dazu traten rechtliche Bedenken. Das Schiffahrtsmonopol der Zivilliste lasse sich nicht auf eine Privatgesellschaft übertragen, ohne daß das Parlament vorher seine Zustimmung erteilt habe, im Prinzip aber sei ein Monopol auf schiffbaren Flüssen durchaus nicht zulässig, auch nach türkischen Gesetzen verboten, und nirgends in aller Welt würden solche Monopole an fremde Staatsangehörige verliehen, England selbst aber habe überall das Recht der freien Schiffahrt vertreten. Die Debatte kam nicht zum Abschluß, nachdem aber die Regierung die bestimmte Erklärung abgegeben hat, daß sie darauf bestehen müsse, daß die mit England getroffene Vereinbarung in Kraft bleibe und der Zustimmung des Parlaments nicht bedürfe, war eine Kabinettskrisis wahrscheinlich geworden. Eines der Blätter, „Seda-i-Millet", das besonders scharf in seiner Kritik war und auf die Parallele mit der Erwerbung der Suezkanal-Aktien durch England hinwies, ist sofort verboten worden, und als es dann unter anderem Namen mit einer satirischen Bemerkung über die Preßfreiheit in der konstitutionellen Türkei hervortrat, ward auch dieses Blatt unterdrückt.

Inzwischen war aber eine andere Frage, die unserer Meinung nach weniger Bedeutung haben sollte, die aber bei ungeschickter Behandlung in der Tat gefährlich werden kann, aktuell geworden. Die vier Schutzmächte Kretas hatten im Laufe der vorigen Woche der Türkei auf ihre Bitte um endgültige Regelung der Kretafrage geantwortet, daß sie den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet hielten, um diplomatische Verhandlungen über Herstellung eines „régime définitif" auf der Insel zu führen. Die Verhältnisse hätten sich seit Zurückziehung der internationalen Truppen nicht verändert. Sollten Verletzungen des status quo stattfinden, so würden die Mächte an dem Standpunkt

festhalten, den sie in ihren Julinoten in betreff der oberherrlichen Rechte des Sultans dargelegt hätten. Wenn sich die Pforte mit dieser Antwort zufrieden gegeben hätte, lag die Verantwortung für die Erhaltung des status quo nach wie vor bei den Mächten, und die Sache konnte bis auf weiteres für erledigt angesehen werden. Der Ministerrat soll aber diese Note für unbefriedigend erklärt haben und neue Schritte beabsichtigen, offenbar um Erklärungen zu erhalten, die weniger allgemein gefaßt und geeignet sind, auch beruhigend auf das Parlament zu wirken. Es konnte aber noch eine andere Erklärung für diesen auffallenden Schritt geben, diejenige nämlich, auf welche die oben angeführte Erklärung Hilmi Paschas den „Moniteur Oriental" hatte raten lassen: eine englische Gegenleistung in Kreta für die Ausdehnung der Lynch-Konzession. Dafür sprach eine Ausführung des „Standard" in einem Leitartikel, der die griechisch-türkischen Beziehungen behandelte und die Griechen in der kretischen Frage zur Vernunft mahnte. Er erinnerte an die Erfahrungen, die sie 1897 gemacht hätten, und an die noch größere Überlegenheit der heutigen Türkei.

„Die Griechen" — so schloß der Artikel — „werden schwer und schnell geschlagen werden, und wenn erst die Nordgrenze überschritten ist, so gibt es nichts, was die türkische Armee verhindern könnte, bis zum Golf von Korinth zu marschieren. Die Berechnung der Griechen ist offenbar, daß „Europa" wiederum zugunsten seines beraubten Kindes einschreiten werde. Die Note der vier Mächte hätte ihnen diesen Glauben nehmen müssen. Es wird diesesmal keine Intervention geben, um die Griechen vor den Folgen ihrer eigenen Schlechtigkeit (perversity) zu retten, oder wenn eine Intervention erfolgt, wird es zugunsten der Türken geschehen, die der beleidigte Teil sein würden. Eine griechische Niederlage, mag sie nun militärisch oder diplomatisch sein, würde das Königreich in Bankrott und Unordnung stürzen, wahrscheinlich in eine Revolution, und lange Jahre der Schwäche und der Wirren zur Folge haben. Wollen die Griechen Anteil an dem allgemeinen Wiederaufleben Südosteuropas haben, so sollten sie ihre usurpierte Prätorianergarde beseitigen und sich fleißig der Reform ihrer Verwaltung und ihrer Finanzen widmen, was sehr notwendig ist. Sie sind nicht in der Lage, sich jetzt den teuren

und gefährlichen Luxus einer aggressiven auswärtigen Politik zu gestatten."

Ob diese sehr vernünftigen Lehren an die griechische Adresse von Wirkung sein werden, ist zweifelhaft. Die gefürchtete Provokation würde in der Aufnahme kretischer Abgeordneter in das neuzuwählende griechische Parlament liegen, und das will sich die Türkei nicht gefallen lassen. Es fragt sich nun, ob die bevorstehende neue türkische Note Zusicherungen provozieren soll, die inhaltlich wiederholen, was der „Standard" hier ausführt.

Auch die Möglichkeit einer anderen Lösung der griechisch-türkischen Krisis ist aufgetaucht. Der Präsident der türkischen Kammer Ahmed Riza tritt für eine griechisch-türkische Allianz ein und hat den griechischen Deputierten der türkischen Kammer erklärt, daß er mit einer Delegation griechischer und türkischer Parlamentarier nach Athen gehen wolle, um eine Allianz abzuschließen, deren Text er zurückbringen werde. Als Zeichen für die guten Absichten der Jungtürken wies er darauf hin, daß sie die vom Marineminister geforderten 4½ Millionen für die Flotte abgelehnt hätten.

„Die Flotten Griechenlands und der Türkei" — sagte er — „genügen zur Verteidigung unserer Rechte im Orient, sie waren ein Pendant zur Balkanföderation. In der Kretafrage wird dieselbe Delegation Grundlagen für eine Verständigung schaffen. Ich nehme es auf mich, diese patriotische Pflicht zu erfüllen."

Diese auffallende Nachricht ist am Sonnabend in ähnlichem Wortlaut dem „Temps" und den „Débats" zugegangen. Das letztere Blatt fügt hinzu, die Erklärung Ahmed-Rizas habe in politischen Kreisen Sensation gemacht. Zunächst klingt das etwas sanguinisch. Man fragt sich, mit wem Ahmed-Riza verhandeln wird. Mit den griechischen Prätorianern, mit dem machtlosen Parlament, oder mit der gleich machtlosen Regierung? Und ebenso fraglich erscheint uns, daß die türkische Regierung ihm zu dieser Initiative Vollmachten erteilen sollte! Sie hat ja ihren Vertreter in Athen bisher noch nicht abgerufen. Es wäre ein böses Omen für die Türkei, wenn ihre diplomatischen Geschäfte auf solchem Wege erledigt werden sollten.

So lagen die Dinge bis zum Sonntag. Am Montag, dem 13., hat Hilmi Pascha in der Kammer noch einmal erklärt, daß es in betreff der Schiffahrtskonzession auf den mesopotamischen Strömen bei der

vom Ministerium getroffenen Entscheidung bleiben, und die Kammer auf Beantwortung ihrer Interpellation verzichten müsse. Das Parlament habe in Fragen dieser Natur nicht mitzureden. Zugleich stellte er die Vertrauensfrage, und das Parlament sprach sich mit überwältigender Majorität für den Standpunkt des Großwesirs aus. Von einem ferneren Widerspruch gegen die neue Schiffahrtskonzession kann keine Rede mehr sein. Hilmi Pascha hat einen großen politischen Sieg errungen, und mit ihm England. Die Erklärung dieser Tatsache liegt in den Verhandlungen, die am Sonntag zwischen dem Großwesir und den Führern der parlamentarischen Parteien stattgefunden haben. Hilmi Pascha erklärte, daß er für den Fall, daß die Kammer die Konzession vor ihr Forum ziehe, mit dem gesamten Ministerium demissionieren werde. Der Sultan werde ihn dann mit der Bildung eines neuen Kabinetts betrauen, und er werde die Kammer auflösen und die Entscheidung einer neugewählten Volksvertretung übertragen. Das gab den Ausschlag. Ob auch ein Hinweis auf die Haltung Englands in der Kretafrage mitgespielt hat, lassen die bisher bekanntgewordenen Äußerungen der türkischen Presse nicht erkennen. Das wesentliche ist, daß Hilmi Pascha im Amte bleibt und die mesopotamische Konzession in Wirksamkeit tritt. Auch welche Rückwirkung diese Dinge nach außen und nach innen haben werden, läßt sich nicht übersehen. Man wird die Haltung der arabischen Parlamentsmitglieder und die Antwort abwarten müssen, welche die vier Mächte auf die neue Kretanote der Pforte erteilen werden.

Viel Lärm ist in den letzten 8 Tagen wieder über die russisch-japanischen Gegensätze gemacht worden. Wollte man den Zeitungen Glauben schenken, so müßte ein neuer Krieg im fernen Osten unmittelbar bevorstehen. Glücklicherweise handelt es sich um blinden Lärm, und ein ohne Zweifel inspirierter Leitartikel der „Nowoje Wremja" sucht zu beruhigen. Es gäbe keine akute Gefahr, aber Rußland tue gut, seine Positionen im fernen Osten zu stärken, denn „in Japan, wie in allen anderen Ländern ist kein Mangel an Fanatikern, Dummköpfen und Abenteurern in den höchsten Staatsämtern" und die könnten einmal gefährlich werden.

„Eine Gefahr von Osten her gibt es, wie sie von überall herkommen kann, aber es liegt kein Grund vor, sie zu einem Gewitter aufzubauschen, das schon morgen losbrechen kann. Es wäre unbesonnen, wegen Befürchtungen im fernen Osten unsere Lebensinteressen in Europa und

im nahen Orient zu vernachlässigen. Es hängt von uns ab, die Gefahr zu beseitigen. Im fernen Osten sind nicht die Japaner unsere Hauptfeinde, sondern die überkommene liederliche Wirtschaft und die Kassendiebe, die dort von jeher festgesessen haben, und ihnen muß ohne Zeitverlust der Krieg bis zur Vernichtung erklärt werden."

Wir glauben, daß auch hier noch die Farben absichtlich zu stark aufgetragen sind, weil Rußland in der Tat genötigt ist, noch weitere Mittel an die Stärkung seiner Stellung in Ostasien zu wenden und die Sparsamkeit der Duma gefürchtet wird. Es ist nicht denkbar, daß Japan jetzt, wo es sich an die Annektierung von Korea zu machen entschlossen ist, einen russischen Krieg vom Zaune brechen sollte. Um die Streitigkeiten, welche die Fischerei an den Küsten Kamtschatkas hervorgerufen hat, wird aber keiner von beiden Teilen einen Krieg beginnen wollen, zumal hier und dort die finanziellen Hilfsmittel fehlen. Die von Professor Tanfiljew veröffentlichte Karte des japanischen Zukunftsreichs, die einer seiner Schüler in Hokodate gekauft hat, ist eben eine Zukunftskarte, und wenn sie die ganze Ostküste Asiens von der Tschuktschen Halbinsel bis zur Südspitze Koreas für Japan beansprucht, so ist das bis auf weiteres ein schöner Traum. Es weist auf andere Absichten hin, daß, wie der „New York Herald" meldet, Japan Port Arthur als Marinestation aufgeben und Tschin Hai (?) Bai auf Korea zum Hauptkriegshafen Japans machen will. Aber man ist in Petersburg und Moskau nervös und glaubt überall Gefahren von außen her zu erkennen: so macht z. B. der „Golos Moskwy" darauf aufmerksam, daß Rußland Gefahr laufe, sein Protektorat über Buchara und vielleicht auch Turkestan zu verlieren, wenn es nicht Gegenmaßregeln gegen die starke militärische Aufstellung Afghanistans ergreife. Sehr erbittert hat in Rußland eine Artikelserie, die in der Zeitschrift „La Revue" erschienen ist und die Frage stellt: „Darf man Rußland 20 Milliarden borgen?" Der Verfasser der Artikel beantwortet die Frage zwar mit ja, aber unter der Voraussetzung einer englisch-französischen Kontrolle des russischen Finanzwesens, was allerdings eine starke Zumutung ist, da Rußland sich doch unmöglich auf eine Stufe mit Portugal und Griechenland stellen kann. Fast noch mehr verletzt hat aber das Detail der Ausführungen, die allerdings, wenn man ihnen Glauben schenken wollte, geeignet wären, das Vertrauen auf den Bestand der russischen Kreditfähigkeit recht gründlich zu erschüttern. Der „Golos Moskwy" hat sich

denn auch der Mühe unterzogen, die Aufstellung der „Revue" recht eingehend zu widerlegen.

Die zahlreichen Verhaftungen, die kürzlich in Petersburg stattgefunden haben und fast ausschließlich Personen aus den gebildeten Kreisen der Gesellschaft trafen, werden auf Entdeckung einer weitverzweigten anarchistischen Organisation zurückgeführt. Es scheinen wirklich dieser Hydra die Köpfe wieder zu wachsen.

Großes Interesse erregt der Prozeß Friedjung in Wien, auf den wir nach dem Spruch des Gerichts zurückkommen wollen. Professor Friedjung hatte sich in scharfen Ausdrücken gegen die großserbische Agitation österreichischer Untertanen gewendet, die während der Krisis des vorigen Jahres hochverräterische Beziehungen mit Serbien angeknüpft hätten. Die kompromittierten Persönlichkeiten und andere, die sich mit ihnen identifizierten, haben nun Klage gegen Friedjung erhoben, aber der bisherige Verlauf des Prozesses droht, trotz der Erklärung des serbischen Ministerpräsidenten, die alle großserbische Agitation abweist, und die von Friedjung vorgeführten urkundlichen Belege für gefälscht erklärt, für die Kläger eine sehr ungünstige Wendung zu nehmen.

Die jetzt erfolgte Konstituierung des neuen italienischen Kabinetts hat hier einen sehr guten Eindruck gemacht. Sowohl Sonnino, wie der neue Minister des Auswärtigen, der den berühmten Namen Guicciardini trägt, sind politisch erprobte Persönlichkeiten und als Anhänger des Dreibundes bekannt.

Wir schließen mit einer dem „Empire Supplement" des „Standard" entnommenen Notiz über die mehrfach von uns berührte kanadische Frage. Ein uns sonst nicht bekannter Kapitän Kincaid Smith hat sich über die Flottenfrage interviewen lassen, und die Zeitungen in Winnipeg berichten darüber folgendes. Der Kapitän sagte, er glaube, daß Kanada und andere Kolonien mit Selbstverwaltung die Initiative ergreifen und durch gewählte Vertreter und in einer Reichsversammlung (Imperial assembly) die Verantwortung und die Lasten für die Regierung von Indien, die britischen Kronkolonien und die gemeinsame Leitung und Kontrolle der Beziehungen des Empire zu anderen Mächten teilen sollten. Er betonte, daß der Augenblick gekommen sei, da die britischen Staatsmänner die Dominien mit Selbstverwaltung auffordern müßten, einen Teil der Lasten des Reiches und seiner Verteidigung zu übernehmen und damit Partner von England, Irland, Schottland und Wales

zu werden. Es werde ja schwierig sein, ein solches Schema auszuarbeiten, und es werde Geburtsschmerzen kosten, solch eine Reichsversammlung zu schaffen, aber nur auf diesem Wege sei der unvermeidlichen Alternative zu entgehen, die zur Trennung Großbritanniens von seinen Töchtern und zum schließlichen Zusammenbruch des Reiches führen müsse.

Bekanntlich ist ein annähernd ähnlicher Antrag auf dem letzten Kolonialkongreß in London schroff abgelehnt worden.

15. Dezember 1909. Obstruktion der Tschechen im österreichischen Abgeordnetenhaus.
15. Dezember. Rücktritt des Präsidenten von Nicaragua Zelaya.
17. Dezember. Tod König Leopolds II.
19. Dezember. Schluß der Obstruktionssitzung der Tschechen.

22. Dezember 1909.

In der „Bibliothèque d'histoire contemporaine", die im Verlage von Félix Alcan in Paris erscheint, ist soeben ein Buch von Ernest Lémonon unter dem Titel L'Europe et la Politique britannique (1882 bis 1909) veröffentlicht worden, das ernsteste Aufmerksamkeit verdient. Herr Lémonon ist ein bekannter Jurist, der durch seine Bücher über die zweite Haager Konferenz (Juni—Oktober 1907) und über die Londoner Seekonferenz (Dezember 1908—Februar 1909) mit Recht Anerkennung gefunden hat. Auch sein neues Werk ist das Ergebnis eingehender, wenn auch einseitiger Studien und wird sowohl dem Politiker, wie dem Historiker, der bemüht ist, die Probleme der Gegenwart zu erfassen, von Nutzen sein. Er hat mit großem Fleiß das tatsächliche Material zusammengetragen und es geschickt disponiert. Die Darstellung ist überall klar und läßt über Ansichten des Verfassers, der mit seinem Urteil rückhaltlos hervortritt, an keiner Stelle einen Zweifel bestehen. Damit sind aber auch die Grenzen des Lobes bezeichnet, das man ihm spenden kann. Das Buch ist eine politische Parteischrift im schlimmsten Sinne des Wortes, ein Plädoyer gegen Deutschland auf Grund fast ausschließlich französischer und englischer Quellen. Die seltenen Fälle, wo die deutsche Presse herangezogen wird, beschränken sich auf wenige Auszüge, die der französischen Presse entnommen sind, und bevorzugen das „Berliner Tageblatt", das bekanntlich nicht deutsche Politik treibt, sondern ihre eigene Politik. Die umfangreiche deutsche und russische politische Literatur der von Lémonon behandelten Fragen wird absolut nicht herangezogen, es ist, als existiere sie nicht; die Tendenz geht überall dahin, Deutschland als den Feind hinzu-

stellen, der mit allen Mitteln niedergehalten und womöglich erdrückt werden müsse. Man darf wohl sagen, daß das Buch von Lémonon in seiner pseudowissenschaftlichen Form das ungerechteste und feindseligste Bild der deutschen Politik und des deutschen Volkes entwirft, das in unserem Jahrhundert gezeichnet worden ist. Und das will viel sagen.

Der Stoff wird in zwei Gruppen zerlegt; die erste umfaßt die Jahre 1882—1901, da die deutsch-englischen Beziehungen gute, die Beziehungen Englands zu Frankreich und Rußland sehr gespannte waren, und dieser Abschnitt geht mit der englischen Politik oft ziemlich scharf ins Gericht (S. 1—217); die zweite, die von 1901—1909 reicht (S. 219—532) ist den deutsch-englischen Gegensätzen gewidmet und schließt zugleich die Beziehungen Englands zu Rußland, Italien und Österreich während dieser Periode ein. An tatsächlichen Unrichtigkeiten fehlt es nicht, sie sind stets tendenziös, so z. B., wenn S. 13 behauptet wird, Deutschland hätte im Verein mit England die Revision des Vertrages von San Stefano gefordert, oder die Übergehung von Savoyen und Nizza, wo von den französisch-italienischen Gegensätzen die Rede ist, die erstaunliche Behauptung, daß England der kolonialen Entwicklung Deutschlands freundlich gegenübergestanden habe, daß Deutschland gedroht habe „d'absorber Vienne", die weitere Behauptung, daß seit 1901 die deutsche Diplomatie überall auf Erwerbung neuer Territorien ausgegangen sei und überall die deutsche Flagge zu hissen suchte, „sans se soucier des droits acquis ni du bon droit" (S. 287), oder aber, daß Deutschland darauf ausgehe, durch die Bagdadbahn die europäische Türkei, Kleinasien und Mesopotamien zu germanisieren usw.; wir könnten unsere Zitate verzehnfachen. Da jedoch hier nicht der Platz für eine historische Kritik im einzelnen ist, verzichten wir darauf, bei solchen Fragen stehen zu bleiben; es kommt uns auf die Tendenz der Arbeit an, und da der Verfasser in einem Schlußkapitel „L'Angleterre et la paix" sich resümiert, soll bei diesem etwas länger verweilt werden. Seit zehn Jahren, so führt Lémonon aus, habe England, das bisher seine Stellung gegen jedermann behaupten konnte, in Deutschland einen mächtigen Rivalen bekommen, der den Versuch mache, es zu ruinieren, den es aber bisher abzuwehren verstanden hatte, wie in früheren Zeiten seine französischen und russischen Gegner. Bei dieser Abwehr habe es die Politik der „glänzenden Isolierung" aufgegeben und gegen Deutschland, das auf Weltherrschaft ausging, jene Ententen geschlossen, die das politische

Gleichgewicht wiederherstellten. Aber sowohl in Europa wie in Asien liege die Gefahr vor, daß das so geschaffene schöne System zusammenbreche (par suite de la mauvaise foi ou des appetits de l'une des puissances tripliciennes ou extrême-orientales). Man könne nicht wissen, ob Japan sich durch die Verpflichtungen, die es unterzeichnet habe, gebunden fühle, ob nicht eine neue Marokkofrage auftauche, oder ob nicht an Rußland neue unannehmbare Zumutungen gestellt würden. Vielleicht fahre Deutschland fort, Dreadnoughts zu bauen und dem englischen Handel Konkurrenz zu machen. „Mit einem Wort, es fragt sich, ob Deutschland darauf verzichtet, sich die Hegemonie der Welt zu erobern." Sir Edward Grey habe am 29. März die warnende Antwort gegeben: „Jeder Versuch von seiten einer kontinentalen Großmacht, die Politik des Kontinents zu beherrschen, würden den Krieg zur Folge haben." Die sich hier anschließenden Betrachtungen geben wir mit geringen Auslassungen wörtlich wieder:

„London, Paris und Petersburg können Deutschland verhindern, es aufs neue mit Eroberung der Hegemonie zu versuchen; sie können es nötigen, das Gleichgewicht zu respektieren, das sie durch ihre Entente hergestellt haben. In Millionen deutscher Köpfe lebt, trotz aller friedlichen Verträge, die die Regierungen unterzeichneten, der Traum der Universalmonarchie; um ihn zu ruinieren, müssen die Mächte der Tripelentente mit allen möglichen Mitteln die Abmachungen stärken, welche sie verbinden: die russisch-französische Allianz, die Ententen zwischen Frankreich und England und zwischen Rußland und England. Sie müssen ferner ihre Rüstungen aufrecht und instand halten, denn die Aussichten auf Erhaltung des Friedens werden in gleichem Verhältnis zunehmen, wie die militärische Macht, die sie dem Dreibunde entgegenstellen können. Um die französisch-russische Allianz zu konsolidieren, muß namentlich die sozialistische Partei in Frankreich aufhören, in Parlament und Presse Rußland zu kritisieren, zu verhöhnen und seinen Kredit vor dem Publikum zu schädigen. Rußland ist, trotz der recht unschuldigen „Extratouren" mit Deutschland, unser treuer Verbündeter geblieben; es ist durch eine formelle Klausel, durch einen geschriebenen Vertrag gebunden, und nichts berechtigt zum Glauben, daß es — wenn die Stunde schlägt — sich seiner Verpflichtungen entziehen wird.... Wir haben in Frankreich letzterzeit zu wenig von der russischen Allianz gesprochen. Es wäre mitunter nützlich gewesen, an das „glückliche"

Wort von Paul Deschanel zu erinnern: „Die Allianz mit Rußland ist der Angelpunkt unserer auswärtigen Politik und muß es bleiben". Andererseits muß Petersburg, um auf der Höhe der ihm zufallenden Aufgabe zu stehen, sich anstrengen und seine Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande wiederherstellen. Ist es nun auch möglich, die Entente zwischen Frankreich und England zu konsolidieren? Die Frage ist außerordentlich heikel. Es scheint — heute — wenig wahrscheinlich, daß trotz der Toaste, die 1908 in London ausgetauscht wurden und in denen davon die Rede war, das Einvernehmen fester zu schließen (de resserrer l'entente), die Entente in eine schriftliche Allianz umgewandelt sei. Vom englischen Standpunkte aus erscheint eine Allianz mit Frankreich zur Stunde nicht nützlich. Die Allianz wurde uns zu Ende des Ministeriums Delcassé angeboten, als Deutschland drohte, das europäische Gleichgewicht zu stürzen und die Vogesen zu überschreiten; wahrscheinlich wird die Allianz erst dann aufs neue angeboten werden, wenn eine ähnliche Drohung sich wiederholt, oder sie wird erbeten werden, wenn das britische Territorium durch eine unmittelbar bevorstehende deutsche Invasion bedroht wird. Gegenwärtig befürchtet England, die ohnehin schwierigen Beziehungen zu Deutschland durch eine Allianz mit uns zu verbittern. Der Frieden, der das Ziel der englischen Politik ist, würde durch eine solche Allianz nicht gestärkt, sondern das Risiko eines Konflikts zwischen Berlin und London gesteigert werden. Französischerseits scheint man jetzt, da die marokkanische Frage geregelt ist und die Wahrscheinlichkeiten eines Krieges mit Deutschland weniger zahlreich scheinen, in einer englischen Allianz mehr Unbequemlichkeiten als Vorteile zu erblicken. Um eine Allianz erwünscht zu machen, müssen beide Kontrahenten gleichwertige Vorteile gewinnen. Zeichnen wir aber jetzt einen Allianzvertrag mit unseren Nachbarn jenseits des Kanals, so fallen alle Vorteile unseren Alliierten, alles Risiko uns zu. Wir werden den Engländern, wenn sie angegriffen werden, die Hilfe einer starken Armee, die geschult und zahlreich, die solid begründet ist und die vor Kriegslust glüht (ardente), bieten. Werden wir aber angegriffen, welche Hilfe könnten uns die englischen Truppen bringen, die zu unserer Unterstützung über den Kanal geschickt werden? Trotz Mr. Haldanes Reorganisation ist die englische Armee zu schwach und unzureichend ausgebildet. Bevor eine Allianz mit England abgeschlossen werden kann, muß die englische Armee reformiert und so verstärkt werden, daß sie in

Frankreich nützlich und wirksam gebraucht werden kann. An dem Tage aber, da die britische Armee fähig wird, unsere Armee ernstlich zu stützen, wird in Frankreich keinerlei Einwendung gegen eine geschriebene Allianz Bestand haben.... Um aber bis dahin die entente cordiale zu stärken und zu konsolidieren, wollen wir uns mit London über alle Fragen verständigen, in denen wir zusammengehen können (qui pourront nous être communes). Und wenn wir wollen, daß man uns in London achtet, müssen wir, wie Paul Deschanel 1904 sagte, die Fragen auseinanderhalten, unsere Interessen verteidigen und die englischen klar erkennen.

Um Deutschland zu verhindern, das europäische Gleichgewicht, so wie es jetzt besteht, zu zerstören, um seinem Appetit nach einer Hegemonie über die Welt Schranken zu setzen, genügt es offenbar bei der jetzigen Weltlage nicht, daß die Tripelentente die Bande kräftigt, die sie zusammenschließen, und weiter rüstet, es muß außerdem — und darauf sind die Anstrengungen Tag für Tag zu richten — die Bildung einer Balkanföderation mit aller Macht gefördert werden, die, wenn nicht gerade der österreichisch-deutschen Liga feindselig, doch m i n d e s t e n s von ihr unabhängig sein muß. Die Türkei für den Fall, daß sie sich schnell von ihren inneren Krämpfen erholt, Bulgarien, wenn das Gegenteil geschieht, könnten, wie es scheint, in dieser Konföderation die erste Rolle spielen. Es scheint außerdem unerläßlich, daß man Serbien die Mittel gibt, sich zu bewaffnen und aufzurichten, denn ein starkes Serbien wäre ein Dolch in die Seite Österreichs gestoßen. Das ist die Politik, welche die Tripelentente verfolgen muß, wenn sie nicht will, daß Deutschland auf Marokko nur verzichtet hat, um im Bunde mit Österreich sich des osmanischen Reiches und der Balkanhalbinsel zu bemächtigen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn die Tripelentente diese Politik verfolgt, es ihr gelingen wird, Deutschland in Respekt zu halten und zu verhindern, daß der europäische Friede gebrochen und das Gleichgewicht zerstört wird. So werden Frankreich, England und Rußland für das Wohl der internationalen Gemeinschaft arbeiten und zugleich ihre eigenen Interessen sichern. So wird England, wie es wünscht, den Frieden erhalten und vermeiden, daß ein Konflikt, so ernst er auch sei, in einen Krieg ausartet, es wird seine unermeßlichen Besitzungen behalten, dazu die Herrschaft der Meere und die ökonomisch-politische Lage, welche ihm die früheren Jahrhunderte in der Welt gesichert haben."

Mit dieser uneigennützigen Erklärung schließt Herr Lémonon sein Buch. Er hat es dem Botschafter Herrn Paul Cambon gewidmet und, wie wir sahen, hat Herr Paul Deschanel ihm ein Vorwort geschrieben. Der letztere macht die treffende Bemerkung, das Buch werde in England sehr gefallen (sera sans doute fort goûté). Auch wir zweifeln nicht daran, wollen aber hoffen, daß es in Frankreich nicht der Fall sein wird. Lémonon gießt Öl in das Feuer des englischen Jingoismus und tut, was in seinen Kräften steht, um die zarte Pflanze eines aufkeimenden Vertrauens zwischen Deutschland und Frankreich zu ersticken. Es wäre eine sehr bedenkliche Wendung, wenn man in den politischen Kreisen Frankreichs sich dem trügerischen Glauben hingeben wollte, daß die freundliche Haltung unserer Regierung auf Schwäche zurückzuführen und eine Folge des „Respekts" sei, den uns die Aufstellung der Tripelentente und ihres Gefolges einflößt. Diese Kombination hat auch während der ernsten politischen Krisis des vorigen Jahres bestanden und in keinerlei Weise auf die Haltung und die Entschlüsse Deutschlands eingewirkt. Was aber den Balkanbund betrifft, so ist das Ziel, welches Lémonon ihm setzt: Serbien dazu vorzubereiten, daß es rechtzeitig Österreich den Dolch in die Seite stoßen könne, doch zu zynisch, als daß man annehmen dürfte, Herr Lémonon sei in die Vereinbarungen von Racconigi wirklich eingeweiht. Der Balkanbund ist als eine Art Allianz zwischen Serbien, Montenegro und Bulgarien gedacht, dessen Spitze sich nur nach zwei Seiten richten kann: gegen Österreich-Ungarn oder gegen die Türkei. Da nun eine Aggression gegen Österreich undenkbar ist, es sei denn auf dem Wege von Verschwörungen, die freilich stets einen wesentlichen Teil in der Geschichte dieser drei Staaten gespielt haben und, wie es scheint, noch spielen (wir denken dabei zunächst an die Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro, deren Schleier gelüftet, aber nicht gehoben worden sind), so bleibt nur die Türkei, und wir halten allerdings nichts für wahrscheinlicher, als daß, wenn dieser Bund Realität werden sollte, er in eine Teilung Mazedoniens ausmünden wird. Vorausgesetzt immer, daß die Türkei sich das gefallen läßt, was uns doch weniger glaubhaft ist. Aber man rechnet in jenen Kreisen, wie auch Herr Lémonon andeutet, auf innere Zersetzungsprozesse im osmanischen Reiche. Es ist in Summa ein frivoles und unehrliches Treiben, ganz wie die lächerliche Behauptung, daß Deutschland sich Welthegemonie und Welteroberung zum Ziele gestellt habe.

Der Tod König Leopolds II. hat eine große politische Kraft einem Lande genommen, dessen wirtschaftliche Bedeutung der König, wenn nicht begründet, so doch unendlich gefördert und gehoben hat und dem er als Erbe ein Kolonialreich hinterläßt, das er geschaffen hat. Er verstand es, die koloniale Eifersucht Englands und Frankreichs seinen Zwecken nutzbar zu machen, aber Deutschland, das damals seine ersten schüchternen Schritte auf dem Wege zu einer Kolonialpolitik machte, hat es vermocht, in die berühmte Kongoakte einen völkerrechtlichen Anspruch aller Mächte auf Handelsfreiheit im ganzen Kongobecken hineinzufügen, was freilich ebenso wie andere ihm lästige Bestimmungen der Akte der König tatsächlich zu entkräften verstand. Er war ein kluger Politiker, einer der größten Finanzmänner seiner Zeit, fleißig und tatkräftig. Die hohe Aufgabe des Monarchen, seinem Volke auch ein Vorbild edler Häuslichkeit zu bieten, lag seiner Gedankenwelt fern. Sie bewegte sich mehr in der Vorstellung der wenig prüden Welt des beginnenden 18. Jahrhunderts.

Auch eine andere große Gestalt ist dieser Tage dahingegangen: der Großfürst Michail Nikolajewitsch, der letzte Sohn Kaiser Nikolaus' I., der Großvater unserer Kronprinzessin, der von den ritterlichen und edlen Eigenschaften seines Vaters den besten Teil geerbt hatte. Er lebte seiner Gesundheit wegen schon seit vielen Jahren im Auslande, meist in Cannes, und dort ist er gestorben, ein Grandseigneur im besten Sinne des Wortes.

In England hat die erste Periode der Wahlkämpfe ihren Abschluß gefunden, ohne daß sich über den Ausgang etwas Zuverlässiges vorhersehen ließe. Die beiden großen Parteien bekämpfen einander mit steigender Erbitterung, die Arbeiter haben, entgegen früheren Meldungen, keinen Pakt mit den Liberalen geschlossen, sondern kämpfen für den eigenen Vorteil, in zweifelhaften Fällen aber werden sie, wo sich ihnen keine eigenen Aussichten bieten, gegen die Unionisten stimmen. Dagegen scheint es Redmond doch gelungen, die Iren für das Asquithsche Home-Rule-Programm zu gewinnen, wodurch eine neue Parole in den Wahlkampf geworfen wird. In den von Amerika geführten irischen Kreisen wird ihm das mit bitterem Haß vergolten. Man wirft ihm namentlich vor, daß er das Home-Rule-Programm in Abhängigkeit von dem Siege der Liberalen gestellt und damit die günstige Lage verspielt habe, die ihm eine unabhängige Haltung zwischen beiden

Parteien gesichert hätte. Auch wird darauf hingewiesen, daß das Budget Lloyd Georges eine erheblich stärkere Belastung Irlands bedeute. Sehr unerquicklich ist es, daß auch das unwahre Hausieren mit der deutschen Gefahr wieder, trotz aller Proteste, die in England selbst dagegen laut geworden sind, aufgenommen wird. In den englischen Kolonien wird all diesen Kämpfen wenig Aufmerksamkeit geschenkt, dasselbe gilt von Amerika. Niemals ist wohl die Tatsache schärfer ans Licht getreten, daß das europäische Großbritannien etwas für sich ist, und daß die Kolonien zu Nationen mit eigenen Interessen herangewachsen sind. In Kanada wird der Wunsch immer lauter, auch zu diplomatischer Autonomie zu gelangen, und überraschenderweise hat auch die Londoner „Daily News" sich dahin ausgesprochen, während andererseits englische Marineblätter sehr nachdrücklich gegen eine Vereinigung der englischen Marine mit der geplanten kanadischen Kriegsflotte protestieren. Sie fürchten davon eine Minderung der Manneszucht auf ihren Schiffen und weisen, um den Unterschied zwischen den englischen und den kanadischen Vorstellungen von Disziplin zu beleuchten, auf die Erfahrungen hin, die sie während des Burenkrieges mit den kolonialen Hilfstruppen gemacht haben. Davon ist seinerzeit freilich nichts an die Öffentlichkeit gedrungen.

Am 27. Dezember wird wiederum ein indischer Nationalkongreß in Lahore tagen. Zum Präsidenten ist der Führer der gemäßigten Hindus Malaviya, ein Mitglied des „United Provinces Council" erwählt worden. Man ist in England geneigt anzunehmen, daß für Indien auf die Unruhen der letzten Jahre nunmehr eine Zeit friedlicher Arbeit folgen wird. Der befürchtete Aufstand der Waziri und Mahsuds ist nicht erfolgt, doch wird nach wie vor das Einschmuggeln von Waffen über Persien und Afghanistan mit Mißtrauen verfolgt. Es ist in Europa wenig beachtet worden, daß am 23. November vier hervorragende Inder auf die Andamanen verbannt worden sind: Barendro Kumar Ghose, Ullasker Dutt, Apendranath Banerji und Hem Chunder Doß. In der Motivierung des Urteils heißt es: „Die Frage der Bestrafung ist außerordentlich schwierig. Es sind keine gewöhnlichen Verbrecher. Sie sind meist Männer von guter Erziehung, von starken religiösen Instinkten, in einigen Fällen von bedeutender Charakterstärke. Aber sie sind eines der größten Staatsverbrechen überwiesen, denn sie waren verschworen, Krieg gegen den König zu erregen, und die Strafe muß der Größe

des Vergehens entsprechen." Sechs andere Inder wurden zu 7 bis 10 Jahren Verbannung, einer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die von Lord Morley inaugurierte Reform hat den Beifall der politischen Führer Bengalens nicht gefunden.

Die Botschaft des Präsidenten Taft macht einen entschieden guten Eindruck, wenn auch einige Fragen, die besonders brennend sind, von ihm zurückgestellt worden sind, wie namentlich die „Anti-Trust Law". In bezug auf Ostasien sprach sich der Präsident sehr entschieden für gerechte Handhabung und für Aufrechterhaltung des Prinzips der offenen Tür aus. Der gegen Nikaragua gerichtete Teil der Botschaft ist von außerordentlicher Schärfe, und es ist fraglich, ob die Vereinigten Staaten sich mit dem Rücktritt Zelayas zufrieden geben werden. Ein Vermittlungsantrag Mexikos wurde abgewiesen.

Die politische Entwicklung in Rußland erscheint uns wenig erfreulich. Wir denken dabei nicht an die trotz der offiziellen Erklärung Iswolskis nicht nur fortdauernde, sondern steigende Erregung über die Zustände im fernen Osten, denn wir sind überzeugt, daß eine Kriegsgefahr nicht besteht, sondern an die immer mehr einen intoleranten nationalistischen Charakter annehmende innere Politik. Es läßt sich von ihr sagen, daß sie gründlich unpopulär ist. Auch macht die Sprache der Presse den Eindruck eines Pessimismus, der nicht resigniert klingt.

Daß in Österreich die Tschechen, nachdem sie 86 Stunden hindurch in wahrhaft kindischer Weise im Parlament Obstruktion getrieben haben, plötzlich mit einem Antrag auftraten, der in Zukunft durch eine verschärfte Geschäftsordnung die Obstruktionspolitik unmöglich machen soll, und daß nun die deutschen Parteien sich dadurch geschädigt fühlen, das gehört zu den Wunderlichkeiten, die wohl nur jemand verstehen kann, der in dem Chaos österreichischer Parteipolitik groß geworden ist.

24. Dezember 1909. Ermordung des Chefs des Sicherheitsdienstes in Petersburg, Oberst Karpow.
24. Dezember. Ernennung Iswolskis zum Mitglied des Reichsrats.
27. Dezember. Rede Pichons über die auswärtige Politik Frankreichs.
27. Dezember. Die griechische Militärliga tritt für Begnadigung Typaldos ein.
28. Dezember. Demission des Großwesirs Hilmi Pascha.

29. Dezember 1909.

Wir stehen in der letzten Woche eines Jahres, das an politischen Krisen und Sorgen reich gewesen ist. Es begann unter den bedrohlichen Nachwirkungen des Staatsstreiches der Jungtürken, der die Proklamierung der Selbständigkeit des „Königreichs" Bulgarien und die Annektierung Bosniens und der Herzegowina zur Folge hatte und zu Prätensionen Serbiens führte, die zunächst von den Mächten der Tripelentente wenn nicht direkt gefördert, so doch auch nicht entmutigt wurden. Aber die chauvinistische Presse Rußlands machte sie zu ihrer eigenen Sache, und die dabei zutage tretende Tendenz ging dahin, eine Demütigung Österreich-Ungarns auf diplomatischem Wege oder, wenn nicht anders, mit Unterstützung Frankreichs und Englands durch Waffengewalt herbeizuführen. Es konnte eine Zeitlang scheinen, daß auch das offizielle Rußland entschlossen sei, sich diese Zeitungspolitik zur Richtschnur zu nehmen. Zu Anfang dieses Jahres hat es einen Augenblick gegeben, da ein allgemeiner Krieg im Zusammenhange mit dem orientalischen Probleme als Möglichkeit allen Ernstes erwogen werden mußte. Die Tatsache, daß Deutschland schon am 7. Dezember 1908 sich zur Behauptung aller Konsequenzen des Bündnisses von 1879 bekannt hatte, die Kriegsbereitschaft beider deutschen Mächte und eine erfolgreiche auf Erhaltung des Friedens gerichtete diplomatische Arbeit haben diese Gefahr beseitigt. Als am 18. Januar die Verständigung zwischen der Türkei und Österreich-Ungarn im Prinzip perfekt wurde, war auch die Gefahr gehoben, daß das orientalische Problem in seinem vollen, alle Großmächte in Mitleidenschaft ziehenden Umfange aufgerollt werden würde. Das am 9. Februar mit Frankreich abgeschlossene

Marokko-Abkommen schied eine andere Streitfrage aus, die nicht ohne Bitterkeit seit vier Jahren zwischen Deutschland und Frankreich geschwebt hatte. Der ebenfalls am 9. Februar erfolgte Besuch König Eduards VII. in Berlin, danach der Ausgang der Londoner Konferenz über das Kriegsrecht zur See schienen darauf hinzuweisen, daß auch die englisch-deutschen Gegensätze, die seit einem Jahrzehnt durch eine künstlich hervorgerufene Agitation lebendig erhalten wurden, an Schärfe zu verlieren anfingen. Im März aber wurde die Haltung Serbiens wieder so herausfordernd, daß die Reservisten der österreichisch-ungarischen Armee einberufen wurden und der Ausbruch eines österreichisch-serbischen Krieges wiederum unvermeidlich schien. Erst als am 25. März Rußland die Erklärung abgab, daß es die Annektierung Bosniens und der Herzegowina rückhaltlos anerkenne und nicht auf seinem früheren Antrage bestehe, die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Annektierung dem Urteile einer internationalen Konferenz zu überweisen, schwand die Gefahr. Da England und Frankreich nicht russischer sein konnten als Rußland, das bisher die serbische Sache zu der seinigen gemacht hatte, haben sie am 27. März sich der russischen Erklärung angeschlossen, und damit war in der Tat diese ganze aufregende serbische Episode erledigt, und der status quo des 27. März für die Balkanhalbinsel zur völkerrechtlich anerkannten Ordnung geworden. Der Kronprinz Georg von Serbien entsagte seinen Ansprüchen auf den Thron, die nunmehr auf seinen weniger leidenschaftlichen jüngeren Bruder übergingen, und in den Balkanstaaten konnte man endlich zu ruhiger Tagesarbeit zurückkehren.

Inzwischen aber hatte sich ergeben, daß Sultan Abdul Hamid insgeheim bemüht war, die ihm durch die Militärrevolution vom 24. Juli 1908 oktroyierte Verfassung zu beseitigen und seine ursprüngliche Stellung wiederzugewinnen. Am 13. April brach in Konstantinopel eine von ihm organisierte Gegenrevolution aus, vor der das Parlament die Flucht ergreifen mußte und der einige hervorragende Mitglieder der jungtürkischen Partei zum Opfer fielen, u. a. der Justizminister Nazim Pascha. Aber der Triumph der Reaktion war von kurzer Dauer. Die an der Verfassung festhaltenden Truppen setzten sich in Marsch, am 27. rückten sie in Konstantinopel ein, und nach Überwindung des nicht sehr erheblichen Widerstandes, den ihnen die dem Sultan treu gebliebenen Truppen entgegensetzten, wurde Abdul Hamid abgesetzt und sein Bruder als Mohammed V. zum Nachfolger proklamiert. Einzelne Versuche,

in Kleinasien eine Bewegung zugunsten Abdul Hamids hervorzurufen, wurden schnell und energisch niedergeschlagen, die Mitschuldigen am 13. April traf ein rücksichtsloses Strafgericht. Der abgesetzte Sultan wurde in Saloniki interniert und am 5. Mai Hilmi Pascha an Tewfiks Stelle zum Großwesir erhoben. Bei der weiteren Entwicklung der Verhältnisse des nahen Orients eingehender zu verweilen, trägt für unsere Zwecke nichts aus. Das Wesentliche ist, daß die Türkei mit großer Energie an dem Ausbau und an der Vervollkommnung ihrer Armee gearbeitet hat, wobei ihr die Erfahrung des Generaloberst v. d. Goltz zur Seite steht, der in der türkischen Armee ein Vertrauen genießt, das ihm eine einzigartige Stellung sichert. Der mit Reorganisation der türkischen Marine betraute englische Admiral scheint gleichfalls Tüchtiges zu leisten, doch haben wir nicht den Eindruck, daß die Türkei sich mit der Absicht trägt, eine Kriegsmarine von mehr als lokaler Bedeutung zu begründen. Nächst den wirtschaftlichen Aufgaben, die sie sich stellt und die namentlich in Förderung des Eisenbahnbaus (Donau-Adria-Bahn und Kleinasiatische Bahnen) sowie in Ordnung der Finanzen zur Geltung kommen, sind es noch zwei Fragen, die ihre besondere Aufmerksamkeit anziehen: die mazedonische und die griechische. Die erstere ist scheinbar durch die dem ganzen türkischen Reiche gemeinsame Verfassuug gelöst, mazedonische Griechen, Bulgaren und Serben genießen gleiche Rechte mit allen übrigen türkischen Bürgern, aber trotz der äußerlich guten Beziehungen, in denen die Türkei zu den beiden Balkankönigreichen steht, läßt sich die Tatsache doch nicht wegschaffen, daß auf mazedonischem Boden seit einer langen Reihe von Jahren in nationalistischem Sinne intrigiert worden ist, und daß einerseits die Bulgaren und Serben nach Vereinigung mit ihren von der Türkei unabhängigen Stammesgenossen streben, andererseits diese ihre Hoffnungen und Ansprüche zwar zurückgestellt, aber nicht aufgegeben haben. Die in letzter Zeit immer lauter werdenden Gerüchte von einem Balkanbunde, der Montenegro, Serbien und Bulgarien umfassen und sich des Schutzes der Ententemächte erfreuen würde, zu denen seit der Zusammenkunft in Racconigi für die Balkanfragen auch Italien getreten ist, beunruhigen die Pforte naturgemäß. Ein solcher Bund könnte eine nicht unbedeutende Kriegsmacht aufbringen, der ein anderer als ein offensiver Charakter kaum zugesprochen werden kann. Denn daß die Pforte, so wie sie heute besteht, sich offensiv gegen jene Mächte wenden

sollte, ist ausgeschlossen, und ebenso wenig glaublich, daß Bulgarien und Serbien an einen Angriff auf Österreich denken sollten. Aber die Pforte tut gewiß gut, wenn sie ihr Mißtrauen nicht allzu deutlich zeigt, sich aber in den Stand setzt, mögliche Gefahren abzuwehren.

Was Griechenland betrifft, so kann bei der völligen Zerrüttung dieses Staates von einer Gefahr, die von ihm ausgeht, natürlich keine Rede sein. Seit der Militärrevolte vom 23. August, der Meuterei des Typaldos am 29. Oktober und der seither dominierenden Anarchie bei Haupt und Gliedern, die jeden Tag neue Überraschungen möglich macht, kann von Griechenland nur als von einem Objekt der Politik Dritter die Rede sein. Der Wille, der sich den Griechen oktroyiert, ist der der Kreter, die während des ganzen Verlaufes dieses Jahres nicht aufgehört haben, bei ihren Versuchen zu beharren, die politische Vereinigung ihrer Insel mit Griechenland durchzusetzen. Da nun die vier sogenannten Schutzmächte Kretas der türkischen Regierung in bündigster Form die Erhaltung ihrer oberherrlichen Stellung in Kreta gewährleistet haben, ergibt sich ein Konflikt, sobald die Kreter das griechische Parlament beschicken. Die öffentliche Meinung Griechenlands würde es jeder griechischen Regierung unmöglich machen, die Abgeordneten der Insel zurückzuweisen, während anderseits die Türkei eine offenkundige Verletzung ihrer Rechte nicht dulden könnte, ohne ihrerseits entweder in Kreta, oder, was wahrscheinlicher ist, in Griechenland einzuschreiten, wo ihr noch weniger Widerstand geleistet werden könnte, als es im Jahre 1897 geschah. Es ist eine politische Sackgasse, aus der es allem Anscheine nach weder für Griechenland noch für die Schutzmächte einen Ausweg ohne flagrante Rechtsverletzung gibt.

Eine weitere Schwierigkeit stellt sich der Türkei in Arabien und Mesopotamien entgegen. Im südlichen Arabien hat sich allmählich aus der englischen Station in Aden ein umfangreiches englisches Schutzgebiet entwickelt; der persische Golf, seine arabischen Küsten, das Schat el Arab und, seit der Konzession Lynch, auch der Lauf des Euphrat und Tigris stehen unter englischem Einfluß, der zudem von Ägypten aus an der Westküste Arabiens und ihren heiligen Stätten immer fühlbarer und durch die Einwirkung Englands auf die Stämme Innerarabiens immer lästiger wird. Im Hinblick auf den Protest, der in Bagdad laut geworden ist, ist es nicht unwahrscheinlich, daß diese Fragen im kommenden Jahre von Bedeutung für das innere Leben der Türkei werden.

Weniger tragisch als das Schicksal Abdul Hamids, der neben den vielen Untugenden, die ihm mit Recht vorgeworfen wurden, die aber nicht nach christlicher Moral, sondern nach orientalischen Sultanstraditionen zu beurteilen sind, doch auch große Eigenschaften besaß, ist das Schicksal des Schah-in-Schah, Mehmed Ali, der immer eine Nichtigkeit gewesen ist. Er ist ein Opfer des russisch-englischen Abkommens vom 30. August 1907. Rußland hatte ihn wie seinen Vater in seiner Stellung erhalten und hatte ursprünglich auch keinerlei Interesse daran, daß Persien sich als Verfassungsstaat behaupte. Erst im Dezember 1907 bequemte sich der Schah, die Verfassung zu beschwören, und seitdem hat ihn unter dem kombinierten Schutz von England und Rußland ein böses Geschick verfolgt. Der Kampf zwischen Konstitutionalisten und den Anhängern der alten Ordnung führte zu einem stets nur auf kurze Zeit unterbrochenen Bürgerkriege, zum Einrücken und bald danach wieder zum Zurückziehen russischer Truppen — das letztere stets auf einen freundlichen Hinweis der englischen Regierung, daß das Verbleiben russischer Trupen auf persischem Boden einen üblen Eindruck im Unterhause machen werde — es war ein Hin- und Herzerren, ein Spiel, das dem Schah schließlich alles Urteil raubte und ihn nicht mehr erkennen ließ, wo er seine Freunde und wo seine Feinde zu suchen habe. So hat er schließlich, von seinen „Kosaken" im Stich gelassen, eine Zuflucht in der russischen Gesandtschaft gesucht und dort, wie man es von ihm verlangte, am 16. Juli dieses Jahres zugunsten seines unmündigen Sohnes abgedankt. Eine Zeitlang hoffte er noch, daß seine Anhänger ihn wieder auf den Thron heben würden, wie es denn auch wirklich beabsichtigt wurde; aber der russische und der englische Gesandte drangen auf seine Abreise, und so hat er schließlich die schwere Fahrt antreten müssen, die ihn als Pensionär Rußlands für immer von Persien löst. Seine Nachkommen werden aller Wahrscheinlichkeit nach in die bunten Reihen der russischen Fürstlichkeiten einrücken, die ja nicht zu geringem Teile orientalischen Ursprunges sind. Persien aber mit seinem Parlament ist die Freiheit geblieben, in der russischen Einflußsphäre den russischen und in der englischen den englischen Geboten nachzukommen. Das Bedenkliche an dieser Politik ist, daß das Mißtrauen und der Haß der Asiaten gegen die Europäer stetig zunimmt. Seit Japan Asien „geweckt" hat, zieht die Vorstellung, daß Beziehungen zu den europäischen Mächten schließlich in Unterjochung ausmünden, zugleich mit

dem leidenschaftlichen Verlangen nach Befreiung von den Fremden mit elementarer Gewalt von Ost nach West. Es regt sich in China, hat Hinterindien ergriffen, wo England noch im März dieses Jahres drei bisher unabhängige Staaten und einen herrlichen Hafen geräuschlos annektierte und Frankreich mit recht unbequemen Wirren zu kämpfen hat, es erfüllt Englisch-Indien und bewaffnet Afghanistan. Die terroristischen Morde und Attentate in Bengalen sind ein Symptom dieser sehr gefährlichen Stimmung, von der wir zwar nicht glauben, daß sie zu einem nahe bevorstehenden Ausbruche wie 1857 führen wird, die aber zunimmt und über einen weit größeren Raum verbreitet ist, als der Aufstand des Nena Sahib je zu umfassen vermochte. Nun hat das liberale Kabinett zwar den Weg wohlgemeinter und klug gedachter Reformen beschritten, aber wie neuerdings auch das Beispiel Ägyptens zeigt, führen Zugeständnisse zu weiteren Forderungen und erhöhtes Bildungsniveau zu stärkerem Selbstbewußtsein und zu leidenschaftlicherem Verlangen nach voller Freiheit. Es entsteht ein circulus vitiosus, aus dem keine Klugheit heraushilft.

Im europäischen Großbritannien hat England die Politik fortgesetzt, die es seit den letzten Jahren verfolgt. Vereinbarungen, die fast den Charakter von Allianzen tragen, haben ihm neben Frankreich und Rußland auch schwächere Mächte, wie Spanien und Portugal, verbunden. Im Mittelmeer hat es seine Beziehungen zu Italien gestärkt und den seit dem Fall Kiamil Paschas gesunkenen Einfluß in Konstantinopel zurückgewonnen. Nebenher hat es mit allen Mitteln der deutschen Politik entgegengearbeitet und in seiner Presse einen Verdächtigungsfeldzug geführt, von dem wir sagen würden, er sei beispiellos, wenn die russische Presse nicht wäre. Dagegen hat sich der Journalistenkongreß, der im Juli nach London berufen wurde, um die englisch-amerikanische und koloniale Presse im Sinne der hauptstädtischen zu beeinflussen, als ein Mißerfolg erwiesen. Er fand bald nach der lächerlichen Panik vor einer deutschen Invasion statt, die einige Monate hindurch den Engländern ihren gesunden Verstand geraubt zu haben schien, und die großartige Revue der gesamten in Spithead versammelten Flotten, die den Gästen von der „stammverwandten" Presse geboten wurde, ließ diese Panik nur um so lächerlicher erscheinen. Ebenso erfolglos sind die Agitationsreisen englischer Politiker in Kanada und in den Vereinigten Staaten geblieben. Hat Sir Edward Laurier auch im kana-

dischen Parlament für seinen Antrag Anklang gefunden, eine kanadische Flotte zu begründen, die England beispringen soll, wenn es in Nöte kommt, so ist doch anderseits der Widerspruch im Lande sehr laut und das Verlangen nach größerer Selbständigkeit der kanadischen „Nation" weit lebendiger geworden, als es noch vor kurzem der Fall war. Das ist nun einmal die notwendige Entwicklung, welche die meisten Tochterkolonien Englands nehmen müssen, sobald sie sich stark und reich genug wissen, um auf eigenen Füßen zu stehen. Am 4. Juni ist die Gesamtverfassung für den neuen Commonwealth von Südafrika, trotz der Abneigung Natals, perfekt geworden. Das englische Parlament hat dann seine Zustimmung erteilt, und im neuen Jahre wird der erste Generalgouverneur Südafrikas, der den illustren Namen Gladstone trägt, sein Amt antreten.

Der Zar hat dem König Eduard seinen Gegenbesuch in England gemacht, an dem auch der Minister des Auswärtigen teilnahm. Es gehört in diesen Zusammenhang, auch der Zusammenkunft in Racconigi am 25. Oktober zu gedenken, bei der es dem Leiter der russischen Politik Iswolski gelang, auch Italien für das Balkanprogramm der Tripelentente zu gewinnen, das offiziell Erhaltung des status quo lautete, in Wirklichkeit aber, wie die Presse der vier Staaten zeigt, jene Balkanföderation zum Ziele nimmt, von der wir oben geredet haben. Das innere Leben Englands ist, wenn wir von den Unbequemlichkeiten absehen, die das Treiben der ganz unweiblich gewordenen Suffragettes hervorruft, in den letzten Monaten fast ausschließlich von dem Kampfe um das Budget in Anspruch genommen worden. Der Kampf ist dann zu einer Machtfrage zwischen Oberhaus und Unterhaus, Unionisten und Liberalen zugespitzt worden und hat schließlich alle alten Schlachtrufe wieder lebendig gemacht, an denen je die Gegensätze englischer Weltanschauung sich erhitzt haben. Agrare und soziale Fragen, Home Rule und Two-Power-Standard, Kolonialpolitik und konfessionelle Gegensätze spielen heute bei der großen Entscheidung mit, die am 10. Januar 1910 mit der Auflösung des Parlaments fallen muß. Es ist sicher, daß diese Entscheidung von großer Bedeutung für das politische Leben der gesamten Welt sein wird. Die Unionisten apellieren mehr an die Instinkte der Nation, denen man in England die Bezeichnung Jingoismus gegeben hat. Die Liberalen vertreten nach außen die friedlichere Tendenz. Freilich hat Sir Edward Grey noch nicht geredet, aber Mr.

Asquith und Lloyd George haben sich sehr bestimmt in diesem Sinne ausgesprochen. Der „Temps" nimmt in seiner letzten Betrachtung über die englische Wahlkampagne mit großer Entschiedenheit für die Unionisten Partei, und das ist auch im wesentlichen die Haltung der „Débats". Herr Pichon hat darüber natürlich keine Äußerung getan. Er wird, was ja verständlich ist, der Partei seine Sympathien zuwenden, die den Sieg davonträgt.

Das innere Leben Frankreichs ist in der ersten Hälfte des Jahres durch Arbeiterausstände in Atem gehalten worden: erst durch den Streik der Post- und Telegraphenbeamten, der zum Generalstreik auszuarten drohte, dann durch den Ausstand der Marseiller Seeleute. Der Casablanca-Konflikt, der zeitweilig übergroße Erregung hervorrief, wurde am 22. Mai zur Zufriedenheit Frankreichs wie Deutschlands erledigt, und seitdem sind Fragen auswärtiger Politik nicht so aktuell gewesen, daß sie das Publikum der Zeitungsleser beunruhigt hätten. Selbst der Fall des Ministeriums Clemenceau am 20. Juli hat wohl nur in parlamentarischen Kreisen Sensation gemacht. Clemenceau wurde schon nach vier Tagen durch Herrn Briand ersetzt, der wiederum etwas mehr links steht, aber bisher Geschick, Takt und die Kunst gewinnender Beredsamkeit gezeigt hat. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß er mit seinem sozialistischen Programm der Vertreter der ungeheuren Majorität der Franzosen ist. Er vertritt die fester organisierte Minorität, der Stellen und Einfluß gehören. Die Majorität, die nicht zu Worte kommt, will aber auch gehört werden, und so ist das Schlagwort des politischen Kampfes in Frankreich heute: Wahlreform. Man will Proportionalwahlen und wird sie früher oder später erlangen.

Über die russischen Verhältnisse haben wir im Laufe des Jahres so häufig zu sprechen gehabt, daß wir uns kurz fassen können. Nach außen hin ist die Politik der Regierung durch die Ereignisse auf dem Balkan und das englische Abkommen bestimmt worden, nach innen durch die starke reaktionäre und nationalistische Strömung. Die letztere hat sich namentlich gegen Finnland gerichtet und eine Krisis geschaffen, von der sich wohl sagen läßt, daß kein Bedürfnis des Staates sie notwendig machte. Daß das Ziel, die Russifizierung Finnlands, erreicht wird, halten wir für ausgeschlossen. Die neopanslavistische Bewegung ist nach enthusiastischen Anläufen an den nicht zu überbrückenden polnisch-russischen Gegensätzen gescheitert. Erfolgreicher ist das Bemühen durch-

geführt worden, mit den ungetreuen Beamten aufzuräumen. Aber wie entsetzlich beschämend sind die Ergebnisse der Garinschen Revisionen! Die energische Arbeit an Reorganisation der Armee wird durch das epidemische Austreten von Offizieren aus dem Dienste erheblich erschwert, einer starken Vergrößerung der Marine zeigt die Duma sich abgeneigt. Die Gegensätze der Parteien haben sich auf das äußerste zugespitzt; sie finden sich nur noch zusammen, wo es gilt, gegen die Fremdstämmigen im Reiche und nach außen hin gegen alles, was Deutschland und dessen Interessen angeht, Front zu machen. Die Agrarreform hat die erwarteten Früchte nicht getragen. Die Bauern vernichten die alten Kulturstätten, die sie mit Hilfe der Bauernbanken kaufen, wofür geradezu empörende Beispiele vorliegen. Aber fremde Kapitalien und fremde Unternehmer dringen ins Land und schaffen neue Werte. Das schlimmste ist wohl, daß diese Verhältnisse wieder einen den unversöhnlichen Sozialrevolutionären und Terroristen günstigen Boden geschaffen haben. Schon die Affäre des Oberpolizeimeisters Lopuchin, der am 31. Januar verhaftet und später nach Sibirien verschickt wurde, weil er in verbrecherischer Verbindung mit Terroristen gestanden hatte, erregte berechtigtes Aufsehen. Danach sind immer neue, mitunter sehr zahlreiche Verhaftungen erfolgt, zum Teil aus den Kreisen der vornehmen Gesellschaft, die mit revolutionären Anschlägen in Verbindung standen. Endlich hat jüngst die Ermordung des Chefs der Sicherheitspolizei, Karpow, wahres Entsetzen erregt, da es sich offenbar nur um die Vorbereitung zu weiteren Verbrechen dabei handelte. Man sollte nicht glauben, daß ein Berliner Tageblatt die Stirn hatte, seine Nachrichten und Betrachtungen darüber zu betiteln: „Die H i n r i c h t u n g Karpows".

So kräftig und erfreulich die auswärtige Politik Österreich-Ungarns gewesen ist, so unerquicklich waren die inneren Zustände. Der einzige Lichtpunkt ist die Sicherung der deutschen Sprache für die österreichischen Kronländer. Sonst gab es nur Hader. Der Prozeß Friedjung hat insofern einen befriedigenden Ausgang gehabt, als er gezeigt hat, daß der Ehrenschild der Reichstreue Kroatiens unbefleckt ist; aber es ist zu bedauern, daß ein Mann wie Friedjung und was hinter ihm stand, die Untersuchung über die Echtheit der Dokumente, die seinen Anschuldigungen zur Unterlage dienten, nicht schon vorher ausreichend geprüft hatte. Wie viel im Orient gefälscht wird, ist aus der Geschichte der letzten

Jahre jedem Historiker und Politiker bekannt, der diese Materie bearbeitet.

Deutschland hat im Verlaufe dieses Jahres seine feste Stellung nach allen Seiten hin zu behaupten verstanden. Für unsere Kolonien war es ein Jahr reichen Segens. Wir blicken mit guter Zuversicht ihrer weiteren Entwicklung entgegen. Es ist zugleich das Jahr, das uns eine Luftflotte geschaffen hat, der kein Land der Welt bisher etwas Gleichwertiges zur Seite zu stellen gehabt hat. Durch den Lärm von rechts und links haben wir uns an unsern Aufgaben nicht irremachen lassen. Haben sich unsere Beziehungen zu Frankreich durch Beseitigung der Gegensätze in der Marokkofrage gebessert, so teilen wir doch keineswegs die Illusionen der Friedensreisenden und suchen keine Verständigungen, wo nicht gemeinsame Interessen vorliegen. Nur auf diesem Boden versprechen sie Dauer. Unser Land ist reicher geworden; wir hoffen, daß es zugleich stärker und tüchtiger geworden ist. Man arbeitet nirgends so viel und mit so gewissenhafter Anstrengung wie bei uns. Die parlamentarische Krisis werden wir überwinden, wie wir die Kanzlerkrisis überwunden haben. Fürst Bülow hat sich, seit er als Staatssekretär und danach als Reichskanzler die Politik Deutschlands verantwortlich leitete, Verdienste erworben, die ihm unvergessen bleiben werden. Aber jeder leer gewordene Platz wird in einem großen Staate rasch besetzt, und wir haben die gute Zuversicht, daß er auch in diesem Falle gut besetzt worden ist.

Vortrefflich haben sich unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika auch im Laufe dieses Jahres bewährt. Es gibt nichts, was unsere Interessen auseinanderführt, vieles, was sie verbindet. Präsident Taft hat die Traditionen seines genialen Vorgängers Roosevelt übernommen. Wir wünschen ihm und der großen Republik, daß er sie in gleichem Sinne weiterführe.

Wir gedenken schließlich zweier Fürstenjubiläen: am 20. April beging König Karl von Rumänien seinen 70. Geburtstag, am 18. August begann Kaiser Franz Josef sein 80. Lebensjahr. Es sind die beiden Herrscher, die unserem Kaiserhause am nächsten stehen: beide durch ein langes Arbeitsleben zum Besten ihrer Völker gesegnet. Wir haben ihre Ehrentage mitgefeiert, als hätten wir teil an ihnen. So fest ist auch in unserem Volke das Bewußtsein, daß wir zusammengehören.

Sachregister.

(Die Ziffern bedeuten die Seiten.)

A.

Abdul Asis 176.
Abdul Hamid, Sultan, s. a. Türkei, 58. 60. 111. 153. 155. 414. 436.
— Absetzung 152. 160. 161.
— Kapitalien 182.
— u. nah. Orient 186.
— in Saloniki 162.
— u. d. Verfassung 433.
Abessinien 192. 373.
Abruzzen, Herzog d. 177.
Adana, Armeniergemetzel 143. 146.
Aden, engl. Schutzgebiet 435.
Aderbeidjan 23. 88. 174. 207. 231.
— Generalgouverneur 221.
— Russen 23.
— russ. Interessen 414.
Adria-Donau-Bahn 342. 434.
Adrianopel, Truppen 146.
Adriat. Meer, Häfen u. Montenegro 287.
— u. Serbien 94.
Advertiser 125.
Afghanistan 110. 195. 225. 257.
— Abschließung 277.
— u. England 337.
— Fremdenhaß 437.
— Konstitut. Beweg. 157.
— u. Rußland 259. 420.
— Waffen 338.
Afrika 229.
— Deutsch-Ostafrika 375.
— Nordafrika u. Spanien 291.
— Südafrika 250. 388.
— — Buren 190.
— — Commonwealth 261. 293. 438.
— — u. Deutschland 164.
— — Dreadnoughts für England 167.
— — Einheitsstaat 189.
Afrika, Südafrika und englischer Imperialismus 97.
— — Parlament 56. 189.
— — Union 56. 295.
— — — Staatssprachen 296.
— — Verein. Staaten, Verfassung 213. 233.
— — Wahlrecht 190.
— — Zentralverwaltung 189.
Ägäisches Meer und Österreich 103
Agence Havas 172. 240. 332.
Agram 210.
— Hochverratsprozeß 90.
Ägypten 162. 232. 307.
— Aufruhr 231.
— und England 157. 188. 306. 435.
— englische Armee 98.
— Gärung 261.
— Gesetzgebung 222.
— Khedive, englischer Einfluß 189.
— Konstitutionelle Bewegung 176.
— Nationalismus 177.
— Nationalisten in Genf 302.
— Nationalist. Aufstand 188.
— Okkupation 127. 157. 188.
— Preßgesetz 189.
— Ruhe 189.
— Selbstverwaltung 261.
— und türkisches Parlament 157.
— Verfassung 222. 376.
Ahlefeld, v., Vizeadmiral 308.
Ahmed Mirza 263.
Ahmed Riza Bey 111. 418.
v. Ahrenthal 9. 83. 122. 123. 287.
— Balkanpolitik 356.
— und Ferdinand v. Bulgarien 288.
— und Iswolski 93. 115. 341.
— und die Mächte 90.
— und Rußlands Politik 265.
— und Tittoni 54.

Aix, Erdbeben 233.
Akimow, Mitglied des russischen Reichsrat 163. 171. 208.
Albaner, Entwaffnung 221.
— islam. 73.
— im türkischen Parlament 53.
Albanien 11.
— Aufstand 241.
— Bevölkerung 175.
— Gärung 155.
Alberta 387.
Aldershot, engl. Journalisten 217.
— Truppenrevue 229.
Aleppo 416.
Alexander I. 204.
Alexander II. 236.
Alexander III. 51. 223. 382.
Alexander v. Battenberg 316.
Alexander und Georg von Serbien 124.
Alexandrette 416.
Alexandrien, Demonstrationen 177.
Alexejew, General 28. 52.
Alfons, König von Spanien 333.
Algernoon, Admiral 133.
Algeciras 236.
— Akte 14.
— Konferenz 54. 224.
— Vereinbarungen 240.
Algier 14. 292.
Allen, Immo S. 164.
Alliance Israélite 6. 423.
d'Amade, franz. General 320. 326.
Amerika, Allianzen 48.
— Ansiedelungen europ. Mächte 204.
— und Deutschland 402.
— Deutschland, Engl. Allianz 49.
— und deutsch-englische Krisis 351.
— deutscher Handel 203.
— deutscher Patentvertrag 69.
— und England 203. 253. 254.
— und europäisches Gleichgewicht 350.
— Flotte 150. 374.
— Flottenexpedition 22.
— gelbe Presse 194.
— Geschwader Samoa 109.
— Geschwader i. Südsee 157.
— und Japan 66.
— japanische Einwanderung 58. 66.
— Iren und Engländer 269.
— Kitcheners Reise 269.
— Kriegsflotte, Weltreise 69.
— kubanischer Krieg 223.
— Nordamerika, Westküste, Rassenhaß 66.
— Presse 307.
Amerika, Schlachtschiffe 277.
— Südamerika und Deutschland 164.
— Vereinigte Staaten 165. 166. 269. 294. 313. 367.
— — Aristokratie 248.
— — Asylrecht 43.
— — und China 88.
— — Deutschlands Beziehungen 441.
— — Einwanderungsverbot 299.
— — Atlantische Flotte 150.
— — Handelsamt 28.
— — Juden 299.
— — Korruption 24.
— — Pazifische Flotte 150.
— — Präsidentschaft 95.
— — und Sansibar 374.
— — Schiedsgerichtsvertrag mit Österreich 17.
— — Walfischbai 374.
Amery 229.
Amsterdamer Weekblad 229.
Amur 299.
Amurbahn 305.
— Japaner 310.
Amurgebiet, Chinesen 305.
Anatoli, Truppen 146.
Anatolien, Christenmorde 171.
Anatolische Eisenbahn 175.
Andamanen 430.
Andrassy, Graf 379.
André 15.
Anna v. Kaschin, heilige 260.
Antivari, Eisenbahn 5.
— Freihafen 341.
Antung-Mukden, Eisenbahn 289.
Araber 153.
— mohammedanische 73.
— im türkischen Parlament 53.
Arabien 286. 435.
— autonomistische Bestrebungen 162.
— Beduinen 176.
— Bevölkerung 175.
— und England 176.
— englischer Einfluß 414. 435.
— Englands Vorgehen 188.
— Erhebung 176.
— türkische Autorität 286.
— türkische Truppen 199.
— Wahlen 73.
Arabindo Ghose 99. 291.
Arabistan 23.
Arcona, deutsches Kriegsschiff 109.
Ardebil, russischer Konsul 369.
— russische Truppen, 267. 378. 413.
Argentinien 166.

Argentinien, Belagerungszustand 374.
— bolivianischer Konflikt 263.
Armenier 73. 129. 147. 153.
— Gemetzel 175.
— in Kleinasien 162.
— Kultur 130.
Armenische Fürsten am russischen Hof 257.
Arminius 45.
Asien, englische Besitzungen 257.
— Entwicklung 255. 256.
— und Europa 15.
— europäische Besitzungen 238.
— und europäischer Konflikt 92.
— französische Besitzungen 257.
— gesellschaftliche Zurücksetzung 258.
— Kulturvölker 129.
— Mittelasien 369.
— Ostasien 360.
— — Chinesen 299.
— — Handel 360.
— — Japaner 299.
— — Koreaner 299.
— — und Rußland 288.
— — Rußlands Stellung 420.
— — Vereinigung 374.
— und Rußland 225. 257.
— russische Gefahr 370.
— Zentralasien 337.
— Zivilisation 206.
Asinari, General 374. 382. 398.
Asquith 67. 119. 150. 202. 215. 277. 281. 293. 307. 365. 403. 412. 429. 439.
Astara, russische Truppen 267.
Asterbardjar 9.
Athen 270. 274. 418.
— Garnison, Revolte 293.
— Revolution 300.
Auckland, amerikan. Geschwader 109.
Aulard 408.
Australien 185. 229. 250. 374. 388.
— Arbeiterministerium 205.
— Bevölkerung 256.
— Chinesen 256.
— und Deutschland 164.
— Dreadnoughts für England 167. 218.
— und England 165.
— und englischer Imperialismus 97.
— englisch-japanisches Bündnis 109.
— englisches Kriegsgeschwader 269.
— und Japan 206. 268. 389.
— japanische Seemacht 109.
— Kitcheners Besuch 268.
Australien, Sorgen 206.
Avesbury, Lord 308.
Azew 43. 50. 51. 87. 190.
Azew-Lopuchin-Affäre 63.

B.

Bachtiaren 23.
— Waffensendungen 140.
Bagdad 416. 435.
— Beduinen 176.
— Unruhen 199.
Bagdad-Bahn 33. 81.
Bag-i-Schah 23.
Bagration, Obrist 360.
Bagshah 221.
Baja, ital. und engl. König 162.
Baikal 310.
Bainbrigge, Phil. T. 216. 219.
Bakai, russischer Revolutionär 50. 51.
Bakunin, Anarchist 88. 334.
Balfour 119. 135. 177. 217. 229. 248. 312. 350. 364. 403. 405. 413.
Balkan 270.
— Bündnis 369.
— deutscher Einfluß 4.
— und Deutschland 265.
— Föderation 10. 29. 370. 402. 418. 427. 434. 438.
— Frage 24. 377.
— Frankreich und Rußland 42.
— und Italien 2.
— Komitee 4. 44. 143.
— — Prinzipien 68.
— Konferenz 1.
— Krisis 117.
— — und Rußland 17.
— Osmanen 376.
— Österreich, Balkanstaat 103.
— Österreich u. Rußland 123.
— Politik Ahrenthals 356.
— Politik Österreichs 18.
— Problem 85. 144.
— und Rußland 10.
— Rußland und Frankreich 42.
— Slaven 200.
— Staaten 370.
— — Allianz gegen Österreich 72.
— Wirren 186.
Balten 226.
Baltische Provinzen 226.
Banerji, Apendranath, Verbannung 291. 430.
Bannerje, Sazut Surendranath 218.

Bannu 338.
Barbarossa 45.
Barcelona 372.
— Aufruhr 263.
— Greuel 332.
— Revolution 271.
Barker 135.
Barlow, G. 133.
Baroda 99.
Barrère 89.
Basra 416.
— Beduinen 176.
— Unruhen 199.
Basuto 296.
Bayern 359.
Beaconsfield, Lord 127.
Bedford, Herzog 248.
Befreiung (Zeitschrift) 395.
Behringsmeer 204.
Belgien und England 170.
— Kolonialreich 429.
— Versteigerung königl. Hausgeräts 372.
Belgrad 71. 84. 90. 93. 104. 106. 114. 118. 125. 129. 138. 177.
— und franz. Presse 95.
— Revolution 62.
Belsazars Fest 246.
Bender-Abbas 195.
— Besetzung durch England 156.
Benevent 46.
Bengalen 99. 338. 431.
— und England 100.
— Gärung 222.
— Gefangene 290.
— Morde 437.
Bengali 218.
Beresford, Lord 193. 277. 313. 314. 329. 336. 401.
Berlin 116. 117. 371.
— Eduard VII. 48. 433.
— engl. Geistliche 225.
— Ferrer-Demonstrationen 331.
— Iswolski 93.
— Kabinett 101.
— Luxus 36.
— serbische Wanderprediger 91.
— Sozialdemokraten 58.
— Stadtverw. in England 192.
Berliner Kongreß 127.
— Vertrag 6. 90. 102. 103. 122. 300.
Berliner Tageblatt 48. 331. 423.
Bermondsey 363. 365.
Berteaux, franz. Kammerpräsident 242.
Bessarabien und Rumänien 72.
Betschuana 296.
v. Bethmann Hollweg, Reichskanzler 263. 358.
— in Wien 302.
Bibl. d'hist. contemp. 423.
Biredjik 416.
Birjand 195.
Birmingham 308.
Birshewija Wjedomosti 267.
Bismarck 186. 347. 391. 396.
Björkö 236. 262.
Black and White 245.
Bloemfontein 56.
Bobrinski, Graf 138.
Böhmen und Deutschland 265.
— und Rußland 42.
— Slaven 28.
— Truppen 10.
Bojinowitsch 103.
Bökmann, Generalgouverneur von Finnland 374.
Bolivia, argentinischer Konflikt 263.
Bombay 140. 416.
Bompard, franz. Diplomat 285.
Bornhak, Prof. 395.
Börsenzeitung 197.
Bosnien 9. 10. 80. 83. 103. 226.
— Annexion 18. 28. 90. 91. 162. 287. 303. 357. 359.
— — Legalisierung 123.
— Aufstand 31.
— Autonomie 10. 94. 103. 210.
— Banden 71.
— Frage 18. 90. 259.
— Germanisierung 29.
— österr.-türk. Vereinbarungen 107.
— serb. Banden 6.
— türk. Krongüter 9.
Bosporus 152 157.
— Nikolaus II. 286.
— und Rußland 124.
Boston 329.
Boston Traveller 253.
Botha, Burengeneral 189. 250. 295.
Boulanger 25.
Brandenburg-Preußen 263.
Bratianu, rum. Minister 9.
Brentano, Lujo 331.
Brescia, Asinaris Rede 374.
Briand, franz. Minister 263. 320. 335. 392. 439.
Brinitz, Grenzverletzung 321.
Britisch-Columbia 78.
Brüssel, Ferrer 333.

Bryce, amer. Botschafter 66.
Buchara, russ. Protektorat 420.
Buchlau 115. 123.
— Iswolski 93.
Buenos Aires, anarchist. Mord 374.
Bu Hamara 240. 292. 293. 300. 334.
Bukarest 143.
Bulgaren 147. 153.
— und Griechen, Gegensatz 241.
— und Jungtürken 155.
— in Mazedonien 415.
— und Serben 158. 298.
Bulgarien 128. 370.
— Agentur Sofia 275.
— Annexionen 5.
— und Balkanföderation 427. 428.
— Bandenwesen 284.
— Denkschrift 4. 143.
— Kirchen und Schulen 241.
— Königtum 170. 288. 309. 432.
— und Mazedonien 200.
— Presse und Wilhelm II. 170.
— österr. Verhandl. 62.
— Russifikation 149.
— russ. Gesandtschaft 207.
— und Rußland 82. 138.
— Rüstungen 28.
— und Serbien 90. 200. 372.
— serb.-rumän. Bündnis 6.
— und Türkei 14. 30. 145.
— — Entschädigung 52.
— — Finanzabkommen 80.
— — Finanzfrage 69.
— — Krieg 32. 143.
— — Verhandlungen 81.
— — Verständigung 24. 44.
— — Vertrag 170.
— Unabhängigkeit 90. 123. 160. 287.
— — und Dreibund 152.
— Zar 69.
Bullat, Dumamitglied 87.
Bülow, Fürst 122. 223. 261. 441.
— in Kiel 245.
— und Kretafrage 284.
— Rücktritt 263.
— und Tittoni 143.
— in Windsor 49.
v. Bülow, Staatssekretär 223.
Burenkrieg 246. 250.
Burgos 146.
Burzew 50. 51. 191. 255.
Buschir, engl. Truppen 173. 198.
— Waffensendungen 140.
Butler, Dr. N. M. 213. 214.
Buxton, Noel 143.
Byles 237.
Byloje 51.
Bystander siehe Smith, Goldwin.

C.

Calvin, 400. Geburtstag 255.
Cambon, Botschafter 15. 428.
— Empfang bei Wilhelm II. 80.
Canadian Newspaper 386.
Canning 204.
Canterbury, Erzbischof 401.
Capodistria 354.
Cartwright, engl. Botschafter, Wien 122.
Casablanca 26. 102. 199. 303.
— Konflikt 439.
— Schiedsgericht 162. 192.
— Schiedsspruch 202.
— Streit 211. 230.
Castro, Präsident 69.
Ceylon, engl. Presse 258.
Chalons 215.
Chamberlain, Joe 307.
— 70. Geburtstag 263.
— Programm 294.
— Rede in Leicester 49.
— Verhandlungen mit Deutschland 49.
Chamberlain, H. R. 347.
Chandernagore 57.
Chandra Pal 291.
Charbin 88. 310. 345. 359. 360. 393.
— jap.-russ. Verhandlungen 360. 373.
— Zwischenfall 309. 320.
Charles, Lord 313.
Charlotte-Inseln 387.
Chicago, Anarchisten 333.
— Northcliffs Rede 329.
— Taft und Diaz 333.
Chile 166. 402.
China, s. a. Mandschurei 7. 16. 257.
— amerikan. Einfluß 141.
— Armee 78.
— Aufruhr 231.
— Aufstand 223.
— Beamten 78.
— und Deutschland 390.
— deutscher Einfluß 141.
— Diplomatie 256.
— und England 88.
— engl. Einfluß 141.
— Flotte 181. 390.
— Fremdenhaß 437.
— geheime Gesellschaften 77.
— Handelsvertrag mit Japan 360.

China und Japan 141. 289.
— japan. Differenzen 181.
— jap. Eisenbahnkonflikt 270.
— und Indien 290.
— Koreaner 181.
— Mandschu 7. 23.
— — Dynastie 77.
— Politik 22.
— Republik 78.
— Revolution 77.
— revolutionäre Bewegung 57.
— und Rußland 382. 403.
— russ. Konflikt 88.
— Seezölle und England 50.
— Studenten 77.
— und Verein. Staaten 88.
— Verfassung 170.
Chinesen in Australien 256.
Choi 37.
Cholm, Gouvernement 243.
Cholmisches Gebiet 149.
Cholmski 285.
Chomjäkow, Dumapräsident 156. 259. 380.
— in Livadia 403.
Chorassan 156.
Chottek 221.
Churchill, Winston 194. 363. 365.
Cisleithanien u. Deutschland 265.
Clemenceau 3. 15. 25. 37. 120. 131. 180. 219. 225. 303. 392.
— und Beamtenassoziationen 170.
— cäsaristische Tendenzen 39.
— und Eduard VII. 124. 143. 273.
— Gambettafeier 160.
— und Jaurès 182.
— und Judet 242.
— Ministerium 439.
— Rücktritt 263.
Clemens X., Papst 208.
Close 336.
Clyde, engl. Journalisten 217.
Cochin, Augustin 408.
Colquhoun, Archib. R. 216.
Columbia (brit.) Eisenbahn 387.
— Hindus 78.
Combes 160. 380.
Connaught, Herzog v. 169.
Constans 199.
Constanza, Kaiserin 45.
Cook, Reisebureau 184.
Coolidge, Professor 204.
Cordilleren 166.
Cordoba 45.
Corriere del Matino 398.
Courrier europ. 374.
Courtney 135.
Couthon 410.
Cowes, Meerengenfrage 286.
— Rede des Zaren 339.
— Zusammenkunft 281.
Cranworth, Lord 219. 220.
Curzon, Lord 111. 231. 248. 413.
— und engl. Journalisten 217.
Cypern 127. 317. 416.

D.

Daily Expreß 43.
Daily Mail 36. 53. 193. 412.
Daily Mirror 193.
Daily News 430.
Daily Telegraph 221.
— — gegen Stolypin 163.
Dalnij 288.
Dänemark 166.
— und Deutschland 366.
— und Grönland 374.
— Kabinett 341.
— Ministerium Holstein 273.
— — Zahle 372.
Dänisch-westind. Inseln 374.
Dante 45.
Dardanellenfrage 300.
— Nikolaus II. 286.
— und Rußland 124.
Daumiller, Abberufung 320.
Davidson 258.
Dehmel, Rich. 331.
Delagoabai 132.
Delahaye, franz. Royalist 242.
Delbrück, H. 348.
Delcassé 4. 15. 27. 50. 200. 224. 241. 303. 426.
Deljanow 257.
Denis, Ernest, Prof. 243.
Denshavai, Hinrichtungen 238.
Denver (Colorado) 202.
Denver Daily News 202.
Derenburg, Staatssekretär in Ver. Staaten 302.
Desborough, Lord 77.
Deschanel, Paul 426. 427. 428.
Destineau, franz. Royalist 242.
Deutsche in Kanada 386.
— und Polen 210.
— und Slaven 210.
— in Ungarn 325.
Deutsche Revue 308.

Deutsche Rundschau 238.
Deutschland 126. 206.
— und Ahrenthal 94.
— Allianzen 2.
— und Amerika 141. 402.
— amerikanische Beziehungen 96.
— und amerikanische Flotte 165.
— amerikanischer Patentvertrag 69.
— Analphabeten 163.
— Annex. Bosn. u. Herz., Anerkennung 122.
— Arbeiter in England 167.
— Arbeiterversicherung 62.
— Armee und Rußland 116.
— Ausbreitung 165.
— und Australien 164.
— und Bagdadbahn 424.
— und Balkan 4. 265. 427.
— und Balkanwirren 186.
— und balt. Provinzen 226.
— Beherrschung der Meere 204.
— und Böhmen 265.
— bulgar. Unabhängigkeit 160.
— und die Buren 247.
— und Burenkrieg 348.
— und Dänemark 366.
— Diplomatie und Stolypin 172.
— Docks 247.
— und Doggerbankaffäre 167.
— Dreadnoughts 185. 251. 425.
— und Dreibund 2.
— Einfuhrzölle 1.
— und England 4. 48. 75. 187. 246. 250. 251. 252. 253. 254. 306. 312. 329. 336. 350. 366. 370. 374. 404. 424.
— — Allianz 48. 49.
— — Annäherung 30.
— — Beziehungen 150. 346.
— — Drohungen 220.
— — Export 185.
— — Flotte 137.
— — Gegensatz 18. 33.
— — Handel 425.
— — Invasion 216.
— — Verständigung 89.
— und engl. Panik 150.
— England-Amerika-Allianz 49.
— und engl.-russ. Abkommen 175.
— Erbanfallsteuer 245.
— Erbschaftssteuer 235.
— und Europa 349. 350.
— und europ. Gleichgewicht 425. 426. 427.
— europ. Heimat 164.
Deutschland, Flotte 151. 165. 247. 250. 374.
— — und England 4. 133. 134. 349.
— — Vernichtung 118.
— Flottenpolitik 166.
— und Frankreich 2. 92. 187. 433.
— — Annäherung 184. 233.
— — Beziehungen 303. 441.
— — in Marokko 34. 55.
— und franz. Kapital 183.
— franz. Marokkoabkommen 48.
— und franz.-engl. Abkommen 224.
— und franz.-engl. Entente 50.
— Freimaurer 169. 233.
— Häfen 247.
— Hämmerdröhnen 250.
— Handel 186.
— — und Amerika 203.
— — und England 216.
— Hegemonie über Europa 117. 348.
— Herr des Kontinents 252.
— und Holland 166. 366.
— und Japan 140.
— in Indien 278.
— Isolierung 18.
— und Italien 2. 44. 187.
— Kanzlerkrisis 441.
— und Karolinen 223.
— in Kiautschou 223.
— Kiautschou und China 390.
— und Kleinasien 424.
— kolonial. Ehrgeiz 348.
— Kolonien 441.
— — und England 375. 424.
— und Kongo 429.
— — und England 366.
— und Kretafrage 284.
— Kriegsflotte und England 216.
— Krüger-Telegramm 247.
— Landgewinnung 165.
— London erobern 166.
— Luftflotte 441.
— und Mad Mullah 192.
— und Marokko 34. 427.
— Marokkoabkommen mit Frankreich 125. 400.
— und Mesopotamien 424.
— und Monroe-Doktrin 165.
— und Nordschleswig 374.
— und oriental. Frage 2.
— und Österreich 2. 115. 187. 227. 263. 357.
— österr. Bündnis 126. 138. 262. 325.
— österr.-deutsche Liga 427.
— österr.-russ. Krieg 92.

Deutschland,
— parlamentarische Krisis 441.
— und Polen 225. 226. 228. 243.
— Politik 3. 102. 259.
— Politik und Presse 101.
— polit. Mißerfolge 49.
— Protektionssystem 348.
— Reichsfinanzreform 36. 187. 253. 263.
— Reichstag 182. 235. 245.
— — Eröffnung 394.
— — Vertagung 132.
— und Roosevelt 96.
— und Rußland 2. 42. 187. 210. 223. 236. 259. 369. 394.
— — Eroberung 210. 370.
— — Haß 137.
— Rußland und Österreich 265.
— — und Serbien 92.
— und russ.-engl. Abkommen 175.
— russ.-österr. Krieg 92.
— Rüstungen 366.
— und Samoa 223.
— und Sansibar 349.
— und St. Lucia 349.
— Schiffbau 185.
— Seeherrschaft 246.
— Seemacht 406.
— — England 202. 216.
— — und Nordsee 367.
— und Serbien 72. 84. 125.
— — und Österreich 92.
— und Sizilien 45. 46.
— und die Slaven 158.
— Soldatenlager 391.
— Sozialdemokratie 272.
— Stellung 223.
— Steuern 253.
— und Stolypin 108.
— und Südafrika 164.
— und Südamerika 164.
— Teilung 130.
— und der Temps 1.
— und Triest 265.
— und Triple-Entente 102.
— und Türkei 9. 73. 424. 427.
— — Einfluß 285.
— — eng. Beziehungen 33.
— und türk. Markt 2.
— und Ungarn 325.
— Universalmonarchie 425.
— venezolan. Handelsvertrag 48.
— und Verein. Staaten 441.
— Vergrößerung 265.
— und Vertrag von S. Stefano 424.
— und Walfischbai 349.
Deutschland, Wasserstraßen 247.
— Weltherrschaft 424. 427.
— Werften 118.
— Zertrümmerung 370. 371.
Dhaka, Heerstraße 338.
Dhingra, ind. Student 255.
Diaz, Präsident von Mexiko, und Präsident Taft 331.
Djesire, Ibn Omar 416.
Dilke, Sir Charles 134.
Dillon, engl. Journalist 163. 173.
Dmowski, Führer des Kolo 72.
Doggerbank-Affäre 167. 218. 368.
Dolgoruki, Fürst 43.
Dolgorukow 147.
Donau 103.
— Kriegsschiffe 6.
— Adria-Bahn 342. 434.
— Staaten, Vereinigte 72.
Doß, Hem Chunder, Verbannung 430
Drake, Francis 202.
Dreibund 2. 18. 89. 124. 150. 187. 356. 357.
— und Bulgariens Unabhängigkeit 152.
— und russ.-franz. Allianz 230.
Drina 104.
Dschulfa 196. 197.
— Täbris, Zolleinnahmen 198.
Dublin 177.
Dubrowin 208.
Dupont, franz. Minister 241. 242.
Durnowo 163. 171.
Dutt, Ullasker, Verbannung 430.

E.

Eclair 15. 16. 27. 37. 43. 74. 89. 133. 134. 137. 241. 242. 275. 290. 315. 333. 335. 379. 392.
Eduard VII. 21. 75. 119. 186. 224. 250.
— in Berlin 22. 43. 48. 58. 74. 125. 433.
— und Clemenceau 124. 143. 273.
— in Deutschland 33.
— und Logen 169.
— in Marienbad 287.
— und Nikolaus II. 196. 263.
— und die Parteien 328. 337.
— und Rußland 288.
— und Zar 438.
Edinburgh, engl. Journalisten 217.
Edinburgh Review 346. 350. 353.
Eger, Tschechen und Deutsche 37.

Ein und Toule 221.
v. Einem, Kriegsminister 115. 116. 117.
Eisernes Tor 6.
Elsaß 133.
— Lothringen 370.
El-Lewa 177.
Emir Ali und Lord Morley 110.
England 2.
— Ackerboden 315.
— Admiralität 75. 134.
— Admirale und Flotte 136.
— Agrarpolitik 220.
— und Ägypten 188. 296.
— — Okkupation 127.
— — Ordnung 157.
— alte Familien 249.
— Altersspensionen 220.
— und Amerika 203. 253. 254.
— Anarchisten 43.
— Anarchistenasyl 100.
— Anerkennung der Annexion Bosniens und Herzegowina 122.
— antideutsche Stimmung 48.
— und Arabien 176. 188.
— Arbeiter 405. 429.
— — Altersversicherung 62.
— — gegen Zarenbesuch 245.
— — und Liberale 365.
— — Partei 238.
— Aristokratie 248.
— — und Logen 169.
— Armee 97. 230. 246. 251. 426.
— — und Flotte 294.
— — und Kolonialtruppen 268.
— asiatische Kolonien 129.
— — Politik 376.
— Asylrecht 43. 100.
— Auslieferung 359.
— und Australien 165.
— auswärtige Politik 259. 337. 365.
— Balkankonferenz 1.
— Balkanpolitik 1.
— und Balkanwirren 186.
— Bauern 220.
— Beherrschung der Meere 204.
— und Belgien 170.
— Bender Abbas, Besetzung 156.
— und Bengalen 100.
— Berliner Stadtverwaltung 192.
— Budget 255. 277. 307. 328. 337. 363. 392. 400. 403.
— und bulg. Denkschrift 143.
— Burenkrieg 223.
— Chamberlains 70. Geburtstag 263.
— — Programm 294.
England und China 88.
— und chinesische Seezölle 50.
— und Clemenceau 264.
— und Cypern 127. 317.
— Defensivkrieg 251.
— demokratische Strömung 405.
— deutsche Allianz 48. 49.
— — Arbeiter 167.
— und Deutschland 4. 48. 75. 89. 187. 254. 306. 336. 350. 366. 370. 374. 426.
— — Amerika, Allianz 49.
— — Beziehungen 150. 346.
— Deutschenfurcht 133. 134.
— Deutschenhetze 277.
— Deutschfeindlichkeit 74. 149. 151. 225. 311. 365.
— und deutsche Flotte 4. 177. 205. 216. 281. 349.
— — — Vernichtung 118.
— deutsche Gefahr 59. 119. 128. 177. 180. 184. 218. 229. 430.
— — Gegensatz 18. 33.
— — Gespenst 254.
— — Handel 216.
— — Handelskonkurrenz 348.
— — Invasion 22. 43. 48.
— — Luftschiffe 184. 193.
— — Politik 216. 437.
— — Presse, deutschfeindliche 74.
— — Spione 75.
— — Stärke 250.
— — Warenboykott 185.
— — Werften und Häfen 185.
— Diplomatie, Niederlage 149.
— Dreadnoughts 177. 277. 352.
— — Debatte 263.
— Dumamitglieder in England 211.
— Edelleute 247.
— und europ. Frieden 116.
— Ferrer-Demonstration 331.
— Finanzgesetz 354. 364.
— Flotte 127. 135. 150. 194. 262. 277. 374.
— — und Deutschland 213.
— — in Kanal und Nordsee 22.
— — im Stillen Ozean 109.
— Flottenfrage 119.
— Flottenmanöver 245.
— Flottenparade Spithead 225.
— Flottenrüstung geg. Deutschland 167.
— und Frankreich 49. 169. 230. 426.
— — Entente 50.
— — Flotte 214. 281.
— — Freundschaft 194.

England und Frankreich, Journalisten 278.
— — Verständigung 2.
— — Vertrag 335.
— franz.-russ. Bund 14.
— Freihandel 348. 412.
— Freimaurer und Juden 169.
— gelbe Presse 194. 213. 219. 254. 258.
— Generalstab 97.
— Haldanes imperial army 74. 98. 278.
— Halluzinationen 167.
— Handel 186. 194.
— und Hilmi Pascha 419.
— Hindu und Engländer 257.
— Home Rule 227. 405. 412.
— und Japan 194. 371.
— — Beziehungen 140. 262.
— — Bündnis 109. 127. 150.
— — Flotte 205.
— Jingoes 213.
— Jingoismus 316.
— Imperialismus 96. 363.
— Imperial Preß Conference 217.
— Import 76.
— Indian Bill 111.
— und Indien 7. 68. 164. 296. 430.
— — Anarch. 99. 100.
— — Aufstand 150.
— — und Kanada 279.
— — Ordnung 157.
— — Reformen 176.
— — Sorgen, indische 98.
— Indier im Rat des Vizekönigs 258.
— Indigenen in Südafrika, Ägypten und Indien 296.
— innere Krisis 118.
— Invasionspanik 184.
— Journalisten 217.
— — Kongreß 213. 228.
— und die Iren 227. 405.
— Iren und Sozialisten 365.
— irische Frage 89.
— und Irland 306.
— Irrsinnige 315.
— Islam 156.
— und Iswolski 139.
— Juden und Freimaurer 169.
— und kanad. Franzosen 179.
— Kanalflotte 150.
— Kapitalauswanderung 89.
— Kapitalien in Rußland 266.
— Kaufmannschaft 89.
— Kelten 129.
— und Kiamil Pascha 74.
— Kolonialfragen 68.
England, Kolonialinstitut 231.
— Kolonialjournalisten 229.
— und Kolonialtruppen 280.
— Kolonien 97. 167. 177. 180. 306. 389. 421. 430.
— — Besuch Kitcheners 268.
— — und Marine 205.
— — Presse 178.
— — Streitkräfte 293.
— und Kongo 366.
— König in Bajä 162.
— und Kontinentalkrieg 92.
— und Kreta 211. 273. 417.
— Kreuzerflotte 76.
— Krieg mit Deutschland 135.
— Kriegsmacht 247. 389.
— Kriegsmarine 48. 205.
— Labour Party 404.
— Liberale 316. 328. 337. 363. 364. 429.
— — und Arbeiter 365.
— — Kabinett 119. 220.
— — Presse 77.
— — und Unionisten 438.
— Logen 234.
— Logenwesen 169.
— Lords 67. 316. 328. 337. 363. 400. 403. 412.
— und Lynchkonzessionen 417. 419.
— und Malakkastraße 157.
— Marine 74. 136. 251. 255. 313.
— Marinebudget 133.
— Maritime Confederation 180.
— — League 134.
— und Marokko 25.
— Mittelklassen 249.
— Mohammedaner und Hindus 16.
— und die Monroe-Doktrin 204.
— National Service League 133.
— Navy League 133.
— Nikolaus II. 259.
— und Nordsee 229.
— Nordseeflotte 75. 150.
— obere Klassen 247. 248.
— Oberhaus 67. 308. 400.
— — und Unterhaus 438.
— Offensivkrieg 251.
— öffentliche Meinung 43. 48. 59. 134.
— Offiziere 169.
— und Oranjekolonie 295.
— und orientalische Frage 68. 150.
— und ferner Osten 150.
— und Österreich 2.
— — Beziehungen 288.
— — Presse 33.

England, Panik 213. 253. 264.
— Parlament 67. 237. 249. 263. 293. 438.
— — Eröffnung 58.
— — und Indien 157.
— Patentgesetze 28.
— Pauperismus 315.
— in Persien 23. 57. 174. 188. 195. 239. 376.
— — Einflußsphäre 195.
— — Interessen 230.
— — Politik 206.
— Piratenpolitik 252.
— Politik 3.
— — in der Türkei 4.
— politische Führer 248.
— Prälaten 169.
— Presse 2. 4. 74. 134. 167. 175. 179. 217.
— — und Serbien 95.
— Primrose-League 177.
— Reformprogramm 392.
— Regierung 2.
— Reichsarmee 97.
— Reichsversammluug 421.
— Reichsverteidigungskonferenz 177. 179. 279.
— und Rußland 5. 49. 194. 259. 311.
— — Abkommen und Deutschland 175.
— — Anarchisten 43.
— — Anleihe 282.
— — Beziehungen 260. 264. 323.
— — Flotte 281.
— — Freundschaft 101.
— — Näherung 18.
— — in Persien 139.
— und russ.-franz. Allianz 230.
— und russ.-ital. Entente 370.
— Rüstungen 48. 96. 366.
— und Sansibar 374.
— Schiffbau 185.
— — für Rußland 282.
— „Die Schrift an der Wand" 246. 250.
— Schutzzoll 363. 412.
— Seehandel 76.
— Seeherrschaft 168. 202. 205. 206. 316. 352. 389.
— Seekonferenz 119.
— Seerecht 119.
— Seemacht 194. 406.
— — im Stillen Ozean 269.
— und die Seemächte 150.
— Seerüstung 277.
— selbstlose Macht 250. 252.
— und Serbien 84.
England und Siam 101. 257.
— Small holdings bill 220.
— und Somaliland 192.
— Sozialisten und Iren 365.
— Spionage gegen Deutschland 390.
— und Südafrika 189. 296.
— Suezkanalaktien 416.
— Suffragettes 245. 438.
— Suprematie d. Seemacht 127.
— und Syrien 221.
— — Okkupation 162.
— Territorialbesitz 194.
— Trade-Union-Congress 62.
— und Transvaal 295.
— Triple-Entente 102.
— Trunksucht 315.
— Truppen auf Kreta 232. 263.
— und Türkei 30. 376.
— — Schiffahrt 419.
— — Schutzpatron 144.
— und türk. Markt 2.
— Unionisten 119. 316. 363. 365.
— — und Liberale 438.
— Unterhaus 118. 364. 392. 400.
— — Iren 364.
— Urheber aller Wirren 149.
— und Verein. Staaten 97.
— Verfassungsfrage 400.
— Verfassungskrisis 337.
— Verfolgungswahn 150.
— Wahlen 365. 404.
— Wahlkampf 400. 412. 429.
— Wahnsinn 315.
— und Walfischbai 374.
— Weltfrieden 168.
— Weltpolitik 216.
— Weltstellung 306.
— und Zar von Rußland 238.
— Zarenbesuch, Protest 267.
— Zeitungsverleger 217.
— Zukunft 245.
— Zwei-Mächte-Standard 194. 202. 203. 213. 349.
Enseli 207.
Epirus und Griechenland 211.
Erroll, Lord 135.
Erzerum 416.
— Jungtürken 152.
Essipowitsch, Senator 391.
d'Estournelles, Constant 184.
Euphrat 376.
— engl. Einfluß 414. 435.
— — Schiffahrt 414.
— Schiffahrt 416.
Europa 129.

Europa, Allianzen 398. 399.
— asiatische Besitzungen 238.
— und Asien 15.
— und China 16.
— Deutschland und England 34.
— Deutschlands Hegemonie 117.
— Diplomatie 2.
— und Dreibund 2.
— England Urheber aller Wirren 149.
— engl. Armee 98.
— und engl. Politik 423.
— Freiheit und England 127.
— Frieden 3. 116. 122. 271.
— Gleichgewicht 126. 350. 427.
— Hegemonie 370.
— — Deutschlands 348.
— Konferenz 94. 102. 103. 105. 106. 118.
— Konflikt 118.
— — und Asien 92.
— — und Rußland 41.
— Kongreß 90. 91.
— — und Orientfrage 123.
— Kontinentalkrieg 1. 92.
— Krieg 2. 17.
— — und England 92.
— — und Frieden 150.
— — paneurop. 116.
— und Österreich 71.
— Politik 1.
— und Rußland 225.
— Rußlands Stellung 42.
— Serbiens Pflichten 102.
— — Programm 84.
— serbische Nation 103.
— und Türkei 144.
— Urteil über Serbien 103.
Europäer in Japan 67.
— in Kleinasien 146.
— in Syrien 146.
Evening Post 13. 214. 216.
Evening Standard 366.
Evening World 229.
Exmouth, Lord 136.

F.

Fakumen, Eisenbahn 181.
Farmers Tribune 314.
Farrar, Sir George 251.
Faschoda 303.
Faure, Fernand 407.
Faure, Felix 379.
Ferdinand von Bulgarien 82.
— und Ahrenthal 288.
— in Belgrad 394. 402.
Ferdinand von Bulgarien, König 160. 372.
— in Petersburg 69.
Ferrer 320. 331. 332. 333. 334.
Ferry 39.
Fez 240. 300.
— deutscher Einfluß 400.
Fidai 368.
Fielding, W. St. 314. 386. 387.
Finnland, Binnenfischerei 309.
— und Duma 393.
— Generalgouverneur 374.
— Japaner 309.
— Krisis 439.
— Landtag 88. 393.
— Russifizierung 362.
— russ. Konflikt 393. 394.
— — Truppen 344.
— und Rußland 381.
— Senat 362.
— separatistische Tendenzen 344.
— Spione 395.
— Truppen 362.
— Wahlgesetz 393.
Fischer, Admiral 109.
— Theobald 392.
Fister, Sir John 134.
Fitzgerald, Admiral 77. 135.
Flesselières, franz. Abgeordneter 242.
Fortnightly Review 135. 369. 378.
Fouquier 410.
Frankreich 54. 215.
— Admirale und engl. Flotte 136.
— und Algier 14.
— alliance franco-russe 101.
— Amnestiedebatte 242.
— Anglomanie 26.
— Annexion Bosniens und Herzegowina, Anerkennung der 122.
— Antimilitaristen 120. 242.
— Arbeiter 183.
— — Altersversicherung 62.
— — und Beamte 170.
— — Streiks 439.
— Armee 426.
— Asiaten in Marine 131.
— asiat. Kolonien 129.
— Assoziationen 407.
— Auslieferung 359.
— Auswärt. Amt 102.
— — Politik 264.
— und Balkanfrage 42.
— Balkanwirren 186.

Frankreich, Bauer 183.
— Beamte 131. 180. 183.
— Beamtenassoziation 170.
— Beamtenorganisation 182.
— cäsarischer Geist 38.
— Clemencisten 38.
— confédération du travail 120.
— Demokratie 40.
— und Deutschland 1. 92. 187.
— — Annäherung 184. 233.
— — Beziehungen 303.
— — in Marokko 34. 55.
— Diplomatie, Niederlagen 149.
— Einkommensteuer 183.
— Eisenbahngesellschaften 26.
— und England 49. 169. 230. 426.
— — und Deutschland 27.
— — und deutsche Gefahr 218.
— engl. Dependenz 130.
— — Entente 50.
— — Freundschaft 194.
— — Heizer i. Marine 131.
— — Politik 1. 242.
— — Presse 4.
— — Truppenhilfe 278.
— — Verständigung 2.
— — Vertrag 335.
— — franz.-russ. Bund 14.
— und europ. Frieden 116.
— Finanzgeschichte 25.
— Flotte 213.
— Freiheit 37. 38. 39.
— Freimaurer 169.
— Fremdenlegion 199.
— Generalstreik 121. 198
— Gewerkschaften 182.
— Grand Orient 233.
— Jakobiner 409.
— innere Verhältnisse 241.
— inscrits maritimes 131.
— und Italien 255.
— Justiz 40.
— Kabinett 263.
— Kammer 38.
— Kanalbauten 26.
— Kapital 183.
— Kathol. Partei 379.
— Katholizismus 160.
— Kirche, kathol. 38.
— Kirche und Staat 380.
— Kirchenfriede 242.
— Kirchenpolitik 336. 392.
— Klerus 354. 379.
— Kolonialreich 303.
— Kommune 35.
Frankreich und Kreta 273.
— Kriegsschuld Marokkos 60.
— Laienschulen 302.
— Liberale 38.
— Logenwesen 169.
— Marine 198.
— — Asiaten und engl. Heizer 131.
— Marineverwaltung 241.
— und Marokko 3. 25. 34. 392. 399.
— Marokko-Abkommen mit Deutschland 48. 125.
— Marokko-Krieg 199.
— Militärgesetz 183.
— Ministerium 37. 38. 39. 121.
— und Mulay Hafid 346.
— Nationalstaat 129.
— öffentliche Meinung 40. 41.
— Offiziere 39.
— Orientfragen 285.
— Parlament 40.
— Parlamentarier 183.
— parlamentar. System 198.
— Parteiwesen 335.
— Politik 255.
— politische Desorganisation 120.
— und poln. Frage 243.
— Poststreik 112. 120. 131. 182. 198. 211. 233. 439.
— Presse 93.
— — und Rußland 95.
— Proportional-Wahlsystem 372.
— Radikale 407.
— Radikal-Sozialisten 37. 40.
— radikal-sozialist. System 120.
— Religionsunterricht 380.
— Rennen in Auteuil 242.
— Revolten 407.
— Revolution 409.
— Royalismus 183.
— russ. Allianz 425.
— — und England 230.
— und russ.-ital. Entente 370.
— russ. Kriegshilfe 92.
— und Rußland 370.
— — und England 262.
— — und Serbien 93.
— Schule 372.
— Schulfrage 406.
— Schul- und Kirchengesetze 379.
— Schulpolitik 392.
— Seeleute, Streik 233.
— Seemacht 195.
— Senatswahlen 38.
— und Serbien 84.
— — und Rußland 93.

Frankreich, soldat de l'Angleterre 59.
— soziale Revolution 120. 131.
— Sozialisten 14. 407.
— span. Vertrag 233.
— Steinheil-Prozeß 354.
— Streiks 183. 407.
— Syndikate 131. 407.
— Triple-Entente 102.
— Volksvertretung 198.
— Wahlen 37. 336. 406.
— Wahlreform 439.
— Wahlsystem 25.
— Zarenbesuch, Protest 267.
Frankfurter Zeitung 141.
Franz Ferdinand, Erzherzog 309.
— in Berlin 374.
Franz Josef, Kaiser 156. 325.
— und Eduard VII. 287.
— 79. Geburtstag 273.
— 80. Geburtstag 441.
— und Nikolaus II. 341.
Fraser, Sir Andrew 99.
Frederik, Baron 52.
Freimaurerallianz 15.
French, Sir John 278.
Frerelyan, Liverpool 133.
Freycinet 26.
Friedjung, Prozeß Wien 421. 440.
Friedrich d. Gr. 302.
Friedrich II. von Hohenstaufen 45.

G.

Gaelic American 329.
Galceran, span. Hauptmann 332.
Galizien 298.
— poln. Gesellschaft 210.
Gambetta 35. 39.
— Feier in Nizza 160.
— Gedenktag 34.
Gangadhar Tilak 291.
Garin, russ. Senator 266.
Gaulis, George 13.
Gauthier de Clagny, franz. Royalist 242.
Gazit 195.
Genf, ägypt. Kongreß 306.
— ägypt. Nationalisten 302.
Georg, König von Griechenland 232. 355.
Georg, Kronprinz von Serbien 433.
— in Petersburg 124.
— Verzicht auf die Thronfolge 122.
Georgewitsch, Dr. Wladan 103. 107.
Georgische Fürsten am russ. Hof 257.
Gerassimow 51.
Germanen und Slaven 18. 28. 106. 282. 304.
Germanismus 107. 243.
Ghose, Barendro Kumar, Verbannung 430.
Gibbons, G., Präs. d. kanad. Sektion 7.
Gibraltar 232.
Giolitti, ital. Minister 95. 398. 403.
Gladstone 215. 412.
Gladstone, Gouverneur Südafrikas 438.
Globe 168. 174. 315. 353. 356.
Goldsmith, Professor 205.
Gokhale 291.
Golos Moskwy 52. 63. 75. 83. 88. 93. 149. 156. 162. 171. 173. 177. 188. 200. 208. 211. 221. 231. 281. 285. 286. 307. 308. 339. 358. 393. 420.
Goltz, v. d., Generaloberst 33. 202. 434.
Gomez, Präsident, Kuba 37.
Goremykin, Staatssekretär 147.
Gorst, Sir Eldon 162. 188. 189. 222.
Gortschakow, russ. Kanzler 161.
Goethe 46.
Gottberg, O. v. 269.
Gourju, franz. Abg. 38.
Gracchus 258.
Grey, Sir Edward 33. 122. 144. 169. 179. 186. 195. 196. 198. 217. 231. 239. 248. 265. 286. 308. 350. 365. 404. 425. 439.
Griechen 73. 147. 153.
— und Bulgaren, Gegensatz 241.
Griechenland, Armee 355.
— ausw. Politik 418.
— und Balkanföderation 370.
— und Epirus 211.
— Flotte 418.
— und Kreta 9. 200. 211. 213. 232. 417.
— Lage 372.
— und Mazedonien 211. 284.
— mazed. Banden 284.
— Meuterei d. Offiziere 354.
— Militärliga 432.
— Militärrevolte 435.
— Ministerium 293.
— Offiziere 293. 301. 355.
— und Osmanentum 155.
— Prinzen 293. 331.
— Rebellion 316.
— und Türkei 241. 255. 270.
— — Allianz 418.
— — Beziehungen 261. 273. 417.

Griechenland u. Türkei, Krieg 232.
— — Parlament 53.
Grodno 345.
— Polen 158.
Grönland 374.
Grunwalder Fonds 298.
Grusinische Fürsten am russ Hof 257.
Grusische Kultur 130.
Guicciardini, ital. Minister 89. 421.
Günzburg, Baron 381.
Gutschkow 7. 73. 209. 259. 345. 395. 396. 398.
Gwynne 229.

H.

Haager Schiedsgericht 181. 192.
Haeckel, Ernst 331.
Haguenin, E., Prof. 34.
Haiti, Revolution 192.
Haldane 229. 230. 426.
— imperial army 74. 97. 278.
Habibullah Khan, Emir 277.
Halifax, Eisenbahn 387.
Halifax Chronicle 168.
Hamilton, Admiral 336. 385.
Hanotaux 303.
Harden, Maxim. 366.
Harmsworth s. Northcliffe.
Harris, Leverton 76.
Hartmann, Terrorist 51.
Hartwig, russ. Gesandter 196. 197.
Hassan Fehmi, Redakteur in Konstantinopel 143.
Hauptmann, Gerhart 331.
Havanna 141.
Havre, Seeleute 131.
Hedschasbahn 33. 175.
Heinrich, Prinz, Großadmiral 302.
Helgoland, engl. Kanonenboote 368.
Herald Bureau 181.
Herbert 237.
Herzegowina 9. 10. 80. 83. 103.
— Annexion 28. 90. 91. 162. 287. 303. 359.
— — Legalisierung 123.
— Autonomie 94. 103. 210.
— Germanisierung 29.
— österr.-türk. Vereinbarungen 107.
Herzenstein, Ermordung 208.
Hilmi Pascha 61. 74. 80. 81. 162. 175. 275. 327. 415. 418.
— Demission 432.
— Vertrauensvotum 412.
Hindus 290.
— Bewaffnung 338.
— und engl. Gesellschaft 257.
Hoche, franz. General 260.
Hodeida, Beduinen 176.
Hodeida-Sanah, Eisenbahn 199.
Hodgeville 66.
Hofrichter, Oberleutn., Linz 394.
Hohenlohe, Chlodwig, Fürst 223.
Holland 194.
— und Deutschland 366.
— Thronerbin 162. 166.
Holstein, Graf, dän. Minister 273. 341.
v. Holtzendorff, Vizeadmiral 302.
Honduras, Hindus 78.
Honolulu 402.
— Verschwörung 225.
Hsiumintun, Eisenbahn 181.
Hudson-Fulton-Feier 336.
Hughes, Oberstaatsanwalt 205.
Humanité 37.
Hupeh 390.

J.

Jaguar, deutsch. Kriegsschiff 109.
Jakowlew, Korr. d. Now. Wremja 182. 183.
Jameson 190.
Jangtsekiang 390.
Jantschewski, Dmitri 206. 276. 311.
Japan 15. 106. 225. 257. 360.
— und Amerika 66. 141.
— amerik. Differenzen 58.
— — Einwanderung 67.
— und Australien 206. 229. 268.
— und China 23. 141.
— — Differenzen 181.
— — Eisenbahnkonflikt 270. 289.
— deutscher Einfluß 141.
— und Deutschland 140.
— und England 194. 371.
— — Beziehungen 140. 262.
— — Bündnis 109. 150.
— Europäer 67.
— Flotte 213.
— und Frankreich 141.
— Handel 360.
— Handelsvertrag mit China 360.
— und Kalifornien 17.
— Kitcheners Besuch 268.
— Korea, Annektierung 420.
— Kriegshafen 420.
— und Mandschurei 289.

Japan, Offiziere in Charbin 393.
— und ostas. Vereinigung 374.
— russ. Fischereikonvent. 299.
— — Gegensätze 419.
— — Handelsbeziehungen 360.
— — Krieg 50.
— und Rußland 16. 88. 141. 238. 288. 305. 370.
— Seemacht 109.
— Zukunftskarte 420.
Japaner in Honolulu 225.
— in Kalifornien 56.
Japanese American Commercial Weekly 140.
Jaurès 26. 327.
— und Clemenceau 182.
Ibrahim 157.
Je dis tout, Zeitung 179.
Jedz 195.
Jelena, Prinzessin von Serbien 177.
Jellalabad, Heerstraße 338.
Jemen 61.
Indépendence belge 318.
Inder und Engländer 258.
— Verbannung 430.
Indian Daily Telegraph 277.
Indien 176. 262.
— amerik. Geschwader 109.
— Anarchisten 99. 100. 291.
— anarchist. Presse 99.
— antiengl. Bewegung 98. 375.
— Aufruhr 231.
— Aufstand 92. 150.
— Ausrottung der Briten 99.
— Beamte, europ. 290.
— brit. Herrschaft und Mohammedaner 110.
— und China 290.
— deutsche Aktion 278.
— Eisenbahn 414.
— und England 7. 16. 68. 110. 157. 164. 176. 306. 337.
— Englandhaß 290.
— Engländer und Hindus 257.
— engl. Armee 98.
— — Herrschaft 231.
— — Politik 238.
— Gärung 7.
— Fremdenhaß 437.
— Hungersnot 290.
— und Japan 110.
— Kitcheners Besuch 268.
— Mohammedaner 110.
— Morde 99. 100.
— Nationalkongreß 430.
Indien, Pest 290.
— Presse 277.
— Rat des Vizekönigs 258.
— Reichsversammlung 421.
— Revolutionäre 140.
— und Rußland 239.
— Selbstverwaltung 231.
— Unruhen 57. 338.
— Verfassung 376.
— Vizekönig 98.
— Waffenschmuggel 430.
— Waffensendungen 140.
Indus 258.
Investors Review 178.
Johann von Kronstadt 1.
Jollos Ermordung 208.
Journal des Débats 13. 19. 28. 36. 37. 41. 105. 120. 131. 135. 148. 193. 199. 236. 243. 265. 266. 296. 322. 332. 335. 355. 369. 418. 439.
Iren 364.
— und Engländer in Amerika 269.
— und Sozialisten 365.
— im Wahlkampf 405.
Irische Frage 89. 328.
Irland 129. 294. 315.
— Autonomie 412.
— und England 306.
— und engl. Kolonien 421.
— Home Rule 429.
Islam und England 156.
— und Rußland 156.
Islamische Welt und Jungtürken 147.
Ismael Kemal Pascha 146.
Ispahan 23. 195. 221.
Istomin 63. 65. 87.
Iswolski 16. 42. 52. 69. 83. 85. 93. 101. 114. 117. 122. 125. 137. 139. 147. 195. 259. 266. 286. 305. 369. 431.
— und Ahrenthal 115.
— aide-mémoire vom 16.—19. Juni 378.
— anglophile Politik 394.
— und Annexion Bosniens und Herzegowina 287.
— Balkanföderation 370.
— in Cowes 281.
— und Sir Grey 265.
— in Italien 340.
— und Kokowzew 373.
— in Petersburg 208.
— Programm 19.

Iswolski, Reichsratsmitglied 432.
— in Reval 196.
— und Tittoni 371.
Italien 15. 28. 123. 335.
— und Balkan 434. 438.
— Balkanproblem 2.
— und Bosniens Annexion 18.
— und Deutschland 44. 187.
— und Dreibund 2. 150.
— und England 424.
— Fabriken 113.
— Ferrer-Demonstrationen 331.
— und Frankreich 255.
— Geldverhältnisse 112. 113.
— irredentist. Presse 54.
— Kabinett 421.
— Kabinett Giolitti 403.
— Kammerauflösung 48.
— Königspaar in Bajä 162.
— und Kreta 273.
— Landwirtschaft 113.
— Nationalstaat 130.
— Nationalvermögen 113.
— und Österreich 2. 89. 358.
— und österr. Balkanpolitik 18.
— Parlamentswahlen 95.
— und russ.-engl. Bündnis 18.
— russ. Entente 370.
— und die Slaven 18.
— Sozialisten 340.
— Süditalien 8.
— und Tripleentente 356. 398.
Ito, Fürst 341. 345. 359. 373.
Iuanschikai, Absetzung 1. 7. 16. 22.
Judet, Ernest 15. 27. 135. 241. 379. 392.
— Englandbrief 21.
Jungfrau von Orleans 260.
— Seligsprechung 159.
Junius 5.
Jussuf 60.
Justh 378.
Iwan der Schreckliche 70.

K.

Kabul, engl. Expedition 337.
— — Verschwörung 277.
Heerstraße 338.
Kacri Kadjhar 221.
Kagir Khan 221.
Kairo 79. 189. 307.
— Demonstrationen 177.
— Kalifat 286.
Kaiser Wilhelm-Kanal 263.
Kakh 195.
Kalifornien und Japan 17.
— jap.-amerik. Differenzen 78.
— jap. Einwanderung 56.
— Schulen und Japaner 78.
Kalkutta 79. 99.
Kamarowski, L. A. 93. 94.
Kamerun 226.
Kamorowski, Graf 162.
Kamtschatka 299.
— Küstenfischerei 420.
Kanada 78. 178. 229. 250. 313. 363. 374.
— Autonomie 385. 430.
— Chinesen 256.
— Deutsche 386.
— deutschfeindliche Agitation 169.
— Dreadnoughts für England 167.
— Einwanderung 386.
— und England 7.
— und der engl. Imperialismus 97.
— engl. Mitregiment 269.
— Flotte 218. 314. 438.
— Französisch-Kanada 179.
— Großmacht 382.
— und imperial army 97.
— Juden 299.
— Kitcheners Besuch 268.
— Kriegsflotte 168.
— Lauriers Anträge 401.
— Loyalität 8.
— Miliz und Offiziere 97.
— Nationale Verteidigung 168.
— und Politik der alten Welt 98.
— Presse 205.
— Reichsversammlung 421.
— Seen, Wasserkräfte 97.
— Selbständigkeit 269.
— Truppen für England 280.
— Wehrkraft 384.
Kanea, griech. Flagge 273.
Kann, Reginald 279.
Kanton 79.
Kap Horn 166.
Kapkolonie 189.
Kapland 295.
Kapstadt 56. 280.
— Parlament 190.
Karl II. 194.
Karl XII. 148.
Karl, König von Portugal 333.
Karl, König von Rumänien 143.
— 70. Geburtstag 441.
Karolinen, Erwerb durch Deutschland 223.

Karpow, Oberst, Ermordung 432. 440.
Kars 416.
Karun, Unruhen 199.
Kasr-i-Shirin 195.
Kaswin 221.
Katalonien 317.
— Gärung 291.
— Generalstreik 263.
Kaukasier 129.
Kaukasus 7. 174.
— deutsche Kolonien 210.
— Raub und Mord 52.
— Revolutionäre 197. 414.
Kawakami, jap. Konsul 310.
Kedah 101. 157.
Keir Hardie 290.
Kelantan 101.
— Eisenbahn 158.
Kelten 129.
Kennedy, Sir W., Admiral 133.
Kerman 195.
Kerram 222.
Kiamil Pascha 9. 58. 74. 81. 144. 145. 437.
— Rücktritt 68.
— und türk. Parlament 60.
Kiangsi 390
Kiautschou 390.
— Deutschlands Stellung 223.
Kiew 89.
— Getreide 362.
— Intendanturrevision 266.
— poln. Schulverein 345.
— Typhus 52.
Kingston 8.
Kipling 215.
Kitchener, Lord 267. 306.
— in Japan 375.
— in Kanada 268.
— Reise und Amerika 269.
— Viscount 140.
Kleinasien 376.
— Armenier 162.
— Ausschreitungen 155.
— Bahnbauten 328.
— Bevölkerung 175.
— Eisenbahnen 434.
— Erschließung 33.
— Europäer 146.
— Germanisierung 424.
— Mißernte 221.
— Wirren 164.
Klofacz 210. 211. 297.
Knox, engl. General 251.
Kokowzew, russ. Finanzminister 121. 147. 345. 360. 380.
— und Iswolski 373.
Kölnische Zeitung 49. 102. 172.
Kongo, Deutschland und England 366.
— und England 366.
— Handelsfreiheit 429.
Konradin 46.
Konstantinopel 13. 20. 53. 79. 90. 145. 153. 162. 270. 274.
— deutscher Einfluß 208.
— engl. Einfluß 437.
— und engl. Presse 74.
— Gegenrevolution 433.
— Hinrichtungen 202.
— Jungtürken 154.
— jungtürk. Truppen 152
— Meuterer 154.
— Mickewicz-Feier 298.
— Revolution 143.
— Truppen 155.
— Verteidigungsmaßregeln 107.
— Zustände 160.
Korea und Japan 359.
— Japaner 310.
— japanische Truppen 289.
Koreaner in China 181.
Korinth 417.
Koschelew, Präsident des Rigaer Kriegsgerichts 58.
Kossuth 325. 379.
— und Unabhängigkeitspartei 374.
v. Koester, Großadmiral 336.
Koweit 286.
Kowno 52. 345.
— Mariaviten 72.
— Polen 158.
Kramarz 297.
Krapotkin, Anarchist 88.
Kreta, Aufstand 331.
— und England 211.
— Frage 231. 255. 270. 317. 372. 377.
— Gouverneur und Beamte 274.
— und Griechenland 9. 200. 211. 213. 232. 435.
— griechische Flagge 263. 273. 283.
— Kriegsschiffe und Schutzmächte 274.
— Problem 221.
— Räumung 232.
— und Rußland 377.
— Schutzmächte 235. 261. 270. 273. 354. 416.
— Truppen 263.
— und Türkei 213.
— Unruhen 374.

Kreuzzeitung 27. 55. 94. 148. 172. 185. 193. 349. 370. 392.
Krim, deutsche Kolonien 210.
Krimkrieg 282. 298.
Krishnavarma 291.
Kroaten und Ungarn 325.
Kroatien 440.
— und Rußland 42.
Kronstadt 236.
Kuba, amerik. Verwaltung 37.
— Frage 142.
— Krieg 223.
— Präsident Taft 96.
— Unabhängigkeit 141.
Kurden 153.
Kurland 129.
Kuweit, Eisenbahn 33.

L.

Lacombe, Paul 407.
Lado 170.
Ladysmith 134.
Lahore 79. 277.
— ind. Nationalkongreß 430.
Lamprecht, Karl 244.
Langkawi 157.
Langson 39.
Lansdowne, Lord 15. 248. 392. 394. 404.
Laon, Kongreß 38.
Lapwing, engl. Kanonenboot 140.
Laurier, Sir Wilfr. 167. 178. 384. 437.
— Anträge 401.
Lawrence, Bischof von Massachusetts 401.
Lawrow, Anarchist 88.
Legrand, franz. Abgeordneter 38.
Leipzig, deutsches Kriegsschiff 109.
Leipzig, Universitätsjubiläum 263.
Lémonon, Ernest 423. 428.
Lenagoldbergwerke 381.
Leopold II., König, Tod 423. 429.
Leroy Beaulieu, Anatole 149. 150. 338.
Lettische Kultur 130.
— Republik 129.
Ljachow, Oberst 311.
Liang Lai Schün, chin. Konsul 256.
Liautey, General 14. 25.
Lichnowski, Prinz 308.
Liebermann, Max 331.
Lincoln, 100. Geburtstag 66.
Lindsay, Martin, Dr. 189.
Lissa 133.
Ljublin, Gouvernement 149.
Livadia, Besuch des Sultans 286.
— türk. Deputation 328.
Liverpool 133.
Livland 129.
Litauen 297.
Lloyd George 215. 363. 364. 400. 401. 405. 430. 439.
Lodz 139.
London 2. 33. 93. 416. 425.
— Dumamitglieder 237.
— Ferrer 333.
— Handelskammer 77.
— Journalisten 217.
— Journalistenkongreß 437
— Iswolski 93. 124.
— Kolonialkongreß 422.
— Navy league 77.
— Reichsverteidigungskonferenz 385. 388.
— russ. Parlamentarier 264.
— russ. Revolutionäre 66.
— Schiffahrtskammer 76.
— Seekriegsrecht-Konferenz 69. 367. 433.
— serbische Wanderprediger 91.
— two power standard 109.
— Zeitungsverleger 217.
Lopuchin, Polizeimeister 43. 51. 190. 191. 440.
— Azew-Affäre 63.
— Prozeß 190.
— Verhaftung 37. 50.
— Verurteilung 182.
Loubet in London 50.
Ludwig XIV. 194
Lynch, H. F. Bloß 23. 414.
Lyndhurst, Lord 215.

M.

Mc Clellan Magazine 349.
Mc Clure's Magazine 347.
Mc Deakin 205.
Macdonald, J. A. 315.
Machiavelli 215.
Mackarneß 237.
Mad Mullah 192.
Madrid 67.
— Manuel, König von Portugal 364.
Mafeking 134.
Magelhaens-Straße 166.
Magenta 260.
Mahan, Kapitän 204.

Mahmud II., Sultan 156. 175.
Mahon Lake 213.
Mahratta, ind. Zeitung 110.
Mähren und Rußland 42.
Mahsuds, Aufstand 430.
Makarow, Justizminister 147.
Malakka und England 157. 257.
Malaviya, Hinduführer 430.
Malinow, bulgar. Minister 415.
Malta 232.
Manchester, Arbeiterpartei 405.
— engl. Journalisten 217.
Manchester Guardian 174. 230. 231.
Mandschurei 106.
— antijapanischer Boykott 382.
— Handel 360.
— Japaner 310.
— jap. Salz, Einfuhr 181.
— Koreaner 299.
— Okkupation 181.
— und Rußland 288.
Manfred 45.
Manitoba 387.
Manuel, König v. Portugal, in Madrid 364.
Marat 410.
Marienbad, Eduard VII. u. Clemenceau 273.
Marina, span. General 263.
— und die Rifkabylen 273.
Marix, franz. Oberst 198. 241.
Mark, Grafschaft 263.
Markow 163. 171.
Marokko 3.
— Abkommen 433.
— deutsches Kapital 55.
— deutsch-franz. Abkommen 80.
— und England 25.
— Erregung 292.
— Frage 14. 34. 224. 238.
— und Frankreich 25. 392. 399.
— Frankreich und Deutschland 125.
— franz. Politik 320.
— heiliger Krieg 240.
— Integrität 14. 54.
— internationales Syndikat 59.
— Kriegsschuld an Frankreich 60.
— offene Tür 54.
— russ. Gesandtschaft 207.
— Schwierigkeiten 255.
— selbständiger Staat 34.
— und Spanien 232. 326. 334. 372.
— spanische Truppen 263.
— Tunisierung 55.
Marokko, Verhältnisse 169.
Mars la Tour, Denkmal 283.
v. Marschall, Botschafter 33.
Marseille, Seeleute 131. 192. 439.
Marzello, General 271.
Maskat 303.
Maura, span. Minister 291. 331. 346.
— Demission 341.
Mauretanien 335.
Mauromichalis, griech. Minister 301. 354.
Maxse 135. 348.
May, Admiral 74.
Mayyad 241.
Mazedonien 86. 128. 270. 377.
— Agitation 241.
— Armee 154. 155.
— Banden 53. 145.
— Bulgaren in Mazedonien 415.
— und Bulgarien 200.
— Frage 223. 434.
— und Griechenland 211.
— griechische Banden 274.
— Hilmi Pascha 61.
— jungtürkische Ideale 155.
— Kirchen und Schulen 284.
— Lage 283.
— und die Mächte 143.
— serbische Ansprüche 200.
— Teilung 428.
— und die Türkei 200. 300.
Mazenderan, revol. Elemente 140.
Mehemet Ali 157. 436.
Meier-Graefe, Jul. 331.
Mekka, Kalifat 286.
Melbourne 280.
Melikow, Loris 257.
Melilla, Kabylen 263. 271.
— spanische Niederlage 263.
— Überfall spanischer Arbeiter 263.
Menelik, Kaiser 372.
Menesius, Paul 208.
Menschikoff, 41. 50. 63. 88. 89. 225. 288. 304. 309. 310. 368.
Merriman 189.
Mesched, Russen, Einmarsch 156.
Meschtscherski, Fürst 82.
Mesopotamien 199. 435.
— deutscher Kulturfleiß 246.
— Germanisierung 424.
— Schiffahrt 418.
— Schiffahrtskonzession 412.
Messagero 334.
Messina 1.
— deutsche Matrosen 44.

Mevil, André 200.
Michail Nikolajewitsch, Großfürst 429.
Michelet 409.
Midleton, Lord 77.
Mickiewicz 243.
Miguel v. Braganza, Dom 112.
Miljukow 259.
Milner, Lord 385. 413.
Milovanowitsch, serb. Minister 10. 11. 83. 85. 103. 123.
Minsk, Gouvernement 201.
— Polen 158.
— poln. Schulvereine 345.
Minto, Lord 110.
— Attentat 374. 375.
Mittelmeer 74. 335.
— England und Italien 437.
Mitrowitza 71.
Mohammed V., s. auch Türkei, Sultan 152. 162. 175. 199. 433.
— Parlamentseröffnung 374.
— Schwertgürtung 171.
— Vereidigung 192.
Mohammed Ali 311.
Mohilew, Gouv. Polen 158.
Mommsen 348.
Mongolei und Rußland 305.
Mongolen 206.
Moniteur Oriental 415. 417.
Monroe, Präsident 204.
Monroe-Doktrin 165. 166.
Montenegro 84. 128. 370.
— und adriatische Häfen 287.
— Armee 11.
— Balkanbund 428
— und Bosniens Annexion 28. 143.
— Eisenbahn 5.
— und Österreich 30. 70.
— und Serbien 129.
— — Grenzen 94.
— Souveränität 122.
— Thronwechsel 24.
— Truppen 10.
— und Türkei 5.
— türk. Handelsvertrag 90.
— Verschwörung 309. 316.
Montreal 363.
Montreal Nationaliste 178.
Mordwinische Kultur 130.
Morell 237.
Morley, Lord 111. 157. 231. 291. 431.
— und Emir Ali 110.
Morning Advertiser 22.
Morning Post 136. 203. 216.
Morrison Davidson 258.
Moskau 53. 106. 119.
— Garinsche Revision 398.
— Gefängniswesen 309.
— Japaner 309.
— monarchische Parteien 324.
— Oktobristenkongreß 338. 344. 395.
— serb. Wanderprediger 91.
— Slaven 211.
Moskowskija Wjedomosti 394.
Mosley, Arthur 366.
Mossul, Beduinen 176.
Mukden-Antung, Eisenbahn 289.
Mulai Hafid 3. 9. 15. 55. 60. 80. 169. 240. 292. 300. 308. 327. 346. 372. 392. 400.
Mullah 261.
Münchener Allg. Zeitung 189.
Murad II. 60.
Muret, Maurice 243.
Mürzsteger Vereinbarung 123.
Muwajid-es-Sultana 139.
Myschlajewski, Chef d. russischen Generalstabes 208.

N.

Nancy, Überfall 15.
Napoleon 136. 148. 278.
Napoleon III. 35. 214.
Napoleoniden, Ansprüche 260.
Nasim Pascha 60. 73.
Nasrullah Khan 338.
Natal 189. 233. 261.
— und England 7.
Nation, engl. Zeitschrift 77.
National Review 4. 59. 92. 135. 200. 204. 219. 290. 348. 406.
Nationaliste 169. 178. 363.
Nazim Pascha, türk. Minister 143. 146. 433.
Nebukadnezars Palast 246.
Nedjat (Zeitung) 346.
Nedjd, Kriegszustand 176.
— Unruhen 199.
Nena Sahib 78. 437.
Neue Freie Presse 369.
Neuseeland 374. 388.
— amerik. Geschwader 109.
— Bevölkerung 256.
— Dreadnought 167. 218.
— engl.-jap. Bündnis 109.
— und Japan 389.
— japan. Seemacht 109.

Neuseeland, Kitcheners Besuch 268.
— Kriegsschiffe 178.
— Politik 178.
News 168.
New York, Hudson-Fulton-Feier 302. 308.
— internat. Konferenz 366.
New York American 253. 336.
New York Daily Tribune 268. 314. 367.
New York Herald 77. 78. 140. 178. 289. 337. 385. 386. 387. 420.
New York Preß 150.
New York Times 313.
New York World 24.
Nyanhwai 390.
Niagarafall, Wasserkräfte 97.
Nicaragua 402.
— Rücktritt des Präsidenten 423.
— und Vereinigte Staaten 431.
Nicolson, engl. Botschafter 196. 197. 198.
Niederlande, Seerecht 119.
Nikolai, Fürst 70.
Nikolai Nikolajewitsch, Großfürst 16.
Nikolajew, Kaufmannschaft 362.
Nikolaus II. 86. 156. 226. 266. 304.
— Auslandreise 182. 331.
— im Bosporus 286.
— in England 259.
— und Eduard VII. 196. 263.
— und Franz Josef 341.
— und Iswolski 16.
— in Italien 340.
— in Racconigi 341.
— in Stockholm 245.
— und Stolypin 171.
— und Sultan 286.
— und Wilhelm II. 222. 235. 263.
Nineteenth Century 135.
Ningpo 390.
Nisch 71.
Nizza 51. 129. 160. 424.
Noradunghian, türk. Handelsminister 81.
Nordd. Allg. Zeitung 49. 102. 137.
Nordsee 75. 134. 136. 229. 252. 367.
Nordwesten, Zeitschrift 314.
Norfolk, Herzog 220. 248.
Northcliffe, Lord 179. 193. 313. 314. 329. 336.
— Journalist of the Empire 218.
Nova Scotia 314.
Novakowitsch, serb. Minister 83. 84. 85. 86. 103. 341.
Novibazar 80. 81. 94.
Nowgorod 89.
Nowoje Wremja 6. 9. 11. 17. 18. 19. 29. 41. 51. 70. 71. 83. 94. 105. 107. 108. 112. 115. 116. 124. 140. 158. 174. 175. 176. 182. 192. 197. 206. 225. 265. 276. 282. 285. 287. 288. 289. 297. 299. 304. 305. 311. 321. 356. 357. 360. 368. 369. 370. 377. 382. 393. 394. 419.

O.

Obraszow 209.
Observer 9. 118. 124.
Obrenowitsch 129.
Ochotsk 299.
Odessa 328.
O'Moore Creagh, Oberkomm. d. ind. Armee 140.
Ontario 387.
Ora, ital. Zeitschrift 44.
Oranjekolonie 189.
— und England 295.
Orient, Bahn 53. 160. 170.
— Bewegung 79.
— England und deutsche Gefahr 218.
— Ferner 181. 419. 431.
— — Konflikt u. England 150.
— Frage 9. 42. 68. 303.
— — und Deutschland 2.
— — England 150.
— — und europ. Kongreß 123.
— — und Österreich 2.
— Frankreich und Rußland 285.
— franz.-russ. Bündnis 285.
— Friede 28.
— Krisis 114. 224.
— naher 377. 402.
— österr. Politik 287.
— Politik 41. 156. 200.
— Problem 432.
— russ.-engl. Annäherung 285.
— und Rußland 288. 289.
Orkneyinseln, Flottenstation 367.
Orleans, Kath. Gesellschaft 159.
Osman Galib Bey 307.
Osmanen, christliche 147.
Österreich, Abgeordnetenhaus, Tschechenobstruktion 423.
— und ägäisches Meer 103.
— Armee 11. 83.
— auswärtige Politik 440.

Österreich und Balkan 123. 427.
— und Balkanallianz 72.
— Balkankonferenz 1.
— Balkanpolitik 18.
— Balkanstaat 103.
— Balkanwirren 186.
— und Bosnien 149.
— Bulgar. Unabhängigkeit 160.
— Bulgar. Verhandlungen 62.
— deutsches Bündnis 126. 138. 262. 325.
— deutsche Liga 427.
— deutsche Sprache 354.
— und Deutschland 187. 227. 263. 357.
— Deutschlands Kriegshilfe 92.
— Dienstpflicht, 2jähr. 171.
— und Dreibund 2.
— und England 2. 424.
— engl. Beziehungen 288.
— und engl. Presse 33.
— und Europa 71.
— Flotte und England 133.
— Isolierung 18.
— und Italien 28. 89. 358.
— ital. Universität 54.
— Konferenz 5.
— Krieg 116.
— — m. Serbien 44.
— Kriegsvorbereitungen 105. 115.
— Küste, Blockade 94.
— Ministerrat 354.
— Mobilisierung 117. 126.
— und Montenegro 70.
— und orient. Frage 2.
— Orientpolitik 287.
— Polen und Ruthenen 324.
— Politik und Presse 101.
— polit. Staat 129.
— und Preußen 124.
— Rassen- und Sprachenkämpfe 44.
— Reichsrat 48.
— — Schließung 54.
— — Tumulte 213.
— Reservisten, Einberufung 101.
— und Rußland 42. 91. 123. 369. 378.
— russ. Krieg 126.
— Schiedsgerichtsvertrag mit Verein. Staaten 17.
— und Serbien 11. 18. 19. 28. 44. 70. 85. 101. 102. 103.
— serb. Konflikt 11. 44. 114. 117.
— serb. Krieg 118.
— und serb.-montenegr. Krieg 111.
— und serb. Unabhängigkeit 94.
— Slaven 31.
Österreich, Slaven und deutsche Sprache 210.
— slav. Deputierte 210.
— slavische Soldaten 83.
— Sprachenfrage 54.
— und Triple-Entente 102.
— Tschechen 54. 431.
— tschech. Minister 354.
— und Türkei 9. 14. 81. 107. 427.
— — Verständigung 17. 24. 29. 80.
— türk. Handelsvertrag 107.
— türk. Konvention 125.
— türk. Post 80.
— türk. Protokoll 132.
— und türk. Revolution 3.
— Wahlsystem 325.
— Zwistigkeiten 255.
Österr. Rundschau 72. 270.
Ostindien, Gärung 78.
Ottawa 8. 78. 179. 386.
Otter, W. D., General, Kanada 268.
Oxford, engl. Journalisten 217.
Ozean, Atlant. 74. 327.
— Stiller, engl. Seemacht 269.
Ozeanische Inseln, Bevölkerung 256.

P.

Palermo 45. 46.
Pallavicini, Marquis 80.
Palmerston, Minister 215.
Panamakanal 24. 166.
— Präsident Taft 96.
Panislamische Bewegung 189.
Panislamismus 110.
Pankok, Eisenbahn 157.
Panow, russ. Terrorist 140.
Panslavismus 91. 114. 439.
— Presse 208.
Paprikow, Minister 415.
Papstbulle 101.
Papstwahl und weltliche Mächte 90
Paris 2. 63. 183. 425.
— Belagerung 35.
— engl. Politik 1.
— Ferrer-Kundgebung 302. 331.
— Iswolski 93. 124.
— Poststreik 101. 171.
— russ. Revolutionäre 66.
— serb. Wanderprediger 91.
Parnell 413.
Pasitsch, serb. Minister 44. 341.
Patagonien, Annexion 166.
Patrie 363.
Paul, Herbert 215.

Pazifikbahn 387.
Pearl Harbour 402.
Pearson 179. 193.
— Journalist of the Empire 218.
Péchenard, Bischof 38.
v. Peez, Dr. Alex. 270. 353.
Peking 63. 79. 140. 289.
Pelletan, franz. Minister 15. 241.
Pemba 375.
Penang 157.
Pensa, Massenverhaftungen 190.
Penteleiew 225.
Percy, Lord 248.
Peregrinus Polonus 225. 228.
Perigueux 320.
— Briands Rede 335.
Persano 133.
Persien 147. 337.
— Absolutismus des Schah 156.
— Amnestie 302.
— Anleihe 276.
— antirussl. Bewegung 182.
— Aufruhr 231.
— Bachtiaren 221.
— Bürgerkrieg 436.
— und England 57. 254.
— Engländer in Persien 23.
— engl. Einflußsphäre 207.
— engl. Interessen 174. 230. 414.
— engl. Politik 195. 196. 197.
— engl.-russ. Politik 206.
— Englands Vorgehen 188.
— Entwicklung 241.
— Finanzen 276. 346.
— Frage 231.
— Handel 276.
— heiliger Krieg 240.
— Integrität 195.
— Konstitutionelle 23. 196.
— Kosaken 23.
— Kurden 276.
— Lage 139.
— Liberale 164.
— Medschlis 378.
— Nationalisten 140. 174. 197.
— Offiziere 276.
— Parlament und Schah 9.
— Parlamentwahlen 263.
— Parteien 57.
— Parteikämpfe 23.
— Reform-Ministerium 171.
— Revolution 316.
— Revolutionäre 221. 414.
— revolut. Bewegung 122.
— Russen und Engländer 7. 161.
Persien, Rußland und England 139.
— russ. Ägypten 267.
— russ. Einflußsphäre 207.
— russ.-engl. Finanzkontrolle 23.
— russ.-engl. Politik 206.
— russ.-engl. Wirken 267.
— russ. Handel 196.
— russ. Interessen 198.
— russ. Offiziere 140.
— russ. Politik 265. 305.
— russ. Sitten 139.
— russ. Truppen 152. 156. 174. 232. 240. 346. 368.
— und Rußland 57. 87. 195. 225. 259.
— Rußlands Festsetzung 414.
— Rußlands Vorgehen 188.
— Schah 23. 139. 196. 197. 198. 221. 276. 311. 346.
— — Flucht in russ. Gesandtschaft 263.
— — und die Russen 174.
— — und Rußland 157.
— — und Verfassung 162.
— Schwierigkeiten 255.
— Steuersystem 276.
— und Türkei 188.
— Unabhängigkeit 195. 231.
— Verfassung 157. 164. 188. 197. 198. 436.
— — und Schah 162.
— Wahlgesetz 263.
— Wirren 156. 195. 239. 260.
Persigny 38.
Persischer Golf 238. 262.
— engl. Einfluß 435.
— türk. Autorität 286.
— Waffenschmuggel 140.
Persische Meere und England 414.
Pest 6. 28.
Peter d. Gr. 282.
Peter, König v. Serbien 12. 121.
Petersburg 2. 16. 28. 41. 53. 93. 118. 125. 138. 226. 425.
— Auswärtige Amt 369.
— Befestigung 304.
— Bombenexplosion 338.
— deutsche Invasion 63.
— deutsche Kolonien 210.
— Ferdinand von Bulgarien 69.
— Japaner 310.
— Ministerkrisis 171.
— Ministerrat 117.
— Presse 106.
— Regierung 147.
— Revolutionäre 122.
— serb. Wanderprediger 91.

Petersburg, Slavenkongreß 210.
— terrorist. Komplott 412.
— Verschwörung 412.
— Verteidigung 344.
Petersb. Wjedomosti 370. 391.
Petersb. Zeitung 323. 344.
Petschili, Golf, russ. Stellung 238.
Philippinen 374.
— Präsident Taft 96.
Pichno 163.
Pichon, franz. Minister 14. 264. 326. 399. 432. 439.
Picquart, Kriegsminister 34. 38. 39.
Pilenko 71.
Pipitone-Federico, G. 44.
Piräus, Kriegsschiffe 354.
Pitt, W. 202.
Pius X., Papst 159. 392.
Plehwe, Ermordung 50.
Podolien 139.
Pojindar, Mullah 338.
Polen 15. 129. 131. 139. 156. 201. 210.
— und Deutsche 210.
— und Deutschland 225.
— Festungen 225.
— Frage 158.
— — und Frankreich 243.
— — und Slavenkongreß 297.
— und Preußen 225.
— und Russen 324.
— russ.-poln. Verständigung 211.
— und Rußland 72. 297.
— und Ruthenen 211. 324
— und Tschechen 298.
— unabhängiges 228.
— Zukunftspolitiker 225.
Poliwanow, russ. General 208.
Poltawa, Schlacht 209. 260.
Port Arthur 288.
— jap. Marinestation 420.
Portsmouth 282. 322.
Portugal, amerik. Kolonien 294.
— Morde 316.
— und Transvaal 132.
Poschareww 71.
Posen, Ansiedlungskommission 149.
— Slaven 28.
Prag, allslavische Bank 324.
— russ. Konsulat 207
— Tschechen und deutsche Studenten 28.
Prager Kongreß 211.
Prätoria 56.
— Regierung 190.
Prawo (Zeitschrift) 20.
de Pressensé 39.
Preußen 35.
— Abgeordnetenhaus 132.
— Kriegsministerium 80.
— und Österreich 124.
— und Polen 225. 226. 227.
— poln. Bevölkerung 129.
Prevet, franz. Abgeordneter 38.
Prinz-Rupert-Land, Eisenbahn 387.
Protopopow, Oktobrist 208.
Pulitzer, Joseph 24.
Puna 99. 110.
Punch 185. 214.

Q.

Quaid'Orsay 172. 403.
Quebeck 168.
— Eisenbahn 387.
Quettah, Gefechte 222.

R.

Racconigi 356.
— Abmachungen 357. 369.
— Nikolaus II. 341.
— Zusammenkunft 438.
Raisuli 80.
de Ramel, franz. Abgeordneter 38.
vom Rath, Legationsrat 368.
Ratschkowsky 51.
Redmond, engl. Parlamentarier 328. 405. 412. 429.
Referrer 390.
Reggio, deutsche Matrosen 44.
Regnault 55.
Reichstädter Abkommen 10.
Republique, franz. Luftschiff 302.
Reschad s. a. Türkei, Sultan 146. 152. 155.
Reschit, Kosaken 139.
Reuters Agentur 67. 189.
Reval 123. 124. 236.
— Eduard VII. und Zar 438.
— Entente 143.
— u. Iswolski 93.
La Revue 420.
Revue politique et parlamentaire 37. 149. 335. 407.
Reynolds Newspaper 258.
Rhallis, griech. Minister 293. 301.
Rifaat Pascha 81.
Rifkabylen 334.
Rire 49.

Roberts, Lord 193. 215. 229.
Rödiger, ruſſ. Kriegsminiſter 126.
Rom 159.
— Kurie 45.
— und die Mariaviten 72.
— Preſſe 44.
Romantſchuk, Ruthene 210.
Rooſevelt, Präſident 56. 66. 76. 95. 441.
— und Korruption in Ver. Staaten 24.
— und Wilhelm II. 96.
Roſebery, Lord 231. 258. 350. 400.
— und Preßkongreß 217.
— Rede gegen das Budget 302.
Roſheſtwenski, Admiral, Tod 17.
Roſſija 41. 225.
Rotes Meer 268.
Rothſchild und ruſſ. Juden 323.
Rouher 38.
Rouſſe, Edm. 34. 35.
Rouſſet, Oberſtleutnant 278.
Ruchlow, ruſſ. Abgeordneter 344.
Rumänien 227.
— und Beſſarabien 72.
— Grenzen 6.
— Juden 6.
— ſerb.-bulg. Bündnis 6.
— und Ungarn 325.
Runciman 76. 185.
Ruſſen und Polen 324.
Ruſſiſches Altertum 391.
Ruſſiſche Börſenzeitung 267.
Ruſſismus 107.
Rußkaja Myſl 395.
Rußkaja Semlja 95. 139.
Rußkaja Starina 391.
Rußkoje Slowo 371.
Rußland, Abſterben 226.
— in Aderbaidjan 23.
— und Afghaniſtan 259.
— Agrarreform 380. 440.
— Agrarverfaſſung 21.
— und Aehrenthals Politik 265.
— alliance franco-russe 101. 123.
— Altgläubige 209.
— Altkatholiken 164.
— Analphabeten 163.
— Anarchiſten 236.
— anarchiſt. Organiſation 421.
— Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina 122.
— Anleihen 113.
— — bei England 282.
— Antiſemitismus 322.
— Armee 106. 118. 357. 361. 440.
Rußland, Armee, Geheimbünde 88.
— aſiat. Kolonien 129.
— Auslieferung 359.
— auswärtige Politik 259. 260. 311. 324. 369. 397.
— Azew-Debatte 87.
— und Balkan 10. 123.
— Balkankonferenz 1.
— und Balkankriſis 17.
— Bauern 371. 440.
— bäuerliche Verhältniſſe 362.
— Beamte 20. 209. 371. 398.
— Beamtenbeſtechlichkeit 114.
— Beamtendiebſtahl 267.
— Bergwerke 371.
— Bevölkerung 163.
— Bildungsſtand 163.
— und Böhmen 42.
— und Bosporus 124.
— Budgetüberſchreitungen 339.
— und Bulgarien 82. 138.
— Bündnis d. ruſſ. Volks 208.
— und China 382.
— chineſ. Arbeiter 299.
— chineſ. Konflikt 88.
— chineſ Untertanen 299.
— und chin.-jap. Abkommen 289.
— Cholera-Aufſtände 228.
— und Dardanellen 124. 286.
— und deutſche Armee 116.
— deutſcher Einfluß 172.
— deutſche Gefahr 138.
— deutſche Invaſion 41.
— Deutſchenhaß 41. 137. 225. 228. 296. 312.
— deutſchfeindliche Preſſe 137.
— und Deutſchland 2. 42. 106. 186. 187. 210. 236. 259. 304. 370. 394.
— Deutſchland, Öſterreich u. Serbien 92.
— Diebſtahl 43.
— Diplomatie 207.
— — Niederlagen 149.
— Druſhina 208.
— Duma 7. 52. 87. 159. 163. 171. 172. 209. 237. 338. 342. 380. 395. 397.
— — Deutſchenhaß 137.
— — und Finnland 393.
— — und Iswolski 42.
— — Mitglieder in England 211. 237.
— — Sparſamkeit 420.
— — Vertagung 225.
— Einflußſphäre in Perſien 195.
— Einwanderungsverbot 299.
— Eiſenbahnen 113.
— Eiſenbahndiebſtähle 210.

Rußland und England 5. 49. 194. 259. 288. 311. 424.
— — und deutsche Gefahr 218.
— — Näherung 18.
— — in Persien 139.
— engl. Abkommen und Deutschland 175.
— engl. Beziehungen 260. 264. 323.
— engl. Bündnis 158.
— engl. Entente 123.
— engl. Freundschaft 101.
— engl. Gegenbesuch 323. 324.
— und engl. Presse 4.
— engl.-franz.-russ. Bund 14.
— engl.-jap. Bündnis 193.
— Eroberung durch Deutschland 210.
— und Europa 225.
— und europ. Frieden 116.
— und europ. Konflikt 41.
— Finanzen 20. 114. 117.
— — engl.-franz. Kontrolle 420.
— und Finnland 381.
— finnl. Konflikt 393. 394.
— Flotte 157. 213.
— Frankreich und Balkan 42.
— — und England 262.
— französische Anleihen 183.
— franz.-russ. Allianz und England 230.
— Freiwillige nach Serbien 91.
— Fremdvölker 129.
— Frieden 106.
— Friedenspolitik 41.
— Garins Revisionen 440.
— Geheimbünde 88.
— Geheimdruckereien 43.
— Geheimpolizei 87. 255.
— gelbe Einwanderung 299.
— gelbe Gefahr 181.
— Genußsucht 114.
— gesundes Geld 113.
— Getreide 113.
— Gewissensfreiheit 209.
— Goldvaluta 112. 113.
— Gouverneure 209.
— Gymnasien 158.
— Handel in Persien 196.
— Heer 21.
— und Japan 16. 88. 238. 305.
— — Revanche 42.
— jap. Fischereikonvention 299.
— jap. Gegensätze 419.
— jap. Handelsbezirk 360.
— jap. Krieg 50. 118. 259.
— und japan. Verhältnisse 382.
— und Indien 239.
Rußland, Industrie 113. 371. 396
— Ingenieure 304.
— innere Gefahren 114.
— innere Politik 259
— innere Verhältnisse 106. 173. 324. 371.
— Intendantur 163. 266.
— Islamfeind 156.
— Isolierung 105.
— ital. Entente 370.
— Juden 209. 322.
— Judenfrage 298.
— Jugend 304.
— Kadetten 338.
— Kaiserjacht 235.
— Kapital 113.
— Kleinrußland 129.
— Klerus 164.
— kommerzielle Gesetzgebung 324.
— korean. Arbeiter 299.
— Kreisrichter 209.
— und Kreta 273. 377.
— Krieg 114. 117.
— kriegerische Absichten 116.
— Kriegsdrohung an Österreich 91.
— Kriegsmacht 426.
— und Kroatien 42.
— Landwirtschaft 371.
— Los von Berlin 371.
— und Mähren 42.
— und Mandschurei 288.
— Manöver 302.
— Mariaviten 72. 164.
— Marine 21. 440.
— Marinebudget 171.
— Massenverhaftungen 190.
— Meerengenfrage 93. 124.
— Militär 371.
— Ministerrat 125. 397.
— Mischehen 362.
— und Mongolei 305.
— Neoslavismus 324.
— Ochrana 51.
— öffentliche Meinung 41.
— Offiziersgehälter 7.
— ökonomische Krisis 118.
— ökonomische Lage 112.
— Oktobristen 7. 171. 173. 200. 265. 380. 395. 398.
— Oktobristenkongreß 344.
— oriental. Gesellschaft 158.
— Orientfragen 285.
— Orientinteressen 281.
— und Österreich 28. 42. 106. 288. 378.
— Österreich und Deutschland 92.

Rußland und österreichischer Krieg 20. 126.
— Parlament 339.
— Parteien 324. 380. 440.
— und Persien 57. 174. 188. 195. 225. 239. 259. 368.
— — Einfluß in Persien 140.
— — Politik 206. 260. 265. 305. 311.
— und Polen 72. 201. 210. 227. 243. 297. 345.
— Polenfrage 201.
— Polen und Preußen 225. 226.
— — im Reichsrat 158.
— poln. Verständigung 211.
— Politik 138. 200.
— politische Entwicklung 431.
— politischer Mord 43.
— Polizeibeamte 20.
— Presse 21. 42. 200. 228. 235. 298. 342. 370. 371. 394.
— — und Österreich 91.
— — und Serbien 115.
— Pristaws 209.
— Raub 43.
— Regierung 397.
— Reichskontrolleur 339.
— Reichsrat 163. 201.
— Rekruten 361.
— Rekrutierung 163.
— Revolution 118. 223. 304.
— — und Reaktion 163.
— Revolutionäre 64. 65. 87. 149. 236.
— revolut. Elemente 106.
— revolut. Gesinnung 43.
— Schulden 113. 304.
— Schulwesen 163.
— Seemacht 194.
— Senat 163.
— Senatorenrevision 52. 114. 163. 210. 304. 398.
— und Serbien 42. 84. 85. 106. 124. 286.
— Serbien und Deutschland 92.
— und serbische Frage 83. 91.
— Skopzen 209.
— Slaven 89.
— Slavenkunde 158.
— Slavismus 148. 201.
— Sozialrevolutionäre 50.
— Staatskredit 397.
— Stellung in Europa 42.
— hl. Synod 380.
— Terrorismus 43.
— Terroristen 20.
— Toleranzgesetz 362.
— Triple-Entente 102.
Rußland, Truppen in Persien 156.
— und Tschechen 210.
— und Türkei 73. 328.
— türk. Kriegsschuld 53.
— ungar. Feldzug 156.
— Unterschlagungen 114.
— Urheberrecht 159.
— Verbrechen 190.
— Verfassung 397.
— Verfassungsstaat 339.
— Verschwörungen 43.
— — gegen den Zaren 412.
— Verwaltung 304.
— Volksvertretung 397.
— Wahlen 338.
— Wahlgesetz 237.
— Wahlrecht 201.
— Westprovinzen 362.
— Zar und Präsident Frankr. 263.
— — und Volksvertretung 237.
Ruthenen und Polen 211. 324.
Rutherford, Dr 231.

S.

Sachalin 67.
Sah, Admiral 390.
Salamis, Meuterei 354.
Saloniki, Abdul Hamid intern. 162.
— Dynamitsendung für Serbien 107.
— Eisenbahn 87.
— Generalkongreß 318.
— Jäger 154.
— Jungtürken 146.
— jungtürk. Komitee 60. 61. 285.
— jungtürk. Kongreß 302.
— Kongreß 211. 328.
— gegen Konstantinopel 275.
— serb. Freihafen 87.
Saltanet Abad 221.
Samoa, amerik. Geschwader 109.
— und Deutschland 223.
— Unruhen 109.
Samsame Sultane 221.
San Domingo, Revolution 320.
San Stephano, türk. Nationalversammlung 152.
St. Helena Guardian 366.
St. James Gazette 366.
St. Louis Pöt Tivatch 24.
St. Lucia 349.
Sandjak 94.
— Eisenbahn 5. 287.
— Räumung 5.
Saurch, Compagnie Ottomane 414.

Sansibar 349. 374. 375.
Santa Clara, Aufstand 142.
Saratow, deutsche Kolonien 210.
Sardar Assjad 276.
Sattar Khan 9. 174. 197. 221.
Save 103.
Savoyen 129. 424.
— Annexion 215.
Sawai, Unruhen 109.
Sayid Tewfikel Bakhri 222.
Scalon, Gouv. v. Warschau 323.
Schabaz 71.
Schachsewennen 368.
Schahabad, Niederlage der Truppen des Schah 263.
Scharapow 158.
Schatel Arab, engl. Einfluß 435.
Schauja, Räumung 15.
Schewket Pascha 146. 154. 341.
Schiemann, Prof. 26. 166.
Schiller 46.
Schiras, engl. Truppen 267.
Schleswig 374.
v. Schmoller, G. 25.
v. Schön, Freiherr 119.
Schottland, Ackerboden 315.
— und engl. Kolonien 421.
— Uferbefestigungen 75.
Schrader, Reichstagsabg. 115.
Schtscheglowstow 147.
Schtscheglowitow, russ. Justizminister 208.
Schubinsky, russ. Abg. 344.
Schwartz, russ. Unterr.-Minister 20.
Schwarzes Meer 286.
Schweden, Generalstreik 271.
Schweiz, Asylrecht 43.
— russ. Revolutionäre 66.
Schrach Bey 73.
Seda-i-Millet 416.
Seid Ali 30.
Seignobos 408.
Semendria 71.
Semlin 6.
Semschtschina 259. 266. 298. 305. 311. 369.
Serben 128. 147. 148. 153. 227.
- und Bulgaren 158. 298.
- und Ungarn 325.
Serbien 370.
— und Adriat. Meer 94. 287.
– Armee 11.
– auswärtige Politik 85.
– Balkanbund 428.
— Banden 6. 284.
Serbien und bosnische Frage 90.
— und Bulgarien 90. 200. 372.
— und Deutschland 72. 84. 186.
— diplomat. Rückzug 122.
— Donauuferrechte 287.
— Dynamitsendungen 107.
— Eisenbahnen 5.
— und England 84.
— und engl. Presse 95.
— Erzbischof 104.
— und europ. Konferenz 105.
— — Konflikt 92.
— und Frankreich 84.
— Germanismus 107.
— großserb. Agitation 421.
— innere Politik 84.
— Iswolskis Ratschläge 102.
— Kabinett 84.
— — Demission 1.
— Kammerverhandlungen 103.
— Kompensationen 91. 102. 146.
— König 70.
— — und Kronprinz 24.
— Krieg 101. 116.
— — und Österreich 44.
— kriegerische Haltung 115.
— Kriegsbereitschaft 83.
— Kriegsvorbereitungen 105.
— Kronprinz 62.
— — in Petersburg 83.
— Kultur 130.
— und Mazedonien 200.
— Ministerium 69. 341.
— und Montenegro 129.
— — Grenzen 94.
— Morde 316.
— Nationalgefühl 85.
— Nationalpartei 103.
— und Novibazar 94.
— ökonom. Freiheit 87.
— und Österreich 30. 70. 84. 86. 101. 102. 103. 427.
— Österreich und Deutschland 92.
— österr. Differenz 44.
— österr. Konflikt 11. 114. 117.
— österr. Krieg 118.
— Parlament 84. 85.
— polit. Niederlage 148.
— Resignation 62.
— rumän.-bulgar. Bündnis 6.
— Russifikation 149.
— russ. Freiwillige 91.
— russ. Kriegshilfe 92.
— Russismus 107.
— und Rußland 42. 83. 84. 85. 106. 124.

Serbien, Rußland u. Deutschland 92.
— Schneefall 53.
— Skuptschina 84. 103.
— Slaven 91.
— Slavenkomitees 83.
— Truppen 10.
— Unabhängigkeit 32. 94.
— Wanderprediger 91.
Sergende 221.
Sergeij Alexandrowitsch, Großfürst 50.
Seymour, Lord 336. 337.
Sheffield, engl. Journalisten 217.
Siam 101. 257.
— und England 257.
— engl. Anleihe 158.
Sianqshan 390.
Sibirien 15.
— engl. Kapitalisten 381.
— Goldbergwerke 381.
Sidney Daily Telegraph 229.
Siedlez, Gouvernement 149.
Simla 110. 338.
Simsatsen, Dr Singapore 77.
Simyan, franz. Minister 121.
Sizilien 8.
— und Deutschland 45. 46. 47.
— Erdbeben 28.
Slaven 10. 19. 73. 124. 129.
— Balkan 128.
— und Deutsche 210.
— und Deutschland 158.
— u. Germanen 18. 28. 106. 282. 304.
— und Italien 18.
— Komitee 44. 91.
— Kongreß 158. 210.
— — und poln. Frage 297.
— und Österreich 31.
— Slaventum 104. 105.
— — Union 148.
Union panslaviste 296.
Slavische Ausstellung 210.
— Bank 210.
— Idee 138.
— Staaten und Türkei 369.
Slavismus 243.
Slowaken 11.
— und Ungarn 325.
Smith, Goldwin (Bystander) 97. 205. 384.
Smith, Kincaid, Kapitän 421.
Smuts 189.
Smyrna 73.
Snarski, russ. General 156. 164. 173. 188.
Sofia 90. 129. 138.
— bulg. Agenten 275.
Soke, Graf 360.
Soleil 168.
Solferino 255. 260.
Somaliküste 373.
Somaliland und England 192.
Sonnino, ital. Minister 89. 412. 421.
Spanien 67. 204.
— amerik. Kolonien 294.
— franz. Vertrag 233.
— innere Verhältnisse 291
— Kabinett 341.
— Kabinett Maura 122.
— Konservative 412.
— Liberale 346.
— und Marokko 55. 232. 240. 326. 334. 372.
— Meutereien 263.
— Morde 316.
— Munizipalwahlen 412.
— Niederlage bei Melilla 263.
— und Nordafrika 291.
— und Rifkabylen 300.
Spectator 204. 205. 253.
Sphinx, engl. Kanonenboot 140.
Spionkop 251.
Spithead, engl. Flottenparade 225. 229.
Ssablin 206.
Ssementowski-Kurillo, russ. Minister 207.
Ssemschtschina 259.
Ssipjägin, Ermordung 50.
Ssokolowski, Karikaturist 192.
Ssuchomlinow, russ. Kriegsminister 208.
Ssuworin, Al. Serg. 107. 235.
Stambul, Presse und England 414.
Standard 12. 31. 59. 62. 67. 87. 88. 89. 92. 119. 139. 140. 157. 166 167. 179. 180. 185. 202. 205. 217. 222. 229. 266. 268. 278. 300. 326. 328. 338. 388. 400. 406. 417. 418. 421.
Star 185. 186.
Stead 4. 184. 316.
Steijn 189.
Stein, Robert 374.
Steinheil, Frau 374.
Stiller Ozean, brit. Flotte 109.
Stischinski 163.
Stöcker, Ad., Tod 48.
Stockholm, Generalstreik 263.

Stockholm Zar 245.
Stojanowitsch 104.
Stolypin, russ. Minist.-Präs. 7. 16. 50. 87. 121. 138. 147. 163. 171. 200. 208. 259. 345. 380. 395.
— und deutsche Diplomatie 172.
— Erkrankung 108.
— und russ. Revolutionäre 66.
— Verbleiben im Amt 182.
Strathcona, Lord 385.
Struve, Peter 375. 396.
Sturdza, rum. Minister 9.
Sudabai 222. 317.
— türk. Flotte 232.
Südsee, amerik. Geschwader 109. 157.
Suezkanal 215.
— und England 416.
Surendra Babu 218.
Swadeshi 99.
Swasiland 296.
Swen Hedin 9.
Swjätopolk Mirski, Fürst 370. 391. 393.
Swinemünde 236.
Sydney 178. 185.
— amerik. Geschwader 109.
— Chinesen 256.
Symbrakis 354.
Syrer 147. 153.
Syrien, Bevölkerung 175.
— und England 221.
— Europäer 146.
— Okkupation und England 162.
Syrisches Zentralkomitee 121.

T.

Täbris 157. 173.
— Beschießung 143.
— Bombardement 196.
— Einnahme 17.
— russ. General Snarski 156.
— russ. Truppen 162. 198. 207. 346.
— Truppen 139.
Tafilet 240.
Taft, amerik. Präsident 95. 141. 203. 366.
— Botschaft 431.
— und die deutsch-amerik. Beziehungen 96.
— und Deutschland 441.
— und Diaz 331.
— Rundreise 302.
Taine 35. 408.
Talaat Bey, türk. Minister 285. 286. 327. 415.
Tanfiljew, Professor 420.
Tanger 60.
Tardieu 102. 137. 340.
Tegethoff, Admiral 133.
Teheran 79. 196. 206. 231. 311. 346.
— Erstürmung 263.
— Hof 23.
— Kurden 276.
— revolut. Elemente 140.
— russ. Einschreiten 261.
— russ. Truppen 276.
— russ. Vormarsch 263.
— Truppen 139.
Tejah Singh 78.
Temple, John 253.
Temps 1. 3. 10. 12. 22. 27. 37. 38. 40. 51. 59. 101. 102. 103. 104. 117. 122. 125. 135. 137. 166. 172. 192. 230. 241. 279. 327. 333. 335. 340. 363. 364. 398. 418. 439.
Tennyson 215.
Tetuan und Spanien 317.
Tewfik Pascha 434.
— Demission 162.
Theotokis 317.
Thiers 396.
Thomson, Marineminister 34.
Thorn, Arb.-Deput. 237.
Tibet 257.
Tigris 376.
Tigrisgebiet, engl. Einfluß 414. 435.
— engl. Schiffahrt 414. 416.
Times 11. 59. 92. 98. 99. 126. 127. 135. 229. 276. 287. 355.
Timirjazew, russ. Handelsminister 148. 149.
Tittoni, ital. Minister 54.
— und Bülow 143.
— und Iswolski 371.
Togo 226.
Tokio 79. 289.
Tolstoi, Graf 107.
Tomanowitsch, montenegr. Min. 31.
Tomson, franz. Minister 241.
Topakyan, H. H. 329.
Toronto 97. 98. 280.
Toronto Weekly Sun 205.
Toropez, russ. Kreuzer 146.
Toulouse, Erzbischof 379. 392.
Transbaikalien 299.
Transkaukasien 369.

Transvaal 179. 189.
— und England 7. 295.
— und Portugal 132.
Traveler 329.
v. Treitschke, Heinr. 347.
Trenggann 101.
Trepow, Gouverneur von Kiew 20.
— russ. Minister d. Inn. 147.
Triest 265.
— ital. Universität 54.
Tripleentente 200.
Trubetzkoi, Fürst 223. 225.
Tsai Hsun, Prinz 390.
Tschadsee 335.
Tscharykow, russ. Minister 196. 207. 285. 328.
Tschechen 11. 70. 210.
— Größenwahn 325.
— Obstruktion 48. 54. 423. 431.
— und Polen 298.
— Polen und Russen 324.
— in Prag, Brutalitäten 28.
— Roheit und Unbildung 54.
— in Warschau 296.
Tschenstochau, slav. Brüderschaft 298.
Tschin Hai Bai, japan. Kriegshafen 420.
Tsching, Prinz 22. 77.
Tschuwaschische Kultur 130.
Tsushima 282.
Tunis 54.
Turanier 206.
Türkei 5. 307.
— Abgeordneten 73. 221.
— Albaner 53. 73.
— Araber 53.
— — moham. 73.
— und Arabien 199.
— arab. Kalifat 241.
— arab. Kultur 153.
— Archaren 73.
— Armee 33. 73. 82. 162. 175. 434.
— — Reorganisation 202.
— Armenier 73.
— Aufruhr 231.
— und Balkanföderation 370. 427.
— Beamte 153.
— und Bulgarien 30.
— — Entschädigung 52.
— — Finanzabkommen 80.
— — Finanzfrage 69.
— — Krieg 32.
— — Unabhängigkeit 145.
— — Verhandlungen 81.
Türkei und Bulgarien, Verständigung 24. 44.
— — Vertrag 170.
— christliche Osmanen 147.
— und Cypern 317.
— Despotismus 153.
— deutscher Einfluß 176.
— und Deutschland 73.
— Deutschland und England 2.
— Domänen 80.
— Eisenbahnen 434.
— und England 30. 376.
— engl. Einfluß 186.
— engl. Politik 4. 416.
— Erschießungen 161.
— und Europa 144.
— Finanzen 73.
— Flotte 418.
— — und Kreta 274.
— und Frankreich 199.
— Geistlichkeit 154.
— — und Jungtürken 145. 147.
— Germanisierung 424.
— Griechen 53. 73.
— und Griechenland 232. 241. 255. 270.
— griech. Allianz 418.
— griech. Beziehungen 261. 273. 417.
— Großwesir 53
— — und Minister 152.
— Günstlingswesen 153.
— Handelsverträge 5.
— innere Politik 145.
— Islam und Jungtürken 147.
— Jungtürken 53. 144. 145. 146. 161.
— — Albaner und Serben 11.
— — Komitee 121. 275.
— — Ministerium 58. 61.
— — und Parlament 155.
— — Verfassungsbruch 152.
— Khalifa 152.
— Klubs 13. 318.
— Komitee Einheit und Freiheit 154. 317.
— Konstitutionalismus 241.
— und Kreta 200. 213. 235. 270.
— Kriegsschuld 53. 81.
— Kultur 153.
— liberale Union 146.
— Lynchkonzession 417.
— und Mazedonien 200. 283. 300.
— und Mesopotamien 199.
— — Schiffahrtskonzession 412.
— Meuterer 161.
— Militär und Jungtürken 145.
— Ministerium 60. 61. 81. 154.

Türkei und Montenegro 5.
— — Handelsvertrag 90.
— Nationalversammlung 155.
— — und Sultan 152.
— Novibazar 94.
— Offiziere 145. 153.
— osman. Staatsbegriff 153.
— und Österreich 9. 81. 107. 123.
— — Handelsvertrag 107.
— — Konvention 125.
— — Post 80.
— — Protokoll 132.
— — Verständigung 17. 24. 29. 80.
— Parlament 13. 33. 53. 73. 144. 146. 152. 155. 199. 221. 374. 378.
— und Persien 188.
— polit. Klubs 153.
— Presse 153.
— Preßfreiheit 416.
— Proportionalvertretung 73.
— Rachepolitik 161.
— Reaktionäre 153.
— Reform 161.
— Revolution 14. 124. 143. 153. 154. 316.
— — und Österreich 3.
— und Rußland 73. 123. 328.
— Rußland und England 143.
— Scheik ül Islam 155.
— Scheriat 145. 147. 154.
— Schiffahrtskonzessionen 415. 416. 418.
— Schiffahrtsmonopol 415. 416.
— Schwierigkeiten 255.
— Senat 221.
— und Serbien 107.
— Skipetaren 13.
— Slaven 73.
— und slavische Staaten 369.
— Staatsstreich 12. 33.
— Standrecht 161.
— Stellung in Europa 176.
— Strafgericht 161.
— Studenten und Jungtürken 145.
— Sultan 154. 160. 221.
— — Autokrat 145.
— — deutsche Gesinnung 186.
— — und Jungtürken 145.
— — und Nationalversammlung 152.
— — und Parlament 199.
— — und Verfassung 146. 152.
— Thronwechsel 177.
— Truppen 154.
— Verfassung 60. 146. 152.
— Verschwörung 53. 60.
— Vertrauensvotum für Hilmi Pascha 412.
Türkei, Verwaltung 73. 212.
— Verwaltungsreformen 176.
— Wahlen 73.
— Wahlfälschung 152.
— Würdenträger 235.
— Zentralisation 153.
— Zentralisten 145.
— Zivilliste 415. 416.
— Zollgebühren 9.
— Zolltarif 5.
Typaldos, Meuterer 354.
— Begnadigung 432.
— Verhaftung 364.
Turkestan, russ. Protektorat 420.
Twankauinsel 390.

U.

Ujics, Schneefall 53.
Ungarn 325.
— Bank 378.
— Deutsche 325.
— Justhsches Programm 378.
— Kabinett 182.
— Rassen- und Sprachenkämpfe 44.
— Unabhängigkeitspartei 378.
University Magazine 385.
Ural 370.
Urmia 188.
— Türken 240.
Uruffoff, Fürst 43. 147.

V.

Valois 46.
Vancouver 78.
— Hindus 7.
Vasseron, Advok., Sedan 34.
Vay von Vaya, Graf 238.
Venezuela, deutscher Handels- und Schiffahrts-Vertrag 48.
— Präsident Castro 69.
Vereeniging, Frieden 190.
Viktor Emanuel und Nikolaus II. 341.
Viktor Napoleon, Prinz 260.
Viktoria, Königin von England 49. 223. 288.
Villiers 189.
Vittone, franz. Minister 241. 242.
Vossische Zeitung 32. 143.
Waddington, franz. Senat. 37. 38.
Waldeck-Rousseau 160. 170.
Wales 129. 315.
— und engl. Kolonien 421.
— Staatskirche 67.

W.

Walfischbai 67. 349. 374. 375.
Waliszewski 105.
Ward, Sir Josef 178. 229.
Warma, Verschwörung 258.
Warthe 226.
Warschau 138. 323.
— Militärprozeß 88.
— Revision 398.
— slav. Brüderschaft 298.
— Tschechen 296.
Wasby, W. F. 178.
Washington, Präsident 66.
Washington 8.
— Haus d. Repräs. 143.
— Kongreß 403.
— Senat 263.
Washington Post 186. 203.
Waverley 133. 134. 169. 315. 401.
Waziri, Aufstand 430.
— engl. Expedition 337.
Weekly Sun 97. 269.
Weichsel 226.
Wekerle, Minister-Präs. 182. 379.
Wemyß, Earl 248.
Wessselitzki Woshidarowitsch, Journalist 9. 29. 30. 33. 41. 115. 199. 206. 211. 235. 311. 321. 356. 357.
Western Morning News 164.
Westliche Post 24.
Westminster 237.
Westminster Gazette 30. 239. 390.
Wetscherna Potschta 172.
Weyler, General 372.
White, Arnold 245. 252. 253.
Wien 28. 31. 33. 42. 84. 93.
— deutsches Kaiserpaar 182.
— ital. jur. Fakultät 54.
— Kabinett 101. 102. 105. 122.
— Kronrat 101.
Wiener Fremdenblatt 287.
Wjestnik 360.
Wilhelm I., Kaiser 391
Wilhelm II., Kaiser 75. 186. 215. 347.
— Brief an den Zaren 122.
— und Bülow 245.
— und Cambon 80.
— in England 4. 33.
— in finn. Gewässern 228.
— und Italien 8.
— Wilhelm II. und Roosevelt 96.
— und Rußland 259.
— und Sizilien 46. 47.
— und Weltfriede 202.
— in Wien 182.
— in Windsor 49.
— und Zar von Rußland 172. 222. 235. 263. 438.
Willoughby, Lord 413.
Wilna 345.
— Mariaviten 72.
— Massenverhaftungen 190.
— Polen 158.
Wimbledon 215.
Winawer 259.
Winnipeg 314.
— Eisenbahn 387
— Zeitungen 421.
Witebsk 345.
— Polen 158.
Witte, Graf 171. 223.
— Attentat 208.
— und Daily Telegraph 163.
— und russ. Industrie 396.
— Wahlgesetz 237.
Wladimir Alexandrowitsch Großfürst 58. 82.
Wladiwostok 181.
— Unterschleife 345.
Wolff, Theod. 48. 49. 50.
Wolga 370.
Wolhynien 139.
Wolseley, Lord 135.
Wyborg 344. 393.
Wyllie, engl. Oberst, Ermord. 258
Wyllies, Sir Curzon 255.
— Ermordung 290.

Y.

Yachia Hammiedin 286.
Yemen 221. 286.
— türk. Truppen 199.
Yildiz Kiosk 146.

Z.

Zahle, dän. Minister 372.
Zeitung, Allgem. 270.
Zelaya, Präs. v. Nicaragua 423.
Zeppelin III in Berlin 293.
Zorbas 354.

175416 HG.
S3326d

Author Schiemann, Theodor

Title Deutschland und die grosze Politik. Vol.9

NAME OF BORROWER.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU